

Protokoll

**29. Bundesparteitag
9./10. März 1981 · Mannheim**



Herausgeber: Christlich Demokratische Union Deutschlands,
Bundesgeschäftsstelle, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

Druck + Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn 1

**29. Bundesparteitag
der
Christlich Demokratischen
Union Deutschlands**

Niederschrift

Mannheim, 9.–10. März 1981

I n h a l t

	<u>Seite</u>
1. Eröffnung	7
2. Wahl des Tagungspräsidiums	9
3. Beschlußfassung über die Tagesordnung	9
4. Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission	18
5. Wahl der Stimmzählkommission	18
6. Grußworte	18, 122
7. Bericht des Parteivorsitzenden	23
8. Bericht des Generalsekretärs	47
9. Bericht des Bundesschatzmeisters	78
10. Bericht der Rechnungsprüfer	100
11. Aussprache zu den Berichten	80
12. Entlastung des Vorstandes	102
13. Bericht der Mandatsprüfungskommission	102
14. Wahl des Bundesvorstandes	103
14.1 Wahl des Parteivorsitzenden	104
14.2 Wahl des Generalsekretärs	108
14.3 Wahl des Stellvertretenden Vorsitzenden	112
14.4 Wahl des Bundesschatzmeisters	114
14.5 Wahl der übrigen Mitglieder des Bundesvorstandes	115
14.6 Wahl der Rechnungsprüfer	118
15. Antrag des Bundesvorstandes Arbeitsprogramm: " <u>Aufgaben der 80er Jahre</u> "	200
16. <u>Wohnungsbaupolitik</u>	124
17. Sonstige Anträge	105, 225
18. Schlußwort des Parteivorsitzenden	232
Anhang I: Beschlußprotokoll	237
Anhang II: Beschlüsse	249
Anhang III: Wortlaut der Rede von Dr. Bernhard Worms	273

Erster Verhandlungstag
Montag, 9. März 1981
1. Plenarsitzung
Beginn: 10.10 Uhr

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt):
Exzellenzen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde!
Hiermit eröffne ich den 29. Bundesparteitag der Christlich
Demokratischen Union Deutschlands in Mannheim und begrüße Sie
alle sehr herzlich.

(Beifall)

Mein ganz besonderer Gruß gilt den vielen Gästen aus dem Aus-
land, aus der Bundesrepublik Deutschland, den Delegierten aus
allen Landesverbänden der CDU Deutschlands, den Gastdelegier-
ten und auch den vielen Freunden aus der CDU Deutschlands, die
heute nicht hier sein können, die uns aber für diese Tage in
Mannheim die Daumen drücken, voller Hoffnung, daß die Union in
Deutschland in dieser kritischen Zeit ihre Aufgabe auf diesem
Parteitag wahrnehmen wird, indem wir die Richtung weisen und
Ziele setzen für die Politik unseres deutschen Vaterlandes.
Meine Freunde, wir waren zuletzt 1975 hier in Mannheim, und wir
sind zu diesem Parteitag wieder gerne nach Mannheim gekommen,
in diese liebenswerte und gastliche Stadt.

(Beifall)

Ich darf mich schon vorweg bei allen bedanken, die uns auch dies-
mal so gastlich aufgenommen haben.
Dieser Parteitag der CDU Deutschlands findet in einer der kri-
tischsten Phasen der Entwicklung unserer Bundesrepublik Deutsch-
land statt. Die Regierung Schmidt, die Regierung von SPD und
FDP, ist am Ende.

(Beifall)

Was bleibt, ist nur noch der gemeinsame Wille, um nahezu jeden
Preis an der Macht zu bleiben. Das ist der kleinste gemeinsame
Nenner dieser Regierung. Um so mehr, liebe Freunde, schauen
unsere Mitbürger in der Bundesrepublik Deutschland und viele
Freunde im Ausland in diesen Tagen und Wochen auf uns, auf die
CDU Deutschlands. Sie schauen auf uns mit Fragen, mit Hoffnung
und auch mit mancherlei Skepsis. Sie sehen in uns die Alternati-
ve der deutschen Politik, und sie befragen uns nach unseren
Antworten für die Zukunft der deutschen Politik.
Ich möchte uns allen wünschen, daß dieser Mannheimer Parteitag
auf diese Fragen seine Antworten gibt, nicht selbstgerecht und
nicht überheblich, aber aus dem Willen heraus gestaltet, daß
wir in kritischer Zeit immer für unser Vaterland zur Stelle wa-
ren. Dieser Parteitag, die Art der Behandlung der Themen, aber
auch der Umgang der Partei miteinander, werden zeigen: Wir sind
eine offene, eine lebendige, eine fair diskutierende Partei. In
diesem Sinne wünsche ich diesem Mannheimer Parteitag einen ganz
besonderen, großen Erfolg. Es ist der Erfolg der Union, und es
kann daraus der Erfolg für unser Land werden.

(lebhafter Beifall)

Vor Eintritt in die Tagesordnung, meine Freunde, wollen wir unse-
rer Toten gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Seit dem letzten Bundesparteitag 1980 in Berlin sind viele für immer von uns gegangen, Männer und Frauen, die unsere Partei in über 30 Jahren geprägt haben, ohne die diese Partei nicht möglich gewesen wäre, ohne die unsere Partei für viele nicht zu ihrer politischen Heimat geworden wäre.

Ich darf einige wenige für sie alle nennen:

Albert Pürsten, gestorben am 10. Juli 1980. Er war über 20 Jahre Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen, über 10 Jahre stellvertretender Landesvorsitzender unseres Landesverbandes Westfalen-Lippe. Mit großem Engagement und mit Menschlichkeit kämpfte er für unsere Grundsätze, zuletzt voller Hoffnung im erstmals frei gewählten Europäischen Parlament.

Valentin Brück, gestorben am 20. Juli 1980. Er war landwirtschaftlicher Arbeiter, bevor er seinen beruflichen Weg in der Deutschen Reichsbahn begann. Er hat in vielen wichtigen Funktionen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung mit uns gearbeitet. Er war einer der Begründer der CDU. Er gehörte von 1953 bis 1972 dem Deutschen Bundestag an.

Ich nenne Birgit Gutmann, im Alter von 23 Jahren am 30. Juli 1980 an den Folgen eines Verkehrsunfalls gestorben. Sie war Landesvorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten in Nordrhein-Westfalen. Ihr Engagement galt der konkreten Hilfestellung für ihre Mitstudenten und dem offenen Dialog zwischen Studenten und Mitbürgerschaft. Wir verlieren mit ihr eine hervorragende Mitstreiterin für unsere Arbeit an den deutschen Hochschulen.

Ich nenne Hans Ehard, gestorben am 19. Oktober 1980. Er war in schwerer Zeit - von 1946 bis 1954 und dann noch einmal von 1960 bis 1962 - bayerischer Ministerpräsident und sieben Jahre lang Vorsitzender der CSU. Sein politisches Wirken ist aufs engste mit der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland verknüpft. Er war der Initiator der einzigen - leider fehlgeschlagenen - gesamtdeutschen Ministerpräsidentenkonferenz im Juni 1947.

Ich nenne Arthur Rathke, gestorben am 27. November 1980. Seit seiner Heimkehr aus dem Krieg und anschließendem Studium journalistisch tätig, wurde er 1963 Sprecher der CDU Deutschlands. Er war dies mit Humor und Sachverstand, mit stets gleichbleibendem Mut für unsere Sache. 1970 verließ er Bonn und wurde Regierungssprecher der Landesregierung von Schleswig-Holstein. Seine politischen, seine journalistischen, seine menschlichen Qualitäten bleiben unvergessen.

Ich nenne Elisabeth Zillken, gestorben am 28. November 1980. Sie war Mitbegründerin der CDU Deutschlands, durch Jahrzehnte Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen, des Rates der Stadt Dortmund und Vizepräsidentin des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken. Mitarbeit in vielen wichtigen öffentlichen Gremien. Ihr Leben war gekennzeichnet durch persönliche Hingabe im Bereich der Wohlfahrtspflege, durch persönliche Hingabe im Dienst am Nächsten.

Ich nenne hier Adelino Amaro da Costa, gestorben am 4. Dezember 1980 bei einem Flugzeugunfall, zusammen mit dem portugiesischen Ministerpräsidenten Sa Carneiro. Als langjähriger stellvertretender Vorsitzender unserer portugiesischen Schwesterpartei gehörte er zu den Männern, die in entscheidendem Maße am Aufbau der jungen portugiesischen Demokratie mitgewirkt haben. An führender Stelle seiner Partei tätig, und nicht zuletzt im Amt des portugiesischen Verteidigungsministers, gehörte er zu den Stützen der Christlichen Demokraten in Europa.

Ich nenne ihn gerade hier und heute, weil er uns vor sechs Jahren an dieser Stelle, auf dem 23. Bundesparteitag der CDU Deutschlands

in Mannheim, gebeten hat, Portugal in Freundschaft zu begegnen und den Anschluß seines Landes an das demokratische und freie, an das christlich-demokratische Europa zu unterstützen. Ich nenne Wilhelm Westenberger, gestorben am 9. Dezember 1980, langjähriger Kreisvorsitzender der CDU in Mainz-Stadt, von 1955 bis 1967 Mitglied des Landtags von Rheinland-Pfalz und in den Jahren von 1959 bis 1963 rheinland-pfälzischer Justizminister. Willi Westenberger hat sich um die deutsche Rechtspflege große Verdienste erworben.

Ich nenne Wolfgang Rothkegel, gestorben am 24. Dezember 1980, von 1959 bis 1971 Bezirksstadtrat in Berlin-Zehlendorf, seit 1971 Bezirksbürgermeister in Zehlendorf, bis zu seinem Tode Mitglied des CDU-Landesvorstands.

Ich nenne Manfred Klein, gestorben am 15. Januar 1981. Manfred Klein hat bereits während des Dritten Reiches illegal kirchliche Jugendarbeit geleitet. Er geriet nach 1945 wegen seiner christlichen Überzeugung in offenen Konflikt mit den kommunistischen Machthabern in der Sowjetischen Besatzungszone.

Wegen seiner Arbeit für die Junge Union und die CDU haben ihn die dortigen Machthaber ins Zuchthaus geworfen. Nachdem er endlich freikam, wurde er Abgeordneter in Berlin und arbeitete als Verantwortlicher für die politische Bildungsarbeit in der Bundeszentrale für politische Bildung.

Wir wollen unseren heimgegangenen Freunden, denen wir soviel verdanken, ein stilles Gebet widmen. - Ich danke Ihnen. Meine Damen und Herren, wir treten damit in die Tagesordnung ein. Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

Wahl des Tagungspräsidiums

Die Vorlage liegt Ihnen vor. Sie beginnt mit dem Tagungspräsidenten Ministerpräsident Lothar Späth. Werden zu diesem Tagesordnungspunkt weitere Vorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Vorlage für die Wahl des Tagungspräsidiums seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen. Ich darf bitten, daß das Tagungspräsidium die Geschäfte übernimmt.

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Das Tagungspräsidium dankt Ihnen für das Vertrauen, einschließlich des Vertrauensvorschlusses, den Sie uns gegeben haben. Wir versprechen Ihnen, die Verhandlungen ordnungsgemäß, fair und vor allem zügig zu leiten.

Ich rufe den Punkt 3 der Tagesordnung auf:

Beschlußfassung über die Tagesordnung

Mit der Beschlußfassung zu diesem Tagesordnungspunkt bitten wir die Delegierten, den vom Bundesvorstand festgelegten Veränderungen der Antragsfristen - und zwar zu Tagesordnungspunkt 15 auf den 23. Februar 1981, 24.00 Uhr, und zu Tagesordnungspunkt 16 auf den 3. März 1981, 10.00 Uhr - zuzustimmen. Gemäß § 5 Abs. 1 der Geschäftsordnung der CDU müssen Anträge spätestens 4 Wochen vor dem Bundesparteitag bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle eingegangen sein. Für den heutigen Bundesparteitag endete an sich die Antragsfrist am 9. Februar 1981.

Mit Schreiben vom 29. Januar und 9. Februar 1981 hat der Generalsekretär den antragsberechtigten Gliederungen der Partei mitgeteilt, daß der Bundesvorstand bereit ist, alle Anträge zu Tagesordnungspunkt 15 - das ist das Arbeitsprogramm: "Aufgaben der 80er Jahre" -, die bis Montag, den 23. Februar 1981, 24.00 Uhr, und alle Anträge zu Tagesordnungspunkt 16 - das ist die Wohnungsbaupolitik -, die bis Dienstag, den 3. März 1981, 10.00 Uhr, bei der Bundesgeschäftsstelle eingegangen sind, noch dem Bundesparteitag vorzulegen und diese Anträge als rechtzeitig gestellt anzusehen.

Mit der Tagesordnung müssen wir also auch diese Fristenregelung und die nachträgliche Genehmigung dieser vom Generalsekretär vorgeschlagenen Änderungen der Antragsfristen beschließen.

Wer mit der Tagesordnung und der Fristenregelung, wie ich sie vorgebracht habe, einverstanden ist, den bitte ich, die Stimmkarte zu erheben. - Ich bitte um die Gegenprobe.- Enthaltungen? - Dies war ein einstimmiger Beschluß. Ich darf bei der Gelegenheit darum

bitten, auf diese Stimmkarten - auch wegen der Wahlen - besonders zu achten. Sie sind nicht ersetzbar. Auch wer sie verliert, kann sie nicht ersetzt bekommen. Deshalb bitte ich Sie, auf diese Stimmkarten besonders zu achten und sie immer bei sich zu behalten. Das gilt auch für die Stimmzettel. Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, einige Bemerkungen zum Ablauf dieses Parteitages voranschicken. Wir werden im Laufe der 2. Plenarsitzung heute nachmittag die Neuwahlen des Bundesvorstandes zu erledigen haben. Für

Wahlvorschläge zur Wahl des Bundesvorstandes können nach § 12 Abs. 5 der Geschäftsordnung Meldefristen für die Wahl der Mitglieder des Bundesvorstandes vom Bundesparteitag auf Vorschlag des Tagungspräsidiums beschlossen werden. Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, die Einreichungsfrist für Kandidatenvorschläge für die Wahl der Stellvertreter des Vorsitzenden und für die Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes auf heute, 9. März, 15.00 Uhr, festzulegen. Wir weisen darauf hin, daß nach § 12 Abs. 4 der Geschäftsordnung Kandidatenvorschläge für die Wahl der Mitglieder des Bundesvorstandes nur schriftlich gemacht werden können. Meine Damen und Herren, auf Ihren Plätzen liegt eine Liste der Kandidatenvorschläge. Diese Kandidatenvorschläge gelten als schriftlich eingegangen; das heißt, daß diese Vorschläge nicht mehr wiederholt werden müssen. Wer über diese Vorschläge, die verteilt sind, hinaus weitere Vorschläge einbringen will, muß dies schriftlich bis heute 15.00 Uhr tun.

Wir schlagen Ihnen zu den Antragsfristen weiter vor, daß wir jetzt folgende Frist für die Einreichung von Initiativanträgen - die von 30 Delegierten unterschrieben sein müssen - zu den Tagesordnungspunkten 15, 16 und 17 festlegen: heute 18.00 Uhr. - Darf ich fragen, ob Sie mit diesen Fristenfestlegungen einverstanden sind? Wer dafür ist, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Auch dies ist einstimmig beschlossen. - Wir werden eine schriftliche Information über diese jetzt beschlossenen Fristen an die Delegierten verteilen lassen.

Lassen Sie mich eine letzte Vorbemerkung machen. Nach § 10 Abs. 1 der Geschäftsordnung wählt der Bundesausschuß auf Vorschlag des Bundesvorstandes für jeden Bundesparteitag eine Mandatsprüfungskommission. Für den 29. Bundesparteitag hat der Bundesausschuß am 8. Dezember 1980 in Bonn als Mitglieder der Mandatsprüfungskommission folgende Parteifreunde gewählt: Walter Penther als Vorsitzender, Richard Hartmann, Martin Schiestl und Karl Schumacher. Die Mandatsprüfungskommission wird ihren Bericht in der zweiten

Plenarsitzung am heutigen Nachmittag erstatten. Die genannten Mitglieder der Mandatsprüfungskommission werden gebeten, sich um 14.00 Uhr im Büro der Organisationsleitung hinter der Bühne im ersten Obergeschoß zu ihrer Sitzung einzufinden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, wir freuen uns, auf unserem Mannheimer Bundesparteitag zahlreiche Gäste aus dem In- und Ausland sehr herzlich willkommen heißen zu dürfen. Sie alle begrüße ich in Ihrem Namen und bitte gleichzeitig um Verständnis, wenn ich bei der großen Zahl nicht jeden unserer Gäste einzeln nennen kann. Ich versichere Ihnen aber: Wir freuen uns über den Besuch all unserer Gäste und Freunde.

Als Vertreter der gastgebenden Stadt Mannheim begrüße ich ihren Oberbürgermeister Wilhelm Varnholt.

(Beifall)

Herr Oberbürgermeister, wir freuen uns darüber, daß Sie anschließend ein Grußwort an uns richten werden.

Ganz besonders herzlich danke ich Herrn Dekan Walter Bender und Herrn Dekan Monsignore Franz Völker für den ökumenischen Gottesdienst am heutigen Morgen und für die Worte, die sie dabei an uns gerichtet haben.

(Beifall)

Gleichzeitig sage ich ein Wort des Dankes an die beiden Lektoren, Horst Waffenschmidt und Peter Pott.

(Beifall)

Der CDU-Parteitag grüßt herzlich als Vertreter des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland Herrn Prälaten Gerhard Bechtel.

(Beifall)

Mit gleicher Herzlichkeit begrüßen wir den Präsidenten des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland, Herrn Dr. Theodor Schober.

(Beifall)

Wir heißen willkommen den Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe, Herrn Prälaten Paul Bocklet, und den Generalsekretär des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, Herrn Dr. Friedrich Kronenberg.

(Beifall)

Wir freuen uns besonders, den Vorsitzenden des Direktoriums der Juden in Deutschland, Herrn Werner Nachmann, bei uns begrüßen zu dürfen.

(Beifall)

Ich begrüße unter uns die Leiter verschiedener Bundesbehörden. Ein besonders herzlicher Willkommensgruß gilt zunächst dem Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, unserem Freund Dr. Josef Stingl.

(Beifall)

Ich begrüße sehr herzlich unter uns Herrn Generalbundesanwalt Dr. Kurt Rebmann.

(Beifall)

Herzlich willkommene Gäste sind uns der Präsident des Bundeskartellamtes, Herr Professor Wolfgang Kartte, der Präsident des Bundesversicherungsamtes, Herr Dr. Alfred Christmann, und der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Herr Dr. Richard Meier.

(Beifall)

In Vertretung des Generalinspektors der Bundeswehr begrüße ich Herrn Generalmajor Dr. Joseph Wilhelm.

(Beifall)

Für den Deutschen Gewerkschaftsbund heiße ich herzlich willkommen das Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, Frau Irmgard Blättel.

(Beifall)

Ich grüße den Bundesvorsitzenden der IG Bau-Steine-Erden, Herrn Rudolf Sperner,

(Beifall)

sowie den Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Herrn Helmut Schirrmacher.

(Beifall)

Mit ihnen begrüße ich eine große Zahl von stellvertretenden Vorsitzenden und Vorstandsmitgliedern vieler DGB-Einzelgewerkschaften.

(Beifall)

Ein herzliches Willkommen gilt dem Vorsitzenden der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Herrn Hermann Brandt.

(Beifall)

Für den Deutschen Beamtenbund begrüße ich seinen stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Herrn Ulrich Berger.

(Beifall)

Ich richte unseren Willkommensgruß an den Vorsitzenden des Christlichen Gewerkschaftsbundes, unseren Freund Günter Volmer.

(Beifall)

Ich grüße den Bundesvorsitzenden des Deutschen Bundeswehrverbandes, Herrn Heinz Volland,

(Beifall)

und den Präsidenten des Verbandes der Reservisten der Bundeswehr, Herrn Heinz-Detleff Drape.

(Beifall)

Ein herzliches Grußwort richte ich an den Vorsitzenden des Bundesverbandes der Katholischen Arbeitnehmerbewegung Deutschlands, an unseren Freund Alfons Müller,

(Beifall)

und an den Vorsitzenden der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, Herrn Horst Leichtenberger.

(Beifall)

Für die kommunalen Spitzenverbände begrüße ich mit besonderer Herz-

lichkeit den Präsidenten des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, unseren Freund Dr. Horst Waffenschmidt.

(Beifall)

Zahlreiche Berufs- und Wirtschaftsverbände haben ihre Vertreter zu unserem Mannheimer Parteitag entsandt. An erster Stelle möchte ich unseren Freund, den Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Herrn Paul Schnitker, Mitglied des Europaparlaments, herzlich begrüßen.

(Beifall)

Herzlich willkommen heiße ich den Präsidenten des Zentralverbandes der Deutschen Haus-, Grund- und Wohnungseigentümer, Herrn Dr. Theodor Paul.

(Beifall)

Ich begrüße den Vorsitzenden des Verbandes Freier Wohnungsunternehmen, Herrn Werner Kock.

(Beifall)

Ich freue mich, in unserer Mitte den Direktor des Deutschen Mieterbundes, Herrn Helmut Schlich, begrüßen zu können.

(Beifall)

Für das deutsche Genossenschaftswesen begrüße ich den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Genossenschaftsbank, Herrn Dr. Felix Viehoff, und den Präsidenten des Deutschen Raiffeisenverbandes, Herrn Willi Croll.

(Beifall)

Als Vertreter des Deutschen Bauernverbandes heiße ich Herrn Präsidenten Carl Dobler willkommen.

(Beifall)

Einen ganz herzlichen Willkommensgruß richtet der Parteitag an den Präsidenten des Deutschen Sportbundes, Herrn Dr. Willi Weyer.

(Beifall)

Ich freue mich herzlich über die Anwesenheit des Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes, Herrn Clemens Christians.

(Beifall)

Mit ihm begrüße ich die anwesenden Vorsitzenden der dem Deutschen Lehrerverband angeschlossenen Verbände.

Mit gleicher Herzlichkeit begrüße ich den Vorsitzenden des Bundes Deutscher Rechtspfleger, Herrn Karl Weiss.

(Beifall)

Wir heißen willkommen den Präsidenten der Union der Leitenden Angestellten, Herrn Dr. Friedrich Ische,

(Beifall)

den Vorsitzenden des Bundes der Selbständigen, Herrn Elmar Kolb

(Beifall)

- unser Freund Elmar Kolb ist in dieses Amt frisch gewählt; deshalb mußte ich das nachtragen -, den Stellvertretenden Vorsitzenden des Bundes Katholischer Un-

ternehmer, Herrn Dr. Walter Schmitz,

(Beifall)

und den Stellvertretenden Präsidenten des Deutschen Hotel- und
Gaststättenverbandes, Herrn Walter Ableiter.

(Beifall)

Ich begrüße den Bundesvorsitzenden des Reichsbundes der Kriegs-
opfer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen, Herrn
Hermann Meyer,

(Beifall)

sowie den Vorsitzenden des Bundesverbandes der Kriegs- und Zivil-
beschädigten, Herrn Oswald Engel.

(Beifall)

Ich freue mich, den Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, un-
seren Freund Dr. Herbert Czaja, unter uns begrüßen zu dürfen.

(Beifall)

Mit gleicher Herzlichkeit begrüße ich den Präsidenten des Bundes
der Vertriebenen, Herrn Manfred Schmidt.

(Beifall)

Ich werde gerade darauf aufmerksam gemacht, daß für den Deutschen
Städtetag das geschäftsführende Präsidialmitglied Dr. Weinberger
unter uns weilt. Ich begrüße auch ihn sehr herzlich.

(Beifall)

Unser Willkommensgruß gilt allen Vertretern von Rundfunk, Presse
und Fernsehen, die gekommen sind, um von diesem Parteitag zu be-
richten oder ihre Anstalten hier zu vertreten. Herzlich willkom-
men!

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich habe die große
Ehre und Freude, mit ganz besonderer Herzlichkeit den Ehrenvor-
sitzenden der CDU Deutschlands, Herrn Altbundeskanzler Kurt Georg
Kiesinger, bei uns zu begrüßen.

(Anhaltender, lebhafter Beifall)

Gerade hier in Baden-Württemberg, lieber Herr Dr. Kiesinger, wo
Sie lange Jahre als erfolgreicher Ministerpräsident gearbeitet
haben, bekräftigen wir unsere herzliche Verbundenheit mit Ihnen.

Einen herzlichen Gruß möchte ich an den Ehrenvorsitzenden der
baden-württembergischen CDU und meinen Vorgänger, Herrn Dr. Hans
Filbinger, hier in Mannheim richten.

(Anhaltender Beifall)

Stellvertretend für alle unsere Freunde, die für unser Ziel, die
Schaffung eines vereinten Europas wirken, begrüße ich herzlich
den Vorsitzenden der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, un-
seren Freund Dr. Egon Klepsch.

(Beifall)

Ich begrüße ebenso herzlich als Mitglied der Kommission der Euro-
päischen Gemeinschaften unseren Freund Dr. Karl-Heinz Narjes.

(Beifall)

Mit einem besonderen Wort des Dankes verbinde ich meinen Gruß an die ehemaligen Bundesminister Frau Anne Brauksiepe und Herrn Dr. Bruno Heck.

(Beifall)

Ich begrüße das Gründungsmitglied der CDU der Britischen Zone, Herrn Dr. Josef Kannengießer, sowie das Mitglied des Parlamentarischen Rates, Herrn Ernst Wirmer.

(Beifall)

Einen herzlichen Gruß richte ich an den langjährigen Landtagspräsidenten von Baden-Württemberg, Herrn Dr. Franz Gurk.

(Beifall)

Meine lieben Freunde! Ich werde gerade darauf aufmerksam gemacht, daß ich die Begrüßung für Herrn Dr. Gerhard Schröder nachzuholen habe; ich möchte sie sehr herzlich vornehmen.

(Beifall)

Liebe Freunde! Ich begrüße sehr herzlich unter uns die Vertreter der CSU, an ihrer Spitze unsere Freunde Dr. Zimmermann, Dr. Dollinger und Generalsekretär Dr. Stoiber. Herzlich willkommen hier in Mannheim!

(Beifall)

Meine lieben Freunde! An dieser Stelle möchte ich einen besonders herzlichen Gruß an die Gattin unseres Parteivorsitzenden, an Sie, liebe Frau Hannelore Kohl, richten.

(Anhaltender, lebhafter Beifall - Ministerpräsident Dr. Vogel überreicht Frau Kohl Blumen)

Die Blumen, liebe Frau Kohl, die Ihnen gerade überreicht wurden, sollen Ausdruck des Dankes der gesamten Partei für Ihre Bereitschaft sein, die großen Opfer auf sich zu nehmen und mit der Ihnen eigenen Liebenswürdigkeit all das hinzunehmen, was dazu gehört, unserem Parteivorsitzenden mit all seinen Engagements und jetzt auch noch mit seiner Grippe zu ertragen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Liebe Freunde! Es ist mir eine große Ehre und Freude, die Vertreter der christlich-demokratischen und konservativen Schwesterparteien auf dem 29. Bundesparteitag der CDU zu begrüßen.

Ganz besonders heiße ich den Vorsitzenden des Demokratisch-Sozialen-Zentrums, Prof. Freitas do Amaral, willkommen.

(Anhaltender, lebhafter Beifall)

Lassen Sie mich die Gelegenheit benutzen, Ihnen namens des Parteitags zu Ihrer in der vorigen Woche erfolgten Wahl zum neuen Präsidenten der Europäischen Union Christlicher Demokraten herzlich zu gratulieren.

(Beifall)

Mein besonderer Gruß gilt auch Herrn Flaminio Piccoli, dem Gene-

ralsekretär der Democrazia Cristiana.

(Anhaltender, lebhafter Beifall)

Große Freude bereitet es uns auch, daß Dr. Silvius Magnago, der Vorsitzende der Südtiroler Volkspartei, mit der wir deutschen Christliche Demokraten so viel gemeinsam haben, nach Mannheim gekommen ist.

(Anhaltender, lebhafter Beifall)

Mit ihm begrüße ich Dr. Bruno Hosp, den Generalsekretär der Südtiroler Volkspartei.

(Beifall)

Ich heiße unsere Südtiroler Freunde ganz herzlich willkommen.

(Beifall)

Ein weiterer, ganz besonderer Gruß gilt Eduardo Frei, dem früheren Präsidenten der Republik Chile,

(Beifall)

und unserem Freund Andreas Zaldivar, dem Vorsitzenden der chilenischen Christdemokratischen Partei, mit der die CDU seit Jahren ein sehr enges Verhältnis der Zusammenarbeit hat und der sie in den schweren Zeiten von Verfolgung und Exil ihrer führenden Politiker und Staatsmänner mit allem Nachdruck ihre Solidarität versichert.

(Beifall)

Ferner begrüße ich die folgenden Vertreter ihrer Parteien: den Abgeordneten des Demokratisch-Sozialen Zentrums Frankreichs, Herrn Emile Koehl,

(Beifall)

den Fraktionsvorsitzenden der Kansallinen Kokoomus, der Finnischen Sammlungspartei, Herrn Tapani Mörntinen,

(Beifall)

den stellvertretenden Vorsitzenden der Konservativen Partei Norwegens, Herrn Hakon Randal,

(Beifall)

den Generalsekretär der Christlich Sozialen Partei Luxemburgs, Herrn Jean-Pierre Kraemer,

(Beifall)

den stellvertretenden Vorsitzenden der Demokratischen Partei Zyperns, Herrn Leandros Zachariades,

(Beifall)

den Geschäftsführer der Christlichen Volkspartei der Schweiz, Herrn Claude Gay-Crosier,

(Beifall)

den Vertreter der Zentrums-Union Spaniens, Herrn Pedro Luis Gomis,

(Beifall)

als Vertreterin und Mitglied des Vorstands der Nea Demokratia Griechenlands, Fräulein Mariett Jannakou,

(Beifall)

den Abgeordneten der Konservativen Partei Großbritanniens, Herrn John Lee,

(Beifall)

den Abgeordneten der Progressiv Konservativen Partei Kanadas, Herrn Pat Nowlan,

(Beifall)

den Sekretär der Kommission Ausland des Christlich Demokratischen Appells der Niederlande, Herrn Kolster,

(Beifall)

den Vertreter der Friedens- und Sammlungspartei Schwedens, Herrn Anders Björck,

(Beifall)

den Vertreter der Nationalen Partei der Unabhängigen Marokkos, Herrn Idrissi Belkasmi,

(Beifall)

den Direktor des Büros für Auswärtige Beziehungen der Demokratischen Partei Tunesiens, der Parti Socialiste Destourien, Herrn Sadok Fayala,

(Beifall)

sowie den Vertreter der Österreichischen Volkspartei, Herrn Dr. Karl Jorka,

(Beifall)

den Vertreter der christlich demokratischen Mitglieder der Europäischen Kommission, Herrn Dr. Theo Hustinx,

(Beifall)

den stellvertretenden Generalsekretär der Weltunion Christlicher Demokraten, Herrn Angelo Bernassola.

(Beifall)

Besonders freut es uns, daß auch unsere Beziehungen nach Ostasien verstärkt worden sind. Zum erstenmal nimmt ein Vertreter der Nationalliberalen Partei Japans an unserem Parteitag teil; ich be-

grüße den stellvertretenden Leiter des Internationalen Büros,
Herrn Takamori Makino.

(Beifall)

Es freut uns ganz besonders, daß zum erstmalig ein Präsidiumsmitglied der Demokratischen Partei der Elfenbeinküste, Herr Professor Francois Yao N'Gijessan, an unserem Parteitag teilnimmt.

(Beifall)

Liebe Freunde, die CDU ist sehr glücklich, daß Sie zu unserem Parteitag gekommen sind. Wir sind uns bewußt, daß in unserer Welt der Bedrohung und der Krisen der freien Westen nur stark sein kann, wenn der politische Wille unserer Völker, die unsere christlich demokratischen und konservativen Parteien gemeinsam vertreten, den Kräften, von denen diese Bedrohung ausgeht, energisch entgegentritt.

Das Motto unseres Parteitages lautet: "Wir arbeiten für eine menschliche Zukunft". Diese Aufgabe für die 80er Jahre kann nur erfolgreich bewältigt werden, wenn wir in Europa und in den Nationen der freien Welt eng zusammenarbeiten. Hierbei gilt es, vor allem auch die Jugend zu gewinnen, für deren lebenswerte Zukunft wir uns einsetzen. Wir haben Vertrauen und Gewißheit, daß unsere gemeinsamen Werte bewahrt und weiter gefestigt werden. Die moralische Kraft unserer Parteien und die aus unserer Zusammenarbeit resultierende Stärke werden für die beiden letzten Jahrzehnte unseres Jahrhunderts das Geschick der Welt entscheidend mitbestimmen.

In diesem Sinne danke ich Ihnen, unseren Freunden, daß Sie zu uns nach Mannheim gekommen sind.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich rufe Punkt 4 der Tagesordnung auf:
Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten
Antragskommission

Eine Aufstellung der vom Bundesvorstand nach § 10 Abs. 3 der Geschäftsordnung bestellten Antragskommission liegt Ihnen vor. Werden Ergänzungsvorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall. Dann darf ich darüber abstimmen lassen. Wer der Antragskommission in der vorgeschlagenen Besetzung zustimmen will, den bitte ich um das Stimmkartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig beschlossen.

Ich rufe Punkt 5 der Tagesordnung auf:
Wahl der Stimmzählkommission

Der Vorschlag des Bundesvorstands für die nach § 10 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu wählende Stimmzählkommission liegt Ihnen vor. Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um das Erheben der Stimmkarte. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das war ebenfalls einstimmig.

Ich darf Punkt 6 der Tagesordnung aufrufen:
Grüßworte

Zu einem Grüßwort erteile ich das Wort für die gastgebende Stadt Mannheim Herrn Oberbürgermeister Wilhelm Varnholt.

Wilhelm Varnholt, Oberbürgermeister der Stadt Mannheim:
Herr Vorsitzender! Meine Herren Ministerpräsidenten! Meine Herren
Minister! Meine Damen und Herren! Im Namen der Stadt Mannheim,
ihres Gemeinderates und ihrer Bürgerschaft, heiße ich Delegierte
und Gäste aus dem In- und Ausland zum 29. Parteitag der Christlich
Demokratischen Union Deutschlands herzlich willkommen.
Daß Sie zum wiederholten Male Ihren Kongreß in dieser Stadt durch-
führen, hat seinen Grund sicherlich nicht nur in der Gastfreund-
lichkeit der Mannheimer Bevölkerung oder in der Praktikabilität
und Repräsentanz dieses Tagungszentrums, sondern ist sicher auch
begründet in dem Bewußtsein um die politische Wertigkeit dieser
Region in Vergangenheit und Gegenwart. Von hier nahm jene libe-
rale Bewegung in der Mitte des vorigen Jahrhunderts ihren Ausgang,
die in so bedeutender Weise eine Epoche unserer Geschichte formu-
liert hat und in der politische Grundvorstellungen definiert
wurden, die es wert sind, der Vergessenheit der Geschichte ent-
rissen und eingebracht zu werden in die politische Bildung unse-
rer Zeit und speziell unserer Jugend.

Von dieser Region aber ging auch die Forderung aus, daß soziale
Gerechtigkeit eine wesentliche Voraussetzung für die demokrati-
sche Teilhabe eines am Staat interessierten Bürgers ist. Diese
Grundwahrheit, die sich hunderteiltig belegt hat, verpflichtet
jede Generation neu, sich über die Interpretation dieser Maxime
Gedanken zu machen und Wege zu ersinnen für ihre Realisierung.

Daß wir bei aller Pluralität nicht umhin können, uns dabei auf
einen Grundkonsens verständigen zu müssen, ist gut, weil wir da-
durch immer wieder veranlaßt sind, aufeinander zuzugehen und mit-
einander zu reden. Ich stelle dies fest auf Grund einer langjäh-
rigen Erfahrung im Bemühen, die hier aufeinandertreffenden Länder-
grenzen durchlässiger werden zu lassen, Barrieren abzubauen und
über die durch Politik künstlich geschaffenen Zuständigkeiten
hinaus den Bürgern dieses Raumes jene Traditionen sichtbar wer-
den zu lassen, die historisch gewachsen sind und die fortwirken
bis in unsere Gegenwart hinein.

Diese Region hat durch Staatsvertrag der drei Länder Baden-Würt-
temberg, Hessen und Rheinland-Pfalz die Möglichkeit erhalten, die
übergreifenden Probleme wie Sicherstellung der Grundwasserversor-
gung, Verbesserung des Personennahverkehrs, Ausbau der Naherho-
lung, eine ausreichende Energieversorgung und die Beseitigung von
Hochwassergefahren, kurzum alle Bereiche einer Raumordnung, ge-
meinsam zu erörtern und praktikable Lösungen zu suchen.

Damit gewinnt diese Region die Möglichkeit zurück, den generellen
Anspruch der Politik, nämlich Gemeinschaftsaufgaben zu lösen,
glaubwürdiger werden zu lassen.
Wer heute in der politischen Verantwortung steht, muß gegen sich
gelten lassen, daß er nicht nur nach Sachlösungen gefragt wird,
die angetan sind, einen augenblicklichen Mißstand zu beseitigen;
es werden von ihm Perspektiven und Orientierungsdaten verlangt,
die mehr als früher prophetische Fähigkeiten voraussetzen, er wird
gefragt nach den ethischen Maximen seines Handelns, seinen huma-
nen Leitbildern, und man wünscht Auskunft darüber, welche realen
Ordnungen er für die Zukunftsbewältigung hat.
Politik als Beruf - darüber hat Max Weber gültig nachgedacht, und
ich möchte es nicht bei der griffigen Formulierung belassen: für
die Politik und von der Politik leben. Ich meine, daß die Glaub-

würdigkeit politischen Handelns nur noch dann vermittelt werden kann, wenn die Qualität der erbrachten Leistung die Relation des Von-der-Politik-Leben und des Dafür-Leben unter der besonderen Berücksichtigung des Zustandekommens von Entscheidungen rechtfertigt.

Politik - und zumal in der Demokratie - lebt vom Streit um den richtigen Weg. Nichts sollte uns deshalb daran hindern, den Streit zu humanisieren und die beispielhafte Wirkung zu bedenken, die von unserem Handeln miteinander für das Staatsbürgerbewußtsein unserer Bevölkerung ausgeht.

Sie wollen es bitte dem Oberbürgermeister dieser Stadt nachsehen, daß er sich dem Verdacht, ein Moralist zu sein, aussetzt, wenn er an diesem Ort den Lokalklassiker Friedrich Schiller bemüht. Es gibt verlockende Zitatmöglichkeiten, die für Parteikongresse jeglicher Couleur Gültigkeit hätten. Denken Sie nur an die "Räuber", die in Mannheim bekanntlich uraufgeführt wurden und in denen Schiller Karl Mohr sagen läßt: "Ich kenne dich, Spiegelberg, aber ich will nächstens unter euch treten und fürchterlich Musterung halten."

(Vereinzelter Beifall)

Oder denken Sie an Wallensteins Überlegungen: "Schnell fertig ist die Jugend mit dem Wort. Eng ist die Welt, und das Gehirn ist weit. Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen."

(Vereinzelter Beifall)

Es scheint mir wert zu sein, auf Schiller als eine Tradition dieses Raumes zu verweisen, unter dem Aspekt, wie ihn Theodor Heuss gesehen hat, nämlich daß bei kaum einem anderen deutschen Dichter der betrachtende Sinn für die psychologische, die menschliche Spannung in der politischen Entscheidung so vorhanden war wie bei ihm.

Schiller steht aber auch für das Recht zum politischen Wandel, zur eigenpersönlichen politischen Entwicklung. Ich glaube nicht, daß es eine unzulässige Interpretation ist, in den "Räubern" mehr Rousseau und in den Spätwerken mehr Montesquieu zu entdecken. Gleichwohl sind wir stolz, daß Artikel 1 des Grundgesetzes diesen Geist vermittelt und die politische Tradition dieses Raumes gültig eingebracht werden konnte.

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihrem Kongreß einen guten Verlauf, angeregte Diskussionen und hoffe und wünsche, daß Sie Ihre Beschlüsse so treffen mögen, wie es Paulus den Thessalonikern empfohlen hat: "Prüfet aber alles, und das Gute behaltet!"

(Beifall)

Ich heiße Sie herzlich willkommen in dieser Stadt und wünsche Ihnen einen angenehmen Aufenthalt in Mannheim.

Danke schön!

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Verehrter Herr Oberbürgermeister, wir danken Ihnen sehr herzlich für Ihre Worte und Ihren Willkommensgruß in dieser angenehmen, schönen Stadt Mannheim. Wir versichern Ihnen, daß wir sehr gerne zu Ihnen gekommen sind. Einige von uns wissen, daß die Nächte möglicherweise auch kurz sein können, so schön ist es hier bei Ihnen! Ich darf das ganz offen sagen und danke Ihnen dafür, daß Sie uns einen Einblick in Ihre Geschichtskennntnisse gegeben haben. Unsere Wünsche gehen dahin, daß wir viele Pädagogen haben, die die nachwachsende Generation

mit der deutschen Vergangenheit so vertraut machen, wie Sie sie hier vorgetragen haben.

(Beifall)

Ganz herzlichen Dank und alles Gute für Sie.

Meine Damen und Herren, zu einem weiteren Grußwort erteile ich das Wort dem Herrn Ministerpräsidenten des gastgebenden Landes Baden-Württemberg, unserem Freund Lothar Späth.

Lothar Späth, Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg (mit Beifall begrüßt): Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich will's kurz machen.

(Beifall)

Als Ministerpräsident darf ich im Namen der Landesregierung, als Landesvorsitzender im Namen der gastgebenden Landes-CDU Sie herzlich hier in Mannheim begrüßen. Mannheim ist in den vergangenen Jahren immer wieder ein für die Geschichte unserer Partei bedeutender Ort gewesen. Ich erinnere nur an die Delegiertenkonferenz mit unseren Freunden der CSU im August letzten Jahres, und wir hoffen alle, daß von dieser Mannheimer Gemeinsamkeit aus die Zukunft unserer Zusammenarbeit bestimmt ist.

(Beifall)

Oder ich erinnere an den 23. Bundesparteitag, auf dem im November 1975 die Mannheimer Erklärung verabschiedet wurde.

Wir freuen uns darüber, daß so wichtige Bundes-Parteiveranstaltungen in unserem Land stattfinden, und wir werten dies auch als ein unerschütterliches Vertrauen in die baden-württembergische Gastfreundschaft, um die wir uns auch diesmal bemühen wollen. Wir wollen uns mit den Eigenschaften dieses Landes darum bemühen. Es gibt einige Dinge, die noch nicht von den inflationären Entwicklungen aufgezehrt sind; dazu zählt die badische Küche, die schwäbische Sparsamkeit, die wir nur für unsere Freunde aussetzen - und schließlich der Pfälzer Humor, für den unser Bundesvorsitzender ein Beispiel ist.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, dieser Bundesparteitag findet in einer Zeit hoher politischer Sensibilität statt. Wer die Berichte und Kommentare der Medien zu den Geschehnissen in Bonn, in Berlin, in Hamburg, in Brokdorf - und jede Woche können Sie einen Namen hinzufügen: in Nürnberg, in Freiburg - aufmerksam verfolgt, und wer sich umhört und umschaut unter unseren Bürgern, der stellt fest: Der Wind in unserem Land hat sich gedreht. Die Bonner Koalition ist so schnell und so tief in die Krise geraten, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme haben sich so hoch aufgetürmt, daß viele, die unsere Warnungen vor der Wahl mit Achselzucken abgetan haben, uns inzwischen gern bestätigen, wie recht wir damals hatten. Ich meine, diese Chance sollten wir nutzen, zu zeigen, daß wir nicht nur richtig analysiert haben, sondern daß wir jetzt die richtigen Schlüsse ziehen.

Dieser Bundesregierung wachsen die Probleme in praktisch allen Bereichen über den Kopf, und wenn sie durch etwas zusammengehalten wird, dann durch die Erkenntnis, daß von denen keiner mehr dem anderen Handlungsunfähigkeit vorwerfen kann, weil sie inzwischen alle handlungsunfähig geworden sind.

(Beifall)

Meine Freunde, dies ist kein Grund zum Frohlocken. Denn ein Staat kann es zwar eine Weile verkraften, schlecht regiert zu werden,

aber er verkraftet es auf die Dauer nicht, überhaupt nicht mehr regiert zu werden.

(Beifall)

Um so größer ist unsere Verantwortung, die auf uns, auf die Union zukommt. Wir haben die Pflicht - und wir bekennen uns dazu -, hart zu arbeiten und geduldig zu überzeugen, damit das Schlimmste verhütet wird und die politische Vernunft wenigstens als Alternative, als Hoffnung für Millionen Bürger sichtbar wird. Wir sind keine Regierung im Wartestand - und wir wollen keine sein -, aber wir sind der politische Garant nach innen und nach außen, daß es in der Bundesrepublik Deutschland noch politische Vernunft, Klarheit, Stabilität und Handlungsfähigkeit gibt, meine Freunde.

(Beifall)

Die baden-württembergische Union wird alles in ihren Kräften Stehende tun, um mitzuhelfen, daß die Wende zum Besseren in Deutschland durch die CDU unter der Führung von Helmut Kohl eingeleitet, gefestigt und dauerhaft gesichert werden kann.

(Beifall)

Dies, lieber Helmut Kohl, wird Standhaftigkeit von uns allen erfordern, und wir haben uns erlaubt, als Symbol für diese Standhaftigkeit, die Dich, lieber Helmut Kohl, ohnehin auszeichnet, einen Stiefel anfertigen zu lassen, der Deiner Schuhgröße angemessen ist.

(Beifall)

Laßt mich zu diesem Stiefel noch einige wenige Anmerkungen machen. Er hat seit gestern noch eine neue Bedeutung, denn er macht so warme Füße, daß Du keine Grippe mehr bekommst. Auch wenn die erste konservative Kurzantwort, die Du gestern versucht hast, nämlich die Grippe mit Alkohol zu vertreiben, mißlungen ist - warme Füße könnten eine langfristige konservative Antwort sein.

Dieser Stiefel ist aber auch von typisch baden-württembergischer Wertarbeit. Es handelt sich um Schuhwerk, das man nicht so leicht verliert. Das ist heutzutage notwendig, denn angesichts der Politik der SPD und FDP könnte es einem ja die Schuhe ausziehen.

(Heiterkeit und Beifall)

Der Stiefel ist unserem Parteivorsitzenden auch politisch und physisch angemessen - im Unterschied zum Kanzler, den seine eigene Partei zur Zeit so zurechtet, daß er in den Stiefel insgesamt hineinpassen würde.

(Heiterkeit und Beifall)

Ein letztes: Wir haben den Absatz dieses Stiefels vergolden lassen. Das ist die Solidität Baden-Württembergs. Wir wollen aber auch etwas für die Gegner tun. Wenn wir auf dem langen Marsch an ihnen dann immer mehr vorbei sind, soll ihnen von hinten wenigstens ein ordentlicher Anblick gegönnt sein.

(Heiterkeit und Beifall)

In diesem Sinne wünschen wir dem Parteitag einen guten Verlauf und uns allen die langfristige Stabilität, die sich in diesem Stiefel symbolisieren soll.

(Lebhafter Beifall - Der Stiefel wird
Dr. Helmut Kohl überreicht)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Meine Freunde, wir danken dem Ministerpräsidenten Lothar Späth sehr herzlich für sein Grußwort und für die gute Idee, unserem Parteivorsitzenden baden-württembergische Wertarbeit in Form eines so meisterhaft gefertigten Stiefels zu schenken. Herzlichen Dank, lieber Lothar! Wir wünschen Dir Glück bei der weiteren Arbeit in Deinem Land und all Deinen Freunden. Wenn Du uns brauchst, dann helfen wir Dir dabei.

Jetzt rufe ich Punkt 7 der Tagesordnung auf:

Bericht des Parteivorsitzenden

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt):
Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Zunächst ein sehr herzliches Wort des Dankes an die Freunde aus Baden-Württemberg und an Lothar Späth für dieses sehr sinnige Geschenk. Es ist in der Tat so: Mich hat - Sie haben es alle schon gemerkt - ganz unprogrammgemäß die Grippe mächtig gepackt. Liebe Freunde, wir haben in unserer Geschichte schon Parteitage gehabt, auf denen der Vorsitzende gesund und die Partei grippekrank war. Heute ist es umgekehrt, und das scheint mir das Bessere zu sein.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, dieser Parteitag in Mannheim führt uns wenige Monate nach der Bundestagswahl 1980 in neuer Zuversicht, im Vertrauen auf die eigene Kraft und in dem Willen zusammen, daß wir die Aufgaben für die Zukunft unseres Vaterlandes gemeinsam meistern können. In einer schwierigen Zeit müssen wir unseren Mitbürgern wieder Hoffnung geben. Wir, die CDU und die CSU Deutschlands, verkörpern für die Mehrheit der Deutschen die Hoffnung, daß unser Land bald wieder mit Vernunft, mit Mut und mit Entschlossenheit regiert wird.

(Beifall)

Wir alle haben eine bessere Regierung als dieses letzte Aufgebot von SPD und FDP verdient.

Wir trauen uns zu, mit einer besseren Mannschaft und mit einer besseren Politik einen neuen Anfang zu setzen. Seit dem Wahltag - das ist offenkundig - vertiefen sich die Risse innerhalb der SPD. Die Agonie der Regierung Schmidt wird uns nicht erspart bleiben. Allein die CDU und die CSU bieten gegenwärtig die Gewähr, daß aus der Krise der Regierung, aus der Krise der SPD keine Krise unseres Staates wird. Die Wahlen haben noch einmal gezeigt - wir sollten dies nachdenklich zur Kenntnis nehmen -, daß wir noch keine Parteienverdrossenheit haben. Wir müssen aber einen Verfall des Ansehens von Politikern feststellen,

weil die Bürger in Deutschland immer häufiger erleben, daß Politiker vor der Wahl etwas gänzlich anderes sagen, als sie dann in der Regierungsverantwortung tun;

weil die Feigheit mancher Vertreter von SPD und FDP so weit geht, daß wichtige Entscheidungen ständig verschoben oder überhaupt nicht mehr getroffen werden;

(Beifall)

weil der Machterhalt zum obersten Regierungsziel von Sozialdemokraten und Freien Demokraten und der demokratische Wechsel zwischen Regierung und Opposition zur Gefahr für Staat und Gesellschaft erklärt werden;

weil unsere Bürger spüren, daß die Probleme im Zusammenhang mit der Energieversorgung, dem Umweltschutz, der Sicherung der Arbeitsplätze, dem Wohnungsbau und dem Verlust der Leistungsbilanz übermächtig werden und längst die Zukunft des Landes gefährden, während die Regierung ratlos bleibt. Wir alle spüren, wie gefährvoll sich diese Entwicklung, diese Krisensignale in der Sicherheitspolitik für unser Land niederschlagen.

Der Vorsitzende der SPD, Herr Willy Brandt, hat vor einigen Tagen nach der Krisensitzung seiner Partei das Leitmotiv der SPD und der von ihr getragenen Regierung für die nächsten Jahre verkündet. Ich wiederhole es ganz einfach wörtlich. Er sagte: "Es ist ein klares Sowohl-Als auch, ein klares Ja oder Nein." Ich füge hinzu: Es ist also ein entschiedenes Ja. Meine Freunde, das hat Willy Brandt durchaus ernst gemeint.

(Beifall)

Wie soll ein Land, wie sollen seine Bürger solcher Politik und solchen Politikern noch Vertrauen schenken? Wir, CDU und CSU, wir alle haben im vergangenen Jahr einen schwierigen Wahlkampf geführt. Es ist wahr, und es gehört in diesen Bericht: Wir haben unser Ziel nicht erreicht. SPD und FDP haben in diesen Monaten einen Sieg verloren. Wir haben - darauf bin ich stolz für meine Partei - unsere Wahlniederlage in einen gemeinsamen moralischen Sieg verwandelt.

(Lebhafter Beifall)

Was unsere Gegner erhofft und was auch manche von uns befürchtet hatten, ist nicht eingetreten.

(Beifall)

Die Solidarität zwischen CDU und CSU war nie stärker als während und nach dieser letzten Bundestagswahl.

(Beifall)

Wir haben gemeinsam gekämpft, und wir haben auch die Niederlage gemeinsam getragen. Das hat alle überzeugt, ja das hat zu einem völlig neuen Unionsgefühl geführt.

(Beifall)

Diese Stimmung sollten wir im Blick auf die Zukunft pflegen. Ich danke Ihnen allen, den Delegierten dieses Parteitages, den vielen Mitgliedern und Freunden, unseren Mitgliedern, unseren Mandatsträgern, den vielen hunderttausend Helfern, für diesen großartigen Einsatz bei der letzten Bundestagswahl.

(Beifall)

Ohne diesen Einsatz wären wir nicht wieder die stärkste politische Kraft in Deutschland geworden.

(Beifall)

Ich danke vor allem unseren im hauptamtlichen Dienst der Partei stehenden Freunden in den Kreisgeschäftsstellen, in den Bezirks- und Landesgeschäftsstellen. Ich danke vor allem dem Generalsekretär Heiner Geißler und den Mitarbeitern im Konrad-Adenauer-Haus für ihren großartigen Einsatz.

(Lebhafter Beifall)

Ich will gleich an Ihre Adresse, Herr Stoiber, hinzufügen: Die Art, wie dieser Wahlkampf zwischen der Parteizentrale in München und dem Adenauer-Haus abgestimmt und gelaufen ist, scheint uns der richtige Maßstab für die Zusammenarbeit in der Zukunft zu sein.

(Beifall)

Ich möchte an dieser Stelle danken - wir werden es heute mittag noch in anderer Weise tun - vor allem unserem Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß für seinen großartigen Einsatz.

(Beifall)

Wir haben mit ihm gemeinsam diesen Wahlkampf geführt. Wir sind dabei in einer Weise angefeindet worden wie niemals zuvor. Er selbst mußte persönliche Verleumdungen ertragen wie nie zuvor ein Kandidat bei einer demokratischen Wahl in Deutschland. Daß wir dies gemeinsam durchgestanden haben und daß er in einer so großartigen Weise seinen persönlichen Einsatz geleistet hat, das verdient unseren Respekt, unseren Dank und unsere freundschaftliche Gesinnung.

(Beifall)

All jene, die vor dieser Wahl manche Prognose über die zukünftige Entwicklung der Bundesrepublik, die Franz Josef Strauß ausgesprochen hat, ablehnten, weil sie meinten, das sei Pessimismus und Schwarzmalerei, müssen sechs Monate nach der Wahl erkennen, daß dies, was Strauß und wir alle vor der Wahl leider prophezeien mußten, von der Wirklichkeit bereits heute weit übertroffen ist.

(Beifall)

Wir können sagen - und wir sagen es nicht ohne Stolz -: Wir, die CDU/CSU, sind heute viel stärker als das Wahlergebnis dies vermuten läßt. Wir haben die Gemeinschaft zwischen CDU und CSU auf ein neues solides Fundament gestellt. Unsere gemeinsame Delegiertenversammlung in diesem Saal vor einem Jahr war kein einmaliges Ereignis. Ich will in Übereinstimmung mit Franz Josef Strauß hinzufügen: Wir müssen jetzt alles tun, um rechtzeitig vor der Bundestagswahl 1984 diese Möglichkeit der Zusammenarbeit auf der Basis von CDU und CSU so zu institutionalisieren, daß sie eine blanke Selbstverständlichkeit im Alltag unserer Parteien wird.

(Beifall)

Meine Freunde, wir konnten unseren Stammwähleranteil auf einem hohen Niveau stabilisieren: 44,5 % der Stimmen - und dies unter schwierigsten Umständen, ohne den Kanzlerbonus und angesichts einer ungewöhnlich böartigen Hetzkampagne gegen unseren Kandidaten. Wo noch auf dieser Welt, meine Freunde, gibt es eine demokratische Partei, die sich auf so viele Wähler so unerschütterlich verlassen kann, wie wir dies tun können. Dieses Vertrauen gibt uns Kraft. Es nimmt uns aber auch in die Pflicht. Wir werden dieses Vertrauen nicht enttäuschen, weder in der Verantwortlichkeit als Opposition noch in der Verantwortung der Regierung.

Die Sozialdemokraten in Deutschland haben ihre Zukunft hinter sich.

(Beifall)

Die CDU/CSU ist die einzige wirklich mehrheitsfähige politische Kraft.

Meine Freunde, wir haben vor der Wahl den Bürgern die Wahrheit gesagt - auch dort, wo sie unbequem war und mancher uns den Rat gab,

das Unbequeme zu verschweigen. Wir werden auch nach der Wahl nicht anders reden als zuvor. Das wird so bleiben; denn Vertrauen verdient nur der, der zu seinem Wort steht. Und deswegen gilt das Wahlprogramm der CDU/CSU natürlich auch als Programm für die Arbeit nach der Wahl.

(Beifall)

Je mehr die Sozialdemokraten SPD-Politik machen, desto schlimmer werden die Probleme. Je mehr die Bundesregierung versucht, das Notwendige zu tun, desto mehr muß sie auf die Themen und auf die Politik der Union einschwenken. Wie sagte Erhard Eppler? "Es gibt kein einziges großes Thema, das die Partei integrieren und von der CDU absetzen könnte."

Meine Freunde, unsere Ausgangslage ist günstig. Unsere Partei, unsere Bundestagsfraktion sind gut in Form. Die Regierung verfällt. Winston Churchill hat einmal auf die Frage, wann er zurücktrete, geantwortet: Nicht bevor es ihm schlechter und dem Land besser gehe. Ich finde: eine ehrenwerte Devise. Bei den Sozialdemokraten ist es genau umgekehrt. Sie warten, bis es ihnen selbst wieder einmal besser geht, auch wenn es dem Lande dabei immer schlechter geht. Und genau das unterscheidet den Macher vom Staatsmann.

(Beifall)

Die Senatskrise in Berlin ist geradezu ein Lehrbeispiel dafür, wie sich sozialdemokratische Genossen ein Gemeinwesen buchstäblich zur Beute nehmen, wie sich eine sozialistische Bürokratie als Filz über eine Stadt ausbreitet und jede Kontrolle, jede Initiative und jede Spontaneität zu ersticken droht. West-Berlin gilt weit über die westliche Welt hinaus als Symbol der Freiheit, weil die Bürger dieser Stadt seit über 30 Jahren allen Bedrohungen durch Unrecht und Unfreiheit standgehalten haben. Deshalb werden wir, die CDU Deutschlands, nicht zulassen, daß diese Stadt, Deutschlands alte Hauptstadt, heute um ihre Zukunft gebracht wird, nur weil Sozialdemokraten und Freie Demokraten ihr Eigentinteresse über das allgemeine Wohl stellen.

(Lebhafter Beifall)

Jahrelang haben sie die Probleme der Stadt schleifen lassen. Wir erleben die Folgen in Form von Hausbesetzungen, Straßenterror, blanker Anarchie. Was nützt den Berlinern ein Zug-Vogel aus Bonn, wenn sich in den paar Wochen der Amtszeit die Zahl der Hausbesetzungen bereits vervierfacht hat?

(Beifall)

Wir fordern unsere Berliner Mitbürger auf, mit Richard von Weizsäcker und der CDU einen neuen Anfang zu wagen,

(Langanhaltender lebhafter Beifall - Bravo-Rufe)

Einen neuen Anfang zu wagen, damit Berlin ein Symbol der Freiheit bleibt; damit Berlin den sozialistischen Bürokratenmief loswird und neuen Lebensmut und neue Zukunft als Weltstadt gewinnt; damit Berlin wieder Beispiel wird für eine demokratische lebendige Stadt, frei von Gewalt und Terror, eine lebenswerte und liebenswerte Stadt für ihre Bürger.

(Beifall)

In dieser Lage können wir uns in der Bundesrepublik Deutschland nicht in einer bequemen Opposition einrichten. Jeder weiß, daß die Lage sehr schnell da sein kann, daß wir als Alternative, als Regierung von morgen gefordert sind. Wir erhalten angesichts dieser Lage zur Zeit viele Ratschläge zu unserer politischen Strategie. Sie reichen von den verschiedensten Koalitionsspekulationen bis hin zur Aufforderung zu einer Politik der bedingungslosen Konfrontation oder einer Politik des Leisetretens.

Lassen wir uns durch all das nicht beirren. Strategische Sandkastenspiele und politisches Übertaktieren führen nicht zum Erfolg. Manche wollen uns damit nur auf eine falsche Fährte führen und von den Schwierigkeiten der anderen ablenken. Lassen Sie mich ganz unmißverständlich feststellen:

Erstens. Wir haben uns ohne Wenn und Aber auf die vier Jahre Arbeit in der Opposition eingestellt, jene Rolle, die uns die Wähler im Oktober zugewiesen haben.

Zweitens. Das verpflichtet uns zu einer harten, zu einer unterschiedenen, aber selbstverständlich auch zu einer sachlichen Kritik, zur Kontrolle der Regierung, zur Klarheit in der Alternative und zu der für uns selbstverständlichen Bereitschaft zur Zusammenarbeit in Fragen des nationalen Interesses. Jedermann soll wissen: Wir drängeln nicht an irgendeiner Hintertür der Macht. Die CDU/CSU weiß sich aber stets in der Verantwortung für das Wohl unseres Vaterlandes. Macht ist für uns kein Selbstzweck, sondern Aufgabe, unserem Lande zu dienen.

(Beifall)

Das, meine Freunde, ist die einzig mögliche erfolgversprechende Strategie, um eine Regierung abzulösen, die nicht mehr handlungsfähig ist.

Wir haben uns in Partei und Fraktion nach der Wahl sofort an die Arbeit gemacht. Wir haben die Struktur und die Arbeitsweise der Fraktion gestrafft. Wir haben ein breites und überzeugendes Personalangebot an die Spitze der Fraktion gestellt und, wie ich finde, die Opposition schlagkräftiger gemacht. Ich habe bei diesem recht schwierigen Bemühen in der Fraktion und außerhalb viel Verständnis und Unterstützung gefunden, und dafür will ich mich bedanken. Die ersten Debatten im neuen Bundestag zur Regierungserklärung, zum Haushalt und zum Jahreswirtschaftsbericht haben bewiesen, daß wir die starke und verantwortungsbewußte Opposition sind, die notwendig ist. Herzlichen Dank an alle, die mitgeholfen haben. Und auch hier will ich mich besonders bei den Kollegen von der Landesgruppe der CSU und ihrem Vorsitzenden Fritz Zimmermann für die ausgezeichnete Unterstützung und Hilfe bedanken.

(Beifall)

Meine Freunde, gelegentlich hören wir jetzt eine eigenartig beschwichtigende Formel: Welch ein Glück - so sagt man uns - , daß ihr jetzt nicht regieren müßt, daß ihr jetzt nicht in der mißlichen Lagen seid, diesen Karren aus dem Dreck ziehen zu müssen. Ich muß ganz einfach sagen: Etwas Dümmeres, Unpolitisches habe ich selten gehört.

(Beifall)

Die CDU war und ist keine Partei nur für Schönwetterperioden der deutschen Geschichte.

Ich frage Sie: Haben die Gründungsväter der CDU 1945, hat Ludwig Erhard 1948 bei der Währungsreform, als er die Soziale Marktwirtschaft-erzwang, hat Konrad Adenauer 1949, als er als erster Kanzler der Bundesrepublik Deutschland vereidigt wurde, haben sie damals danach gefragt, was bequem, was gefällig ist? Stärker als die Probleme war immer und zu jeder Zeit unser Wille, sie zu meistern. Und das muß so bleiben.

(Beifall)

Wir haben angepackt und unseren Beitrag dazu geleistet, daß der Karren aus dem Dreck gezogen wurde. Eben das, meine Freunde, ist auch jetzt und heute unsere Pflicht und Schuldigkeit.

Wir sind eine Partei, die im Widerstand gegen Hitler geboren wurde und die an Widerständen gewachsen ist. Wir fragen nicht: Was ist für uns bequem? , sondern wir fragen: Was ist notwendig für unser Vaterland?

(Beifall)

Solange Milch und Honig fließen, können selbst Sozialdemokraten regieren - jedenfalls solange der Vorrat reicht.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir haben gezeigt - und wir werden es erneut beweisen -: Politik ist für uns die Kunst, auch schwierige Situationen konstruktiv zu bewältigen.

Vor sechs Jahren, 1975, sind wir von hier aus zu einem erfolgreichen Wahlkampf aufgebrochen. Wir haben damals mit der Mannheimer Erklärung einen wichtigen Schritt zur programmatischen Erneuerung der Union getan. Die Neue Soziale Frage ist Kennzeichen einer sozialpolitischen Konzeption geworden, die mehr Gerechtigkeit auch dann verwirklicht, wenn es weniger zu verteilen gibt.

In Mannheim und drei Jahre später in Ludwigshafen mit unserem Grundsatzprogramm haben wir uns als moderne Volkspartei ausgewiesen.

Meine Freunde, wir sind weder eine linke noch eine rechte Partei; wir laufen keinen Tagesmoden nach. Wir sind und bleiben die Volkspartei der Mitte, offen und sensibel für das, was unsere Mitbürger belastet und bewegt, eine Partei mit der Kraft zur Integration. Aber Integration heißt für uns nicht, daß wir zugleich für und gegen Kernkraft sind, für und gegen die NATO. Das ist nicht Integration, sondern Verfall, Verfall einer Partei, der die Gemeinsamkeit im Grundsätzlichen fehlt.

(Beifall)

Für uns bedeutet Integration, aus der Kraft gemeinsamer Grundsätze die großen Fragen der Innen- und Außenpolitik offen und fair miteinander zu diskutieren, verbindlich zu entscheiden und diese Entscheidungen solidarisch zu tragen.

Nur so ist eine Partei, ist Politik zu jener wichtigen Leistung im Stande, die Herr Schmidt wegleugnet, weil er sie nicht geben kann: nämlich politische und geistige Führung.

Geistige Führung, das heißt für uns, Maßstäbe und Kriterien des eigenen Handelns zustimmungsfähig zu machen. Geistige Führung, das heißt heute vor allem, sich um neuen Mut und Gemeinsinn zu bemühen, um die Opfer und Anstrengungen der kommenden Jahre tragen zu können.

Wir stehen heute vor Aufgaben, zu deren Lösung die Erfahrungen der Vergangenheit nicht mehr ausreichen. Die Bürger wissen längst, daß in dem vor uns liegenden Jahrzehnt Entscheidendes anders sein wird als bisher.

Die Bewährungsprobe der Bundesrepublik als freiheitliche Demokratie hat bereits begonnen. Es ist gut, sich der Lehren von Weimar zu erinnern. Die Weimarer Republik, meine Freunde, von Krisen geschüttelt, verlor in der Weltwirtschaftskrise endgültig das Vertrauen ihrer Bürger. Die Parteien des republikanischen Verfassungsbogens verweigerten Zusammenarbeit und Führung. Die Republik wurde eine Beute ihrer Feinde.

Die Auflösung des Weimarer Staates wird sich so, wie sie geschah, nicht wiederholen. Aber sie mahnt uns, die Demokraten, an die innere Gefährdung freiheitlicher Demokratie.

In guten Zeiten ist es leicht, Führung zu leisten. Wenn aber die Zeiten schwerer werden und die Entscheidungen schmerzhaft in Besitzstände einschneiden und Wachstum nicht mehr zu verteilen ist, dann erst bewährt sich die Integrationskraft von Parteien und Parlamenten; dann muß Politik sagen, was ist, und begründen, was sein soll: dann muß Politik weniger danach fragen, was wünschbar, als danach, was notwendig ist.

(Beifall)

Meine Freunde, es gibt kein Bürgerrecht auf wachsenden Wohlstand. Es gibt aber einen Anspruch des Bürgers auf eine Politik des Realismus, auf ungeschminkte Darlegung der Sachlage - gleich, ob vor oder nach der Wahl. Und es gibt einen Anspruch des Bürgers auf Begründung der getroffenen Entscheidungen. Aber das setzt doch voraus, daß überhaupt noch Entscheidungen getroffen werden.

Eine Politik, die alles zugleich will und nicht will: Kernenergie und keine Kernenergie, Nachrüstung und keine Nachrüstung, Sparen und den Haushalt aufblähen, den Pelz waschen und nicht naß machen - solche Politik verliert alle Glaubwürdigkeit, ja sie ruiniert das Gemeinwesen und seine Institutionen.

(Beifall)

Politik beruht im demokratischen Gemeinwesen auf Vertrauen. Vertrauen schafft Zustimmung. Wer aus Angst vor der eigenen Gefolgschaft die Lebensfragen der Nation nicht mehr zu formulieren wagt, der ist unfähig, Vertrauen zu erwerben und in schweren Zeiten Verzicht zu begründen und zu fordern.

Nicht unser Land ist unregierbar, nicht die Politik läuft aus dem Ruder: die Regierung dieses Landes wird ihrem Verfassungsauftrag als Träger der Zukunftsentscheidungen nicht mehr gerecht. Das ist der Sachverhalt, von dem wir ausgehen müssen.

(lebhafter Beifall)

Der Machtzerfall dieser Koalition ist nicht zunächst ein parteipolitisches Problem. In einer Zeit weltweiter und innerer Krisen geht es um die Fragen der Zukunft des Staates, der inneren Frei-

heit und unserer Stellung in der Welt. Es geht um die Frage nach dem menschlichen Antlitz des Gemeinwesens, das wir unseren Kindern hinterlassen.

Wenn angesichts geringer werdender Verteilungsmasse eine Ellenbogengesellschaft entsteht, ein radikaler Gruppenegoismus regiert, Kampf aller gegen alle und vor allem der Starken gegen die Schwachen herrscht, dann wird unser demokratisches Gemeinwesen zum Beuteobjekt. Es wird letztlich sinnentleert, es büßt jene geistige Prägekraft ein, die doch gerade in schwierigen Zeiten Gemeinsamkeit stiften muß.

Die Bundesrepublik, meine Freunde, wird jetzt unter Niveau regiert. Was als Aufbruch zum neuen Jerusalem begann, endet im blanken Zynismus verbissener Machterhaltung.

(Beifall)

Es sind vor allem drei Bereiche, in denen wir vor drängenden Aufgaben stehen: Es sind

- Frieden, Gleichgewicht und Sicherheit
- Wirtschaftsentwicklung und Energiesicherung
- Gestaltung der Zukunft unserer Gesellschaft nach menschlichem Maß.

Angesichts der dramatischen Veränderungen in der internationalen Politik ist es wichtig, die besondere Interessenlage unseres geteilten Landes in ihren Grundelementen wieder ins öffentliche Bewußtsein zu heben. Jede Deutschlandpolitik, meine Freunde, bleibt, wie seit 35 Jahren, eingebunden in den fortdauernden, durch die sowjetische Besetzung Afghanistans wieder verschärften Ost-West-Konflikt.

Jede Änderung im Gleichgewicht zwischen Ost und West hat Änderungen auch im Verhältnis beider deutschen Staaten zur Folge. Zugleich kann das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zur DDR auch die globalen Ost-West-Beziehungen beeinflussen. Wir Deutschen tragen hierfür eine besondere Verantwortung.

Meine Freunde, der andere Teil Deutschlands ist uns durch Geographie und Geschichte, durch Familienbände und Freundschaften nahe; als Staat, als Parteidiktatur, als Teil des sowjetischen Imperiums ist er uns fern. Die Menschen in Leipzig, Dresden und Weimar gehören zu Deutschland genauso wie wir hier in Mannheim, in Frankfurt, in Hamburg zu Deutschland gehören; für uns gibt es nur e i n e deutsche Nation.

(lebhafter Beifall)

Wir müssen und wir wollen der Gefahr des Auseinanderlebens entgegenwirken mit klarem Friedenswillen, mit zäher Verhandlungsbereitschaft in großen wie in kleinen Dingen und vor allem auch mit der Pflege der menschlichen Bindungen.

Unsere Politik braucht die Festigkeit dessen, der eine gerechte Sache vertritt: das Recht der Menschen auf Selbstbestimmung, das Recht einer geteilten Nation auf den Willen zur Freiheit und Einheit und das Recht, meine Freunde, unter einer Grenze zu leiden, die zum Fluch des zweiten Weltkrieges gehört und die auch den europäischen Frieden mit einer beunruhigenden Hypothek belastet. Es ist eine tödliche Grenze, wo Schüsse fallen, Todesfallen lauern und Hunde auf Menschen Jagd machen. Dies alles ist Wirklichkeit unserer Tage, und wir können und wir wollen uns damit nicht ab-

finden.

(lebhafter Beifall)

Deutsche Politik hat auch in den 80er Jahren die Pflicht, diese Verhältnisse erträglicher zu gestalten, jeden Schritt - auch den kleinen - zu versuchen und das Menschenmögliche für die Deutschen im anderen Teil unseres Vaterlandes zu tun. Das aber setzt Klarheit der Geschäftsgrundlagen voraus. Die DDR-Regierung kann nicht beides zugleich tun: die Bundesrepublik Deutschland als ihren Erzfeind bekämpfen und zugleich die Hand für die Gaben weit aufhalten.

(Beifall)

Auch von der DDR-Führung ist Realismus zu verlangen. Bereitschaft zu geregelter Nebeneinander, Einhaltung bzw. Wiederherstellung der Geschäftsgrundlagen, z.B. die Zurücknahme der gegenwärtigen Regelung des Zwangsumtauschs.

(Beifall)

Mit dem deutschen Zustand der Einheit in der Teilung wird Europa noch lange zu leben haben. Und machen wir uns nichts vor: Die Deutschen sind die einzigen geblieben, die unter diesem Zustand leiden. Unsere Aufgabe ist es jetzt, die richtige Mitte zwischen unserem Wunsch, die Nation als geistige Wirklichkeit zu erhalten, und der Notwendigkeit, uns im größeren europäischen Haus einzuordnen, zu finden.

Unverändert liegt die deutsche Frage wie seit Jahrhunderten dort, wo sich die Kraftlinien der Weltpolitik gefährlich schneiden. Was wir tun müssen, ist auf drei Ebenen zu beschreiben.

Zuerst gilt es, sich wieder der Geschichte zu erinnern, denn die Erklärung dieser Teilung liegt zuerst und am stärksten in der deutschen und europäischen Geschichte. Diese Geschichte aber gilt es nicht allein als Ursache, sondern auch als uns einigendes Band zu begreifen. Wer es für das Beste hält, die Geschichte zu vergessen und aus den Schulen zu verbannen, der soll nicht von der Nation und auch nicht von ihrer Zukunft sprechen.

(Beifall)

Es liegen in der Geschichte nicht nur Erklärungen für den Zustand der Gegenwart, es finden sich in der Geschichte Mitteleuropas seit dem Beginn des europäischen Mächtesystems auch Möglichkeiten und Denkmodelle, die für die Zukunft auch Mut machen, wenn wir Geduld und Zähigkeit besitzen. Meine Freunde, die deutsche Frage kann einer Lösung nur in langen Zeiträumen näherrücken, und sie wird es nur dann tun, wenn die Europäer in Ost und West dies nicht als Ausdruck eines deutschen Nationalegoismus, sondern als wahrhaftige Bedingung eines dauerhaften Friedens begreifen.

(Beifall)

Die zweite Ebene, auf der die deutsche Frage zu sehen ist, bleibt das Ost-West-Verhältnis. Wer hier - wie Herr Schmidt - auf leichten innenpolitischen Gewinn spekuliert, kann viel verlieren.

Zur Zeit beobachten wir das Ringen der polnischen Arbeiter um ein Stück Menschenwürde, um ein Stück nationale Selbstbestimmung, um ein Stück jenes gesamteuropäischen Erbes von Christentum und Aufklärung, an dem Polen so großen Anteil hat.

Wir, die CDU Deutschlands, und mit uns Millionen unserer Landsleu-

te beobachten die Entwicklungen in Polen mit Wärme und herzlichster Sympathie,

(Beifall)

denn das Schicksal von Polen und das der Deutschen waren in den vergangenen 200 Jahren auf schmerzliche Weise ineinander verflochten, und die Polen waren es lange Zeit, die zwischen Hammer und Amboß gerieten.

Was heute in Polen geschieht, wäre nicht ohne die beruhigende Erfahrung unserer östlichen Nachbarn möglich, daß sich die Bundesrepublik Deutschland in mehr als 30 Jahren als verlässlicher Friedensfaktor erwies, als Teil eines größeren Europa, das sich ohne Einmischung in fremde Angelegenheiten dennoch in Solidarität mit Leben und Leiden jener Menschen jenseits des Eisernen Vorhangs weiß.

(Beifall)

Unsere Politik gegenüber dem Osten steht nun einmal in dem Dilemma, daß Koexistenz für Parteidiktaturen immer nur Atempause bedeutet, nicht dauerhafte Preisgabe von deren imperialer Machtausdehnung. Ein friedliches Miteinander muß der Sowjetunion gegen sich selbst abgerungen werden und wird von ihr stets nur im Einzelfall und auf Wiederruf gewährt.

Es gibt deshalb keine Alternative zum Gleichgewicht. Wohl aber gibt es Gefährdungen dieses Gleichgewichts. Sie entstehen im Westen dort, wo aus der Abwesenheit von Krieg auf die Entbehrlichkeit des Gleichgewichts kurzgeschlossen wird. Sie entstehen überall dort, wo örtliche Konflikte als Stellvertreterkriege geführt werden.

Die Gefährdungen sind aber auch im strategischen Bereich wirksamer geworden. Die konventionelle Überrüstung der Sowjetunion und die massive Aufrüstung im atomaren Mittelstreckenbereich ist durch keinerlei reale Bedrohung seitens des Westens gerechtfertigt.

(Beifall)

Für uns ist deshalb der Vorschlag Breschnevs, jetzt ein Moratorium für die Mittelstreckenraketen zu verhängen, nicht akzeptabel, wenn er nur dazu dient, die sowjetische Überlegenheit zu zementieren.

(Beifall)

Im atomaren strategischen Bereich hat die Sowjetunion auf entscheidenden Gebieten die Parität mit den USA erreicht. Jede weitere Revision dieses neuen Gleichgewichts, wie die Sowjetunion sie atomar betreibt, würde eine Prämie auf den ersten Schlag setzen. So düster es klingt: Es war und ist allein die Zweiteilung der Apokalypse, die deren Ausbruch bisher verhindert hat.

(Beifall)

Das Gleichgewicht ist labil und gefährdet. Zudem - und das gilt nicht zuletzt für unser Volk - hat in den letzten 12 Jahren die Friedenssehnsucht der Völker die Grenze zwischen dem Gleichgewicht als der Grundstruktur des bewaffneten Friedens und der Entspannung als dem Versuch, die damit verbundenen Gefahren unter Kontrolle zu halten, unscharf werden lassen.

Entspannung in einer Konfliktkontrolle bleibt unverändert notwendig, und es ist gefährlich, das labile Gefüge des strategischen Gleichgewichts durch starke Gesten und durch Einsatz von Prestige zu belasten. Aber Entspannung als Verzicht auf Gleichgewicht als

Politik wohlmeinender Vorleistungen, als innenpolitische Glücksverheißung ist lebensgefährlich.

(Beifall)

Lassen Sie mich an dieser Stelle ein offenes Wort zu den Anfängen einer Kampagne sagen, die bereits in Teile der Kirchen hineinreicht und die einen "Frieden ohne Waffen" propagiert.

Wer von uns, meine Freunde, ist nicht betroffen von der Anhäufung und Ausweitung des Rüstungspotentials? Wer von uns ist nicht betroffen von über 500 Milliarden Dollar Rüstungsausgaben jährlich, wenn gleichzeitig Millionen Menschen, darunter viele Millionen Kinder, am Hungertod sterben müssen?

Dennoch: Es gibt keinen Frieden ohne Waffen. Das ist ein schöner Traum, doch leider eine tödliche Illusion.

(Beifall)

Vor 30 Jahren, zu Beginn unserer Bundesrepublik Deutschland, gab es eine ähnliche Diskussion. Damals sagte Kurt Schumacher einen Satz, den heute zu wiederholen sich lohnt. Er sagte:

Wir haben nicht die Aufgabe, einfach die Formel des absoluten Pazifismus nach dem Ersten Weltkrieg als eine Lösungsform zu betrachten, mit der wir das Schicksal ... unseres Volkes bewältigen können. Damit ist gar nichts bewältigt. Damit ist eine Vereinskommunikation zu betreiben, aber nicht einmal eine seriöse Aussprache in einer politischen Partei.

Er sagt dann wörtlich:

Es gibt einen Zweckpazifismus im Dienste der Kriegsvorbereitung.

So Kurt Schumacher vor 30 Jahren.

(Beifall)

Wer sich in diesen Tagen den sogenannten Krefelder Appell vom November 1980 gegen den Nachrüstungsbeschuß der NATO ansieht, der weiß, daß sich dort erneut Kommunisten jeglicher Art und Sozialdemokraten zusammengefunden haben.

Ein kluger Beobachter schrieb in diesen Tagen:

Wer die Verantwortung für das Rüstungsgleichgewicht nicht mittragen will und die westlichen Verhandlungspositionen schwächt, auf dem lastet dann eben Verantwortung für die Folgen des Ungleichgewichts - einschließlich der erhöhten Gefahr für den Weltfrieden.

Realpolitik in der gegenwärtigen Lage des Mächtesystems heißt, das Gleichgewicht bewahren, ohne sich selbst preiszugeben.

Drittens hat die Deutsche Frage eine europäische, vor allem eine westeuropäische Dimension. Westeuropa, das lehrt jeder historische Vergleich, konnte in den letzten Jahren nur deshalb zu einer engeren Verbindung finden, weil die europäischen Großmachtgeopoliten durch die großen Kriege dieses Jahrhunderts ausbrannten und weil ihre Gewichte einigermaßen gleich geworden sind.

Wir, die CDU Deutschlands, wollen die europäische Einigung nicht nur festhalten. Wir wollen voran auf den Weg zum europäischen Bundesstaat.

(Beifall)

Es war unsere Partei, die Europäische Volkspartei, die im Europäischen Parlament unmittelbar nach der Direktwahl den Antrag einbrachte, eine europäische Verfassung auszuarbeiten. Das, meine Freunde, bleibt unser Ziel: die politische Einigung Europas.

(Beifall)

Das Ziel ist nur erreichbar, wenn Sie alle in Ihren Kreisverbänden an diesem Ziel mitarbeiten,

(Beifall)

wenn Sie mithelfen, daß unsere Kollegen, die wir mit unserer Stimme ins erste direkt gewählte Europäische Parlament entsandt haben, in ihrer Arbeit wirksam werden, wenn das nicht ein Geschäft für Fachidioten, sondern der politische Wille unseres Volkes ist.

(Lebhafter Beifall)

Und auch das will ich voll Dankbarkeit auch für die großartige Leistung von Egon Klepsch sagen: Diese Fraktion im Europäischen Parlament hat in diesen wenigen Jahren großartige Arbeit geleistet. Es waren nicht zuletzt die Deutschen, die sie geleistet haben.

(Beifall)

Wir Deutschen wollen dafür nicht unsere nationale Identität aufgeben. Nichts würde die europäische Idee mehr belasten, als wenn nun ausgerechnet die Deutschen die Übernationalen Super-Europäer würden, während andere sich in ihren Vaterländern verschanzen.

Aber die Bundesrepublik Deutschland muß gemeinsam mit ihren Partnern alles daransetzen, Europa moralisch, politisch und wirtschaftlich zu stärken.

Wir müssen sein: Partner der Vereinigten Staaten, ein Friedensfaktor gegenüber der Sowjetunion, berechenbar auch als Gegengewicht, und dazu ein starker Helfer der Notleidenden und der aufstrebenden Nationen in der Dritten Welt.

Kein Nationalstaat alter Art kann heute noch die Kraft aufbringen, um diese Aufgaben zu bewältigen.

Gegenüber den Vereinigten Staaten und der neuen Administration des Präsidenten Reagan werden die Europäer nur soweit ein ernstzunehmender Partner sein können, wie sie mit einer Stimme sprechen. Wir müssen als Deutsche alles tun, damit hier eine deutsche Sonderrolle vermieden wird.

(Beifall)

Was die USA brauchen und was sie von uns zu Recht erwarten, das ist weltpolitische Arbeitsteilung, das ist Verständnis für die im Aufbruch befindliche Führungsnation des Westens, das ist aktive Entlastung in Mitteleuropa, und das ist vor allem, auch das will ich aussprechen, ein selbstverständlicher Geist freundschaftlicher Zusammenarbeit. Wer in diesen schwierigen Zeiten den bösen Geist des Antiamerikanismus in Europa und Deutschland betreibt, verschleudert die Zukunft in Freiheit unseres Landes.

(Anhaltender Beifall)

Das Verhältnis im Bündnis kann nicht auf Unterwerfung beruhen. Aber es kann sich auch nicht auf murrendes Mitlaufen im Troß beschränken. Das Bündnis ist so stark und so schwach, wie es auf sich wechselseitig bestärkenden Interessen und auf einer gemeinsamen Ideenwelt und politischen Kultur beruht.

Kein Staat in Europa hat ein so vitales Interesse an der Entente Cordiale der Westeuropäer und der Nordamerikaner wie wir.

Unter diesem Vorbehalt steht unser Bewegungsraum in der nationalen Frage. Alles andere führt in die Illusion eines "dritten Wegs".

Die Bundesrepublik Deutschland, unser Staat, ist heute nicht mehr das schwindsüchtige Kind der Nachkriegszeit. Sie trägt in wirtschaftspolitischen Fragen weltpolitische Verantwortung. Sie ist ein Stabilitätsfaktor in Europa. Sie ist ein Element des Gleichgewichts. Letztlich aber bewirken Geographie und Strategie, daß unsere Sicherheit nur so weit reicht, wie die Pax Americana dauerhaft ist.

In diesen Tagen haben die Direktoren der bekanntesten Forschungsinstitute für auswärtige Politik eine bemerkenswerte Analyse der internationalen Sicherheitslage veröffentlicht. Ich will in der Kürze der Zeit nur einen Gedanken aufgreifen.

Die Autoren weisen darauf hin, daß die Sicherheit des Westens und damit auch der Bundesrepublik nicht mehr - wie in den letzten 30 Jahren - in Europa, sondern heute auch im Nahen Osten entschieden wird. Deshalb müssen die Europäer im Rahmen einer transatlantischen Lastenteilung gemeinsam mit den Amerikanern Vorkehrungen treffen. Europa, so sagen sie, müsse einen echten Beitrag zur westlichen Sicherheit im Nahen Osten leisten, politisch, wirtschaftlich und militärisch in der Form, daß beispielsweise wir Deutsche dafür sorgen, daß amerikanische Ressourcen für den Mittleren Osten freigesetzt werden. Frankreich und Großbritannien könnten darüber hinausgehen.

Nur so könnten wir die Voraussetzungen dafür schaffen, einen möglichen militärischen Konflikt zwischen Ost und West auf den Nahen und Mittleren Osten zu begrenzen und ein automatisches Übergreifen dieses Konfliktes auf Europa zu verhüten. Meine Freunde, ich halte dies in der Tat für ein unabdingbares Erfordernis deutscher wie europäischer und transatlantischer Friedens- und Sicherheitspolitik in diesem Jahrzehnt.

Fassen wir zusammen: Alle Deutschlandpolitik ist eingebunden in die Ost-West-Konflikte. Die großen Schritte sind denkbar, aber vorerst nicht möglich. Zähes Verhandeln, kleine Schritte, menschliche Erleichterungen, das ist alles, was zur Zeit erreichbar erscheint. Es ist aber nicht alles, was wir gegenwärtig tun können und, weil wir es können, auch tun müssen. Wir müssen das Bewußtsein unserer schwierigen Geschichte wachhalten, um Gegenwart und Zukunft geistig nicht zu verfehlen.

(Beifall)

Wir müssen das Gleichgewicht in Europa und in der Welt sichern, mit Realismus an der Konfliktkontrolle arbeiten und dabei jene altrussische Mischung aus Angst und Arroganz der Macht berücksichtigen, der auch die Führer der Sowjetunion unterworfen sind. Und wir müssen die Bundesrepublik Deutschland als Teil der Pax Americana erhalten und ihre moralischen und politischen Grundlagen ausbauen.

(Beifall)

Wir, die Union, haben in dieser Zeit die große Chance, daß sich unsere Politik für Frieden und Freiheit im Einklang mit den großen politischen Strömungen der internationalen Politik bewegt, mit allen, die ihre Politik wieder auf klaren Wertentscheidungen gründen und zugleich nüchtern und realistisch handeln. Wir setzen dabei ebenso auf die weltweite geistige Offensive des Papstes aus Polen wie auf die Entschlossenheit der neuen amerikanischen Regierung,

der sowjetischen Herausforderung entgegenzutreten.

(Lebhafter Beifall)

Angesichts der nationalen und internationalen Herausforderungen ist unser Land wirtschaftlich und finanziell nicht genügend vorbereitet. Vor allem das Energieproblem überschattet das Schicksal des Landes.

Was sich die Regierung in der Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie an Widersprüchlichkeiten und Unterlassungen leistet, ist chaotisch und für die Zukunft des Landes eine Belastung.

(Beifall)

Ich werfe Herrn Schmidt und seiner Regierung vor, daß sie angesichts der energiewirtschaftlichen Sorgen die Weichen in der Wirtschaftspolitik nicht mehr auf Fortschritt, sondern - wie Herr Klose und seine Freunde in SPD und FDP - auf Rückschritt stellen.

Selbst Herr Schmidt bestreitet heute nicht mehr, daß wir auf Kernenergie nicht verzichten können, wenn Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand aufrechterhalten bleiben sollen.

Aber was sich die SPD am Beispiel Brokdorf geleistet hat, das ist nicht nur eine offene Konfrontation gegen Helmut Schmidt, sondern ebenso ein Symbol für eine reaktionäre, rückschrittliche Politik, die durch ihre Zukunftsblindheit ein Vakuum geschaffen hat, so daß sich jetzt unter dem Mantel technolgiefeindlicher Chaoten Feinde unseres Demokratieverständnisses breitmachen können.

(Beifall)

In all unseren vergleichbaren Nachbarländern ist die Lage günstiger, weil diese Länder rechtzeitig und mutig auf die Herausforderung reagiert haben. Ich nenne als Beispiel nur die französische Republik und den anderen Teil Deutschlands, die DDR.

Eine Industrienation wie die Bundesrepublik Deutschland braucht mutige Entscheidungen. Das gilt nicht nur für die Versäumnisse im Bereich der Energie, sondern ebenso im Bereich der Haushalts- und der Finanzpolitik. Die SPD hat vor sechs Monaten im Wahlkampf versprochen: "Sicher in die 80er Jahre". Aber niemals zuvor haben wir mit so viel Unsicherheit ein Jahrzehnt begonnen.

Die lebensgefährliche Entscheidungsschwäche des Kanzlers hat zum Niedergang der D-Mark beigetragen. Meine Freunde, wer Kredite will, muß seine eigene Bilanz vorlegen. Und unsere Bilanz - das wird im Ausland aufmerksam registriert - sieht so aus:

Der Schuldenberg blockiert unsere Zukunftsinvestitionen. Die Wirtschaft fährt in die Rezession. Die Währungsreserven schmelzen dahin. Das internationale Vertrauen in die D-Mark schwindet. Die Produktionsanlagen veralten, und die technische und wirtschaftliche Entwicklung leidet unter Anpassungsschwierigkeiten.

Die vier großen Themen des Wachstums- und Stabilitätsgesetzes werden massiv verletzt. Die Arbeitslosigkeit ist mit rund 1,3 Millionen hoch wie nie zuvor. Die Inflation tragt wie eh und je. Die Jünger des Nullwachstums sind von der Wirklichkeit längst überholt, und das Defizit in der Leistungsbilanz ist das größte in der ganzen Welt.

Heute ist bereits das gefährdet, was die Bundesrepublik Deutschland in 30 Jahren an Ansehen und Verlässlichkeit, an Leistung und sozialem Frieden erreicht hat.

(Lebhafter Beifall)

Das "Modell Deutschland", das die Herren Brandt und Schmidt in aller Welt als Markenartikel angepriesen haben, steht mit deutlichen Blessuren im internationalen Schaufenster. Nicht die amerikanische Zinspolitik ist schuld an der deutschen Misere, wie Herr Schmidt behauptet, sondern es wird schlecht regiert in diesem Lande. Das ist der eigentliche Grund für den Vertrauensverlust der

D-Mark.

(Lebhafter Beifall)

Die übergroße Staatsverschuldung und die ständig steigende Steuer- und Abgabenbelastung beengen den Spielraum für privaten Leistungswillen und Investitionen. Dafür wurden immer mehr soziale Wohltaten verteilt, ohne daß man dem Bürger ehrlich sagt, wie dies alles auf Dauer vom Staat finanziert werden soll.

Gerade in diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, wie besorgniserregend es ist, daß sich in manchen Teilen unserer Bürgerschaft und nicht zuletzt auch in Teilen der jungen Generation so etwas wie eine wirtschaftsfremde, ja wirtschaftsfeindliche Mentalität breitmacht. Hier geht die Saat auf, die zur Inflation des Anspruchsdenkens geführt hat. Wenn alles machbar und sowieso finanzierbar ist - so Willy Brandt 1969 -, warum sollte sich dann der Staat nicht auch alles leisten können? Auf diese Art wird unser Staat zum blanken sozialpolitischen Selbstbedienungsladen degradiert.

(Beifall)

Kein Staat kann auf die Dauer mehr verteilen, als er einnimmt. Versucht er dennoch, soziale Ansprüche durch Schulden zu befriedigen, dann ist das Diebstahl an der nachfolgenden Generation, an unseren Kindern und Kindeskindern.

(lebhafter Beifall)

Wir können die Probleme der Sozialleistungssysteme nicht erwähnen, ohne zugleich die Frage nach Subventionen auch in der Wirtschaft zu stellen. Auch die haben von 1966 bis Ende der 70er Jahre um mehr als 200 % zugenommen. Ich begrüße es, daß gerade in jüngster Zeit maßgebliche Sprecher der deutschen Wirtschaft erhebliche Bedenken gegen diese Auswucherungen geltend gemacht haben, vor allem angesichts der Tatsache, daß sich das Subventionskarussell international noch viel schneller dreht als bei uns. Wir müssen erkennen: In diesem Subventionsvolumen ist ein Stück Strategie der Linken in der SPD zu sehen. Sie wollen über das Geld in die Betriebe hinein und letztlich die Betriebe bestimmen. Das ist das eigentliche Ziel dieser Politik!

(Beifall)

Ich fordere deshalb in der Wirtschafts- und Finanzpolitik eine Kurskorrektur, die es ermöglicht, die Handlungsfähigkeit des Staates wiederzugewinnen. Die gegenwärtige Wachstumsschwäche beruht nicht auf reduzierten Wachstumsmöglichkeiten. Sie beruht auf den Fehlern der Regierung Schmidt/Genscher. Die Sozialleistungen müssen wieder mit der Wachstumsentwicklung synchronisiert werden, um sie auf eine langfristig stabile Finanzbasis zurückzuholen.

Wir, die Union, haben die Synthese zwischen Marktwirtschaft und sozialer Sicherheit in über 20 Jahren Regierungsverantwortung erfolgreich vorgeführt. Wir haben die Grenzen des Machbaren erkannt und abgesteckt. Deshalb treten wir in unserem Arbeitsprogramm für die sinnvolle Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft ein, die die Ökonomie mit der Ökologie versöhnt. Wir stützen uns mit aller Kraft auf eine im Kern immer noch ge-

sunde und dynamische Leistungsfähigkeit der Wirtschaft. Hinter uns steht die Mehrheit der Bürger, die mit ihren Kenntnissen und Fähigkeiten, mit ihrer Bereitschaft zu Fleiß, Leistung und Verantwortung, mit ihrem Sinn für Realitäten und Notwendigkeiten, mit gutem Willen und mit Zuversicht das Tief in unserem Lande überwinden wollen. Das alles muß nur freigelegt und in die richtigen Bahnen gelenkt werden.

(Beifall)

Wir sind zu dieser wirtschaftspolitischen Führung entschlossen. Unser Programm für die 80er Jahre beruht auf den folgenden Prioritäten:

Erstens. Die Welt muß wieder Vertrauen in unsere Wirtschaft gewinnen. Deshalb müssen wir die Soziale Marktwirtschaft als Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Freiheit und als Fundament unseres Wohlstandes und unserer sozialen Sicherheit sowie als Grundlage der Zukunftssicherung wieder voll funktionsfähig machen.

(Zustimmung)

Zweitens. Zu diesem Zweck sind klare Entscheidungen nötig, um den leistungsfeindlichen Anstieg der Staatsausgaben und Steuern Schritt für Schritt zu reduzieren, um den beängstigenden Anstieg der Schulden zu begrenzen und überflüssige Vorschriften und bürokratische Bremsklötze zu beseitigen.

Drittens. Wir müssen die notwendigen energiepolitischen Entscheidungen treffen.

(Zustimmung)

Wir müssen den Wohnungsbau von seinen Fesseln befreien, die neuen Kommunikationstechniken auf den Markt bringen und dem politisch bedingten Investitionsstau in weiten Teilen unserer Wirtschaft entgegenwirken.

(Beifall)

Viertens. Wir müssen mit Mut die Ansprüche aller, vor allem aber des Staates, wieder an den wirtschaftlichen Realitäten orientieren.

(Beifall)

Die Einheit von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik muß klar und deutlich sein.

Fünftens. Wir müssen die Arbeitslosigkeit beseitigen, indem wir die Investitionskraft und die Investitionsbereitschaft in unserer Volkswirtschaft verbessern, wir müssen den Mittelstand und jene aufwärtsstrebenden Schichten und Gruppen stärken, die Ausbildung und Umschulung der Arbeitnehmer vorantreiben und uns - nicht nur aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit, aber auch aus diesem Grunde - mehr der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Kinder annehmen.

(Beifall)

Wir setzen dabei im Erbe Ludwig Erhards auf ein Gesundheitsprogramm für unsere Wirtschaft, auf die Verantwortung, die Kraft und die Leistung des einzelnen bei voller Wahrung seiner sozialen Sicherheit.

Meine Freunde, wir haben gemeinsam mit anderen in diesen 30 Jahren in Deutschland einen Sozialstaat aufgebaut, der in der Welt ohne Beispiel ist. Er gibt den Menschen Sicherheit und persönliche Freiheit. Die finanziellen Grenzen des Sozialstaats sind erreicht. Aber das bedeutet doch nicht das Ende der Sozialpolitik! Denken wir an die kinderreichen Familien, denken wir an die Behinderten! An ihre Grenze ist gestoßen die herkömmliche Methode und das herkömmliche Instrumentarium der Sozialpolitik: mehr Geld für immer mehr Menschen und immer mehr Bedürfnisse.

Der Sozialstaat ist ein Labyrinth geworden, in dem sich die Bedürftigen nicht mehr auskennen und das sich dem Mißbrauch des Virtuosen öffnet. Aber, meine Freunde: das ist doch nicht unsere Vorstellung eines menschlichen gerechten Sozialstaates.

(Beifall)

Wir brauchen neue Formen von bürgernahen sozialen Hilfen und Aktivitäten. Die bürokratischen und fiskalischen Instrumente der traditionellen Sozialpolitik greifen längst nicht mehr, sie laufen gut geölt und mit viel Aufwand oft ins Leere. Was den Menschen heute fehlt, ist menschliche Nähe und Wärme. Es fehlt weniger an Ämtern und Geld, sondern an Nächstenliebe und Brüderlichkeit. Das ist das Signum unserer Sozialpolitik!

(Lebhafter Beifall)

Und das, meine Freunde, ist doch unser Thema, das Thema der Christlichen Demokraten und der Christlich-Sozialen. Mit der Subsidiarität haben wir doch das Organisationsprinzip für einen Sozialstaat nach menschlichem Maß.

Es ist an der Zeit, zu einem offensiven Verständnis von Subsidiarität überzugehen. Es ist eine Umorientierung der Sozialpolitik nötig: hin zu mehr Eigeninitiative, zur Nachbarschaftshilfe, zur Stärkung der Familien und unmittelbaren Hilfen auf kommunaler Ebene. Viele spontane und freiwillige Aktivitäten werden durch unnötige Vorschriften und Auflagen verhindert. Andere müssen über den Staat erst angeregt werden.

Der Staat kann und darf nicht alles in eigener Regie machen.

(Beifall)

Aber er muß dafür sorgen, daß soziale Hilfen dort gegeben werden, wo sie nötig und sinnvoll sind. Der Staat muß nicht immer selbst helfen, aber er sollte Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Auch unsere Mitbürger und Zeitgenossen sind heute bereit, sich zu engagieren. Viel Bereitschaft zu sozialem Engagement liegt brach. Warum nutzen wir dieses große Potential nicht für positive Zwecke? Wir brauchen mehr produktive Bürgerinitiativen. Sie können ein weites Feld bestellen, billiger als der Staat es je kann.

(Beifall)

Jammern wir nicht nur über das Anspruchsdenken. Tun wir etwas! Geben wir ein Beispiel! Ich wünsche mir viele Eltern und viele Ratsmitglieder der Union, die solche Initiativen ergreifen und unterstützen, die jetzt im Jahr der Behinderten helfen - aber nicht nur im Jahr 1981, sondern beispielhaft auch über dieses Jahr hinaus.

(Beifall)

Eine neue Sozialpolitik mit menschlichem Gesicht - dies ist die Herausforderung für die CDU. Dazu braucht man nicht mehr Geld, sondern mehr Mut, mehr Phantasie und vor allem mehr Zutrauen in unsere Mitbürger. Unsere Mitbürger verhalten sich zu unserem Staat so, wie sich der Staat zu ihnen verhält. Wer den Sozialstaat, so wie er ist, mit all seinen Absurditäten und Ungerechtigkeiten, behalten will, der wird ihn verlieren, der wird verspielen, was schon erreicht ist.

Ich will vier Beispiele nennen.

Wir müssen die Ungerechtigkeiten beseitigen, die in unserem System der sozialen Sicherung festgeschrieben sind. Der Staat hilft oft nicht jenen, die ihn brauchen, sondern jenen, die ihn zynisch ausbeuten.

Wir müssen die unsozialen Folgen gutgemeinter Gesetze beseitigen. Oft haben diejenigen, die durch Gesetze geschützt werden sollen, den größten Schaden durch diese Gesetze davonzutragen.

(Beifall)

Wir müssen den finanziellen Aufwand und den sozialen Ertrag wieder in ein vernünftiges Gleichgewicht bringen. Gut ist eine Sozialpolitik, wenn sie viel bewirkt, nicht, wenn sie viel kostet. Das muß wieder unsere Überlegung werden!

(Beifall)

Wir müssen den Sozialstaat neu ordnen und ihn konsequent durch nichtstaatliche, an dem Prinzip der Subsidiarität orientierte soziale Hilfen ergänzen. Es muß uns doch nachdenklich stimmen, daß nach Jahren des quantitativen Ausbaus unseres Sozialstaates so viele in der jungen Generation diesem Staat ferner denn je stehen.

Unser Land befindet sich in einer tiefen Krise. Die Vorgänge in und um Brokdorf waren und sind ein bedrückendes Symbol. Auch in unseren eigenen Reihen halten manche die Fluchtbewegungen junger Leute zu Drogen, Alkohol und Sekten, die Jugendkrawalle, das Anwachsen der Subkulturen, die Kritik am materialistischen Wohlstandsdenken, das Mißtrauen junger Leute gegenüber dem Staat und ihr Desinteresse an der Politik für Randerscheinungen mehr oder weniger radikaler Minderheiten und für Äußerungen einer jungen Generation, die sich ohne die Erfahrung von Krieg und Not zu wenig Gedanken über die Voraussetzungen unseres Wohlstandes gemacht hat.

Meine Freunde, ich kann nur dringend warnen, daß wir uns mit solchen Erklärungen beruhigen. Es ist kurzsichtig, die Zukunft der eigenen Jugend preiszugeben, weil diese Jugend später einmal die Solidarität mit denen üben soll, von denen sie sich jetzt so schmähschlich im Stich gelassen fühlt. Wir erleben heute einen kalten Egoismus derjenigen, die an der Quelle sitzen und ihre Besitzstände, oft genug auch ihre Privilegien, verteidigen.

(Beifall)

Die junge Generation darf nicht draußen vor der Tür gelassen werden. Wenn ihr die Chancen ihrer Lebenserfüllung genommen werden, dann sind die Folgen unabsehbar und zerstörerisch. Wir geben die beste Energie preis, die wir haben: die Kraft und den Arbeitswillen der jungen Generation. Auf diese Art werden mutlose Frühgreise herangebildet, Artisten im sozialen Netz, Profis der Resignation und des Anspruchsdenkens, die vergessen haben, daß die nächsten helfenden Hände immer noch die eigenen Hände sind.

(Lebhafter Beifall)

Manche aus der jungen Generation - und es sind nicht nur die Müden, die Drop outs, die Ängstlichen - haben der verwalteten Welt und der technischen Zivilisation bereits den Rücken gekehrt. Der Weg in die alternativen Kulturen resultiert aus einem tiefen Pessimismus, aus der Skepsis gegenüber Sachzwängen. Sie wollen Aufgaben und sie empfinden ein Unbehagen an der halbautomatisierten, pflegeleichten, verwalteten Welt. Diese jungen Leute stellen vielfach die richtigen, die konservativen Fragen nach dem Sinn des Lebens und nach der Richtung, in die das Gemeinwesen treibt. Aber sie entscheiden sich für Antworten, die keine sind.

Dies alles hat viel tiefere Ursachen als die Kritik an Kernkraft oder Wohnungsnot. Die eigentliche Ursache ist doch das auch bei vielen Erwachsenen festzustellende Gefühl: "So wie bisher kann es nicht weitergehen." Sie haben die Sorge - dies ist auch eine Frage an uns -, daß es der Politik an der Sensibilität fehlt, die Ursachen dieses Zweifels zu erkennen. Meine Freunde, nach fast 33 Jahren Bundesrepublik Deutschland stehen wir an einem Punkt unserer gesellschaftlichen und zivilisatorischen Entwicklung, an dem wir Bilanz ziehen und grundsätzliche Richtungsentscheidungen treffen müssen. Wenn Menschlichkeit, wenn Fortschritt nach menschlichem Maß unser Ziel ist, dann müssen auch wir uns fragen, ob unser Land nicht in manchen Bereichen seiner wirtschaftlichen und technischen, seiner sozialen und politischen Entwicklung Irrwege gegangen oder in in Sackgassen geraten ist. Wir haben modernisiert. Das ist in Ordnung. Wir haben technisiert. Das ist in Ordnung. Wir haben bürokratisiert, und wir haben immer mehr Verantwortung beim anonymen Staat abgeladen und zentralisiert. Vieles - das ist wahr - ist dadurch effektiver, rationeller und bequemer geworden. Aber unser Leben hat an Menschlichkeit, an Geborgenheit, an Unmittelbarkeit im Alltag verloren.

(Beifall)

In den modernen Trabantenstädten und Wohnsilos bieten wir viel Komfort, aber die nachbarlichen Beziehungen verkümmern, und die Kinder wissen nichts mit ihrer Freizeit anzufangen. Manch einer von uns, der sich heute über Jugendliche beklagt, sollte sich doch einmal daran erinnern, wieviel mehr an Auslauf ihm in seiner Jugendzeit geboten wurde. Heute ist diese Umwelt für viele Kinder zugebaut, betoniert und eingezäunt und mit Verbotsschildern gepflastert. Aber der eingezäunte Abenteuerspielplatz mit Benutzungsordnung und spielpädagogischer Betreuung ist eben nur ein armseligere Ersatz für das, was junge Leute wollen.

(Lebhafter Beifall)

Es mag übertrieben sein, aber nicht wenige Junge sehen es so: verschmutzte Flüsse, zersiedelte Landschaften, Trennung von Wohnung und Arbeitsplatz, Hektik und Risiken eines Mammutverkehrs,

Sinnentleerung einer durchrationalisierten Arbeitsorganisation, Manipulationsgefahren des Medienmonopols, Datenschutz und vieles andere mehr.

Es führt kein Weg zurück zum einfachen Leben für uns alle. Das ist weder möglich noch von der Mehrheit unserer Bürger so gewollt. Aber wir sollten all unsere soziale und politische Phantasie aufbieten, um sicherzustellen, daß der Fortschritt menschliches Maß bewahrt. Wir brauchen den Fortschritt. Wir brauchen wirtschaftliches Wachstum. Wir brauchen technologisches Innovation. Nostalgische Rückbesinnung auf frühere, angeblich bessere Zeiten, bietet keine Lösung. Aber die Bewahrung einer lebenswerten und sozialen Umwelt sollte uns nicht weniger wert sein als der Schutz von Natur und Landschaft - eine zutiefst konservative Aufgabe unserer Generation!

(Beifall)

Die Fortschrittskritik der letzten Jahre hat sich zu sehr auf die Entwicklung von Technik und industrieller Produktion konzentriert. Es wurde dabei übersehen, daß in unserer sozialen Umwelt durch politische Eingriffe noch größere Flurschäden entstanden sind als in der natürlichen Umwelt. Die Verrechtlichung immer weiterer Lebensbereiche wuchert wie ein Krebsgeschwulst. Wer kennt nicht die lebensfremd anmutenden Urteile auf Grund des Ausbildungsförderungsgesetzes, durch die Eltern verurteilt werden, Zweit- und Drittausbildungen ihrer schon erwachsenen und besser verdienenden Söhne und Töchter zu finanzieren?

(Beifall)

Wer kennt nicht die Beispiele aus dem Scheidungsrecht, dem Kündigungsschutzrecht, dem Mietrecht. Wenn wir uns auf diesem Parteitag mit dem Thema Wohnungsnot zu beschäftigen haben, dann ist dies ein schlagender Beweis dafür, daß die sozialistischen Experimente in unserem Lande nichts vorangebracht, sondern im Gegenteil uns alle weit zurückgeworfen haben.

(Beifall)

Wir erleben es doch überall: bürgerliche Tugenden, die unser soziales Zusammenleben bisher verlässlich geregelt haben, wurden von einer Mentalität zurückgedrängt, nach der alles als erlaubt gilt, was nicht ausdrücklich verboten ist, und die nur noch solche Pflichten anerkennt, die auch auf dem Wege der Rechtsmittel erzwingbar sind. Der neue Präsident des Bundesarbeitsgerichts, Dr. Kiesel, hat knapp und prägnant unsere Lage auf die Formel gebracht, es fehle der Grundkonsens darüber, "was man tut und was man nicht tut". Lassen Sie uns wieder darüber sprechen. Unsere Mitbürger warten darauf. Dies ist die eigentliche geistige Herausforderung unserer Zeit.

(Beifall)

Diesen Grundkonsens kann unser Staat nicht durch Gesetze und nicht durch Gerichtsentscheidungen ersetzen. Jetzt wird sichtbar, wie wichtig, wie unverzichtbar Tugenden sind wie: Redlichkeit und Augenmaß, Treue zu Gesetzen, Menschlichkeit und Toleranz, Pflichtgefühl und Fleiß, Sparsamkeit und Gemein Sinn, Selbstdisziplin und Eigeninitiative. Mit diesem großartigen moralischen Kapital unseres Volkes sind die Sozialisten genauso diletantisch umgegangen wie mit den öffentlichen Finanzen des Landes.

(Beifall)

Heute wird es immer häufiger üblich, alle Rechte und Ansprüche an den Staat bis zum äußersten auszunutzen. Als clever und geschickt gilt, wer sich noch darüber hinaus Vorteile zu verschaffen weiß. Das ist ein erbärmliches Beispiel für die junge Generation.

(Beifall)

Am deutlichsten verspüren wir diese Entwicklung im Bereich von Erziehung und Bildung. Aus gutem Grund - und deswegen will ich nicht viel zu diesem Thema sagen - haben wir beschlossen, im kommenden Herbst nach sorgfältiger Vorbereitung in der Partei einen eigenen Parteitag zu dem Thema "Zukunftschancen der jungen Generation" durchzuführen.

(Beifall)

Wir werden auf diesem Parteitag auch unsere eigene Bildungspolitik selbstkritisch zu überprüfen haben.

(Beifall)

Es kommt jetzt nicht darauf an, daß wir uns gegenseitig den guten Willen für unsere Beschlüsse in den letzten 15 Jahren bestätigen. Wer ehrlich zu sich selbst ist - und das sagt Ihnen einer, der auch in der Verantwortung als Ministerpräsident eines deutschen Bundeslandes stand, der mitverantwortlich für vieles von dem ist, was ich jetzt zu beklagen habe -, muß heute sagen: Auch wir, die CDU/CSU, müssen einen Teil unserer Beschlüsse aus der Vergangenheit revidieren, weil es notwendig ist.

(Beifall)

Wir brauchen eine neue, aber ohne ideologische Frontstellung geführte Bildungsdebatte, in der wir klären müssen, was wir von Schule und Hochschule erwarten, was sie leisten sollen und was sie nicht leisten sollen. Wir brauchen eine Diskussion, die die Bildungsinhalte in den Mittelpunkt stellt und die die praktischen Probleme der Schüler, Lehrer und Eltern nicht länger ausklammert. Wir brauchen eine Bildungsdebatte, an deren Ende nicht mehr, sondern weniger Staat steht und die statt dessen freie Träger, Eltern, Lehrer und Schüler zu mehr Eigeninitiative und Zusammenarbeit ermutigt.

(Beifall)

Eine nüchterne Bilanz legt uns drei Schlußfolgerungen nahe:

Erstens. Der mit Aufgaben überlastete Staat hat die Grenze seiner Handlungsfähigkeit erreicht. Nur eine grundsätzliche Neuorientierung kann uns aus der politischen Sackgasse der Sachzwänge herausführen und in der Politik jenen Handlungsspielraum wiedergeben, der sie befähigt, sensibler, schneller und ohne den massiven Druck konfliktfähiger Gruppen auf die Bedürfnisse der Bürger einzugehen.

Zweitens. Unser Ziel ist ein Fortschritt nach menschlichem Maß. Das ist die große Gestaltungsaufgabe unserer Zeit. Das Grundsatzzprogramm der CDU weist in diese Richtung. Wir brauchen aber in den politischen und sozialen Fragen schöpferische Kraft, um neue gangbare Wege zu finden.

Drittens. Wir müssen die junge Generation dazu gewinnen, an dieser Gestaltungsaufgabe mitzuwirken. Schon deshalb ist es notwendig, dem Prinzip der Subsidiarität in unserer Gesellschaft wieder Geltung zu verschaffen. Eigeninitiative in überschaubaren Bereichen

mobilisiert mehr an Kreativität und sozialer Phantasie als die weitere Verstaatlichung der Politik.

(Beifall)

Meine Freunde, in seinen "Erinnerungen" sagt Konrad Adenauer:

Der Sinn des Staates muß sein, die schöpferischen Kräfte eines Volkes zu wecken, zusammenzuführen, zu pflegen und zu schützen.

Als die Führung des Staates in unseren Händen lag, haben wir alles getan, um die schöpferischen Kräfte unseres Volkes zu wecken. Was damals in den langen und harten Jahren des Wiederaufbaus unter der Kanzlerschaft Konrad Adenauers geschaffen und unter der Kanzlerschaft Ludwig Erhards und Kurt Georg Kiesingers bewahrt wurde - wirtschaftliche, finanzielle, soziale und politische Stabilität -, ist heute in Gefahr.

Wenn heute Herr Schmidt verkündet, es seien Anstrengungen wie in den Aufbaujahren unseres Staates erforderlich, um wirtschaftliche, finanzielle und soziale Stabilität zurückzugewinnen, dann gesteht er öffentlich ein, daß er gescheitert ist. Jahrelang sind die schöpferischen Kräfte unseres Volkes nicht geweckt, nicht gefördert, sondern gelähmt, ja erstickt worden.

Jahrelang sind notwendige, für die Zukunft unseres Staates lebenswichtige und vorausschauende Entscheidungen liegengelassen, weil die Angst vor dem Zerfall der Regierungsmacht als ständiger Gast am Bonner Kabinetttisch saß und die Richtlinien der Politik bestimmt hat.

(Beifall)

Meine Freunde, wenn die schöpferischen Kräfte unseres Volkes wieder geweckt werden sollen, braucht unser Land eine neue, eine bessere Regierungspolitik. Dann brauchen unsere Bürger eine Regierung, die mit Mut und Umsicht, mit Augenmaß und Tatkraft Vorsorge trifft gegen die Krisen, Belastungs- und Bewährungsproben, denen die Bundesrepublik Deutschland, in diesem Jahrzehnt ausgesetzt sein werden.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es keine Mehrheit für den Sozialismus.

(Starker Beifall)

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es auch keine Mehrheit für eine Politik, die in allen Bereichen des menschlichen Lebens immer mehr Staat will. Aber in der Bundesrepublik Deutschland gibt es eine Mehrheit für das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen,

(Beifall)

für das Atlantische Verteidigungsbündnis, für die Freundschaft und Partnerschaft mit dem Volk und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika,

(Starker Beifall)

für die politische Einigung Europas

(Beifall)

und für die Soziale Marktwirtschaft, wie sie Ludwig Erhard begründet hat.

(Beifall)

Mit einem Wort: Es gibt eine große Mehrheit für jene Politik, die seit 1949 unübersehbar die Handschrift von CDU und CSU, die Handschrift der Union zeigt.

(Beifall)

Das ermutigt uns, selbstbewußt und ohne Spur falscher Selbstgerechtigkeit zu sagen: Wir, die Christlichen Demokraten in Deutschland, trauen uns zu, gemeinsam mit unseren Mitbürgern die schweren Aufgaben, die sich unserem Land in diesem Jahrzehnt stellen, zu meistern. So rufe ich Ihnen zu, liebe Freunde: Gehen wir mit Selbstvertrauen und Entschlossenheit, gehen wir mit Mut und Geduld an die Arbeit. Tun wir unsere Pflicht.

(Langanhaltender starker Beifall
und Bravo-Rufe - Die Delegierten
erheben sich)

Lothar Späth, Tagungspräsident: Lieber Helmut Kohl, der Parteitag dankt Dir für diese Rede, die im wahrsten Sinne des Wortes grundlegend und richtungsweisend für uns alle ist.

(Beifall)

Aber diese Partei dankt ihrem Vorsitzenden auch für den Einsatz, für das Pflichtbewußtsein und für die Selbstlosigkeit, mit denen Du im vergangenen Jahr zum Vorbild für uns alle geworden bist. Auch dafür ein besonders herzliches Wort des Dankes.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich unterbreche den Parteitag jetzt für eine Stunde. Ich habe die Bitte, daß wir, nachdem wir etwas in Zeitverzug sind, pünktlich um 14.00 Uhr mit der zweiten Plenarsitzung beginnen.

Der Parteitag ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 13.00 Uhr bis 14.20 Uhr)

Montag, 9. März 1981
2. Plenarsitzung
Beginn: 14.20 Uhr

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Meine Freunde, ich darf die 2. Plenarsitzung des Parteitages eröffnen. Wir freuen uns, daß in unserer Mitte der Vorsitzende unserer Schwesterpartei, Franz Josef Strauß, ist. Wir begrüßen ihn sehr herzlich.

(Beifall)

Wir werden in der Tagesordnung so fortfahren, daß wir jetzt zunächst den Bericht des Generalsekretärs hören. Anschließend bitten wir Franz Josef Strauß um ein Grußwort an den Parteitag.

(Beifall)

Ich rufe also Punkt 8 der Tagesordnung auf:

Bericht des Generalsekretärs

Das Wort hat der Generalsekretär.

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU: Herr Präsident! Lieber Franz Josef Strauß! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich möchte zunächst für heute nachmittag Helmut Kohl entschuldigen. Er versucht nach der großen Rede, die er heute Vormittag gehalten hat, seine Grippe in den Griff zu bekommen. Wir wünschen ihm gute Besserung. Er wird pünktlich zur Wahl heute nachmittag wieder da sein. Er tut das aus Pflichterfüllung. Ich bin überzeugt, daß wir ihn auch dann wählen würden, wenn er wegen seiner Krankheit nicht da wäre.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch ein Wort zu der Rede sagen, die Helmut Kohl heute vormittag gehalten hat. Es war eine wegweisende Rede. Und lassen Sie mich nach vier Jahren der Zusammenarbeit mit Helmut Kohl als Generalsekretär der CDU noch etwas hinzufügen: Keiner hat wie Helmut Kohl die CDU und die Union in den vergangenen Jahren zusammengehalten,

(Beifall)

und dies auch in Zeiten, in denen viele das zähe Festhalten an der Einheit der Union als Schwäche ausgelegt haben. Helmut Kohl hat immer die historische Verantwortung der Union aus CDU und CSU gesehen. Und ich sage dies gern in Anwesenheit von Franz Josef Strauß: Beide Parteien stehen heute gemeinsam für eine Politik, die von beiden Parteien getragen wird und nur von ihnen gemeinsam zum Erfolg geführt werden kann.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es ist sicher keine Übertreibung, wenn ich feststelle, daß der hinter uns liegende Bundestagswahlkampf wohl der schwierigste Wahlkampf war, den die Union bisher zu bestehen hatte. Die Sozialdemokraten witterten eine Chance, die absolute Mehrheit zu gewinnen. Auf jeden Fall wollten sie die stärkste Partei werden. Wir sind die stärkste Partei geblieben. War das selbstverständlich? Ich glaube, diese Frage dürfen wir stellen.

Auf dem Parteitag in Berlin hatte ich gesagt: Die Sozialdemokraten glauben, sie hätten ein leichtes Spiel. Aber ich habe hinzugefügt:

Sie werden sich täuschen über die innere Kraft der Union. Und sie haben sich getäuscht!

(Beifall)

Sie haben sich auch getäuscht, weil sie glaubten, sie könnten einen Keil zwischen die CDU und den Kanzlerkandidaten der Union treiben. Wir haben - dies zeigt der schroffe Gegensatz zu dem, was Helmut Schmidt und seine Leute vor der Wahl und was sie nach der Wahl gesagt haben - mit Franz Josef Strauß einen ehrlichen Wahlkampf geführt. Franz Josef Strauß braucht von dem, was er vor der Wahl gesagt hat, kein Wort zurückzunehmen!

(Beifall)

Man sagt ja immer, in der Politik dürfe man nicht Recht behalten. Ich halte das für eine falsche Devise. Sie ist genauso falsch wie das Sprichwort: "Der Gescheitere gibt nach." Meine Damen und Herren, dies begründet in der Welt die Herrschaft der Dummköpfe.

(Vereinzelt Zustimmung)

Franz Josef Strauß hat Recht behalten, und dies sollten wir, glaube ich, dem deutschen Volk gegenüber festhalten. Die Christlich Demokratische Union dankt Franz Josef Strauß für seinen Einsatz im Wahlkampf, aus dem wir, die Union, als die stärkste politische Kraft hervorgegangen sind.

(Beifall)

Egon Bahr hat in einer bemerkenswert selbstkritischen Wahlanalyse die Gründe angegeben, warum die SPD ihr Wahlziel nicht erreicht hat. Er schreibt:

"Die CDU war offensiver. Sie hat die innenpolitischen Themen, Rentenbetrag und Staatsverschuldung, durchgesetzt."

Die Sozialdemokraten hatten diese Probleme geleugnet. Aber heute haben sie Probleme, das Benzin für die Bundeswehr ab September bezahlen zu können, sie erhöhen die Steuern, weil ihnen die Schulden über den Kopf gewachsen sind, sie mißbrauchen die Einnahmen der Rentenversicherung, um die Löcher in der Arbeitslosenversicherung stopfen zu können.

Wie hat die SPD vor der Wahl gesagt: Ohne Schulden ist kein Staat zu machen. Dies war eine Lüge. Mit dieser Staatsverschuldung wird unser Staat kaputtgemacht.

(Beifall)

Ein bleibender Erfolg dieses Wahlkampfes ist die Zusammenarbeit mit der Christlich-Sozialen Union. Ich möchte hier vor allem zwei Freunden aus der CSU danken. Ich möchte dem Generalsekretär der CSU, Edmund Stoiber, und dem stellvertretenden Parteivorsitzenden und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der gemeinsamen Bundestagsfraktion, Fritz Zimmermann, herzlich danken, mit denen ich persönlich eine außerordentlich gute und erfolgreiche Zusammenarbeit gehabt habe, nicht nur in der Organisation des Wahlkampfes, sondern auch z.B. zusammen mit Ernst Albrecht in der Erarbeitung des Wahlprogramms. Ich möchte diesen Dank hier aus-

drücklich noch einmal aussprechen.

(Beifall)

Ich hoffe, daß diese Zusammenarbeit, die sich bewährt und gefestigt hat, in organisatorischer und sachlicher Übereinstimmung sich über viele Jahre weiter bewähren wird.

Ich möchte hier noch etwas sagen. Es ist nach der Bundestagswahl gelegentlich behauptet worden, daß sich der Norden Deutschlands im Wahlkampf 1980 nicht so eingesetzt habe wie der Süden. Diese Behauptung ist unzutreffend. Wir haben eine klare Wählernachfrage vorliegen. Aus der Sicht der Bürger war das Engagement der CDU-Anhänger im Norden genauso stark wie in dem Süden.

Es ist ein effizienter Wahlkampf gewesen, und es war - das wird die Schatzmeister der Partei und uns alle freuen - auch ein sparsamer Wahlkampf. Während die SPD seit dem 1. Januar 1980 - darüber möchte ich Sie einmal unterrichten - über 60 Millionen DM aufgewendet hat, haben wir, die CDU, unseren Wahlkampfetat um 2 Millionen DM unterschritten, obwohl er schon sehr knapp kalkuliert war. Die CDU hat - trotz Preissteigerungen - mit 36 Millionen DM Wahlkampfetat 1980 genauso viel ausgegeben, wie in den Bundestagswahlkämpfen 1972 und 1976. Wir sind hier in Baden-Württemberg, und hier weiß man, daß Sparsamkeit und Qualität keine Gegensätze sein müssen. Das ist glaube ich, auch bei uns in diesem Wahlkampf so gewesen.

(Beifall)

Ich bedanke mich daher, auch stellvertretend für die vielen ehrenamtlichen und für die hauptamtlichen Mitarbeiter der Partei, bei unserem Bundesgeschäftsführer der CDU, Ulf Fink, der die organisatorische und wahlkampfmäßige Verantwortung für den Wahlkampf gehabt hat.

(Beifall)

Ich habe einiges Positive über unseren Wahlkampf gesagt. Es heißt im Alten Testament im Buch der Sprüche: "Laß dich von einem anderen loben und nicht von deinem eigenen Mund." Weil dies wahr ist, darf ich doch noch zitieren, was Rolf Zundel von der Wochenzeitung "Die Zeit" als Wahlkampfbeobachter geschrieben hat:

"Die CDU hat einen Wahlkampf geführt, daß dem politischen Gegner Hören und Sehen verging."

Und Hermann Rudolph schrieb kürzlich in derselben Wochenzeitung:

"Die Parteiorganisation der CDU setzt inzwischen die Maßstäbe für die anderen Parteien. Im Wahlkampf nahm sich der früher so legendäre Parteiapparat der SPD fast amateurhaft gegenüber dem der Union aus."

Ich weiß, meine lieben Freunde, das alles ist vielleicht ein bißchen mehr Lob, als der eine oder andere für richtig hält. Aber man soll ja sein Licht nicht unter den Scheffel stellen, und schon im Alten Testament seht - ich zitiere noch einmal aus dem Buch der Sprüche -: "Freundliche Reden sind Honigseim, trösten die Seele und erfrischen die Gebeine."

(Beifall)

Wir brauchen fünf Monate nach dieser Bundestagswahl natürlich nicht nur freundliche Reden, sondern - um im biblischen Sprach-

gebrauch zu bleiben - vor allem Demut, Demut allerdings im ursprünglichen Sinn, das heißt als Tugend der Wahrhaftigkeit gegen uns selber.

Was heißt Wahrhaftigkeit gegen uns selber? Das heißt erstens: keine Resignation. Denn wir wissen, welche innere Kraft wir besitzen. Es heißt aber auch: keine Euphorie. Manche haben in den letzten Wochen nach den heftigen Auseinandersetzungen in der SPD vielleicht geglaubt, daß wir uns morgen oder spätestens übermorgen an der Regierung befänden. Das kann sein. Für die Nation wäre dies gut. Wir sind darauf vorbereitet. Aber wer sich darauf verläßt und die mittel- und langfristige Arbeit vor allem in der Partei vernachlässigt, der läuft Gefahr, 1984 mit leeren Händen dazustehen.

Es gilt eben die alte Bauernregel: Man soll die Hochzeitskapelle nicht bestellen, bevor man die Braut hat.

(Heiterkeit und Beifall)

Das ist sicher auch für die Christlich Demokratische Union eine richtige Regel.

Warum haben wir keinen Grund zur Resignation?

Die SPD hat es trotz günstiger Rahmenbedingungen, trotz des Kanzlerbonus wieder nicht geschafft, stärkste politische Kraft zu werden. Die SPD ist strukturell eine Partei, deren Obergrenze wenig über 40 % liegt, und sie wird ohne Kanzlerbonus in die 30 % abrutschen. Umgekehrt hat die CDU/CSU sich trotz ungünstiger Bedingungen als stärkste politische Kraft behauptet und damit bewiesen, daß sie unter günstigeren Bedingungen mehrheitsfähig ist. Man hat uns schon, seit wir in der Opposition sind, als "Kanzlerwahlverein" nach 1969 ein baldiges Ende prophezeit. Viele Publizisten haben uns als eine aussterbende Partei des flachen Landes deklariert. Heute trägt die CDU/CSU die Verantwortung z.B. in München, in Stuttgart, in Düsseldorf und in Frankfurt.

(Beifall)

Walter Wallmann und die Frankfurter CDU haben gezeigt, wie eine von der SPD heruntergewirtschaftete Stadt wieder Ansehen gewinnen kann.

(Beifall)

Ich bin sicher: die bürgernahe, die klare Politik der CDU wird sich am übernächsten Sonntag auch in Frankfurt mit einem überzeugenden Sieg der Christlichen Demokraten bei der Kommunalwahl durchsetzen.

(Lebhafter Beifall)

Dazu wünschen wir den Frankfurtern viel Glück und Erfolg.

Am 10. Mai geht es um Berlin. Die Berliner Bürger wissen - und wir sollten es bis zu diesem Tag immer wieder sagen -: Man kann die politische Verantwortung nicht den Parteien überlassen, die in Berlin den Karren nun seit 20 Jahren in den Dreck gefahren haben.

(Beifall)

Aber nun sagt die SPD, nun sagen die Sozialdemokraten: Wir haben dort einen überragenden neuen Mann. - Einen überragenden neuen Mann? Ein Mann,

- der in München daran gescheitert ist, seine Partei zu führen und sich deshalb in Berlin gar nicht erst um den Parteivorsitz bewor-

ben hat,

- der als Bundeswohnungsbauminister für den Niedergang des sozialen und des Mietwohnungsbaus und damit für die neue Wohnungsnot mitverantwortlich ist,

(Lebhafter Beifall)

- der als Justizminister das Demonstrationsstrafrecht aufgeweicht hat,
- der als Justizminister mindestens drei verfassungswidrige Gesetze im Deutschen Bundestag vertreten hat,
- der in Berlin einen Justizsenator deckt, der einen Rechtsbrecher zur Wahl in den FDP-Landesvorstand vorgeschlagen hat,
- ein Mann, in dessen kurzer Amtszeit sich die Zahl der besetzten Häuser in Berlin mehr als verdreifacht hat.

Meine Damen und Herren, warum soll ausgerechnet dieser Mann es besser können als seine vielen Vorgänger in der SPD?

(Beifall)

Berlin braucht einen grundlegenden Neubeginn. Berlin braucht einen Regierenden Bürgermeister,

- der Verständnis für die Ursachen des Protestes mit einem klaren Eintreten für den Rechtsstaat verbindet,

(Beifall)

- der sich auf eine einige Partei stützen kann,
- der durch seine Grundsatztreue imstande ist, den Berlinern den Glauben an die Ehrlichkeit in der Politik zurückzugeben,
- der dafür steht, daß alle Deutschen in Berlin wieder ein Symbol der Freiheit und der Einheit sehen.

Das aber ist nicht der jetzige Regierende Bürgermeister, sondern dies ist Richard von Weizsäcker!

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Nun, ich habe davon gesprochen, daß es objektive Gründe dafür gibt, daß wir mehrheitsfähig sind. Ich will einen weiteren anführen: Es gibt in der ganzen westlichen Welt nur noch ein Land, das von einer sozialistischen Regierung allein geführt wird, nämlich Österreich - von Malta und einer Minderheitsregierung in Norwegen einmal abgesehen. Es gibt einen klaren weltweiten Trend gegen den Sozialismus. In allen anderen westlichen Staaten regieren Christliche Demokraten und Konservative: in Holland, Belgien, Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, England, Schweden, Kanada, den USA bis Neuseeland, Japan und Australien. Die Bundesrepublik Deutschland ist noch eine Ausnahme von der Regel. Wir sagen: nicht mehr lange!

(Lebhafter Beifall)

Noch ein Wort zu den Freien Demokraten. Die Freien Demokraten haben bei der letzten Bundestagswahl einen hohen Stimmenanteil erreicht. Sie haben den Bundestagswahlkampf 1980 mit dem Anspruch und der Parole bestritten, das Korrektiv einer SPD-geführten Bundesregierung zu sein. Die Freien Demokraten haben nun die Aufgabe, dies zu beweisen. Wir aber müssen jener Strategie der Freien Demokraten ein Ende setzen, die darin besteht, im Deutschen Bundestag, oft wider besseres Wissen, mit den Sozialdemokraten zu stimmen in der Hoffnung, daß wir dann über den Bundesrat diese Gesetze wieder

korrigieren und die Freien Demokraten anschließend die von uns korrigierten Ergebnisse dann beim Bürger als die eigenen Erfolge verkaufen können.

(Beifall)

Wir brauchen für unsere Strategie die Solidarität und die Kräftigung der Welt-Union der Christlichen Demokraten und eine enge Verbindung zu den konservativen und liberalen Parteien der Welt. Wir dürfen den Einfluß auf die Weltpolitik nicht der Kommunistischen und der Sozialistischen Internationale überlassen.

(Beifall)

Deswegen treten wir ein für die Europäische Demokratische Union, die ausgebaut werden muß zu einer internationalen demokratischen Union aller Parteien auf der Welt, die dieselben Grundsätze und Ziele verfolgen - von England bis nach Australien.

Dieses Zusammenwirken setzt Solidarität voraus. Wir sind eine große und starke Partei, modern organisiert und unanfechtbar in einer rechtsstaatlichen Demokratie. Aber es gibt Bruder- und Schwesterparteien in der Welt, die sich in Bedrängnis, in Not und in der Verfolgung befinden, weil sie sich zu denselben Zielen und Idealen bekennen wie wir, zu Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und zu den Menschenrechten. Deswegen waren und sind wir solidarisch z. B. mit den christlichen Demokraten in Chile und in anderen lateinamerikanischen Ländern, wo sie sich in der Verfolgung und im Untergrund befinden. Aber deshalb sind wir auch solidarisch mit einem Mann wie Napoleon Duarte und den christlichen Demokraten in El Salvador,

(Beifall)

die in einem Zweifrontenkrieg gegen die Extremisten von links und rechts versuchen, für ihr Land Demokratie, soziale Reformen und freie Wahlen durchzusetzen. Hier stellt sich eine grundsätzliche moralisch-ethische Frage: Wer tut eigentlich mehr für sein Land, derjenige, der im Exil, z. B. in Mexiko, seine lautere Gesinnung auf den Markt der Medien trägt, oder derjenige, der das eigene Land nicht im Stich läßt und es vor allem nicht den Linksradikalen und den Rechtsradikalen im Lande selbst überläßt, sondern, mit demokratischen Mitteln den Weg der sozialen Reformen, der Durchsetzung der Demokratie geht, und der versucht, Schritt für Schritt auch den eigenen Staatsapparat, die Polizei und das Militär von den alten rechtsradikalen Kräften zu säubern? Männer und Frauen, die ein Beispiel für ein neues Modell demokratischer und sozialer Reformen in den Entwicklungsländern geben können, sollten unsere Unterstützung haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir sind im übrigen - das hat sich herausgestellt - nicht wehrlos gegen die Politik der Desinformation und der Tatsachenverfälschung durch die internationale Linke. Die Veränderung der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik Deutschland über El Salvador in den vergangenen Wochen hat gezeigt: Auch bei publizistischem Gegenwind ist es möglich, der Wahrheit eine Gasse zu bahnen und den eigenen Standpunkt erfolgreich zu vertreten.

(Beifall)

Im übrigen lassen wir hier auch keinen Zweifel zu: In dieser auch weltpolitisch wichtigen Frage stehen wir - im Gegensatz zu anderen - nicht auf der Seite von Kuba und der Sowjetunion, sondern auf

der Seite der Vereinigten Staaten von Amerika.

(Beifall)

Für uns sind die Vereinigten Staaten nicht Hegemonialmacht, wie Erhard Eppler meint, sondern der Bündnispartner, mit dem wir in den Werten und in den Zielen - wie Menschenwürde und freiheitliche Demokratie - übereinstimmen und mit dem wir diese Werte und Ziele gemeinsam verteidigen.

(Beifall)

Lassen Sie mich dazu noch eine Schlußbemerkung machen. Ich habe in den letzten Tagen viele Gespräche über El Salvador geführt. Bei dieser Gelegenheit möchte ich dem Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD Hans-Jürgen Wischniewski für ihre Bereitschaft danken, an einer friedlichen und sozial gerechten Lösung des Bürgerkrieges in El Salvador mitzuwirken.

(Beifall)

Ich habe gesagt, wir haben keinen Grund zur Resignation. Aber wir haben auch keinen Grund zur Euphorie. Wir wissen zwar, daß unsere Politik mehrheitsfähig ist; um aber den Schritt von der Mehrheitsfähigkeit zur tatsächlichen Mehrheit zu vollziehen, ist es unvermeidbar - und damit komme ich auf einen wunden Punkt zu sprechen -, in den kommenden Jahren die Mehrheit der jungen Wähler für die Politik der Union zurückzugewinnen.

(Zustimmung)

Wir wollen hier niemandem nach dem Mund reden. Die Mehrheit unserer jungen Mitbürger lehnt Gewaltanwendung ab. Was wir Abend für Abend im Fernsehen sehen, ist nicht mit der deutschen Jugend identisch.

(Beifall)

Aber eine gefährliche Entwicklung ist eingeleitet: Richterliche Entscheidungen werden nicht mehr vollzogen. Während der gesetzestreue Bürger jede Verkehrsübertretung mit zum Teil drakonischen Strafen büßt, werden schwere Körperverletzung, Sachbeschädigung, Land- und Hausfriedensbruch bei Demonstrationen oft, vor allem in Berlin, nicht mehr verfolgt.

(Lebhafter Beifall)

Rechtsfreie Räume entstehen; Unruhe entsteht bei den gesetzestreuen Bürgern. Das alles hat politische und vor allem auch geistige Ursachen. Die SPD hat in den vergangenen zehn Jahren die Rechtspolitik, sie hat aber insbesondere auch das Rechtsbewußtsein in unserem Land verändert durch die Forderung nach dem politischen Richter, durch eine Reihe offenkundiger Verfassungsbrüche, durch die Verhöhnung und Beschimpfung des Bundesverfassungsgerichtes, durch die Rechtsverdrehung und Rechtsbeugung bei der Einstellung von Kommunisten in den öffentlichen Dienst und durch die permanente Verunsicherung der Polizei und die Zerschlagung des Verfassungsschutzes. Meine Damen und Herren, von der Beschimpfung des Bundesverfassungsgerichts bis zur Legitimierung des Faustrechts - Gewalt geht vor Recht - ist es nur ein ganz kurzer Weg.

(Beifall)

Sollen wir denn jetzt alle Schuld bei den jungen Leuten abladen, die da demonstrieren, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde? Nein! Schuldig sind vor allem jene, die schon seit Jahren Recht und Verfassung der politischen Opportunität und der eigenen Ideologie geopfert haben.

(Beifall)

Wenn wir dies sagen, predigen wir nicht eine autoritäre law-and-order-Gesinnung. Wenn wir uns für den Rechtsstaat und für das Recht einsetzen, so tun wir es vielmehr vor allem auch im Interesse der Schwächeren, die für ihre eigene Existenz, für die Sicherung ihres Lebens darauf angewiesen sind, daß der Rechtsstaat funktioniert. Zu den Schwächeren gehören eben auch junge Menschen. Im Interesse der jungen Menschen treten wir dafür ein, daß keine rechtsfreien Räume entstehen, sondern daß der Rechtsstaat in diesem Volk auch in der Zukunft erhalten bleibt.

(Beifall)

Was müssen wir tun, um die jungen Mitbürger für uns zu gewinnen?

Die einen raten uns, überhaupt nichts zu tun. Der konservative Trend - so sagen sie - Sorge dafür, daß die Jugend von selber zu uns komme. Dann gibt es die anderen, die uns Anpassung an die Jugend empfehlen. Ich bin folgender Auffassung:
Wenn wir die jungen Wähler gewinnen wollen, müssen wir zunächst einmal erkennen, daß sich in unserer Gesellschaft und in unserem Staat Mißstände entwickelt haben, für die immer mehr Jugendliche immer weniger Verständnis haben und die auch zu gewaltsamen Protesten radikaler Minderheiten führen. Ich wiederhole: Die Mehrheit der Jugendlichen will eine Lösung der zugrundeliegenden Probleme.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, dies ist eine wichtige Frage: Müßte es denn nicht auch uns aufregen - es regt uns ja auch auf, aber wir müssen dies noch einmal sagen -, wenn in Berlin wegen einer verfehlten Wohnungsbaupolitik mehrere tausend Wohnungen leerstehen, aber 80 000 Menschen keine Wohnung haben? Muß uns das nicht aufregen, genauso wie viele junge Menschen in anderen Städten auch? Protestieren 18jährige nicht mit Recht dagegen, daß die Parteien zwar über die Einzelheiten des Ersatzdienstes debattieren, aber nichts dagegen tun, daß fast 40 % eines Jahrganges weder Wehrdienst noch Ersatzdienst leisten und auch in keiner anderen Form einen Dienst für die Gemeinschaft leisten müssen?

(Beifall)

Sind viele junge Menschen nicht das Opfer eines reformierten Bildungssystems, das jungen Menschen zwar in der 11. Klasse den Physik- und Chemiestandard vermittelt, den ihre Väter erst im 4. Semester an der Universität erreichten, das aber die Kultur der Sprache, den Wert der Geschichte und die Frage nach den Lebenszielen an den Rand gedrängt hat?

(Beifall)

Was noch viel schlimmer ist: Den jetzt 18- bis 20jährigen ist als Kindern in den späten 60er und in den 70er Jahren gesagt worden, alles sei machbar, die wirtschaftliche Entwicklung sei unbegrenzt, Demokratie fange überhaupt erst an, die Vollbeschäftigung sei gesichert, der Friede für immer und ewig garantiert und das Neue sei immer besser als das Alte.

Nun erleben sie als junge Erwachsene den Zusammenbruch dieser Vorstellungen. Sie erleben Arbeitslosigkeit, Einschränkung der freien Berufswahl, Angst vor der Zukunft, Angst vor der Zerstörung der Umwelt, verbunden mit einer tiefen Enttäuschung über Reformvorstellungen und Reformversprechungen. Dies alles bringt eben viele dazu, nur noch in der Auflehnung eine angemessene Reaktion gegen eine solche Ordnung zu sehen. Es ist unnötig zu sagen, daß diese politische Ursachen hat, und es ist auch unnötig zu sagen, wer für diese Politik verantwortlich ist. Aber wir können uns damit nicht zufriedengeben. Obwohl dies richtig ist, muß uns der Gedanke quälen, daß die Sozialdemokraten, obwohl sie für diesen Problemstau und für diese Mißstände verantwortlich sind, die den Protest der Jugendlichen auslösen, dennoch immer noch mehr Anklang bei der Jugend finden als wir. Wir müssen klären, woran dies liegt.

Erinnern wir uns einmal an die Argumente der SPD und an unsere Argumente gegenüber der Jugend in den letzten Jahren. Die Sozialdemokraten versprachen das Abitur für 50 % aller Jugendlichen, Abmeldung vom Wehrdienst mit der Postkarte, die Jungsozialisten: Frieden ohne Waffen, die 35-Stunden-Woche, Demokratisierung aller Lebensbereiche.

Wir haben von Leistungsbereitschaft, Respekt vor den Institutionen, Wehrdienst und Pflichterfüllung gesprochen. Liegt hier nicht eine Erklärung für den größeren Erfolg der Sozialdemokraten bei der Jugend? Um es klar zu sagen: Was wir gesagt haben, war und ist berechtigt. Wir können den Weg der SPD nicht gehen, weil er die Jugend im Endergebnis betrügt.

(Beifall)

Meine Frage ist: War unsere Ansprache an die Jugend nicht unvollständig? Die SPD hat der Jugend politische Drogen verabreicht.

Wir haben die Aufgabe übernommen, sie auszunüchtern. Dafür wird man nicht geschätzt, auch wenn man von der Wirklichkeit bestätigt wird.

Wir müssen uns hier schon mehr Mühe geben. Wir müssen einer ernüchterten Jugend wieder aufrichtige Ziele und eine berechtigte Hoffnung für ihr Leben geben.

(Beifall)

Unter nichts anderem leidet die Jugend mehr als unter Hoffnungslosigkeit, Zweifel am Sinn des Lebens und einer ganz konkreten Lebensangst um Arbeitsplätze, Berufschancen, Studienplätze.

Was brauchen wir heute? Ich glaube, wir brauchen eine Renaissance der Hoffnung, eine Renaissance der Hoffnung gegen den Fatalismus, die Resignation, den Pessimismus, die Gewöhnung an Arbeitslosigkeit, stagnierendes Wirtschaftswachstum, an Stillstandsphilosophien, an Stagnationstheorien, kurz: Hoffnung gegen den modischen Kulturpessimismus, der der Jugend kein Ziel mehr bietet, der ihre Kräfte

lähmt.

(Beifall)

Helmut Schmidt hat einmal erklärt, die ganze Welt laufe aus dem Ruder. Aber, meine Damen und Herren, nicht die Welt läuft aus dem Ruder, sondern die SPD läuft aus dem Ruder.

(Beifall)

Und es ist doch gar nicht wahr, wie viele dieser Kulturpessimisten sagen, daß wir dazu verurteilt seien, mit der Arbeitslosigkeit, mit der Inflation, der negativen Zahlungsbilanz, dem Stagnieren des wirtschaftlichen Wachstums, der Wohnungsmisere und der Ölabhängigkeit zu leben. Wir wissen doch, was wir tun würden, wenn wir die Regierungsverantwortung hätten. Franz Josef Strauß hat es vor der Wahl gesagt - wir brauchen heute nichts davon wegzunehmen -: Wir würden die Innovationskräfte und die Investitionskräfte, die brachliegen, die aus politischen und ideologischen Gründen gestoppt worden sind, freisetzen - im Kernenergiebereich ca. 30 Milliarden DM, im Bausektor ca. 10 Milliarden DM, bei der Verkaufung der Großstädte - vom Bundeskanzler jetzt gestoppt -, wie die Bundespost sagt, in einem Investitionswert von 30 000 Arbeitsplätzen. Solche Investitionen müßten wieder durch politische Entscheidungen freigesetzt werden. Meine Damen und Herren, das ist das beste Mittel, um wieder Arbeitsplätze, Studienplätze, Sicherheit für unsere jungen Menschen zu schaffen.

(Beifall)

Neue Technologien erzeugen beim Menschen oft Angst, sie treffen auf Mißtrauen. Aber Politik hat doch die Aufgabe, im Dialog mit den Menschen ihnen diese Angst zu nehmen, ihnen auch die Chancen neuer Technologien zu zeigen und sie so mit neuer Hoffnung zu erfüllen.

Was tut aber die Bundesregierung? Sie verstärkt die Angst. Sie läßt es zu, daß der technische Fortschritt durch eine suggestive Propaganda für viele ein Alptraum, ein Schreckgespenst der Zukunft wird. Die Regierungsparteien schüren die Angst, anstatt die Chancen für eine menschlichere Welt aufzuzeigen, die in neuen Technologien liegen. Wir als Christliche Demokraten wissen, daß nicht alles dem Menschen Mögliche auch gleichzeitig das dem Menschen Gemäße ist. Dies gilt für die Technik genauso wie für die wissenschaftliche Entwicklung. Der Mensch muß immer Herrscher über und Beherrscher von Technik und Wirtschaft bleiben und darf nie zum Objekt und Sklaven degradiert werden.

Deswegen ist es z.B. für uns Christliche Demokraten eine Aufgabe, wachzubleiben, hellwachzubleiben, wenn wir davon hören, daß die Biochemie heute z.B. in der Lage ist, den Menschen durch Veränderung der genetischen Substanz zu manipulieren. Hellwach müssen wir hier bleiben. Nicht alles, was dem Menschen möglich ist, ist das dem Menschen Gemäße.

(Beifall)

Aber die Wahrheit ist doch auch: Die Erfindung des Motors, des Flugzeuges, der Rakete und der Elektronik belasten die Menschen nicht nur, sondern haben sie auch freier gemacht, ihnen mehr Unabhängigkeit gegeben, den Arbeitern mehr Gerechtigkeit und Würde. Wer will denn angesichts des Hungertodes von Millionen von Menschen, der rasant wachsenden Bevölkerung in wirklichem Ernst be-

haupten, wir könnten uns Stagnation der Wirtschaft und Stillstand des technischen Fortschritts auch nur für eine Minute erlauben?

Und ist es nicht auch ein sozialer Fortschritt - das müssen wir unseren jungen Menschen sagen -, daß es uns die Mikroelektronik möglich machen wird, die Wirtschaft wieder stärker zu dezentralisieren, die Konzentration auf große Produktionseinheiten umzukehren und z.B. prozeßgesteuerte Drehbänke und andere Werkzeugmaschinen auch für kleinere Unternehmen finanzierbar und rentabel zu machen?

Wir wissen aus der Geschichte der Menschheit, aber auch aus der 30jährigen Geschichte unseres eigenen Landes, daß Menschen in Freiheit in der Lage sind, schwere und schwerste Probleme zu lösen, wenn ihre schöpferische Kraft nicht unterdrückt, sondern freigesetzt wird.

(Beifall)

Uns in der Bundesrepublik Deutschland fehlt doch nicht die Erkenntnis, was getan werden muß und was getan werden kann. Was der Bundesrepublik Deutschland heute fehlt, ist politische Führung. Natürlich sehen wir das Problem des Wachstums und des technischen Fortschritts. Der Club of Rome hat einmal formuliert:

"In sich selbst kreisender Fortschritt macht die Menschen permanent unzufrieden, ohne daß ihnen ein Ziel gezeigt wird, von dem her sich die Hetze dauernder Veränderungen lohnt."

Das Problem liegt also nicht im Fortschritt, sondern an dem fehlenden Ziel für den Menschen.

Das ist die Frage, die junge Menschen an uns stellen: Gibt es noch Ziele, für die einzusetzen sich lohnt, oder geht es nur noch darum, den Status quo zu bewahren? Ich meine, diese großen Ziele gibt es. Wir leben nicht in einer eschatologischen Endzeit, in der nur noch das Erworbene zu verteidigen ist.

- Es stimmt doch nicht, daß wir nur die Alternative zwischen Aggression und Kapitulation haben. Die große Aufgabe, das Gesetz der wiederkehrenden Kriege zu durchbrechen, steht noch vor uns. Seit 1944 gab es über 400 Kriege auf der Welt.
- Es stimmt doch nicht, daß wir nur die Wahl zwischen einer Robotergesellschaft und der Rückkehr zur Natur haben. Die Aufgabe, den technologischen Fortschritt in den Dienst aller Menschen zu stellen, steht noch vor uns.
- Es stimmt doch nicht, daß wir uns zwischen einer bürokratisierten Gesellschaft und der Zerschlagung aller Institutionen entscheiden müssen. Wir können das Zusammenleben der Menschen in überschaubaren und menschlichen Einheiten gestalten.

Uns fehlt es also nicht an Zielen und Aufgaben. Die Ziele sind sichtbar, die Aufgaben sind notwendig. Und ich möchte die Jugend sehen, die sich für diese Ziele und Aufgaben nicht begeistern ließe, wenn die Politik diese jungen Menschen nicht im Stich ließe.

(Beifall)

Manchmal geht es uns ja selber so: Viele junge Menschen glauben, daß sie nichts dazu beitragen könnten, daß sie nutzlos seien, daß ihr Leben keinen Sinn habe. Aber sagen wir als Christlich Demokratische Union - lassen Sie mich das zum Schluß sagen - doch auch: Lassen wir uns nicht von einem Gefühl der Nutzlosigkeit be-

irren, von dem Glauben, daß es nichts gebe, was ein Mann oder eine Frau ausrichten kann gegen das gewaltige Aufgebot der Übel in der Welt, gegen Elend und Unwissenheit, Ungerechtigkeit und Gewalt. Immer noch gilt der Satz: Menschen gestalten die Geschichte. "Gib mir einen Punkt, an dem ich stehen kann", sagte Archimedes, "und ich werde die Welt bewegen".

Große Menschen haben die Welt bewegt, und wir alle können es. Wenige nur werden die Größe haben, die Geschichte zu verändern. Aber jeder von uns, jeder junge Mensch, der das Leben noch vor sich hat, kann sich bemühen, einen kleinen Teil der Entwicklung zu beeinflussen. Die Summe aller dieser Taten wird die Geschichte dieser Generation schreiben.

Jedesmal, wenn sich ein Mensch für ein Ideal einsetzt oder etwas für die Verbesserung des Loses eines anderen tut, etwas unternimmt, sich gegen die Ungerechtigkeit auflehnt, setzt er eine winzige Welle der Hoffnung in Bewegung.

(Beifall)

Und von Millionen der verschiedenen Zentren der Energie und des Wagemutes aus treffen diese Wellen zusammen zu einer gewaltigen Woge, die die mächtigsten Mauern der Unterdrückung, des Widerstandes und der Ungerechtigkeit zerschmettern kann. Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, deswegen auch heißt das Motto dieses Parteitages - ein Motto der Hoffnung -: Wir arbeiten für eine menschliche Zukunft.

(Langanhaltender starker Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Lieber Heiner Geißler, der Parteitag dankt Ihnen für diese Rede. Er dankt Ihnen aber auch ausdrücklich für all die Arbeit, die Sie und Ihre Mitarbeiter im Jahr 1980, vor allem im Bundestagswahlkampf geleistet haben.

(Beifall)

Von Mannheim - das wurde heute schon mehrmals erwähnt - ging auch die Kraft der gemeinsamen Erklärung der Delegierten zum Bundestagswahlkampf aus. Ich glaube, gerade hier in Mannheim können wir noch einmal das zementieren, was wir als Ergebnis dieses Wahlkampfes und der politischen Auseinandersetzungen feststellen können: daß die Union ihre Politik noch nie so klar und geschlossen dem Bürger deutlich machen konnte wie in der gegenwärtigen Auseinandersetzung. Deshalb gilt auch hier noch einmal ein ganz herzlicher Dank in allererster Linie dem Mann, der als Kanzlerkandidat diesen Wahlkampf gegen Anfeindungen, wie sie sich noch kein Kandidat gefallen lassen mußte, für uns an erster Stelle geführt hat, nämlich Franz Josef Strauß. Er hat jetzt das Wort.

(Beifall)

Dr. h.c. Franz Josef Strauß, Vorsitzender der CSU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ein recht, recht herzliches Wort des Dankes für den freundlichen und warmen Empfang. Aber nicht nur ein Wort des Dankes, sondern im Namen der gesamten Partei und - ich darf sagen - einer großen Mehrheit der Bevölkerung des Freistaates Bayern ein herzliches Größ Gott an Sie alle.

(Beifall)

Der Gleichklang der CDU/CSU erstreckt sich nicht nur auf alle politischen Problembereiche oder auf persönliche Harmonie und Sympathie, sondern er reicht bis zu den Widrigkeiten des täglichen Lebens; denn nach meiner Rede werde ich in dem Zustand sein, in dem sich Helmut Kohl ebenfalls befindet, weil ich - nicht ohne Grund - seit meiner Passauer Rede am letzten Mittwoch eine schwere

Erkältung habe, die ich aber für heute noch niedergekämpft habe, um mich ihr dann wieder voll widmen zu können.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber die Freude hätte ich politischen Spekulanten nicht machen mögen: aus Krankheitsgründen ferne zu bleiben, um dann andere Motive in der Zeitung zu lesen. Darum rede ich lieber hier.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Parteitag, den Kollege Geißler als einen Parteitag der Hoffnung bezeichnet hat, ist im Zusammenhang mit diesem Generalthema natürlich auch ein Anlaß zum Rückblick und ein Anlaß zur Vorausschau. Der Rückblick bedeutet gerade von meiner Seite u.a. auch ein Wort des Dankes an Sie alle für das im Wahlkampf in immer stärkerem Maße zu Tage getretene Engagement für die gemeinsame Sache, für die gemeinsamen Grundsätze, für die gemeinsamen Zielorientierungen und für die gemeinsame personale Konstellation. Dafür Ihnen allen ein herzliches Wort des Dankes. Diese Gemeinsamkeit hat sich nicht nur im Wahlkampf bewährt, sie hat sich auch am Abend nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses in vorbildlicher Weise, geradezu demonstrativ, gezeigt.

(Beifall)

Ich habe am Abend dieses Wahlkampfes - nicht aus Mangel an anderen Argumenten, sondern in voller Überzeugung - gesagt, daß Helmut Schmidt einen Pyrrhussieg errungen habe, einen Sieg, der die Labilität der Regierungspolitik deutlicher in Erscheinung treten lassen werde, als es in den vorangegangenen vier Jahren der Fall gewesen sei. Warum? Dazu möchte ich noch einige Sätze sagen. Wir schauen weder im Zorn noch in Wehleidigkeit oder in Selbstmitleid zurück. Im Gegenteil: Wir schauen zurück mit Stolz auf die eigene Leistung. Wir sehen allerdings mit Betrübniß den Verfall des Erbes, das wir im Jahre 1969 der liberal-sozialistischen Koalition übergeben haben.

(Beifall)

Wir schauen mit der Hoffnung voraus, daß es uns gelingen möge, die Talfahrt aufzuhalten, noch bevor sie das unterst mögliche Niveau erreicht hat, und wieder in eine gegenteilige Entwicklung umzusetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Situation, in der sich die Koalitionsparteien in Bonn befinden, ist dadurch gekennzeichnet - das darf ich als engagierter Außenseiter sagen -, daß die Linken innerhalb der SPD an Zahl mindestens doppelt so stark geworden sind, allerdings ihr Ziel - absolute Mehrheit der SPD und damit Erpressbarkeit des Kanzlers - nicht im gewünschten Maße erreicht haben, daß sie aber andererseits selber nicht in der Lage sind, ihre eigenen Ziele in dieser Koalition noch zu erreichen oder nennenswert voranzutreiben.

Auf der anderen Seite hat die FDP einen Zuwachs gewonnen, der nicht zuletzt von den Wählern stammt, die eine absolute Mehrheit der SPD, also einen Sieg der Politik des Koalitionspartners der FDP, für ein großes Unglück gehalten hätten und nach dem Motto gewählt haben: verhindern wir das Schlimmste und sorgen wir dafür, daß die FDP nach der Pleite in Düsseldorf, bei der sie nicht mehr in den Landtag kam, wenigstens in den Bundestag kommt.

Meine Damen und Herren, mit dieser Ausdehnung der Spannweite hat sich die Labilität der Konstruktion erheblich verstärkt. Die einen sind frustriert und irritiert, weil sie ihr Ziel nicht erreicht haben, obwohl sie innerparteilich in der SPD stärker geworden sind,

und die anderen verlangen von der Partei, der sie vorübergehend die Stimme gegeben haben, eine Politik, die im klaren Gegensatz zur Politik der Linken in der SPD steht; sie verlangen Korrekturen auf einer Reihe von Gebieten, auf wirtschaftlichem, finanziellem und sozialem Gebiet, Korrekturen auf außenpolitischem Gebiet, zumindest Klärungen, die allerdings mit den Linken in der SPD nicht erreicht werden können. Ergebnis ist, daß ein Laufstall für den Bundeskanzler errichtet worden ist, der sich allmählich zum Laufstälchen zu vermindern droht, weil seine Bewegungsfreiheit sich fast nur noch auf verbale Beteuerungen des Gegenteils dessen erstreckt, was in seiner Partei in Wirklichkeit heute angestrebt oder betrieben wird.

(Beifall)

Das ist doch, in kurzen Worten ausgedrückt, die Situation.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man soll Aussagen von vor der Wahl auch noch nach der Wahl sagen können. Wir scheuen davor nicht zurück. Wir können alles das, was wir vor der Wahl gesagt haben, was wir an Programmpunkten aufgestellt haben, auch nach der Wahl ohne Abstriche auf unserem Schilde herzeigen. Das gilt sowohl für das, was wir an Warnungen gesagt haben, was wir an Analysen dargelegt haben, als auch für das, was wir an Zielen aufgezeigt haben.

Ich möchte etwas zu einer weit verbreiteten, nicht von innerhalb der Union stammenden, aber von außerhalb da und dort - siehe auch die Rede von Finanzminister Posser zur 1. Lesung des Bundeshaushalts 1981 im Bundestag - geäußerten Kritik sagen. Wir haben ein sozialpolitisches Programm mit dem Schwerpunkt Familienpolitik beschlossen. Sie wissen, was ich meine: einmal die Gleichbehandlung aller Mütter; das ist das finanziell am wenigsten kostenträchtige Programm. Dann kam natürlich die Gleichstellung von Mann und Frau im Rentenrecht mit den verschiedenen Sätzen: 60 %, 65 %, 70 % usw. Dann kam die Anerkennung von sogenannten Baby-Jahren je Kind. Die SPD hat ein Jahr versprochen, kann es aber nicht finanzieren. Wir sind wesentlich höher gegangen. Man hält uns vor, wir seien unseriös gewesen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich muß einmal mit aller Deutlichkeit darauf bestehen, daß man nicht nur einen Teil eines Satzes zitiert, sondern daß man den ganzen Satz oder die ganze Passage zitiert. Sonst könnte man auch die Bibel als Kronzeugen für den Atheismus verwenden. Denn irgendwo im Alten Testament steht: "Es gibt keinen Gott - spricht der Narr."

(Heiterkeit und Beifall)

Wenn man nur den ersten Absatz nimmt, dann ist die Bibel ein Zeugnis für den Atheismus.

Wir haben unsere sozialpolitischen - in diesem Falle: gesellschafts- und familienpolitischen - Zusagen von der Wiederherstellung einer normalen Vollbeschäftigung abhängig gemacht; wir haben sie abhängig gemacht von der Ausschöpfung, von der Ausnutzung unseres Wertschöpfungspotentials, von der Rückkehr zu einer voll funktionierenden Marktwirtschaft. Wenn wir, meine Damen und Herren, wieder zu einer voll funktionierenden Marktwirtschaft mit einem hohen Beschäftigungsstand nach den Grundsätzen moderner Volkswirtschaftspolitik kommen, dann werden auch die Steuereinnahmen und die Abgabeneinnahmen sich wieder so entwickeln, daß wir unser Programm, das wir ja nicht aus wahlkampfdemagogischen Gründen, sondern aus Überzeugung vertreten haben, auch Schritt für Schritt tatsächlich finanzieren können.

(Beifall)

Man kann aber nicht die Schlußfolgerung allein in den Raum stellen, man muß auch die Prämissen, die Vorbedingungen, damit die Schlußfolgerungen aufrecht erhalten bleiben, in den Mittelpunkt hineinstellen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Graf Lambsdorff sagte, bei einem Sieg der SPD würde die Marktwirtschaft eine leere Worthülse werden. Das ist praktisch nichts anderes als das, was Konrad Adenauer im Jahre 1957 sagte. Er sagte nämlich damals, ein Sieg der SPD wäre der Untergang Deutschlands. Meine Damen und Herren, im Wahlkampfstil ausgedrückt, auf normales Deutsch reduziert, ist das ja der Prozeß, den wir von 1969 bis heute - mit den heutigen unvorstellbaren Zuständen - erlebt haben.

(Beifall)

Ich frage mich nur eines. Ich bin nicht der Meinung, daß wir uns der FDP anbieten sollten, daß wir ihr nachlaufen oder uns ihr anpassen sollten. Das ist nicht das Thema, mit dem man zu einer gemeinsamen Politik oder mit dem man die Rückkehr zur Regierungsverantwortung betreiben kann.

Wenn aber der eine Koalitionspartner sagt, daß die Politik des anderen, konsequent durchgesetzt, die Marktwirtschaft zerstören würde, dann ist doch die Frage, warum er sich dann immer wieder zu dieser Kombination entschließt, keine demagogische Frage, sondern eine realistische, höchst angebrachte Frage.

(Beifall)

Dem Bundeskanzler wird dann noch testiert, daß er in allen entscheidenden wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen die Meinung der Linken in seiner Partei teile, so Lambsdorff über Helmut Schmidt. Das ist doch ein viel schärferes Urteil, als es aus unseren im allgemeinen freundlichen Reihen zu kommen pflegt. Es wird gesagt, er sei für die 35 Stunden-Woche, für die volle paritätische Mitbestimmung, für die Einführung der Einheitsversicherung, für die Preisgabe der vielfältig gegliederten Krankenversicherung, für die Konfiskation der Betriebsrenten zugunsten einer Einheitsrente. Wenn das der eine Koalitionspartner über den anderen sagt, dann muß man eigentlich fragen - erkläre mir, Graf Öridur, den Zwiespalt der Natur - : Was führt euch eigentlich zusammen?

(Beifall)

Graf Lambsdorff hat darauf eine Antwort gegeben. Er hat gesagt: mit der CDU/CSU und ihrem unberechenbaren Kandidaten Strauß sei eine

realistische Außen- und eine rechtsstaatliche Innen- und Sicherheitspolitik nicht vorstellbar. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich darauf in der üblichen Deutlichkeit und ohne Gehässigkeit eingehen.

Vor kurzem sagte Herr Genscher, notwendig sei eine realistische Entspannungspolitik gegen illusionäre vertrauensselige Tendenzen. - Von wem stammen denn die illusionären vertrauensseligen Tendenzen in der Entspannungspolitik? Die stammen doch nicht von der CDU/CSU. Wenn er einen Partner für eine realistische Entspannungspolitik sucht, dann findet er den nur in der CDU/CSU, aber nicht bei seinem Koalitionspartner.

(Beifall)

Er sagt weiter, Vertrauen in die USA und nicht Skepsis sei notwendig. - Ja, wer hat denn Vertrauen zur USA? Wer hat denn vor dem Wahlkampf, im Wahlkampf und nach dem Wahlkampf die - beinahe hätte ich gesagt: dura necessitas - absolute harte Notwendigkeit einer nahtlosen Bündnispolitik mit den USA betont? Und wer hat unerschwinglich und zum Teil auch offen gegen die USA im allgemeinen und den neuen Präsidenten im besonderen gehetzt? Das waren große Teile der Partei des Herrn Helmut Schmidt, große Teile des Koalitionspartners der FDP. Dort ist doch Skepsis gegenüber der Politik der USA geäußert worden, dort ist der USA imperialistische Politik, dort ist ihr militaristische Politik, dort ist ihr entspannungsfeindliche Politik unterstellt worden; doch nicht von uns! Das stimmt doch nicht.

Am Mittwoch dieser Woche habe ich gelesen, daß Herr Genscher sich in einem Interview mit mehreren deutschen Regionalzeitungen dafür ausgesprochen hat, gerade in kritischen Situationen mit dem Verbündeten zusammenzurücken. "Wir wollen keine Ja-aber-Verbündeten sein, sondern ein selbstbewußter Partner, der auch seine Pflichten erfüllt." Wer sind denn die Ja-aber-Verbündeten in der Bundesrepublik Deutschland? Die Ja-aber-Verbündeten, das sind doch die meisten Spitzenpolitiker der SPD. Helmut Schmidt wäre es auch, wenn er überhaupt noch etwas sagen würde, was von Belang wäre.

(Heiterkeit und Beifall)

Wer ist denn der Ja-aber-Verbündete? Herr Genscher sagte bezeichnenderweise weiter, bei manchen beginne der Sündenfall schon damit, daß sie einen gleichen Abstand der Bundesrepublik zu den beiden Großmächten vortäuschten und so verleugneten, daß die Bundesrepublik mit den USA nicht nur ein gemeinsames Sicherheitsinteresse verbinde, sondern auch eine gemeinsame Wertordnung: Freiheit, Menschenwürde und Selbstbestimmung. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer betont denn den gleichen Abstand von Washington und von Moskau in der deutschen Politik? Das ist doch die Linke in der Bundesrepublik Deutschland. Und auch der Herr Bundeskanzler spricht doch davon, daß man Washington und Moskau wieder ins Gespräch bringen müsse, und er legt betonten Wert darauf, nach beiden Seiten hin Äquidistanz zu halten.

An wen richten sich denn die Appelle des Herrn Bundesaußenministers, des Stellvertreters des Bundeskanzlers? Sie richten sich doch an den Bundeskanzler, sie richten sich doch an den Chef seiner eigenen Regierung. Wir haben es allmählich satt, daß Bundesminister ihre Bedenken gegen anonymi Gegner in der Öffentlichkeit äußern, während sie in Wirklichkeit ihren Koalitionspartner mei-

nen, von dem sie nicht loskommen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht lange nach der Wahl vom 5. Oktober konnte man in einer großen überregionalen deutschen Tageszeitung, in einer süddeutschen Tageszeitung, deren politische Sympathien nicht nur während des Wahlkampfes eindeutig zutage traten, im Wirtschaftsteil einen Artikel aus der Feder eines bekannten, eines der besten Wirtschaftsredakteure, über die die deutsche Presse verfügt - das ist nun einmal der Herr Franz Thoma; der Vorname natürlich Franz, und Thoma spricht ja eine bedeutende Sprache -

(Beifall)

lesen, dessen Überschrift hieß "Es geht rapide bergab".

Meine Damen und Herren, haben nicht wir alle, ob Helmut Kohl oder ich oder die anderen Persönlichkeiten der CDU/CSU, im Wahlkampf, aber auch schon vorher und dann nachher gesagt "Es geht rapide bergab"? Was ist denn zwischen dem 4. und dem 6. Oktober eingetreten? Zwischen dem 4. und dem 6. Oktober ist doch keine materielle Änderung eingetreten! Zwischen dem 4. und dem 6. Oktober hat sich die Bereitschaft der Propagandisten vergrößert, schrittweise die Wahrheit zuzugeben.

Wohl hat am 5. Oktober noch einmal Propaganda über Politik gesiegt, aber die Stunde der Wahrheit konnte nicht auf endlose Zeiten hinausgeschoben werden. Von der rapiden Talfahrt reden heute genau dieselben, die uns vorher - vor dem Wahlkampf und im Wahlkampf - Demagogie, Polemik, Angstmacherei, Unruhestiftung, Verunsicherung der Menschheit, Verstoß gegen das 8. Gebot, Verstoß gegen die christliche Nächstenliebe vorgehalten haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich sage das jetzt wahrlich nicht in eigener Sache, aber es ist doch höchste Zeit, daß man dem deutschen Volke einmal die Möglichkeit gibt, durch diesen Nebel von Propaganda, durch diesen Schleier von irreführenden Vorhängen hindurch über die politische Wirklichkeit informiert zu werden.

Das Entscheidende ist doch nicht, daß wir die falsche Politik gemacht hätten, sondern ist, daß es uns nicht möglich war, die Wahrheit über die Lage und die Wahrheit über die Notwendigkeiten unserer Politik den Bürgern, vor allen Dingen der jüngeren Generation, in der notwendigen Breite und Tiefe verständlich zu machen.

(Zustimmung)

Das, war doch der eigentliche Grund, nicht etwa die Nichtrichtigkeit unserer politischen Analyse oder die Nichtrichtigkeit unserer politischen Ziele oder die Nichtrichtigkeit unserer politischen Vorschläge.

Das veranlaßt mich, kurz zu etwas Stellung zu nehmen, was ja immer wieder als echtes oder vermeintliches Thema auftaucht, nämlich zu der Frage: Brauchen wir eine andere Politik? Brauchen wir deshalb, weil wir nur an die 45 % bekommen haben, eine andere Politik, mit der wir dann eben höhere Prozentsätze erreichen? Ich

kann davor nur beschwörend warnen!

(Beifall)

Wir haben unser Wahlprogramm seinerzeit - ich sage das jetzt nicht, weil etwas hinter uns liegt, sondern weil dieselben Aussagen auch heute noch gültig sein müssen - doch nicht unter dem Gesichtspunkt "Wie sind wir am gefälligsten, wie sind wir propagandistisch am attraktivsten, wie kommen wir am leichtesten beim Wähler an?" erarbeitet. Wir haben unser gemeinsames Wahlprogramm - denken Sie auch an das Mannheimer Manifest, das hier in diesen Hallen beschlossen worden ist - doch unter dem Gesichtspunkt der sachlichen Verantwortung gemacht, unter dem Aspekt "Was würden wir tun, wenn wir die Regierungsverantwortung übernehmen müßten?". Das, was wir uns damals gründlich überlegt haben, gilt heute noch genauso, ja, es gilt heute noch mehr als damals, weil nunmehr die Ausgangsanalysen von einem wesentlich größeren Prozentsatz der Öffentlichkeit, als es damals, vor einem Dreivierteljahr, der Fall gewesen ist, als richtig anerkannt werden.

Deshalb geht es nicht um eine andere Politik, sondern um mehr Wirksamkeit in der Durchsetzung unserer Politik, um mehr Wirksamkeit in der Vertretung unserer Politik, um mehr Wirksamkeit in der Methode, darum, Ausgangsgrundlagen Wertorientierungen, Zielsetzungen und Inhalte unserer Politik dem Bürger verständlich zu machen.

Meine Damen und Herren, ich kenne schon - und zwar nicht erst seit acht oder zehn Monaten oder seit zwei Jahren - die erfolgreiche Wirksamkeit publizistischer Ambulanzdienste gewisser Massenmedien für jeweils amtierende linke Regierungen. Sie sind 365 Tage im Jahr 24 Stunden am Tage unterwegs, um die Verletzten der roten Politik von den Schlachtfeldern einzusammeln, die Toten möglichst schnell zu beerdigen und darüber hinaus dann Erfolgsmeldungen vorzugauckeln.

(Beifall)

Nur, meine Damen und Herren, kann man auf die Dauer mit Propaganda und public relations aus zwei mal zwei nicht sechs machen. Einmal kommt die Stunde der Wahrheit. Die Stunde der Wahrheit ist für uns, die Opposition in Bonn, der Saum vom Mantel des lieben Gottes, ist für uns der Saum vom Mantel der Geschichte, den wir ergreifen müssen. Die Stunde der Wahrheit ist für uns die Chance, die Richtigkeit unserer Politik mit Wirksamkeit auch an den letzten Wähler heranzubringen.

Das erfordert aber ein ungeheures Engagement, das erfordert noch mehr Öffentlichkeitsarbeit, und das erfordert auch und vor allem, daß wir uns in diesem Bereich nicht dauernd von linken Meinungsmachern terrorisieren lassen und dann den Weg der leichtesten Flucht oder den billigsten Ausweg suchen. Wir müssen uns auf diesem Gebiet stellen, und das gilt vor allem für unsere Mitglieder in den Rundfunk- und Fernsehrräten.

(Beifall)

Das gilt für alle diejenigen, deren Stimme nicht ungehört verhallen wird, wenn sie sachkundig und mutig erhoben wird.

Wir müssen endlich einmal dazu kommen, daß bei uns nicht nur

wirtschafts- und sozialpolitische Pläne mit der wirtschaftlichen Entwicklung synchronisiert werden. Wir müssen nicht nur Sachplanung und Finanzplanung deckungsgleich machen; wir müssen auch kbei uns dazu kommen, daß politische Wahrheit und politische Propaganda auch noch in ein und derselben Optik erkennbar sind, daß politische Propaganda in Zukunft nicht mehr das exakte Gegenteil der politischen Wahrheit darstellen kann, wie wir es im Laufe der letzten Jahre über weite Strecken erlebt haben.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe von der Talfahrt gesprochen, ich habe davon gesprochen, daß es rapide bergab geht. In meiner letzten Bundestagsrede habe ich gesagt - ich begnüge mich hier mit dem Stichwort - : Ihr Jahre 1980 sind alle Ziele moderner Volkswirtschaftspolitik, die Ziele des berühmten volkswirtschaftlichen Vierecks, versäumt worden, und sie werden im Jahre 1981 ebenfalls versäumt werden. Alle, aber auch alle Indizien sprechen dafür.

Wir werden das notwendige Maß an Preisstabilität nicht erreichen.

Wir werden das Ziel des hohen Beschäftigungsstandes in noch stärkerem Maße versäumen, als die Bundesregierung es noch vor wenigen Wochen bei der Debatte des Jahreswirtschaftsberichts im Bundestag zuzugeben bereit war.

Wir werden nicht annähernd angemessenes stetiges Wachstum haben, es sei denn, daß "Nullwachstum" schon ein Verdienst und "Minuswachstum" ein Fortschritt wären.

Aber hier ist doch der Blödsinn der Sprache augenfällig. Wir haben einen Rückgang des realen Bruttosozialprodukts. Was über der Nulllinie liegt, ist ein nominales Wachstum, das mit der Inflationsrate zusammenhängt. Das heißt, wir werden in diesem Jahr keine Steigerung, ja nicht einmal mehr eine Erhaltung der realen Einkommen unserer Bevölkerung erleben. Wir werden einen echten realen Rückgang erleben.

Hier allerdings möchte ich etwas in aller Deutlichkeit sagen, und zwar erstens an meine eigene Adresse. Wir versuchen, es in der Umsetzung in unsere Landespolitik griffig zu machen. Das ist aber nicht nur eine Sache der CSU oder Bayerns mit all unserer Unzulänglichkeit. Das ist unser aller Sache. Die Segnungen der Bonner Politik, die von den Ländern ja großenteils vollzogen werden müssen, dürfen nicht vom Bürger, der den Bescheid von einer Landesbehörde bekommt, der CDU- oder CSU-Landesregierung als deren Versagen oder Schuld in die Schuhe geschoben werden.

(Beifall)

Das empörende Verhalten des Bundes gegenüber den Ländern ist ein Thema, über das andere referiert haben und referieren werden, zum Beispiel die Kollegen Ministerpräsidenten aus den CDU-regierten Ländern. Ich brauche darauf nicht im einzelnen einzugehen. Ich meine das empörende Verhalten des Bundes, die Tatsache, daß der Bund seinen Beitrag zu den Gemeinschaftsaufgaben gegenüber der mehrjährigen Finanzplanung nicht auf dem bisherigen Niveau fortgeschrieben, geschweige denn erhöht hat, sondern gegenüber dem bisherigen Niveau um 20 % verringert hat, und zwar ohne Information der Länder, ohne Absprache, ohne Koordinierung. Ich glaube, ich

brauche mich hier nicht gegen den Vorwurf zu verwehren, daß ich ein Partikularist oder ein einseitig denkender Förderalist sei. Wer 29 Jahre in der Bundespolitik, im Bundestag war und 12 Jahre als Bundesminister Aufgaben der Bundespolitik wahrgenommen hat, der weiß schon ungefähr - ich will mir gar nicht auf die Schulter klopfen -, was des Kaisers ist und was Gottes ist, was man dem einen geben und dem anderen lassen muß. Das wissen wir schon. Aber so ist der Bund noch nie mit den Ländern umgesprungen, wie es im vorigen Jahr und in diesem Jahr der Fall war. Das haben wir noch nie erlebt.

(Beifall)

Ich denke an die Kürzungen auf dem Gebiet des Hochschulbaus, die Kürzungen auf dem Gebiet der regionalen Wirtschaftsförderung, die Kürzungen auf dem Gebiet der Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes, die wir in den Ländern nicht ersetzen können. Wir können nicht einmal verhindern, daß wir selber kürzen müssen, weil schließlich ja der Schlüssel 50 : 50 aufrechterhalten werden muß. Ich denke weiter an den Rückzug des Bundes aus der Krankenhausfinanzierung, den Rückzug des Bundes aus dem sozialen Wohnungsbau, den Rückzug des Bundes aus dem Studentenwohnheimbau und aus der Städtesanierung. Es ist ja geradezu eine epidemische Seuche des Bundes geworden, Programme anzureißen, mit der Anreizphase große Propaganda zu machen, dann die Projekte einzufrieren und sich langsam aus der Verantwortung davonzustehlen und die Länder in ihrer Belastung dann sitzenzulassen

(Beifall)

und dann noch von den Ländern einen anderen Schlüssel für die Verteilung der Gemeinschaftssteuern und einen höheren Anteil des Bundes an der Umsatzsteuer zu verlangen.

Unsere Bevölkerung hat das volle Ausmaß der auf sie zukommenden einschneidenden Kürzungen und Belastungen noch nicht voll mitbekommen. Ich bin nicht der Meinung, daß wir eigene Schuld, wo eine wäre, anderen auflasten sollten. Aber ich bin auch nicht der Meinung, daß unser Gebot der christlichen Nächstenliebe heißt, daß wir die Folgen der Fehler und Versäumnisse der Bonner Politik auf unser politisches Konto zu schreiben gewillt sein sollen. So weit geht unsere Nächstenliebe nicht. Es werden in Tausenden von Fällen Bürger, die sich berechtigte Hoffnung auf Förderung gemacht haben, eine grausame Enttäuschung erleben. Und wir sollen uns nicht scheuen, dem Bürger zu sagen, wem er diese Wende, diese Verschlechterung seiner Verhältnisse, diese Zerstörung seiner Hoffnungen zu verdanken hat. Hier wollen wir auch einmal die Verantwortlichkeiten ganz klar scheiden.

(Beifall)

Auch ich gehöre - wie, glaube ich, alle Ministerpräsidenten der Union - zu denen, die der Meinung sind, daß der Bundesrat zwar die Grundlinien der Politik der Union zu tragen hat, daß aber der Bundesrat nicht schlechterdings ein zweites Parlament oder eine zweite Kammer ist und daß wir im Bundesrat nicht immer gleich abzustimmen brauchen, wie es unsere Freunde im Bundestag tun. Allerdings heißt das auch: Selbst wenn wir z.B. die Maßnahmen des Subventionsabbaus für verfehlt halten, müssen wir nicht unbedingt dagegen stimmen. Denn da wir das Ziel der Sanierung bejahen, müssen wir manche Bundesmaßnahme - ausgenommen Steuererhöhungen, gegen die wir einheitlich und bedingungslos sind, weil sie das Übel ver-

mehren, statt es an der Wurzel allmählich zu heilen - im Bundesrat sehr wohl passieren lassen. Würden wir es nicht tun, so würde man unsere Glaubwürdigkeit mit der Begründung bezweifeln: Ihr wollt dauernd Kürzungen; aber wenn wir Kürzungen vorschlagen, dann seid ihr dagegen und verlangt noch da und dort Mehrausgaben. Nur sage ich das offen: das bedeutet nicht Zustimmung, vor allem deshalb nicht, weil die Kürzungen, die vorgenommen werden, bedauerlicherweise fast ausnahmslos auf investivem Gebiet und nicht auf konsumptivem Gebiet liegen. Sanierung der Finanzen bei gleichzeitiger Wirtschaftsschwäche kann nur durch Beschneidung der konsumptiven Ausgaben und durch wesentliche Verstärkung der investiven Ausgaben erfolgen.

(Beifall)

Wenn aber auf wesentlichen Gebieten - ich habe sie erwähnt: Hochschulbau, regionale Wirtschaftsförderung, Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes; das sind ja alles investive Ausgaben - die Ausgaben des Bundes massiv gesenkt werden, ebenso auf anderen Gebieten, ist das keine Sanierung, sondern nur die Vortäuschung einer Sanierung. Denn das Übel wird nicht an der Wurzel bekämpft. Es wird nur an den Symptomen bekämpft. Außerdem wird die Schuldenaufnahme erhöht. Schuldenaufnahme ist ja nichts anderes als Morphinum. Mit Morphinum kann man die Schmerzen auf Grund einer Krankheit eine Zeitlang betäuben. Man kann sie überlagern. Man kann lange Zeit damit eine Krankheit erträglich machen. Aber man heilt die Krankheit nicht. Und wenn das Morphinum nicht mehr ausreicht, dann ist die Krankheit noch schlimmer als zuvor, und ihre Heilung ist noch unangenehmer als zuvor, und die Heilungsfolgen sind noch unerträglicher als zuvor.

Für die, die die letzten zehn Jahre in Erinnerung haben, mache ich jetzt nur eine humoristische Fußnote. Trotz meiner Amts- und Parteipflichten gönne ich mir jetzt jeden zweiten Abend ein Sondervergügen, nämlich in die Sonthofener Festspiele zu gehen. Da wird jeden Abend ein neuer Akt aufgeführt. Ich suche nur noch den geeigneten Komponisten, um es auch noch als Musical herauszubringen.

(Beifall)

Wir müssen deshalb manches schlucken, was wir von der Sache her für falsch halten. Ich bekomme zur Zeit viele Zuschriften, vor allen Dingen aus Kreisen, von denen ich nicht gerade annehme, daß sie am 5. Oktober einen Wahlsieg Helmut Schmidts verhindern wollten, und die jetzt z.B. den Wegfall der Halbierung des Steuersatzes für künstlerische, wissenschaftliche und literarische Leistungen so lebhaft beklagen und uns auffordern, wir sollten im Bundesrat mit unserer Mehrheit diesen Unfug verhindern. Ich schreibe meistens zurück: Ich nehme an, auch Sie gehören zu denen, die diese Politik gewollt haben. Sie haben sich doch am 5. Oktober von diesen Problemen freigewählt. Es ist nicht unsere Aufgabe, Ihnen den Segen zu ersparen, den Sie oder ihre Freunde sich erwählt haben.

(Beifall)

Wir sind für ein Nein zu Steuererhöhungen aller Art, auch zur Erhöhung der Mineralölsteuer!

(Beifall)

Ich sage das nicht nur als Ministerpräsident eines Flächenlandes, das von jeder Erhöhung des Mineralölpreises besonders stark betroffen ist. Ein eindeutiges Nein! Wir werden uns mit Zähnen und Klauen

widersetzen, daß die Kraftfahrzeugsteuer auf die Mineralölsteuer umgelegt wird.

Es läßt sich auch ein einfacherer Weg finden, z.B. die Einführung zweier Plaketten. Aber daß wir dann eine Erhöhung des Treibstoffpreises um nochmals 15 Pf in Kauf nehmen müssen, so daß wir, nachdem wir ohnehin mit der Mineralölsteuer vom 1. April schon auf 1,45 DM kommen werden, einen Treibstoffpreis von 1,60 DM haben werden und uns dann allmählich in Verbindung mit weiteren Preissteigerungen durch die ölerzeugenden Länder, die dadurch ja geradezu provoziert werden, der Grenze von 2 DM nähern, das ist der Beginn einer relativen Verarmung eines angeblich reichen Industrielandes.

(Lebhafter Beifall)

Ein besonderes Kapitel, über das ich nicht im einzelnen zu sprechen brauche, das uns alle aber natürlich sehr bewegt, ist die Frage der Energie. Was hier von seiten des Bundeskanzlers praktiziert wird, ist nicht mehr Echternacher Springprozession - die hätte wenigstens noch einen wallfährerischen, büßenden Wert -, es ist Sinnlosigkeit, mit Pseudosinn versehen.

Es ist einfach der zum Prinzip erklärte Unfug, wenn man sagt, der Bau von Kraftwerken sei eine rein regionale Angelegenheit - wie in Brokdorf -, wenn man sagt, die Bundesregierung habe selber keine Verantwortung, die Verantwortung sei rein regional, auf möglichst breiter Basis zu treffen. Das ist doch nackter Hohn, eine Verhöhnung der Bürger, Verhöhnung der Länder, Verhöhnung der Union!

(Beifall)

Auch wir könnten es uns ja leicht machen und sagen, das Ganze sei eine zentrale Angelegenheit: Soll doch der Schmidt die Kraftwerke bauen und nicht wir. Dann können wir uns alles ersparen. Wir stellen uns dann hin - die einen in Brokdorf, die anderen bei uns in Ohu (Niederbayern), tragen Transparente "Nieder mit der Kernkraft" und überlassen es dann Helmut Schmidt, das Energieprogramm des Bundes und der Länder durchzuführen. Wir sind bundestreu auch in der Erfüllung unserer Verpflichtungen aus dem gemeinsamen Energieprogramm. Wir erwarten aber auch, daß der Bundeskanzler seine Partei - und für Herrn Genscher gilt das gleiche - auf eine Linie bringt, in der genausoviel Bündnistreue zu finden ist, wie wir sie auf diesem Gebiet an den Tag gelegt haben.

(Lebhafter Beifall)

Die große Mehrheit der SPD in Schleswig-Holstein ist also gegen Kernenergie und gegen Brokdorf. Eine kleine Mehrheit der SPD in Hamburg war zuerst für Brokdorf und für die Kernenergie. Herr Klose war dagegen. Damit es keine örtliche Regierungskrise gibt, ist aus der Mehrheit, die dafür war, eine Minderheit geworden, und aus der Minderheit, die dagegen war, ist jetzt eine Mehrheit geworden. In Niedersachsen ist die SPD gegen die Kernenergie. Es gibt eine norddeutsche Kernenergiegegnerschaft der gesamten SPD; sie wird verlängert nach dem Süden hin, vor allen Dingen in den Bereich von Baden-Württemberg. Die FDP Schleswig-Holsteins stimmte in der ersten Abstimmung mit 100 : 99 für Brokdorf, zwei Stunden später mit 97 : 95 gegen Brokdorf. Und das soll die Grundlage für eine Energiepolitik sein!

Eine sehr linkslastige französische Zeitung, nämlich "Le Quotidien", hat mit Recht geschrieben - nur die Überschrift ist etwas irreführend -: "Politiker halfen den deutschen Umweltschützern". Wenn

es nur um Umweltschutz ginge! Das sind verständliche Argumente, zum Teil von Idealisten, zum Teil von Leuten, die einfach von der Dämonisierung der Kernkraft erfaßt sind - nicht ohne daß ihnen diese Dämonisierung, diese Hexenfurcht, durch alle möglichen Mittel vorher injiziert worden ist.

In dieser französischen Zeitung heißt es dann weiter: "Es ist ohne Zweifel so, daß im Gegensatz zur französischen Umweltschutzbewegung die Gegner der Kernkraft von der Haltung etablierter politischer Parteien profitiert haben." Würden die politischen Parteien hier gemeinsam Stellung beziehen, sich gemeinsam zur gleichen Verantwortung bekennen, statt opportunistisch nach dem jeweils nächsten Wahltermin im Land oder Bund zu blicken, wäre die ganze Bewegung gegen die Kernkraft auf das Maß reduziert, das ihr in Wirklichkeit zukommt.

(Beifall)

Diejenigen, meine Damen und Herren, die von der Angst der Bevölkerung sprechen, sind genau die gleichen, die vorher alles tun, um die Bevölkerung mit Angst zu erfüllen.

(Beifall)

Das ist doch der wirkliche Prozeß.

Dann gibt es auch noch ein für mich besonders interessantes Beispiel der Information der Öffentlichkeit. Da lese ich in der "Frankfurter Rundschau" vom 2. März 1981: "Protest in Brokdorf verlief friedlich". Ich lese am 1. März in der "Bild-Zeitung": "Brokdorf: Polizisten brannten wie Fackeln", "4.000 Radikale brachen zur Baustelle durch", "Mit Leuchtpistolen, Stahlkugeln, Molotow-Cocktails gegen die Polizei", "Ein Beamter als Geisel in der Hand der Chaoten", "80.000 Demonstranten, 31 Polizeibeamte verletzt". Jetzt frage ich einmal als harmloser Bürger Jobst: Was ist denn eigentlich noch unter "friedlich" in unserem Lande zu verstehen?

(Lebhafter Beifall)

Wäre ich nicht gläubiger Katholik, würde ich sagen: Auch eine Fronleichnamsprozession ist eine Demonstration. Auch Wallfahrer, die sich in der Öffentlichkeit bewegen, demonstrieren für ihre Glaubenssache. Haben Sie schon einmal einen Wallfahrer gesehen, der sich seinem Wallfahrtsheiligtum mit Molotow-Cocktails genähert hat?

(Heiterkeit und Beifall)

Man muß doch einmal der schrecklichen Verwirrung und Desinformation der Geister ein Ende setzen. Man muß doch die Wahrheit wieder als Wahrheit gelten lassen.

(Lebhafter Beifall)

Natürlich kann man sagen: In Brokdorf hätte es noch schlimmer kommen können. Ja, das stimmt. Aber das ist doch kein Anlaß, das Volk zu belügen und zu sagen, es sei friedlich gewesen.

Ich werde demnächst in der Bayerischen Staatskanzlei die Polizeibeamten empfangen, die in Brokdorf im Einsatz verletzt worden sind.

(Lebhafter Beifall)

Ich werde dem am schwersten Verletzten von ihnen, dessen Augenlicht von den örtlichen Ärzten schon aufgegeben war, dann in Kiel fast wie durch ein Wunder noch gerettet werden konnte, unter Hintenanstellung der üblichen Altersregeln den Bayerischen Verdienstorden

verleihen.

(Erneuter lebhafter Beifall)

Sicherlich gibt es eine waltende Hand. Der gläubige Katholik oder Christ nennt sie "Schutzengel", andere sagen "göttliche Vorsehung" oder: "Der liebe Gott hat geholfen". Aber wer mit Leuchtkugeln gegen Hubschrauber schießt, muß doch wissen, daß dieser Hubschrauber abstürzt, wenn ihn die Leuchtkugeln an vielen Stellen treffen, daß Fahrzeuge durch Leuchtkugeln in Brand geschossen werden können. Molotow-Cocktails sind doch Mordwaffen und nicht Ausdrucksmittel friedlicher Überzeugung oder normaler Proteste!

(Lebhafter Beifall)

Sagt man dann, hier solle eine prärevolutionäre Situation geschaffen werden, wird man der Hetze, der Polemik, der Unruhestiftung, der Panikerzeugung beschuldigt. Wir haben als ganz junge Menschen, noch als Kinder, erlebt, wie ein angeblich festgefügter Staat allmählich erschüttert worden ist und wie zum Schluß seine demokratische Ordnung umgestürzt wurde. Ich habe mir, als ich im Jahre 1945 in die Politik ging, eines geschworen: obsta principiis - Widerstehe den Anfängen!

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, es werden doch drei große Errungenschaften der Unionspolitik, drei ganz große Errungenschaften, die wir gemeinsam geschaffen haben, wie eine oder andere - je nach Alter - alle drei, aber alle irgendwie beteiligt, heute gefährdet, demonstriert und aufs Spiel gesetzt.

Die eine Errungenschaft ist die wirtschaftliche, finanzielle und soziale Stabilität unserer Gemeinschaft, die wir ab 1949 durch Adenauer, Erhard und Schäffer geschaffen und gefestigt haben.

(Beifall)

Die zweite große Errungenschaft - die wird jetzt nicht mit einem Beilieb gekappt und zerstört: so primitiv denke ich nicht, und so primitiv wird auch nicht verfahren - ist die Anbindung an den Westen und die nahtlose Schicksalsgemeinschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber der Bedrohung durch den expansiven Sowjetkommunismus.

(Lebhafter Beifall)

Helmut Schmidt hat doch in seiner Partei einen starken Flügel gegen seine Amerika-Politik. Das sind nicht nur die Jungsozialisten, es geht weit darüber hinaus. Es gibt einen weiteren Flügel, der zumindest von einer Art Schwedenisierung träumt und ihr innerlich nahesteht. Es gibt nur noch eine lautschwächer werdende Minderhiet, die sich noch offen zu der Bündnispolitik mit allen Konsequenzen bekennt. Ich warne vor einer Differenzierung der amerikanisch-europäischen Interessen. Hier zählen wir die Zeche,

(Zustimmung)

Die Amerikaner können eher auf uns verzichten als wir auf sie, und das werden wir in den kommenden Jahren merken.

(Lebhafter Beifall)

Am Samstag hat der Generalsekretär der FDP, Herr Verheugen, im Politischen Club der Evangelischen Akademie in Tutzing einige Aussprüche getan, angesichts derer man meinen sollte, es wäre besser, wenn sich Herr Genscher zuerst mit ihm statt mit Herrn Reagan unterhielte. Er hat nämlich geäußert, er habe Sympathie für diejenigen, die den Nachrüstungsbeschuß in Frage stellen.

(Hört! Hört!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Sowjetunion hat - ich sage es so, wie ich es sehe und wie es höchst-wahrscheinlich auch ist - durch den entspannungspolitischen Aberglauben, durch die falsch verstandene, mythologische, beinahe in Form eines politischen Psychopharmakons verabreichte illusionäre Entspannungspolitik der 70er Jahre einen materiellen Anreiz und eine psychologische Bereitschaft zur strategischen Expansion erfahren, die ohne diese Entspannungspolitik nicht möglich gewesen wären.

(Beifall)

Wir verwahren uns dagegen, daß Entspannungspolitik mit Egon Bahr und Willy Brandt gleichgesetzt wird. Entspannungspolitik ist die klassische Außenpolitik der Union: Einheit Europas, Bindung an Amerika und friedfertiges Verhalten gegenüber dem Osten, aber ohne einzuschlafen, ohne sich abergläubisch einlullen zu lassen, ohne den machtpolitischen Partner über Nacht als ein weidendes Schaf auf der Wiese statt immer noch als Wolf - gelegentlich im Schafspelz - zu erkennen.

(Lebhafter Beifall)

Der machtpolitische Vorstoß der Russen in die arabische Welt hinein, über das Horn von Afrika hinweg hinüber nach Somalia, nach Abessinien, Äthiopien, Angola, Mozambique mit dem Fernziel Südafrika wäre ohne die Schlafmützigkeit und entspannungsselige Selbsttäuschung der Europäer und auch eines Teiles der Amerikaner nicht möglich gewesen.

(Beifall)

Wenn nun ein amerikanischer Präsident - dessen Lakaien wir gar nicht sein wollen, sondern dessen Partner wir sein wollen - erkennt, daß die Politik der letzten 20 Jahre verhängnisvolle Verschiebungen der machtpolitischen Gewichte hervorgerufen hat, und nunmehr das Steuer herumreißt, ist das für uns in Europa kein Anlaß, ihn zu beschimpfen, ihm zu mißtrauen und mit Steinen auf ihn zu werfen, sondern Anlaß, ihm solidarische Partnerschaft in dieser Politik anzubieten.

(Beifall)

Die dritte große Errungenschaft, die heute auf dem Spiele steht, ist der Gemeinschaftsfriede, der innere Rechtsfriede. Ich warne vor der Entwicklung, daß der freiheitliche Rechtsstaat nach 25 oder 30 Jahren wieder beginnt, seine Faszinationskraft, seine Anziehungsfähigkeit zu verlieren. Wir haben damals, am Ende des 2. Weltkrieges und in den Jahren danach, in der Ungewißheit, was unser Schicksal sein wird, doch eines leidenschaftlich beschworen: wieder ein normales Leben in einer rechtsstaatlichen Demokratie, in sozialer Gerechtigkeit, in persönlicher Menschenwürde und in nationaler Freiheit verbringen zu dürfen. Das war das große Ziel der großen Freiheitskämpfer des 19. Jahrhunderts, das war das große Ziel der wirklichen Liberalen des 19. und des 20. Jahrhunderts. Das war unser sehnsüchtiger Traum in den Nächten des "Dritten Reiches", und das war unser inneres Bewußtsein in den grauenhaften Tagen jener Zeit. Soll das jetzt wieder verspielt werden? Meine Damen und Herren, wir müssen darauf hinwirken, daß unsere Bürger den Wert der Freiheit, der Menschenwürde und der Rechtsstaatlichkeit als ein erhaltens- und verteidigungswürdiges Gut bis zur letzten Konsequenz begreifen und dies auch zu schützen bereit sind.

(Lebhafter Beifall)

Diese Demontage der inneren Sicherheit: Man braucht nur daran zu denken, was der Bundesinnenminister an Grundsätzen über die Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz, Polizei und Grenzpolizei verkündet hat und was demnächst an Grundsätzen der Zusammenarbeit

zwischen Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst verkündet werden wird. Wenn unseren Polizeiorganen an der Grenze - wir haben ja in Bayern noch eine eigene Grenzpolizei - verboten wird, die Einreise maßgebender Funktionäre der SED, deren Auftrag ja bekannt ist, dem Verfassungsschutz zu melden, um eine Observation dieser Funktionäre und Agenten unmöglich zu machen, dann muß ich fragen: was heißt da heute noch innere Sicherheit, was heißt da heute noch Staatsschutz in diesem Land?!

(Lebhafter Beifall)

Und wenn ich sehe - Herr Geißler hat es vorhin in sehr markanten Worten griffig und richtig dargestellt -, daß Hausbesetzung als ein Kavaliärsdelikt betrachtet wird, als kleinerer Rechtsbruch, dem gegenüber man, um der Eskalation entgegenzuwirken, Nachsicht und Passivität beweisen müsse, so muß ich sagen: obsta principiis! Wir sollten uns in unseren Ländern zum Maßstab machen, Hausbesetzungen als ein schwerwiegendes Delikt gegen den inneren Gemeinschaftsfrieden, gegen die friedenssichernde Pflicht des Rechtsstaates aufzufassen und mit der Autorität der Machtorgane unseres Staates dagegen vorzugehen.

(Beifall)

Ich erlebe jetzt einen Aufstand, weil in Nürnberg 141 Haftbefehle gegen die von der Polizei festgenommenen Täter von der Justiz ausgefertigt worden sind. Wenn darunter die Tochter eines SPD-Bundestagsabgeordneten ist, der im Polizeipräsidium erschien, um dort sicherzustellen, daß den jungen Leuten nichts geschieht, so kann ich nur sagen: Hätte der Herr sich darum gekümmert, daß von seiten seiner Gesinnungsfreunde unseren Polizeibeamten nichts geschieht, im ganzen Bundesgebiet! Dies wäre wesentlicher und wichtiger gewesen.

(Lebhafter Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie beraten und beschließen hier über das Thema Wohnungsbaupolitik. Dies ist nicht Gegenstand meiner Ausführungen, auch nicht des letzten Teils meiner Ausführungen. Aber wenn wir erleben, wieviel Häuser in Berlin leerstehen, wie die Häuser jetzt besetzt sind, wie es Kommandozentralen gibt, dann muß ich einmal fragen: Wer hat denn eigentlich die letzten elf Jahre in der Bundesrepublik Deutschland regiert? Wer hat denn die Zustände geschaffen, die die junge Generation - echt oder vermeintlich, angeblich oder wirklich - mit lauter Protestgesinnung und mit der Bereitschaft zum Aufstand erfüllt haben? Wer hat denn regiert?

(Beifall)

Regiert haben doch genau diejenigen in der Bundesrepublik, die heute Verständnis für diesen Bruch des Rechtsfriedens landauf, landab beweisen!

Meine Damen und Herren, der große Teil der in Frage stehenden Berliner Wohnungen gehört doch einer städtischen Gesellschaft, der Gesellschaft einer sozialistischen Regierung. Seit 30 oder mehr Jahren regiert die SPD in Berlin, und nun hat sie in Berlin einen Zustand herbeigeführt, gegen den ein Teil der jungen Generation mit gewalttätigen Mitteln vorgeht.

Wir wollen der Öffentlichkeit doch einmal sagen, wer diese Zustände herbeigeführt hat, wer die Protestbewegung dort mit verursacht hat. Ich nehme nichts davon zurück: Wenn diese Sachbeschädigung, Gewalttaten gegen Personen, Hausbesetzung, Zerstümmerung von Schaufensterscheiben, Plünderungen, Raub, Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt ungestraft ablaufen können, legen wir damit die Saat für eine neue terroristi-

sche Welle in der Bundesrepublik Deutschland.

(Lebhafter Beifall)

Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, die drei fundamentalen Hauptstücke unserer Politik - wirtschaftliche, finanzielle, soziale Stabilität - wiederherzustellen, den inneren Rechtsfrieden zu gewährleisten und eine funktionierende Bündnisgemeinschaft wiederherzustellen und sie mit Leben zu erfüllen. Das sind die drei großen Aufgaben. Niemand soll sagen, daß diese Aufgaben leicht sind; niemand soll aber auch sagen, daß sie nicht erfüllbar seien. Ich habe hier keinen Katalog von Maßnahmen zu bieten. Wenn aber - der Kollege Geißler hat es hier angedeutet - endlich einmal die ideologische Blockade, der aus ideologischen Gründen erfolgte Stillstand großer technischer Investitionen - in der Hauptsache geht es dabei um Kraftwerke, nicht nur um Kernkraftwerke - aufgehoben würde und damit eine Investitionssumme von 30 bis 40 Milliarden DM in Bewegung käme, so wäre dies ein erheblicher Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit, zum Abbau des wirtschaftlichen Rückstandes und des wirtschaftlichen Niederganges.

(Beifall)

Dasselbe gilt in einem anderen Bereich. Man sollte endlich einmal aufhören, aus ideologischen Gründen den kommunikationstechnischen Fortschritt sabotieren und blockieren zu wollen. Das hilft ja doch nichts mehr. Diejenigen, die sich früher als die Träger des technischen Fortschritts bezeichnet haben, sind heute die Apostel der Aussteiger aus der modernen Technik. Zuerst haben sie in ihrer materialistischen Besessenheit die Technik an die Stelle des lieben Gottes rücken wollen. Heute haben sie Angst vor der Technik und empfehlen das Aussteigen aus der Technik. Warum haben wir einen so großen Mangel an Ingenieurstudenten? Allein die Firma Siemens könnte den Ausstoß der deutschen Universitäten des Jahres 1981 an Diplomingenieuren auf dem Gebiet der Elektrotechnik aufnehmen. So groß ist die Mangellage. Die Bayerischen Motoren-Werke sagen mir: Wir können 300 Diplomingenieure brauchen; wir bekommen sie nicht. Warum? Weil man viel zuviel Wert auf jenes sozialkritische Geschwätz, auf die Auseinandersetzung mit utopischen Modellen gelegt hat, statt sich auf die harten Probleme des täglichen Lebens zu konzentrieren.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Der Bundeskanzler soll endlich seine ideologische Blockade gegen die Verkabelung aufgeben.

(Beifall)

Er soll der Bundespost grünes Licht geben. Meine Damen und Herren, das wäre das Allerhöchste: Wenn man den deutschen Verlegern jetzt noch, im Zeitalter der großräumigen Entwicklung, im Zeitalter der Ost-West-Freiheit, im Zeitalter der europäischen Einheit, im Zeitalter der kontinentalen Großräume, im Zeitalter der transatlantischen Entwicklungen, verbieten würde, ein übernationales Fernsehen errichten und sich an ihm beteiligen zu wollen, so würde hier wieder die ganze Borniertheit, der ganze Hinterhofmief sozialistischer Denkweise deutlich!

(Anhaltender lebhafter Beifall und Bravo-Rufe)

Wir werden verhindern, daß der Bürger der Bundesrepublik Deutschland in ein informationstechnisches und informationspolitisches Ghetto eingesperrt wird, bloß damit die Erbhöfe sozialistischer Machthaber leichter erhalten werden können.

(Lebhafter Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte hier an dieser Stelle Helmut Kohl, mit dem ich mich neulich vier Stunden lang in voller Einigung über die Grundsätze gemeinsamer Unionspolitik bei dem Halbjahrestreffen am Tegernsee, das nun schon fast Tradition geworden ist, unterhalten habe, nicht nur meine besten Wünsche für seine Wiedergenesung sagen.

(Beifall)

Ich hoffe, ihm möglichst bald wieder zu begegnen, vielleicht heute noch. Ich möchte ihm an dieser Stelle auch dafür danken, daß er in seiner Rede heute - ich entnehme das dem Manuskript - gesagt hat: Die finanziellen Grenzen des Sozialstaates sind erreicht.- Es war auf dem Parteitag der CDU in Mannheim vor, wie ich glaube, sechs Jahren, als ich an der gleichen Stelle - das Rednerpult stand, wie ich meine, nur auf der anderen Seite -

(Heiterkeit)

einen Satz gesagt habe, den manche unserer eigenen Freunde nicht offensiv genug verteidigt haben, nämlich den Satz, daß der Sozial- und Bildungsstaat seine Grenzen erreicht und zum Teil überschritten habe. Hätte diese Einsicht schon vor sieben Jahren die Grenzen und Möglichkeiten des politischen Handelns bestimmt, dann wären uns viele Fehlentwicklungen mit schmerzlichen Heilungsprozessen erspart geblieben.

(Beifall)

Es ist billig, Luftschlösser zu errichten; es ist teuer, sie wieder einreißen zu müssen. Ich habe diese Äußerung bei meinem Vortrag vor dem Institut Finanzen und Steuern im Jahre 1975 wiederholt. Daraufhin sagte im Bundestag Herr Apel zu mir, die Union - dies würden die Reden des Herrn Strauß beweisen - wolle die Sozialleistungen Schritt für Schritt abschaffen, soziale Demontage betreiben. Helmut Kohl sagte in dem zweiten Teil des Satzes: Aber das bedeutet nicht das Ende der Sozialpolitik. Wer den Sozialstaat erhalten will, muß ihn davor schützen, daß die Möglichkeiten seines Netzes von denen mißbraucht werden, die nicht darauf angewiesen sind, die darauf keinen Anspruch haben und selbst nichts dazu beitragen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich weiß, die anderen haben das größere Verleumdungs-, das größere Verhetzungs-, das größere Diffamierungs- und das größere Denunziationspotential. Wir wollen gar keins haben. Die anderen leben von der Verbreitung der Unwahrheit gegen uns. Unsere Chancen hängen von dem Durchsetzen der Wahrheit für uns ab.

(Beifall)

Das ist allein der große Unterschied zwischen uns und den anderen. Wir werden unsere wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Verhältnisse nicht wieder in Ordnung bringen und unsere Probleme nicht bewältigen, wenn wir unser Wertschöpfungspotential nicht wieder ausnutzen, eine höhere Kapazitätsauslastung erreichen, wenn derjenige, der arbeitswillig und arbeitsfähig ist, nicht wieder veranlaßt wird oder die Möglichkeit erhält, auch tatsächlich zu arbeiten. Es ist sehr schwer, in dieser Hinsicht die richtige Grenze zu ziehen, ohne mißverstanden zu werden. Ich habe aus meiner Meinung aber nie einen Hehl gemacht, daß es ein Verstoß gegen das Gebot "und führe uns nicht in Versuchung" ist - ich beschimpfe nicht diejenigen, die von den Möglichkeiten Gebrauch machen, sondern diejenigen, die die Versuchung austreuen -, wenn jemand, der sieben bis acht Monate arbeitet und im anderen Teil des Jahres so oder so krank ist und sich mit Hilfe des Unternehmers vielleicht zwei Monate bezahlte Arbeitslosigkeit verschafft - auf diesem Gebiet gibt es ja auch manche Kipp-partnerschaften -, zum Schluß ein höheres Verfügungseinkommen hat als derjenige, der das ganze Jahr normal, fleißig und brav durcharbeitet.

(Beifall)

Nehmen wir einen anderen Fall: Vater, Mutter, zwei Kinder - zwei Familien, Altersverhältnisse gleich. Im einen Fall wird nur Sozialhilfe mit allen Möglichkeiten in Anspruch genommen. Im anderen Fall verdient der Vater als Arbeitnehmer allein ein normales Arbeitseinkommen. Wer alle Möglichkeiten der Sozialhilfe ausschöpft, hat beim gleichen Familienstatus sogar ein etwas größeres Verfügungseinkommen im Jahr als der, der das ganze Jahr durcharbeitet. Was auf diesem Gebiet insgesamt - auch bei den fehlbelegten Wohnungen - an Übertreibungen und an Mißbrauch von Möglichkeiten eingerissen ist, hat in Verbindung mit dem Absinken unserer Kapazitätsauslastung in Verbindung mit einer erhöhten - zum Teil vermeidbaren - Arbeitslosigkeit schädliche Auswirkungen. Es ist doch Unfug, wenn man auf der einen Seite in den Zeitungen von 1,1, 1,2, 1,3 oder 1,4 Millionen Arbeitslosen liest und dann auf der anderen Seite, wenn man an einem Fabrikator vorbeikommt - das geht hinunter bis in die Handwerkerstuben oder die Einzelhandelsgeschäfte -, lesen muß: Wir stellen ein ... Es folgt dann eine lange Liste von Arbeitskräften, die gesucht werden. Auf dieser Liste stehen am Schluß auch viele Ungelernte, die Einstellung finden würden, aber nicht vorhanden sind.

Viele Arbeitslose melden gar nicht mehr ihren Bedarf, weil sie sagen: Wir kriegen doch keinen Arbeitsplatz. Viele Unternehmer melden ihren Bedarf nicht mehr, weil sie sagen: Es hat doch keinen Sinn mehr.

Meine Damen und Herren, es muß jemandem zugemutet werden können, auch einmal in einem anderen Berufe, notfalls zu geringerer aber tariflicher Bezahlung, als er bisher gehabt hat, zu arbeiten. Das muß man ihm zumuten können. Man muß ihm zumuten können, mobiler zu werden. Man muß ihm zumuten können, sich auch beruflich umschulen zu lassen. Wir können uns das nicht leisten. 1,4 Millionen Arbeitslose bedeuten 30 Milliarden DM insgesamt an Transferzahlungen und an Verlust an Wertschöpfung. Hier liegen die Lücken, hier liegen die Mittel, mit denen wir unsere Familienpolitik finanzieren könnten. Hier liegen die Mittel, mit denen wir moderne Sozialpolitik treiben könnten.

(Beifall)

Wer hier diese Tabus aufgreift, wer hier der Hoffnung und der Wahrheit Durchbruch gibt, der wird auch erleben, daß er erstens selber eine große Welle der Zustimmung in der Bevölkerung auslöst, dieselbe Welle der Zustimmung, wie sie Reagan gefunden hat, wie er sie bei seiner klassischen Rede jüngst, als er die Grundzüge seiner neuen Wirtschaftspolitik verkündet hat, abermals erlebt hat. Er wird dann auch erleben, daß nicht er sich einen Koalitionspartner suchen muß, sondern daß er als Koalitionspartner begehrt wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich deshalb als Parteipolitiker, der ich auch bin, einen Schlußsatz sagen.

Es heißt immer: Welche Möglichkeiten ergeben sich für uns? Nun, wir haben auch manche Meinungsverschiedenheit, nicht in der Zielsetzung, sondern im Weg, gehabt. Ich komme bestimmt nicht darauf zurück. Aber der Verzicht auf diese oder jene Lösung - mag die Lösung jetzt richtig oder falsch gedacht gewesen sein; darüber wollen wir uns gar nicht mehr unterhalten - bedeutet nicht, daß das Problem gelöst wäre. Das Problem heißt: Wie können wir eins gegen zwei die Mehrheit der Mandate gewinnen?

Zweitens. Wünschen wir, betreiben wir oder streben wir eine Große Koalition an? Ich sage: nein.

(Lebhafter Beifall)

Allerdings ist die Entwicklung in der SPD mit großer Aufmerksamkeit zu verfolgen. Auch das gehört zu unseren politischen Wachsamkeitspflichten; denn niemand darf in totaler Sicherheit gewiegt werden.

Meine Damen und Herren, Koalition mit der FDP? Herr Verheugen hat nochmals eine klare Absage für viele Jahre erteilt. Nun weiß man, was von Prognosen der FDP an sich zu halten ist. Die FDP will nicht des Verrates an der bisherigen Koalition bezichtigt werden. Sie will nicht wieder einer Politik des Umfallens bezichtigt werden. Sie kennen doch diesen Komplex.

Was also, ist der mögliche Ausweg? Ist der mögliche Ausweg die selbstzufriedene Begnügung mit der Rolle einer Art Berufsoption auf die Dauer? Ich sage: nein.

(Beifall)

Eine politische Kraft wie wir, die die richtige Politik hat, die ein hohes Maß der politischen Wahrheit verkörpert, die für sich in Anspruch nehmen kann, recht gehabt zu haben - und das so kurz nach der Wahl, wie es diesmal der Fall war -, würde moralisch verkümmern, würde psychologisch an Ausstrahlungskraft verlieren, wenn sie sich mit der Dauerrolle als Berufsoption abfände.

Meine Damen und Herren, es gibt im Vergleich den Esel des Burid an, der zwischen zwei Heuhaufen verhungert ist. Das kommt in der Wirklichkeit nicht vor, weil er zuerst den linken und dann den rechten frißt.

(Heiterkeit)

Sie kennen doch die Alternative der mittelalterlichen Moraltheologie vom "lucrum cessans" und "damnum emergens". Das "lucrum

cessans" ist für die FDP das Festhalten an der bisherigen Koalition - das "lucrum", das nicht schwinden darf nach ihrer Meinung. Aber das "damnum emergens", der aufkommende Schaden, bedeutet, daß man sich nicht in die Verwesung des Koalitionspartners ohne nachhaltigen eigenen Schaden auf die Dauer einbeziehen lassen kann. Wenn nunmehr, meine Damen und Herren, die Angst vor dem "damnum emergens" größer wird als die Trauer um das "lucrum cessans" bedeutet das die Damaskus-Stunde der deutschen Politik.

(Heiterkeit und Beifall)

Diese herbeizuführen ist Aufgabe einer Oppositionspolitik, die im ganzen Lande betrieben werden muß, deren Hauptbühne aber der Bundestag in Bonn und deren Neben Bühnen die Landtage und der Bundesrat sind. - Ich danke Ihnen sehr für die große Aufmerksamkeit.

(Langanhaltender, lebhafter Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Lieber Franz Josef Strauß, der Parteitag dankt Ihnen herzlich für diese Generalabrechnung mit der Bundesregierung; die Sie gerade vorgenommen haben.

(Beifall)

Wenn wir in dieser gemeinsamen klaren Konzeption, die sich heute durch alle Reden des Parteitages gezogen hat, in der Zukunft weiterwirken, dann ist der Anlaß für Wechsel oder Nichtwechsel nicht so wichtig wie die Tatsache, daß wir so lange glaubwürdige alternative Politik darstellen, bis wir die Mehrheit, die wir in der Bevölkerung als Stimmung schon spüren, auch wirklich haben, so daß wir eine bessere Politik machen können.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, bevor ich die Leitung abgebe, muß ich noch auf etwas hinweisen, war zur Pflicht eines Präsidiums gehört, nämlich sich gewisse Gedanken darüber zu machen, wie die Tagesordnung im Zeitrahmen abgewickelt werden soll. Bei einer Überlegung in dieser Richtung fällt mir auf, daß unser Zeitplan inzwischen ausgeprägt knapp geworden ist. Wenn man rechtzeitig gegen die Gefahr, daß wir zeitlich nicht zurechtkommen, Dämme aufrichten will, dann muß man damit, soweit ich es übersehe, jetzt beginnen.

Ich möchte Ihnen einen Vorschlag machen. Wir haben an sich genügend Zeit für die Aussprache. Wir haben aber das Problem, daß wir zwar während der Wahlgänge und der Auszählungsvorgänge diskutieren, Wahlen aber erst beginnen können, wenn nach der Aussprache oder nach einem wesentlichen Teil der Aussprache die Tagesordnungspunkte, die für die Entlastung Bedeutung haben, abgeschlossen werden können. Deshalb mache ich folgenden Vorschlag: Wenn wir gegen 18 Uhr nicht mit den Wahlen beginnen können, werden wir mit dem vorgesehenen Zeitplan nicht zurechtkommen und auch morgen Probleme haben, die Themen, deren Behandlung wir noch vorhaben, zu behandeln. Ich möchte deshalb den Parteitag fragen, ob wir uns nicht dahingehend verständigen können, daß wir nach dem Bericht des Schatzmeisters die Aussprache über die Berichte beginnen und gegen 18 Uhr versuchen, Einverständnis darüber zu erzielen, ohne die Diskussion abzustoppen, die Entlastung durchzuführen. Dann könnten wir die Wahlen beginnen. Während der Wahlen könnten wir die Diskussion weiterführen. Dies gibt uns die

Chance, einigermaßen im Zeitplan zu bleiben.

(Beifall)

Der zustimmende Beifall läßt mich noch einen Schritt weitergehen. Ich möchte eine Beschlußfassung des Parteitages dahingehend herbeiführen, daß wir so handeln können. Darf ich fragen, wer dafür ist, daß wir, unabhängig vom Gang der Aussprache, gegen 18 Uhr die Entlastung durchführen und dann mit den Wahlen beginnen? Wer dafür ist, den bitte ich um ein Kartenzeichen.

Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einer von mir gesehenen Gegenstimme so beschlossen. Ich danke Ihnen für die Bereitschaft, uns bei der Abwicklung der Tagesordnung zu helfen.

Meine Freunde, ich rufe jetzt Punkt 9 der Tagesordnung auf:

Bericht des Bundesschatzmeisters

Walther Leisler Kiep, MdB

Unser Freund Leisler Kiep hat das Wort.

Walther Leisler Kiep, Bundesschatzmeister: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Es gehört zu den besonderen Vorzügen des Amtes des Bundesschatzmeisters, daß er alle zwei Jahre seinen Rechenschaftsbericht inmitten einer hochpolitischen und alle Delegierten bewegenden Diskussion erstatten darf. Ich bitte Sie dennoch um die Geduld, mir wenige Minuten zuzuhören, damit ich Ihnen berichten kann, wo das gemeinsame Unternehmen Christlich Demokratische Union Deutschlands heute, am Anfang des Jahres 1981 nach der Bundestagswahl 1980, steht.

Was ich Ihnen erstatten kann, meine Damen und Herren, ist kein strahlender Bericht. Ich kann zu meinem Bedauern heute auch keine Ausschüttung an die Teilnehmer der Union vornehmen. Aber es freut mich, Ihnen sagen zu können, daß sich die finanzielle Lage unserer Partei gegenüber meinem Bericht in Kiel vor zwei Jahren verbessert hat.

(Beifall)

Wir haben die Verschuldung - die dann in eine Überschuldung eingemündet ist - aus den Jahren 1978, 1979 überwunden. Nirgendwo wird diese Verbesserung deutlicher als bei den Spendeneinnahmen. Wir haben nämlich die Spendeneinnahmen des Jahres 1978 von 2,7 Millionen DM mit 10,7 Millionen DM im Jahre 1980 vervierfacht.

(Beifall)

Nach der Bundestagswahl 1980 stehen wir besser da als nach früheren Bundestagswahljahren, etwa den Jahren 1972 und 1976. Die Position ist zwar leider nicht ausgeglichen, aber wir liegen heute mit einer Kreditaufnahme von unter 10 Millionen DM wesentlich unter den entsprechenden Zahlen der Jahre 1976 und 1972.

Wir haben - Heiner Geißler hat bereits davon gesprochen - unseren Wahlkampfetat 1980 von 36 Millionen DM - im Wahlkampfabkommen festgelegt - nicht nur nicht überschritten, sondern wir haben ihn unterschritten: wir haben ihn nicht voll ausgeben müssen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang ein Wort des Dankes an die Bundesgeschäftsstelle, an den Generalsekretär Heiner Geißler, an unseren Bundesgeschäftsführer Fink und an alle Mitarbeiter für eine sparsame Haushaltsführung auch im Wahlkampfjahr 1980 aussprechen.

(Beifall)

Wir haben den Anteil der Mitgliedsbeiträge am Gesamteinkommen erhöhen können. Wir haben die 25 %-Grenze im Jahre 1979 erreicht, d. h. wir haben 25 % unserer Einnahmen oder 48 Millionen DM aus Mitgliedsbeiträgen einnehmen können. Wir werden auch in Zukunft an dem Anteil der Bundespartei von 1 DM pro Mitglied und pro Monat festhalten.

(Beifall)

Wir haben dieses Angebot vor einiger Zeit gemacht, und ich möchte es für die vorhersehbare Zukunft erneuern bzw. bestätigen.

Dennoch haben wir unser Angebot für Sie als Dienstleistungsunternehmen für die Gesamtpartei verstärkt und verbessert. Wir haben an den Landtagswahlkämpfen mit unserer Organisation helfend teilnehmen können. Wir haben Dienstleistungszentren errichtet. Wir haben insbesondere durch die Übernahme der Lasten der Altersversorgung für unsere hauptamtlichen Mitarbeiter auch einen wesentlichen Beitrag für das soziale Klima in der Union leisten können.

In der Berichtszeit ist die Finanzierungsarbeit neu geordnet worden. Ich glaube, daß das auch mit zu dem guten Ergebnis beigetragen hat, das wir erreicht haben. Wir haben nicht im Lotto gewonnen, wir haben auch keine überraschenden Erbschaften gemacht. Aber wir haben unsere Einnahmen in den letzten Jahren durch harte Finanzierungsarbeit wesentlich verbessert. Dafür Dank an alle Kreisschatzmeister, an alle Ortsschatzmeister, an die Landesschatzmeister und die Geschäftsstellen der Partei auf allen Ebenen. Dank an die Bundesfinanzkommission, Dank auch an den Bundesfinanzausschuß, und schließlich Dank an unsere Rechnungsprüfer Erik Blumenfeld und Herrn Horten. Ein besonderes Wort des Dankes aber auch an meinen Generalbevollmächtigten Dr. Uwe Lühje, der mich in diesen schwierigen Zeiten in vorbildlicher Weise unterstützt hat.

(Beifall)

Der Dank geht an alle Spender, die uns in diesen Berichtsjahren geholfen haben. Unseren Dank verbinden wir mit der Bitte, uns auch in Zukunft bei unserer Arbeit unterstützend zu begleiten. Wir haben nicht die Absicht, mit ihren Spenden eine zusätzliche Bürokratie aufzubauen. Wir sind nicht der Meinung, daß die Partei Selbstzweck ist, sondern wir sind davon überzeugt, daß wir da sind, um Wahlen zu gewinnen und unsere Politik auch dem letzten Bürger deutlich zu machen.

(Beifall)

Wir können, in die Zukunft blickend, von der Erwartung ausgehen, meine Freunde, daß wir das finanzielle Gleichgewicht, das wir noch nicht erreicht haben, am 31. Dezember 1984 erreichen können, wenn sich einige Grundpositionen erfüllen lassen. Dazu gehören drei Voraussetzungen. Erstens Sparsamkeit beim Wirtschaften innerhalb der Partei. Dazu gehört die Bereitschaft aller Mandatsträger, bei Entscheidungen in ihren Gremien immer darüber nachzudenken, ob die finanziellen Auswirkungen ihrer Entscheidungen auch tatsächlich von der Partei verkraftet werden können. Nicht alles, was wünschbar ist, ist in der Partei auch finanzierbar.

Zweitens. Alle Mitglieder der Orts- und Kreisverbände sind aufgerufen, sich stärker als zuvor für die Steigerung unserer Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen einzusetzen. Wir müssen den Anteil der Mitgliedsbeiträge zur Gesamtfinanzierung von einem Viertel

in den kommenden Jahren auf ein Drittel steigern. Das ist erreichbar, wenn wir uns alle dafür einsetzen.

Drittens. Wir bitten unsere Spender, uns in Zukunft verstärkt zu helfen, so wie sie das im Jahr 1980 gegenüber den Vorjahren auch getan haben.

Ich glaube, wir sind auf dem richtigen Weg. Meine Freunde, wir können unser Ziel erreichen. Wir müssen die Solidität bei den Parteifinzen ebenso ernst nehmen, wie wir in unserer politischen Aussage die Solidität der Staatsfinzen erst nehmen. Wer öffentlich für die Stabilität der Staatsfinzen eintritt, ist aufgefordert, ein Beispiel bei seinen eigenen Finzen zu geben. Deshalb möchte ich Sie alle sehr herzlich bitten, uns in den kommenden Jahren in dem aufgezeigten Sinne zu helfen und zu unterstützen, damit wir das Gleichgewicht der Finzen in unserer Partei als Grundlage der politischen Handlungsfähigkeit sobald wie möglich erreichen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Konrad Grundmann, Tagungspräsidium: Lieber Herr Kiep, wir danken Ihnen sehr herzlich für Ihren Bericht. Wir sind erfreut, von der Gesundung der Finzen in der Bundespartei zu hören. In den Dank beziehen wir selbstverständlich Ihre Mitarbeiter ein.

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen zwei Mitteilungen machen. Die Sitzung der Stimmzählkommission findet um 17.30 Uhr im Sitzungszimmer statt.

Die Landesgeschäftsführer mögen um 17.00 Uhr die Stimmzettel in der Organisationsleitung abholen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

Aussprache zu den Berichten

Darf ich zu Beginn der Aussprache darauf hinweisen, daß Wortmeldungen auf vollständig ausgefüllten Wortmeldezetteln beim Tagungspräsidium abgegeben werden müssen. Die Delegierten haben die Wortmeldezettel bei ihren Unterlagen. Wortmeldungen werden von einer Hosteß an der Treppe zur Bühne entgegengenommen und sofort an das Präsidium weitergegeben.

Ich darf als erster Frau Dr. Wex, CDU Rheinland, das Wort erteilen.

Frau Dr. Helga Wex: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! An dem ersten Parteitag nach der Wahl, die wir alle gemeinsam bestanden haben, möchte ich festhalten, daß das wichtigste, was wir mitgenommen haben, die Gemeinsamkeit von CDU und CSU war, und sie sollten wir auch hier inhaltlich für das festhalten, was wir vor uns haben.

Ein zweiter Punkt! Ich bin der Meinung, daß in den Berichten, die hier zur Diskussion stehen, einiges enthalten ist, was zur Nachdenklichkeit anregt. Es ist nicht die Frage, was wir alles gekonnt und was wir alles besser konnten als die anderen, sondern es ist die Frage, was wir gemeinsam noch besser machen können.

Ich denke, daß eines nicht verkannt werden darf, wenn diese Aussprache ehrlich sein soll: Wir haben an einigen Stellen nicht den Erfolg gehabt, den wir uns vorgestellt haben. Wenn wir hier von dem Verlust von Frauenstimmen sprechen, dann ist das nicht eine Frage,

die die Frauen betrifft. Die Frauen in dieser Partei sind nicht das Problem. Wir sprechen von Frauenthemen, weil wir die ganze Partei, für unsere gesamte Politik einen Erfolg haben wollen. Es gibt keine isolierte Frauenpolitik, es gibt keine isolierte Männerpolitik; aber es gibt einen Nachholbedarf auf diesem Gebiet, den wir gemeinsam abbauen wollen.

(Beifall)

Eine Zahl darf man nicht außer acht lassen. Das Statistische Bundesamt stellt in seinem Ergebnis zur Bundestagswahl fest: "1980 war der auf die CDU und CSU entfallende Stimmenanteil der Wählerinnen der niedrigste aller seitherigen Bundestagswahlen." Die CDU hat gegenüber 1976 bei den jungen Frauen bis 24 Jahren um 6,3 Prozentpunkte und bei den Wählerinnen von 25 bis 34 Jahre um 8.2 Prozentpunkte eingebüßt.

Wir werden diesen Trend stoppen können, aber wir müssen uns fragen: was ist zu tun? Wir müssen nach den Ursachen fragen und keine Alibi basteln.

Zwei Dinge sollten wir nicht tun: Erstens, dieses Ergebnis etwa ignorieren und darauf vertrauen, daß der gegenwärtige Verschleißprozeß dieser Bundesregierung weiter geht und wir allein dadurch in die Verantwortung gespült werden: zweitens, unsere programmatischen Aussagen ändern.

Hier in Mannheim hat der CDU-Bundesparteitag den für die CDU historischen Beschluß "Frau und Gesellschaft" gefaßt. Seitdem orientiert sich unsere Politik für die Frau und für den Mann und für die Familie und für den Beruf an folgenden Prinzipien:

- dem Prinzip der Entscheidungsfreiheit von Mann und Frau, einschließlich einer größtmöglichen materiellen Entscheidungsmöglichkeit, ihre Rolle in Gesellschaft, Ehe, Familie und im Beruf zu finden und auszufüllen;
- dem Prinzip der anerkannten und gemeinsam wahrgenommenen Verantwortung von Mann und Frau für die Gestaltung und Ordnung innerhalb der Familie;
- dem Prinzip, daß Arbeit in der Familie und für die Familie ein Beruf ist. Hausfrauentätigkeit und Kindererziehung sind ein Beruf und müssen als solche auch in der Sozialpolitik anerkannt werden.

(Beifall)

- dem Prinzip, daß Frauen im Berufsleben nicht benachteiligt werden können;
- dem Prinzip, daß die bei der Erziehung der Kinder für die Gesellschaft erbrachte Leistung anerkannt werden muß, zum Beispiel durch Anrechnung von Erziehungszeiten bei der Rente;
- der Schaffung von Rahmenbedingungen, die den Partnern helfen, ihren Lebensweg so zu gestalten, daß sie auf familiengerechte Weise ihre Aufgaben in der Familie mit ihrem Wunsch nach außerhäuslicher Erwerbstätigkeit verbinden können.

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Wer glaubt, die Prinzipien der Wahlfreiheit von Mann und Frau außer Kraft setzen zu können, wer glaubt, daß die politische Situation heute eine neue Rollenzuweisung von Mann und Frau notwendig mache, wer glaubt, die Schwierigkeiten in der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik machten eine Politik für die Frau überflüssig, der ist für die Par-

tei ein schlechter Ratgeber.

Wir müssen zeigen: eine freiheitliche Gesellschaft, die auf der Sozialen Marktwirtschaft aufbaut, ist auf die Partnerschaft zwischen Mann und Frau geradezu angewiesen. Wir dürfen Soziale Marktwirtschaft nicht mehr allein aus der Sicht der Steuer- und Finanzpolitik, nicht allein aus der Sicht mächtiger Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen interpretieren, sondern wir müssen neue Impulse geben, Soziale Marktwirtschaft auch aus der Sicht der Familie, der Männer und Frauen, zu definieren.

(Beifall)

Die Zeit des ständigen wirtschaftlichen Wachstums ist fürs erste vorbei. Nutzen wir als CDU diese Situation, um dem Zuwachs an Menschlichkeit noch mehr Kräfte zuzuwenden. Viele Menschen - und unter ihnen viele Frauen - zweifeln daran, ob die Politik die Prioritäten für eine menschliche Zukunft richtig gesetzt hat. Sie stellen sich mehr Fragen, auf die wir nicht gleich eine Antwort wissen. Ergreifen wir die Chancen, die in diesen Fragen liegen. Nur so lebt man sich in die Antwort hinein.

Eine junge Frau, die den Anteil der Frauen in der Bundestagsfraktion verbessern möchte, hat ihren Platz in der CDU - nicht außerhalb.

(Beifall)

Eine junge Frau, die fragt, warum sie bei gleicher Ausbildung etwa ein Drittel weniger verdient als ihr männlicher Kollege, hat ihren Platz in der CDU - nicht außerhalb.

(Beifall)

In der CDU hat die junge Frau ihren Platz, die sich einem Beruf zuwendet, und in der CDU haben die Partner ihren Platz, die versuchen, auf neue Art Familien- und Arbeitsleben miteinander zu verbinden.

Wir erleben: viele Menschen akzeptieren heute nicht mehr, wie Politik gemacht wird. Sie sind bisher äußerlich eine Minderheit. Die meisten Menschen, die meisten Bürger - auch die meisten Jugendlichen -, wollen diesen Staat anerkennen und verteidigen. Sie müssen wir schützen durch die Glaubwürdigkeit unter eindeutigen politischen Angeboten vor dem Überhandnehmen stiller und offener Verweigerungen, die auch ihren Lebensraum eindämmen. Diese Minderheiten sprechen Probleme an, für die sie Mehrheiten gewinnen können, wenn die Freiheitseinschränkende Politik von SPD und FDP fortgesetzt wird.

Eltern von zwei, drei oder vier Kindern, die keine Wohnung zu bezahlbaren Preisen bekommen, haben Sympathie für die Ziele, die kritische Frager ansprechen oder vorgeben. Ein junger Arbeiter, der in einer sich weiter automatisierenden Fertigungstechnik die Entfremdungsgefahr erlebt, hat Sympathie für Fragen nach dem Sinn seiner Arbeit. Eine alte Frau, die durch Sanierungsprojekte aus ihrer gewohnten Umwelt in einen Betonklotz umgesiedelt wird, in dem sie dann allein lebt, hat Sympathie für die Forderung nach Menschlichkeit.

Ein Schüler, der an einer beziehungslosen, gigantischen Schule mit Tausenden von Schülern die Klasse nur mit Hilfe eines Informationssystems finden kann, hat Sympathie für die Frage nach dem Sinn dieser Einrichtung. Politik muß die Sensibilität wiedererlangen, diese Probleme aufzunehmen und zu beseitigen, bevor sie gesellschaftspolitisch überhandnehmen.

Dies alles sind Fragen, die zuallererst an die christlich-demokratische Partei gestellt werden. Uns unterscheidet von anderen

Parteien, daß wir keine Patentrezepte anbieten. Wir gehen davon aus: Keine von Menschen geschaffene Einrichtung ist vollkommen, keine Partei ist im Besitz der absoluten Wahrheit. Aber wir haben die Pflicht, den Menschen in ihrem Alltag zu helfen, und haben kein Recht, die freiheitlichen Kräfte unseres Volkes durch Bindung an unerfüllbare Versprechungen zu verschleudern. Das eben unterscheidet uns von allen Ideologen; die setzen ihre Meinung absolut und verteufeln alle, die anderer Meinung sind.

Wir dürfen daher nicht in den Fehler verfallen, unsere Vorstellungen als Patentrezepte anbieten zu wollen. Unsere Stärke sei der Dialog mit eindeutigen Argumenten, die Diskussion unter uns und die Diskussion mit den Menschen draußen, was meine Freunde, nicht mit dem Hinnehmen z.B. von Nackten auf dem Schreibtisch bei Pressekonferenzen und allerlei Widerwärtigkeiten in ihrem Munde zu verwechseln ist.

Immaterielle Werte sind gefragt. Niemand von uns wird sich dem verschließen wollen. Aber wir sollten auch den Mut haben, offensiv klarzustellen, was an immateriellen Werten und an Engagement allein schon hinter der Tatsache steckt, daß wir Freiheit, Frieden und Nahrung bewahren wollen und behalten können.

Arm sein mit viel Geld, so sieht manchmal das neue Ideal aus. Wir kennen keinen Gegensatz zwischen Leistung und sozialer Verpflichtung. Die Anerkennung von Leistung in der Sozialen Marktwirtschaft hat in unserer Politik niemals nur einen materiellen Wert gehabt, sondern hat auch immer einen immateriellen Wert gehabt und hat ihn für uns behalten. Das heißt, der Leistungsfähige soll anerkannt werden, von seiner Leistung muß Überschuß erwirtschaftet werden, und von diesem erarbeiteten Überschuß an Leistung muß denen etwas abgegeben werden, die, aus welchen Gründen auch immer, zu dieser Leistung nicht fähig sind. Das ist unser moderner und dynamischer Begriff des Sozialen. Er hat mit sozialistischer Gleichmacherei nichts zu tun, denn aus leeren Herzen und leeren Kassen kann keiner dem Schwächeren helfen.

(Beifall)

Ich nenne drei Bedingungen, die erfüllt sein müssen, wenn wir mit der CDU auch bei den Frauen wieder mehrheitsfähig werden sollen.

Wir müssen erstens die anerkannten Grundsätze offensiv nach draußen tragen und die Solidarität in unserer Partei nicht nur zwischen den verschiedenen Richtungen, sondern auch zwischen Männern und Frauen erhalten.

Zweitens können wir unsere Ziele nicht von heute auf morgen erreichen. Wahlfreiheit von Mann und Frau bedarf anderer Organisationen in der Arbeitswelt, bedarf einer familiengerechten Schule, bedarf einer anderen Familienförderung und bedarf der sozialen Sicherung aller Frauen.

Diese Ziele gilt es stetig zu verfolgen, und zwar - das ist die dritte Bedingung - durch den Mut zu kleinen Schritten. Unsere Politik können wir nur schrittweise verwirklichen.

Wir brauchen dieses Engagement, denn die SPD/FDP-Koalition hat in den letzten zehn Jahren deutlich gemacht, daß sie von der Wahlfreiheit von Mann und Frau in der Politik nichts hält. Sie hat eine Politik betrieben, die unter sozialpolitischem, arbeitsmarktpolitischem und bildungspolitischem Blickwinkel der Wahlfreiheit ins Gesicht schlägt. Sie hat mit vermeintlichen Reformen neue Zwänge

und Abhängigkeiten geschaffen. So hat sie einen neuen Graben zwischen berufstätigen Frauen und Hausfrauen aufgerissen, z.B. durch den Mutterschaftsurlaub, der nur erwerbstätigen Müttern zugute kommt. Dies müssen und wollen wir ändern!

(Beifall)

Immer mehr Menschen erfahren, daß diese Politik mittlerweile in einer Sackgasse geendet hat. Wir nutzen diese Chance in dieser Zeit mit einem mutigen Schritt zu den Problemen der Zukunft hin, um denen neue Hoffnung zu geben, die wegen der desolaten politischen Situation bereits resignieren wollen. Dies könnte durch eine neue Form der Arbeitsteilung ermöglicht werden. Die Vorteile einer solchen Arbeitszeitgestaltung liegen auf der Hand. Wir geben insbesondere den jungen Familien die Chance, daß anteilig gearbeitet wird und daß sich die Eltern anteilig um die Kinder kümmern und geben damit auch der Familie als einer unersetzlichen Institution eine neue Chance.

Wir müssen nicht mit gewaltsamen Reaktionen auf Verweigerungstendenzen, sondern mit Angeboten auf konstruktive Ansätze antworten. Wir bereiten kein politisches Feld für Aussteiger, sondern wollen - auch und gerade unter veränderten Verhältnissen - mehr Chancen für Einsteiger. Dann, wenn wir auch unter diesem Gesichtspunkt die Soziale Marktwirtschaft mit neuem Leben erfüllen, bin ich um den Erfolg unserer Politik gar nicht bange.

Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Wenn ich hier nach den Rechenschaftsberichten am Anfang an die Reihe gekommen bin, so bin ich mir völlig darüber klar, was dies in dem gesamten Kontext bedeutet. Ich glaube, daß wir festzustellen haben: Wir hatten im Wahlkampf und schon lange vorher die besseren Programme. Es kommt jetzt darauf an, daß die Probleme, die - besonders bei veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen - natürlich auch in unserer Politik gegeben sind, langsam, schrittweise angegangen werden. Aber niemand erwartet Patentrezepte. Worauf es ankommt, ist, daß die gesamte Partei das Bewußtsein für diese Probleme ausstrahlt, damit in dieser großen Partei für alle, nicht zuletzt für die Frauen, wieder Ansatzpunkte gegeben sind. Es wäre ein großer Erfolg auch dieses Parteitages, wenn nicht die Frauen über die Frauen reden müßten, sondern die Männer über die Frauen als ihre eigenen, sie ursächlich angehenden Probleme sprechen würden, sprechen wollten und das auch noch gerne täten.

(Beifall)

Konrad Grundmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, die Geräuschkulisse im Saal ist leider so, daß es für die Diskussionsredner sehr schwierig ist, anzukommen. Mit diesem Hinweis kombinieren möchte ich aber die Bitte an die Diskussionsredner, durch straffe Diskussionsbeiträge auch selber dafür Sorge zu tragen, daß sie Gehör finden.

(Beifall)

Ich darf nun Christian Wulff, Junge Union/RCDS, aufrufen.

Christian Wulff: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich möchte mich sehr herzlich vor allem für den Bericht des Generalsekretärs und die Ausführungen zur Jugend bedanken. Im Grunde genommen bestärkt das, was hier gesagt wurde, die Feststellung, daß es einen erheblich schwindenden Grundkonsens innerhalb der jungen Generation und zwischen den Parteien

gibt und damit eine Kluft entsteht, die für die Zukunft außerordentlich gefährlich werden kann.

Ich selber frage mich als junger Mensch für welche Werte in der Bundesrepublik Deutschland die junge Generation überhaupt noch gewonnen werden soll, wenn der Tübinger Rhetorikprofessor Walter Jens beim SPD-Parteitag sagen kann, die Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland seien mehr denn je seit der nationalsozialistischen Herrschaft gefährdet, und wenn dies unter tosendem Beifall geäußert wird, und wenn Walter Jens dort weiterhin sagt:

"wie leicht verstößt heute einer gegen jene FDGO," - womit Walter Jens die freiheitliche demokratische Grundordnung meinte - "die für einen Großteil der kritischen Generation längst zu einer Panzerfaust des Staates geworden ist."

Der Bundeskanzler und die Minister der Bundesregierung, die aus der SPD kommen, haben nicht widersprochen und nicht gesagt, daß sie seit elf Jahren in diesem Land die Verantwortung tragen. Sie haben sich dem Beifall des SPD-Parteitags angeschlossen. Da frage ich mich allerdings, für welche Werte diese Generation noch gewonnen werden soll. Wenn im niedersächsischen Landtag eine Abgeordnete vor wenigen Tagen sagen konnte, daß die Änderung des Hochschulgesetzes gefährlicher sei als hundert radikale Lehrende an Hochschulen und Schulen, weiß ich nicht, ob die SPD nicht Wertverschiebungen vornimmt, die man ihr einmal vorwerfen sollte. Die SPD bereitet systematisch den Boden für eine Entfremdung der Jugend vom Staat, und die Kluft zwischen den Generationen wird größer.

(Beifall)

Durch eine gezielt geplante Desorientierung und durch mangelnde Vorbilder wird meine Generation derzeit verraten und mißbraucht. Meine Generation versteht nicht mehr, was vielfach gemacht, verwaltet und reglementiert wird. Sie mißtraut, mißbilligt, ist desinteressiert oder aber lebt alternativ. Lassen Sie mich ein letztes schockierendes Beispiel nennen. Am selben Tag, an dem Egon Bahr im Fernsehen vor der Bundestagswahl sagte, die SPD stehe in ganzen Teilen ohne Abstriche an den Rändern hinter der NATO, hinter der EG und hinter der Bundeswehr, wurde an den bundesdeutschen Schulen in einer Auflage von 100 000 Exemplaren der Juso-Schülerexpresß verteilt, der von der SPD finanziert, von Egon Bahr herausgegeben und vom Juso-Vorstand verantwortlich gezeichnet wird. Darin stand folgendes im Vorwort:

"Allein 40 000 Kriegsdienstverweigerer im letzten Jahr: das gibt Anlaß zum Hoffen."

Im Juso-Schülerexpresß steht weiter:

"Ich hoffe, - schreibt der Autor -, daß in den folgenden Jahren noch mehr Jugendliche den Absprung in den Frieden finden."

Dies unterstellt jedem meiner Altersgruppe, der seiner Pflicht nachkommt und zur Bundeswehr geht, daß er sich für den Krieg entschieden hat. Das ist der Skandal, der an bundesdeutschen Schulen stattfindet.

(Lebhafter Beifall)

Ich bin auch der Überzeugung, daß dieser fortlaufende Angriff auf das Gefüge der jungen Generation und die Schulen und Hochschulen nachhaltige, schwer korrigierbare Folgen hat. Ich sehe, daß der Abbau notwendiger Autorität fortgeschritten ist und daß die Ablehnung von Gewaltanwendung in der Politik immer mehr abgenommen hat. Wir

alle haben das Bild im "Stern" vor Augen, wo ein Polizist mit Stöcken und Schaufeln geschlagen wird. Andererseits sagte der Hamburger Bürgermeister Klose noch vor wenigen Jahren, für ihn fange ein Radikaler dann an, nicht in den öffentlichen Dienst zu dürfen, wenn er sage, Gewalt sei für ihn nicht Gewalt mit Stöcken, sondern Gewalt mit Pistolen. Aber wir alle wissen, daß Gewalt nie bei Stöcken aufhört und nicht einmal bei Pistolen endet. Hier müssen wieder klare Grenzen gezogen werden. Auch die Union müßte sich offensiver solchen Vorstellungen entgegenstellen.

(Beifall)

Wir müssen uns angesichts dieser Situation an Schulen und Hochschulen gerade in meiner Generation der geburtenstarken Jahrgänge der endenden 50er und der anfangenden 60er Jahre, die heute 14 bis 23 Jahre sind, fragen, wo die Union in dieser Auseinandersetzung bleibt. Wo entwickelt die Union langfristige Strategien, die sich der gezielten Politik der SPD entgegensetzen? Die Union muß wieder mit ihren Positionen in meine Generation hereinragen. Hier sind die Schülerunion, der RCDS und die Junge Union völlig überfordert, wenn diese gesellschaftspolitische Auseinandersetzung von uns allein geführt werden soll. Deswegen muß die Union insgesamt sich wieder stärker diesem Personenkreis zuwenden.

(Beifall)

Wir dürfen uns auch nicht zu schade sein - das gilt auch selbstkritisch für die Junge Union -, wieder in Jugendzentren, in Sportvereine, in die Freiwillige Feuerwehr hineinzugehen, um dort mit jungen Menschen Politik zu machen.

(Beifall)

Lassen Sie mich auch kritisch sagen, daß Zuhören gefragt ist, und keine wohlfeilen Antworten, sondern Antworten, die aufrichtig und glaubwürdig sind und mit denen die Union ein Vorbild bietet. Ich halte es für einen Skandal, wenn Umfragen heute zeigen, daß der SPD neue Ideen von 69 % zugetraut werden, daß aber nur 22 % der jungen Menschen der Union neue Ideen zugestehen. Dabei sind es doch wir, die die Probleme der 80er Jahre viel eher als andere Parteien in der Bundesrepublik Deutschland mit Antworten versehen.

(Beifall)

Ich äußere deshalb hier einen Wunsch, daß durch diese Partei ein Ruck geht, ein Aufschwung von Mannheim aus, wo nicht nur in Worten und großen Reden - hier beziehe ich mich ein - angefangen wird zu arbeiten, sondern wo wir alle anfangen, wirklich mit jungen Leuten ins Gespräch zu kommen, zuzuhören, moderat zu sein, auf andere einzugehen und tolerant zu sein. Die Unionspolitik muß wieder Vorbild sein. Wir müssen wieder Werte und die Themen und vor allem Worte bestimmen. Derzeit werden die Worte von anderen bestimmt: das Wort Berufsverbot, das Wort Kriegsdienst und andere. Wir müssen die Diskussion aufgreifen. Dann und nur dann - dieser Überzeugung bin ich - werden wir wieder eine Chance haben. -

(Beifall)

Konrad Grundmann, Tagungspräsidium: Das Wort hat Frau Fischer;

dann Herr Wissmann von der Jungen Union.

Leni Fischer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir haben heute morgen gehört, und wir haben uns dem alle angeschlossen, daß unser Bundesvorsitzender sagte: Es gibt keinen Frieden ohne Waffen; das Gegenteil anzunehmen, ist eine Illusion. Nur, wir müssen uns darüber im klaren sein, welche Schwierigkeiten wir im Dialog wirklich noch haben. Mein Vorredner hat ja ganz klar und deutlich gesagt, welche Schwierigkeiten wir im Dialog mit der jungen Generation noch haben. Sie sagt - und der Prozeß ist schon sehr weit fortgeschritten -: Wir können den Dienst mit der Waffe nicht mehr als einen Dienst ansehen, der Frieden erhalten kann. Und sie stellt an uns drei Fragen. Sie sagt: Wir sprechen euch Christdemokraten an. Wie könnt ihr in der Nachfolge Jesu, der Gewaltlosigkeit predigte, militärische Gewalt rechtfertigen? Darfst du Christdemokrat den Tod von Millionen Menschen in Kauf nehmen und im Fall eines Krieges auch nur einkalkulieren für den Versuch, deine Freiheit und deinen Wohlstand zu schützen? Kannst du als Christ die Politik der Abschreckung, die Milliarden DM kostet, angesichts der Hungernden und Leidenden in der Welt rechtfertigen? Und diese Jugendlichen sagen ihnen gleich dazu: Wir sind der Überzeugung, daß diese Fragen nur mit Nein beantwortet werden können; denn nur so können wir den Schritt in den Frieden wagen.

Und wie ist unsere Antwort darauf? Wir sind sehr betroffen. Wir haben die Väter und Mütter in den Familien viel zu sehr mit dieser Diskussion alleingelassen, auch die uns noch verbliebenen Lehrer in den Schulen.

(Beifall)

Denn diesen Vorstellungen können wir nicht mit Schlagworten und allgemeinen Floskeln begegnen. Wir müssen für den Friedensdienst auch mit der Waffe offen eintreten. Wehrdienstverweigerung und Ersatzdienst sind Friedensdienst, sagt der Slogan der Linken, und Dienst bei der Bundeswehr ist Kriegsdienst. Wir stellen hier verschiedene Grundströmungen fest, die zu skizzieren hier eigentlich den Rahmen sprengt - wir hatten uns ja auf eine kurze Darstellung der Dinge geeinigt -. Aber wir haben eine Gruppe, die es zu stärken gilt. Sie sagt, daß nur ein Gleichgewicht der Kräfte den Frieden erhalten kann. Denn Gleichgewicht verhindert Erpreßbarkeit und ist in der Lage, von machtpolitischen Abenteuern abzuhalten. Wir haben die Aufgabe, diese Gruppe, diese sogenannte dritte Alternative, für die Mehrheit der Bevölkerung verständlich zu machen. Nicht Gleichgewicht schafft Spannungen, sondern Ungleichgewicht schafft Spannungen, und Spannungen gefährden den Frieden.

Und bei der Bewußtseinsbildung, die so dringend notwendig ist und die wir brauchen, können wir auf die Mitwirkung der Politiker, der Kirchen und ihrer Theologen nicht verzichten. Denn die Jugendlichen kündigen doch im Bereich der Verteidigung dem Staat den Dienst auf.

Ich meine, wir müßten auch sehen, daß im Augenblick in weiten Teilen der Jugend der Politik und den Politikern keine Kompetenz mehr zugeschrieben wird, die von der Jugend als gravierend empfundenen Zukunftsprobleme zu lösen wie die Umwelt- und Energieprobleme und die Anliegen der Dritten Welt. Das sind die Herausforderungen an uns alle. Wir müssen glaubwürdig bleiben oder auch wieder werden. Und wir müssen eine einsichtige Argumentation führen, die nicht mit Schlagworten totschißt und der Jugend nicht mit Konfrontation be-

gegnet, sondern mit offener Diskussion und Information.

Das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken hat hierzu eine eigentlich unmißverständliche Erklärung abgegeben. "Einer der zentralen Grundsätze einer jeden Friedensethik", so heißt es dort, "ist das Recht zur Selbstverteidigung". Und ich darf weiter zitieren: "Für den äußersten Fall darf jedoch unter den heute gegebenen Verhältnissen um der Sicherung des Friedens willen kein Staat auf die Fähigkeit und das Potential verzichten, sich mit Mitteln der Gewalt gegen einen gewaltsamen Angriff zu verteidigen." Das sind mutige Worte. Wir sollten genauso mutig sein und unsere Vorstellungen, unsere Überzeugungen im Gespräch mit der Jugend offensiv vertreten. Wir haben ja eine große Aufgabe, denn wir arbeiten für eine menschliche Zukunft, für eine Zukunft in Frieden und Freiheit. - Danke schön.

(Beifall)

Dr. Paul Mikat, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Wissmann, dann Herr Dr. Waffenschmidt, Landesverband Rheinland.

Matthias Wissmann: Liebe Parteifreunde! Die Worte von Helmut Kohl und Heiner Geißler zum Thema junge Generation haben mich motiviert, unter dem Gesichtspunkt einer offenen Diskussion, der ja in den Überschriften vor dem Parteitag von verschiedenen Freunden immer wieder so sehr zum Ausdruck gebracht wurde, einige Anmerkungen zu äußern, die selbstkritischen Charakter haben auch für die Junge Union, die aber auch sagen sollen, wo wir als Union im Blick auf die junge Generation aufpassen müssen, daß wir uns nicht von demoskopischen Ergebnissen, so schön sie sind, berauschen lassen und dabei übersehen, daß wir nach wie vor schwerwiegende Probleme bei einem Teil der Frauen und bei einem Teil der jungen Generation haben und daß deswegen nicht der Grundsatz gelten kann: Alles kann so bleiben wie bisher, dann werden wir irgendwann morgen schon die notwendigen Ergebnisse bekommen.

(Beifall)

Deswegen möchte ich, liebe Freunde, erstens sagen: Ich habe den Eindruck - und das gilt für uns alle -, daß wir in der Union nach wie vor mit dem Fehler zu kämpfen haben, daß viele junge Leute ihre Vorstellungen und Wünsche in der Union in der Diskussion zuwenig repräsentiert sehen.

(Beifall)

Das hängt nicht damit zusammen, daß wir nicht gute Programme hätten: Grundsatzprogramm, Programm zu den Zukunftschancen, Umweltprogramm, sondern - ich will es ganz klar sagen - damit, daß wir den Fehler machen, vorhandene Sachdiskussionen in der Partei viel zuwenig transparent werden zu lassen, weil manchmal auch schon dann Konflikte verdrängt werden, wenn im Grunde genommen eine vernünftige Auseinandersetzung zur Klärung in der Sache und zur Attraktivität nach außen einen wesentlichen Beitrag leisten könnte.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, da ich es im Parteivorstand gesagt habe, kann ich es auch hier sagen: Ein Beispiel scheint mir in diesem Zusammenhang das Arbeitsprogramm zu sein, in dem gute Anregungen stehen. Aber, liebe Parteifreund, ich frage mich: Warum hat man nicht die Grundlagen der Bopparder Klausurtagung, die sehr viel präziser waren, sehr viel politischer, zur Grundlage einer kontroversen Diskussion beim Parteitag gemacht, warum hat man ein Arbeitsprogramm nach dem Motto genommen: Wie finden wir einen Formelkompromiß, auf den sich

jeder einigen kann? Das trägt nicht dazu bei, daß wir nach außen als eine lebendige, offene und diskutierende Partei erscheinen. Ich will das nur als ein Beispiel in Freundschaft sagen, weil ich glaube, gerade wir - und das kann auch die Junge Union für sich in Anspruch nehmen -, die wir in Personalfragen loyal zur Union stehen und die wir uns in den Grundsatzfragen einig wissen, müssen dafür sorgen, daß das, was an Leben in der Partei ist, auch bei Parteitagen präsent wird, damit die Öffentlichkeit nicht den Eindruck bekommt, das sei eine sterile Partei, die sich mit den wirklichen Problemen der Bevölkerung und der Jugend gar nicht mehr auseinandersetzt.

(Beifall)

Ich will ein Beispiel nennen. Ich bin ein Befürworter der Kernkraft, aber ich frage mich, warum nicht in der Diskussion um das Thema Atomenergie ein bißchen mehr auch transparent geworden ist, daß es auch bei uns in der Partei skeptische Stimmen zu diesem Thema gibt. Das hätte nach außen viel überzeugender gewirkt als eine Geschlossenheit von Anfang an.

Zweitens möchte ich darauf hinweisen, daß viele Jugendliche, wenn wir sie fragen: was wißt ihr von der CDU? - mir ist es gerade vor wenigen Tagen in einer Diskussion in einem Jugendhaus so geschehen -, die Antwort geben: wir wissen von der CDU ein paar Namen, und wir wissen auch, daß die CDU gegen die SPD ist, gegen den Sozialismus. Die demoskopischen Unterlagen belegen in etwa diesen Trend, daß in der breiten Schicht der Jugendlichen kaum jemand weiß, was positiv konkret mit der Politik der Union verbunden ist. Da liegen Vermittlungsfehler vor, da liegen zusätzliche Aufgaben der Jungen Union. Das ist ein Punkt, an den wir als Junge Union uns beispielsweise noch viel stärker heranmachen müssen. Aber es hängt - ich glaube, auch das darf ich in Freundschaft offen sagen - auch damit zusammen, daß wir als Union uns viel zu sehr nur als Antithese zum Sozialismus begreifen und viel zu wenig als eine Kraft, die eigenständige Alternativen, wegweisende Markierungen und Perspektiven gerade auch an junge Leute heranträgt.

(Beifall)

Wir haben beim letzten Bundesparteitag auf Antrag der Jungen Union ein Papier beschlossen: "Orientierung und Verständnis - Antwort an die junge Generation" mit ganz konkreten Vorstellungen zur Jugendpolitik, mit konkreten Vorschlägen zu dem Thema, wie wir eine menschlichere Gesellschaft in Schule, Wohnungsbau oder auch Gesundheitswesen durch überschaubare Einheiten, durch menschliche Größenordnungen, durch mehr Geborgenheit vermitteln können.

Heiner Geißler ist heute, wie ich finde, in ganz ausgezeichneter Weise auf das Thema junge Generation eingegangen. Aber, liebe Freunde, wir müssen uns doch selbstkritisch die Frage stellen: Wie viele identifizieren uns draußen mit dem, was Heiner Geißler hier mit Recht gesagt hat? Wie viele haben den gegenteiligen Eindruck, nämlich den einer nicht genügend großen Offenheit, einer nicht genügend großen Sensibilität. Deswegen wünschte ich mir, daß Heiner Geißler und Helmut Kohl mit ihren Reden zu dem Thema Jugend ernstgenommen werden in der ganzen Partei und daß draußen dann auch das gelebt wird, was wir hier beim Parteitag zum Ausdruck gebracht bekommen haben.

(Beifall)

Der dritte Punkt, liebe Freunde: Jugendliche fragen nicht nur nach unseren Grundsätzen, sondern sie fragen danach, ob wir diese Grund-

sätze persönlich in der praktizierten Alltagsarbeit vorleben. Deswegen möchte ich dem Parteivorsitzenden und dem Generalsekretär dafür danken, daß sie die Anregungen der Jungen Union zur bundesweiten Aktion für behinderte Mitbürger aufgegriffen haben.

Ich möchte einen zweiten Gedanken hinzufügen. Ich möchte Sie und die ganze Partei bitten, auch die zweite Anregung der Jungen Union aufzugreifen, nämlich unsere entwicklungspolitischen Zielsetzungen, die wir mit Recht entwickelt und vertreten haben und die gerade jetzt in der Diskussion, auch der Fraktion, eine bedeutende Rolle spielen. Auch die sollten wir in Praxisarbeit vor Ort umsetzen. Müssen wir denn Dritte-Welt-Läden, müssen wir denn die Entwicklungsaktionen, müssen wir denn Hilfe für die Hungernden in der Welt den Linken überlassen? Können wir da nicht selber Vorbild sein?

Ich spreche aus der Erfahrung des Vietnam-Büros, das ich zusammen mit anderen gegründet habe. Wir haben dort gesehen, daß Tausende von Jugendlichen quer durch die Parteien dann, wenn man Ziele weist für moralisch begründete Aktionen, bereit sind, sich zu engagieren. Das müßte Gegenstand der Arbeit der ganzen Partei werden, überall in der Bundesrepublik Deutschland und nicht nur an einzelnen Stellen.

(Beifall)

Und der letzte Punkt, liebe Parteifreunde! Heiner Geißler und Helmut Kohl haben zum Thema Jugendkrawalle Dinge gesagt, die wir nur unterstreichen können.

Aber leider ist es auch hier so, daß zu diesem Thema manchmal die einfachen Antworten aus der Union die Öffentlichkeit und die Diskussion in der Union mehr beherrschen als die Frage nach den Ursachen. Selbstverständlich ist es notwendig, dem Rechtsstaat zur Durchsetzung zu verhelfen. Aber, liebe Parteifreunde - ich sage es offen und weiß, daß ich damit im Saale auch Widerspruch finden werde -, ist nicht in den letzten Monaten gelegentlich der Eindruck entstanden, als wüßten wir zu dem Thema Jugendkrawalle außer dem Punkt Demonstrationsstrafrecht nichts Konkretes mehr beizutragen?

(Beifall)

Ich will damit sagen: Müssen wir nicht, alle miteinander und auch wiederum selbstkritisch die Junge Union, ernsthafter nach den Ursachen fragen?

Ich sehe die zentrale Ursache alles dessen, was sich hier abspielt, darin, daß viele Jugendliche sich in einer immer komplexeren, unüberschaubareren, anonymen, kälteren, ja aggressiveren Gesellschaft immer weniger geborgen fühlen, immer weniger Mitmenschlichkeit spüren, immer weniger Spielraum für eigene Initiative haben. Deswegen können doch wir als christlich demokratische Partei diejenigen sein, die nicht weiterhin dem kalten technischen Apparat fröhnen, sondern die bereit sind, dafür zu sorgen, daß beispielsweise im Wohnungsbau nicht die großen Beton-silos und bei den Schulen nicht die großen Mammutschulen das Bild unserer Politik bestimmen, sondern überschaubare Einheiten. Da können wir in den Bundesländern anfangen, wo wir regieren: Statt immer neuer Bildungszentren und Mammutschulen überschaubare Schuleinheiten, statt Auflösung der Klassenverbände Erhaltung der Klassenverbände, statt immer mehr Anonymität mehr Verhältnis Schüler-Lehrer in der Schule als Bedingung für mehr Menschlichkeit dort, wo Jugendliche geprägt werden.

(Beifall)

Der allerletzte Punkt: Ich sehe die große Gefahr, daß in der Jugend der Eindruck entsteht, wer Fensterscheiben einwirft, der wird gehört, und wer sachlich diskutiert, der wird nicht gehört. Deswegen meine herzliche Bitte an Sie, meine lieben Parteifreunde, daß wir als CDU der Versuchung nicht nachgeben, nur dann aufzumerken, nur dann sensibel zu sein, uns nur dann zu engagieren, wenn die nächste Fensterscheibe eingeworfen wird, sondern daß wir - und deswegen hat die Junge Union zum Thema Drogenproblematik einen Antrag vorgelegt - uns ein bißchen stärker um die kümmern, die nicht auf der Straße stehen, die nicht laut schreien: behinderte Jugendliche, drogengeschädigte Jugendliche, Jugendliche die Arbeitslosigkeitsprobleme haben. Sich um diese zu kümmern, ist die beste Therapie, um morgen Jugendkrawalle zu vermeiden. In diesem Sinne bitte ich um ein gemeinsames Engagement von CDU und Junger Union für unsere gemeinsamen Zielsetzungen.

(Beifall)

Konrad Grundmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, zunächst eine Mitteilung: Der Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Hessen wird gebeten, die Stimmzettel abzuholen.

Ferner darf ich Ihnen einen Vorschlag machen. Meine Damen und Herren, wir wollen morgen viel Zeit für die Diskussion der Anträge haben. Wir wollen auch eine Garantie dafür haben, daß wir bei den Wahlen am heutigen Abend nicht in unnötige Zeitnot kommen. Ich bitte daher um Verständnis, wenn ich von der Möglichkeit nach § 18, Abs. 3 unserer Geschäftsordnung Gebrauch mache und die Redezeit für die Diskussionsredner auf fünf Minuten begrenze.

(Beifall)

Das Wort hat Herr Dr. Waffenschmidt. Dann kommt Herr Lorenz, Berlin.

Dr. Horst Waffenschmidt: Herr Präsident! Meine lieben Freunde! Helmut Kohl hat heute in seiner Rede gesagt: Mit der Subsidiarität haben wir das Organisationsprinzip für einen sozialen Staat nach menschlichem Maß. Ich möchte uns alle miteinander anregen, dies in ganz besonderer Weise aufzunehmen und von diesem Parteitag in Mannheim eine neue Anstrengung für die Förderung unserer freien Träger, für die Förderung des ehrenamtlichen Einsatzes im Dienst an den Mitbürgern ausgehen zu lassen. In diesem Zusammenhang möchte ich drei Elemente anführen:

Erstens möchte ich aus mancherlei Erfahrung - die sicherlich auch Sie haben - sagen, wir sollten von diesem Parteitag aus einmal den vielen Tausenden ein herzliches Wort des Dankes sagen, die sich ehrenamtlich im Dienst für die Mitbürger, insbesondere im sozialen Bereich, engagieren, dabei auch vielen Tausenden junger Menschen, die einen Dienst an den Mitbürgern tun. Für diesen Einsatz sollten wir herzlichen Dank sagen.

(Beifall)

Ich will ein zweites dazu sagen. Wenn wir dieses aufnehmen, was uns Helmut Kohl grundsätzlich mit auf den Weg gegeben hat, dann müssen wir in Bund, Ländern und Gemeinden an manchen Stellen einen neuen Anfang machen. Ich bin der Auffassung, wir sollten es hier deutlich aussprechen: Es ist notwendig, verstärkt gegen den Aberglauben zu kämpfen, alles würde schöner, besser und gerechter, wenn die öffentliche Hand es regelt. Liebe Freunde, laßt es mich

auch von hier aus deutlich sagen: Der Staat sollte nicht mehr etwas an sich ziehen, was die Bürger viel besser unmittelbar miteinander, füreinander tun können. Dieses Prinzip verdient unsere Förderung und Unterstützung, und ihm sollte unsere Einsatzbereitschaft gelten.

Ich will ferner etwas ansprechen, was uns in der kommunalen Selbstverwaltung in diesen Tagen ganz besonders auf den Nägeln brennt.

Franz Josef Strauß hat eben davon gesprochen, daß man zur Zeit in Bonn an einer Gesetzgebung arbeitet, durch die Lasten auf die Länder verschoben werden sollen. Meine Damen und Herren, ich möchte hier sagen - und ich denke, es ist wichtig, daß wir das aussprechen, weil wir durch das Vertrauen der Bürger die stärkste Kommunalpartei in unserem Land geworden sind -: Es geht nicht an, daß man in Bonn unter der Überschrift "sparen" in Wahrheit nicht spart, sondern Kostenverlagerungsgesetze macht, die bewirken, daß den Letzten die Hunde beißen und daß neue Milliardenlasten auf die Städte und Gemeinden zukommen. Ich möchte deutlich sagen - und das betrifft einen Auftrag der gesamten Union -: Wir haben von den Bürgern unsere kommunalen Mehrheiten nicht bekommen, um den Bürgern im kommunalen Bereich neue Abgaben und Steuern aufzuerlegen, womit das Geld besorgt werden soll, das Herr Schmidt und Herr Matthöfer bei den vom Bund beschlossenen Gesetzen an den kommunalen Bereich mitliefern müßten. Wir müssen deutlich zu erkennen geben, daß wir nein zu neuen Kostenbelastungen sagen, die am Ende die kommunale Selbstverwaltung beeinträchtigen und die uns die Möglichkeit einer bürgernahen Arbeit, wie wir sie leisten wollen, rauben.

Lassen Sie mich noch etwas ansprechen, was uns in der Gesetzgebungsarbeit in Bonn auf den Nägeln brennt. Meine Damen und Herren, wir sollten von diesem Parteitag aus sagen: Kommunale Selbstverwaltung, ehrenamtliche Einsatzbereitschaft, Hilfe für die freien Träger - dies ist unsere Antwort gegenüber einem kalten Zentralismus, gegenüber einem Staatlichkeitsdenken, das von Flensburg bis Garmisch-Partenkirchen alle Lebensbereiche in die Gesetzgebungsmaschinerie einbeziehen will. Wir setzen dem entgegen: mehr Freiheit mit der Möglichkeit für bürgernahe Arbeit. Dies wollen wir in den jetzt anstehenden Wahlkämpfen deutlich machen. Es wurde eben gesagt, daß wir mit unserem Freund Walter Wallmann, mit unseren anderen Freunden in Hessen und mit Richard von Weizsäcker kämpfen. Ich möchte hinzufügen: Wir werden in Niedersachsen - auch dort sind Kommunalwahlen - ebenso kämpfen, und Sie alle würden sich sicherlich ebenso freuen wie ich mich freuen würde, wenn wir bald auch in Hannover einen Oberbürgermeister, der der CDU angehört, begrüßen könnten.

(Beifall)

Lassen Sie mich ein Letztes ansprechen. Wir haben in Bonn in der Regierungserklärung und nach der Regierungserklärung ganz abenteuerliche Pläne der Koalition vorgenommen: Einführung neuer Rechtsinstrumente für Bürger, die gar nicht betroffen sind. Ich meine, es gehört zu unserem Einsatz für Rechtsstaatlichkeit, für Bürgermitwirkung und für eine echte, bürgernahe kommunale Selbstverwaltung auf diesem Parteitag ein kristallklares Nein zu einer Verbandsklage für unbeteiligte Dritte gegen jedwede Entwicklungsmaßnahme zu sagen.

(Zustimmung)

Eine solche Verbandsklage würde zu einer unverantwortlichen Lähmung und Hemmung notwendiger Entwicklungen führen. Ich sage hier sehr deutlich: Bürgerinformation - ja, Bürgermitwirkung - ja, aber die Entscheidung muß bei denen liegen, die nach Gesetz und Recht dazu berufen sind und vom Wähler beauftragt sind, die Entscheidungen für die Mitbürger zu treffen.

Ich möchte Sie aufrufen, einen neuen Impuls in zweierlei Richtung mit nach Hause zu nehmen. Einmal sollten wir unsere ehrenamtlichen Kräfte von neuem ermuntern und einer Entmutigung entgegenwirken. Wir sollten ihnen zurufen: Wir stehen dafür, daß auch in der neuen Gesetzgebungsarbeit die freien Träger Vorrang vor einer totalen Verstaatlichung aller Lebensbereiche haben.

Wir wollen ein Zweites sagen. Wir verpflichten uns zu neuen Initiativen, zu bürgernaher Arbeit in unseren Städten und Gemeinden. Ich glaube, dann tun wir einen guten Dienst auch für den Gesamterfolg der Union, den wir gemeinsam erarbeiten wollen. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Barschel, Tagungspräsidium: Jetzt spricht Peter Lorenz. Ihm folgt Dr. Lammert. Ich verweise auf die Redezeit von fünf Minuten.

Peter Lorenz: Liebe Freunde! Gestatten Sie mir, den hervorragenden Ausführungen unseres Vorsitzenden Helmut Kohl zur Deutschlandpolitik einige wenige Anmerkungen hinzuzufügen.

Die innerdeutschen Beziehungen sind, wie wir alle wissen, auf einem vorläufigen Tiefpunkt angekommen. Das haben eine leichtfertige Vertragspolitik und eine konsequente Abgrenzungsstrategie des Ostens bewirkt. Wir haben eine solche Politik warnend vorhergesehen und damit leider auch recht behalten. Wir empfinden aber keinerlei Genugtuung darüber, daß sich die innerdeutschen Beziehungen so drastisch verschlechtert haben. Im Gegenteil. Wir bedauern zutiefst, daß die Menschen im geteilten Deutschland die Hauptleidtragenden sind, wenn die SED aus innerer Schwäche einen verstärkten Abgrenzungskurs einschlägt. Deshalb wird es unser hauptsächlichstes Ziel sein, die menschlichen Kontakte über die innerdeutsche Grenze hinweg allen Zerstörungsversuchen der SED-Machthaber gegenüber zu verteidigen. Die Union wird daher ihren Teil dazu beitragen, daß der Abgrenzungsstrategie der anderen Seite keine freiwillige Abgrenzung bei uns entgegengesetzt wird.

Das bedeutet jedoch nicht, daß wir etwa bereit wären, der destruktiven Politik der DDR-Regierung nichts entgegenzusetzen. Vielmehr müssen wir flexible Möglichkeiten der Reaktion finden, der DDR diese Möglichkeiten in Aussicht zu stellen und sie notfalls auch anzuwenden. Das betrifft sowohl die wirtschaftlichen wie auch die finanziellen Maßnahmen und ebenso Handlungsmöglichkeiten auf internationaler Ebene. Liebe Freunde, der DDR-Regierung muß unmißverständlich deutlich gemacht werden, daß sie die Vorteile der innerdeutschen Beziehungen nur dann weiterhin genießen kann, wenn sie zur Geschäftsgrundlage zurückkehrt, d.h. wenn sie die Erhöhung des Zwangsumtausches und andere Abgrenzungsschikanen zurücknimmt.

(Beifall)

Wir sind uns natürlich der Tatsache bewußt, daß die SED alles verhindern möchte, was den Zusammenhalt der Menschen in Deutschland und das Bewußtsein von der einheitlichen deutschen Nation stärkt. Um so nachdrücklicher müssen wir dem Regime dort drüben klarmachen,

daß es hier um ein entscheidendes, ein essentielles Ziel unserer Politik geht, dessen Blockierung den gegenseitigen Beziehungen die Grundlage und die Motivation entziehen würde. Ebensowenig darf Ost-Berlin mit seinen neuen Statusforderungen im Hinblick auf Staatsbürgerschaft, Elbegrenze und Botschafteraustausch irgendeinen Erfolg haben.

Lassen Sie mich ganz klar sagen: Wir Berliner wollen nach wie vor die gleiche Staatsangehörigkeit haben wie unsere Landsleute in Hamburg, Frankfurt, Mannheim, München und Leipzig. Auch die Landsleute in der DDR haben einen Anspruch darauf, liebe Freunde.

(Beifall)

Wir lehnen es ab, wenn die DDR jetzt versucht, in den Grundlagenvertrag durch Interpretationen das hineinzubessern, was sie in den Verhandlungen seinerzeit nicht erreicht hat. Wir werden genau darauf achten, daß Bundesregierung und Koalition vor dem massiven politischen Druck der DDR-Führung nicht kapitulieren. Wenn wir der Bundesregierung in der Deutschlandpolitik jetzt unsere Hilfe und verstärkte Gemeinsamkeit anbieten, so tun wir dies in der Verantwortung vor unserem Volk und mit dem Willen, gemeinsam einen Weg aus der innerdeutschen Misere zu finden. Wir wollen nicht, daß die Deutschlandpolitik steckenbleibt, weil es im Regierungslager an der Kraft fehlt, einen einmal eingeschlagenen Kurs zu korrigieren. Gemeinsamkeit in der Deutschlandpolitik - lassen Sie mich das ganz unmißverständlich sagen - bedeutet aber keineswegs eine nachträgliche Billigung oder gar Übernahme der SPD/FDP-Politik. Dafür besteht wahrhaftig kein Anlaß. Wir haben uns weder in unserer realistischen Einschätzung der Lage geirrt noch haben wir uns von Illusionen leiten lassen. Zur Gemeinsamkeit gehört der Wille zur Redlichkeit auf beiden Seiten. Die Bundesregierung und die SPD/FDP-Koalition müssen zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme, zur umfassenden Information, zur Überprüfung der bisherigen Ansätze und zur Erschließung neuer Handlungsalternativen bereit sein. Im Mittelpunkt unserer Deutschlandpolitik stehen die Menschen und nicht die staatlichen Beziehungen. Für uns sind staatliche Beziehungen zur DDR kein Selbstzweck, sondern ein Instrument, um das Leben der Menschen im geteilten Deutschland erträglicher zu gestalten.

(Beifall)

Liebe Freunde, der Begriff der deutschen Nation ist nun neuerdings durch Herrn Gaus in Frage gestellt worden, der empfohlen hat, aus Rücksicht auf die Gefühle der DDR-Regierung den Begriff der deutschen Nation beim Umgang mit der DDR aus unserem Sprachschatz möglichst zu streichen. Doch siehe da, kaum wollte Herr Gaus die deutsche Nation beerdigen, da tauchte sie bei Herrn Honecker wieder auf, freilich mit der Einschränkung, sie sei nur unter sozialistischen Vorzeichen denkbar. Meine Freunde, eine deutsche Einheit im Zeichen des kommunistischen Sozialismus hätten wir auch schon früher haben können, gleich nach dem Krieg. Aber auf diese Form der deutschen Einheit haben wir damals verzichtet, verzichteten wir heute und werden wir auch in Zukunft verzichten.

(Beifall)

Honeckers Äußerungen bestätigen aber wieder einmal unsere alte These, daß das Thema der deutschen Nation auch in den Augen der Kommunisten keineswegs tot ist. Sie warten doch nur darauf, daß wir unseren Anspruch auf nationale Einheit in Freiheit aufgeben, damit sie ihn dann um so stärker mit der Zielvorstellung im Sinne

einer kommunistischen Verwirklichung präsentieren können.

(Beifall)

Diesen Gefallen mag ihnen vielleicht Herr Gaus tun. Wir werden ihnen diesen Gefallen jedenfalls nicht tun.

(Beifall)

Wir formulieren unsere Deutschlandpolitik, um den Menschen im geteilten Deutschland zu dienen. Wir wollen das Bewußtsein von der Einheit der Nation stärken. Wir werden keine Rechtspositionen aufgeben. Wir werden kein Mißtrauen im Westen über unsere Haltung aufkommen lassen. Wir werden unsere Glaubwürdigkeit ebenso wie unsere Sachkompetenz in der Deutschlandpolitik beweisen. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Barschel, Tagungspräsidium: Als nächster spricht Dr. Lammert, Landesverband Westfalen-Lippe. Danach hat Herr Dingerkus das Wort.

Dr. Norbert Lammert: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Kein Zweifel, der Union geht es im Augenblick selten gut. Sie hat die Wahlen zwar deutlich verloren, ihre deftige Wahlniederlage aber allemal besser bewältigt als die Regierungsparteien ihren Wahlerfolg. Sie hat mit ungewöhnlicher Gelassenheit endlich einmal ihren Lieblingsfehler vermieden, selbsterzeugte Personalprobleme zu diskutieren. Sie hat die ungewollte Oppositionsrolle endlich vorbehaltlos angenommen und steht gegenüber einer in sich zerstrittenen Regierung mit einer seltenen Geschlossenheit in der Öffentlichkeit geradezu glänzend da. Dies alles ist sicher nicht zuletzt das Verdienst unseres Parteivorsitzenden, dessen souveräne Führung während des Wahlkampfes wie danach bei der Diskussion seines Rechenschaftsberichtes durchaus mit Respekt erwähnt werden sollte.

Das taktische Konzept, statt hektischer eigener Aktivitäten die Regierung in ihrem eigenen üblen Saft schmoren zu lassen, scheint aufzugehen. Dennoch fürchte ich, meine Freunde, wir machen uns etwas vor, wenn wir die Verfallserscheinungen der Regierung allzu leichtfertig als Nachweis der eigenen Überlegenheit und der eigenen Leistungsfähigkeit ausgeben. Meine Freunde, Selbstgefälligkeit ist noch keine politische Strategie. Eine Opposition, die nicht stattfindet, wird nicht schon deshalb attraktiv, weil sie in der Verweigerung eigener Alternativen geschlossener auftritt als die in sich zerstrittene Regierung. Ich sage dies gerade mit Blick auf die hier heute mehrfach zitierte junge Generation, bei der wir inzwischen, wie wir alle wissen, in dramatischem Umfang an Boden verloren haben.

Es ist gut und angebracht, daß der Generalsekretär in seinem Bericht erfreulich selbstkritische Überlegungen zu diesem Punkt angestellt hat.

Daß viele junge Wähler, die diese Regierung gewählt haben, inzwischen enttäuscht sind, halte ich für sicher. Für ebenso sicher halte ich aber, daß sie nicht deshalb schon die Union zu mögen begonnen haben. Die junge Generation hat nach wie vor große Schwierigkeiten, sich mit der CDU politisch zu identifizieren, weil sie ihre eigenen Auseinandersetzungen, ihre eigenen Ängste, ihre eigenen Hoffnungen, ihre eigenen Erwartungen in unseren Diskussionen nicht oder jedenfalls zu wenig wiederfindet.

(Vereinzelter Beifall)

Daß es, um Beispiele zu nennen, Kernkraftgegner und Wehrdienstverweigerer sicher auch in den Reihen der Union gibt, aber überhaupt nicht in ihrer Selbstdarstellung nach außen, ist für unsere Attraktivität und Glaubwürdigkeit bei der jungen Generation eben nicht unbedingt ein Vorteil. Daß wir die Steuer- und die Finanzpolitik der Regierung geschlossen ablehnen, ebenso wie den verfehlten Bundeshaushalt, daß wir den faulen Kompromiß der Koalitionsparteien zur Montanmitbestimmung zurückweisen, das ist gut und richtig. Aber erwartet man von einer künftigen Regierung, als die wir uns doch verstehen, nicht ein bißchen mehr?

Wie will denn die Union ganz konkret die öffentlichen Haushalte konsolidieren? Wo will sie in welchen Größenordnungen konkrete Einsparungen vornehmen? Wollen wir, wie vor den Wahlen durch den Kanzlerkandidaten und durch einmütige Parteivorstandsbeschlüsse verkündet, die Montanmitbestimmung sichern, weil, wie wir nach den Wahlen erklärt haben, unser Wahlprogramm auch unser Arbeitsprogramm für diese Legislaturperiode ist? Wo bleibt dann, meine Freunde, unser Alternativentwurf?

Gerade wenn die Regierung durchdreht, darf die Opposition nicht auf Leerlauf schalten. Wir müssen uns schon etwas mehr einfallen lassen als das Vertagen von Problemen, das die Öffentlichkeit schon von der Regierung hinreichend gewohnt und leid ist.

Die Vorbereitung dieses Bundesparteitages, der doch Weichen stellen soll für die politische Zukunft, erscheint mir unter diesem Gesichtspunkt unzureichend. Von den zwei Hauptanträgen dieses Parteitages haben wir den einen, der die Diskussion kaum lohnt, weil er fürchterlich viele Allgemeinplätze und Selbstverständlichkeiten enthält, rechtzeitig erhalten, den anderen, fraglos diskussionswürdigen und diskussionsbedürftigen zur Wohnungspolitik aber erst so spät, daß er in den Gremien der Partei mit der notwendigen Sorgfalt überhaupt nicht beraten werden konnte.

(Vereinzelter Beifall)

Ich hätte mir gewünscht, meine Freunde, daß die Beratungsgrundlage der Klausurtagung des Bundespartei Vorstandes in Boppard vom Dezember vergangenen Jahres hier als Parteitagsdokument vorgelegen hätte. Die Textfragmente, die in der Presse verstreut zu finden waren, hätten eine möglicherweise kontroverse, jedenfalls aber wegweisende programmatische Diskussion, die diesen Namen wirklich verdient, allemal eher ermöglicht als das Arbeitsprogramm des Bundesvorstandes, das diese Debatte im Ergebnis leider vertagt.

Ich habe an dieser Stelle eine Bitte an den Parteitag und auch an unsere Arbeit in den nächsten Monaten: Wir sollten uns schon die Geschlossenheit, die wir jetzt erreicht haben, für die Lösung der Personalprobleme, die wir ohnehin nicht haben, bewahren; aber wir sollten sie auch nicht gegenüber den Herausforderungen in der Sache übertreiben, denen wir weder ausweichen können noch ausweichen wollen und die wir nur durch eine offene Auseinandersetzung bestehen können. - Danke schön.

(Beifall)

Dr. Uwe Barschel, Tagungspräsidium: Als nächster spricht Stefan Dingerkus für den RCDS. Ihm folgt der Delegierte Hoffmann, Landesverband Rheinland.



29. Bundesparteitag 9./10.3.81

**Wir arbeiten für eine
menschliche Zukunft**

CDU
sicher
sozial
und frei

Wir
für
me
Zukur



arbeiten ne schliche

t **CDU**
// sicher
sozial
und frei

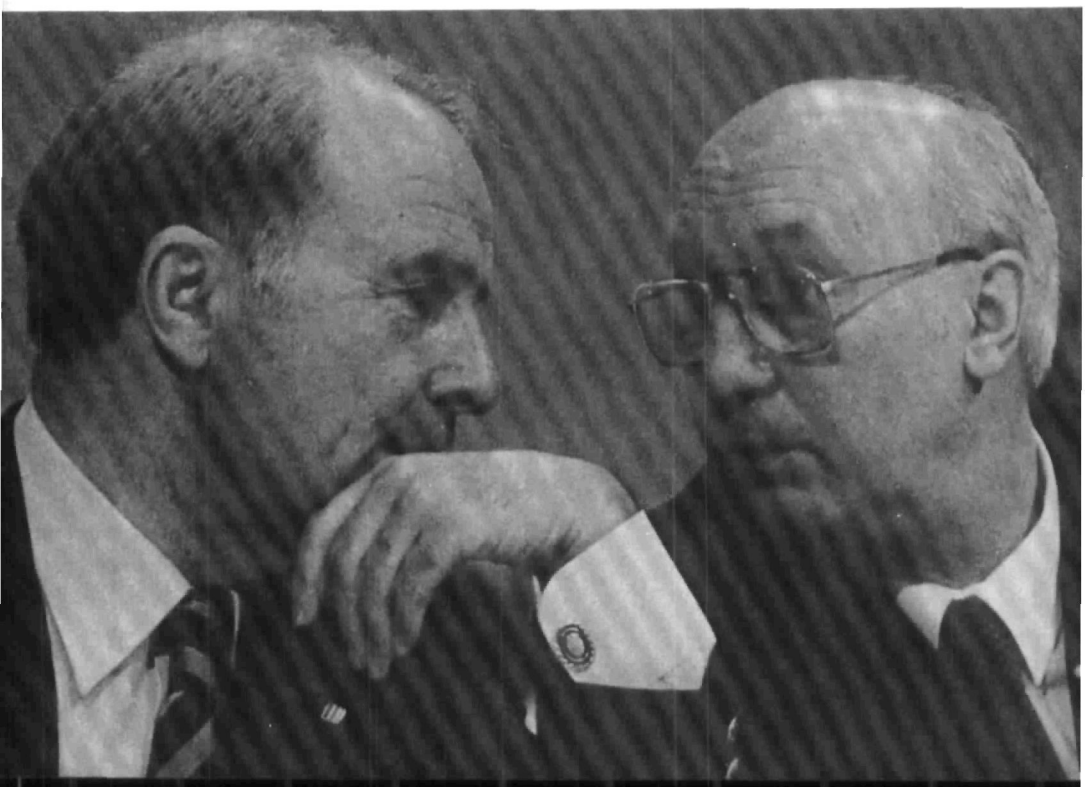






















Wir für me Zukunft



arbeiten eine menschliche unft

CDU
sicher
sozial
und frei



arbeiten eine menschliche kraft

/ sicher
sozial
und frei





Stefan Dingerkus, Ring Christlich-Demokratischer Studenten: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als erstes möchte ich Ihnen, Herr Geißler, ganz herzlich für die zutreffende und ausgezeichnete Analyse der Situation in der jungen Generation danken. Ein wesentlicher Grund für das Zustandekommen dieser guten Analyse aus der Sicht der Studenten ist meines Erachtens, daß Sie, Herr Geißler, und andere führende Persönlichkeiten in der Union, allen voran Ihr Vorsitzender, Helmut Kohl, immer wieder den Kontakt und den Dialog mit der Jugend nicht nur suchen, sondern auch finden. Sie sind es, die regelmäßig in die deutschen Hochschulen gehen, mit Studenten diskutieren und dort sehen, was uns berührt, was uns bedrückt, was die Studenten bedrückt, die sich nicht unbedingt von vornherein mit der Union identifizieren können. Helmut Schmidt und die Sozialdemokraten suchen diesen Dialog nicht. Deswegen können sie die Probleme der Jugendlichen auch nicht kennen. Sie werden sich sicherlich vor allen Dingen deswegen um den Dialog in den Hochschulen drücken, weil ihnen dabei mit großer Eindringlichkeit vor Augen geführt würde, was es bedeutet, daß die Jugendorganisationen dieser Partei an den Hochschulen ausschließlich mit Kommunisten zusammenarbeiten. Dieser Angst, sich das dort vor Augen führen lassen zu müssen, wollen sie aus dem Weg gehen.

Aber um so mehr möchte ich Ihnen danken, daß Sie diesen Kontakt zu den jungen Leuten suchen. Die Analyse, die Sie geliefert haben, bestätigt, daß Sie mitbekommen, welche Stimmung in der Studentenschaft heute herrscht.

Diese guten Beispiele der Parteiführung, meine Damen und Herren, müssen aber auch auf allen anderen Ebenen der Partei endlich nachvollzogen werden. Wir haben sehr häufig das Gefühl, daß in Kreisverbänden, in Städten, sogar in Landesverbänden der von der Parteiführung vorgemachte Kontakt zwischen jungen Leuten und Politikern, zwischen Entscheidungsträgern und Betroffenen weit weniger funktioniert, als dies eigentlich sinnvoll ist. Ich glaube, daß die Partei der Analyse von Heiner Geißler viel weiter folgen könnte, wenn der Kontakt auf weiter Ebene in der Partei so hervorragend wäre wie auf höchster Ebene.

Ich glaube, nur wenn sich die Union tatsächlich zum Anwalt der Jugend in Deutschland macht, wenn sie die Jugend im Dialog am Entscheidungsprozeß in unserer Republik wirklich beteiligt, ist sie letztlich in der Lage, die Resignation in der jungen Generation abzubauen und in die Hoffnung umzuwenden, die Herr Geißler zum Ausdruck gebracht hat, in den Optimismus für die Zukunft. Doch dazu, glaube ich, reicht die Analyse, Herr Geißler, auch nicht aus.

Die Partei muß Entscheidungen herbeiführen, Themen aufgreifen, die uns Jugendliche interessieren, die uns Jugendliche betreffen, und zwar nicht, weil wir Jugendliche sind, sondern weil es die Themen der Zukunft sind und weil wir in der Zukunft arbeiten, leben und Familien gründen werden.

Ich glaube, die Union muß in der Zukunft insbesondere zwei Themen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit rücken - und das auch nicht nur auf höherer Ebene, sondern insbesondere auf niedriger Parteiebene. Das ist erstens die Erhaltung der Umwelt. Das Thema wird oft genannt. Aber ich glaube, es wird nicht konsequent zum Ausdruck gebracht, was eigentlich dahintersteckt. Wir als Christdemokraten müssen heute, wenn wir über die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen reden, was die wesentliche Voraussetzung zur Schaffung von Zukunftschancen ist, den Umweltschutz als fünfte Ecke in dem vielzitierten

Magischen Viereck, Geldwertstabilität, Wachstum, ausgeglichene Handelsbilanz und Vollbeschäftigung, sehen. Nur dann, wenn der Umweltschutz gleichberechtigt in diese Komponenten eingeflochten wird, wird er auch tatsächlich in allen Bereichen der politischen Entscheidungsprozesse berücksichtigt werden.

Ich sage ganz ehrlich: Das müßte auch einmal für eine Kommune bedeuten, daß ein Hallenbad nicht gebaut wird, stattdessen aber eine Kläranlage, weil das die Grundlage ist, daß wir in 20 Jahren das Wasser für das Hallenbad, das wir vielleicht dann bauen können, noch zur Verfügung haben. Das muß man nur ehrlich sagen und ehrlich danach handeln. Dann macht man seine Politik in diesem Bereich glaubwürdig.

(Vereinzelter Beifall)

Dr. Uwe Barschel, Tagungspräsidium: Ich darf für einen Moment unterbrechen.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie bitten, den Rednern mehr Gehör zu schenken, Privatgespräche einzustellen oder außerhalb des Plenarsaals zu führen.

Da ich Sie gerade unterbrochen habe, Herr Dingerkus, darf ich Sie dann auch bitten, sich an die Redezeit zu halten.

Außerdem bitte ich die Mitglieder der Stimmzählkommission, sich sofort in das Sitzungszimmer im Untergeschoß zu begeben. An der Tür steht "Stimmzimmer".

Herr Dingerkus, wenn Sie dann so freundlich wären und bald zum Schluß kämen. Ihre fünf Minuten sind bereits abgelaufen.

Stefan Dingerkus, Ring Christlich-Demokratischer Studenten: Durch Ihre Intervention vielleicht.

Wie der Umweltschutz, die Sicherung der Umwelt, innenpolitisch das Thema bei der Gestaltung der Zukunftschancen ist, so ist meines Erachtens ein wesentliches Thema im außenpolitischen Bereich die Entwicklungshilfe und der Nord-Süd-Dialog. Die Union muß endlich davon abkommen, dieses Thema immer wieder verbal unter "ferner liefen" zu behandeln, und ihm in der praktischen Arbeit nicht die Bedeutung zukommen zu lassen, die es verdient hat. Ich meine, die Entwicklungshilfe, der Nord-Süd-Dialog, muß für die Union von der Bedeutung sein wie z.B. die Europapolitik.

(Vereinzelter Beifall)

Wir müssen deutlich machen, daß unser Verständnis von internationaler Solidarität bedeutet, daß wir um den gerechten Ausgleich zwischen Begünstigten und Benachteiligten in der Welt bemüht sind - im Gegensatz zum linken Verständnis internationaler Solidarität, was mehr mit dem internationalen Waffenhandel zusammengebracht werden muß.

Ich glaube, die internationale Solidarität bedeutet für uns, daß wir bereit sein müssen, von unserem Wohlstand etwas den Benachteiligten auf der Welt abzugeben. Wenn wir über dieses Abgeben reden, sollten wir ehrlich sein und sagen: Gut, wir sind bereit, einen Pfennig von jeder Mark, die in der Bundesrepublik verdient wird, den Benachteiligten auf der Welt zur Verfügung zustellen. Das macht auch Unionspolitik in diesem Bereich glaubwürdig und verständlich für einen jeden, der in der jungen Generation darüber besonders nachdenkt.

Ich bin der Meinung, wenn wir das ganz deutlich sagen, werden wir die Unterstützung derjenigen finden, die heute für das Thema zwar sensibilisiert sind, aber meinen, daß andere Organisationen in dieser Frage eher ihr Sprachrohr sind als die Union. Mit dem Aufgreifen dieser beiden Themen, meine Damen und Herren, beweist die Union meines Erachtens, daß für sie die wesentlichen Grundwerte christlicher Demokratie nicht nur, wie das im Grundsatzprogramm steht, schöne Worte sind, sondern daß sie tatsächlich die Grundlage der praktischen Arbeit für uns Christdemokraten jeden Tag darstellen. Das macht Politik insofern glaubwürdig, als wir über glaubwürdige Politik nicht nur reden, sondern entsprechend glaubwürdiger Politik handeln. Das letztendlich macht uns optimistisch, in die Zukunft zu gehen. Das müssen wir zum Ausdruck bringen.

(Beifall)

Dr. Uwe Barschel, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Herr Hoffmann, Landesverband Rheinland. Ihm folgt Herr Koch, Landesverband Hessen.

Christian Hoffmann, Bonn: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist jetzt einige Wochen her, als ich in Dortmund bei einem Konzert der Pink Floyd-Gruppe war. Ich habe heute im Laufe des Tages die Veranstaltung dort und hier verglichen. Ich möchte sagen, es gibt gewichtige Unterschiede. In Dortmund ist innerhalb von 90 Minuten ein so präzises Superprogramm abgelaufen, in dem die Nöte, Sorgen, Wünsche, Vorstellungen der jungen Generation durch die Musik und durch den Text ausgedrückt worden sind, wie ich besser noch nicht gehört habe. In dieser Veranstaltung ist mir mehrfach der Schauer den Rücken heruntergelaufen. Ich kann sagen, daß mir das bis auf eine einzige Passage, die ich gleich noch erwähnen werde, bei den Reden hier bis jetzt noch nicht passiert ist. Ich möchte Ihnen empfehlen: Kaufen Sie sich die Platte, lesen Sie die Texte. Dann wissen Sie auch, was heute in den Köpfen der jungen Generation vorgeht.

Der Punkt, bei dem es mir wirklich auch hier den Rücken herunterlief, betraf jene Stelle, als Heiner Geißler von den neuen Technologien, von den Mikroprozessoren, von einer neuen Gesellschaft ohne falsche Alternativen sprach. Ich muß sagen: Das ist wirklich der Zipfel der Zukunft, da kann man wirklich Zukunftshoffnung schöpfen, Heiner Geißler. Darauf können wir aufbauen. Ich hoffe, das wird auch die zukünftige Politik dieser Partei sein.

Zweiter Punkt. Ich darf an die Neue Soziale Frage erinnern, die hier vor einigen Jahren verabschiedet worden ist. Das war in meinen Augen ein hervorragendes theoretisches Konzept für die Umorientierung der Politik der Union: nicht mehr pauschal auf Mehrheiten, sondern ganz gezielt auf Minderheiten, und zwar auf solche Minderheiten, die keine lauten Fürsprecher haben.

Als ich mir heute vormittag die Begrüßung angehört habe, habe ich mich gefragt - Hochachtung vor unseren Gästen: ich freue mich, daß sie gekommen sind -: Waren das wirklich alle? Waren das nicht genau die, die auch in Bonn als Lobby stark vertreten sind? Wo waren denn die, die keine Lobby haben? Ich hoffe, wir bekommen darauf noch eine Antwort. Sind etwa eingeladen worden der Präsident der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt, der Vorsitzende des Deutschen Künstlerbundes, der Vorsitzende der Schriftstellergewerkschaft? Sind die gefragt worden, und sind sie gegebenenfalls nicht gekommen? Was nützt unser ganzes Bemühen, unser ganzes Dialogstreben, wenn wir diese Leute nicht einmal ansprechen, anschreiben und

versuchen, sie zu diesem Parteitag als Gäste herkommen zu lassen? Dann könnten diese Gäste einmal live mitkriegen, wie diese Partei diskutiert.

Nun will ich nicht verlangen, daß der Vorstand in seiner Gänze permanent Minderheitsfragen diskutiert. Aber ich wünsche mir mit Blick auf den neuen Vorstand, daß sich jeweils eine anchor person, wie das im angelsächsischen Sprachgebrauch heißt, für eine Minderheit zur Verfügung stellt, daß es wirklich jemanden gibt, der sich die Probleme der Künstler zu eigen macht, daß sich jemand bereit findet, mit anderen diskriminierten Minderheiten zu sprechen und sich zur Verfügung zu stellen. Das kann doch nicht so schwer sein.

John F. Kennedy hat sein erstes Buch unter dem Titel "Profiles in Courage" gestellt. Ich meine, der Vorstand müßte etwas mehr Profil und etwas mehr Courage haben. Jedes einzelne Mitglied sollte das, was es im kleinen Kreis sagt, was es dort vertreten kann, auch öffentlich sagen. Dann steht die Partei in Zukunft auch ein bißchen offener da. - Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Uwe Barschel, Tagungspräsidium: Die Wortmeldung von Herrn Koch bezieht sich auf einen anderen Tagesordnungspunkt. Deshalb erteile ich jetzt Herrn Dr. Langguth, Landesverband Baden-Württemberg, als letztem Redner vor Eintritt in die Wahlen das Wort. Die anderen Redner werden aufgerufen, wenn wir - entsprechend dem Verfahrensbeschluß von vorhin - dafür Zeit haben. Das Wort hat Dr. Langguth.

Dr. Gerd Langguth: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute mehrfach das Thema junge Generation angesprochen. Sicherlich ist die Frage, warum wir bei den zurückliegenden Bundestagswahlen von den Jungwählern nicht genug Stimmen erhalten haben, auch eine Frage des Stiles innerhalb der Partei. Deswegen möchte ich als letzter Redner vor den Wahlen zum Bundesvorstand die Gelegenheit nutzen, noch einmal darauf hinzuweisen, daß in der zurückliegenden Legislaturperiode dieses Bundesvorstandes von ihm wichtige Entscheidungen einstimmig getroffen wurden, die dann binnen weniger Tage überhaupt keine Gültigkeit mehr gehabt haben.

Meine Damen und Herren, ich will keine Personaldiskussion in Gang setzen. Ich will auch kein Nachkarten im falsch verstandenen Sinne. Aber ich möchte als Delegierter darauf hinweisen, daß ich mit der Arbeit des gesamten Vorstandes hinsichtlich der Einhaltung von Beschlüssen nicht immer einverstanden war. Aus diesem Grunde möchte ich den neugewählten Bundesvorstand auffordern, Beschlüsse, die einvernehmlich und vor allem einstimmig gefaßt wurden, auch tatsächlich einzuhalten. Das wollte ich zum Ausdruck bringen, damit das Bild auf diesem Parteitag abgerundet wird, wobei ich mich dafür bedanke, daß Sie mir trotz der gebotenen Kürze zugehört haben.

(Beifall)

Dr. Uwe Barschel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Wir unterbrechen damit zunächst die Aussprache.

Ich rufe Punkt 10 der Tagesordnung auf:

Bericht der Rechnungsprüfer

Den Bericht erstattet Alfons Horten. Er hat das Wort.

Alfons Horten: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Zugleich im Namen von Erik Blumenfeld habe ich die Aufgabe,

Ihnen als ehrenamtlicher Rechnungsprüfer das Ergebnis unserer Prüfung mitzuteilen. Ich will das mit Rücksicht auf die Zeitökonomie sehr kurz machen, was mir um so eher möglich ist nach der glänzenden, überzeugenden Rechenschaftslegung des Bundesschatzmeisters, der ich nur einige Akzente beifügen will.

Nach unserer Finanzordnung besteht die Aufgabe der ehrenamtlichen Rechnungsprüfer nicht nur darin, die laufende Rechnung zu prüfen, sondern auch festzustellen, ob die Ausgabenwirtschaft ordnungsgemäß vollzogen ist. Sie werden sich erinnern, daß wir zu diesem Punkte - zuletzt in Kiel vor zwei Jahren, aber auch schon in früheren Jahren - manchmal etwas kritische Anmerkungen gemacht haben. Im Rückblick auf die lange Zeit, während der ich nunmehr als Rechnungsprüfer das Rechnungswesen der Partei und die finanzielle Entwicklung überwache, kann ich Ihnen mit voller Sicherheit bestätigen, daß das, was Herr Kiep vorhin angedeutet hat, ein ganz wesentlicher, entscheidender Fortschritt in der Praxis der Finanzwirtschaft ist.

Aufgrund unserer kritischen Anregungen hat nämlich im vorigen Jahr auf Vorschlag des Bundesschatzmeisters und auf Einladung des Bundesparteivorsitzenden eine Besprechung stattgefunden, in der Richtlinien nicht nur für die Praxis der Etataufstellung gegeben wurden, sondern auch für die laufende Kontrolle der Ausgaben. Es haben dann noch mehrere Besprechungen stattgefunden. Es ist ein sehr detailliertes Programm für dieses sehr wichtige Gebiet entworfen worden. Ich kann Ihnen sagen, daß nach diesen Richtlinien im vergangenen Jahr auch schon weitgehend gearbeitet worden ist.

Darin sehe ich einen entscheidenden Fortschritt und eine Voraussetzung für eine günstige Entwicklung für die Finanzen.

Ich möchte allerdings zu diesem Punkt eine Anregung wiederholen, die bereits vor zwei Jahren in Kiel gemacht worden ist, nämlich einmal zu überprüfen, ob die Befugnisse des Bundesschatzmeisters, die heute etwas einseitig nur auf der Einnahmenseite liegen, durch eine Erweiterung nach der Ausgabenseite hin ergänzt werden können, etwa im Sinne des Vetorechts, das der Finanzminister im Kabinett besitzt. Nur dann nämlich kann der Etat über längere Abschnitte mit der nötigen Disziplin durchgeführt und entsprechend kontrolliert werden.

Nun kommt es natürlich, wie Sie alle wissen, nicht nur darauf an, was in der Zentrale geschieht, sondern vor allem auf das, was in den Vereinigungen und in den Landesverbänden passiert. Das heißt, es muß auch jeweils gewissenhaft die Entwicklung der Ausgaben überprüft werden, damit wir das finanzwirtschaftliche Gleichgewicht erreichen, an dem es uns in den letzten Jahren gefehlt hat.

Die Situation hat sich infolge glücklicher Umstände im letzten Jahr ganz erheblich verbessert. Wir standen Ende 1980 erheblich besser da als Ende 1979, ja sogar als Ende 1976. Ich möchte bei der Gelegenheit, nachdem das bisher noch nicht geschehen ist, dem Bundesschatzmeister dafür ganz aufrichtig danken.

(Beifall)

Hinter diesen einfachen Worten und Zahlen stehen eine stärkere Disziplin bei der Etatgestaltung, eine ständige Kontrolle und Überwachung, vor allen Dingen aber eine Vervielfältigung des Spendenaufkommens, und das in einer Situation, die durch die Unsicherheit durch das Karlsruher Urteil und durch viele andere Dinge, die Ihnen bekannt sind, wahrhaftig nicht beneidenswert

war. Diese Entwicklung verdient eine ganz besondere Anerkennung. Darauf möchte ich hier mit allem Nachdruck hinweisen.

Ein weiterer Punkt, der bei der Betrachtung der Finanzsituation ebenfalls wichtig ist: Es kommt darauf an, die Zusammenarbeit und Koordinierung der Bundespartei mit den Stiftungen und Fraktionen zu verbessern. Wir müssen die Finanzen der Partei als ein Ganzes sehen.

(Dr. Helmut Kohl betritt - mit Beifall begrüßt - den Saal)

Es kommt darauf an, daß die Mittel überall da, wo sie zur Verfügung gestellt werden, optimal eingesetzt werden. Es darf keine Doppelarbeit finanziert werden. Nur so kann der höchstmögliche Effekt erzielt werden.

Wir können also mit Befriedigung auf die letzten zwei Jahre zurückblicken, und wir haben die begründete Hoffnung, daß, wenn alle Beteiligten mit der nötigen Disziplin und Übersicht ihre Aufgaben erfüllen, wir bis Ende 1984, wie Herr Kiep hier angekündigt hat, wieder zu einem echten finanzwirtschaftlichen Gleichgewicht, zu einer Deckungsgleichheit von Ausgaben und Einnahmen und einem vollem Abbau der Schulden kommen.

(Beifall)

Die Wirtschaftsprüfer der CDU-Bundespartei haben für die Jahre 1978 und 79 die Ordnungsmäßigkeit des Rechnungswesens bestätigt und ein uneingeschränktes Prüfungstestat erteilt: es lautet:

Buchführung und Jahresrechnung entsprechen nach einer pflichtmäßigen Prüfung den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung.

Dieses Testat berechtigt mich zugleich im Namen von Herren Blumenfeld, hiermit die Entlastung des Bundesvorstandes für die Jahre 1978 und 1979 zu beantragen.

(Beifall)

Dr. Uwe Barschel, Tagungspräsidium: Der Parteitag dankt Ihnen, Herr Horten, und den Rechnungsprüfern für den Bericht und die Prüfung.

Meine Damen und Herren, die Frist für die Einreichung von Initiativanträgen ist um 18.00 Uhr abgelaufen. Es können also keine Anträge mehr eingereicht werden.

Eine weitere Mitteilung: Die Sitzung der Antragskommission soll um 19.00 Uhr im Konferenzraum 2 beginnen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 12 auf:

Entlastung des Vorstandes

Die Rechnungsprüfer haben Entlastung des Vorstandes beantragt. Wer dem Antrag auf Entlastung seinen Zustimmung geben möchte, wird gebeten, die Stimmkarte zu erheben. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einigen Enthaltungen aus dem Vorstand ist damit die Entlastung für die Jahre 1978 und 1979 erteilt.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu Tagesordnungspunkt 13:
Bericht der Mandatsprüfungskommission

Den Bericht der Kommission erstattet der Vorsitzende Walter Penther.

Walter Penther, Mandatsprüfungskommission: Herr Präsident! Meine

Damen und Herren! Die Mandatsprüfungskommission hat heute getagt und um 16.00 Uhr festgestellt, daß von 781 Delegierten 779 Delegierte anwesend waren.

(Beifall)

Von den 30 Delegierten der Exil-CDU waren 30 Delegierte anwesend.

(Beifall)

Die Delegierten der Exil-CDU sind nach § 28 Abs. 3 unseres Statuts für die Wahlen zum Bundesvorstand nicht stimmberechtigt. Danach sind für die Wahlen zum Bundesvorstand 749 stimmberechtigte Delegierte anwesend.

Die Überprüfung hat weiterhin ergeben, daß die Wahl der Delegierten ordnungsgemäß erfolgt ist.

Somit ist der Parteitag beschlußfähig.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Ich darf unserem Freund Penther für den Bericht der Mandatsprüfungskommission danken.

Ich darf feststellen, daß wir im Laufe der Wahlgänge erst die restlichen Wortmeldungen zur allgemeinen Aussprache abwickeln - das sind noch drei - und dann mit der Beratung der allgemeinen Anträge beginnen.

Wir sollten heute soviel wie möglich von den allgemeinen Anträgen noch abwickeln, damit wir morgen genügend Zeit für die weiteren Themen haben.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 14 auf:

Wahl des Bundesvorstandes

Nach § 29 Abs. 2 des Statuts müssen wir die Wahl des Bundesvorstandes in fünf getrennten Wahlgängen vornehmen:

1. den Vorsitzenden,
2. auf Vorschlag des Vorsitzenden den Generalsekretär,
3. sieben stellvertretende Vorsitzende,
4. den Bundesschatzmeister,
5. weitere 20 Mitglieder

§ 43 des Statuts besagt, daß die Wahlen der Mitglieder des Bundesvorstandes geheim sind und durch Stimmzettel erfolgen. Bei allen Wahlen ist die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen nötig. Stimmenthaltungen zählen für die Feststellung der Beschlußfähigkeit mit, jedoch nicht für die Ermittlung der Mehrheit.

Dann darf ich noch darauf hinweisen, daß § 12 Abs. 1 der Geschäftsordnung lautet:

Bei allen Wahlen und Abstimmungen zählen Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen für die Feststellung der Beschlußfähigkeit mit, jedoch nicht für die Ermittlung der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.

Die Zahl der wahlberechtigten Delegierten ist durch die Mandatsprüfungskommission soeben festgestellt worden.

Die Delegierten der Exil-CDU sind nach § 28 Abs. 3 des Statuts nicht wahlberechtigt.

Meine Damen und Herren, das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, Ihre Stimmen in den Wahlkabinen, die an den Seiteneingängen zum Plenarsaal aufgestellt sind, abzugeben. An jedem Eingang befinden sich vier Wahlkabinen. Die Delegierten der Landesverbände, die, vom Mittelgang aus gesehen, auf der rechten Seite sitzen, benutzen die rechten, diejenigen, die auf der linken Seite sitzen, die linken Wahlkabinen. - Werfen Sie Ihre Stimmzettel, wenn diese ausgefüllt sind, bitte in eine der vor den Wahlkabinen aufgestellten Wahlurnen.

In diesem Zusammenhang darf ich eine herzliche Bitte an die anwesenden Pressevertreter richten. Sie helfen uns bei der Abwicklung des Wahlgangs, wenn Sie während des Wahlgangs den Mittelgang freimachen, damit die Delegierten rasch zu den Wahlkabinen und wieder zurück kommen können. Wir geben das Feld für die Presse vorn rechtzeitig wieder frei. Sie erleichtern uns dadurch die gemeinsame Arbeit.

Ich muß alle Delegierten darauf aufmerksam machen, daß die Hostessen an den Wahlurnen Ihre Stimmkarten prüfen, bevor Sie Ihre Stimmzettel in die aufgestellten Wahlurnen werfen können.

Nach diesen Formalien rufe ich jetzt Punkt 14.1 der Tagesordnung auf:

Wahl des Parteivorsitzenden

Vorgeschlagen zur Wiederwahl und einziger Kandidat ist Dr. Helmut Kohl,

(Beifall)

den wir wieder herzlich in unserer Mitte begrüßen und von dem wir hoffen, daß er seiner Grippe wieder ein Stück abgerungen hat. Wir nehmen die Wahl des Vorsitzenden mit dem blauen Stimmzettel Nr. 1 aus dem Stimmzettelblock vor. Gültig sind alle Stimmzettel, auf denen der Name "Kohl", "Ja", "Nein" oder "Enthaltung" steht. Leere Stimmzettel werden als Stimmenthaltung gewertet. Stimmzettel, die einen anderen Namen als den des vorgeschlagenen Kandidaten tragen, sind ungültig.

Ich eröffne jetzt den Wahlgang und bitte die Delegierten, ihre Stimme in der Wahlkabine abzugeben. Ich wiederhole: Die Wahlkabinen stehen rechts und links: vor den Wahlkabinen befinden sich die Wahlurnen. Nehmen Sie bitte Stimmzettelblock und Stimmkarte mit.

Darf ich fragen, ob alle Stimmzettel abgegeben sind?

(Zurufe: Nein!)

Darf ich schnell fragen, an welcher Urne die Stimmzettel noch nicht abgegeben sind? - Können wir den Wahlgang noch ein bißchen beschleunigen?

Ich weise darauf hin, daß wir nachher unmittelbar nach Abwicklung der letzten Wortmeldung, die wir noch zur Aussprache haben, mit der Beratung der Anträge beginnen, und zwar mit den allgemeinen Anträgen - Tagesordnungspunkt 17 -.

Sind jetzt alle Stimmen abgegeben? - Nein. Noch nicht. Kann man den Wahlgang da hinten noch ein bißchen beschleunigen?

Ich bitte, daß Herr Vogt, Herr Jung von der Jungen Union, Herr Friedrich Vogel und Frau Hellwig als Vertreter der Antragskommission jetzt hierher kommen, um für die Antragskommission nachher Stellung zu nehmen.

Sind jetzt alle Stimmzettel abgegeben? Immer noch nicht? - Ich höre, es sind alle abgegeben. Was bedeutet das Zeichen da hinten bei Baden-Württemberg? Ist man dort noch nicht fertig?

Ich bitte, daß mir von den Wahlkabinen aus ein Signal gegeben wird, ob alle Stimmen abgegeben sind. Sonst kann ich den Wahlgang nicht abschließen.

Ich stelle fest, daß alle Stimmzettel abgegeben sind. Ich schließe den Wahlgang.

Während der Auszählung setzen wir die Aussprache fort.

Ich habe noch eine Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 11, und zwar von Frau Limbach vom Rheinland. Wird die Wortmeldung von Frau Limbach aufrechterhalten? - Frau Limbach ist nicht im Saal.

Ich stelle noch fest: Die Wortmeldung von Herrn Köster aus Westfalen zum Antrag 16.1 wird morgen bei der Beratung des Tagesordnungspunkts 16 aufgerufen. Die weiter vorliegende Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 14.5 wird beim Tagesordnungspunkt 14.5 aufgerufen.

Ich stelle fest, daß die Aussprache zum Tagesordnungspunkt 11 beendet ist.

Ich rufe nunmehr Punkt 17 der Tagesordnung auf:

Sonstige Anträge

Ich stelle fest: Da zu den Anträgen 1 bis 9 zusätzliche Initiativanträge eingegangen sind, mit denen sich die Antragskommission heute abend noch befassen muß, beginnen wir mit der Beratung beim Antrag 17.10 des Kreisverbands Main-Taunus.

Wird vom Kreisverband Main-Taunus das Wort zur Begründung des Antrages 17.10 gewünscht?

Ich wiederhole, weil das alles ein bißchen schnell geht: Aufgerufen ist Antrag 17.10 des Kreisverbands Main-Taunus. Es geht um die Finanz- und Beitragsordnung der Bundespartei.

Der Kreisvorsitzende des Kreisverbands Main-Taunus erhält das Wort. Sagen Sie Ihren Namen noch schnell, da ich keine schriftliche Wortmeldung habe.

Roland Koch: Entschuldigung, Herr Präsident! Roland Koch, Kreisvorsitzender des Kreisverbands Main-Taunus. Meine Damen und Herren! Das Problem, das wir angesprochen haben, betrifft die Finanzen im Zusammenhang mit jungen Parteimitgliedern. Wir haben nach unserer Parteisatzung die Situation, daß für junge Parteimitglieder der gleiche Beitrag an Landes- und Bundespartei abgeführt werden muß wie für diejenigen Parteimitglieder, die normale Beiträge an die Stadt-, Gemeinde- bzw. Kreisverbände entrichten. Dies hat nach unserer Erfahrung dazu geführt, daß es in den Stadt- und Gemeindeverbänden keinen großen Anreiz gibt, möglichst viele junge Parteimitglieder in ihren Reihen zu haben, weil der Schatzmeister mit einigem Recht darauf hinweist, daß sie in der Regel mehr kosten als sie die Partei mitfinanzieren, und daß damit Defizite entstehen, wenn man viele junge Mitglieder hat. Da es unser Problem ist, junge Mitglieder zu bekommen, meinen wir, daß im Gegensatz zu anderen Gruppen, die durchaus ebenfalls Sonderregelungen verdienen würden, es in

unserer politischen Situation richtig ist, hier eine Sonderregelung eingreifen zu lassen und die Abführung an Bundes- und Landespartei aufzuheben, damit die geringen Beiträge als Organisationskosten an der Basis verbleiben und somit ein Anreiz geschaffen wird, junge Parteimitglieder in ausreichendem Umfang in die Partei aufzunehmen. Wir wissen, daß dies ein Bruch bisheriger Regeln ist. Aber wenn richtig ist, was Heiner Geißler heute mittag gesagt hat, und wenn es richtig ist, daß wir alles tun müssen, um junge Mitglieder zu gewinnen, dann sollte der erste Schritt sein, organisatorische Hemmnisse in unserer Partei aus dem Weg zu räumen. Deshalb bitte ich, diesem Antrag zu folgen. - Vielen Dank.

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Für die Antragskommission hat Herr Vogt das Wort.

Wolfgang Vogt, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch bei Würdigung der Argumente, die für diesen Antrag angeführt werden können, empfiehlt Ihnen die Antragskommission die Ablehnung dieses Antrages.

Ich begründe dieses Votum der Antragskommission. Dieses Thema hat schon den Mannheimer Parteitag 1975 beschäftigt. Damals sind wir nach eingehender Beratung dazu gekommen, diesen Antrag abzulehnen. Ich verweise darauf, daß der Bundesschatzmeister in der Zwischenzeit aus dem Kreis der Vereinigungen darauf angesprochen worden ist, ob für Mitglieder der Vereinigungen bzw. für diejenigen Mitglieder, die gemäß unserer Beitragsordnung einen niedrigeren Beitrag als 5 DM bezahlen, auf die Abführung des Beitragsanteils an die Bundespartei verzichtet werden kann. Alle diese Eingaben sind abgelehnt worden, und zwar nicht wegen finanzwirtschaftlicher Gründe - die spielten keine Rolle -. Maßgebend war allein die Tatsache, daß dann, wenn diesen Anträgen entsprochen werden würde, ein fundamentales Prinzip des Finanzwesens, insbesondere des Beitragsverbands, der Partei in Frage gestellt werden würde. Es ist nämlich ein ungeschriebenes Gesetz und Prinzip der Finanzierungsarbeit, daß Mindereinnahmen an Mitgliedsbeiträgen bei den einkommensschwächeren Mitgliedergruppen durch die Mehreinnahmen bei anderen Mitgliedergruppen ausgeglichen werden. Dieses Solidarprinzip des Mitgliederbeitragsverbands würde in Frage gestellt, wenn dem Antrag des Kreisverbands Main-Taunus entsprochen würde.

Es kommt schließlich hinzu, daß dieser Vorschlag in der Praxis auch nur sehr schwer umzusetzen wäre. Aus allen diesen Gründen empfiehlt Ihnen die Antragskommission Ablehnung des Antrages.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Wort wird weiter nicht gewünscht. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer entsprechend dem Votum der Antragskommission für die Ablehnung dieses Antrages votiert, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zu dem Antrag 17.11 des Kreisverbandes Trier-Stadt. Wird das Wort zur Begründung des Antrages gewünscht? - Ich darf in dem Zusammenhang darauf hinweisen, daß uns für die kommenden Anträge wieder schriftliche Wortmeldungen vorgelegt werden sollen. - Ich sehe keine Wortmeldung zur Begründung des Antrages 17.11 und darf Herrn Vogt für die Antragskommission das Wort erteilen.

Wolfgang Vogt, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen Annahme dieses Antrages, aber in einer etwas geänderten Fassung.

Am Ende des Antrages soll es heißen:

... kann der Kreisverband eine Sonderregelung der Beitragszahlung treffen sowie Mitgliedsbeiträge stunden und erlassen.

Es ist also nur der letzte Halbsatz des Antrags anders formuliert. In dieser Fassung empfiehlt die Antragskommission Annahme des Antrages.

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Wer dafür stimmt, daß dieser Antrag in der vorgetragenen Fassung der Antragskommission angenommen wird, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einigen Enthaltungen ist der Antrag so angenommen.

Bevor ich jetzt einen weiteren Antrag aufrufe, bitte ich Frau Benedix, Herrn Dr. Möller, Herrn Perschau und Herrn Meyer für die Antragskommission auf die Bühne.

Meine Damen und Herren, die jetzt folgenden Anträge 17.12, 17.13 und 17.14, alle vom Kreisverband Bonn, stehen in einem Zusammenhang, und ich würde sie gern gemeinsam aufrufen. - Ich sehe keine Widerspruch. Wünscht jemand vom Kreisverband Bonn das Wort zu den Anträgen 17.12 bis 17.14? Eine schriftliche Wortmeldung liegt nicht vor, und ich sehe auch sonst keine Wortmeldung. Dann darf ich die Antragskommission bitten, zu diesen Anträgen Stellung zu nehmen. Herr Jung, bitte.

Noch einmal: Bitte schriftliche Wortmeldungen zu den weiteren Anträgen vorlegen!

Dr. Franz Josef Jung, Antragskommission: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Antragskommission hat zu dem Antrag 17.12 Annahme empfohlen, aber mit einer kleinen Änderung. Der Antrag soll nunmehr lauten:

Die Bundespartei wird aufgefordert, bundesweit Aktionen für die Bereiche Jugend und Frauen bereits ab 1981 durchzuführen.

Hierbei ist zu erwähnen, daß die Bundesgeschäftsstelle bereits die Arbeitsplanung für eine langfristige Aktion, insbesondere für den Bereich Jugend, erstellt hat und daß auch im Arbeitsprogramm Jugend, für die Zielgruppe Frauen eine entsprechende Aktion geplant ist, so daß alles das, was der Kreisverband Bonn hier wünscht, im Kontext steht. Wir waren der Auffassung, der Bundesparteitag sollte zur Finanzierung keinen Beschluß fassen. Deshalb die Änderung. Aber ja zu bundesweiten Zielgruppenkampagnen nach Antrag 17.12.

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank.

Nachdem zu den Anträgen 17.13 und 17.14 Annahme vorgeschlagen ist, würde das bedeuten, daß wir über alle drei Anträge schon abstimmen können. Ich darf dann der Reihe nach abstimmen lassen.

Wer dafür ist, daß der Antrag 17.12 in der von der Antragskommission vorgeschlagenen neuen Fassung angenommen wird, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei wenigen Enthaltungen angenommen.

Antrag 17.13. Empfehlung: Annahme. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Angenommen.

Antrag 17.14. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Angenommen. Herzlichen Dank!

Nachdem das Wahlergebnis der Wahl des Bundesvorsitzenden vorliegt, unterbreche ich jetzt die Antragsberatung.

Ich darf das Ergebnis der Wahl des Bundesvorsitzenden bekanntgeben. Abgegebene Stimmzettel 717, ungültig 2, Enthaltungen 6. Das ergibt 709 gültige Stimmen. Die erforderliche Mehrheit beträgt damit 355. Abgegebene Ja-Stimmen für Helmut Kohl 689 bei 20 Nein-Stimmen. Herzlichen Glückwunsch!

(Lang anhaltender stürmischer Beifall - Die Delegierten erheben sich)

Lieber Helmut Kohl, wie Du selber feststellen kannst, braucht der Parteitag kein Sprachrohr, um Dir den Glückwunsch zu dieser Wahl auszusprechen. Deshalb gibt Dir der Parteitag insgesamt direkt das Wort.

(Weiterhin anhaltender lebhafter Beifall)

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich will Ihnen ein sehr herzliches Wort des Dankes sagen für dieses große Vertrauen, das Sie mir erneut mit der Wahl zum Parteivorsitzenden der CDU Deutschlands gewährt haben. Ich bin mir über das Auf und Ab im Leben eines Politikers immer im klaren gewesen - in diesen letzten Jahren in einer ganz besonderen Weise. Und so werden Sie verstehen, wenn ich Ihnen auch ganz offen sage, daß mir dieses Ergebnis und Ihr Beifall gutgetan haben.

(Lebhafter Beifall)

Sosehr ich mich über diesen ^{Beifall} Beifall, dieses Vertrauen und den von vielen auch ganz persönlich gemeinten menschlichen Zuspruch freue, so bitte ich Sie um dieses Vertrauen, auch dann, wenn Rede und Tat nicht so selbstverständlich beifallsträchtig sind - und wenn es einmal darum geht, auch Durstrecken und Täler zu durchmessen, mit mir, den Sie gewählt haben, in freundschaftlicher, kameradschaftlicher Weise zusammenzuarbeiten.

Ich wiederhole, was ich heute am Ende meiner Rede sagen durfte: Wir haben eine große Chance, liebe Freunde, und unsere Chance wird um so größer sein, wenn unser Beispiel im Umgang miteinander überzeugend ist.

(Lebhafter Beifall)

Ich wünsche mir, daß dieser heutige Tag und auch die Bilder der Gemeinsamkeit, die Sie eben hier gesehen haben, ganz selbstverständlich zur Union in Deutschland gehören, unserer politischen Heimat, der stärksten politischen Kraft Deutschlands.

(Langanhaltender stürmischer Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich rufe Punkt 14.2 der Tagesordnung auf: Wahl des Generalsekretärs

Der Generalsekretär wird auf Vorschlag des Parteivorsitzenden gewählt. Ich darf ihn bitten, dem Parteitag seinen Vorschlag zu machen.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich schlage zur Wiederwahl unseren bewährten Generalsekretär Dr. Heiner Geißler vor.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Sie haben den Vorschlag gehört. Ich darf Sie bitten, zur Wahl den Stimmzettel Nr. 2 zu benutzen. Gültig sind alle Stimmzettel, auf denen entweder der Name "Geißler", "ja", "nein" oder "Enthaltung" steht. Nicht ausgefüllte Stimmzettel werden als Enthaltungen gezählt. Stimmzettel, die einen anderen Namen als den vom Parteivorsitzenden vorgeschlagenen enthalten, sind ungültig. - Wir treten in die Wahl ein.

(Einsammeln der Stimmzettel)

Ich darf bitten, mir mitzuteilen, wenn die Stimmzettel abgegeben sind.

Ich bekomme jetzt die Mitteilung, daß alle Stimmzettel abgegeben sind. Wo noch nicht? - Also sind alle Stimmzettel abgegeben. Der Wahlgang ist geschlossen.

Wir fahren mit der Beratung der Anträge fort.

Kurt Böckmann, Tagungspräsidium: Ich rufe Antrag 17.15 auf. Wünscht der Antragsteller das Wort? - Das ist nicht der Fall. Dann hat die Antragskommission das Wort.

Friedrich Vogel, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag 17.15 befaßt sich mit der Problematik der Briefwahl. Die Antragskommission schlägt Ihnen Annahme dieses Antrags in folgender Fassung vor:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, zusammen mit den anderen Fraktionen des Deutschen Bundestages eine Änderung des Wahlrechts herbeizuführen, um die in der jüngsten Vergangenheit offensichtlich immer umfangreicher und größer gewordenen Verstöße gegen das Wahlgeheimnis bei der Briefwahl zu beseitigen.

Kurt Böckmann, Tagungspräsidium: Wird zu dem Antrag das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist bei einigen Gegenstimmen angenommen.

Ich rufe Antrag 17.16 auf. Wird zur Begründung das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Das Wort hat die Antragskommission.

Friedrich Vogel, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Antrag befaßt sich mit dem Thema der privaten Zukunftsinvestitionen und gehört daher in den Zusammenhang des Antrages des Bundesvorstandes, der morgen unter Punkt 15 der Tagesordnung behandelt wird. Die Antragskommission ist der Auffassung, daß dieser Antrag im Zusammenhang mit den Beratungen über das Arbeitsprogramm der Partei behandelt werden sollte. Sie schlägt Ihnen deshalb Überweisungen an den Bundesvorstand zur Mitbehandlung bei Punkt 1 des Arbeitsprogramms - "Die Soziale Marktwirtschaft muß bei veränderten Bedingungen wieder durchgesetzt werden" - vor.

Kurt Böckmann, Tagungspräsidium: Wird zu dem Vorschlag der Antragskommission das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. - Dann lasse ich über den Vorschlag der Antragskommission abstimmen, den Antrag zu überweisen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzei-

chen. - Danke schön. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist einstimmig überwiesen.

Ich rufe Antrag 17.17., eingebracht vom Kreisverband Westerwald, auf. Wird zur Begründung das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Das Wort hat die Antragskommission.

Friedrich Vogel, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Antrag befaßt sich mit der Benachteiligung der Bevölkerung im ländlichen Raum durch die Politik der SPD/FDP-Bundesregierung. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des ersten Absatzes und Überweisung der sieben Einzelpunkte an die Bundestagsfraktion zur Berücksichtigung.

Kurt Böckmann, Tagungspräsidium: Wird das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Es ist Annahme bzw. Überweisung vorgeschlagen. Wer dem Vorschlag der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Vorschlag der Antragskommission ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Antrag 17.18 auf. Wird zur Begründung das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Das Wort hat die Antragskommission.

Friedrich Vogel, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Überweisung dieses Antrages, der sich auf das Thema Werbungskosten und Kilometerpauschale bezieht, zur Berücksichtigung an die Bundestagsfraktion.

Kurt Böckmann, Tagungspräsidium: Ich lasse über den Vorschlag der Antragskommission abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einigen Enthaltungen und Gegenstimmen ist der Vorschlag der Antragskommission angenommen.

Ich rufe Antrag 17.19 auf. Wird zur Begründung das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Das Wort hat die Antragskommission.

Friedrich Vogel, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hier geht es um die Frage der Pauschalierung des Kinderbetreuungsbetrages und einen Vorschlag, der auch ein Beitrag zur Entbürokratisierung ist. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen Annahme in folgender Fassung:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, im Deutschen Bundestag dafür einzutreten, daß der Kinderbetreuungsbetrag voll pauschaliert wird, so daß Einzelnachweise für die Steuerpflichtigen entfallen.

Kurt Böckmann, Tagungspräsidium: Wird das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag in der von der Antragskommission vorgeschlagenen veränderten Fassung abstimmen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Ich rufe Antrag 17.20 auf. Wird das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Das Wort hat die Antragskommission.

Frau Dr. Renate Hellwig, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, Anstrengungen zur Anerkennung und Besserstellung der Familien, insbesondere der kinderreichen Familien durch ein Erziehungsgeld für Mütter, Anerkennung der Erziehungsleistung bei der Rentenversicherung, Dynamisierung des Kindergeldes und eine familienge-

rechte Wohnungsbaupolitik zu unternehmen.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme.

Kurt Böckmann, Tagungspräsidium: Wird das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer für die Annahme ist, gebe bitte das Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Antrag 17.21 auf. Wird zu diesem Antrag zur Begründung das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Das Wort hat die Antragskommission.

Frau Dr. Renate Hellwig, Antragskommission: In diesem Antrag wird die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag gebeten, zu prüfen, inwieweit das Behindertenrecht weiter an das Kriegsofferrecht angeglichen werden kann. Die Antragskommission empfiehlt hier ebenfalls Annahme.

Kurt Böckmann, Tagungspräsidium: Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist bei einer Gegenstimme angenommen.

Der Antrag 17.22 kann heute nicht beraten werden, weil dazu eine Reihe von Initiativanträgen vorliegt. Wir werden diesen Antrag morgen beraten.

Ich rufe Antrag 17.23 auf. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? - Das Wort hat die Antragskommission.

Frau Ursula Benedix-Engler, Antragskommission: Meine Damen und Herren! In dem Antrag geht es um die Aufforderung zur Errichtung einer nationalen Gedenkstätte für die Opfer der Vertreibung. Die Antragskommission empfiehlt Annahme.

Kurt Böckmann, Tagungspräsidium: Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist bei einigen Gegenstimmen angenommen.

Meine Damen und Herren, ich unterbreche nun die Beratung der Anträge und gebe das Ergebnis der Wahl des Generalsekretärs bekannt. Abgegebene Stimmzettel: 718. Ungültige Stimmen: keine. Enthaltungen: 28. Somit verbleiben 690 Stimmen. Die erforderliche Mehrheit beträgt 346 Stimmen. Auf Dr. Heiner Geißler entfielen 639 Ja-Stimmen bei 51 Nein-Stimmen.

(Lebhafter Beifall)

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU: Liebe Parteifreunde! Ich bedanke mich für das Vertrauen. Dieses Wahlergebnis ist eine Ermutung für mich dafür, wie in den letzten Jahren, gelegen oder manchmal eben auch ungelegen, wie es bei einem Generalsekretär halt sein muß, mich für die Ziele der Christlich Demokratischen Union einzusetzen. Ich möchte meine Arbeit darauf konzentrieren, mit Ihnen zusammen das zu leisten, was auch im Mittelpunkt dieses Parteitages steht, die Jugend für unsere Partei zu gewinnen. Ich werde alle Kräfte dafür einsetzen, in den kommenden vier Jahren die Regierung in der Bundesrepublik Deutschland für die Union zu gewinnen. Für diese Arbeit bitte ich Sie um Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Kurt Böckmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich darf im Namen des Präsidiums unserem Freund Dr. Heiner Geißler sehr herzlich zu seiner Wiederwahl gratulieren. Es ist nicht ohne weiteres das Schicksal von Generalsekretären, jeweils wiederum die Zustimmung zu finden. Wir danken ihm gleichzeitig dafür, wie er die Christlich Demokratische Union in seiner kämpferischen Art vertritt. In dieser kurpfälzischen Landschaft füge ich hinzu: Auch der Wahlkreis dieser Region dankt sehr herzlich und gratuliert zu dieser Wiederwahl.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum Punkt 14.3 der Tagesordnung:

Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, daß nunmehr jeder im Besitz eines Stimmzettels ist, daß die Stimmzettel durch die Landesgeschäftsführer ausgehändigt worden sind.

Die Stimmzettel tragen in alphabetischer Reihenfolge die Namen der Kandidaten.

Hat jeder einen Stimmzettel erhalten? - Das ist offensichtlich der Fall. Dann eröffne ich die Wahlhandlung.

Ich weise nochmals darauf hin, daß der Stimmzettel nur gültig ist, wenn mindestens die Hälfte der zu wählenden Kandidaten und höchstens die Zahl der zu wählenden Kandidaten angekreuzt ist. Stimmzettel, auf denen mehr Kandidaten angekreuzt sind, sind ungültig.

Ich bitte, die Stimmzettel in den Wahlkabinen abzugeben. - Meine Damen und Herren, sind alle Stimmzettel abgegeben?

(Zurufe: Nein!)

Sind nunmehr alle Stimmzettel abgegeben? - Das ist der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung.

Wir fahren nunmehr in der Beratung der Anträge fort,

Ich rufe den Antrag 17.24 auf. Wird zur Begründung des Antrags das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Das Wort hat die Antragskommission.

Dr. Möller, Antragskommission: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Antrag befaßt sich mit der Änderung der Finanzierungsregelung der Verwaltungskosten bei Manöverschäden. Es soll ein Appell an die Bundesregierung gerichtet werden, diese Regelung zu verbessern und zu vereinheitlichen. Die Antragskommission schlägt Ihnen vor, diesen Antrag an die Bundestagsfraktion zu überweisen.

Kurt Böckmann, Tagungspräsidium: Wird das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich lasse über den Antrag der Antragskommission abstimmen. Wer für die Überweisung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei zwei Gegenstimmen ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag 17.25 auf. Hierzu liegt eine Wortmeldung vor. Ich erteile das Wort Herrn Dr. Bernd Huck.

Dr. Bernd Huck: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die radikalen Aktionen, die wir im letzten Jahr bundesweit gegen die öffent-

lichen Gelöbnisse unserer Rekruten feststellen mußten, haben gezeigt, daß es sich dabei um eine konzertierte Aktion der Linken gegen das westliche Bündnis und gegen unsere Verteidigungsbereitschaft gehandelt hat. Sofern die Regierung dazu überhaupt Stellung genommen hat, war das nur halbherzig. Sie hat sich nur in sehr abgeschwächter Form mit diesen Attacken auseinandergesetzt.

Das Ganze hat eine fatale Auswirkung auf die Glaubwürdigkeit unserer Verteidigungsbereitschaft gegenüber den Bündnispartnern. Insbesondere aber - das halte ich für viel schlimmer - hat es eine katastrophale Auswirkung auf die Motivation unserer jungen Wehrpflichtigen. Wir alle, die politischen Parteien, die Fraktionen, die Gesellschaft insgesamt, müssen deutlich machen, daß wir uneingeschränkt für die Verteidigungsbereitschaft und für die Bundeswehr eintreten.

Sicherlich sind Stil und Form bei der Bundeswehr sowie einzelne ihrer Praktiken nicht absolut und sakrosankt, sondern können diskutiert werden. Aber die Bereitschaft, hierüber zu diskutieren, kann nicht bedeuten, daß wir die Bundeswehr als solche und unsere Verteidigungsbereitschaft in Frage stellen. Daher bittet die Junge Union um Annahme dieses Antrags.

Kurt Böckmann, Tagungspräsidium: Das Wort hat die Antragskommission.

Hartmut Perschau, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen auch die Annahme dieses Antrags, allerdings in etwas veränderter Fassung. Der vorliegende Antrag enthält eine relativ breitangelegte Analyse, die für eine Beschlußfassung des Parteitages weniger geeignet ist.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen Annahme der geänderten, Ihnen vorliegenden Fassung.

Kurt Böckmann, Tagungspräsidium: Wird das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich lasse über den Antrag in der geänderten Fassung abstimmen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist angenommen.

Ich rufe den Antrag 17.26 auf. Wird zur Begründung das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Das Wort hat die Antragskommission.

Gerhard Meyer, Antragskommission: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag befaßt sich mit dem Militärputsch in Bolivien. Die Antragskommission schlägt Ihnen Annahme bei folgenden Änderungen vor. Erstens. Der dritte Spiegelsatz soll entfallen. Zweitens. Die Ziffer 5 soll wie folgt geändert werden: "Wirtschaftliche Hilfe an Bolivien nur noch insoweit, wie dies direkt der Bevölkerung zugutekommt." Das entspricht der Praxis der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und des CDU-Bundesvorstandes bei ähnlich gelagerten Fällen. Drittens. Die Ziffer 6 soll entfallen, weil der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland bereits in Bonn zur Berichterstattung war.

Kurt Böckmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wird zu dem Antrag noch das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall.

Ich lasse über den Antrag in der durch die Antragskommission geänderten Form abstimmen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist der Antrag angenommen.

Wir haben damit die Anträge der Gruppe 17 mit den bereits erwähnten Ausnahmen beraten. Ich rufe nunmehr Punkt 14.4 der Tagesordnung auf:

Wahl des Bundesschatzmeisters

Vorgeschlagen ist unser Freund Walther Leisler Kiep. Wir nehmen diese Wahl mit dem Stimmzettel Nr. 3 vor. Gültig sind alle Stimmzettel, auf denen der Name, Ja, Nein oder Enthaltung steht. Unbeschriftete Stimmzettel werden als Enthaltung gezählt. Stimmzettel, die einen anderen Namen tragen, gelten als ungültig.

Ich eröffne den Wahlgang und bitte die Delegierten wiederum, ihre Stimmzettel in die Wahlurnen zu werfen.

Sind alle Stimmzettel abgegeben? - Ich frage nochmals, ob alle Stimmzettel abgegeben sind. - Das ist der Fall. Dann schließe ich den Wahlgang.

Ich gebe bekannt, daß sich die Antragskommission jetzt im Konferenzsaal Nr. 2 trifft.

Bernhard Jagoda, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor wir den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufen, warten wir noch auf das Ergebnis der Wahl der sieben Stellvertreter. Bis dahin ist der Parteitag unterbrochen.

(Kurze Unterbrechung)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben doch den richtigen Generalsekretär gewählt: Er hat hier sofort das Stimmenergebnis besorgt.

Ich gebe Ihnen das Ergebnis der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden bekannt: abgegebene Stimmzettel 732, ungültig 6; gültige Stimmzettel 726. Die erforderliche Mehrheit beträgt 364. Es erhielten:

Herr Dr. Stoltenberg 699,

(Beifall)

Herr Dr. Albrecht 614,

(Beifall)

Frau Dr. Hanna-Renate Laurien 609,

(Beifall)

Herr Dr. Blüm 559,

(Beifall)

Herr Dr. Dregger 530,

(Beifall)

Herr Späth 528,

(Beifall)

Herr Prof. Dr. Biedenkopf 427.

(Beifall)

Ich stelle fest, daß alle sieben Kandidaten die erforderliche Mehrheit errungen haben.

(Beifall)

Ich darf die Gewählten fragen: Nimmt wider Erwarten jemand die

Wahl nicht an? - Ich stelle damit fest, daß alle Kandidaten angenommen haben. Ich gratuliere herzlich und wünsche Ihnen für die künftige Arbeit viel Kraft und Erfolg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf auch gleich das Ergebnis der Wahl des Schatzmeisters bekannt geben: abgegebene Stimmzettel 632, ungültige Stimmen 3, Enthaltungen 15; mithin gültige Stimmen 614. Mit Ja stimmten 584 Delegierte, mit Nein 30.

(Beifall)

Ich frage den Schatzmeister, ob er die Wahl annimmt. (Walther-Leisler Kiep: Ich nehme die Wahl an.)

Ich gratuliere auch hier herzlich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wünschen unserem Schatzmeister eine glückliche Hand und volle Kassen. Historisch gesehen ist das Amt des Finanzministers und auch eines Schatzmeisters der CDU nicht ohne Risiko. In Frankreich hat man in der Zeit von 1315 bis 1781 37 Finanzminister geköpft. Wir wählen unsere mit überwiegenden Mehrheiten, und das ist gut so.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt Punkt 14.5 der Tagesordnung auf:

Wahl der übrigen Mitglieder des Bundesvorstandes

Ich erteile das Wort unserem Bundesvorsitzenden, Dr. Kohl.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf noch für wenige Augenblicke um Ihre Aufmerksamkeit bitten. Ich will zu einigen Punkten, die sich aus dem Wahlgang ergeben, einige Bemerkungen machen.

Zunächst darf ich folgendes feststellen: Unser Freund Hans Filbinger hat sich entschlossen, nicht mehr für den Bundesvorstand zu kandidieren. Ich danke ihm für seine Arbeit für unsere Sache in vielen Jahrzehnten in wichtigen Ämtern unserer Partei und unseres Staates. Ich danke ihm vor allem dafür, daß er trotz der infamen Verleumdungskampagne, die gegen ihn entfesselt wurde, seine Arbeit für unsere Partei fortgesetzt hat.

(Beifall)

Meine Freunde, die Verleumdungskampagne gegen Hans Filbinger ist in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ohne Beispiel. Wir alle sollten bereit sein, aus den bitteren Erfahrungen dieses Kessel-treibens zu lernen. Um so wichtiger ist es, daß wir diese Vorgänge nicht auf sich beruhen lassen und einfach zur Tagesordnung übergehen.

Ich will in diesem Zusammenhang zwei Aussagen von Gewicht zitieren. Professor Ernst Hirsch, ehemaliger Ordinarius und Rektor der Freien Universität Berlin, aus rassischen Gründen im Dritten Reich verfolgt und emigriert, schreibt in diesem Jahr in seinem letzten Buch zu den Vorgängen - ich zitiere -: "Es fehlt der Geist eines Emile Zola, der das Unrecht, das man Hans Filbinger angetan hat, auf die Gasse schreibt."

Und ich will einen zweiten Zeitgenossen zitieren, dessen Zeugnis wir leider erst jetzt - und dies bedauere ich außerordentlich - in die Hände bekommen haben. Dr. Alexander von Hase, der Sohn des nach dem 20. Juli 1944 hingerichteten Stadtkommandanten Paul von Hase, erinnert sich in einem Brief an uns an ein Gespräch zwischen

seinem Vater und dem ebenfalls nach dem 20. Juli hingerichteten Chefrichter des deutschen Heeres, Dr. Karl Sack, in dem dieser im Blick auf den bevorstehenden Staatsstreich des 20. Juli ganz ausdrücklich auf die patriotische und antinationalsozialistische Gesinnung Hans Filbingers hinwies.

Meine Freunde, ich möchte diese heutige Gelegenheit des Parteitages in Mannheim, der Geburtsstadt Hans Filbingers, gern nutzen - ich bin sicher, ich darf dies auch in Ihrem Namen und mit Ihrer Zustimmung tun - Hans Filbinger unseren Dank, unseren Respekt und unser Vertrauen auszusprechen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

- Ich darf mich sehr herzlich bei Ihnen bedanken und darf noch einige kurze Bemerkungen anfügen.

Zum Amt des Mitglieds des Parteipräsidiums hat nicht wieder kandidiert Hans Katzer. Er ist nach vielen Jahren der Tätigkeit als Stellvertretender Parteivorsitzender aus diesem Wahlamt ausgeschieden. Ich darf auch ihm für seine Mitarbeit und die Mitgestaltung unserer Arbeit sehr herzlich danken. Hans Katzer hat nach der Wahl des Europäischen Parlaments die wichtige Aufgabe eines Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments übernommen, und ich wünsche mir, daß er in dieser Funktion für die Arbeit des Präsidiums auch weiterhin zur Verfügung steht. Ich darf schon jetzt ankündigen, daß ich dem kommenden Parteitag im Herbst eine Satzungsänderung vorschlagen möchte, die das Präsidium betrifft; denn ich halte es für zwingend notwendig, daß die wichtigen Führungsfunktionen des Europäischen Parlaments - beispielsweise, falls wir ihn stellen, der Präsident des Europäischen Parlaments, beispielsweise, wenn wir ihn stellen, der Vorsitzende der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments - voll in die Arbeit der CDU Deutschlands eingebunden werden.

(Beifall)

Ich halte es für notwendig, daß wir die wichtigen Funktionen des Europäischen Parlaments in unserer Satzung genauso behandeln wie die Funktionen, die wir im Rahmen des Deutschen Bundestages zu vergeben haben.

Ich will weiterhin ankündigen - ich habe das schon vor Wochen im Bundesvorstand und im Parteipräsidium dargelegt -, daß ich auch in Zukunft Rainer Barzel bitten will, uns im Vorstand und im Präsidium mit Rat und Tat zur Verfügung zu stehen.

(Lebhafter Beifall)

Und ein Letztes, meine Freunde. Es ist nicht meine Aufgabe und nicht meines Amtes, Ihnen jetzt für die bevorstehende Wahl zum Bundesvorstand einen Rat zu geben. Aber es ist meines Amtes, ein Wort der Vernunft - wenn Sie so wollen - und eine Bitte vorzutragen. Wir kennen im Gegensatz zu anderen Parteien keine Satzungsbestimmung, die garantiert, daß alle Landesverbände der CDU Deutschlands wenigstens mit einem Sitz im Bundesvorstand vertreten sind. Es hat geschichtliche Gründe, warum das so ist. Aber diese Gründe können keinen Delegierten in diesem Saal daran hindern, sich vernünftig zu entscheiden. Mein Appell an die Vernunft ist: Wählen Sie bitte - was immer Sie wählen - so, daß alle Landesverbände der CDU sich auch im höchsten Führungsgremium unserer Partei, dem Bundesvorstand, wiederfinden.

(Beifall)

Bernhard Jagoda, Tagungspräsident: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gehe davon aus, daß Ihnen der Stimmzettel für die Wahl der 20 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes vorliegt. Können wir uns in Anbetracht der Zeit darauf verständigen, daß diese Namen nicht noch einmal vorgelesen werden? Findet das Ihre Billigung, oder wird Verlesung gewünscht? - Also nicht.

Darf ich dann noch zwei Geschäftsordnungsfragen klären.

Wird die Vorstellung der Kandidaten gewünscht?

(Zurufe: Nein!)

Das ist nicht der Fall. Sodann liegt mir eine Wortmeldung vor. Wird weiter das Wort zu Punkt 14.5 gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann betrachte ich dies als Schluß der Rednerliste. Ich erteile das Wort Herrn Roland Koch. Ich bitte noch nicht abzustimmen; wir sind noch nicht soweit.

Roland Koch: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich bitte am Anfang um Entschuldigung, daß ich zu dieser Stunde hier noch spreche. Aber ich halte es für wichtig, daß wir uns vor der Wahl der Beisitzer darüber unterhalten, wer da gewählt wird. Ich habe einen konkreten Grund, und ich bitte, daß Sie dem jüngsten Kreisvorsitzenden Ihrer Partei die Ausnahme gestatten, hier noch zu sprechen.

Es gibt in diesem Saal unter den Landesverbänden Absprachen, wenn man wählen soll. Sie alle wissen dies von gestern abend.

(Widerspruch)

Entschuldigen Sie bitte, ich trage das vor. Es gibt eine Absprache, die schriftlich verteilt worden ist; deshalb beziehe ich mich auf sie. Eine sehr starke Gruppe von Ihnen kennt diese Absprache. Dieser Zettel beginnt mit dem Namen Dr. Worms und endet mit Herrn von Bismarck. Ich möchte ausdrücklich erklären, daß ich Pragmatiker genug bin, um zu wissen, daß es töricht wäre, gegen Absprachen zu sprechen. Aber ich meine, daß es richtig ist, daß wir auf dem Parteitag dann offen einander sagen, was besprochen ist.

Diese Absprache, auf die ich mich beziehe, beinhaltet, daß die These "trau keinem unter 40" für den Bundesvorstand in Zukunft gelten soll, da weder der Bundesvorsitzende Matthias Wissmann noch Christian Wulff in diesem Vorschlag enthalten sind. Ich möchte Sie sehr herzlich bitten, das ernst zu nehmen, was Helmut Kohl und Heiner Geißler über die junge Generation gesagt haben, und dafür zu sorgen, daß auch unser Bundesvorstand ein Spiegelbild ist.

(Beifall)

Ich möchte nicht, daß es besondere Präferenzen gibt. Ich glaube auch nicht, daß es der Vortrag eines Sonderinteresses ist, wenn ich Sie bitte, daran zu denken, daß eine Partei, die insbesondere um die jungen Menschen kämpfen will und kämpfen muß, dies nicht damit dokumentieren kann, daß sie ausgerechnet die Repräsentanten dieser Gruppe in ihrem Spiegelbild des Bundesvorstands nicht wiederfinden läßt.

(Beifall)

Die Verdienste von Matthias Wissmann kennen Sie. Er ist, über alle Parteien hinweg gesehen, der führende junge Politiker in der Bundesrepublik Deutschland. Er sollte nicht nur schlechthin gewählt werden; wir müssen ihm auch ein gutes Ergebnis auf diesem Partei-

tag geben.

Ich will ein Zweites hinzufügen. Natürlich gibt es viele im Saal, die sagen: Einen 21jährigen zu wählen - und Christian Wulff ist 21 Jahre -, das ist so eine Sache; der kann auch noch ein bißchen warten! - Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist ein Argument, das man zu wägen hat. Bitte, lassen Sie mich nur eines dagegen sagen: Glauben Sie mir bitte aus meiner Arbeit, daß es ungeheuer viel hilft, unter jungen Menschen sagen zu können, es sind nicht nur ein paar Außenseiter in der CDU, die euch Jugendlichen in der Universität und in der Schule etwas zu sagen haben, sondern diese Partei stattet auch so junge Leute mit einem Vertrauensvorschuß aus und gibt ihnen nicht nur im nachhinein das Vertrauen. Deshalb bitte ich Sie auch um Ihre Stimme für Christian Wulff.

(Lebhafter Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß, daß die meisten von Ihnen abgestimmt haben. Ich weiß aber auch, daß die Absprachen immer auf 15 Namen hinauslaufen. Ich bitte deshalb um zwei weitere Kreuze, um sicherzustellen, daß die beiden Freunde dann unter 17 gewählt sind.

Ich will ein Letztes hinzufügen, was nichts mehr mit der jungen Generation zu tun hat. Dieser Zettel mit diesem Vorschlag enthält auch einen weiteren Namen nicht, was mich sehr betroffen gemacht hat. Wir stehen vor wichtigen Wahlen in Berlin. Auf diesem Zettel fehlt der Name von Richard von Weizsäcker. Ich bitte, daß Sie ihn alle daraufschreiben. Vielen herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Bernhard Jagoda, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich den Wahlgang eröffne, möchte ich noch auf folgendes hinweisen. Nach § 43 Abs. 3 des Statuts sind Stimmzettel, auf denen nicht mindestens drei Viertel, also im vorliegenden Fall 15 der zu wählenden Kandidaten angekreuzt sind, ungültig. Ebenfalls ungültig sind Stimmzettel, auf denen mehr als 20 Kandidaten angekreuzt sind, sowie Stimmzettel, auf denen die Namen anderer Kandidaten als abgedruckt geschrieben werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne jetzt den Wahlausgang und bitte Sie, in den Stimmkabinen Ihre Stimmzettel auszufüllen. Ich bitte Sie aber, danach wieder in den Saal hereinzukommen, denn wir müssen noch die Wahl der Rechnungsprüfer durchführen.

Ich gebe weiterhin bekannt: Die Mitglieder der Antragskommission werden gebeten, sich nach der Abgabe ihrer Stimmzettel im Büro der Antragskommission einzufinden.

Meine Damen und Herren, ich frage, ob alle Delegierten ihre Stimmzettel abgegeben haben. - Das ist der Fall. Dann schließe ich den Wahlgang.

Ich rufe Punkt 14.6. der Tagungsordnung auf: Wahl der Rechnungsprüfer.

Es ist Wiederwahl der Rechnungsprüfer, der Herren Erik Blumenfeld und Alfons Horten, vorgeschlagen. Ich frage, ob weitere Vorschläge gemacht werden. - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Wahl. Wer für die Wahl der vorgeschlagenen Herren ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ich stelle fest, daß die Wahl einstimmig erfolgt

ist. Damit sind die Herren gewählt.

Wir kommen zum Ende der 2. Plenarsitzung. Ich möchte alle Delegierten eindringlich darauf hinweisen, daß sie ihre Sitzungsunterlagen mitnehmen. Sonst finden sie die Unterlagen morgen nicht wieder hier im Saal. Es wird heute gründlich reingemacht.

Ich gebe weiterhin bekannt, daß der Parteitag morgen um 9 Uhr fortgesetzt wird und daß die Wahlergebnisse zu Beginn bekanntgegeben werden. Danach werden die Tagesordnungspunkte 15 und 16 aufgerufen.

Für den Transport zum baden-württemberger Abend stehen für die Delegierten ab sofort Busse am Wasserturm bereit. Die Multihalle befindet sich im Gartenschaugelände im Herzogenriedpark. Die Rückfahrt der Busse ist für 24 bzw. 1 Uhr festgesetzt.

Ich wünsche Ihnen im Namen des Tagungspräsidiums einen wunderschönen Abend und verabschiede mich bis morgen früh.

(Schluß: 20.18 Uhr)

Zweiter Verhandlungstag
Dienstag, 10. März 1981

3. Plenarsitzung
Beginn: 9.04 Uhr

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren!
Liebe Freunde! Ich eröffne die heutige Sitzung unseres Parteitages
und heiÙe Sie alle herzlich willkommen.

Zu Beginn unserer Arbeit möchte ich ein herzliches Wort des Dankes
an unsere Freunde aus Baden-Württemberg für den wunderbaren Abend
gestern sagen. Herzlichen Dank, lieber Lothar Späth, und allen, die
das mit vorbereitet haben.

(Beifall)

Lothar Späth sagte gerade, die zum Teil auch ganz interessanten Fol-
gen seien unabsehbar. Es ist sicherlich so, daß das mit dem Ablauf
der Zeit alles noch viel schöner wird.

Meine lieben Freunde, ich darf zunächst das Ergebnis der Wahlen für
die übrigen 20 Mitglieder des Vorstandes bekanntgeben. Es wurden
725 Stimmzettel abgegeben. Ungültig davon waren 7. Enthaltungen: 7.
Gültige Stimmzettel: 718. Die erforderliche Mehrheit betrug 360
Stimmen.

Von den gültigen Stimmen sind entfallen: auf Dr. von Weizsäcker 684
Stimmen,

(Beifall)

auf Dr. Wallmann 675 Stimmen,

(Beifall)

auf Dr. Bernhard Vogel 655 Stimmen,

(Beifall)

auf Wilfried Hasselmann 611 Stimmen,

(Beifall)

auf Dr. Manfred Wörner 561 Stimmen,

(Beifall)

auf Dr. Bernhard Worms 527 Stimmen,

(Beifall)

auf Dr. Burkhard Ritz 514 Stimmen,

(Beifall)

auf Heinrich Windelen 507 Stimmen,

(Beifall)

auf Dr. Roman Herzog 504 Stimmen,

(Beifall)

auf Annemarie Griesinger 500 Stimmen,

auf Matthias Wissmann 491 Stimmen,

(Beifall)

auf Horst Waffenschmidt 481 Stimmen, auf unseren Freund Koch 475 Stimmen, auf Frau Dr. Wex 473 Stimmen, auf Friedrich Vogel 458 Stimmen,

(Beifall)

auf Professor Zeitel 447 Stimmen; auf Dr. von Bismarck 434 Stimmen, auf Dr. Schwarz-Schilling 425 Stimmen,

(Beifall)

auf Elmar Pieroth 397 Stimmen.

Meine lieben Freunde, diese 19 Kandidaten sind gewählt. Um den Platz 20 wird es eine Stichwahl geben müssen. Die Freunde Scherer und Wolfgang Vogt haben je 395 Stimmen bekommen.

Die Stimmzettel für die Stichwahl sind von der Bundesgeschäftsstelle vorbereitet worden. Ich darf bitten, daß die Landesgeschäftsführer diese Stimmzettel jetzt abholen, damit wir gleich, nachdem noch einige andere Aufgaben des Parteitages erledigt worden sind, den Wahlgang durchführen können.

Meine lieben Freunde, ich habe die Freude, für das Präsidium und Sie alle noch einen Gast zu begrüßen. Es ist unser Freund Walter Rosa, Generalbevollmächtigter der Trienter Tiroler Volkspartei für die Europäische Union. Herzlich willkommen in unserer Mitte.

(Beifall)

Gestern schon konnten wir in unserer Mitte unseren Freund Amaral begrüßen. Er ist auch heute morgen wieder bei uns. Wir haben jetzt die große Freude, daß unser Freund Amaral zu uns ein Grußwort spricht. Ich darf ihm das Wort erteilen. Bitte schön, Freund Amaral.

Diogo Freitas do Amaral, CDS (mit Beifall begrüßt) (Niederschrift auf der Grundlage der deutschen Übersetzung): Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich spreche heute zu Ihnen zuerst im Namen aller ausländischen Delegationen, die hier bei Ihnen in Mannheim sind. Ich danke in ihrem Namen für Ihre Gastfreundschaft.

Wir beglückwünschen Sie zu diesem Parteitag, und wir beglückwünschen Sie zu Ihren Leistungen als Partei. Wir hoffen und wünschen, daß Sie als Union bald die höchste Verantwortung in Ihrem Lande übernehmen können, und wir drücken Ihnen dazu die allerbesten Wünsche aus. Wir hoffen, daß der Führer Ihrer Partei bald auch der Kanzler der Bundesrepublik sein wird.

(Beifall)

Als zweites möchte ich an Sie einige Worte als Vertreter der Christlich Demokratischen Partei Portugals richten. Die europäischen Christdemokraten im allgemeinen und die Christlich Demokratischen Union der Bundesrepublik im besonderen haben eine besondere Rolle gespielt, indem sie uns während des schwierigen Kampfes gegen den Kommunismus in unserem Lande im Jahre 1975 so tatkräftig unterstützt haben.

(Beifall)

Wir konnten uns immer auf die Solidarität der CDU verlassen. Sie haben uns sehr viel geholfen; Sie haben uns niemals vergessen.

Für diese Hilfe zur rechten Zeit am rechten Platz möchte ich mich noch einmal aus vollem Herzen bedanken.

(Beifall)

Als drittes möchte ich zu Ihnen in meiner neuen Eigenschaft als Präsident der Europäischen Union der Christdemokraten sprechen. Ich folge in diesem Amt einer Person, der ich meine allerhöchste Hochachtung und mein allerhöchstes Lob aussprechen möchte, weil er ein hervorragender Präsident gewesen ist. Sie kennen diesen Mann alle sehr gut; denn er stammt aus Ihrer Partei. Ich spreche von Herrn von Hassel.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen eine Frage stellen. Wissen Sie, was die Europäische Union der Christdemokraten ist? Wir alle sollten wissen, warum es sich handelt. Die Europäische Union der Christdemokraten ist die stärkste politische Kraft in Westeuropa. In den ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament haben wir den größten Stimmanteil gewonnen, nämlich 32,8 Millionen Wählerstimmen. Das sind 3,3 Millionen Stimmen mehr, als die Sozialisten und Sozialdemokraten zusammen erhalten haben.

(Beifall)

Aus den eben genannten Gründen wird es mein Hauptanliegen als Präsident sein, den Christdemokraten in Europa die politische Stellung und die politische Stimme zu verschaffen, die dem Stimmenanteil gemäß sind, den wir gewonnen haben. Wir sind stärker als die Sozialistische Internationale. Lassen Sie uns deshalb daran arbeiten, daß unsere Stimme auch entsprechend laut ist und gehört wird.

(Beifall)

Wofür werde ich sprechen, wofür sollen wir sprechen? Ich möchte drei Ideen erwähnen. Erstens. Wir Christdemokraten sind den Grundideen der Demokratie, der Freiheit und der Menschenrechte verpflichtet. Wir werden uns - und haben das stets getan - immer gegen Diktaturen wenden, gleichgültig von welcher Seite sie kommen. Wir dürfen nie davon ausgehen, daß Demokratien etwas Natur- und Gottgegebenes sind. Wir brauchen uns nur anzuschauen, was in Portugal im Jahre 1975 passiert ist, was in der Türkei im Jahre 1980 geschehen ist und was vor kurzem in Spanien vorgefallen ist. Die Demokratie ist immer in Gefahr. Wir werden für die Demokratie, für die Freiheit gegen alle ihre Feinde kämpfen, gleichgültig von welcher Seite sie auch kommen mögen.

(Beifall)

Zweitens möchte ich betonen, daß wir einstehen für die nationale und die europäische Unabhängigkeit gegenüber einem sich ausweitenden Sowjetimperialismus. Schauen Sie, was in Afghanistan geschehen ist, blicken Sie auf El Salvador, und stellen Sie sich vor, was möglicherweise in Polen geschehen könnte. Wir müssen unsere Augen öffnen, um die Gefahren sehen zu können. Wir müssen unseren Willen deutlich demonstrieren, die Übergriffe der Sowjetunion einzudämmen. Wir müssen eine überzeugende, klare und feste Haltung einnehmen und sie der Strategie der Sowjetunion entgegensetzen.

(Beifall)

Lassen Sie uns eine klare und feste Haltung einnehmen. Wir dürfen keine Angst haben, denn wir haben Recht und sie haben Unrecht. Die Sowjetunion will die Diktatur, wir wollen die Demokratie. Die Sowjetunion will die Dritte Welt dominieren, wir wollen nationale Unabhängigkeit. Sie wollen Kollektivismus, Bürokratie und Staatskontrolle, wir wollen Freiheit, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung.

Sie haben die Mauer in Berlin gebaut, nicht wir. Sie liegen falsch, wir haben das Recht auf unserer Seite.

(Beifall)

Und schließlich, meine Damen und Herren, last not least: Wir Christdemokraten stehen ein und sprechen für wirtschaftliche Entwicklung, für soziale Reformen, für eine bessere Lebensqualität. Wir stehen ein für den Fortschritt, nicht für den Sozialismus. Der Sozialismus kann nicht immer den Frieden und die Freiheit geben, und der Sozialismus bedeutet fast nie Fortschritt. Wir stehen ein für ein breiteres Konzept, für ein Konzept, das auch die kulturellen, moralischen und geistigen Aspekte unseres Lebens beinhaltet.

(Beifall)

Die Europäische Union der Christdemokraten wird alle Anstrengungen unternehmen, um das Wissen und die Kenntnis über unsere Identität und über unser Gedankengut zu vervielfältigen und zu verbreiten. Wir wissen, daß es um einen Kampf der Ideen geht, und wir werden diesen Kampf gewinnen.

(Beifall)

Liebe Freunde, danke schön und alles Gute.

(Lebhafter Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Lieber Freund Amaral, der Parteitag dankt Ihnen für dieses Grußwort. Ich möchte Ihnen für die Christlich Demokratische Union Deutschlands und für diesen Parteitag noch einmal unsere besten Wünsche für Ihr wichtiges Amt an der Spitze der Europäischen Union der Christlichen Demokraten zum Ausdruck bringen. Alles Gute und Glückauf für diese wichtigen Aufgaben, die jetzt vor Ihnen stehen.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, ich habe einige geschäftsleitende Bemerkungen zu machen.

Zunächst bitte ich die Stimmzählkommission, sofort in ihren Sitzungsraum zu kommen.

Dann ist mir mitgeteilt worden, daß einige Landesverbände noch nicht die Stimmzettel für die notwendige Stichwahl abgeholt haben. Ich bitte also noch einmal die Landesgeschäftsführer sehr herzlich, sich zu den vereinbarten Büro zu begeben, um dort die Stimmzettel für die Stichwahl abzuholen. - Es wird mir gerade gesagt, die Stimmzettel für Nordbaden, Nordwürttemberg und Oldenburg seien noch abzuholen.

Meine lieben Freunde, ich möchte Ihnen vorschlagen, daß wir gemäß der für heute vorgesehenen Tagesordnung zunächst den Punkt 16 - Wohnungsbaupolitik - aufrufen. Wir haben im Präsidium vereinbart, daß zunächst die Begründung des Antrags des Bundesvorstandes durch unseren Freund Lothar Späth erfolgt und daß wir nach dieser Begründung eine kurze Generaldebatte führen. Wir werden, sobald alle technischen Voraussetzungen gegeben sind, die notwendige Stichwahl in den Ablauf des Parteitages einfügen.

Meine Damen und Herren, damit rufe ich jetzt Tagesordnungspunkt 16 auf: Wohnungsbaupolitik

Ich erteile zunächst unserem Freund Lothar Späth das Wort zur Begründung des Antrags des Bundesvorstandes.

Lothar Späth: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir haben es bei dem Thema Wohnungsbau mit einem sehr komplizierten und komplexen Thema zu tun. Deshalb möchte ich einleitend etwas zu den Grundüberlegungen und Grundzügen des Wohnungsbaupapiers,

der Vorlage des Bundesvorstandes, sagen.
Die erste Bemerkung, die ich machen möchte, betrifft die allgemeine politische Situation, in der sich die Debatte um Fragen des Wohnungsbaus und der Städtebaupolitik gegenwärtig bewegt. Wir haben, meine Freunde, den grotesken Zustand, daß das Kind in den Brunnen gefallen ist und diejenigen, die es in den Brunnen gestoßen haben, laut über die Unachtsamkeit des Kindes jammern und ihm zum Teil noch Böswilligkeit unterstellen.

(Beifall)

Wenn man einige Vertreter der SPD und der FDP zu diesem Thema hört, hat man den Eindruck, sie wollen behaupten, das Kind sei nur in den Brunnen gefallen, um ihnen neue Schwierigkeiten zu machen. In Wirklichkeit aber ist hier ein Bild sichtbar, das über zehn Jahre systematisch politisch entwickelt wurde, ob die, die das getan haben, es wahrhaben wollen oder nicht.

Die massiven staatlichen Interventionen nach dem Prinzip "alles möglichst global, alles möglichst bürokratisch und alles möglichst fiskalisch und antimarktwirtschaftlich" haben dazu geführt, daß heute der freie Wohnungsbau, vor allem der freie Mietwohnungsbau, praktisch tot ist und daß die Subventionsbelastung, die wir heute für eine soziale Mietwohnung haben, eine Größenordnung erreicht hat, die beinahe nicht mehr tragbar ist.

Die Realität ist, daß immer mehr Leute eine Berechtigung für den sozialen Wohnungsbau bekommen, aber immer weniger Sozialwohnungen gebaut werden. Unter der CDU war das umgekehrt; da hat man nicht immer die Zahl der für Sozialwohnungen Berechtigten erhöht. Und der Bau von neuen Wohnungen ist, meine Damen und Herren, immer noch der beste Mieterschutz!

(Beifall)

Ich möchte hier eine Vorbemerkung zu dem Grundsatz machen, die marktwirtschaftlichen Elemente auch im Sektor des Wohnungs- und Städtebaus so weit wie möglich zum Zuge kommen zu lassen, zu einem Grundsatz, der einerseits sträflich verletzt wird. Andererseits aber füge ich hinzu: Wir dürfen diese Thema nicht nach dem Prinzip der reinen Lehre der Marktwirtschaft oder der reinen Lehre, der Wohnungsbau sei wegen seiner sozialen Aspekte für die Marktwirtschaft nicht geeignet, diskutieren. Vielmehr liegt hier der Begriff "Soziale Marktwirtschaft", der mit unserer politischen Position in allen Bereichen so eng verknüpft ist, richtig: nämlich marktwirtschaftliche Elemente auch dort, wo soziale Absicherungen so weit notwendig sind, daß sie dort, wo soziale Interessen der Bevölkerung verletzt werden, den Markt nicht frei lassen.

Dies war der Grundgedanke der Wohnungspolitik der CDU, und deshalb waren wir im Jahre 1965 in dieser Entwicklung im Grunde auch weiter, als wir es heute sind.

Der Gedanke des Lücke-Konzepts, nämlich die private Investitionsbereitschaft immer weiter zu fördern und die Chance eines sich ausgleichenden Wohnungsmarkts zu nutzen, wieder mehr Marktwirtschaft in den Wohnungsbau zu bringen und gleichzeitig mit dem Wohnungsgeld die subjektiven Bedingungen derjenigen, die die Marktmiete nicht bezahlen können, entscheidend zu verändern, war im Grunde der richtige Gedanke.

Was wir heute mit all den Festschreibungen haben, ist ein System, das kein Mensch mehr überblickt. Wir haben im Wohnungsbau keine Bewegung, keine Dynamik mehr, sondern ein starres System, und das in

einer Situation, in der sich die Wohnfläche pro Bewohner der Bundesrepublik etwa von 15 auf 28 qm vergrößert hat, was bedeutet, daß wir im Grunde viel mehr Wohnraum, aber trotzdem für die Familien noch nicht die richtigen Wohnungen haben.

Woran liegt das? 1,7 Millionen Sozialwohnungen sind heute von Mietern belegt, die nicht im Traum daran denken, diesen Besitzstand aufzugeben, die aber nach ihrem Einkommen überhaupt nicht in diese Wohnungen gehören. Demgegenüber haben wir Hunderttausende von Bürgern, die berechtigt sind und dringend eine Sozialwohnung benötigen, die aber auf den freien Markt verwiesen werden. Während also die eine Gruppe mit staatlichen Fördermitteln ohne Berechtigung in den falschen Wohnungen sitzt, kommt die andere, die Gruppe der Berechtigten, nicht zum Zuge.

Lassen Sie mich das an einem Beispiel verdeutlichen. In der Stadt Stuttgart gibt es 19 000 Wohnungen mit mehr als 3 1/2 Zimmern, die von Ein- bis Zweipersonenhaushalten belegt sind, und gleichzeitig gibt es 23 000 Mehrkinderfamilien, die in dieser Stadt keine Sozialwohnung finden können.

Das sind die Fehlentwicklungen, die entstehen, wenn man mit einem starren Prinzip gewissermaßen die Miete nach dem Baujahr festlegt und kein Mensch mehr erkennen kann, wo der Sinn dieser Mietfestlegung heute liegt.

Am besten wird das deutlich, wenn wir uns vor Augen halten, daß vor 25 Jahren Wohnungen an Mieter, die kinderreich waren, mit einer Sonderförderung durch ein zinsloses Darlehen mit einer Laufzeit von 80 Jahren vergeben wurden und daß in einer solchen Wohnung jetzt vielleicht ein Kind dieser Mehrkinderfamilie - jetzt verheiratet ohne Kinder - wohnt und immer noch - und zwar fast für die nächsten 60 Jahre - die Mietsubvention aus dem Darlehen für kinderreiche bezieht. Meine Damen und Herren, dann, wenn Sie keine Bewegung in diese Geschichte bringen, werden wir - das ist kein Wunder - diesem Problem nicht beikommen.

(Zustimmung)

Ich werde gleich darauf zu sprechen kommen, wohin unsere Vorschläge gehen. Aber das erste ist, daß wir feststellen müssen, daß dieses starre System der Festschreibungen nicht mehr Bewegung in den vorhandenen Wohnraum bringt, daß es keine Mittel zurückmobilisiert und keine neuen Wohnungen schafft, sondern im Grunde eine Verwaltung der Not bedeutet, eine Verwaltung, der jetzt etwa mit der Fehlbelegungsabgabe nur noch einmal eine neue Bürokratie aufgesetzt wird.

(Zustimmung)

Der zweite Bereich: Sie werden so lange niemanden finden, der Geld in den Wohnungsbau, vor allem in den Mietwohnungsbau, steckt, wie er nicht nur eine negative Rendite zu erwarten hat, sondern auch eine Situation gegeben ist, in der er psychologisch verdächtigt wird, weil er sein Geld in Baueigentum - nicht zu verwechseln mit Spekulation - anlegt. Die Tatsache, daß die Versicherungswirtschaft 30 Milliarden DM Kapital, das jedes Jahr gebildet wird, früher etwa zu 20 bis 30 % in den Mietwohnungsbau gegeben hat, heute aber im Jahr noch nicht einmal 2 000 Mietwohnungen von der Versicherungswirtschaft gebaut werden, zeigt doch, daß die Teile der Bevölkerung, die - im Gegensatz zur Bundesregierung - noch rechnen können, eben nicht bereit sind, zu den heutigen gesetzlichen Bedingungen Geld in den Wohnungsbau zu investieren.

(Beifall)

Sie werden ein Problem nie lösen können, wenn Sie meinen, es sei ja gar nicht schlimm, wenn der private Investor ausscheide; das sei ja erwünscht, denn dadurch komme er nicht in kapitalistische Versuchsungen, und dafür könne dann die öffentliche Hand investieren. Dann, wenn Sie sich heute überlegen, daß für eine Mietwohnung - von der öffentlichen Hand nach den jetzigen Mietrechtlinien finanziert - in durchschnittlichen Mittel- und Großstädten ein zinsloser Darlehensbetrag von 150 000 DM notwendig ist, dürfen Sie sich nicht darüber wundern, daß der soziale Wohnungsbau unfinanzierbar wird.

Dann, wenn 60 % der Bevölkerung Anspruch auf eine solche Wohnung haben, ist ganz klar, daß sich daraus ein Lotteriespiel ergibt: 1 % der Berechtigten bekommt die Wohnung; der Mieter bezieht dann im Ergebnis jeden Monat eine steuerfreie Subvention von 1 200 DM von der öffentlichen Hand. 99 % der Mieter haben demgegenüber zwar den Berechtigungsschein, aber immer noch keine Chance.

Es ist also besser, allen etwas mehr Lasten zuzumuten, die sozial Schwachen durch das Wohngeld davon zu befreien, diejenigen, die in den falschen Wohnungen sitzen, durch eine etwas höhere Miete zu belasten und das zurückfließende Geld verstärkt für die Subvention und die - auch steuerliche - Förderung derer einzusetzen, die bereit sind, zu geringer Rendite Geld in den Wohnungsbau zu geben.

(Zustimmung)

Ein Letztes zur Eigentumsdiskussion: Meine Freunde, die CDU muß die Partei des Eigentums bleiben, und wir dürfen nicht zulassen, daß wir mitdiskutieren, wenn es um die Verunglimpfung des Eigentums in unserer Gesellschaft geht.

(Beifall)

Ich sage das, weil es auch immer wieder Leute gibt, die darauf hinweisen, daß die steuerlichen Vorteile des § 7 b, die wir für Hauseigentümer geben, im Grunde den Bezieher eines höheren Einkommens besser als den Bezieher eines niedrigen Einkommens stellen.

Da ist etwas dran. Aber ich sage Ihnen: Jeder, der mit steuerlichen Erleichterungen sein Eigenheim baut, macht eine Mietwohnung frei oder beansprucht keine Mietwohnung. Die beste Freiheitsposition in dieser Gesellschaft für jeden, dem es möglich ist, ist immer noch das Eigentum. Deshalb müssen wir das nachhaltig fördern.

(Beifall)

Nach einer Untersuchung, die wir gemacht haben, sind zwar die Mieter bei einer Miete, die mehr als 20 % des Nettoeinkommens beträgt, in der Regel empfindlich: aber der Durchschnitt der Bezieher mittlerer Einkommen, die Häuser bauen, ist in der Regel bereit, bis zu 40 % des Nettoeinkommens für die Eigentumsbildung auszugeben. Auch das müssen wir berücksichtigen: daß wir mit diesen steuerlichen Anreizen sichere Arbeitsplätze schaffen, eine hohe Eigentumsquote erreichen und den Familien helfen, ihnen die beste Form des Wohnens, nämlich die im eigenen Eigentum, zu ermöglichen.

(Beifall)

Aber was wir gegenwärtig haben, ist im Grund eine Lösung, bei der die Eigentümer, die bauen, nach dem Prinzip bestraft werden: Wenn die, die eine Mietwohnung brauchen, keine Mietwohnung bekommen, müssen wir sicherstellen, daß die, die Eigentum erwerben wollen, daran möglichst gehindert werden, damit keine Ungerechtigkeiten entstehen.

(Beifall)

Wenn wir ganz einfach darangehen, zu überlegen, was die Rezepte sind, mit denen wir die jetzige Situation verbessern können, dann müssen wir wissen, daß es keine einfachen und keine schmerzlosen Lösungen gibt. Dies sollten wir ganz offen sagen. Es gibt keine Lösung, die von heute auf morgen wirkt. Aber es gibt vor allem auch keine Lösung, die auf dem Prinzip basiert: Die, die eine Wohnung brauchen, sollen jetzt besser eine Wohnung bekommen; aber die, die eine haben - auch zu Bedingungen, die ihnen eigentlich nicht mehr zustehen -, sollen in ihrem Besitzstand nicht angetastet werden. Dies ist nicht miteinander zu lösen.

Ich will in wenigen Punkten noch einmal sagen, wie wir uns die Lösung vorstellen.

Erstens. Wir müssen zunächst einmal dafür sorgen, daß die, die sich selber helfen können, die Hilfe bekommen, die ihnen den Schritt zur Selbsthilfe ermöglicht. Das ist eines unserer Grundprinzipien in der Politik. Das bedeutet, daß wir die steuerlichen Erleichterungen so entwickeln müssen, daß die Leute nicht die Steuern aus dem Einkommen von 1980 und die Baupreise von 1980 bezahlen, aber die steuerlichen Abschreibungen nur aus den Baupreisen von 1965 vornehmen dürfen, wie es jetzt beim 7b gegeben ist.

(Beifall)

Was ist denn die Quittung dieser Entwicklung? Die Quittung dieser Entwicklung ist, daß die Leute ein Zweifamilienhaus bauen und die zweite Wohnung nicht vermieten, sondern nur die Kosten dafür steuerlich abschreiben. Damit haben wir statistisch eine Anzahl von Wohnungen, die dem Markt gar nicht zur Verfügung stehen, sondern die es nur statistisch gibt. Das gibt dann den Ärger, daß man sagt: Wir haben so viele leerstehende Wohnungen und so viele dringende Mietbewerber; beides paßt nicht zusammen.

Wir müssen ermöglichen, daß eine Familie die Abschreibungen beim 7 b auf ein Objekt zusammenführt. Das bedeutet beim Einfamilienhaus 300 000 DM statt 150 000 DM. Dann sind die steuerlichen Möglichkeiten gegeben, daß eine große Zahl von Mitgliedern der Bauspar-kassen und von Sparern in der Lage ist, sich selber zu helfen. Das ist die erste Stufe eines verbesserten Programms.

Zweitens. Wir müssen dafür sorgen, daß mehr Mietwohnungen gebaut werden. Wenn wir die Leute dazu bringen wollen, mehr Mietwohnungen zu bauen, brauchen wir nur eine einfache Rechnung zu machen. Gegenwärtig kostet eine 100-qm-Wohnung in einer durchschnittlichen Stadt in der Bundesrepublik, ganz einfach gerechnet, mindestens 250 000 DM. Wenn der Investor bereit ist, 50 000 DM auszugeben, ohne eine Mark Zins zu wollen, dann braucht er 200 000 DM von der Bank und verzichtet er auf die Verzinsung seines eigenen Kapitals. Wenn er für die 200 000 DM nur 10 % Zins zu zahlen braucht - das bekommt er zur Zeit gar nicht bei der Bank -, braucht er 20 000 DM ohne Abschreibung und ohne Unterhaltung des Gebäudes. Mit anderen Worten: Er bräuchte 1 800 DM Miete. Das sind 18 DM pro qm. Wenn Sie dem keine steuerlichen Verbesserungen geben und nicht die Staffelmiete und eine langfristige Mietanpassung zulassen, was dann? Der will nicht heute eine Rendite. Der will für die Altersversorgung - und bei der Versicherungswirtschaft aus Sicherheitsgründen in fünf bis zehn Jahren - eine Rendite. Wenn er aber heute beim Bau weiß, daß er noch nicht einmal in zehn Jahren eine Rendite hat, dann wird er sein Geld doch anderswo anlegen, und es werden keine Wohnungen gebaut, meine Freunde.

(Beifall)

Genau deshalb schlagen wir vor, die allgemeine Abschreibung, die sogenannte degressive Abschreibung, beim Wohnungsbau bei Mietwohnungen von 3,5 % auf 5 % pro Jahr zu erhöhen. Dies scheint eine Schwelle zu sein, bei der wir wieder mehr Investitionen bekommen.

Wir haben das gegen die Frage des Sozialpfandbriefs abgewogen. Nur, damit wir uns in diesen Diskussionen nicht festrennen, mache ich ein paar Anmerkungen zu dem Problem des Sozialpfandbriefes. Wir haben ja in der Politik die Gewohnheit, daß wir eine ganz normale Sache mit einem Etikett versehen, daraus einen Glaubenskrieg entwickeln, und dann ist plötzlich irgendein Etikett die Lösung aller Probleme. Was heißt denn Sozialpfandbrief? Sozialpfandbrief heißt, daß der, der Geld für den Wohnungsbau gibt, als Darlehensgeber über den Pfandbrief Steuerfreiheit bekommt und damit mit der halben Rendite zufrieden ist, weil er keine Steuern bezahlt. Das bedeutet, daß Sie beispielsweise Hypotheken für den Wohnungsbau haben, die 5 % statt 10 % aufweisen. Sie geben also die steuerlichen Erleichterungen dem, der Geld gibt, ohne Eigentum zu wollen. Sie bekommen natürlich beim Sozialpfandbrief als Eigentümer in aller Regel die Wohnungsbauunternehmen und nicht die Privateigentümer. Denn gefördert wird beim Sozialpfandbrief nicht der Bau der Wohnungen, sondern die Hingabe von erstrangigen Darlehen. Bei unserer Lösung der 5 %igen Abschreibung machen wir im Grund dasselbe. Wir geben steuerliche Erleichterungen. Aber nach unserer Vorstellung sollte sie zunächst der bekommen, der das Risiko des Baus eingeht und der die Wohnung bauen und dem Wohnungsmarkt zur Verfügung stellen will, und nicht der, der anonym Kapital dazu gibt.

(Beifall)

Für die Frage der Wohnungsbaufinanzierung, meine Freunde, ist es eine technische Frage, ob ich die Kosten beim Darlehenszins oder bei der Eigenkapitalverzinsung durch die steuerlichen Erleichterungen dämpfe. Von der Grundidee her müssen wir, die Union, dafür eintreten, daß die Eigentumsseite gestärkt wird und daß den Vorteil der bekommt, der bereit ist, langfristig zu äußerst niedrigem Zins sein Kapital dem Wohnungsbau und der Verbesserung der Mietbausituation zur Verfügung zu stellen.

Sehen Sie, wir haben einen Test gemacht. Wir haben in Baden-Württemberg das sogenannte Bauherrenmodell auf den sozialen Wohnungsbau übertragen. Wir haben also Privatleuten angeboten, Wohnungen zu bauen, die sie für 25 Jahre der Gemeinde, in der sie gebaut werden, zum sozialen Mietsatz zur Verfügung stellen. Wir haben ausgerechnet, daß sie einschließlich aller steuerlichen Vorteile nur eine Rendite von 3,5 % ihres Eigenkapitals im Schnitt der nächsten 15 Jahre erreichen. Wir haben genug Interessenten gefunden. Das ist ein Beweis, daß ein großer Teil unserer Bevölkerung nicht so rechnet, daß er sagt: Ich will dieselbe Rendite wie bei anderen Kapitalanlagen. Es ist ein gutes Zeichen, wenn ein großer Teil unserer Bevölkerung bereit ist, seine Sparanlagen zum Bau von Wohnungen für andere zu einem Zinssatz von 2 bis 3 % zur Verfügung zu stellen. Das hat mit Spekulation überhaupt nichts zu tun, sondern mit einer großen Bereitschaft, sicher und für die Zukunft auch für anderes etwas anzulegen.

(Beifall)

In diesen Bereich, meine Freunde, gehört das Problem der Staffelmiete. Wir werden uns darüber heute wahrscheinlich streiten. Die

Staffelmiete ist unbestritten eine Möglichkeit, daß sich Vermieter und Mieter beim Mietvertrag langfristig über die Mietentwicklung und die Tragbarkeit der Miete einigen. Damit eröffnen wir die Möglichkeit, im Einvernehmen eine gewisse Mietentwicklung zur Sicherung einer langfristigen, geringen Rentabilität zu erreichen. Soweit sind wir uns einig.

Strittig ist die Frage, ob nur bei Neubauwohnungen oder auch beim Altbestand. Meine Freunde, eines unserer großen Probleme im Mietbereich ist die Tatsache, daß Mieten nach dem Zufall des Baujahres festgeschrieben wurden und nicht nach dem Wohnwert, auch nicht nach der allgemeinen Vergleichssituation. Wenn wir jetzt die Staffelmiete nur bei Neubauten zulassen, heißt das doch schlicht, daß sich die Leute die Frage stellen müssen, warum es für die Möglichkeit der Staffelmiete einen Unterschied machen soll, ob eine Wohnung vor zwei Jahren vermietet wurde und nun neu vermietet wird oder ob sie jetzt erstmalig vermietet wird, wenn die eine Wohnung genauso aussieht wie die andere und nur der Fachmann feststellen kann, welches Baujahr sie hat. Vielmehr muß doch die Staffelmiete die Möglichkeit bringen, daß sich Vermieter und Mieter mittelfristig auf ein langfristiges Mietkonzept, auch im wirtschaftlichen Bereich, vernünftig einigen.

(Beifall)

Dazu gehört unsere Überlegung, daß höhere Mieten kein Kündigungsgrund sein dürfen. Meine Freunde, in unserem ganzen Konzept - und da lassen wir uns von niemandem etwas anderes einreden - ist der Kündigungsschutz unangetastet. Der Kündigungsschutz aber darf nicht dazu führen, daß vernünftige Maßnahmen im Bereich der Mieten nicht getroffen werden können. Das gilt auch für Modernisierungsüberlegungen.

An diesem Punkt möchte ich nur noch das Problem der Zeitmietverträge ansprechen. Wir sind dagegen, Zeitmietverträge generell einzuführen, weil dies eine Unterlaufung des langfristigen, sozial abgesicherten Mietvertrages wäre. Aber in Sanierungsgebieten z.B. haben wir deshalb so viele Hausbesetzungen, weil die Leute kaum die Chance haben, einen Mieter herauszukriegen, und deshalb die Wohnung lieber drei oder vier Jahre leerstehen lassen. Es ist doch besser, wenn in Altwohnungen, die nach einiger Zeit abgerissen werden sollen, bis zu diesem Zeitpunkt noch Leute mit Zeitverträgen wohnen können, die nur ein kurzfristiges Mietverhältnis eingehen wollen. Dann haben wir doch eine bessere Lösung im Sanierungsbereich.

(Beifall)

Zweitens wollen wir den Zeitmietvertrag für den Eigenbedarf bei Familien in Zweifamilienhäusern zulassen. Sie bekommen die zweite Wohnung im Einfamilienhaus mit Einliegerwohnung nur dann zur Vermietung, wenn der Eigentümer sicher sein kann, daß seine Kinder, für die er die Einliegerwohnung gebaut hat, dann, wenn sie die Wohnung brauchen, auch einziehen können. Es ist doch besser, wir können eine solche Wohnung für Jahre vermieten, als wenn sie leersteht und wir über den sozialen Mißstand der leerstehenden Wohnungen reden.

(Beifall)

Zur Fehlbelegungsabgabe: Die Fehlbelegungsabgabe ist nach meiner Ansicht die typisch bürokratische Antwort auf die Verwaltung eines

Mangels.

(Beifall)

Jetzt haben wir 4,5 Millionen Wohnungen, die bei Einführung einer Fehlbelegungsabgabe überprüft werden müßten. Stellen Sie sich einmal vor, welche Bürokratie Sie brauchen, um 4,5 Millionen Haushalte zu überwachen. Denn nur bei einer solchen Überwachung können Sie die Fehlbelegungsabgabe pro Wohnung festlegen. Bekommt die Familie drei Monate nach Festlegung der Abgabe ein Kind, müssen Sie die Abgabe ändern. Scheidet die Frau aus der Arbeit aus, müssen Sie die Abgabe ändern. Wird der Mann arbeitslos, müssen Sie sie ändern. Gehen die Kinder aus dem Haus, müssen Sie die Fehlbelegungsabgabe ändern. Dies ist nichts anderes als der Versuch, aus der ganzen Wohnungssituation eine Leihsituation des Staates zu machen, wieder auf der einen Seite zu kassieren und anderen etwas zu geben. Das Element aber, daß der Staat nur dazu beitragen soll, daß Mietwohnungen zu vernünftigen Bedingungen auf dem Markt sind, geht dann völlig verloren. Bei der Fehlbelegungsabgabe hat man im Hinterkopf den Gedanken des beliebigen Eigentümers und nicht mehr den Gedanken des Eigentümers und des Nutzers im Wohnungsbau.

(Beifall)

Warum treten wir für die Zinslösung ein? Unsere Vorstellung ist die: Bei den älteren Wohnungen ist der Mietpreis stehengeblieben, weil er sich aus den Kosten der Wohnung bildet. Wir haben also Altwohnungen, die von der Situation her ohne weiteres eine oder zwei Mark mehr Miete kosten könnten, die aber deshalb, weil sie schon vor 15 Jahren gebaut worden sind, billig sind. Darin sitzen aber jetzt die meisten der Leute, deren Einkommen in den letzten 15 Jahren nicht stehengeblieben ist und die sich auch bei der Wohnungsbaudiskussion überhaupt nicht zu Wort melden, die für die Miete nur 9 bis 10 % ihres Einkommens aufwenden müssen und sich so das Sparkapital verschaffen, um sich eines Tages unter Ausnutzung dieser Subvention Eigentum zu bauen und es dann unter Umständen lieber zu vermieten, weil sie so billig wie in der Wohnung, in der sie heute sitzen, auch dort nicht wohnen können. Das ist ein Skandal. Aber der ist nicht mit der Fehlbelegungsabgabe zu beseitigen. Wir sagen: Die Objektsubvention für diese Wohnung, das öffentliche Darlehen, soll weg, soll durch ein Kapitalmarktdarlehen, also ein Darlehen zu 10 % statt zu 0 %, ersetzt werden, dann haben wir die echten Kosten dieser Wohnung. Und wer schon ein Fehlbeleger ist, soll nicht subventioniert werden, sondern die echten Kosten der Wohnung tragen. Das ist unser Vorschlag.

(Beifall)

Jetzt gibt es in diesen Wohnungen natürlich auch Leute, die das nicht können. Aber genau für die haben wir das Wohngeldgesetz. Wenn 18 oder 20 % des Einkommens überstiegen sind, bekommen sie vom Staat über das Wohngeld den Betrag, den sie mehr Miete zahlen müssen. Und das ist doch einmal unser Grundkonzept gewesen: den Schwachen zu helfen, aber nicht nach dem Prinzip vorzugehen: wir helfen allen, den Reichen und den Armen. Dann ist zwar auch den Armen geholfen, aber keiner kann es mehr bezahlen. Wir helfen den Armen, und die Reichen, die es sich leisten können, müssen das bezahlen, was die Sache kostet.

(Beifall)

Wir brauchen für Berlin - darauf haben wir hingewiesen - Sonderregelungen, weil dort der Markt so kaputtgemacht worden ist, daß mit-

telfristig mit normalen Maßnahmen fast nichts erreicht werden kann. Nur eines: In Berlin tun die Hausbesetzer so, als wären die leerstehenden Wohnungen der Nachweis dafür, daß unsere Gedanken zur Sozialen Marktwirtschaft nicht funktionieren, so daß die öffentliche Hand die Probleme lösen müsse. Drei von vier Wohnungen, die in Berlin besetzt sind, gehören der öffentlichen Hand. Nirgends gibt es so viel öffentliches Eigentum wie in Berlin.

(Beifall)

Der Privatmann könnte es sich wahrscheinlich gar nicht leisten, so mit dem Wohnungsbestand umzugehen, wie es die öffentliche Hand in Berlin tut.

(Beifall)

Ganz zum Schluß: Es wird in dieser Diskussion immer wieder vom Bodenrecht geredet und gesagt, wir bräuchten ein neues Bodenrecht. Soweit Vorschläge auf dem Tisch liegen, wie bei der Baulandsteuer, handelt es sich um Dinge, die alle schon einmal da waren. Die Baulandsteuer C gab es schon einmal. Bei ihr gab es nach wenigen Wochen dieselben Befreiungstatbestände wie bei der Grunderwerbsteuer - mit dem Ergebnis, daß der Verwaltungsaufwand für die Baulandsteuer wesentlich höher war als der Ertrag und daß die Leute diese Steuer gleich auf die Preise aufgeschlagen haben und damit der kleine Mann wieder die Zeche bezahlt hat.

Und Änderungen des Bodenrechts? Ich kann nur sagen: Lesen Sie einmal das Enteignungsrecht im Bundesbaugesetz nach! Was wir tun müssen, ist, die Gemeinden zu ermuntern, eine größere Bodenvorratspolitik zu betreiben.

(Beifall)

Wir müssen dazu helfen, daß die Gemeinden dynamisch Bauland erschließen. Nur, man kann heute in jedem Gebiet mit festgestelltem Bebauungsplan für den Zweck der Bebauung mit Wohnungen das ganze Gelände des sozialen Wohnungsbaus enteignen. Es fehlt nur an den Beschlüssen der Gemeinderäte. Ich weiß, daß das unangenehme Beschlüsse sind. Aber, meine Damen und Herren, wir von der Union sollten, solange das jetzige Recht des Baugebots und der Enteignung zum Zwecke der Bebauung nicht angewendet wird, nicht in den Ruf nach einem schärferen Bodenrecht mit einstimmen.

(Beifall)

Es ist nämlich ein bißchen bequem, den jeweiligen Zustand nicht richtig zu nutzen und sich dafür einen neuen Zustand zu wünschen. Das erspart vielen unangenehme Entscheidungen, ist aber noch kein Weg zur Verbesserung der Situation.

Ich bin sicher: wenn wir im Mietenbereich, im Eigentumsförderungs- bereich, im Bodenvorratsbereich die Dinge systematisch so, wie das in diesem Papier vorgeschlagen ist, voran bringen, dann werden wir in kleinen Schritten den Wohnungsmarkt wieder auf den richtigen Weg bringen, nämlich im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft: Marktwirtschaft dort, wo möglich, mit hoher sozialer Sicherung und einem hohen Schutz für das Gut Wohnung, für den Eigentümer und für den Mieter. Wir wollen keine Klassenfeindschaft zwischen Vermieter und Mieter. Die meisten Vermieter und Mieter kommen hervorragend miteinander aus. Das Bild unserer Gesellschaft darf sich nicht von den Spekulanten und den Querulanten bestimmen lassen. 90 % können mit den Mitteln, die wir ihnen anbieten, ihre Probleme vernünftig lö-

sen. Danach müssen wir uns richten; nicht die Extreme sollten das Maß unserer politischen Entscheidungen sein.

(Beifall)

Hermann Kroll-Schlüter, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Lothar Späth, für diese ausführliche Begründung des umfangreichen Antrages. Jetzt erteile ich Herrn Dr. Jahn das Wort.

Dr. Friedrich-Adolf Jahn, Münster: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Lothar Späth hat es zum Ausdruck gebracht: Die Wohnungsbaupolitik der letzten 12 Jahre unter den sozial demokratischen Wohnungsbauministern Lauritzen, Vogel - ja, es soll gesagt werden, daß der jetzige Regierende Bürgermeister von Berlin auch dazu gehört -, Ravens und Haack hat dieses öffentliche Ärgernis zu verantworten.

(Beifall)

Der frei finanzierte Mietwohnungsbau ist tot, ist zum Erliegen gekommen. Und da sagt uns in Bonn die Regierung: Halb so schlimm, wir, diese Regierung, haben ja schließlich die Rentenversicherung auch für die Selbständigen geöffnet. - Meine Damen und Herren, unsere Antwort kann nur lauten: Es muß nach wie vor zum Selbstverständnis eines freien Bürgers gehören dürfen, seinen Lebensabend nicht von anderen Dotationen, sondern von dem bestreiten zu können, was er persönlich für sich und seine Familie im Leben geschaffen hat.

(Beifall)

Dazu gehört auch der Bau einer Mietwohnung - letztlich im Interesse aller Wohnungsuchenden.

Der soziale Mietwohnungsbau ist unsozial. Gleiche Wohnungen auf derselben Straße haben ungleiche Mieten. Nur ein Drittel aller Wohnberechtigten sind in einer Sozialwohnung, zwei Drittel stehen draußen vor der Tür. Wer am längsten wohnt, wohnt am billigsten. Mit der Politik "mehr Wohnberechtigungsscheine statt mehr Wohnungen" läßt sich kein Staat bauen.

(Zustimmung)

Deshalb, meine Freunde: Lassen Sie uns nicht lange bei der Analyse aufhalten, sondern sagen wir konkret, was wir wollen! Sagen wir ja, kritisieren wir nicht nur, sondern geben wir heute vor diesem Parteitag unser Koordinatensystem ab!

Erstens. Ja zur verstärkten Fortführung der Eigentumsförderung, deshalb nein zum Vorrang der Förderung des Mietwohnungsbaus. Der Wohnungsbau, die Eigentumsförderung muß familienfreundlicher gestaltet werden, und insbesondere müssen junge und kinderreiche Familien früher als bisher zu Eigentum kommen, nicht erst dann, wenn die Kinder im heiratsfähigen Alter sind und das Elternhaus wieder verlassen.

(Beifall)

Zweitens. Ja zu marktwirtschaftlichen und deshalb nein zu dirigistischen Lösungen. Wir brauchen Marktwirtschaft unter sozialpolitischer Absicherung über das Wohngeld und deshalb Wohnungsversorgung grundsätzlich durch den Markt; wer die Miete nicht bezahlen kann, bekommt Wohngeld, wir brauchen Konzentration der knappen öf-

fentlichen Mittel für die Bevölkerungsgruppen, die am Markt keine Wohnung finden können.

Drittens. Ja zur Wirtschaftlichkeit des Hausbesitzes und deshalb nein zur Verteufelung eines Gewinnes. Allein die Wirtschaftlichkeit ist die Voraussetzung für Investitionen. Das Gut Wohnen hat nun einmal seinen Preis, und das Bewußtsein hierfür muß geschärft werden.

(Beifall)

Viertens. Ja zum Kündigungsschutz, aber Lockerungen bei familiärem Eigenbedarf.

Fünftens. Ja zu mehr Vertragsfreiheit im Mietwohnungsbau und deshalb nein zu staatlichem Zwang. Das heißt ja zur Möglichkeit der Vereinbarung von Staffelmieten bei Neuabschlüssen von Mietverträgen - hierüber werden wir strittig diskutieren -, deshalb nein zur Beschränkung der Staffelmiete auf Neubauten.

Sechstens. Ja zu Anreizen zu Vermietungen von leerstehenden Wohnungen durch befristete Mietverträge, und deshalb nein zu staatlichen Geboten und Verboten. Meine Freunde, viele von uns hören draußen im Lande, daß der einzelne wohl vermieten will, wenn er genau weiß, daß er einen Mietvertrag für einen ganz bestimmten Zeitraum abschließen kann. Ich denke etwa an die Situation, daß der Betreffende vermieten will, weil Sohn und Tochter zur Zeit nicht zu Hause sind, daß er aber in einem halben Jahr, wenn der Sohn aus der Lehre und die Tochter vom Studium zurückkommt, diesen Wohnraum wieder für die eigene Familie braucht. Deshalb: Lösen wir auch dieses Problem der leerstehenden Wohnungen mit, indem wir Anreize für Vermietungen durch befristete Mietverträge schaffen!

Siebtens. Ja zu steuerlichen Anreizen, und deshalb nein zu Subventionen. Meine Damen und Herren, wir streiten in Bonn häufig darum, ob wir steuerliche Erleichterungen oder Subventionen geben sollten. Ich kann nur dafür plädieren, auf die steuerlichen Erleichterungen abzustellen. Darauf hat der einzelne einen Rechtsanspruch; hat er einen Rechtsanspruch darauf, kann er sich langfristig darauf einstellen; kann er sich langfristig darauf einstellen, leistet er einen Beitrag zur Verstetigung der Baukonjunktur. Bei den Subventionen ist es völlig anders: Darauf besteht kein Rechtsanspruch, dort wird nach dem Motto "wer zuerst kommt, malt zuerst" vergeben, also nach dem Windhundverfahren. Die großen Baugesellschaften kennen die Formulare längst, noch während sie in der Ministerialbürokratie geboren werden, und der einzelne Bürger, der mit seinem Antrag zur Verwaltung kommt, geht leer aus. Diesen Zustand können wir nicht mittragen.

(Beifall)

Achtens. Ja zur Einbeziehung der Mieter-Modernisierung in die öffentliche Förderung, aber nein zu einem gesetzlichen Anspruch auf Modernisierung und nein zu einer Duldungspflicht des Vermieters, so wie es jetzt in Bonn ausgehandelt wird. Meine Damen und Herren, hier geht es an die fundamentale Bedeutung und den Inhalt des Eigentums heran. Eigentum bedeutet nach unserer Rechtsordnung - Lothar Späth hat es gesagt - Besitz und Verfügungsbefugnis über den Besitz. Wir dürfen in unserer Politik nicht zulassen, daß Eigentum dem bloßen Besitz gleichgestellt wird.

Neuntens. Ja zur Gerechtigkeit, und das heißt nein zur Förderung

des Besitzstandes. Deshalb ja zur Beseitigung des öffentlichen Argernisses Fehlbelegung und nein - Lothar Späth hat es gesagt - zur bürokratischen Fehlbelegungsabgabe, die sich durch die Verwaltung selbst bürokratisch auffrißt und die die eigentlichen Probleme der Mietenverzerrung und Unterbelegung nicht löst.

Zehntens und letztens brauchen wir auf dem Gebiete der Wohnungsbau- politik nicht mehr Gesetze, sondern weniger Gesetze. Deshalb: ja zu einem Gesetz zum Abbau von Gesetzen in der Wohnungsbaupolitik.

(Beifall)

Meine Freunde, die öffentlichen Kassen sind leer. Deshalb möchte ich Sie auch bitten, daß wir hier auf diesem Parteitag - auch wenn wir es nicht zu verantworten haben, daß die öffentlichen Kas- sen leer sind - keinen Bauchladen verabschieden. Im Gespräch sind die Instandhaltungsrücklage, Eigenkapitalhilfen bei Privatisie- rungen, Aufsattelung beim Wohngeld, Sozialpfandbrief, Umzugskosten- prämien, besondere Förderungsprogramme für Ballungsgebiete. Ich möchte Sie herzlich bitten, sich auf die Punkte, die in dem Papier enthalten sind, zu konzentrieren und vielleicht noch die Bauspar- prämie dazuzunehmen. Wir können es uns meines Erachtens nicht leisten, allen Anträgen in bezug auf ausgabewirksame Leistungen stattzugeben, so leid uns das tut - auch wenn wir diese Position politisch nicht zu verantworten haben.

(Zustimmung)

Wenn wir einen neuen Anfang machen wollen, gibt es nur ein Konzept: erstens Abbau von Hemmnissen für private Investitionen, zweitens Mobilisierung der ausgegebenen 75 Milliarden DM an öffentlichen Mitteln durch Gewährung eines Bonus und durch Verkürzung von Bin- dungsfristen und drittens die Konzentration der öffentlichen Mit- tel auf die wirklich Bedürftigen. Wir sind nach dem Sozialstaats- prinzip alle für soziale Gerechtigkeit. Eines müssen wir aber alle einsehen: Wer verteilen will, muß zunächst einmal etwas schaffen, was verteilt werden kann.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, gehen wir ans Werk. Wir sollten - dies ist meine große Bitte - nicht eine Variante, sondern eine Alternative zur Regierungspolitik verabschieden. Berücksichtigen wir dabei zwei Schwerpunkte. Erstens nenne ich die Förderung des privaten Eigen- tums. Meine Freunde, wenn wir in unserer Eigentumsordnung nicht breiter streuen, werden wir sie auf Dauer nicht behalten.

(Beifall)

Wenn von anderer Seite nach Systemveränderung gerufen wird, müs- sen diejenigen, die etwas zu verlieren haben, in der Mehrheit sein, damit die Systemveränderung nicht kommen kann.

(Beifall)

Der zweite Gedanke ist dieser: Ökonomie statt Ideologie im Wohnungs- bau ist das einzige erfolgversprechende Rezept. Wir sollten auch hier das sagen, was wir in unseren politischen Bereichen immer wie- der zum Ausdruck bringen: Was private Initiative leisten kann, darf

der Staat nicht an sich ziehen.

(Beifall)

Nicht mehr Staat, nicht mehr Dirigismus, sondern mehr Eigeninitiative, mehr Eigenverantwortung ist der Schlüssel zum Erfolg auch in der Wohnungsbaupolitik. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Hermann Kroll-Schlüter, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Das Wort hat Herr Dr. Blüm.

Dr. Norbert Blüm: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Man soll keinem Streit aus dem Wege gehen, wenn er in der Sache begründet ist. Wir veranstalten heute hier nicht einen Weltanschauungskampf. Hier stehen nicht auf der einen Seite die Zwangswirtschaftler und auf der anderen Seite die Marktwirtschaftler. Hier geht es um eine Debatte zum Detail, denn alle in der Union wollen mehr frische Luft, mehr Wettbewerb, mehr Bewegung auf dem Wohnungsmarkt. Wir sind uns einig: Die Lösung heißt nicht: den Mangel verwalten; die Lösung heißt, den Mangel beseitigen. Ich weiß auch, daß mit Paragraphen noch kein Haus gebaut ist und daß der schönste Kündigungsschutz dem nichts hilft, der keine Wohnung hat. Insofern: Der beste Mieterschutz sind ausreichende Wohnungen. Das sind unsere gemeinsamen Überzeugungen.

(Beifall)

Ich weiß auch: Wenn wir die Zahl der Berechtigten ausdehnen, haben wir in der Praxis noch nicht mehr gewonnen. Wenn sich das Verhältnis im sozialen Wohnungsbau zwischen Angebot und Nachfrage wie 1 : 3 verhält, mit anderen Worten, wenn auf jede Sozialwohnung drei Berechtigte kommen, weiß ich, wer im Konkurrenzkampf um diese Sozialwohnung gewinnt: der Stärkste. Das aber ist in der Mehrzahl der Fälle nicht die kinderreiche Familie. Deshalb müssen Angebot und Nachfrage um der sozial Schwachen willen in Übereinstimmung gebracht werden.

(Beifall)

Ich denke, es ist auch ein Stück politischer Verrücktheit, daß uns rund 1 Million Wohnungen fehlen und 150 000 Bauarbeiter arbeitslos sind. Beide Tatsachen passen ja wohl nicht zusammen. An den Bauarbeitern kann es nicht liegen; sie wollen arbeiten. An den Arbeitgebern kann es nicht liegen; sie wollen ihre Geschäfte machen oder zumindest nicht bankrott gehen. An den Wohnungssuchenden kann es nicht liegen; sie wollen ihre Wohnung haben. Also kann es nur an einer miserablen Politik liegen, daß wir Wohnungsnot und Arbeitslose in diesem Bereich haben.

(Beifall)

Die Lösung heißt also: mehr Markt.

Liebe Parteifreunde, Lothar Späth hat davon gesprochen, man solle das Kind nicht in den Brunnen fallen lassen. Ich will dasselbe Kind hier auch in die Diskussion einführen. Sorgen Sie dafür, daß wir in unserer Wohnungsbaupolitik das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Sorgen Sie dafür, daß wir nicht vor lauter Markt vergessen,

wie wir all denjenigen helfen, denen bei nicht vorhandenem Markt geholfen werden muß. Wir müssen uns langsam und sachte, und nicht im Hauruckverfahren auf mehr Markt zubewegen. Darauf müssen wir bei christlich-demokratischen Lösungen bedacht sein.

(Beifall)

Natürlich wollen wir soziale Fragen im Wohnungsbau mehr, wie die Fachleute sagen, durch Subjektförderung und weniger durch Objektförderung lösen. Natürlich wollen wir soziale Fragen durch Wohngeld lösen, notwendige Mietpreiserhöhungen durch Wohngelderhöhungen abfangen. Wenn wir ein solches Programm allerdings verkünden, müssen wir vorher sagen, woher wir das Wohngeld nehmen. Ich bin gegen ein Programm, nach dem zunächst die Mieten steigen, dann aber, wenn es an das Wohngeld geht, sagen: April, April, das findet erst demnächst statt. Wir können Mietpreise für Bedürftige nur in dem Maße lockern, in dem Wohngeld zum Ausgleich vorhanden ist. Alles andere wäre eine Flucht vor den Problemen.

(Beifall)

Ich warne auch vor einem schrankenlosen Vertrauen in das Wohngeld. Es könnte, bei Licht betrachtet, auch eine Absprache zwischen Vermieter und Mieter zustande kommen, die anschließend der Staat subventioniert. So geht es natürlich nicht. Andererseits verschiebt ein zu niedriges Wohngeld die Probleme nur zur Sozialhilfe hin. Sie sehen, allein mit großen Worten haben wir das Problem noch nicht gelöst. Der Teufel liegt wie immer im Detail.

Ein Zweites. Wenn wir im sozialen Wohnungsbau die Mieten anheben, müssen diese angehobenen Mieten aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit doch auch dem Staat und nicht dem Vermieter zugute kommen. Sonst würde niemand mehr in den frei finanzierten Wohnungsbau gehen. Ich rede hier auch im Interesse der Vermieter im frei finanzierten Wohnungsbau. Wir können uns doch keine Arbeitsteilung in diesem Sinne leisten: Der Staat ist der Zahlmeister. Er zahlt erstens billigen Sozialwohnungsbau, und zweitens zahlt er anschließend das höhere Wohngeld, damit im sozialen Wohnungsbau dieselben Mieten gezahlt werden können wie im frei finanzierten Wohnungsbau. Auf zwei Hochzeiten wird doch wohl niemand tanzen wollen. Wir können keine Arbeitsteilung zulassen, bei der der Staat nur der Zahlmeister ist und Vermieter und Mieter nur die Empfänger sind. Ich sage es noch einmal: Die Nichtabschöpfung der erhöhten Mieten im sozialen Wohnungsbau wäre eine grobe Benachteiligung aller Bauherren, die im frei finanzierten Wohnungsbau bauen. Dies kann nicht die Position der Christlich Demokratischen Union sein.

Wir brauchen diese Abschöpfung des Geldes auch, weil ja irgendwoher der finanzielle Nachschub kommen muß, um das höhere Wohngeld zu bezahlen. Ich weiß nicht, wie man bei der gegenwärtigen Kassenlage andere Quellen anzapfen soll, wenn sie nicht auch im Wohnungsbau erschlossen werden.

Meine Damen und Herren, wir sollten uns nicht der Illusion hingeben - ich hoffe, daß diese Illusion bei uns völlig ausgeschlossen ist -, wir kämen ganz ohne Objektförderung und auch ganz ohne sozialen Wohnungsbau aus. Wenn wir das wollten, entstünden die Altersheime im Wald und auf der grünen Wiese. Dort sind sie nämlich am billigsten.

Ich meine, wir müßten weiterhin eintreten für ein Leben buntgemischt, alt und jung, Behinderte und Gesunde in einer Stadt zusammen. Dazu muß auch der Wohnungsbau seine Hilfestellung leisten.

Jetzt zu dem Problem Staffelmiete. Sie sehen, meine Damen und Herren, ich will mich an den ganz konkreten Punkten der Abänderungswünsche und -forderungen der Sozialausschüsse weiterhangeln. Natürlich, die Staffelmiete kann gerade für den Bauherrn eine Hilfe sein, der eine Perspektive haben will, gerade in den ersten Jahren, in denen die Rendite noch nicht vorhanden ist. Deshalb plädieren wir für eine begrenzte Zulassung der Staffelmiete für einen Zeitraum von zehn Jahren beim Neubau. Wenn Sie allerdings das Angebot der Staffelmiete für alle öffnen wollen, dann schaffen Sie nicht mehr Markt, dann schaffen Sie weniger Markt; denn wenn Sie die gesamte Zukunft mit Mietverträgen verminen, in denen die Preissteigerung einprogrammiert ist, dann gibt es in 15 Jahren keine Marktmiete. Sie können doch heute noch nicht wissen, wie die Marktmiete in 15 Jahren aussieht. Wer mit Staffelmieten die Zukunft blockieren will, blockiert die Marktwirtschaft, blockiert die Marktpreise beim Wohnungsbau.

(Beifall)

Vielleicht kann ich mir hier etwas mehr Zustimmung mit einem Vergleich schaffen. Was würden Sie sagen, wenn wir die Lohnerhöhungen für die nächsten 15 Jahre mit Hilfe von eingebauten Steigerungsraten programmieren wollten? Alles würde Zeter und Mordio schreien. Alle würden schreien, die Marktwirtschaft sei in Gefahr. So ähnlich ist es mit einer Staffelmiete, die die Mietpreiserhöhungen in ferner Zukunft fest programmiert. Der Markt der Zukunft ist nicht prognostisch in den Griff zu bringen. Wir können doch nicht sagen, wie der Markt in 12 Jahren aussehen wird.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, mehr Wohnungen heißt sicherlich auch mehr Eigentum. Ich stimme meinen Vorrednern uneingeschränkt zu, daß das Eigentum an Wohnungen eine besonders handfeste, eine besonders begreifbare konkrete Form von Eigentum ist, daß deshalb unsere Eigentumsidee am besten verwirklicht, plausibel gemacht werden kann im Wohnungsbau, wo man das Eigentum sozusagen mit Händen greifen kann, weil man darin lebt. Das ist keine anonyme Form. Deshalb muß sie eine hohe Wertschätzung in der christlich demokratischen Eigentumspolitik haben. Es ist eben ein Unterschied, ob man zu den eigenen vier Wänden "mein" sagen kann oder ob sie nur angemietet sind.

Wenn Eigentumsförderung erfolgt, wenn der Staat helfend zur Seite springt, dann sollte das nicht nur bei den oberen Einkommenschichten geschehen. Die Hälfte der Förderungsmittel im Wohnungsbau sind dem oberen Drittel der Einkommensbezieher zugute gekommen, nur 20 % dem unteren Drittel. Das kann doch wohl nicht gemeint sein. Wenn der Staat Geld ausgibt, dann muß er es gerade dafür ausgeben, daß die Chance, Eigentum zu erwerben, für alle entsteht und nicht nur für das obere Drittel der Einkommensbezieher.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Eigentum ist gut und richtig. Wir leben aber auf dieser Welt, wo wir die Wohnungsnot in den Ballungsgebieten nicht allein über Eigentumsförderung beseitigen können. Dafür brauchen wir auch die Förderung des Mietwohnungsbaus, des Geschoßwohnungsbaus.

(Beifall)

Da muß uns zu denken geben, daß sich hier eine wichtige Verände-

rung eingeschlichen hat. Das Volumen der Förderungsmittel insgesamt ist gar nicht zurückgegangen. Der Umfang der Förderung im Eigenheimbau ganz global ist gestiegen. Auch im Bestand sind die Förderungsmittel gestiegen. Zurückgegangen ist die Förderung des Geschoßmietbaus - sicherlich, weil hier auch die Rentabilität zurückgegangen ist. Sicherlich müssen wir die Rentabilitätschancen erhöhen. Aber ebenso richtig ist es, daß der Wohnungsnot in Ballungsgebieten auch durch eine massive Förderung des Mietwohnungsbaus zuleibe gerückt werden muß.

Da werden wir auch den Spekulanten das Leben saurer machen. Ich stimme völlig denjenigen zu, die sagen: Die Welt besteht nicht aus Spekulanten. Sicherlich ist das richtig. Aber es gibt auch Spekulanten. Wenn wir es ernst meinen, Skandale und Notstände zu beseitigen, dann müssen wir sie immer angreifen, auch wenn es nur wenige Spekulanten sind. Der Skandal wird nicht erst dann ein Skandal, wenn sich 10 000 daran beteiligen. Wir müssen uns auch entschlossen zeigen, denjenigen das Handwerk zu legen, die mit dem Boden spekulieren. Dazu ist der Boden ein zu knappes Gut. Deshalb plädieren wir für die Erhöhung der Spekulationsfrist von zwei auf zehn Jahre.

Meine Damen und Herren, damit wir uns nicht völlig im Gestrüpp von Mark und Pfennig verheddern: Ich glaube, eine große Wohnungsbaubremsung ist die zunehmende Bürokratisierung auf dem Wohnungsbau- markt. Dazu legen wir Abänderungs-, Ergänzungsvorschläge vor. Kluge Leute haben einmal ausgerechnet, daß einer, der neu bauen will, über hundert Verordnungen und Gesetze studieren muß. Der muß erst zwei Jahre Subventionologie studiert haben, bevor er überhaupt den ersten Backstein vermauern kann.

(Beifall)

Das ist nicht etwas für normale Menschen, sondern für solche, die große Stabsabteilungen haben, die jedes Häkchen im Gesetz entdecken. Insofern ist eine komplizierte Unterstützungspolitik nicht die Unterstützungspolitik für die kleinen Leute, sondern die Unterstützungspolitik für die Cleveren - und die meinen wir nicht, wenn wir von denen sprechen, denen geholfen werden muß.

(Beifall)

Ich glaube, daß man den Ehrgeiz aufgeben muß, im Wohnungsbau, wenn es darum geht, wie gebaut werden muß, alles sozusagen bis zur sechsten Stelle hinter dem Komma reglementieren zu wollen. Der Dachgeschoßbau ist reglementiert, ebenso die Frage der Einstellplätze. Ich kann nur sagen: Wenn die Bürokraten im 12. Jahrhundert am Werke gewesen wären, wäre der Bau des Kölner Doms nie angefangen worden. Das wäre viel zu kompliziert gewesen.

(Beifall)

Ein wichtiges Thema scheint mir auch die Sanierung zu sein. Hausbesetzungen, meine Damen und Herren, werden von uns nicht akzeptiert. Aber ebensowenig kann von uns akzeptiert werden, daß Wohnungen jahrelang leerstehen. Dafür geibt es in einer Zeit des Wohnungsmangels keine Begründung.

(Beifall)

Ich meine, beides müßte gesagt werden. Möglicherweise ist der Skandal leerstehender Wohnungen auch durch großräumige Sanierungsprogramme begründet, die auf dem Reißbrett entstanden sind. Da kommt es vor, daß der letzte Mieter erst drei Jahre, nachdem der erste seine Wohnung verlassen hat, aus dem Haus geht. Je größer das Gebiet ist, um so größer sind die Chancen, daß der Abstand zwischen dem ersten Mieter, der geht, und dem letzten Mieter so groß wird.

Ich glaube, daß wir in der Wohnungsbaupolitik auch eine neue Empfindlichkeit für das gewachsene Leben brauchen. Manches Sanierungsprogramm ist mit der Sensibilität eines Preßlufthammers durchgeführt worden. Der Wohnwert einer Wohnung läßt sich nicht nur in Kubikmetern messen. Wohnung ist auch ein Stück Geographie eigener Erlebnisse, Nachbarschaft. Deshalb müssen, wenn saniert wird, die Erfahrungen der Betroffenen mit in die Sanierung eingebracht werden. Dann dürfen wir das nicht den Reißbrettpolitikern überlassen, weil die herz- und kopflos an die Sanierung herangehen.

(Beifall)

Ich will das an einem Beispiel verdeutlichen. Ich kandidiere für die Berliner Wahl in Wedding. Das ist im übrigen der Wahlkreis von Liebknecht, Rosa Luxemburg, Willy Brandt gewesen.

(Beifall)

- Ja, die rote Chronologie geht ihrem Ende zu.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, in diesem Weddinger Sanierungsgebiet, wo eine Sanierung mit der Dampfwalze stattfand, leben nach der Sanierung nur noch 15 % der Altbewohner, obwohl die Hälfte dieser Altbewohner sich in ihren Wohnungen wohlfühlt hat. Das ist nicht Sanierung, das ist Evakuierung, und das können wir doch nicht mit Wohnungsbaupolitik bezeichnen.

Die alte Wohnstube hat vielleicht nicht allen Komfortfordernissen entsprochen, aber vielleicht war da mehr Leben in der Bude als in manch modernem Appartement, das nach dem Muster von Schließfächern gebaut ist.

In dieser kalten Welt können Kinder nicht leben; denn Kinder kann man nicht einschließen wie Haustiere.

Wir streiten hier nicht - um zum Ausgangspunkt zurückzukehren - mit der Fahne Zwangswirtschaft gegen Marktwirtschaft. Wir plädieren nur für eine behutsame Politik, für eine Politik, die das Kind nicht mit dem Bade ausschüttet.

Der Vorschlag des Bundesvorstandes zur Wohnungsbaupolitik ist gut. Er kann noch besser werden, wenn Sie die Änderungsanträge der Sozialausschüsse akzeptieren.

(Beifall)

Hermann Kroll-Schlüter, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Dr. Blüm.

Ich unterbreche jetzt die Debatte. Wir treten in die Stichwahl ein. Ich gehe davon aus, daß alle Stimmzettel für die Wahl des zwanzigsten Mitgliedes des Bundesvorstandes verteilt sind. Wir wählen wie gestern; die Stimmzettel werden in die Urnen zur Seite des Saales geworfen.

Der Wahlgang ist eröffnet. - Liebe Freunde, ich gehe davon aus, daß alle Stimmzettel abgegeben worden sind. Ich schließe den Wahlgang.

Wir fahren in der Diskussion fort. Vorher darf ich jedoch dem Delegierten Heinz-Horst Jöhren in Ihrer aller Namen zu seinem Geburtstag gratulieren.

(Beifall)

Ich möchte Sie darüber informieren, daß wir zur Grundsatzausprache bis jetzt 16 Wortmeldungen vorliegen haben. Hinzu kommen werden noch die vielen Wortmeldungen zu den einzelnen Punkten des Antrages. Ich darf mir erlauben, Ihnen daher zu empfehlen, daß wir

der Kriegsofopferversorgung war seinerzeit ja möglich.

Den Vorschlag, Tilgungsleistungen bei Bausparverträgen - also Zahlungen nach der Ansparzeit - prämiengünstigt zu machen, halte ich für vernünftig.

Über den Vorschlag, die Prämien für Familien um zwei oder drei Prozent zu erhöhen, bin ich bestürzt. Familien mit Kindern müßten erst einmal 1.600 DM sparen, und dann würde dies bestenfalls 32 oder 48 DM pro Kind und Jahr erbringen. Gemessen an den heutigen Baupreisen ist das ein Witz.

(Vereinzelter Beifall)

Eine letzte Bemerkung! Viele von uns vermissen den Einbau unserer Vorschläge in das große Thema "Transferleistungen für Familien". Nach unseren Sozialgesetzen bildet die Summe der Einkünfte oder der zu versteuernden Einkünfte das Maß für die soziale Berechtigung. Jeder von uns weiß jedoch, daß die Höhe der Einkünfte noch nichts über die Bedürftigkeit aussagt. Wir brauchen eine Transferpolitik, die die Bedürftigen erreicht, und möglichst nur sie. Wir müssen eine solche Politik verwirklichen. Die Pflicht, sie zu formulieren, liegt noch vor uns. Das, was sich aus dem Vorstandspapier bezüglich unserer Familienfreundlichkeit beim Wohnungsbau ergibt, schwächt unsere Glaubwürdigkeit bei den Familien. - Danke schön.

(Beifall)

Hermann Kroll-Schlüter, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Das Wort hat nun Herr Orgaß, ihm folgt Herr Dr. Hartwig.

Gerhard Orgaß: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Es ist gut, daß die Christlich Demokratische Union die Wohnungsbaupolitik zum Schwerpunktthema gewählt hat und dazu Aussagen macht. Die Sozialausschüsse begrüßen uneingeschränkt die Zielsetzung, die in der Präambel zum Ausdruck kommt. Ich möchte auf das verweisen, was Norbert Blüm in seiner großartigen Begründung unserer Vorstellungen hier gesagt hat; ich brauche das nicht zu wiederholen. Ich kann mich vor allem auch deswegen kürzer fassen, weil der Kollege Köster im Zusammenhang mit der Familienpolitik zu diesem Problem entscheidende Aussagen gemacht hat.

Leider müssen wir feststellen, daß die im Teil B vorgeschlagenen Instrumente der Zielsetzung der Präambel nicht gerecht werden.

Das Problem liegt in folgendem. Wir können feststellen, daß bei dem größten Teil der Bevölkerung die Wohnversorgung, was Qualität und Fläche betrifft, wie nie zuvor in der Geschichte ist. Die Probleme ergeben sich bei speziellen Gruppen: bei den sozial Schwachen bzw. den am Markt Schwachen oder auch bei den kinderreichen Familien. Sie ergeben sich vor allem in den Ballungsbereichen. In diesen Ballungsbereichen werden die Warteschlangen immer länger. Mit den hier genannten Instrumenten geben wir aber keine genügende und befriedigende Antwort, wie diese verfehlte Politik der SPD/FDP-Koalition durch eine bessere Alternative abgelöst werden kann.

Wir glauben, daß es notwendig ist, bei der Eigentumsförderung die aufgezeigten Prioritäten nicht zu vernachlässigen. In den Städten, wo überhaupt nur 20 % an Wohnungseigentum vorhanden ist und die untere Einkommenshälfte bisher nur 10 % davon besitzt, greifen diese Instrumente bisher nicht. Wir müssen uns auch überlegen, ob

so konstruktiv wie ein Architekt, so fleißig wie ein Handwerker und so schnell arbeiten, wie ein Schwarzarbeiter ein Haus baut.

Das Wort hat jetzt Herr Köster. Ich darf Sie alle bitten, sich an die Redezeit von fünf Minuten zu halten. Wir sind gehalten, auf die Einhaltung der Redezeit streng zu achten.

Bitte schön, Gottfried Köster hat das Wort..

Gottfried Köster, Rheine: Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Die Eigentumsförderung ist verstärkt fortzuführen und familienfreundlich zu gestalten. Dieser Grundsatz ist mit allen Kräften zu unterstützen. Der Antrag des Bundesvorstandes wird aber einer familienfreundlichen Förderung nicht ausreichend gerecht.

Sie kennen alle die Regelung des Einkommensteuergesetzes, die es jeder Familie erlaubt, für jedes Kind 1200 DM steuerbegünstigt in einen Bausparvertrag einzuzahlen. Also: Je mehr Kinder die Sparfähigkeit begrenzen, desto mehr darf steuerbegünstigt gespart werden. Das ist einen gegenläufige, eine unechte Familienfreundlichkeit.

Genauso ist es mit dem Vorschlag des Bundesvorstandes, wonach allein eine Erhöhung der Höchstbeträge nach § 7 b vorzunehmen sei. Familien mit Kindern bringt das in eine vergleichbare Situation; denn es ist familienunfreundlich, wenn wir sagen, daß bei vielen Kindern doppelt so teuer gebaut oder gekauft werden darf.

In der vorigen Wahlperiode hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Bundestag einen Antrag gestellt, der diese gegenläufige, unechte Familienfreundlichkeit vermeidet. Für Familien wurde darin nämlich statt einer Erhöhung der Höchstbeträge eine Verlängerung der Abschreibungszeit vorgesehen.

Denn nicht jeder Altbau, den eine Familie erwirbt, kostet 300.000 DM. Dabei müssen wir auch noch den Vorschlag des Bundesrates berücksichtigen, die Höchstbeträge für Eigenheime auf 200.000 DM zu erhöhen. Nicht jeder Altbau, den eine kinderreiche Familie erwirbt, kostet 400.000 DM. Man muß auch sehen, daß nicht jeder Neubau - ohne Eigenleistung und ohne Berücksichtigung des Bodenwertes - so teuer ist. Nicht bei jedem Facharbeiter mit Kindern werden Freibeträge von 15.000 oder 20.000 DM steuerlich noch wirksam.

Der Vorschlag des Bundesvorstandes ist also viel weniger familienfreundlich als der Beschluß der Bundestagsfraktion aus der letzten Wahlperiode. Das ist unverständlich. Wir sollten doch die Familienpolitik als Schwerpunkt unserer politischen Arbeit betrachten.

Ein weiterer wesentlicher Mangel der Vorlage des Bundesvorstandes ist der, daß kein Weg aufgezeigt wird, wie ein Facharbeiter mit zwei oder drei Kindern zu einem Wohneigentum kommen kann, wenn seine Ehefrau nicht erwerbstätig ist, sondern sich der Erziehung der Kinder widmet. Es zeugt von wenig Verständnis für Familien mit Kindern, wenn wir, die CDU/CSU, einerseits die Steuerentlastung als einen Kernpunkt unserer Finanzpolitik betrachten, andererseits aber unsere Familienfreundlichkeit dadurch zeigen wollen, daß wir die steuerliche Begünstigung zum Rückgrat unserer Wohneigentumsförderung machen.

Es fehlen Vorschläge, wie die Eigenkapitalbeschaffung für Familien mit Kindern sichergestellt werden kann; zu denken wäre hier daran, Wohngeldansprüche, Ansprüche nach § 7 b und Kindergeldanteile beleihungsfähig zu machen. Die Pauschalierung der Rentenansprüche aus

das, was in der Vergangenheit an Fehlleitungen entstanden ist, nicht entsprechend korrigiert werden kann. Wir müssen alle bisherigen Förderungsinstrumente auf ihre räumliche, sachliche und soziale Wirksamkeit überprüfen. Wir müssen Fehlförderungen begegnen. Dann werden wir auch Mittel freibekommen, mit denen wir den wirklich Bedürftigen besser helfen können.

Das heißt, daß wir Anreize schaffen müssen, um die Neubauproduktion dort anzuregen, wo der Bedarf am größten ist. Das ist insbesondere in den Ballungsräumen der Fall. Die bisherige Förderung hat aber dazu geführt, daß im Jahre 1977 zwei Drittel aller Neubauten in Gemeinden unter 30.000 Einwohnern entstanden sind. Dort liegen aber nicht die entscheidenden Probleme. Die Probleme liegen in den Städten, wo wir Warteschlangen haben.

Insbesondere sind die Verteilungswirkungen sehr ungleich. Von den 20 Milliarden DM öffentlicher Förderung kommen dem unteren Einkommensdrittel nur 20 % zugute, jedoch über 50 % dem oberen Einkommensdrittel. Wir müssen uns fragen, ob das der Zielsetzung sozialer Marktwirtschaft gerecht wird.

Wenn wir das einmal im Konkreten sehen, stellen wir fest, daß die bisherige Förderung sehr ungerecht ist. Nehmen wir die Abschreibung nach § 7 b beim Einfamilienhaus bei einem Steuersatz von 35 %. Das erbringt etwa 16 000 DM Förderung. Dann, wenn es dem Betroffenen gelingt, noch mit in das Förderungsprogramm hineinzukommen, kann er noch einmal etwa die gleiche Summe bekommen.

Wer jedoch nur aus rein steuerlichen Gründen ein unechtes Zweifamilienhaus baut, ohne daß dadurch Wohnraum für eine weitere Familie geschaffen würde, hat bei einem Steuersatz von 40 % eine Steuerersparnis von 75 000 DM bei einem Eigenheim, das rund 400 000 DM kostet. Wer sich als Angehöriger der höchsten Einkommensklasse ein Millionenobjekt bei hohem Fremdkapitaleinsatz baut, bekommt eine Steuerersparnis von 150 000 DM. Dies zeigt, daß die Gewichtung völlig ungerechtfertigt ist, daß sie nicht zur Neubauproduktion anregt, und wir haben im Instrumentarium des Bundesvorstandes leider keine Lösungen für dieses Problem.

Lösungsbedürftig ist auch das Problem, daß gerade durch die für Investitionen in den Wohnungsbestand geschaffenen Steuervorteile neben der gewollten Zielsetzung, die notwendige Modernisierung zu schaffen, auch unerwünschte Nebeneffekte eingetreten sind, die zu einer Fehlleitung von Kapital, zu Spekulantentum und zu sozialer Verdrängung - also zu den Ursachen der Unruhen - geführt haben.

Deswegen wäre es sinnvoll, wenn wir im Verlaufe der weiteren Diskussion - die ja nach diesem Parteitag nicht abgeschlossen sein kann - Überlegungen darüber anstellen, wie die Fördermittel des Staates stärker ziel- und zweckgerichtet eingesetzt werden können, vor allem für die Anregung der Neubauproduktion, und wie diese Mittel vor allem den Schwerpunkten des Bedarfs zugute kommen können. Wir müssen ebenfalls erreichen, daß wir diese Mittel an familienpolitischen Gesichtspunkten - und zwar an solchen, die nicht nur verbal, sondern auch in der Wirklichkeit greifen - ausrichten, daß wir Fehlförderungen und reine Mitnahmeeffekte vermeiden und daß wir das Mietengefüge im Wohnungsbaubestand entzerren, aber sozialen Verdrängungsprozessen begegnen. Dazu ist noch vieles nötig.

(Beifall)

Hermann Kroll-Schlüter, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! - Das Wort hat jetzt Herr Dr. Hartwig, Bonn.

vorstand; wir müssen darüber später diskutieren.

Auf der anderen Seite, meine Damen und Herren vom Bundesvorstand, sehe ich ein - wir als Delegierte, als Normalverbraucher, sind ja gar nicht so uneinsichtig -, daß über dieses Thema heute entschieden werden muß, und wir wollen alle Hilfe geben, daß eine breite Mehrheit zustande kommt. Bloß geht es so nicht.

Noch etwas, meine Damen und Herren vom Bundesvorstand: Sie werden zur Entschuldigung vielleicht sagen, der Termindruck, den Sie haben, sei die Ursache. Der Termindruck ist aber Ihr Risiko. Sie haben die Ämter, und niemand ist gezwungen, mehr Ämter zu übernehmen, als er verkraften kann. Das ist Ihr Risiko, nicht unser Risiko.

(Beifall)

Deswegen meine herzliche Bitte: Das darf nicht wieder vorkommen. Es ist ja nicht das erste Mal, daß wir Bonner das kritisieren müssen; Alo Hauser hat das schon früher kritisiert. So können wir hier nicht verfahren!

Jetzt komme ich zur Sache selbst. Auch dazu möchte ich etwas sagen, und vielleicht sind Sie so freundlich, ein paar Notizen zu machen; vielleicht können Sie es gebrauchen, vielleicht auch nicht.

Ich verweise auf Abschnitt B 2, nach dem der Kündigungsschutz bleiben soll. Ich halte das für richtig. Ich verweise auch auf Ihren Hinweis darauf, daß der Nachweis der Vergleichsmiete einfacher sein muß; Sie wollen eine Staffelmiete haben, Sie wollen auch Zeitverträge für zulässig erklären. Das ist im Ansatz richtig. Als notwendiges Gegenstück zum Kündigungsschutz brauchen wir die Ausgestaltung der Vergleichsmiete zu einer echten Marktmiete.

Allerdings hätte ich all das in Ihrem Papier gern etwas ausführlicher, etwas deutlicher gehabt. Nun, etwas besser ist es ja über Nacht geworden. Die brave Antragskommission hat uns ein Papier zukommen lassen, in dem es schon etwas besser aussieht.

Nur, Herr Ministerpräsident Späth, so ganz gefällt mir auch das nicht, und ich will Ihnen auch sagen, warum es mir nicht gefällt. Man hätte auch hineinschreiben sollen, daß ein Vermieter für die Vergleichsmiete auch Wohnungen aus dem eigenen Bestand angeben kann, man hätte hineinschreiben können, daß das Mieterhöhungsverfahren entformalisiert werden sollte, man hätte auch hineinschreiben können, daß die ganzen Fristen verkürzt werden sollten, und man hätte hineinschreiben können, daß wir, die CDU, für eine Mieteinigungsstelle sind, für ein Güteverfahren, das dem Gerichtsverfahren vorgeschaltet wird.

Vor allem hätte man etwas zum Mietspiegel sagen können. Gott sei Dank steht jetzt vom Mietspiegel etwas drin, nicht dank des Bundesvorstandes, sondern dank der Kreisverbände und der Delegierten, die das aufgebracht haben. Man hätte vielleicht sagen können, daß es für die Aufstellung des Mietspiegels einheitliche Grundsätze geben muß und daß es Aufgabe des Gesetzgebers ist, diese einheitlichen Grundsätze zu normieren.

Meine Damen und Herren, das alles wäre schön; bloß sehe ich, daß der Zug abgefahren ist. Ich komme wieder darauf zurück: Das hätte nicht sein sollen, es hätte nicht zu sein brauchen. Deswegen meine Bitte an Sie, meine Damen und Herren vom Bundesvorstand, in Zukunft Ihre Schularbeiten zeitiger zu machen. - Vielen Dank.

Dr. Bernd Hartwig: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Bevor ich etwas zu dem Antrag selbst sage, möchte ich etwas zum Verfahren bemerken und in diesem Zusammenhang ein paar freundliche Worte an die Damen und Herren des Bundesvorstandes richten. Leider ist die Reihe am Tisch hier oben etwas gelichtet, aber vielleicht ist jemand bereit, das auch dem Herrn Bundesvorsitzenden zu sagen, denn der Herr Bundesvorsitzende ist schließlich für die Geschäftsführung verantwortlich.

Meine Damen und Herren, wir haben im Kreisverband Bonn Ende Januar eine Mitgliederversammlung gehabt, um die Delegierten für diesen Parteitag zu nominieren. Natürlich haben die Mitglieder gefragt: Was wollt ihr eigentlich da unten machen? Eine Antwort darauf haben wir nicht geben können, weil wir zu diesem Zeitpunkt gar nicht wußten, welche Thematik hier behandelt werden soll. Ich habe erzählt, ich würde gern zur Sicherheitspolitik etwas sagen; inzwischen weiß ich, daß Sicherheitspolitik hier gar nicht erörtert wird.

Anfang Februar habe ich dann in der Zeitung gelesen, daß der Bundesvorstand die Wohnungsbaupolitik zu einem Thema dieses Bundestages machen möchte. Ich habe aber auch gelesen, daß der erste Entwurf von Ihnen, Herr Späth, so lang war, daß er an Sie mit der Bitte, eine Kurzfassung zu erarbeiten, zurückgegeben worden ist. Dies alles habe ich, wie gesagt, der Zeitung entnommen.

Mitte Februar schließlich war es soweit, daß der Herr Generalsekretär den Entwurf dieser Grundsätze zur Wohnungsbaupolitik an uns verschickt hat. Das war am 16. Februar. Bei den Kreisverbänden eingegangen ist der Entwurf am 18. Februar; ich habe meine Unterlage am 19. Februar erhalten.

Nun verrate ich Ihnen, glaube ich, keine Neuigkeit, wenn ich sage, daß die Wohnungsbaupolitik ein Spezialgebiet ist, das doch bei dem, der mitdiskutieren möchte, gewisse Grundkenntnisse voraussetzt. Ich bin hierher gekommen, um mitzudiskutieren, um mitzuentcheiden, weil ich meine, daß dieser Parteitag nicht eine Einbahnstraße, sondern eine Zweibahnstraße ist.

(Zustimmung)

Daher, meine Damen und Herren, habe ich geglaubt, wir würden vom Bundesvorstand Materialien bekommen, wie es ja auch Materialien zum Arbeitsprogramm für die 80er Jahre gegeben hat. Wir haben aber nichts bekommen.

Was habe ich in der Not getan? Ich habe in Bonn Gott und die Welt alarmiert, um Unterlagen zu bekommen. Ich habe den Mieterverein angerufen, ich habe den Haus- und Grundbesitzverein angerufen, und ich habe auch das Bundeswohnungsbauministerium eingeschaltet. Ich habe Unterlagen bekommen, mehr Unterlagen, als ich eigentlich verdauen konnte. Ich habe sie mit viel Mühe und mit viel Zeitaufwand gelesen, aber, meine Damen und Herren vom Bundesvorstand, für eine Diskussion in der Kreispartei war es zu spät. Wir konnten uns in keiner Weise mehr absprechen.

(Zustimmung)

Ich möchte daher den Damen und Herren vom Bundesvorstand folgendes sagen: Das ist ein unmögliches Verfahren! Es ist zunächst uns, den Delegierten, gegenüber ganz einfach unhöflich. Ich habe tiefes Verständnis für den Antrag des Kreisverbandes Unna, der da besagt: Kinder, das ist eine feine Sache, aber wieder zurück an den Bundes-

(Zustimmung)

Hermann Kroll-Schlüter, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! Ich darf nun das Ergebnis der Stichwahl bekanntgeben.

Abgegebene Stimmzettel: 623. Ungültig: keine. Enthaltungen: eine. Gültige Stimmzettel: 622. Erforderliche Mehrheit: 312. Es entfielen auf Herrn Scherer 378 Stimmen, auf Herrn Vogt 244 Stimmen.

(Beifall)

Wir fahren in der Aussprache fort. Das Wort hat Herr Soenius. Der nächste Redner ist Herr Prof. Dr. Kevenhörster.

Heinz Soenius: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn Debatten, wenn Schriften, wenn Artikel Wohnungen schaffen würden, wäre die Wohnungsnot mal wieder beseitigt. Ich will damit nur sagen, daß es nicht allein darauf ankommt, sich ganz abstrakt zu äußern, sondern darauf, es in der Praxis und für die Praxis verwertbar zu tun. Gerade bei diesem Thema ist ein Rückblick auf die Vergangenheit, auf die Zeiten, als Christliche Demokraten diese Politik bestimmten und als Wohnungen gebaut wurden und nicht so sehr abstrakt darüber diskutiert wurde, nützlich. Dieser Rückblick ergibt, daß die großen Reformen nicht nur die Entscheidung für die Soziale Marktwirtschaft bestrafen, sondern ebenso die Reform des Lastenausgleichs und der Renten und nicht zuletzt den Wohnungsbau. Damals herrschte Realitätssinn. Im gegenwärtigen Zeitpunkt bietet die Wohnungsbaupolitik geradezu den Tummelplatz für ideologische Auseinandersetzungen. Wenn man ein Problem erkennt, ist es richtig, daß man versucht, es zu lösen.

Lassen Sie mich zu den Anträgen aus dem Landesverband Rheinland und zum Teil von den Sozialausschüssen einige Worte sagen. Es ist falsch, wenn wir hier unter uns eine Diskussion über das richtige Eigentum führen. Man kann die Wohnungsbaupolitik als einen Teil der Gesellschaftspolitik über weite Strecken mit der Eigentumpolitik verbinden, wie man das auch mit der Familienpolitik tun kann. Aber die Verengung der Wohnungsbaupolitik auf die Schaffung von Eigentum ist nicht für die heutige Zeit, sondern schlechthin zu wenig. Wenn wir uns über Eigentum unterhalten, muß der Grundsatz gelten, daß auch Geld Eigentum ist. Lassen Sie mich auf einen Bereich hinweisen, der hier gar nicht drinsteht, von dem ich aber meine, gerade Christliche Demokraten sollten darüber nachdenken, nämlich ob nicht die Wiederbelebung des Genossenschaftsgedankens, der ja in der Zeit um die Jahrhundertwende und nach dem Ersten Weltkrieg ganz erheblich beigetragen hat, Wohnungsbauprobleme zu lösen, auch uns Christlichen Demokraten gut ansteht und ob nicht diese besondere Form des Eigentums von uns wieder zu propagieren ist.

Der nächste Punkt ist - auch darauf leider Gottes wird in der öffentlichen Diskussion heute viel zu wenig Wert gelegt -, daß die Kostenseite des Wohnungsbaus weithin dafür verantwortlich ist, daß keine Investitionen mehr für den Wohnungsbau gemacht werden. Auf die Kostenseite allerdings läßt sich von der Politik nur begrenzt Einfluß nehmen. Aber da, wo es möglich ist, haben die Antragskommission und auch Sie, Herr Ministerpräsident Späth, leider Gottes eine Absage erteilt.

Ein großer Teil der Kosten sind die Kapitalkosten. Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, daß man den Sozialpfandbrief, wie er vom Landesverband Rheinland vorgeschlagen wird, einfach zur Seite schiebt, als wäre auf der Kostenseite überhaupt keine Beeinflussung des Wohnungsbaus möglich. Wenn wir nun versuchen, hinter den Kosten

nur mit Steuererleichtungen oder auch mit öffentlicher Förderung herzulaufen, werden wir das nie einholen. Dann werden wir immer zweiter Sieger bleiben. Wenn wir für den Sozialpfandbrief sind, befinden wir uns in ganz guter Gesellschaft. Wir befinden uns in Gesellschaft mit der bayerischen Staatsregierung, die das ebenfalls vorgeschlagen hat; und die ist sicher unverdächtig. Ich habe auch ein Gutachten vorliegen, das schon vor einigen Jahren eine renommierte wissenschaftliche Gesellschaft veröffentlicht hat, die GEWOS, und das sich zugunsten des Sozialpfandbriefes ausspricht. Daran hat auch Herr Prof. Zeitel mitgewirkt. Auch insofern fühle ich mich in ganz guter Gesellschaft. Wenn dieses Instrument des Sozialpfandbriefes eine so breite Übereinstimmung findet, habe ich kein Verständnis dafür, daß wir - wenn auch nur auf eine begrenzte Zeit, die sicherlich notwendig ist - dazu nichts sagen.

Wenn wir mit Realitätssinn heute Wohnungsbaupolitik betreiben, stellen wir weiter fest - das ist ja in einer Reihe von Diskussionsbeiträgen schon deutlich geworden-, daß heute in den Ballungsgebieten eine besondere Form des Wohnungsnotstands ist. Also empfiehlt es sich, diesem Wohnungsnotstand ganz gezielt zu Leibe zu rücken. Dabei sind allgemeine Erklärungen nicht hilfreich: der Mietwohnungsbau dürfe nicht mehr als der Eigenheimbau gefördert werden. Vielmehr geht es ganz nüchtern und realistisch darum, einen besonderen, vielleicht sogar zeitlich begrenzten Notstand zu bekämpfen. Alles, was darüber hinausgeht, geht in den Bereich der Ideologie. Wenn ich im übrigen die Gewichte der Verteilung zwischen Eigenheimbau und Mietwohnungsbau sehe, muß ich feststellen, ist für eine solche Haltung weiß Gott kein Anlaß.

Wir sind gar nicht gegen eine Heranführung an die Vergleichsmiete des sogenannten Altbestands im Bereich des Sozialwohnungsbaubestands; wir haben sogar zugestimmt. Daß die Mittel für das Wohngeld mitverwendet werden sollen, ist ein weiterer Aspekt, der auch im Sinn gerade der Tradition der Christlichen Demokraten liegt. Ihn können wir in Form der Argumentation durchaus einbringen, nämlich daß hier auch die Solidarität gefordert ist, die Solidarität derer, die eine Wohnung haben - die nicht darauf verweisen können, daß für die, die noch keine Wohnung haben, die öffentliche Hand zuständig ist -, mit denen, die in eine Wohnung hineinwollen. Dieser Aspekt der Solidarität ist auch in der Argumentation draußen durchaus verwendbar. Und er ist nicht nur verwendbar, sondern er findet auch Anklang. Es ist nicht eine reine staatliche Abschöpfungsmaßnahme, um zu mehr Einnahmen zu kommen, sondern hier besteht auch eine moralische Verpflichtung. Das sollten wir mit in die Argumentation einführen.

Ein Letztes. Hier wird immer wieder erklärt, man wolle am sozialen Mietrecht heute nicht rütteln. Das ist nicht die Frage. Heute geschieht es ja nicht mit dem Hackebeilchen, wenn man etwas beseitigen will, sondern das macht man ja sehr viel diffiziler. Da werden Einstiege gesucht. Ich sehe hier einen Einstieg in der Aushöhlung dieses Mietrechts durchaus bei der vorgeschlagenen Einführung der Staffelmiere. Kein Mensch käme bei uns auf die Idee, das Arbeitsrecht je nach Konjunkturlage zu kodifizieren. Wir sehen das als eine Säule des Sozialstaats an. Daher kann auch ein soziales Mietrecht nicht je nach Konjunkturlage modifiziert werden. Wenn wir der Meinung sind, daß es in die Soziale Marktwirtschaft hineinpaßt - ich bin durchaus dieser Meinung -, dann steht es nicht je nach der Lage am Wohnungsmarkt zur Disposition. Wenn auf diesem Seitenweg ein Einstieg versucht wird, wird damit etwas ausgehöhlt. Hier besteht die

Gefahr, daß etwas zusammenbricht, was bei der Einführung die einhellige Zustimmung auch der Fraktion von CDU und CSU gefunden hat.

Abschließend äußere ich die Bitte, daß wir uns mit Realitätssinn auf die Schwerpunkte konzentrieren, wo Lösungsmöglichkeiten gefordert sind. Das sind in der heutigen Zeit besonders die Ballungsgebiete, und das ist nicht zuletzt, daß wir einen Beitrag leisten, die Kosten zu senken.

Ich habe die herzliche Bitte, daß Sie dabei den Landesverband Rheinland und die Sozialausschüsse unterstützen.

(Beifall)

Hermann Kroll-Schlüter, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die vergangener Wortmeldungen und die Beobachtungen von hier oben lassen mich folgendes sagen.

Erstens. Wir sollten den Beiträgen mehr Aufmerksamkeit widmen.

Zweitens. Damit dies geschehen kann, sollten sich alle Redner recht kurz halten. Wir beschränken jetzt die Redezeit auf fünf Minuten.

Drittens. Wir bitten darum, daß Generalaussprache und Aussagen zu einzelnen Punkten der Anträge usw. nicht miteinander vermischt werden.

Ich glaube, wenn Sie mit diesen Vorschlägen einverstanden sind und wenn wir uns daran halten, können wir in der Diskussion und Debatte zügig fortfahren.

Ich erteile das Wort Herrn Professor Kevenhörster, und dann hat Herr Kudella das Wort. - Bitte schön!

Dr. Paul Kevenhörster: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer die Mannheimer Erklärung und das Grundsatzprogramm als politischen Auftrag ansieht, wer die Maßstäbe christlicher Soziallehre und die Herausforderungen der Neuen Sozialen Frage nicht nur in Sonntagsreden verkündet, der muß auch darüber nachdenken, was Solidarität und Gerechtigkeit für die Wohnungsbaupolitik bedeuten.

Die Forderung nach Verteilungsgerechtigkeit gilt auch für den Wohnungsbau und die Eigentumsförderung. Diese Diskussion ist unbequem, und unbequem sind die sich daraus ergebenden politischen Konsequenzen. Soziale Marktwirtschaft, wie sie Alfred Müller-Armack definiert hat, soll ja das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs verbinden. Dieser Auftrag gilt auch für den Wohnungsbau. Von einer Politik des sozialen Ausgleichs aber sind wir weit entfernt; und diesem Auftrag wird der Antrag des Bundesvorstands keineswegs gerecht. Der Antrag beruft sich zwar grundsätzlich auf die Soziale Marktwirtschaft, spricht aber am Schluß nur noch von der "sozial abgesicherten Marktwirtschaft". Vielleicht darf man an dieser Stelle zugunsten der Vorstandsvorlage annehmen, daß es sich hier nur um einen neuartigen Definitionsversuch oder eine redaktionelle Ungeschicklichkeit handelt. Sonst müßte man ja vermuten, daß durch einen derartigen Begriffswechsel politische Akzentverlagerungen vorgenommen werden sollen.

Der Antrag des Bundesvorstandes tritt zu Recht für mehr Markt im Bereich des Wohnungsbaus ein und zieht insoweit richtige Schluß-

folgerungen aus einer verfehlten Wohnungsbaupolitik. Aber notwendig ist zugleich eine wohnungsbaupolitische Offensive für benachteiligte Gruppen in den Ballungszentren. Notwendig ist vor allem eine konsequente öffentliche Förderung nach den Maßstäben Sozialer Marktwirtschaft, vor allem die Konzentration der Mittel im Sozialen Wohnungsbau und in der Eigentumsförderung auf kinderreiche Familien, Einkommensschwache und aus anderen Gründen hilfsbedürftige Gruppen. Der Antrag des Bundesvorstandes wird diesen Anforderungen in vier ganz entscheidenden Punkten nicht gerecht.

Erstens. Er gibt keine ausreichende Antwort auf die Probleme der Ballungsräume.

Zweitens. Er gibt keine ausreichende Antwort auf die Probleme der benachteiligten Gruppen des Wohnungsmarktes, der Marktschwachen.

Drittens. Er gibt keine Antwort auf regionale Ungleichgewichte und schafft keine Voraussetzungen einer regionalen Steuerung.

Viertens. Er bewirkt eine Einkommensumverteilung zu Lasten der Einkommensschwachen.

Gewiß, der Antrag des Bundesvorstandes könnte den Wohnungsbau anregen, aber so, daß er den ohnehin einkommensstärkeren Wohnungssuchenden zugute käme. Für die einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten würde dagegen in den Ballungsgebieten immer weniger attraktiver und erschwinglicher Wohnraum zur Verfügung stehen. Da weder die öffentlichen Fördermittel für den Wohnungsbau aufgestockt, noch die Kriterien der Eigentumsförderung geändert werden, kann der neuen Wohnungsnot und den Mietbelastungen einkommensschwacher Haushalte in den Ballungsräumen so nicht begegnet werden. Hier ist ein hoher Bestand von sozialen Mietwohnungen dringend erforderlich. Wir haben hier eben nicht nur Randgruppen, die auf den sozialen Wohnungsbau angewiesen sind, sondern einen erheblichen Teil der städtischen Wohnbevölkerung, einkommensschwache und am Markt benachteiligte Gruppen, kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Schwerbehinderte, Aussiedler, ältere Menschen, ausländische Arbeitnehmer. Die Wohnungsprobleme dieser Gruppen sind auch auf Dauer durch eine Anhebung des Wohngeldes allein nicht zu lösen.

Weitere Fragen bleiben ebenfalls unbeantwortet. Was soll mit den zusätzlichen Mieteinnahmen geschehen, die bei den Eigentümern von sozialen Mietwohnungen nach Heranführen der Mieten an die Marktmieten anfallen? Warum wird dieser Differenzbetrag nicht für den Neubau von Sozialwohnungen zweckgebunden? Ist gewährleistet, daß sich die Mehrbelastungen einkommensschwacher Haushalte nicht unverträglich erhöhen?

Alles in allem, die vorgeschlagenen Maßnahmen wirken undifferenziert. Das Problem der Verdrängung einkommensschwacher Bevölkerungsschichten aus kostengünstigen Wohnungen durch Verdrängungsmodernisierungen wird nicht gesehen. Lösungen für die Beseitigung der neuen Wohnungsnot in den Ballungsräumen werden nicht aufgezeigt.

Eindeutiger als im Antrag des Bundesvorstandes müssen wir klarstellen, daß Mietanhebungen im Sozialen Wohnungsbau nur in Verbindung mit einer Verbesserung des Wohngeldes für die unteren Einkommensschichten durchgeführt werden. Die aus den Mieterhöhungen

stammenden zusätzlichen Mittel müssen abgeschöpft und zweckgebunden für den Wohnungsneubau oder die Verbesserung des Wohngeldes eingesetzt werden. Der Einsatz öffentlicher Mittel im sozialen Mietwohnungsbau ist nur vertretbar, wenn die Belegungsbindungen lange Zeit aufrechterhalten werden. Denn eine kürzere Bindungsfrist würde die Subventionswirkung auf den Vermieter umlenken. Gerade die älteren Sozialwohnungen aber kommen den verteilungspolitischen Zielen der Wohnungsbaupolitik entgegen.

Eine regionale und soziale Gegensteuerung zugunsten der Ballungsräume ist unverzichtbar. Denn eine Unterversorgung in diesen Gebieten führt zu einer Verdrängung gerade der einkommensschwächeren Bevölkerung. Daher bleibt die öffentliche Förderung des Wohnungsbaus gerade für kinderreiche und junge Familien notwendig. Der Sozialwohnungsbestand muß gezielt für wirtschaftlich und sozial schwächere Bevölkerungsgruppen verwendet werden. Die Einkommensgrenzen sind dabei der Einkommensentwicklung anzupassen. Wegen ihrer niedrigen Miete sollten ältere Sozialwohnungen bevorzugt einkommensschwachen Haushalten zur Verfügung gestellt werden.

Die staatliche Wohnungsbaupolitik muß eine sozial und räumlich ausgewogene Investitionstätigkeit sichern. Das erfordert verstärkt Bemühungen in den Ballungszentren und den Ballungsrandzonen.

Die Ergänzungen, die die Anträge der Sozialausschüsse vorschlugen, sind notwendig, um den Wohnungsproblemen in den Ballungszentren zu begegnen, die Wohnungsbaupolitik verteilungsgerechter zu gestalten und die Förderung stärker auf die eigentlichen Problemgruppen auszurichten. Darum verdienen die Anträge der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft unsere Unterstützung. - Vielen Dank.

(Beifall)

Hermann Kroll-Schlüter, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Kudella, dann Professor Biedenkopf.

Peter Kudella: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich glaube, der Antrag des Bundesvorstandes zeigt eine richtige Richtung auf, nämlich die, gerade die Eigentumsmaßnahmen zu fördern und für mehr Markt zu sorgen. Allerdings wird man darauf hinweisen müssen, daß die Voraussetzungen für eine soziale Wohnungsmarktwirtschaft im Augenblick nicht gegeben sind und wohl auch in den nächsten Jahren nicht gegeben sein werden, weil auf Grund des Drängens geburtenstarker Jahrgänge die Differenz zwischen Angebot und Nachfrage eher noch größer werden wird.

Ich habe zu vier Punkten des Antrags des Bundesvorstandes kritische Bemerkungen zu machen.

Zunächst einmal glaube ich, daß die jetzige Formulierung über die generelle Einführung einer Staffelmiete gerade marktwirtschaftlichen Grundsätzen entgegenläuft. Wenn wir überall und uneingeschränkt die Staffelmiete zulassen, dann bedeutet das, daß auf Jahre, ja eventuell Jahrzehnte eine Miete festgeschrieben werden kann, ohne daß in irgendeiner Form marktwirtschaftliche Einflüsse ziehen können. Hinzu kommt, daß auch hier bewußt Verdrängungseffekte geschaffen werden können, nämlich durch eine Festsetzung der Staffelmiete, die mit Sicherheit dazu führt, daß der Schwächere, nämlich der Mieter, irgendwann die festgesetzte Miete nicht mehr bezahlen kann und dann allein auf das Wohlwollen des Vermieters angewiesen ist.

Das heißt, nur wenn der Vermieter von dem eingegangenen Vertrag abweicht, hat der Mieter eine Chance; sonst muß er aus Kostengründen die Wohnung verlassen. Dieses kann so von der CDU eigentlich nicht gewollt sein.

Eine weitere Aussage fehlt mir im Programm des Bundesvorstands. Es wird dort nämlich nicht gesagt, welche wohnungspolitischen Maßnahmen wir in Ballungsgebieten treffen wollen. Meine Damen und Herren, es gibt keinen Zweifel: die größten Probleme haben wir im Augenblick in den Ballungsgebieten, und hierauf muß die Union eine Antwort geben. Wir können uns um diese drängenden Fragen nicht mit allgemeinen Formulierungen herumogeln. Wir müssen sagen, welche konkreten Maßnahmen in den Ballungsgebieten wir als Union uns vorstellen.

Lassen Sie mich einen dritten Punkt nennen. Egal, wie die Entscheidung heute endgültig ausgeht, eines ist klar: es wird in bestimmten Bereichen zu Mieterhöhungen kommen, und ich finde, daß wir den Mut haben sollten, auf diesem Parteitag zu sagen, wo wir gerade auch für die unteren Einkommensschichten die Grenze der Belastbarkeit sehen. Eine allgemeine Aussage, wie sie im Antrag des Bundesvorstands enthalten ist, reicht nach meiner Meinung nicht aus. Denn wenn der Bundesvorstand sehr zu Recht sagt, daß in Härtefällen das Wohngeld ausgleichend wirken soll, dann müssen wir - auch mit Blick auf die strukturelle Verbesserung des Wohngeldes - deutlich sagen, wo wir die Einkommensgrenze sehen. Ich habe die bisherige Diskussion in der Union immer so verstanden, daß wir bei den unteren Einkommensgruppen eine Anfangsbelastung von etwa 20 % für sinnvoll halten würden, und ich würde darum bitten, daß wir eine solche Aussage auch in diesen Antrag aufnehmen.

Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung machen, gerade auch mit Blick auf den Antrag des Landesverbandes Bremen, der nach wie vor meint, daß für die Lösung des Fehlbelegerproblems nicht der Abbau von Zinssubventionen, sondern die Erhebung einer Fehlbelegerabgabe der richtige Weg sei. Meine Damen und Herren, ich bitte dringend, bei der Beurteilung dieses Punktes auch die gravierenden Nachteile, die eine allgemeine Erhöhung der Zinsen mit sich bringt, in Ihre Überlegungen einzubeziehen. Wenn ein Abbau der Zinssubventionen erfolgt, trifft das alle Mieter uneingeschränkt, also nicht nur den eigentlichen Fehlbeleger, sondern auch die Bezieherin einer Witwenrente, deren zusätzliche Belastung dann durch das Wohngeld nicht voll ausgeglichen werden kann.

Ich möchte einen zweiten wichtigen Punkt hinzufügen. Meine Damen und Herren, bei den Eigenheimen, die im sozialen Wohnungsbau gebaut worden sind, können Sie nur die erfassen, die nach dem 1. August 1968 gebaut worden sind. Das heißt, die bis zum 31. Juli 1968 geförderten Eigenheime und Eigentumswohnungen können nicht erfaßt werden. Ich finde, hier wird zweierlei Recht geschaffen, und das kann man nachher in der politischen Diskussion wirklich nicht mit vernünftigen Argumenten begründen.

Deshalb bitte ich Sie, der Vorlage des Bundesvorstands zumindest in diesem Punkt nicht zuzustimmen und noch einmal zu überlegen, ob nicht die Fehlbelegerabgabe der richtigere und vor allem der gerechtere Weg ist.

Hermann Kroll-Schlüter, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Kudella. Ich wollte Sie nicht unterbrechen, aber ich darf Ihnen

Beitrag zum Anlaß nehmen, noch einmal darauf hinzuweisen, daß wir jetzt in der Grundsatzdebatte sind und daß dabei nicht zu einzelnen Punkten gesprochen werden sollte. Ich bitte die nachfolgenden Redner, die etwas Gleiches vorhaben, in dieser Runde darauf zu verzichten und sich nachher bei der Aussprache zu den einzelnen Punkten zu melden. Ich darf ferner darauf hinweisen, daß wir diesen Punkt spätestens um viertel vor eins erledigt haben müssen. Ich bitte, sich danach zu richten.

Bitte, Herr Professor Biedenkopf, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ein Mensch, der unter Auszehrung und Hunger leidet, ist ganz zweifellos krank. Ein Mensch, der an Übergewicht und fehlender Bewegung leidet und deshalb infarktgefährdet ist, ist ganz zweifellos auch krank. Beide brauchen ärztliche Hilfe, aber niemand kommt auf die Idee, sie in gleicher Weise zu behandeln. Niemand dürfte auf die Idee kommen, dem Herzinfarktgefährdeten, an Übergewicht Leidenden zusätzlich kräftige Nahrung und Ruhe zu verschreiben, und niemand kommt wohl auf die Idee, dem ersteren Bewegung und Askese zu verordnen.

Mit dem staatlichen Wohnungsbau ist es ähnlich. Wir haben nach dem Krieg eine ungeheure Aufgabe vor uns gehabt. Wir haben damals aus gutem Grund entschieden: Die Lösung dieser Aufgabe kann nicht dem Markt allein überlassen werden, der Staat muß auf vielfältigste Weise mitwirken. Wohnung war damals ein ungeheuer knappes und deshalb wertvolles Gut. Seine Verteilung über den Markt hätte zu schreienden Ungerechtigkeiten geführt. Der Schutz des Mieters, der Schutz des Mietvertrages - bishin zu einer fast eigentümerähnlichen Position -, die staatliche Förderung vor allem der Eigentumsbildung, das alles waren damals ausgezeichnete Sachen.

Die Union war es, die die Wohnungsbaupolitik Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre in Richtung auf Vermögensbildung, Eigentumsförderung und soziale Verpflichtung in der Marktwirtschaft gedrängt hat. Wären wir an der Regierung geblieben, ich könnte mir vorstellen, wir hätten dann behutsam angefangen, das Wort Ludwig Erhards einzulösen, daß eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mit steigendem Wohlstand nicht mehr Staat braucht, sondern sind weniger Staat erlauben kann. Die Sozialdemokraten halten davon nichts. Heute ist der Wohnungsbau krank, nicht weil wir zuwenig tun, sondern weil wir zuviel tun,

(Beifall)

nicht weil wir noch mehr als die 20 Milliarden DM ausgeben müßten, sondern weil von diesen 20 Milliarden nach konservativen Schätzungen ungefähr die Hälfte in die falsche Richtung fließt;

(Beifall)

nicht deshalb, weil es eine Wohnungsnot im abstrakten Sinne gibt, sondern weil das kostbare Gut Wohnung unter ganz anderen Gesichtspunkten an eine große Zahl von Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu sehr günstigen Bedingungen zugewiesen ist, die natürlich gar nicht daran denken, diese Wohnung wieder preiszugeben und in eine teurere Wohnung zu ziehen, auch wenn bei ihnen die Voraussetzungen, unter denen sie die Wohnung zu so günstigen Bedingungen bekommen haben, nicht mehr vorliegen. Wenn eine ältere alleinstehende Frau in ihrer Wohnung lieber drei Zimmer zuschließt, als in eine Neubauwohnung zu ziehen, weil sie die Fünfstückerwohnung zu günstige-

ren Konditionen bekommt als eine Zweieinhalbzimmerwohnung, dann geht natürlich Wohnraum verloren. Aber das bedeutet nicht, daß wir Wohnungsnot haben.

(Beifall)

Das bedeutet vielmehr, daß die Zuordnung des Gutes "Wohnung" nicht mehr funktioniert. Ich glaube, man muß es sehr begrüßen, daß der Bundesvorstand die Initiative ergriffen hat und dem Parteitag einen Beschlußvorschlag vorgelegt hat, der sich dieses Themas annimmt. Mein Landesverband hat bereits 1976 auf einem Landesparteitag den Beschluß gefaßt, im Prinzip die Objektförderung im Wohnungsbau - das ist die Förderung der Wohnung - durch die Subjektförderung - das ist die Förderung derer, die in der Wohnung wohnen - abzulösen. Die Fraktion hat Grundsätze beschlossen. Ich selbst habe in schriftlicher Form Vorschläge vorgelegt, die ja auch ziemlich heftig diskutiert worden sind.

Heute haben wir ein großes Problem zu lösen. Wir können den Wohnungsbau nicht von heute auf morgen in den Markt entlassen. Der Infarktgefährdete, von dem ich am Anfang gesprochen habe, kann nicht dadurch geheilt werden, daß man ihn sofort auf den Trimpfad des Marktes schießt. Am Ende der Politik muß dieses Ziel aber erreicht werden. Ein freier Wohnungsmarkt mit einer echten sozialen Sicherung muß das Ziel sein.

(Beifall)

Die Folge ist - dies sage ich auch im Blick auf die Behandlung des Antrags des Bundesvorstandes -: Wir müssen uns, wenn wir hier auf diesem Parteitag jetzt politische Grundsätze und Richtlinien festlegen, darüber im klaren sein, daß dies niemals eine endgültige Antwort auf das Problem sein kann. Was wir hier beraten, sind vielmehr Therapien für einen kranken Markt. Das ist mir wichtig. Es sind nicht die Begründungen neuer Besitzstände. Eines der Hauptprobleme in diesem Markt sind die vorhandenen Besitzstände, und zwar die öffentlichen Besitzstände noch viel mehr als die privaten. Ein wesentlicher Teil der Hunderte von Milliarden Mark, die wir seit 1950 für den Wohnungsbau ausgegeben haben, befindet sich heute als Kapital nicht im privaten, sondern im öffentlichen Bereich.

(Beifall)

Darüber wird hier aber viel zu wenig geredet. Wie kann denn dieses im öffentlichen Bereich angesammelte Kapital, welches dieser öffentliche Bereich ja nicht zur öffentlichen Vermögensbildung bekommen hat, sondern zur Lösung von Problemen des Aufbaus, wieder mobilisiert werden?

(Beifall)

Was können wir tun, damit die Instrumente, die heute zu Besitzständen geworden sind, wieder in einen Markt überführt werden? Der Dicke hält sein Übergewicht möglicherweise auch für einen Besitzstand, weil er es als sehr lästig empfindet, es wieder abzuspecken. Aber wir können ja nicht nur deshalb, damit der Dicke uns auch in Zukunft seine Stimme gibt, sagen, wir hätten eine Abmagerungskur ohne Gewichtsverlust.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir müssen deshalb in dieser Debatte vollkommen klarmachen: Was wir hier beraten, sind keine Dauerlösungen, denn wir sehen - im Unterschied zu Sozialisten und Sozialdemokraten - unsere Aufgabe in der Politik nicht darin, immer neue Gründe für die Dauerbehandlung der Bürger durch den Staat zu finden. Wir wollen den Bürger vielmehr soweit wie möglich in die Gesundheit der Freiheit entlassen.

(Beifall)

Jetzt möchte ich noch kurz drei Punkte ansprechen, an denen wir im Rahmen der Durchführung dieses Vorschlags des Bundesvorstandes und der weiteren Behandlung des ganzen Themas arbeiten müssen. Zunächst dies: Die meisten von uns - mich bis vor anderthalb oder zwei Jahren, als ich an diesem Thema arbeitete, eingeschlossen - haben von den heutigen Sachverhalten auf dem Wohnungsmarkt nur ein sehr allgemeines Bild. Die Tatbestände sind weitgehend unbekannt - übrigens auch den Behörden selbst. In Nordrhein-Westfalen z. B. kann kein Beamter aus den zuständigen Ministerien angeben, welche Leute sich eigentlich hinter den Zahlen von Wohnungssuchenden verbergen. Es sind nicht alles nur kinderreiche Familien. Dahinter verbirgt sich auch eine große Zahl von neuen Einpersonenhaushalten. Hier ist an junge Leute zu denken, die sagen: Zu Hause stinkt es mir, ich will eine Wohnung, und diese Wohnung soll billig sein.

(Beifall)

Gut, auch das ist ein Wohnungssuchender, aber doch nicht unbedingt ein Wohnungssuchender, der in der gleichen Weise staatliche Hilfe auszulösen beanspruchen kann wie die kinderreiche Familie.

(Beifall)

Hier müssen wir doch einen Unterschied machen. Wir müssen also wissen, wer die Wohnungssuchenden eigentlich sind. Das ist eine zentrale politische Frage. Wenn ich an diese Frage Milliarden-subventionen anhängen, muß ich doch wissen, wer es ist, dem ich helfe.

(Beifall)

Zweitens. Es gibt einen großen Streit in der Bundesrepublik Deutschland über die Frage, wieviel Leute eigentlich Wohnungseigentum haben. Die Schätzungen reichen von Ende 30 % bis 50 %. Je nachdem, wie die Wahrheit aussieht, ist natürlich der öffentliche Haushalt höchst unterschiedlich gefragt. Die öffentliche Statistik zählt nur solche Wohnungseigentümer, die in ihren eigenen vier Wänden wohnen. Die anderen Eigentümer bzw. das andere Eigentum wird nicht gezählt. Theoretisch können wir also eine eigentumslose Gesellschaft sein, wenn jeder zwar eine Wohnung oder ein Haus zu eigen hat, sie aber an andere vermietet. Es kann doch wohl nicht der Sinn der Politik sein, so etwas zu ignorieren.

Der dritte Punkt: Was hat eigentlich in den nächsten 30 Jahren der erste große Erbgang auf dem Wohnungsmarkt für eine Bedeutung? Eine Wohnung ist ein Gut, das ungefähr 100 Jahre alt wird. Wissen wir denn, wie der Wohnungsmarkt in 20 Jahren aussieht? Wenn wir die Menschen heute durch umfangreiche Förderung ermutigen, neue Häuser und neue Wohnungen zu bauen, übernehmen wir ja auch eine gewisse Verpflichtung dafür, daß die Rechnung nachher aufgeht. In der Rechnung steht z.B., daß man wegen der Wertsteigerung der

Wohnung Anfangsverluste in Kauf nehmen kann. Was ist denn, wenn in 30 Jahren zuviel Wohnungen da sind und die jungen Leute, die dann ein Haus erben, uns verfluchen, weil sie das Haus nur noch unter Preis oder vielleicht nur noch zur Höhe der Hypothek loswerden?

(Beifall)

Wir müssen also zumindest einmal darüber reden, wie sich das weiterentwickelt. Dies ist der erste Punkt: Die Tatbestände müssen geklärt werden.

Der zweite Punkt: Wir müssen eine Reihe von politischen Entscheidungen treffen. Ich will hier nur eine erwähnen, weil ich die Redezeit - selbst bei westfälisch-lippischer Toleranz - nicht allzu unmäßig überschreiten will.

(Heiterkeit und Beifall)

Was, so muß die erste Frage lauten, darf eine Mietwohnung kosten? Wenn wir der Meinung sind, daß der Markt diese Frage nicht entscheiden kann, müssen wir sie entscheiden, denn entschieden werden muß sie. Das Papier, welches Ihnen vorliegt, ist in dieser Hinsicht nicht sehr klar. Ich stelle dies nur fest und bezeichne es nicht unbedingt als einen Mangel, weil wir im Augenblick noch gar nicht in der Lage sind, diese Frage wirklich zu beantworten. In dem Papier ist von Wohnungen zu angemessenen Preisen die Rede. Es heißt darin auch: auf preisgünstigen Wohnraum angewiesen. Zugleich heißt es aber auch: Das Bewußtsein muß gestärkt werden, daß das Gut "Wohnen" seinen Preis hat. Weiterhin finden wir die Passage, am Markt seien keine Wohnungen zu zumutbaren Bedingungen, also zu zumutbaren Preisen zu finden. Das heißt, wir haben diese Frage offengelassen. Meine Freunde, wir können diese Frage aber nicht mehr lange offenlassen, und zwar aus einem ganz anderen Grund. Da ist der Facharbeiter oder der Werkmeister Müller, der ein Eigenheim baut oder eine Eigentumswohnung erwirbt und bis zu 40 % des Nettoeinkommens seiner Familie bezahlt, um diese Leistung zu erbringen. In der Nachbarschaft wohnt der Werkmeister Schulze. Er wohnt in einer Sozialwohnung, die von dem Werkmeister Müller mit subventioniert wird. Letzterer wird sagen: Wie kommt es eigentlich, daß ich 40 % meines Einkommens für meine Wohnung bezahle, nur weil ich Eigentümer bin, während du, Werkmeister Schulze, wie ein Eigentümer - unkündbar und geschützt - in einer Mietwohnung wohnst, die ich auch noch mit bezahlen muß?

(Beifall)

Das ist der neue Verteilungskonflikt.

Ich möchte uns den guten Rat geben, dann, wenn wir über sozialen Wohnungsbau sprechen, als Volkspartei bei allem Respekt vor den Hilfsbedürftigen nicht so zu reden, als bestünde die Gesellschaft nur aus Hilfsbedürftigen.

(Beifall)

Wir müssen eine Politik betreiben, die auch für diejenigen glaubwürdig bleibt, die sich krummlegen, um selbst zum Abbau der Wohnungsnot beizutragen.

(Lebhafter Beifall)

Meine Freunde, deshalb müssen wir in dieser Partei eine Grundsatzfrage diskutieren und ausdiskutieren. Damit komme ich zum Schluß, denn die Einzelpunkte sollen ja später behandelt werden. Wir müssen die Frage ausdiskutieren: Was bedeutet heute eigentlich sozial bedürftig?

Im sozialen Wohnungsbau sind rund 75 % aller Privathaushalte in der Bundesrepublik Deutschland anspruchsberechtigt. Meine Freunde, es kann doch unmöglich sein, daß nach einem phänomenalen wirtschaftlichen Aufstieg unseres Landes und bei einem der höchsten Lebensstandards in der Welt, unbeschadet der Frage, daß wir jetzt darum kämpfen müssen, drei Viertel der Privathaushalte im Sinne staatlicher Subvention förderungswürdig sind. Das ist Unsinn.

(Beifall)

Wenn wir an dieser Politik festhalten, dann bedeutet das, daß wir diesen drei Vierteln nur Subventionen geben, die wir ihnen vorher durch Steuern, Staatsverschuldung oder Inflation abgenommen haben.

(Beifall)

Deshalb - dies ist eine Generaldebatte - meine Bitte an die Partei - und wir werden, wie es Bernhard Worms vor seiner Wahl zum Landesvorsitzenden im Rheinland gesagt hat, an dieser Frage besonders arbeiten -: Konzentrieren wir uns darauf, was "sozialbedürftig" ist. Sonst haben wir eines Tages die Situation, wo das große Mittelfeld der Bürger, die entschlossen sind, sich selbst zu helfen, Lasten auf sich zu nehmen, mitzuarbeiten und Verantwortung zu tragen, sich an der Nase herumgeführt vorkommt, weil sich die Politik für sie nicht ausreichend interessiert. Auch das sind unsere Wähler. Davon müssen wir genauso reden. Wenn wir von dieser Position ausgehen und nach der wirklichen sozialen Bedürftigkeit im Sinne des Subsidiaritätsprinzips fragen, dann werden die, die Hilfe brauchen, ganz im Sinne der Mannheimer Erklärung, wirkliche, echte, unbürokratische und umfangreiche Hilfe bekommen. Und das graue Mittelfeld, wo viele Mitnahmeeffekte auftreten, werden wir lichten müssen. Sonst können wir keine glaubwürdige Politik machen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Hermann Kroll-Schlüter, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihr Beifall hat gezeigt, daß es richtig war, bei dieser Rede ein anderes Zeitmaß anzulegen, nach westfälischer Art und Weise. Es geht alles etwas langsam, in diesem Falle die Uhr.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich darf herzlich in unserer Mitte Herrn Dr. Hans Thieleken begrüßen. Er ist geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistages. Herzlich willkommen und herzlichen Dank.

(Beifall)

Das Wort hat jetzt Herr Ustorf. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es spricht zum erstenmal in einer solchen Debatte ein Mitglied eines ASTa, in diesem Falle aus Aachen. Wir freuen uns, daß er gerade zum Sachthema Wohnungspolitik als Mitglied des RCDS und des ASTa an der Universität Aachen das Wort ergreift. Herzlichen Dank schon im vorhinein.

Danach Herr Dr. Haßbach, bitte.

Hartmut Ustorf, Ring Christlich-Demokratischer Studenten

(mit Beifall begrüßt):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte Ihnen einleitend sagen, daß ich es außerordentlich schätze, als AStA-Vorsitzender der Technischen Hochschule Aachen ausgerechnet in Baden-Württemberg reden zu können. Da soll noch einmal einer behaupten, daß die CDU in Baden-Württemberg etwas gegen die Verfaßte Studentenschaft habe. Ich weiß es außerordentlich zu würdigen, meine Damen und Herren, daß mir hier auch der Ministerpräsident von Baden-Württemberg zuhört.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich sehe mit großer Genugtuung, daß sich jetzt auch die CDU des Problems des knappen Wohnraums für Studenten annimmt und verstärkt nach einer Lösung suchen will. Die Antragskommission hat zu Punkt 16 der Tagesordnung die Anregungen des RCDS und der Jungen Union aufgegriffen, die sich speziell mit diesem Problem befassen und in Form eines Antrages zum Leittrag des Bundesvorstandes zur Wohnungspolitik Vorschläge enthalten. Nach dem, was den Studenten im Augenblick von der Regierung in Bonn zugemutet wird, weist diese Initiative den richtigen Weg und ist daher auf das stärkste zu begrüßen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Ich möchte mich aus diesem Grund recht herzlich beim RCDS und bei der Jungen Union bedanken, die die Initiative ergriffen haben, sowie bei der Antragskommission, die sie aufgegriffen hat und später zur Diskussion stellen wird.

Mein Appell gilt daher Ihnen, meine Damen und Herren, die Vorschläge zur Behebung der studentischen Wohnraumnot hier zu verabschieden. Ihre Annahme würde bedeuten, daß die Union die Nase ein ganzes Stück vor der Regierungskoalition hätte.

Meine Damen und Herren, die Studentenlawine rollt ununterbrochen. Der Höhepunkt der Studentenzahlen ist noch nicht erreicht. Die bereits abzusehende Abnahme der Zahl der Abiturienten wird durch die wieder steigende Studierwilligkeit kompensiert. Die Zahl der Studenten wird sich ab Mitte der 80er Jahre auf ca. 1,3 bis 1,4 Millionen einpendeln, was eine Zunahme von 30 % bis 40 % gegenüber dem heutigen Stand bedeutet.

Der Zuzug von Studenten in die Universitätsstädte kann nur eine verschärfte Situation auf dem Wohnungsmarkt bewirken. Man muß sich vergegenwärtigen, wieviele Wohnheimplätze fehlen, man muß sich vergegenwärtigen, daß der Wohnungsbau gegen Null geht und daß der Anteil der Studenten, also eigentlich Ortsfremde, an der Bevölkerung oft 15 % oder, wie in Aachen, sogar mehr beträgt.

In dieser Situation die Verantwortung für den Wohnheimbau abzulehnen und seine Finanzierung einzustellen, wie es die Bundesregierung tut, ist eine Rücksichtslosigkeit, die ihresgleichen sucht.

(Beifall)

Wir wollen die Regierung in Bonn hier anklagen, daß sie dies entgegen ihrer Verlautbarungen vor der Bundestagswahl tut. Wir wollen die Regierung in Bonn hier anklagen, daß sie einen großen Beitrag zur Staatsverdrossenheit der jungen Generation leistet, einen Beitrag zur Abkehr der Jugend vom Staat und zur Hinwendung zum Radikalismus. Das, meine Damen und Herren, kann uns nicht gleichgültig sein.

(Beifall)

Aber wir müssen uns auch selbstkritisch fragen: Hat sich eigentlich die CDU in der Vergangenheit vorbildlicher verhalten? Würden nicht vielmehr Häuser auch in Städten besetzt, die von der CDU regiert werden?

Ich will hier einmal klar sagen: Der RCDS lehnt Hausbesetzungen ab, weil für uns Gewalt - und was sonst sind Hausbesetzungen? - kein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein kann.

(Beifall)

Wieso mußte es so weit kommen, meine Damen und Herren, und wieso ist eigentlich angesichts von Hausbesetzungen nicht einmal mehr das gesunde Rechtsempfinden des einfachen Mannes auf der Straße beeinträchtigt, der solche Aktionen oft mit heimlicher Sympathie verfolgt? Läuft da im Grunde nicht etwas falsch? Es reicht eben nicht, besetzte Häuser räumen zu lassen und zu glauben, damit sei die Situation bereinigt. Eine weitsichtige Politik hätte solche Situationen gar nicht erst entstehen lassen.

Darum möchte ich folgendes sagen an die Adresse der Partei, die in der Tradition Konrad Adenauers steht und unseren Staat prägend geformt sowie unser Grundgesetz führend beeinflußt hat, in dem eben auch etwas von der Sozialpflichtigkeit des Eigentums steht: Wir lehnen die Hausbesetzungen ab. Aber als ebenso unverantwortlich verurteilen wir die Spekulation mit kostbarem Wohnraum, die oft unter den Augen der Kommunen betrieben wird, meine Damen und Herren, sogar mit Wohnraum, der sich im Eigentum der Kommunen befindet.

(Beifall)

Der ASTA der Technischen Hochschule Aachen und der RCDS haben da, so glaube ich, bessere Ideen zur Behebung der Wohnraumnot gehabt - wenn auch nur zur kurzfristigen Lösung. Wir hatten zu Beginn des Wintersemesters 1980/81 sechs Bundesbahnwaggon angemietet, um kurzfristig Unterkünfte anbieten zu können; denn 4000 Studienanfänger sind bekannterweise sehr schwer unterzubringen. Diese Aktion, nur eine von vielen möglichen, hat uns einen beispiellosen Erfolg beschert. Sie hat auch über Aachen hinaus Schlagzeilen gemacht, als nämlich Bundespräsident Carstens diese Aktion zum Anlaß nahm, sich vor Ort in Aachen zu informieren.

(Beifall)

Das Angebot an Wohnraum schnellte nämlich schlagartig hoch, und binnen kurzem waren alle Studienanfänger mit Wohnraum versorgt. Dieses Beispiel zeigt, wie ich finde, daß es auch anders geht, anders als jene Lösung, die so aussieht, daß Häuser besetzt werden.

Dieses Beispiel wirft aber auch die Frage auf, ob viele der Hausbesetzer nicht ganz andere Ziele verfolgen, Ziele, die unseren Staat in seiner Gesamtheit aus den Angeln heben sollen.

(Beifall)

Darum seien alle gewarnt, die Hausbesetzungen legalisieren wollen und vor Gewalt kapitulieren wie jetzt in Berlin, wo man nach den Hausbesetzungen 20 Millionen DM zur Verfügung stellte. Nachgeben provoziert weitere Gewalt, und wer heute leere Wohnungen besetzt, der nistet sich vielleicht morgen schon in Wohnungen ein, die bewohnt sind, sofern nur genügend Platz darin ist.

(Beifall)

Das wollen wir nicht, meine Damen und Herren.

Aber wir wollen auch keine leerstehenden Häuser. Darum möchte ich folgendes anregen, was alle Parteien, aber auch die Kommunen aufgreifen sollten, um uns einer Lösung näher zu bringen - diese Vorschläge hat der RCDS übrigens auch schon den Kommunen zugestellt, ebenso den Parteien -: Erstens. Leerstehende Häuser sollten vermietet werden, sofern sie noch bewohnbar sind oder bewohnbar gemacht werden können. Zweitens. Es sollten Notunterkünfte bereitgestellt werden wie z.B. leerstehende Instituts- oder Verwaltungsgebäude sowie Kasernen und ähnliche Gebäude, die in öffentlichem Besitz sind und die kurzfristig als Unterkünfte bereitgestellt werden können. Drittens. Sofern es keine anderen Gruppen benachteiligt - hier möchte ich an das anschließen, was Herr Biedenkopf soeben gesagt hat -, sollte es auch möglich sein, Wohnberechtigungsscheine zusammenzulegen; denn der Trend geht heute zum gemeinsamen Wohnen. Wer das ablehnt, sollte nicht vergessen, daß die Studenten der 80er Jahre andere Studenten sind als die der 60er Jahre.

(Glocke des Tagungspräsidenten)

- Ich bin sofort fertig, Herr Vorsitzender; ich komme gleich zum Schluß.

Viertens. Der Bund muß beim Wohnheimbau wieder in die Pflicht genommen werden. Fünftens. Privatinitiativen beim Bau von Studentenheimen sind zu fördern. Sechstens. Die zeitweilige Anmietung von Wohnraum durch Studentenwerke muß gefördert werden. Das hat außerdem den Effekt, daß man nicht auf Studentenheimen sitzt, die man einmal gebaut hat, wenn die Studentenlawine wieder zurückgeht.

Sie sehen, meine Damen und Herren, es gibt eine Reihe, wie ich finde, guter Möglichkeiten. Keine Partei darf aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Keine Kommune soll zukünftig so tun, als sei sie von Hausbesetzungen überrascht.

Meine Damen und Herren, zeigen Sie der Öffentlichkeit und uns Studenten, daß entgegen einer weit verbreiteten Meinung Studentenschaft und CDU keine Gegensätze sind. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Hermann Kroll-Schlüter, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Dr. Hassbach, danach Herr Dr. Daniels.

Dr. Friedrich Hassbach: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Heute ist schon mehrfach angekungen - der Parteitag hat das durch seinen demonstrativen Beifall begrüßt -, wie richtig es war, daß der Bundesvorstand die Initiative, mit der wir uns heute beschäftigen, diesem Bundesparteitag vorgelegt hat.

Das Bekenntnis zur Marktwirtschaft ist in der Union ungebrochen. Allerdings verdichtet sich bei manchen der Eindruck, daß das Bekenntnis zur Marktwirtschaft nicht ungeteilt sei. Wie anders, liebe Parteifreunde, ist es zu erklären, daß offensichtlich aus Angst vor der eigenen Courage hinsichtlich der Regelung für Berlin in der Präambel des Antrages des Bundesvorstandes vorgesehen ist, die Mietpreisbindung in Berlin bis zum Jahre 1990 festzuschreiben? Lothar Späth hat zu Recht darauf hingewiesen, daß sich

der Wohnungsbestand in Berlin zu einem großen, wenn nicht sogar zum überwiegenden Teil in den Händen der öffentlichen Hand befindet. Warum ist das denn so? Das ist doch mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit darauf zurückzuführen, daß auf Grund der festgefrorenen Mieten die privaten Wohnungseigentümer nicht in der Lage sind, eine Renovierung ihres Wohnungseigentums durchzuführen, und deshalb mehr oder weniger über kurz oder lang gezwungen sind, ihren heruntergekommenen Wohnungsbestand zu veräußern, weil sie ihn selbst nicht tragen können.

Ich gebe Kurt Biedenkopf völlig Recht - er hat soeben darauf hingewiesen -, daß gerade wir als Union einen wesentlichen Teil unserer Anstrengungen auch darauf verwenden müssen, für diejenigen im rechtlichen Rahmen Sorge zu tragen, die ihre privaten Gelder im Wohnungsbau investiert haben. Für diese Mitbürger, für die wir als CDU genauso verantwortlich sind wie für die Mitbürger, die sozialbedürftig sind, müssen wir sprechen, damit auch in Berlin das Übel an der Wurzel gepackt und die Überleitung der Wohnungswirtschaft in die Marktwirtschaft forciert wird. Wir als Union dürfen hier keinen Bremsklotz hinlegen. Wir dürfen das von uns als richtig erkannte Ziel - die Überführung der Wohnungswirtschaft in die Marktwirtschaft - auch in Berlin nicht selbst verbauen. Deshalb bitte ich darum, daß über Punkt 7 der Präambel auf jeden Fall getrennt abgestimmt wird. - Ich danke Ihnen.

Peter Lorenz, Tagespräsidium: Liebe Freunde, ich möchte darauf hinweisen, daß wir allein in der Generaldebatte noch zehn Wortmeldungen haben. Ich bitte alle, die sich zu Wort gemeldet haben, zu prüfen, ob sie ihre Wortmeldung nicht eventuell nachher bei der Einzelberatung des Antrages wahrnehmen können. Dann kämen wir in der Beratung etwas schneller voran.

Das Wort hat jetzt Herr Daniels, Rheinland.

Dr. Hans Daniels: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Über eines sind wir uns heute alle einig - und ich füge hinzu: nicht nur wir, sondern auch die FDP und sogar die SPD -: daß die bisherige Wohnungsbaupolitik der SPD und der FPD total gescheitert ist.

(Beifall)

Sie ist gescheitert, weil sie weder dazu geführt hat, daß noch Wohnungen in erheblichem Umfange gebaut werden, noch dazu geführt hat, daß die vorhandenen Wohnungen vernünftig verteilt werden.

Folgerichtig fordern wir heute alle eine Wende in der Wohnungspolitik, wie es im Antrag des Bundesvorstandes heißt. Ich möchte uns alle aber auch einmal kritisch fragen, ob das, was wir unter der Überschrift "Wende in der Wohnungspolitik" heute verabschieden wollen, im einzelnen nicht doch wieder ein im Grunde etwas halberziges und von zu vielen Kompromissen und auch zu vielen Einschränkungen geprägtes Papier ist. Ich meine, auch das sollte auf einem Parteitag gefragt werden, mag es die bisher so große Übereinstimmung auch ein wenig stören.

Ich möchte das an einem Beispiel erläutern, auf das Professor Biedenkopf auch schon hingewiesen hat. Ich habe den Eindruck, der Antrag, den wir heute verabschieden, geht etwas zu unkritisch davon aus, daß wir mit Sicherheit mehr Wohnungen brauchen. Ich halte

das nicht für so sicher, und es gibt gewichtige Stimmen, die daran zweifeln, die die Frage stellen: Sind wir nicht dabei, auf Grund öffentlicher Subventionen Gelder in einen Bereich zu lenken, bei dem sich nach 20, 30 Jahren herausstellt, daß sie in den falschen Sektor gelenkt worden sind, weil wir dann nämlich zu viele Wohnungen haben?

Am letzten Samstag ist in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" ein ganzseitiger Artikel von Professor Engels erschienen, der diesen Standpunkt sehr pointiert vertritt. Die Statistik gibt ihm zunächst recht, und er bestreitet auch nicht, daß es Wohnungsnot gibt. Jeder Abgeordneter eines Wahlkreises und erst recht jeder Kommunalpolitiker weiß, daß es Wohnungsnot gibt, wenn er sich mit den konkreten Fällen befassen muß, wenn er sieht, daß Familien keine Wohnung finden. Aber daß es Wohnungsnot gibt heißt noch nicht, daß es zu wenige Wohnungen gibt, sondern es kann auch daran liegen, daß die vorhandenen Wohnungen einfach falsch verteilt sind und daß es zu viele Fälle gibt, in denen nicht nur die Falschen in den Wohnungen sitzen, sondern in denen Wohnungen auch unterbelegt sind.

Kein Mensch weiß, wie viele dieser Fälle es gibt, also wie viele Witwen, wie Professor Biedenkopf gesagt hat, drei Zimmer abgeschlossen haben. Niemand kann das auch wissen, denn noch so gute Statistiken werden immer wieder ihre Probleme haben. Auch hier gilt der alte Scherz, daß im Grunde die Planung die Ersetzung des Zufalls durch den Irrtum ist.

Wenn wir wirklich wissen wollen, ob wir zu wenig Wohnungen haben, dann geht das nur, wenn wir die Miete wieder in stärkerem Maße zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage heranziehen, selbstverständlich verbunden mit einer sozialen Absicherung in Gestalt des Wohngeldes für diejenigen, die sonst ihre Miete nicht bezahlen können.

Wir haben ja schon einmal eine Situation gehabt - nämlich im Jahre 1948 -, in der allgemein geglaubt wurde, es herrsche Mangel. Mit der Einführung der Marktwirtschaft waren mit einem Schlag die Schaulenken in einer Weise voll, wie es kaum jemand erwartet hatte und wie es wahrscheinlich nicht einmal die Befürworter der Einführung der Marktwirtschaft für möglich gehalten hätten.

Es ist denkbar - Professor Engels glaubt, daß es so ist; aber es ist natürlich nicht sicher -, daß auch bei einer Überführung der Wohnungswirtschaft in die Soziale Marktwirtschaft schon sehr bald wieder Schilder an den Häusern erscheinen würden: "Wohnungen - Zimmer - zu vermieten". Wir können das nicht wissen. Aber weil wir es nicht wissen, müssen wir mit der forcierten Förderung des Neubaus von Wohnungen vorsichtig sein. Entscheidend ist, daß alle Schritte, die wir tun, in die richtige Richtung gehen, daß durch alle Schritte, die wir tun, die Funktion der Miete als eines Maßes der Knappheit, als eines Instruments zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage gestärkt wird.

Das heißt, daß jeder Schritt in die Richtung auf mehr Freiheit zwischen Vermieter und Mieter - zum Beispiel in Richtung auf die Staffelmiete in dem vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Umfang - ein richtiger Schritt ist. Das heißt, daß wir auch dafür sorgen müssen, daß die Mietspiegel die Marktmieten richtig wiedergeben, und zwar nicht die Mieten von vor acht Jahren, sondern die Mieten, die augenblicklich am Markt gezahlt werden; denn nur sie können als Nachweis für die Knappheit an Wohnungen dienen.

Es ist auch falsch, zu sagen, Mietspiegel mit niedrigen Mieten seien sozial. Eine solche Aussage geht nämlich von der unzutreffenden Voraussetzung aus, daß immer der Vermieter reich und der Mieter arm ist. Es gibt viele Fälle, in denen es umgekehrt ist, wo also die Witwe eines selbständigen Handwerkers für ihr Alter auf die Einkünfte aus ihrem Haus angewiesen ist, aber reiche Mieter in ihrem Haus hat, die auf ihre Kosten mit billigen und gestoppten Mieten leben. Es gibt zahlreiche dieser Fälle, und auch an sie sollten wir denken.

(Beifall)

Wir haben ein Interesse daran, daß die Mieten Angebot und Nachfrage widerspiegeln. Ich glaube nicht, daß dies eine sozial negative Auswirkung hätte.

Ich möchte deshalb alle bitten, bei der Abstimmung über die Anträge Ihre Einzelentscheidung daran zu orientieren: Weniger Zwangswirtschaft, mehr Soziale Marktwirtschaft auch im Wohnungsbau.

(Beifall)

Peter Lorenz: Tagungspräsidium: Liebe Freunde, ich muß noch einmal - im Auftrag des Präsidiums - auf die Zeit verweisen. Wir wollen unsere Tagesordnung heute noch bei möglichst vollbesetztem Plenum erledigen. Aus diesem Grunde wäre ich wirklich dankbar, wenn alle, die sich noch zur Generalaussprache gemeldet haben - ich rufe sie gleich mal auf -, überprüfen würden, ob sie ihre Wortmeldung nicht nachher bei den Einzelabstimmungen anbringen können. Es haben sich noch gemeldet: die Freunde Gaddum, Frau Hürland, Herr Schmöle, Dr. Janning, Artzinger-Bolten und Trageser. - Ich höre schon, daß Freund Gaddum zurückgezogen hat. Herzlichen Dank.

Frau Hürland hat das Wort.

Agnes Hürland: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die CDU aus Westphalen-Lippe ist nicht nur solidarisch, sondern auch teamfähig. Das, was mein Landesvorsitzender an Zeit überzogen hat, werde ich jetzt wieder einsparen.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde! Der Bundesvorstand der CDU hat zum aktuellen Problem Wohnungsbau zum Teil gute diskussionswürdige Vorlagen erarbeitet und einzelne Sachgebiete - wie zum Beispiel Baulandbeschaffung, sozialer Mietwohnungsbau, Neuschaffungen von Familieneigenheimen - angesprochen.

Ein Problem ist meiner Meinung nach nicht berücksichtigt worden, das aber gleichwohl sehr auf den Nägeln brennt: die Zinssteigerungen auf dem Kapitalmarkt für bereits erstellte Familienheime und die daraus folgende nicht mehr tragbare Belastung für Klein- und Mittelverdiener, denen dadurch der Verlust ihres mit viel Mühe und unter großen persönlichen Opfern erworbenen Eigentums droht. Obwohl beide Elternteile bereits berufstätig sind, um ihr Häuschen zu erhalten, können sie die durch die ständige Zinserhöhung immer größer werdenden Lasten nicht mehr auffangen.

Ich fordere daher den Bundesvorstand auf, sich des von mir angesprochenen Themas ergänzend anzunehmen und eine entsprechende Lösung in das Wohnungsbauprogramm einzubauen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Wort hat Herr Schöle, Westphalen-Lippe.

Hans-Werner Schmöle: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich möchte mich auf einen einzelnen Punkt konzentrieren.

Wenn wir über die Frage der Alternativen im Bereich der Wohnungsbau- politik diskutieren, dann dürfen wir nicht den Fehler machen, den die Regierung ohnehin schon in den letzten Jahren gemacht, zu glauben, daß man mit dem Kurieren einiger Symptome eine Wohnungsbaupolitik verändern könne. Kurt Biedenkopf hat vorhin zu Recht darauf hingewiesen, daß wir eine andere Zielvorstellung brauchen, die wir dann in unseren politischen Vorschlägen auch konsequent angehen müssen.

Wenn wir in breiter Form versuchen, auf der bisherigen Basis weiter fortzufahren, dann werden wir einen Problembereich überhaupt nicht lösen können. Das ist der Bereich der kinderreichen und jungen Familien. Hierzu möchte ich etwas sagen.

Wir wissen alle, daß ein Hauptproblem für kinderreiche Familien darin besteht, daß sie ausreichenden Wohnraum nicht zu angemessenen Preisen zur Verfügung gestellt bekommen. Sie verfügen erst dann über ausreichenden Wohnraum, wenn sie ihn im Grunde gar nicht mehr brauchen. Wenn wir uns in unserer Förderungs politik nicht konzentrieren, dann werden wir dieser wichtigen Gruppe nicht gerecht werden.

Wir müssen weiter sehen, daß die Form der Objektförderung in den letzten Jahren völlig versagt hat. Wir wissen, daß die öffentliche Hand heute für eine geförderte Wohnung ungefähr einen Betrag von 100 000 DM zur Verfügung stellt. Dabei erreichen wir mit diesem zur Verfügung gestellten Betrag im Grunde nichts mehr. Die Kostenmiete, die dabei herauskommt, ist von den Einzelnen nicht mehr zu tragen.

Also müssen wir fragen: Brauchen wir nicht eine völlig andere Förderungsform? Ich könnte mir vorstellen, daß wir einmal den Mut aufbringen sollten, für die Problemgruppe der kinderreichen und der jungen Familien eine Direktsubvention in dieser Höhe zur Verfügung zu stellen: dann würden wir zur richtigen Zeit wirklich etwas Ordentliches bewegen.

(Zustimmung)

Mir scheint, wir müssen ein Kernproblem in unserer Diskussion beachten. Wir müssen beachten, daß wir mit den zur Verfügung stehenden Mitteln von 20 Milliarden DM im Jahr etwas Wirkliches bewirken wollen und nicht 10 Milliarden DM im Verwaltungsapparat verschwinden lassen wollen, wovon vielleicht einige in den Beamtenstuben etwas haben, aber nicht diejenigen, denen wir helfen wollen.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidikum: Vielen Dank! - Herr Dr. Janning hat auf seinen Beitrag verzichtet.

Das Wort hat nunmehr Herr Artzinger-Bolten aus dem Rheinland.

Dietmar Artzinger-Bolten: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte um Nachsicht, wenn ich Sie noch für zwei, drei Minuten mit meinen Ausführungen aufhalte.

Ich glaube, daß dem Grundsatz, der hier von Herrn Späth, aber auch von Herrn Rüm aufgestellt worden ist, im Grunde keiner widersprochen hat, dem Grundsatz, daß Eigentumsmaßnahmen, aber auch Maßnahmen im Mietwohnungsbau gefördert werden sollen. Nur ist das in Anbetracht der Problematik der Ballungsräume oder der Problematik einer Großstadt natürlich nur im Zusammenhang mit anderen Maßnahmen zu sehen, und da bringt mich ein Satz, den Herr Späth gesagt

hat, zu der Überlegung, daß man versuchen sollte, diesen Zusammenhang einmal herzustellen.

Herr Späth, Sie haben ausgeführt, daß es im Grunde nur der Beschluß der Gemeinderäte bedürfe, um viele Dinge zu erledigen oder doch auf die Schiene zu bringen. Das ist sicher richtig, und es ist sicher richtig, daß die Städte und die Gemeinden diejenigen sind, die die Maßnahmen, die im Grundsatz beschlossen werden, dann umsetzen müssen.

Nur läßt dies ja die Frage aufkommen, was Stadtentwicklungspolitik heute überhaupt noch ist und wie in einer Großstadt - wie beispielsweise Köln-Stadtentwicklungspolitik überhaupt gemacht werden kann.

Wir als Kölner CDU haben ein Wahlprogramm gemacht und haben - mit Bezug auf das Thema dieses Bundesparteitages - gesagt: Wir wollen eine menschliche Stadt. Damit sind wir in den Wahlkampf gezogen, haben das dann im Rat der Stadt Köln umgesetzt und haben gefragt: Wir wollen wir diese menschliche Stadt erreichen? Wir wollen sie erreichen, indem wir quartierbezogene Maßnahmen der Stadterneuerung und teilweise auch der Stadtsanierung durchführen. Das haben wir in Anträge im Rat umgesetzt: in den Antrag, junge Familien im Stadtgebiet mit Einfamilienhausmaßnahmen zu fördern, in Anträge, Umzugsbeihilfen bei Fehlbelegung zu gewähren, eine Innenhofbegrünung, eine kleinräumige Stadterneuerung oder auch Stadtsanierung durchzuführen.

Allerdings sind die Erfolge sicher nicht ganz befriedigend: all diese Maßnahmen sind nicht so schnell umgesetzt worden, daß wir in der Lage wären, damit auch echte Politik zu machen.

Das liegt zum einen daran, daß wir in Köln leider nicht die Mehrheit haben, aber es liegt auch an der immer weiter verfeinerten Gesetzgebung im Rahmen der Bebauungsplanverfahren, im Rahmen der Flächennutzungsplanverfahren und im Rahmen all dessen, was wir heute im Planungsbereich haben und womit wir uns herumschlagen müssen.

Das führt dazu, daß wir als Politiker bei der Bevölkerung Erwartungshorizonte schaffen und daß wir diese Erwartungshorizonte dann im Grunde nicht mit konkreten Maßnahmen ausfüllen können. Weil wir sie mit diesen konkreten Maßnahmen nicht in einem zumutbaren Zeitraum ausfüllen können, führt das dann zu Fehlentwicklungen, zu Fehlinvestitionen, auch zu Fehlentwicklungen im Bereich der Stadtentwicklung.

Deswegen kann das Wohnungsproblem, deswegen kann auch das Eigentumsproblem - oder wie immer Sie das nennen - nur in einem Zusammenhang gelöst werden, nämlich durch eine Überprüfung der Instrumentarien des Bebauungsplans und des Baurechts insgesamt, weil all die vielen Pläne, die wir heute aufstellen - Flächennutzungsplan, Gebietsentwicklungsplan, all die Programme, die wir aufstellen, ob Rahmenplanungen oder Entwicklungsplanungen -, nur dazu führen, daß in der konkreten Maßnahme und in der konkreten Entwicklung Erfolge nicht erzielt werden können und wir dann in einer Großstadt wie Köln zusätzlich die Konkurrenz mit den Großstadt-randgemeinden im Rahmen dieser Bereiche gar nicht aushalten, weil die Großstadtrandgemeinden in der Durchsetzung ihrer Absichten sehr viel flexibler sind. In einer Stadt mit 50 000 Einwohnern stelle ich einen Flächennutzungsplan ruck-zuck auf; in einer Stadt mit 1 Millionen Einwohnern dauert das zwei oder drei Jahre, und

dann kommt es zu den Schwierigkeiten, zu den Wanderungsverlusten, die eine Großstadt in diesem Zusammenhang haben wird.

Ich denke, daß die Stärkung des Wohnungsmarktes, daß die Stärkung der Wohnungsbaupolitik und deren Reform allein nicht ausreichen, weil es in dieser Situation verfehlt ist, nur die Wohnungspolitik zu korrigieren, die Verfahren und Instrumente der Praxis aber immer weiter zu verfeinern und auszuweiten, immer mehr Bürokratie in das Umsetzen dessen hineinzubringen, was wir hier gemeinsam beschließen wollen und sicher auch beschließen werden.

Wenn dies nicht miteinander in Einklang gebracht würde, würde eine neue Wohnungspolitik im Grunde nur ineffizienter, sozial ungerechter und für neue wohnungspolitische Aufgabenstellungen unzugänglicher. Eine Neukonzeption muß die Gemeinden in die Lage versetzen, mit eigenen Programmen und mit einem angemessenen eigenen Mittlereinsatz die drängenden Probleme vor Ort flexibel selbst zu bewältigen.

Unabhängig von der sicher längerfristigen Klärung der zukünftigen Ziele, der neuen Ordnung der Wohnungspolitik und der Wege zu ihrer Verwirklichung müssen die Gemeinden auf der Basis vorliegender Bestandsaufnahmen sofort die Möglichkeit haben, die Beseitigung der erkannten Defizite in Angriff zu nehmen. Weil das so ist, Herr Ministerpräsident Späth, ist der Satz, es bedürfe nur der Beschlüsse von Gemeinderäten, so zu einfach. Ich bitte, das zu berücksichtigen.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Als nächster Redner hat Herr Simon aus Berlin das Wort; ihm folgt als letzter in der Generaldebatte Herr Trageser aus Hessen.

Heinz-Viktor Simon: Meine Damen und Herren, von einem meiner Vordredner ist die Berlin-Passage attackiert worden, und nur aus diesem Grunde habe ich mich für den Landesverband Berlin hier gemeldet.

Zunächst einmal will ich deutlich darauf hinweisen, daß das, was wir heute in Berlin an verfehlten Zuständen im Wohnungsbaubereich haben, das Ergebnis von 35 Jahren sozialdemokratischer Wohnungsbaupolitik ist,

(Zustimmung)

die wir, so hoffen wir, am 10. Mai in unserer Richtung verändern können.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich möchte aber auch in aller Deutlichkeit darauf verweisen, daß wir in Berlin eine etwas andere Situation als im übrigen Bundesgebiet haben. Wir haben eine - sonst nirgendwo im Bundesgebiet gegebene - besonders ungünstige Altersstruktur. Wir haben eine Insellage, die ein Ausweichen in das Umland nicht ermöglicht. Jeder, der bei uns wegzieht, muß mindestens nach Helmstedt ziehen; er kann eben nicht 20 oder 30 km ins Umland ausweichen, womit er der Stadt ansonsten erhalten bliebe.

Bei einer anderen Entscheidung als der, die wir Ihnen hier vorgeschlagen haben, sehen wir auch die Gefahr einer negativen Wanderungsbilanz; wir sehen die Gefahr einer Entwicklung in diese Richtung, wenn wir im Bereich der Mieten nicht entsprechend vor-sichtig vorgehen.

Von daher, meine Damen und Herren, bitte ich Sie sehr herzlich darum, daß Sie den Text, der hier vorgesehen ist, absegnen, einen Text, der einem Parteitagbeschuß der Berliner CDU, der mit großer Mehrheit gefaßt worden ist, entspricht und der vorsieht, den Einstieg in das soziale Mietrecht vorzunehmen, aber in Berlin auf Grund dieser Faktoren - weil eben die Situation nicht mit der zu vergleichen ist, die wir im übrigen Bundesgebiet, insbesondere in weiten Teilen des flachen Landes, haben - wesentlich langsamer. Ich bitte Sie also darum, daß Sie auf der Basis dessen, was Sie hier zu beschließen haben, diesen Parteitagbeschuß berücksichtigen.

Ich verweise darauf, daß der Text, wie er hier jetzt steht, mit unseren Bundespolitikern abgesprochen ist und daß dieses Thema der Mietpreisbindung in der Stadt das Wahlkampfthema der Sozialdemokraten sein wird, mit dem sie versuchen werden, sich aus dem Sumpf noch einmal herauszuziehen. Wenn es hier dazu kommt, daß an dieser Stelle eine Veränderung vorgenommen wird, helfen Sie mit, daß die Chance für die SPD größer wird, daß ihr dies noch einmal gelingt. Ich kann mit nicht vorstellen, daß das das Petitum eines Bundesparteitages der CDU sein kann.

Deshalb, meine Damen und Herren, handeln Sie mit und helfen Sie mit, daß die Berliner CDU bei ihrer hervorragenden Ausgangsposition für die Wahlen auf diesem Parteitag auch die entsprechende Unterstützung der Delegierten der Bundespartei bekommt, daß also das, was wir in Berlin beschlossen und mit dem Bund ausgehandelt haben, unverändert im Papier bleibt und damit die Grundlage für einen Wahlkampf, wie wir ihn zu führen gedenken, bilden kann. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Als nächster Redner hat Herr Trageser aus Hessen das Wort.

Karl Heinrich Trageser: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Ich bin dafür dankbar, nach einem Parteifreund aus Berlin sprechen zu dürfen, dankbar insbesondere deswegen, weil ich als verantwortlicher Wohnungsdezernent einer Großstadt wie Frankfurt am Main ebenfalls vor der Situation stehe, die Hinterlassenschaft der Sozialdemokraten auf dem Sektor des Wohnungsbaus in unserer Stadt wieder in einen besseren Zustand, gemeinsam mit dem Magistrat unter Walter Wallmann und mit der Stadtverordnetenversammlung, wieder in einen für die Menschen in unserer Stadt und für ihre Zukunft annehmbaren Zustand zu verwandeln.

Es ist hier viel über Marktwirtschaft und Soziale Marktwirtschaft gesagt worden. Für uns Christliche Demokraten kann Marktwirtschaft im wohnungspolitischen Bereich nur Soziale Marktwirtschaft sein. Vor diesem Hintergrund bedürfen die Märkte, die wir auf diesem Gebiet feststellen, einer sehr differenzierten Untersuchung. Ich bin dem Bundesvorstand für diesen Antrag zu diesem Thema dankbar, und ich bin den Sozialausschüssen der Christlich-Sozialen Arbeitnehmerschaft für die Ergänzungsanträge dankbar. Ich bitte, dafür offen zu bleiben, weil wir dem Vorschlag des Bundesvorstands zwar zustimmen sollen, ihn aber in wesentlichen Punkten ergänzen müssen.

Lassen Sie mich nur zu zwei Fragen kurz etwas vortragen. Ich habe in unserer Stadt vor eineinhalb Jahren, als ich die Aufgabe des Wohnungsdezernenten übernommen habe, 20 000 Wohnungssuchende vorgefunden. Ich teile die Auffassung von Kurt Biedenkopf, der hier sag-

te: 20 000 Wohnungssuchende sind nicht 20 000 Obdachlose. Aber es sind Menschen, die nach einer besseren, nach einer angemessenen, nach ihrer Wohnung suchen.

Einiges über die Struktur: 42 % der wohnungssuchenden Haushalte sind Einpersonenhaushalte, 67 % sind Ein- und Zweipersonenhaushalte. Hinter diesen Zahlen verbergen sich junge Leute, junge Familien, Studenten, Arbeiter, Auszubildende. Wir haben es nicht nur mit einem Schülerberg und einem Lehrlingsberg zu tun, sondern auch mit einer starken Nachfrage der jungen Generation nach Wohnungen in den Großstädten, in den Ballungsgebieten. Nach all dem, was unser Bundesvorsitzender gestern über die Chancen und Hoffnungen der jungen Generation gesagt hat, sollten wir dafür dankbar sein, daß die jungen Menschen diese Herausforderung annehmen und in den Großstädten und Ballungsgräumen wohnen, arbeiten und leben wollen.

Vor diesem Hintergrund ist es falsch, zu sagen, der Wohnungsmarkt sei ausgeglichen. Der Wohnungsmarkt ist global gesehen für die Bundesrepublik ausgeglichen. Er mag sogar für die Ebene eines Landes ausgeglichen sein. Aber er ist es mit Sicherheit nicht für die unterschiedlichen Regionen eines Landes. Gerade vor dem Hintergrund der Großstädte müssen wir für die Zukunft verstärkt sozialen, öffentlich geförderten Wohnungsbau auch mit einem anderen Instrumentarium schaffen, weil wir in den Großstädten - das wage ich auf Grund der Erfahrungen und Daten in meiner Stadt zu behaupten - mit Sicherheit auch in Zukunft einen erheblichen Bedarf und eine große Nachfrage an Wohnungen für Menschen haben werden, die zur Großstadt ja sagen. Das müssen Leute sein, die zur Christlich Demokratischen Union ja sagen können.

(Beifall)

Vor diesem Hintergrund müssen wir die Frage Eigentumsbildung und Mietwohnungsbau auch so sehen, daß wir neben den notwendigen Eigentumsmaßnahmen und neben dem Eigenheimbau, der überwiegend eine Sache des flachen Landes ist, besonders den Mietwohnungsbau in den Ballungsgebieten wieder stärker fördern müssen.

Ich sage über die Frage des Instrumentariums nichts. Dazu ist im Vorstandsantrag und in den CDA-Anträgen eine Menge gesagt. Nur eines füge ich hinzu. Ich warne vor einer zu frühen und zu schnellen Lockerung der bestehenden Belegungsbindung in den Großstädten. Das kann nur langfristig und schrittweise geschehen. Mit dieser Lockerung der Bindungsermächtigung muß die starke und auf einkommensschwache, am Wohnungsmarkt benachteiligte Gruppen zielende Förderung durch Wohngeld einhergehen. Ich stimme dem zu, was hier eingangs gesagt wurde. Wir müssen in der Frage "Wohngeld und höhere Mieten" mindestens parallel ziehen. Es darf nicht so sein, daß erst die Mieten angehoben werden und das Wohngeld folgt. Bei dieser Regierung in Bonn werden die Betrogenen mit Sicherheit die Mieter sein. Vor diesem Hintergrund müssen wir auch die Forderung nach einem gezielten und verstärkten Wohngeld für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen hochhalten.

Ein letztes.

(Glocke des Tagungsleiters)

Ich bin sofort am Ende. Es geht um die Frage der Staffelmiete. Der Herr Kollege Biedenkopf hat von dem grauen Mittelfeld gesprochen. Ich erinnere an das, was Franz Josef Strauß hier gestern über die Situation einer Familie mit zwei Kindern und nur einem Einkommen gesagt hat, wie weit wir in der Bundesrepublik unter sozialdemo-

kratischer Macht in Bonn gekommen sind: Die Zwei-Kinder-Familie mit nur einem Einkommen ist im Grunde genommen im Sozialhilfebereich. Vor diesem Hintergrund können wir nicht mehr nur von einem grauen Mittelfeld reden. Vielmehr müssen wir im Hinblick auf die Sozial-einkommen davon reden, daß große Teile der arbeitenden Bevölkerung mit nur einem Einkommen, wo sich die Mütter der Aufgabe der Erziehung ihrer Kinder widmen, schon als sozial.schwach gelten. Vor diesem Hintergrund warne ich davor, die Staffelmieten etwa im Bereich der Bestandsmieten, d. h. der bestehenden Wohnungen, in den Großstädten genauso wie bei Neubauten zu behandeln. Wir haben im Bereich der Großstädte eine große Fluktuation und Mobilität der Mieter. Mit dieser Mobilität geht ein ständiges Ansteigen der Mieten einher. Es betrug in unserer Stadt in den letzten Jahren über 15 %. Ich deute damit an, daß die Frage "Wohngeld und Miete" und die Frage "Staffelmiete" für große Schichten der Bevölkerung eine Existenzfrage ist. Für sie steht die Frage so: Werden wir Sozialhilfeempfänger, oder können wir aus einem vernünftigen Sozialeinkommen, das aus dem Arbeitseinkommen des Ernähers der Familie plus Kindergeld plus Wohngeld besteht, das erhalten, was wir für unsere Familie und ihre Existenz brauchen, nämlich eine angemessene Wohnung?

Das wollte ich zu den Leitansätzen sagen.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsident: Vielen Dank. Der letzte Redner hat als Wohnungsbau- und Sozialdezernent der Stadt Frankfurt gleichzeitig die Anliegen der Bürger Frankfurts vertreten.

Wir sind am Schluß der Generaldebatte.

Wir kommen zur Einzelberatung, und zwar zunächst zu den allgemeinen Anträgen. Dazu gehören die Anträge 16.15 bis 16.17.

Für den Antrag 16.16 hat das Wort Herr Heinzel aus Westfalen.

Richard Heinzel: Herr Präsident! Sehr verehrte Damen! Meine Herren! Lassen Sie mich vorab klarstellen, daß der Antrag des Kreisverbands Uuna nicht etwa gestellt worden ist, um den Punkt Wohnungspolitik von der Tagesordnung verschwinden zu lassen, sondern aus der Sorge, daß wir heute gar nicht in der Lage sind, dieses umfangliche Papier, das so Vielschichtiges zum Inhalt hat, zu verabschieden. Es ist schon vor mir gesagt worden, daß wir diese Unterlagen viel zu spät an der Basis erhalten haben und daß wir in den Kreisen und den Vereinigungen gar keine Möglichkeit mehr hatten, vorab darüber zu diskutieren. Wir müssen aber - so sehe zumindest ich es - mit diesen Themen zur Basis zurückkehren und über das, was wir hier beschlossen haben, dort diskutieren. Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Wie sollen wir denn an der Basis diskutieren, wenn beispielsweise noch Probleme im ländlichen Raum, aber auch in den Ballungsgebieten offen sind, über die hier ganz anders beschlossen wird, als sie dort zur Debatte stehen? Wie sollen wir das, was wir hier beschließen, unten vertreten? Und wie sollen wir andere Meinungen, wenn sie dort auf uns zukommen, an den Bundesvorstand, der dieses Papier erarbeitet hat, zurückgeben? Wir haben hier viele Anträge vorliegen, die das Papier verändern sollen. Das ist durchaus richtig. Es ist auch richtig, daß hier diskutiert wird.

Aber es kann doch nicht sein, daß wir uns hier den Meinungen der Sachverständigen und der Meinung der Antragskommission beugen. Wir als Mitglieder des Bundesparteitages sind schließlich selber verantwortlich für das, was wir hier beschließen. Wir müssen ja auch am Ende an der Basis für das, was wir hier beschlossen haben, geradestehen.

Wir haben als CDU doch immer unsere Papiere nach reiflicher Überlegung verabschiedet. Ich erinnere an Hamburg, aber auch an Mannheim, wo wir das Papier zur Sozialen Frage, und an Ludwigshafen, wo wir unser Grundsatzprogramm verabschiedet haben. Vorher haben wir intensiv an der Basis diskutiert und dann tragfähige Papiere verabschiedet, die auch überall zur Grundlage der Arbeit gemacht werden konnten. Wenn wir dieses Papier heute hier verabschieden, wenn also der Antrag des Kreisverbandes Unna abgelehnt wird, so bin ich nicht der Meinung, daß wir morgen oder übermorgen auf Grund dieses Papieres unsere Politik in einer Linie verfolgen können. Wir werden wohl von der Basis her noch Einfluß darauf nehmen.

Ich glaube, die Verantwortung jedes einzelnen Parteitagdelegierten geht auch so weit, daß wir sagen müssen: Hinter dem, was wir hier verabschieden, muß ich stehen. Ich muß dann aber auch meine Meinung und die Meinung dessen einbringen können, der mich hierhin delegiert hat.

Und noch etwas, meine Damen und Herren - und das soll das Letzte sein -: Wenn Sie diesem Antrag des Kreisverbandes Unna: Diskussion ja, endgültige Abstimmung nein, wie ich es einmal formulieren will, nicht zustimmen, werden wir höchstwahrscheinlich durch die zeitlichen Zwänge, die uns hier gesetzt werden - das haben Sie sicherlich auch schon gemerkt -, nicht daran vorbeikommen, diese Papiere an den Bundesvorstand zu überweisen. Ich meine, das ist nicht der richtige Weg. Dann sollten wir aus dem Plenum die Initiative ergreifen und sagen: Meine Herren vom Bundesvorstand, alles, was hier diskutiert worden ist, und dazu noch das, was wir euch von der Basis her noch im nächsten halben Jahr zukommen lassen werden, soll noch einmal überarbeitet werden und zurück an die Basis gehen, um dann auf dem nächsten Parteitag - wir haben ja Gott sei Dank noch einen in diesem Jahr - zur Verabschiedung vorgelegt zu werden. Ich meine, das wird dann ein tragfähiges Papier.

Und ganz zum Schluß: Die von uns verabschiedeten Papiere müssen ja auch in denjenigen Ländern zur Grundlage der Politik gemacht werden, die CDU-regiert sind. Wir haben ja einige Minister, die für den Wohnungsbau zuständig sind, hier unter uns. Es würde mich freuen, deren Meinung dazu einmal zu hören. Ich glaube nicht, daß sie sehr zustimmend zu dem Antrag des Bundesvorstands ist.

Ich bitte Sie also, dem Antrag des Kreisverbandes Unna Ihre Zustimmung zu geben.

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Das Wort dazu hat als Vertreter der Antragskommission Herr Dr. Jahn.

Dr. Friedrich-Adolf Jahn, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Freunde! Wir wollen nichts unter den Teppich kehren. Zunächst gibt es Argumente, die in diesem Antrag zum Tragen kommen, daß die Zeit, die zur Diskussion an der Basis zur Verfügung stand, vielleicht nicht ausreichend war oder länger hätte sein können. Dies wollen wir alle miteinander nicht unter den Teppich kehren, sondern daraus Lehren für die Zukunft ziehen. Wir müssen hier also abwägen.

Gegen den Antrag, der hier gestellt ist, sprechen doch eine ganze Reihe Punkte.

Erstens. Dies ist ein hochaktuelles Thema.

Zweitens. Es ist das einzige Sachthema dieses Parteitages.

Drittens. Die Bürger draußen im Lande erwarten von uns nicht nur, daß wir die Regierung kritisieren, sondern auch, daß wir sagen,

war wir wollen.

(Beifall)

Viertens. Die Bundesregierung hat angekündigt, mit ihren Überlegungen im Mai zu kommen. Ich möchte Sie ermuntern, daß wir agieren und nicht reagieren. Deshalb müssen wir heute ein Koordinatensystem zur Entscheidung bringen.

(Beifall)

Die Arbeit in der Wohnungsbaupolitik fängt nach diesem Parteitag eigentlich erst an. Heute geht es um das Koordinatensystem, innerhalb dessen wir uns bewegen dürfen. Deshalb möchte ich sehr dafür plädieren, dem Antrag nicht zuzustimmen, daraus zwar für die Zukunft Lehren zu ziehen, aber nach Abwägung der Argumente der Empfehlung der Antragskommission zu folgen und heute zu einer Abstimmung zu kommen.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, wir müssen jetzt über den Antrag 16.16 entscheiden. Das ist ja im Gegensatz zu allen anderen Anträgen kein Sachantrag, sondern ein Verfahrensantrag. Hier wird nämlich beantragt, den ganzen Komplex an den Bundesvorstand zurückzuüberweisen und heute nicht abzustimmen. Darüber lasse ich jetzt abstimmen.

Wer dem Antrag auf Rückverweisung an den Vorstand zustimmen, also heute nicht über den Antrag des Bundesvorstands abstimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Das ist die große Mehrheit. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir sind immer noch bei den allgemeinen Anträgen. Zu dem Antrag 16.17 hat Frau Dr. Hellwig das Wort.

Dr. Renate Hellwig: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Wenn ich jetzt zu diesem allgemeinen Antrag fast gar nichts sage, zu dem Antrag der Frauenvereinigung, so ist das kein Zeichen für Faulheit, sondern ein Zeichen großer Zufriedenheit. Fast alles, was die Frauenvereinigung vorgeschlagen hat, ist nämlich von der Antragskommission aufgenommen worden. Insofern brauche ich dazu gar nichts zu sagen.

(Beifall)

Es gibt einen sehr interessanten Punkt, den ich dann noch unter Ziffer 4 bringen werde. Damit ich das aber tun kann, muß ich mich jetzt hier melden, denn in Ihren Papieren steht, daß dieser Antrag erledigt sei. - Vielen Dank.

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Keine weiteren Wortmeldungen. Ich lasse über die allgemeinen Anträge abstimmen. Wer ihnen in der Fassung der Empfehlungen der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Mit Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen dann zu Abschnitt A. Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Ich lasse also gleich abstimmen. Wer den zu Abschnitt A gehörenden Anträgen in der Fassung der Vorschläge der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen dann zu Abschnitt B 1. Da hat zunächst Herr Pinger aus dem Rheinland das Wort.

Dr. Winfried Pinger: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche zu dem Antrag 16.41, einem Initiativantrag, der unterstützt

wird von der Bundesmittelstandsvereinigung. Wir sind der Meinung, daß direkt in der Einleitung das Ziel unserer Politik und der Maßnahmen, die dann folgen, klargestellt werden sollte, und daß es zu unklar ist, zu formulieren wie im Antrag des Bundesvorstandes: "auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft". Das könnte den Eindruck erwecken, als sollten wir doch irgendeinen Kompromiß mit der Zwangswirtschaft schließen.

Wir sind uns natürlich klar darüber, daß wir nicht von heute auf morgen voll zur Sozialen Marktwirtschaft übergehen können", daß das abgedeutet werden muß. Das ergibt sich ja auch aus den Anträgen. Aber es sollte klargestellt werden, daß unser Ziel die Überführung der gesamten Wohnungswirtschaft in die Soziale Marktwirtschaft ist, allerdings eben mit der Betonung der echten sozialen Sicherung für die wirklich Bedürftigen. Deshalb meinen wir, das sollte mit der Formulierung in dem Antrag 16.41 klargestellt werden: "Überführung des Wohnungsmarktes aus der staatlichen Wohnungszwangswirtschaft in die Soziale Marktwirtschaft".

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie den Antrag unterstützten.

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Dazu für die Antragskommission Herr Dr. Möller.

Dr. Franz Möller, Antragskommission: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir von der Antragskommission bitten, diesen Antrag abzulehnen. Praktisch brauchen wir ihn aber gar nicht abzulehnen, weil er in unserem Vorschlag schon enthalten ist. Die Behauptung von Herrn Kollegen Professor Pinger, hier würde ein Kompromiß mit der Zwangswirtschaft gemacht, ist einfach falsch. Denn unser gesamter Antrag, der Ihnen heute vom Bundesvorstand - mit den Änderungen der Antragskommission - vorliegt, ist auf das Ziel gerichtet, die Zwangswirtschaft aufzuheben und mehr Marktwirtschaft in den Wohnungsbau zu bringen. Genau das ist in der Empfehlung der Antragskommission vorgeschlagen. Insofern ist der Antrag 16.41 durch unseren Gesamtantrag konsumiert. Wir bitten deshalb, den Antrag 16.41 als insoweit erledigt zu betrachten.

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Zu B 1 hat sich weiter Herr Öttinger gemeldet. Er hat das Wort.

Günther H. Öttinger: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst unseren Antrag 16.48 begründen. Wir beantragen, daß folgender Passus eingefügt wird:
Es muß festgestellt werden, daß die Eigentumsquote in der Bundesrepublik Deutschland noch immer am untersten Ende der Skala vergleichbarer Länder liegt.

Ich glaube, die Tatsache, daß wir im Vergleich zu anderen europäischen Ländern in weit geringerem Umfang Eigentum an Grund und Boden bzw. Eigentum an Wohnungen in breiten Bevölkerungsschichten haben, sollte in diesem Papier zum Ausdruck kommen.

Des weiteren möchte ich den Antrag 16.49 begründen. Die Forderung des Sozialpandbriefs wird zurückgezogen. Die Argumentation von Herrn Ministerpräsidenten Späth war meines Erachtens überzeugend und richtig. Aufrechterhalten wird aber der Teil des Antrags, der die Mietermodernisierung betrifft. Ich glaube, eine weitere Möglichkeit, um Finanzmittel für die Förderung des Wohnungsbaus zu bekommen, ist die Modernisierung durch den Mieter. Wir sollten nicht nur den Wohnraumbau, sondern auch den Wohnraumausbau, die Renovierung, die Modernisierung als gleichwertiges Ziel unserer Woh-

nungsbaupolitik ansehen. Hier können auch die Mieter durch Finanzmittel, die sie im Einvernehmen mit dem Vermieter aufwenden, dazu beitragen, daß Investitionen erfolgen. Auf diese Weise können also zusätzliche Investitionsanreize gegeben werden. Das Volumen von vier Millionen Altbauwohnungen und vor allem der Zwang, in den Bereichen Lärmschutz und Energieeinsparung in den nächsten Jahren im Altwohnungsbestand einiges zu tun, sollten uns veranlassen, auch Aufwendungen von seiten des Mieters in die Finanzmittel einzubeziehen. Insoweit also halten wir den Antrag 16.49 aufrecht.

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Herr Dr. Möller das Wort.

Dr. Franz Möller, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist dem Antragsteller zuzugeben, daß die Eigentumsquote in der Bundesrepublik Deutschland in der Tat sehr niedrig ist. Aber das ist nur eine Feststellung des Zustands: wir brauchen da keine Festlegung, welches Ziel wir in diesem Punkt erreichen wollen. In dem Antrag des Bundesvorstands, wie er von der Antragskommission zur Annahme empfohlen wird, kommt generell das Ziel zum Ausdruck, mehr Eigentum im Wohnungsbausektor zu schaffen. Insofern ist auch dieser Antrag durch unseren Vorschlag konsumiert und erledigt.

Der zweite Punkt, der hier angesprochen wurde, die Mietermodernisierung, ist in unseren Antrag ebenfalls aufgenommen, so daß auch dieser Punkt erledigt ist.

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen dann zur Abstimmung über Abschnitt B, Ziffer 1. Wer den Vorschlägen der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die große Mehrheit. Damit ist so beschlossen.

Wir kommen nunmehr zu Abschnitt B, Ziffer 2. Hierzu haben sich die Herren Kudella aus Bremen, Erhard aus Hessen und Pinger aus dem Rheinland zu Wort gemeldet. Zunächst Herr Kudella, bitte.

Peter Kudella: Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Es geht hier noch einmal um die Frage der Einführung der Staffelmiete. Der Streitpunkt, um den es im Prinzip geht, ist, ob - wie das im Abänderungsantrag der Sozialausschüsse vorgeschlagen wird - das nur für Neubauten für eine befristete Zeit gelten soll oder - wie der Bundesvorstand der CDU vorschlägt - generell. Man muß in diesem Zusammenhang wohl darauf hinweisen, daß bei einer generellen Einführung ein Dirigismus ohnegleichen stattfindet. Der Vermieter kann dann unbegrenzt Staffelmietverträge abschließen und kann unabhängig von der Marktentwicklung oder von Vergleichsmieten bzw. Mietspiegeln die Mieten festsetzen. Ich sehe bei der vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Formulierung auch einen Widerspruch zu seiner eigenen Forderung nach einer Heranführung an die Vergleichsmieten bzw. Marktrenten auf der Grundlage von fortzuschreibenden Mietspiegeln. Wenn ich das eine will und sozusagen zur Grundlage einer Beurteilung nach marktwirtschaftlichen Kriterien mache, kann ich nicht auf der anderen Seite eine unbegrenzte Staffelmiete wollen; das ist ein Widerspruch in sich.

Wenn wir diese Forderung der Sozialausschüsse unterstützen, haben wir zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Einmal geben wir den potentiellen Geldgebern, die interessiert sind, im Wohnungsbau zu investieren, die Möglichkeit, dieses rentierlich zu tun, und zwar insbesondere in der Zeit, wo sie hohe Anfangsbelastungen haben. Darum geht es im Prinzip. Die Investition wird gefördert, sie bietet

sich für den, der Geld hat, an. Ansonsten - also außerhalb dieser Zeiten - gilt das, was ohnehin im Antrag des Bundesvorstands steht, nämlich Orientierung an Vergleichs- bzw. Marktmieten auf der Grundlage von Mietspiegeln. Ich bitte Sie daher, dem Abänderungsantrag der Sozialausschüsse zuzustimmen.

(Vereinzelter Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Herr Erhard aus Hessen verzichtet wohl; ist das richtig? - Ich gehe davon aus. Dann hat das Wort Herr Pinger aus dem Rheinland.

Prof. Dr. Winfried Pinger: Ich möchte eine kurze Begründung zu dem Initiativantrag 16.42 geben. Hier geht es um den Mietspiegel. Der Antrag 16.42 hat eine gewisse Berücksichtigung in der Vorlage der Antragskommission - Seite 5 - gefunden. In der Vorlage der Antragskommission heißt es:

Bei der Erstellung von Mietspiegeln müssen Marktpreise zugrunde gelegt werden.

Nun ist ja der Mietspiegel eigentlich das wichtigste Instrument - man kann sagen: leider -, um die ortsübliche Vergleichsmiete festzulegen, und das ist ja nun das Instrument, mit dem dann auch der Marktmechanismus bei den vermieteten Wohnungen stärker eingeführt werden soll. Deswegen ist die Frage, ob der Mietspiegel die Marktmiete wirklich wiedergibt, außerordentlich wichtig.

Nun werden in den Mietspiegel vielfach solche Wohnungen einbezogen, die besonders subventioniert sind, z. B. dadurch, daß das Grundstück praktisch unentgeltlich oder zu sehr günstigen Bedingungen zur Verfügung gestellt worden ist, etwa an städtische Wohnungsbau-gesellschaften, oder durch sonstige Subventionierungen, die im normalen frei finanzierten Wohnungsbau nicht drin sind. Deshalb bitten wir, in Abschnitt B, Ziffer 2 im dritten Spiegelstrich nach Satz 2 zur Klarstellung einzufügen:

Besonders subventionierte Objekte und die daraus resultierenden Mieten sind dabei nicht zu werten.

Das halten wir zur Klarstellung für wichtig, damit der Mietspiegel in Zukunft wirklich die Marktmiete wiedergibt.

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Kolb aus Baden-Württemberg das Wort.

Elmar Kolb, Tettngang: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist hier eben gesagt worden, die Staffelmieten könne man nicht durchführen. Es gibt ein Land in Europa, das das seit Jahren praktiziert, das ist die Schweiz. Dort funktioniert es hervorragend. Ich möchte denen, die sagen, wir dürfen die Staffelmiete nicht durchführen, erwidern, daß sie auf der anderen Seite die Meinung vertreten, wir brauchten, um die Sanierung und Modernisierung durchzuführen, Mittel vom Staat, weil das vom Mieter selbst nicht getragen wird. Weshalb wollen wir eigentlich das permanente Umfunktionieren: daß dem Bürger erst irgendwo anonym Geld genommen wird, um damit anschließend eine Sache durchzuführen, für die er eigentlich selbst zuständig ist?

Derjenige, der eine moderne und modernisierte Wohnung will, sollte dies doch - das ist vorhin sogar gesagt worden - mit eigenen Mitteln erreichen können. Weshalb kann er das dann eigentlich nicht über die Staffelmiete erreichen? Wir lügen uns in die Tasche, wenn wir sagen: Wir wollen nur zeitweise eine Staffelmiete; dann schreiben wir das wieder fest. Dann stellen wir fest, daß die Wohnungen wieder nicht in Ordnung sind. Dann kämen wir wieder mit dem großen

Antrag, wir müßten viele Mittel mobilisieren, um die Sanierung und Modernisierung durchzuführen. Ich bitte Sie, dem Wunsch der Sozialausschüsse, die Staffelmiete nur für eine bestimmte Zeit vorzusehen, nicht zuzustimmen.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Gaddum aus Rheinland-Pfalz das Wort.

Johann-Wilhelm Gaddum: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich möchte mich mit Nachdruck dafür aussprechen, daß wir die Staffelmiete zulassen. Es ist ja nicht so, daß wir sie jetzt neuerdings vorschreiben wollen. Wir wollen vielmehr ein kleines Stück mehr Freiheit in einem Bereich schaffen, in dem diese Staffelmiete bisher verboten ist. Norbert Blüm hat hier bestimmte Bedenken vorgetragen; er sagte, wir zementierten etwas und lösten uns vom Markt. Die Alternative, die Konsequenz wären dann eigentlich doch aber praktisch die tatsächliche und vollständige Freigabe und der Übergang zur vollständigen Vertragsfreiheit. Dies wäre dann in der Tat eine rein marktwirtschaftliche Lösung. Die Staffelmiete bedeutet aber genau den Versuch, hier einen Übergang zu finden.

Ich bitte, auch folgendes zu bedenken. Zur Staffelmiete gehört ja eine Vereinbarung zwischen zwei Vertragspartnern. Vermieter und Mieter müssen sich auf ein Verfahren einigen. Wir gehen, wenn wir dauernd von Sozialer Marktwirtschaft reden, doch wohl davon aus, daß wir es mit Leuten zu tun haben, die vernünftig über ihre eigenen Interessen entscheiden können. Sonst sollten wir von Marktwirtschaft nicht mehr reden.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt - insbesondere auch zu dem Beschluß über Schutz und Sozialpflichtigkeit des Eigentums - Herr Orgaß von der CDA.

Gerhard Orgaß, Herr Präsident! Um Irrtümer zu vermeiden, möchte ich feststellen, daß ich in zweierlei Eigenschaft rede, zum einen zur Sache zum Punkt Staffelmiete und nachher dann zum anderen als Mitglied der Antragskommission zur Sozialverpflichtung!

(Dr. Helmut Kohl: Und als Mensch!)

- Als Mensch in jeder Weise.

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Herr Orgaß, ich würde empfehlen, dies dann in Ihrer Rede auseinanderzuhalten, damit jeder weiß, wozu Sie sprechen.

Gerhard Orgaß: Ja!

Ich spreche jetzt zum Antrag der Sozialausschüsse betreffend die Staffelmiete. Hier ist mehrfach begründet worden, daß die Staffelmiete eingeführt werden solle, um mehr marktwirtschaftliche Elemente einzuführen. Norbert Blüm hat in seiner Einleitung schon sehr genau erklärt, daß es sich hier nicht um ein marktwirtschaftliches Instrument handelt, sondern daß die Staffelmiete den Markt und die Marktwirtschaft kaputtmacht, weil sie sie konterkariert. Genauso, wie es eine Staffelmiete nicht generell geben kann, weil sie die heutige Knappheitssituation schon für alle Zukunft fest schreibt, ohne die Marktentwicklung überhaupt noch in Betracht zu ziehen, kann es aus dem gleichen Grund auch keine Staffellöhne und keine Staffelpreise geben. Karl-Heinz Trageser hat mit Nachdruck auf die gesellschaftlichen Auswirkungen in den Ballungsräumen, wo

Knappheitssituationen gegeben sind, hingewiesen. Wir müssen eines sehen: Dieses ist kein Mittel, um automatisch Neubauproduktion anzuregen. Es ist nur eine staatliche Gewinngarantie, die wir damit gäben, eine Verteilungsänderung zu Lasten der Mieter, die dieses auf Grund der Knappheitssituation mitmachen müssen. Das sind Mitnahmeeffekte, die wir als Staat letztlich unter Umständen durch erhöhtes Wohngeld wieder ausgleichen müssen. Deswegen bitte ich, dem Antrag der Sozialausschüsse auf Einführung der Staffelmiete in den ersten zehn Jahren nach Bezugsfertigkeit zuzustimmen und den Antrag des Vorstandes, der die generelle Einführung beinhaltet, abzulehnen.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Jetzt hat Lothar Späth das Wort.

Lothar Späth: Liebe Freunde! Es gibt, wenn ich es recht sehe, vier strittige Punkte zwischen der Position der Sozialausschüsse und der Position des Bundesvorstandes. Alle anderen Punkte sind weitgehend kompromißfähig, wie sich in den Beratungen der Antragskommission gezeigt hat.

Einer der strittigen Punkte ist die Staffelmiete. Ich möchte jetzt ganz kurz doch noch ein paar Anmerkungen zum Thema der Staffelmiete und zur Argumentation dazu machen. Wenn die Staffelmiete zu dem führt, was Norbert Blüm hier vorgetragen hat, frage ich mich: Warum bei Neubauten Staffelmiete bis zehn Jahre nach Bezugsfertigkeit als Alternative? Entweder die Staffelmiete führt zu einer langfristigen Planung, die - angeblich - gegen die Marktwirtschaft ist. Dann ist aber nicht einzusehen, daß sie bei Neubauten auf zehn Jahre nicht zu diesem Ergebnis führt, sondern nur bei anderen Bauten auf fünf oder sechs Jahre zu diesem Ergebnis führt.

(Beifall)

Der zweite Schwachpunkt in der Argumentation ist folgender. Norbert Blüm trägt seine Argumente immer so blumig und geschickt vor; es tut mir weh, ihm jetzt sehr hart entgegen zu müssen. Wenn wir in etwa vergleichbar dem Tarifrecht vorgehen, würden wir natürlich keine Mietverträge, wie wir sie wollen, mit langfristiger Planung, hohem, praktisch voll vorhandenen Kündigungsschutz abschließen. Hier besteht doch ein Unterschied. Sonst müßten wir ja Regelungen darüber einführen, in welcher Form Vermieter und Mieter jedes Jahr ihre Auseinandersetzung über die Miete führen, also etwa mit Streik, Aussperrung und ähnlichen Möglichkeiten, die wir im freien Tarifrecht im Rahmen solcher Auseinandersetzungen vorgesehen haben.

Wir haben doch aber die Absicht, Mietverhältnisse zu gestalten, bei denen Vermieter und Mieter miteinander in freier Vereinbarung einen langfristigen Mietvertrag schließen. Dazu muß gehören, daß sie über eine gewisse Mietentwicklung im Laufe eines zehn- oder zwanzigjährigen Mietverhältnisses einigen. Das ist sogar hilfreich, weil es spätere Konflikte vermeidet. Deshalb brauchen wir die Staffelmiete als ein wichtiges Element zur Belebung. Deshalb müssen wir auf der Staffelmiete als einem prinzipiellen Punkt unseres Papiers beharren.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Das Wort hat unser Freund Blüm.

Dr. Norbert Blüm: Meine Damen und Herren! Ich sage es ganz unblumig und ganz direkt: Wenn es stimmt - und es stimmt! -, was Kurt Biedenkopf heute morgen gesagt hat, daß wir nämlich gar nicht wissen, wie

der Wohnungsmarkt in zehn Jahren aussieht, dann können wir heute nicht eine Staffelmiete beschließen, die diesen Wohnungsmarkt in zehn Jahren eventuell gar nicht im Griff hat. Wir dürfen also nicht eine Regelung beschließen, die möglicherweise einen Mietpreis festlegt, der weit über dem Marktpreis liegt. Deshalb ist die Staffelmiete keine marktwirtschaftliche Lösung, sondern eine planwirtschaftliche Lösung.

(Beifall)

Ein zweiter Punkt. Wir müssen uns darüber klar sein, daß dann, wenn wir die Staffelmiete im Bestand zulassen, die Folge sein wird - ganz unblumig und direkt gesagt -, daß wir in kürzester Zeit in den Ballungsgebieten von einer Lawine des Wohngeldes, von einer Lawine von Sozialhilfeanträgen überschwemmt werden.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsident: Liebe Freunde, jetzt entscheiden wir erst einmal über die Anträge zu Abschnitt B, Ziffer 2 ohne den Antrag 16.23. Über diesen Antrag entscheiden wir dann gesondert.

Jetzt hat Herr Dr. Möller für die Antragskommission das Wort.

Dr. Franz Möller, Antragskommission: Liebe Parteifreunde! Ich bin der Auffassung, daß viele gar nicht wissen, was die Staffelmiete eigentlich beinhaltet.

(Zustimmung)

Deswegen möchte ich einen Satz zur Erläuterung sagen. Die Staffelmiete bietet den Investoren oder den künftigen Vermietern die Möglichkeit, bestimmte Mieteneinnahmen im voraus einzuplanen und mit dem Mieter zu vereinbaren, d. h. Umfang und Zeitpunkt der zukünftigen Mieterhöhung bereits bei Vertragsabschluß festzulegen. Diese Möglichkeit sollte unabhängig vom Baujahr der Wohnung geschaffen werden, also auch noch im Hinblick auf den Bestand eröffnet werden. Ich kann überhaupt nicht verstehen, wenn Herr Kollege Kudella hier sagt, daß dies mehr Dirigismus bedeutet. Es ist vielmehr ein erster, ein ganz kleiner Schritt zu mehr Vertragsfreiheit im Mietrecht.

Ich betone: Es ist nur ein ganz kleiner Schritt. Diesen Schritt wollen wir wagen. Wir müssen auf jeden Fall auch, wie es Herr Ministerpräsident Späth, Herr Minister Gaddum gesagt haben, nicht nur für die Neubauten, sondern auch für die Wohnungen, die frei geworden sind, bei denen also keine Mieter mehr vorhanden sind, sondern nur künftige Mieter da sind, diese Möglichkeit der Staffelmiete einräumen. Nur so kriegen wir ein bißchen mehr Vertragsfreiheit in diesem Bereich.

Ich unterstütze das, was der Herr Kollege Kolb gesagt hat; denn der Hinweis, daß die Staffelmiete nicht funktionieren könne, ist durch das Beispiel Schweiz widerlegt. Dort klappt es.

Ich meine also: Wir sollten diesen Schritt hier gehen - einen kleinen Schritt zu ein bißchen mehr Vertragsfreiheit.

Zweiter Punkt. Der Kollege Dr. Pinger hat angeregt, den Antrag der Mittelstandsvereinigung aufzunehmen und die Mietspiegelfrage noch einmal präziser zu formulieren. Wir sind der Meinung, daß dieser Vorschlag der Antragskommission auf Seite 5 hinreichend ist, wo es heißt:

"Bei der Erstellung von Mietspiegeln müssen Marktpreise zugrunde gelegt werden. Vorhandene Mietspiegel sind zeitnah fortzuschreiben."

Wir sind der Meinung, daß das ein wesentlicher Schritt auch vorne ist. Deswegen sollte dieser Vorschlag der Antragskommission unterstützt werden. Der Hinweis von Professor Pinger, daß der Mietpiegel das wichtigste Mittel für ein Mieterhöhungsverlangen sei, ist nicht ganz korrekt; denn er ist nur ein gleichberechtigtes Mittel, Mieterhöhungsverlangen zu erheben. Auch die anderen zwei Möglichkeiten, Gutachten zu erstellen und die Nennung von vergleichbaren Wohnungen sind gleichberechtigte Mittel für ein Mieterhöhungsverlangen.

Wir glauben, daß wir das hier durch unseren Vorschlag hinreichend bestätigt haben. Insofern bitten wir, der Antragskommission zuzustimmen.

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, jetzt stimmen wir über alle Anträge zu Abschnitt B, Ziffer 2, mit Ausnahme des Antrags 16.23 ab. Wer den Empfehlungen der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die große Mehrheit. Damit ist so beschlossen. Jetzt kommen wir zur Beratung des Antrages 16.23. Das Wort hat dazu für die Antragskommission Herr Orgaß.

Gerhard Orgaß, Antragskommission: Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren! Der Antrag 16.23 des Kreisverbandes Mainz-Bingen, der den Schutz und die Sozialpflichtigkeit des Eigentums auch im Hinblick auf das Wohnungseigentum zum Inhalt hat, ist in der Ihnen vorliegenden Form von der Antragskommission zunächst so beschlossen worden. Es hat sich bei den Beratungen in der Antragskommission aber herausgestellt, daß gegenüber dem Ihnen vorliegenden Vordruck wiederum eine Änderung erforderlich ist. Ich bitte, das jetzt sagen zu dürfen. Auf der Seite 5 der Empfehlungen der Antragskommission ist im letzten Abschnitt dieser Antrag abgedruckt. In der 5. Zeile dieses Abschnitts ist hinter dem Wort "Wohnungsnot" das Wort "entweder" einzufügen. In derselben Zeile ist das Wort "wer" zu streichen. Auf der Seite 6 ist beim zweiten Spiegelstrich nach den Worten "Die CDU betont" der Halbsatz durch die Formulierung zu ersetzen "daß der Eigentumsschutz unter dem verfassungsrechtlichen Gebot der Sozialpflichtigkeit steht". Darüber hinaus ist zu bemerken, daß die Antragskommission überwiegend zu der Auffassung gekommen war, diesen Antrag, in dem es um die Sozialpflichtigkeit des Eigentums geht, nicht in das wohnungspolitische Papier aufzunehmen, sondern ihn als einen selbständigen Antrag zu verabschieden. Das kann jedoch nicht bedeuten, daß diese Formulierung und dieser Beschluß für die Akten bestimmt sind, sondern an der Frage der Gewichtung zwischen dem Individualinteresse und dem Schutzrecht des Eigentums und dem Abwägungsgebot der Sozialpflichtigkeit ist die gesamte Wohnungs- und Städtebaupolitik aller Parteien, auch die der Union, ständig zu messen. Ich bitte im Namen der Antragskommission, diesem Antrag so stattzugeben.

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, bevor ich über diese Frage abstimmen lasse, möchte ich noch einmal auf die Abstimmung zurückkommen, die wir eben vollzogen haben. Ich habe - das war ganz eindeutig - zweimal erklärt, daß wir über alle Anträge zu Abschnitt B, Ziffer 2, mit Ausnahme des Antrags 16.23, den wir jetzt diskutieren, abstimmen - damit natürlich auch über die Frage der Staffelmiete, über die wir bis dahin diskutiert hatten. Jetzt sind einige zu mir gekommen, die meinen, daß das vom Plenum nicht in genügender Weise zur Kenntnis genommen worden ist, und

deshalb bitten, die Abstimmung zu wiederholen. Ich habe nichts dagegen, wenn der Parteitag damit einverstanden ist

Da alle den Gang der Ereignisse verfolgt haben, scheinen mir keine Bedenken zu bestehen, ein solches Einverständnis zu erklären. Ich muß aber den Parteitag darüber abstimmen lassen.

Wer also geschäftsordnungsmäßig dafür ist, daß wir die Abstimmung zu Abschnitt B, Ziffer 2, mit Ausnahme des Antrags 16.23, die schon vollzogen ist, annullieren und noch einmal darüber abstimmen. den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Das Erste war die Mehrheit. Damit ist die Abstimmung annulliert.

Wir stimmen noch einmal ab. Ich weise erneut darauf hin, daß wir über alle Anträge abstimmen, die zu Abschnitt B, Ziffer 2, gestellt worden sind - mit Ausnahme des Antrags 16.23. Das heißt, daß wir jetzt auch über die Frage der Staffelmiete abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission hier folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Das Erste war die große Mehrheit. Damit ist in diesem Sinne entschieden.

Jetzt kommen wir zum Antrag 16.23. Das ist der Antrag, der eben noch einmal für die Antragskommission von Herrn Orgaß behandelt worden ist: Schutz und Sozialpflichtigkeit des Eigentums gelten auch für Wohnungseigentum. Keine weiteren Wortmeldungen? - Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Antrag angenommen.

Wir kommen nun zur Beratung von Abschnitt B, Ziffer 3. Hierzu gibt es keine Wortmeldungen. Wer dafür ist, den Vorschlägen der Antragskommission zu den Anträgen in Abschnitt B, Ziffer 3, zu folgen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die große Mehrheit. Demnach ist so beschlossen.

Ich rufe nun Abschnitt B, Ziffer 4, auf. Hierzu liegt eine Reihe von Wortmeldungen vor: Herr Kudella, Frau Dr. Hellwig, Herr Orgaß, Herr Link, Herr Ehlers, Herr Mertens und Herr Landowsky. Ich bitte die Redner, sich entsprechend bereitzuhalten.

Peter Kudella: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, ich kann es ziemlich kurz machen. Es geht um eine Einfügung auf Seite 9, Absatz 3. In diesem dritten Absatz möchten wir von der CDA in der dritten Zeile hinter dem Wort "Mieten" die Wörter "abgeschöpft und" eingesetzt sehen, so daß der Satz dann hieße: "Es sollte sichergestellt werden, daß der Differenzbetrag zwischen den bisher gezahlten Sozialmieten und den neuen Mieten abgeschöpft und für den Neubau von Sozialwohnungen eingesetzt wird."

Ich finde, das ist eine wichtige Klarstellung, die hier vollzogen wird, weil es nicht in unserem Interesse sein kann, daß irgendwelche Wohnungsbaugesellschaften oder andere Institutionen darüber entscheiden, wo was gebaut wird. Weil es bereits öffentliche Förderungsmittel gibt, sollte die öffentliche Hand auch die letzte Entscheidung über die weitere Verwendung haben. Deswegen bitte ich Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Dazu möchte Lothar Späth für den Vorstand eine Bemerkung machen. Er hat das Wort.

Lothar Späth, stellvertretender Vorsitzender der CDU:

Ich glaube, daß mein Beitrag zur Abkürzung der Diskussion dienen kann. Dies ist der zweite strittige Punkt. Für mich ist das derjenige von den vier, über den wir auch noch einen Kompromiß finden könnten, wenn wir folgendes - und ich habe mich vorhin mit Norbert Blüm und Kurt Biedenkopf noch einmal darüber unterhalten -

klarstellen könnten:

Das Ziel dieses Antrags geht dahin, die Mittel, die durch Mieterhöhungen aufkommen, wieder voll für den sozialen Wohnungsbau - sowohl für das Wohngeld wie für andere Förderungsmaßnahmen - zu binden. Das heißt im Ergebnis: Mieterhöhungen durch Zinsanhebungen fließen ohnehin an die öffentliche Hand zurück. Der Betrag, der nicht für die Mehrkosten des Wohngelds, die sich ja zwangsläufig durch diese Entwicklung erhöhen, gebraucht wird, muß wieder für den sozialen Wohnungsbau gebunden werden.

Wenn wir uns darauf einigen können, daß mit dem Zusatz, der von den Sozialausschüssen mit dem Begriff "abgeschöpft" verlangt wird, gemeint ist, daß wir das bei der Unternehmensmiete so nicht konsequent durchhalten können, weil es dafür keine Rechtsregelungen gibt, bin ich der Meinung, daß man dieser Bindung für den sozialen Wohnungsbau zustimmen kann.

Ich will gleich noch eine zweite Bemerkung an das anschließen, was Kurt Biedenkopf zum Offenhalten gesagt hat. Er hat mich darum gebeten, das zu erklären, weil das weitere Anträge vermeidet. Ich bin selbstverständlich der Meinung, daß wir im Rahmen der gesamten Wohnungsbaukonzeption einen ersten Schritt machen und daß wir dieses Thema damit noch nicht verlassen; denn wenn wir ein Ziel zur Verbesserung erreicht haben, werden wir uns die nächsten Schritte sorgfältig überlegen müssen. Der Wohnungsbau ist eine Sache, die man nicht einmal entscheidet, sondern man muß beobachten, wie sich die Maßnahmen auswirken. Dann muß man eine langfristige Therapie anwenden. Am Schluß kann der Patient dann auch wieder etwas mehr frische Luft vertragen, um das Bild zu verwenden, das Kurt Biedenkopf gebraucht hat.

Ich bin der Meinung, wir fassen diese Entscheidung und diese Konzeption so auf. Dann könnte man diesem Kompromiß zustimmen, und der Streit um diesen Punkt wäre, glaube ich, aus der Welt, auch wenn ich das bedenkliche Gesicht meines Freundes Gaddum sehe, der als Finanzminister wahrscheinlich gegen die Zweckbindung ist. Aber ich meine, die Aufwendungen im Sektor Wohnungsbau und Stadt-sanierung sind so groß, daß wir das durchaus tun können.

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Die Antragskommission wird sich dazu ja noch äußern.

Das Wort hat Frau Dr. Hellwig.

Frau Dr. Renate Hellwig: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Jetzt komme ich mit dem angekündigten Antrag, von dem auch die Antragskommission sagt, daß das ein wichtiger Punkt sei. Es geht um folgendes.

In der Ziffer 4 soll ein letzter Absatz eingefügt werden, der lautet: Um auch bereits kurzfristig preisgünstige Sozialwohnungen aus dem Altbaubestand für einkommensschwache Familien zur Verfügung zu haben, sollte in Gebieten mit besonderem Wohnungsmangel der Kündigungsschutz für Fehlbeleger in Sozialwohnungen gelockert werden können.

Was bedeutet dieser Antrag? Dieser Antrag knüpft an eine Regelung an, die es bereits für Ballungsgebiete gibt. Diese Regelung be-

zieht sich auf die Zweckentfremdung von Wohnraum in gewerblichen Raum. In einem Bundesgesetz ist die Möglichkeit vorgesehen, daß Landesregierungen Verordnungen erlassen und bestimmen: In den und den Städten herrscht besondere Wohnungsnot; in diesen darf kein Wohnraum in gewerblichen Raum umgewidmet werden. Parallel zu dieser Regelung ließe sich eine Regelung denken, mit der Landesregierungen ebenfalls ermächtigt werden zu sagen: In den und den Städten herrscht besondere Wohnungsnot; in diesen kann der Kündigungsschutz gelockert werden, d.h. der Vermieter kann in Sozialwohnungen kündigen mit der Folge, daß sich die Mieter gegen diese Kündigung nur dadurch wehren können, daß sie nachweisen, nach wie vor sozial Berechtigte zu sein, d.h. unter der Einkommensgrenze zu liegen.

Welches wäre die Folge einer solchen Regelung? Sie sähe so aus: kostengünstig, billig gebaute Sozialwohnungen des Altbaubestandes könnten schnell für wirklich Bedürftige in Ballungsgebieten freigegeben werden. Nur dort, wo wirkliche Wohnungsnot herrscht, wäre das möglich.

Das ist auch nicht unsozial. Das ist einer der ganz wenigen Punkte, bei dem die Lockerung des Kündigungsschutzes nicht als unsozial bezeichnet werden kann. Wenn Sie sich nämlich die Vergleiche vor Augen halten, die mehrere Redner gebracht haben, dann haben wir heute die Situation, daß Familien mit gleichem Einkommen - die eine wohnt in einer freifinanzierten Wohnung, die andere noch in einer Sozialwohnung, obwohl sie nicht mehr berechtigt ist - Mieten im Unterschied zwischen 300 DM und 400 DM monatlich zahlen. Das ist eine solch schreiende Ungerechtigkeit, daß hier schnell Abhilfe geschaffen werden muß.

Ich erinnere an eine weitere Ausführung, die gemacht worden ist. Wir haben festgestellt, daß 75 % der Bewohner berechtigt sind, in Sozialwohnungen zu wohnen. Das bedeutet, wenn heute Sozialwohnungen zu einem Drittel fehlbelegt sind - was wir alle als Skandal bezeichnen -, so müssen wir feststellen, daß das obere Viertel der Einkommensspitze noch zu einem Drittel in den Sozialwohnungen sitzt. Ich glaube nicht, daß es sich bei ihnen um besonders sozialbedürftige handelt, über die wir die schützende Hand des Kündigungsschutzes halten müßten.

Die Lösung des Bundesvorstandes, diese Wohnungen im Laufe von sechs bis acht oder zehn Jahren praktisch aus den Sozialwohnungen herauszunehmen, indem wir sie schrittweise immer teurer machen, führt im Endeffekt dazu, daß der alte Sozialwohnungsbestand praktisch in freifinanzierte Wohnungen umgewandelt wird. Das ist insbesondere in solchen Vierteln sinnvoll, in denen wir keine Sozialwohnungen mehr brauchen. Aber in den Großstädten, in denen es tatsächlich noch ein Mißverhältnis zwischen Bedürftigen und Fehlbelegern gibt, ist mit der Lösung des Bundesvorstandes eine schnelle Hilfe nicht möglich.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf ein weiteres Argument eingehen. Wir wollen doch auch weiterhin Sozialwohnungen bauen - so steht es im Antrag des Bundesvorstands. Wenn wir in Zukunft nicht ein Drittel mehr Sozialwohnungen bauen wollen, als wir wirklich brauchen - nämlich allein für die Fehlbeleger, die dann wieder in diesen neu gebauten Sozialwohnungen sitzen werden; sie werden ja auf Grund ihres Einkommenszuwachses zu Nichtberechtigten, und wir trauen uns ja bisher nicht, in diesem Bereich etwas

zu machen -, dann brauchen wir ein zusätzliches Instrument, um diejenigen aus den Sozialwohnungen zu bekommen, die dort ohne Berechtigung sitzen, um es auch rechtfertigen zu können, weiterhin Sozialwohnungen zu bauen.

Ich gehe auch gleich vorweg auf die denkbaren Vorwürfe ein; denn ich habe ja schon mit sehr vielen Delegierten über diesen Antrag gesprochen. Ein Vorwurf lautet: Beinhaltet dieser Antrag nicht ein Zuviel an Bürokratie? Nein, ganz und gar nicht! Nach diesem Antrag kann in einer Sozialwohnung gekündigt werden. Der einzelne Mieter wehrt sich dagegen, wie gesagt, durch den Nachweis, daß er unterhalb der Einkommensgrenze liegt. Das ist genau dasselbe, was er tun muß, um überhaupt eine Sozialwohnung zu bekommen. Wenn Sie das Prinzip der Sozialwohnung bejahen, müssen Sie auch bejahen, daß die Berechtigung von dem jeweiligen Einkommen abhängig ist. Dieser Nachweis muß immer wieder erbracht werden. Insofern kann man nicht von einem Zuviel an Bürokratie sprechen.

Ein weiterer möglicher Einwand: Wird von diesem Instrument denn in ausreichendem Maße Gebrauch gemacht werden? Meine Damen und Herren, das möchte ich gerne der Praxis überlassen. Ich habe mit einigen Oberbürgermeistern darüber gesprochen. Sie wären sehr dankbar, wenn sie dieses Instrument hätten. Sie könnten nämlich innerhalb ihres eigenen kommunalen Wohnungsbaus mit diesem Instrument jetzt tatsächlich billige Altbauwohnungen freimachen, was sie heute auf Grund des Kündigungsschutzes noch nicht können. Ob sie sich trauen, dieses Instrument anzuwenden, sollten wir der Praxis überlassen. Darüber hinaus könnten sie sich auch an die freien gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften wenden und fragen, ob die bereit seien, Sozialwohnungen zu kündigen.

Dann kommt ein weiteres Argument, meine Damen und Herren. Ich halte es schlechthin für nicht tragbar! Man sagt: Wenn man die Mieter, die über der Einkommensgrenze liegen, durch Kündigung aus den Sozialwohnungen heraus bekommt, entstünden Ghettos, weil dann nur noch sozial Bedürftige in den Sozialwohnungen wohnten. Ich bitte, dieses Argument nicht weiter zu vertreten, denn es spricht gegen den Sozialwohnungsbau insgesamt. Es ist geradezu eine Diffamierung derjenigen, die ein Recht auf eine Sozialwohnung haben, wenn man behauptet, es entstünden Ghettos, wenn die nicht Berechtigten ihre Sozialwohnungen verlassen müßten.

Ich möchte meinen Appell mit zwei Zitaten abschließen.

Es sind Sätze, die heute unsere "großen" Redner gesagt haben. Zunächst ein Zitat von Herrn Blüm, der gesagt hat: Angebot und Nachfrage müssen um der sozial Schwachen willen in Übereinstimmung gebracht werden. Meine Damen und Herren, das gilt aus meiner Sicht in erster Linie gerade für den sozialen Wohnungsbau. Angebot und Nachfrage bringen Sie natürlich am schnellsten in Übereinstimmung, wenn Sie die Wohnungen freimachen, um sie den wirklich Bedürftigen anbieten zu können.

Ein letztes Zitat. Herr Biedenkopf hat gesagt: Problem sind die vorhandenen Besitzstände, insbesondere im öffentlichen Bereich.

Wir müssen dazu kommen, daß wir für die wirklich Bedürftigen etwas tun und daß wir die graue Mittelzone lichten. - Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Link aus Hessen das Wort.

Helmut Link, Frankfurt: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich spreche zu dem Antrag der Sozialausschüsse 16.¹¹ auf Seite 9 des Umdrucks zu Abschnitt B, Ziffer 4, und beantrage, daß hinter dem dritten Absatz eingefügt wird:

Das Wohngeld muß so verbessert werden, daß bei den untersten Einkommensschichten die Mietbelastung nicht mehr als 20 % des Einkommens ausmacht.

Ich darf das wie folgt begründen. Herr Professor Biedenkopf hat zu Recht darauf hingewiesen, daß die wirklichen Tatbestände auf dem Wohnungsmarkt unbekannt sind. Zu diesen Unbekannten zählt insbesondere die Veränderung der Mieten in den Großstädten und die Veränderung der Mietbelastung für die Mieter.

Stadtrat Trageser von Frankfurt am Main, der hier gesprochen hat, hat dankenswerterweise gleich nach seinem Amtsantritt für die Stadt Frankfurt eine umfassende Untersuchung eingeleitet, die für den großstädtischen Raum ganz interessante Ergebnisse zu Tage brachte. Ich darf versuchen, am Beispiel Frankfurts darzustellen, warum wir diesen Antrag zu dem Wohngeld für die unteren Einkommensempfänger stellen.

Die erwähnte Untersuchung hat ergeben, daß in Frankfurt am Main jährlich 60 000 Haushalte - von 300 000 - die Wohnung wechseln. Das ist nicht ein einmaliger Vorgang, sondern das ist jedes Jahr kontinuierlich so. Mal sind es etwas mehr, mal sind es etwas weniger, aber im Schnitt haben wir bei 300 000 Haushalten 60 000 Veränderungen.

Das bedeutet, daß in Frankfurt am Main jährlich 60 000 neue Mietverträge abgeschlossen werden; das sind die sogenannten Neuvermietungen.

Auch die Frankfurter Immobilienbörse hat eine solche Untersuchung gemacht, und ihre Ergebnisse sind in die Berechnungen von Stadtrat Trageser eingearbeitet worden. Diese Untersuchung weist aus, daß bei den in den Jahren 1979 und 1980 im Zuge des Wechsels angefallenen Neuvermietungen die Mieten in Frankfurt um 18,75 % gestiegen sind. Das heißt also, daß innerhalb eines Jahres in Frankfurt am Main bei diesen Neuvermietungen die Mieten um durchschnittlich 18,75 % angestiegen sind. Ich gehe davon aus, daß die Entwicklung, die wir in der Großstadt Frankfurt haben, in Düsseldorf, Hamburg, München, Stuttgart, Köln und ähnlichen Großstädten nicht viel anders ist.

Das beweist, daß auf dem Wohnungsmarkt in den Großstädten - ich spreche jetzt nur von den Großstädten - sehr viel mehr los ist, daß sich im Mietgefüge gewaltige Änderungen durchgesetzt haben, und zwar am gesamten bestehenden Mietrecht vorbei.

Eine Untersuchung des Rings deutscher Makler stützt, was die Großstädte angeht, meine Ansicht. Der Ring deutscher Makler hat im vergangenen Jahr eine Tabelle mit den Durchschnittsmieten in Altbauten herausgebracht, unter anderem auch für die Großstädte. Ich gebe das Ergebnis grob bekannt, weil ich jetzt keine Differenzierung vornehmen kann. Man geht dabei von der Voraussetzung

aus, daß die Wohnung ein Bad, ein WC und Heizung hat. Für solche Altbauwohnungen, die nach 1948 gebaut worden sind, betragen die Mieten in den Großstädten zwischen sieben und zehn DM je Quadratmeter. Bei einer 80 qm großen Wohnung macht also die Kaltmiete bei 7 DM 560 DM aus. Nehmen Sie jetzt einen Familienvater, der 3000 DM Brutto hat; nach Berücksichtigung aller Abzüge kommt er auf 1800 DM Netto. Wenn er also eine solche Wohnung bewohnt, liegt der Mietanteil an seinem verfügbaren Einkommen zwischen 25 % und 30 %.

Das ist also die Lage in den Großstädten. Hier zeigt sich, daß die Mieter an einer Grenzbelastung angelangt sind. Der Anteil der Miete an dem verfügbaren Einkommen ist derartig hoch, daß viele Mieter überlastet sind. Als Stichworte nenne ich nur Rentner und junge Familien.

Wenn das die Wirklichkeit ist, dann reicht es nicht aus, daß wir nur allgemein von Wohngeld sprechen. Der Antrag der Sozialausschüsse ist also sehr wohl begründet. Er sagt, daß für die unteren Einkommensempfänger die Mietbelastung auf keinen Fall mehr als 20 % des verfügbaren Einkommens ausmachen darf.

Wie unterschiedlich die Entwicklung ist, möchte ich noch wie folgt deutlich machen. In Frankfurt am Main betrug, wie gesagt, die Erhöhung innerhalb eines Jahres 18,75 %. Im selben Zeitraum lag im Lande Hessen die Erhöhung bei 5,5 %. Hieran wird deutlich, wie unterschiedlich die Lage in den Großstädten ist.

Aus diesem Grunde bitte ich Sie ganz dringend, dem Antrag der Sozialausschüsse unbedingt zuzustimmen.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Mertens aus Hamburg das Wort.

Johannes Mertens, Hamburg: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Mit dem Antrag 16.29 aus Hamburg werden wir uns nicht gegen die marktwirtschaftliche und soziale Zielsetzung des Gesamtpapiers; das wir uneingeschränkt bejahen. Was wir wollen ist, daß Flexibilität und Mobilität für die besondere Situation der Großstädte erreicht wird. Darauf hat schon mein Vorredner hingewiesen. In anderen Beiträgen ist schon deutlich geworden, daß die Situation in den Großstädten Hamburg, Frankfurt und München usw. eben anders ist.

Es geht darum, Spielraum für eine Wohnungsbaupolitik im Ballungsgebiet zu schaffen, damit im Ballungsgebiet eine Wohnungsbaupolitik möglich ist, die Rücksicht auf die gegebene Wohnraumsituation nimmt. Dies müssen wir schaffen, dafür sprechen die bisherigen Erfahrungen der Wohnungsbaupolitik.

Marktwirtschaftliche Regelungen konnten im Wohnungsbau nur stufenweise durchgesetzt werden, nie im Hau-Ruck-Verfahren. Das müssen wir hier sehen. Mag sein, daß wir bei der Abschaffung der Planwirtschaft im Wohnungsbau die letzten sind; bei der Herbeiführung des politischen Wechsels möchten wir wie die Berliner zu den ersten gehören.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Ehlers das Wort.

Karl-Heinz Ehlers, Hamburg: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist heute davon die Rede gewesen, daß das Kind nicht mit dem Bad ausgeschüttet werden soll; ich glaube, Herr Kollege Blüm hat das gesagt. Dazu gehört aber auch, meine Damen und Herren, daß eine Partei, die sich jahrelang daran beteiligt hat, daß es zu dieser Situation im Wohnungsbau gekommen ist, außerordentlich vorsichtig ist, das Kinde nicht mit dem Bade auszuschütten.

Es ist hier davon geredet worden, die Sozialliberale Koalition habe uns in die Situation gebracht, die wir beim Wohnungsbau haben. Das ist zu einem großen Teil richtig; aber wir sollten auch unsere Eigenbeteiligung daran nicht übersehen. Auch wir - die Herren Kollegen Späth und Biedenkopf haben darauf hingewiesen - waren daran beteiligt, die Einkommensgrenzen auf eine Höhe heraufzusetzen, daß 75 % der Bewohner unserer Haushalte inzwischen berechtigt sind.

Auch wir haben an der Ausgestaltung des Mietrechts in der Weise mitgewirkt, daß es uns jetzt wie ein Klotz am Bein hängt.

Meine Damen und Herren, die Praxis der Ausgestaltung im Bereich des Wohnungsbaus liegt weitgehend bei den Ländern. Das ist auch gut so; wir sind dafür. Wenn es dieses Instrument so nicht gäbe, müßte es erfunden werden. Wenn das aber so ist, ist der Antrag des Bundesvorstandes, die Zinssubventionen bei den sozialen Mietwohnungen in Stufen abzubauen, einfach zu pauschal.

Herr Biedenkopf, ich lade Sie sehr herzlich ein, mit mir in Hamburg Wahlkampf an einem Werfttor zu führen, aus dem ein alleinvertienender Arbeitnehmer mit 1600,- DM nach Hause kommt,

(Zustimmung)

der zu Hause zwei Kinder sitzen hat und für den Ihre Alternative in der Wohnungsbaupolitik lautet: Mieterhöhung oder Eigentum. Meine Damen und Herren, damit können wir in Hamburg keinen Blumenpott gewinnen.

Wenn wir das systematisch Richtige wollen, setzt das voraus, daß wir dafür auch entsprechende Mehrheiten beschaffen. Wenn wir - jedenfalls bei der pauschalen Form, in der dies im Antrag des Bundesvorstandes steht - als die Partei derjenigen, die die Mieten erhöhen wollen, in die Geschichte eingehen, sehe ich nicht, daß wir in den Ballungszentren je über Mehrheiten verfügen oder den Zustand, der von uns vorgesehen wird, auch nur schrittweise erreichen.

Meine Damen und Herren, dieses Papier wird, wenn es in diesem Punkte so verabschiedet wird und keinen Spielraum für die Ballungsräume läßt, d e r Schlager der Sozialdemokraten und wird uns in ganzseitigen Anzeigen um die Ohren gehauen werden: Wir, die Partei der undifferenzierten Mieterhöher, wir, die Partei der Eigentumsideologen.

Auf diese einfache Schiene darf es nicht gebracht werden. Deswegen sind wir dafür, eine solche Differenzierung einzuführen, die der Situation in den Ballungsräumen Rechnung trägt. Wir treten dafür ein, die Regelung einzufügen, daß die Situation auf dem Wohnungsmarkt es eben zulassen muß, daß man diese Maßnahmen ergreift. In einem Ballungszentrum wie Hamburg, wo 50 % der Mieter in Sozialwohnungen wohnen, läßt sie es nicht zu.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, Herr Orgaß bezieht sich auf die Ausführungen von Herrn Link und zieht seine Wortmeldung zurück.

Als nächster Redner hat Herr Landowsky aus Berlin das Wort.

Klaus Landowsky: Auch auf die Gefahr hin, daß ich den Parteitag nun doch noch fünf Minuten aufhalte, gestatten Sie, Herr Präsident, meine Damen und Herren, mir eine Bemerkung zu Punkt 4, und zwar zu der Frage der Fehlbelegungs- oder Fehlsubventionierungs- oder Ausgleichsabgabe - je nachdem, wie Sie das nennen - oder aber der allgemeinen Anhebung der Mieten durch eine Anpassung der Zinssubventionen an das Kapitalmarktniveau.

Meine Damen und Herren, der Kollege aus Hamburg hat aus meiner Sicht mit Recht auf die Tragweite dieses Beschlusses in Punkt 4 hingewiesen. Der Bundesvorstand unternimmt hier den untauglichen Versuch, für Stadt und Land gleichermaßen eine Formel zu finden. Diese Formel trägt den tatsächlichen Bedürfnissen insbesondere der Ballungszentren nicht Rechnung.

(Beifall)

Ich möchte Sie davor warnen, daß sich die CDU in eine Ecke manövrieren läßt, aus der sie sich schwerlich wieder befreien kann. Zumindest ist die Situation auf keinen Fall reif dazu, daß man sagt, irgendeine Form der Abgabe oder der Ausgleichszahlung sei generell ungeeignet. Meine Damen und Herren, dies ist nicht so! Auch die Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU haben ja einstimmig beschlossen, daß das ein vernünftiges Mittel ist. Die Freunde aus Bremen haben darauf in einem Antrag noch einmal hingewiesen.

Ich würde es für verantwortlich halten, wenn der Bundesvorstand, wie unser Freund Biedenkopf es vorhin allgemein gesagt hat, auch die Möglichkeit dieser Abgaberegulierung zumindest offenhielte. Herr Biedenkopf hat nämlich gesagt, wir sollten das alles offenhalten; nur in diesem Punkt wird mit der Formulierung zur Abgabe in Abschnitt 4 des Bundesvorstandsantrages ein Weg, so meine ich, endgültig verschüttet.

Meine Damen und Herren, wir wollen doch Milliarden fehlgeleiteter Subventionierung umleiten, d.h. wieder zurücknehmen. Dieses Ziel erreicht man natürlich einmal dadurch, daß man die Mieten allgemein anhebt und dann diejenigen, die durch das soziale Netz zu fallen drohen, über ein Wohngeld auffängt. Aber ich kann das Problem natürlich auch über eine Ausgleichszahlung oder eine Abgaberegulierung lösen. Welchen Weg ich beschreite, sollte für uns eine pragmatische Frage sein, keine Grundsatzfrage; denn daß dieses Mittel möglich ist und auch von der CDU beschlossen worden ist, habe ich darzutun versucht. Übrigens haben wir ja im Wohnungsbindungsgesetz eine adäquate Regelung der Ausgleichszahlung, so daß es auch für die CDU/CSU kein Novum wäre, sich mit einer solchen Regelung anzufreunden.

Darf ich Sie auf einen weiteren Punkt aufmerksam machen: Dann, wenn so verfahren wird, wie der Bundesvorstand beschlossen hat, droht die Gefahr, daß wir in den Ballungszentren ein Heer von Wohngeldempfängern - mit allen sozialpolitisch negativen Folgen - bekommen. Denn wir müssen uns doch darüber im klaren sein: Es ist nicht problemlos, Wohngeld zu beantragen und zu empfangen. Zumindest kann ich das aus Berliner Sicht sagen, denn in Berlin ist schon jeder Zehnte Wohngeldempfänger. Meine Damen und Herren,

stellen Sie sich das einmal vor: Hier züchte ich ein Heer von Wohngeldempfängern. Es kann doch nicht Sinn von CDU-Politik sein, die eine Abhängigkeit aufzuheben und eine andere zu begründen, die für die Menschen viel gravierender ist. Denn psychologisch liegen - das ist nun leider einmal so - Sozialhilfe- und Wohngeldleistungen an sich auf einer Linie, und unsere Aufgabe sollte es sein, die Menschen auch von dieser vom Staat - die durch solche direkten Subventionen, die auch noch die Persönlichkeit zu beeinträchtigen in der Lage sind, entsteht - freizumachen.

Deshalb möchte ich Sie herzlich bitten, die Möglichkeit einer Abgaberegulierung offenzuhalten und nicht incidenter zu einer allgemeinen Mieterhöhung beizutragen und in diesem Zusammenhang ein Heer von weiteren Abhängigen, nämlich dann von Wohngeldabhängigen, in Deutschland zu schaffen.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Herr Gaddum.

Johann Wilhelm Gaddum: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich möchte nachdrücklich darum bitten, es bei der ausdrücklichen Ablehnung der Fehlbelegungsabgabe zu belassen.

(Beifall)

Ich bitte darum, dabei doch folgendes zu berücksichtigen.

Es liegt ja in der Zwischenzeit ein Entwurf der Bundesregierung zu dieser Frage vor, und dieser Entwurf zeigt ganz eindeutig, daß er bei der Lösung der Probleme, die wir zur Zeit hinsichtlich der gerechten Verteilung der Sozialwohnungen haben, überhaupt nicht hilft; denn das Problem in diesem Bereich besteht - das ist vorhin von Herrn Professor Biedenkopf erwähnt worden - darin, daß eben diese berühmte ältere Mieterin, die in einer Wohnung, die für sie viel zu groß geworden ist, sitzt, darin nach wie vor sitzenbleibt, weil die Fehlbelegungsabgabe die Größe der Wohnung völlig unberücksichtigt läßt und nur auf die Einkommenshöhe abstellt.

Auch ein Zweites sollte, glaube ich, von der Praxis her nicht ganz unberücksichtigt bleiben. Selbst das Bundeswohnungsbauministerium, das sicherlich geneigt ist, diese Sache positiv zu sehen, sagt, daß es bis zur Erhebung der ersten Abgabe drei bis vier Jahre dauern wird. Meine Damen und Herren, wollen Sie denn heute wirklich ein Instrument anbieten, von dem Sie sagen müssen, daß in drei bis vier Jahren das erste Geld kommt?

(Beifall)

Weil zu diesem Punkt schon sehr viel gesagt worden ist, möchte ich mit größerem Nachdruck eine andere Behauptung zurückweisen, die hier, glaube ich, irrtümlich aufgestellt wird. Da wird behauptet, wir stünden dann vor einem Heer von Menschen, die als Wohngeldempfänger auf uns zuströmten. Man kann da förmlich sehen, von welcher Not wir überflutet würden.

Meine Damen und Herren, ich bitte, dabei zu berücksichtigen, daß zur Zeit zwei Drittel der Wohngeldempfänger nicht in Sozialwohnungen wohnen. Für diese zwei Drittel ändert sich durch all diese Beschlüsse überhaupt nichts. Es geht nur um ein Drittel und um die, die neu hinzukommen.

Dabei muß ich aber berücksichtigen, daß genau die, die die Fehlbeleger sind, sicher nicht als Wohngeldempfänger antreten werden, denn es sind ja genau die, die im Verhältnis zu der Subvention,

die sie bekommen, zuviel Einkommen haben. Uns liegen Berechnungen vor, und nach diesen Berechnungen bringen die Zinserhöhungen, deren Ertrag auf die öffentliche Hand zufließt, ausreichend Geld, um den Mehrbedarf an Wohngeld, der entsteht, abzudecken.

Das ist - Sie werden mir das aus meiner Sicht als Finanzminister abnehmen - ein Argument, das gewogen werden muß. Die dritte Bemerkung. Hier wird generell davor gewarnt, im Bereich der Sozialmieten zu Mieterhöhungen zu kommen. Ich verstehe diese Argumentation nicht mehr im Zusammenhang mit den Referaten von Helmut Kohl und Biedenkopf und anderen, die zu den Grundsatzfragen der Ordnungspolitik während dieses Parteitages gesprochen haben. Heute liegt die Kostenmiete im Mietwohnungsbau bei 20 DM. Das fällt nicht vom Himmel. Da haben die Stadtplaner, die entsprechende Auflagen machen, die Raumordner und ich weiß nicht wer alles mitgewirkt, ebenso die Lohn-Preis-Entwicklung. Wenn die Kostenmiete 20 oder 22 DM ist, dann können wir unseren Bürgern nicht versprechen, daß sie auf die Dauer für 3, 4, 5 oder 6 DM wohnen können.

(Beifall)

Es ist nicht die Frage, daß nicht auch ich es gern hätte, daß sie so billig wohnen können. Nur, wir müssen uns darüber im klaren sein, daß wir hier etwas versprechen, was nicht zu halten ist. Die heutige Situation ist nicht zuletzt dadurch bedingt, daß das System der Kostenmiete nicht mehr funktioniert. Es ist nicht mehr möglich, diese Differenz zwischen 6 oder 7 DM und 20 DM durch Steuermittel auszufüllen und zu subventionieren. Das Ergebnis ist, daß kein sozialer Wohnungsbau mehr stattfindet.

(Beifall)

Deshalb geht dieser wirklich sehr behutsame Vorschlag - er geht mir, ich sage das ganz offen, etwas zu behutsam vor - der Antragskommission in der hier vorliegenden Zusammenfassung davon aus, daß wir von denen, die heute relativ billig in Sozialwohnungen sitzen, erwarten müssen und erwarten können, daß sie etwas mehr Miete bezahlen, damit diese Wohnungsbaugesellschaften - die ja gar nicht frei sind, sondern unter Bindungen stehen - die Möglichkeit haben, neue Wohnungen zu bauen und nicht mit 20 DM, sondern zu Unternehmensmieten zu vermieten, die eine Mischkalkulation zwischen den alten und den neuen Wohnungen darstellen.

(Beifall)

Vorhin ist in der Begründung von der Solidarität unter den Mietern die Rede gewesen. Genau dies ist hier gefragt. Es geht darum, daß wir jetzt nicht eine Sozialpolitik betreiben, die sich darauf beschränkt, sozusagen die zu schützen, die heute Hilfe bekommen. Vielmehr müssen wir dafür sorgen, daß denen geholfen wird, die heute vor der Tür stehen. Deshalb bin ich gegenüber der Abschöpfung etwas skeptisch. Ich bin voll damit einverstanden, Herr Späth, daß die hier gewonnenen Mittel wieder in den sozialen Wohnungsbau fließen müssen. Es geht nicht darum, daß ich sie für den allgemeinen Finanzsäckel haben will. Da verdächtigen Sie mich an der falschen Stelle. Ich will sie durchaus in diesem Bereich behalten. Nur möchte ich nicht, daß wir eine große Administration aufbauen, die das praktisch alles abschöpft. Vielmehr soll es in den Unternehmen bleiben. Dreiviertel des Bestands an Sozialwohnungen ist ja in den Händen gemeinnütziger Wohnungsbauunternehmen. Und da gibt es ja eine ganze Reihe von Verbindungen zu uns und im Zusammenhang damit politische Verantwortung. Alle, die da drin sind, sind bis hin zu den Gemeinderäten in der Lage, ihren Einfluß geltend zu machen, daß mit die-

sen Mieterträgen Wohnungen gebaut werden. Dafür wollen wir die Voraussetzungen schaffen.

(Beifall)

Das ist auch der Grund, Herr Kollege Späth, für meine Bitte, das Wort "abgeschöpft" nicht hineinzunehmen, sondern es bei diesem Antrag in dieser Form zu belassen. In dem Antrag der Antragskommission ist ausdrücklich gesagt: Diese Mittel müssen für den Neubau von Sozialwohnungen oder für Wohngeldzahlungen eingesetzt werden. Damit bin ich voll einverstanden. Jedoch das Wort "abgeschöpft" provoziert nur die Überlegung, darauf ein Abgabensystem aufzubauen. Aber wir wollen doch nicht mehr Bürokratie, sondern weniger Bürokratie.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Jetzt hat Herr Dr. Jung aus Hessen das Wort.

Dr. Franz-Josef Jung: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Anknüpfend an den letzten Satz von Herrn Gaddum, setze ich mich nochmals für den Antrag der Frauenvereinigung hinsichtlich der Fehlbelegung und der Kündigungsmöglichkeiten ein. Wir sind uns wohl alle darüber einig, daß es ein nicht nur sozialpolitisches Ärgernis ist, wenn Leute, die nicht die soziale Bedürftigkeit aufweisen, Wohnungen bewohnen, die mit öffentlichen sozialen Mitteln bezahlt und gebaut worden sind. Wir sind uns darüber einig, daß die Fehlbelegungsabgabe, wie Herr Späth zu Recht ausgeführt hat, einen derartigen bürokratischen Aufwand nach sich zieht, daß dies kein Instrument zur Lösung des Problems ist. Der Bundesvorstandsvorschlag wird das Problem langfristig lösen. Nur stellt sich die Frage: Warum soll nicht die Möglichkeit der Kündigung für jene eingeräumt werden, die diese Wohnungen zu Unrecht bewohnen? Warum soll hier nicht im Rahmen der Auflockerung auch des Kündigungsschutzes ein Instrument geschaffen werden, um hier kurzfristige Lösungen zu installieren? Kündigungsschutz hat doch den Sinn, die sozial Schwachen zu schützen. Wie kann es im Rahmen einer derartigen Diskussion sinnvoll sein, den Kündigungsschutz für jene aufrechtzuerhalten, die zu Unrecht Sozialwohnungen bewohnen? Gerade durch die Auflockerung dieser Kündigungsschutzmöglichkeit für die, die zu Unrecht dort wohnen, würde eine Übergangslösung zur Lösung dieses Problems geschaffen. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag der Frauenvereinigung zu unterstützen. Danke sehr.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Da Änderungsanträge eingebracht worden sind, bitte ich Sie, noch einmal mit großer Aufmerksamkeit zu verfolgen, worüber wir demnächst abstimmen. Bitte schlagen Sie das Papier "Empfehlungen der Antragskommission zu Tagesordnungspunkt 16" auf den Seiten 8 und 9 auf. Es gibt drei Änderungsanträge. Sie stehen alle auf Seite 9.

Der erste Änderungsantrag will im dritten Absatz die Worte "abgeschöpft und" einfügen. Demnach würde der Satz lauten: "Es sollte sichergestellt werden, daß der Differenzbetrag zwischen den bisher gezahlten Sozialmieten und den neuen Mieten abgeschöpft und für den Neubau von Sozialwohnungen eingesetzt wird, soweit er nicht für zusätzliche Wohngeldzahlungen benötigt wird." Das ist der erste Änderungsantrag.

Der zweite Änderungsantrag möchte nach dem dritten Absatz einen vierten Absatz einfügen, der folgenden Wortlaut haben soll:
"Das Wohngeld muß so verbessert werden, daß bei den untersten Einkommensschichten die Mietbelastung nicht mehr als 20 % des Einkommens ausmacht."

Der dritte Änderungsantrag ist der der Frauenvereinigung. Er will einen neuen Absatz anfügen, der folgenden Wortlaut haben soll:
"Um auch bereits kurzfristig preisgünstige Sozialwohnungen aus dem Altbaubestand für einkommensschwache Familien zur Verfügung zu haben, sollte in Gebieten mit besonderem Wohnungsmangel der Kündigungsschutz für Fehlbeleger in Sozialwohnungen gelockert werden."
Das sind die drei uns vorliegenden Änderungsanträge. Ist es richtig, daß keine weiteren Änderungsanträge vorliegen? - Das wird bestätigt.

Jetzt kommen wir zur Behandlung dieser Änderungsanträge. Zunächst kommen wir zu dem ersten Änderungsantrag, die Worte "abgeschöpft und" einzufügen.

Dazu hat für die Antragskommission Herr Dr. Jahn das Wort.

Dr. Friedrich Adolf Jahn, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind an sich davon ausgegangen, daß das in dem dritten Absatz auf Seite 9 impliziert ist. Aber die Antragskommission hat deshalb keine Bedenken, wenn die Worte "abgeschöpft und" eingefügt werden. Es wäre aus meiner persönlichen Sicht besser, wenn sie nicht drin stünden. Aber die Antragskommission hat hier einen Kompromiß schließen wollen.

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Das bedeutet, daß wir jetzt nur einen einzigen Antrag haben, einen übereinstimmenden Antrag der Antragsteller und der Antragskommission, nämlich die Worte "abgeschöpft und" einzufügen.

(Zuruf: Gaddum hat beantragt, es nicht einzufügen!)
- Schon. Ja, ja. Nur, wir stimmen im allgemeinen immer über die Antragsformulierung der Antragskommission ab. Wenn diese Antragsformulierung identisch ist mit der Antragsformulierung der Antragsteller, kann ich das nicht ändern. Ich weise nur darauf hin.

Also ich lasse jetzt über den Antrag der Antragskommission abstimmen, die Worte "abgeschöpft und" einzufügen.

Wer dafür ist, diese Worte einzufügen, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Das letzte ist die große Mehrheit. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Beifall)

Wir kommen nun zum zweiten Änderungsantrag, nämlich als vierten Absatz einzufügen:
Das Wohngeld muß so verbessert werden, daß bei den untersten Einkommensschichten die Mietbelastung nicht mehr als 20 % des Einkommens ausmacht.
Dazu die Antragskommission, Herr Dr. Jahn.

Dr. Friedrich-Adolf Jahn, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission schlägt vor, dem Antrag nicht stattzugeben, und zwar aus folgenden Gründen.

Erstens. Der Vermieter hat kein Interesse daran, dem Fehlbeleger zu kündigen. Dieser ist für ihn ja ein potenter Mieter.

Zweitens. Die Union hat immer gesagt: Wir wollen keine sozialen Ghettos fördern.

Der dritte Gedanke ist der, daß das soziale Ärgernis Fehlbelegung von uns selbstverständlich beseitigt werden muß. Nur besteht das soziale Ärgernis nicht darin, daß der Fehlbeleger beim Vermieter Meier wohnt, sondern darin, daß er dort vom Steuerzahler subventioniert wird. Deshalb ist es notwendig, daß der Fehlbeleger eine angemessene Miete bezahlt, eine Marktmiete; aber er braucht nicht aus seiner Wohnung verdrängt zu werden.

Deshalb schlagen wir vor, diesem Antrag nicht stattzugeben.

(Zurufe: Der falsche Antrag!)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Ich bin nicht so ganz sicher, Herr Dr. Jahn, ob Sie zu dem richtigen Antrag gesprochen haben.

(Beifall)

- Das ist nicht so einfach, liebe Freunde. Wir müssen aufmerksam sein! - Um es nochmals zu sagen: Es handelt sich um den Antrag, zusätzlich einzufügen:

Das Wohngeld muß so verbessert werden, daß bei den untersten Einkommenschichten die Mietbelastung nicht mehr als 20 % des Einkommens ausmacht.

Dr. Friedrich-Adolf Jahn, Antragskommission: Herr Präsident, Sie haben die Anträge in einer anderen Reihenfolge aufgerufen, als sie hier abgehandelt worden sind.

Die 20 %-Regelung, meine Damen und Herren, ist eine Festschreibung. 20 % sind für den einen zuviel, für den anderen zuwenig. Wenn wir sozial vorgehen wollen, müssen wir ohnehin staffeln. Die Frage bleibt: ist hier brutto oder netto gefordert? Wir sind mit den Antragstellern übereingekommen, daß dieser Antrag an den Bundesfachausschuß überwiesen wird.

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Zu diesem Vorschlag Lothar Späth.

Lothar Späth: Ich möchte nur erklären: Ich habe keine Einwendungen gegen den Vorschlag der Antragskommission, den Antrag an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Aber mit dieser Überweisung darf nicht der Eindruck erweckt werden, als bewegten wir uns in Richtung einer Festlegung auf 20 %.

(Beifall)

Denn was helfen unsere hehren Sonntagsreden, wenn wir gleichzeitig so tun, als könnten wir damit ein neues Riesenvolumen an Entlastung erreichen! Realität ist, daß bei der gegebenen Einkommens- und Kostenlage 20 % im Schnitt, so hart das klingt, in der Zukunft eher zuwenig als zuviel sein werden, Ob uns das angenehm ist, ist gar nicht die Frage. Wenn eine Wohnung Kosten in Höhe von 20 DM pro Quadratmeter verursacht, kann ich den Vermieter nicht mit drei oder vier Mark abspesen. Im gesamten europäischen Feld wird davon ausgegangen, daß Mieten bis zu 22 und 24 % des Nettoeinkommens tragbar sind. Unser jetziges Wohngeldgesetz sieht Sätze zwischen 18 und 23 % vor. Ich bin der Meinung, dies ist eine ausreichende Absicherung. Wir müssen aufpassen, nicht dauernd davon zu reden, die wirklich Bedürftigen unterstützen zu wollen, dann aber mit Globalformulierungen bei den unteren Einkommensgruppen den Eindruck zu erwek-

ken, als machten wir genau auf dem Weg weiter, den wir bekämpfen. Ich habe nichts gegen die Überweisung, aber es muß klargestellt sein: Dies bedeutet nicht, daß die Partei eine Neigung verspürt, die Wohn-geldsituation noch einmal zu ergänzen. Das schaffen wir nicht, weil wir es finanzielle nicht verkraften können.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, wenn ich die Antragskommission richtig verstanden habe, haben wir hier wieder eine Übereinstimmung zwischen den Antragstellern und der Antragskommission. Beide empfehlen, den Antrag zur weiteren Behandlung an die Fraktion zu überweisen. Ich nehme an, damit ist die Bundestagsfraktion gemeint. Ich das richtig? - Gut!

Dann lassen wir darüber abstimmen. Wer dafür ist, daß Überweisung an die Bundestagsfraktion erfolgt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Das ist die große Mehrheit.

Nun kommt der dritte Änderungsantrag:

Um auch bereits kurzfristig preisgünstige Sozialwohnungen aus dem Altbaubestand für einkommensschwache Familien zur Verfügung zu haben, sollte in Gebieten mit besonderem Wohnungsmangel der Kündigungsschutz für Fehlbeleger in Sozialwohnungen gelockert werden.

Will dazu noch einmal die Antragskommission sprechen? - Herr Dr. Jahn!

Dr. Friedrich-Adolf Jahn, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Noch einmal: Der Vermieter hat kein Interesse an dieser Kündigung. Wir wollen keine sozialen Ghettos. Und das soziale Ärgernis besteht nicht darin, daß der dort w o h n t , sondern darin, daß er d o r t wohnt und vom Steuerzahler subventioniert wird, daß er keine marktgerechte Miete bezahlt. Ich gebe allerdings zu, daß dieser Punkt auch in der Antragskommission strittig war. Wir haben mit 8 : 6 dafür gestimmt, daß dieser Antrag nicht übernommen wird. Ich wollte Ihnen das der Fairneß halber auch mitteilen.

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Wir stimmen jetzt über die Empfehlung der Antragskommission ab, den Antrag abzulehnen. Wer dem Vorschlag der Antragskommission folgt, den Antrag abzulehnen, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Das erste war die Mehrheit. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Liebe Freunde, ich lasse jetzt über Abschnitt B, 4 abstimmen, und zwar in der durch die Beschlüsse über die Änderungsanträge festgestellten Fassung. Wer Abschnitt B, 4 in der Fassung der Empfehlungen der Antragskommission beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Das Erste war die Mehrheit. Damit ist Abschnitt B, 4 angenommen.

Ich rufe Abschnitt B, 5 und B, 6 auf und erteile das Wort Herrn Mairose aus Hamburg.

Ralf Mairose: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, aus dem Antrag 16.14 der Sozialausschüsse als letzten Spiegel folgenden Satz zu übernehmen, und zwar auf Seite 11 der Empfehlungen der Antragskommission:

In Gebieten mit akutem Wohnungsmangel müssen besondere Förderungsprogramme für den Wohnungsneubau gemeinsam von Bund, Ländern und Kommunen finanziert werden.

Zur Begründung möchte ich anfügen, daß der zweifelsfrei gerade in den Ballungsgebieten gegebene erhöhte Bedarf an Wohnraum dort nicht

befriedigt werden kann, sondern häufig nur unter Zuhilfenahme der Umgehung. Damit wird eine vorhandene Wanderungstendenz der Bevölkerung unterstützt, die von den Stadtkernen an die Stadtränder und von dort ins Umland führt. Dies wiederum hat eine Reihe negativer Effekte. Ich nenne als Stichworte etwa Zersiedelung der Landschaft und erhöhte Transport- und Energiekosten. Ich meine, das kann nicht das Ziel einer vernünftig betriebenen Raumordnungspolitik sein. Deswegen möchte ich Sie bitten, unserem Anliegen zu folgen. Denn auch die Gemeinder und die Länder sind heute allein häufig nicht in der Lage, in diesen Gebieten für den nötigen Wohnraum zu sorgen. Deswegen bitte ich Sie, in diesem Falle ausnahmsweise solche regionalen Programmen zuzustimmen.

Hermann Kroll-Schlüter, Tagungspräsidium: Ich rufe Herrn Artzinger-Bolten auf, dann Herrn Janning.

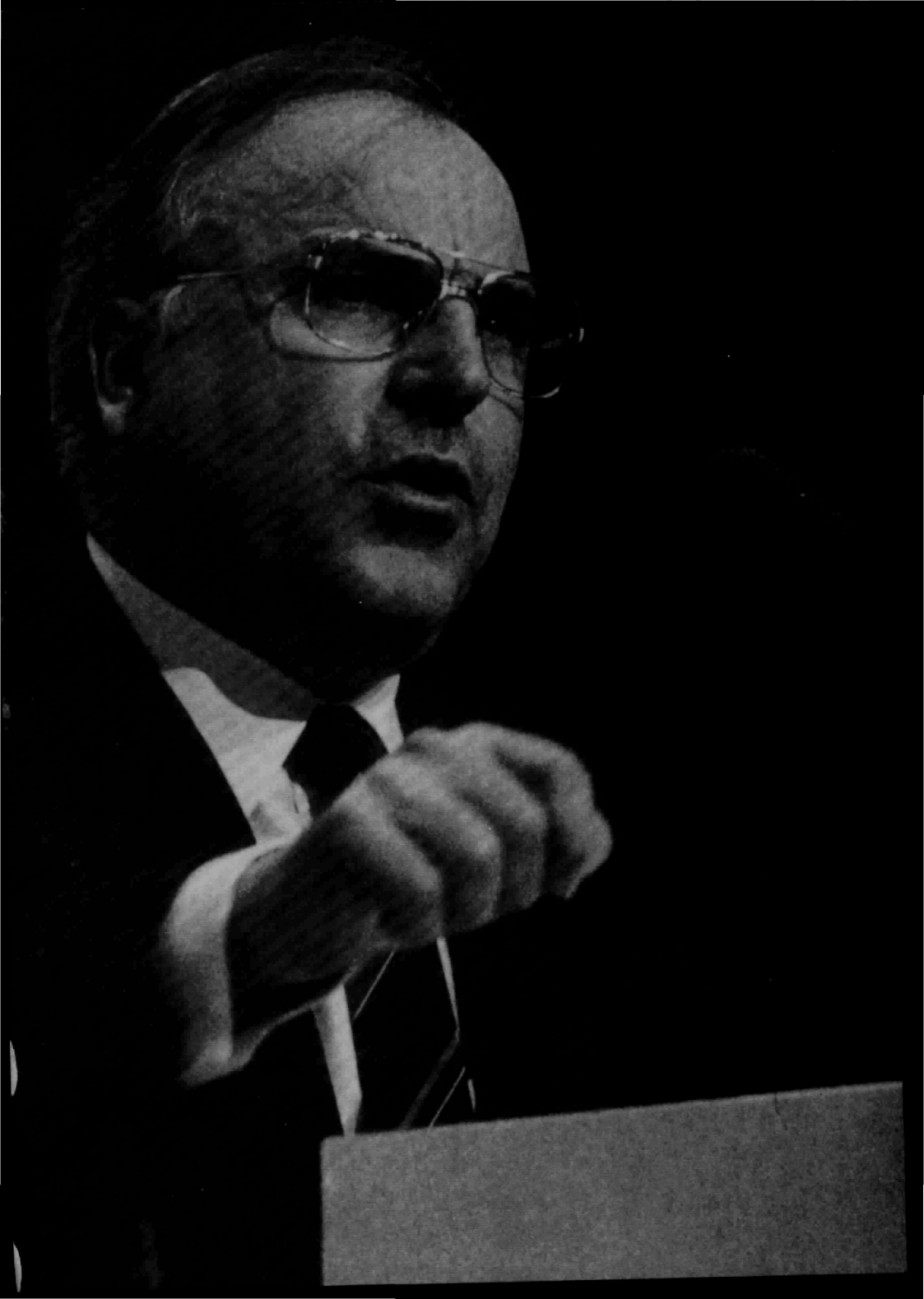
Dietmar Artzinger-Bolten: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unter Bezugnahme auf das, was wir schon in der allgemeinen Debatte gesagt haben, möchte ich zu diesem Antrag nur einen Satz sagen: Wir schaffen wieder ein Programm, das um des Programmes willen aufgestellt wird und dann erst in zehn oder 15 Jahren den ersten Schritt zu seiner Verwirklichung erfährt. Das aber kann nicht der Sinn unserer Politik sein. Denn Programme haben wir genug gemacht. Wir müssen versuchen, sie in die Tat umzusetzen, und zwar in der Kommunalpolitik. Das ist dringender notwendig denn je.

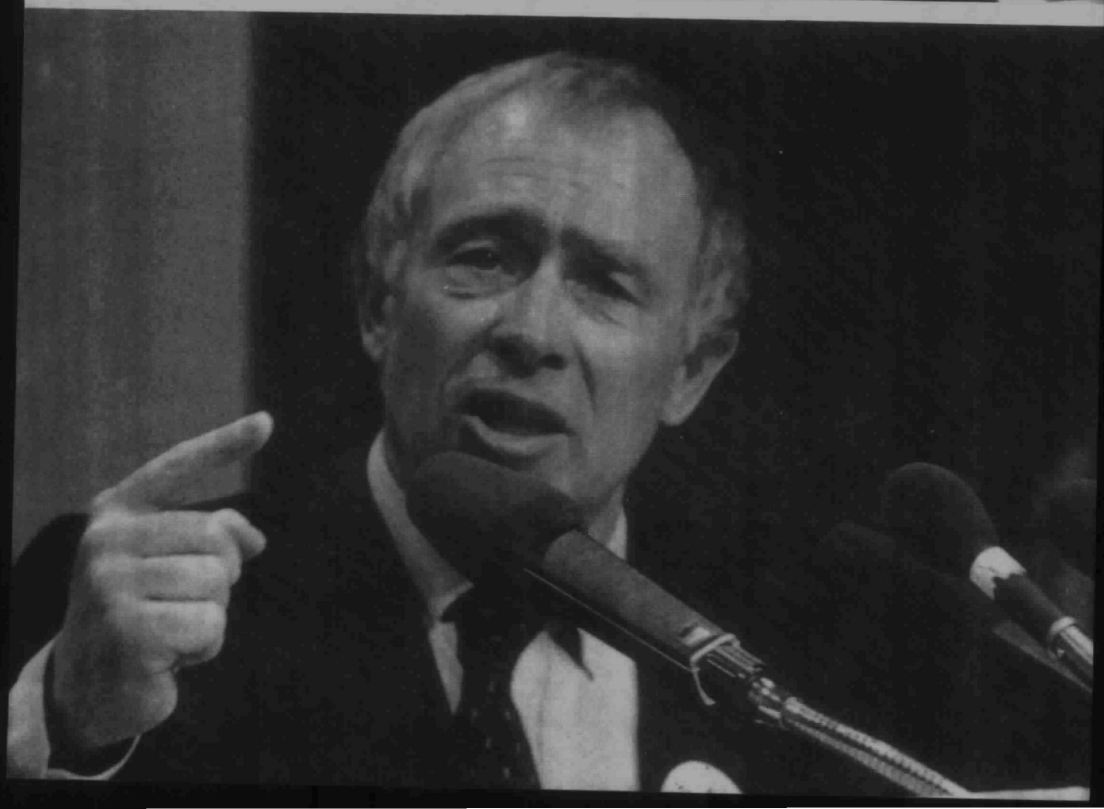
Die Bundestagsfraktion hat uns - das mag vom Grundsatz her richtig oder falsch sein - im Rahmen des Bundesbaugesetzes neue Instrumentarien an die Hand gegeben, u. a. die Bürgeranhörung. Bei der Bürgeranhörung geht es also nicht um die Frage des Ob, sondern um die Frage des Wie. Wohin hat das geführt? Es hat dazu geführt, daß alle Planungen im Grunde ein bis zwei Jahre länger dauern. Jedes Gesetz ist so verfeinert worden, daß wir es in der Kommunalpolitik überhaupt nicht mehr umsetzen können. Dagegen sollten wir einmal sprechen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Wir sanieren in Köln im Severinsviertel seit zehn Jahren ein Gebiet und tun nichts anderes, als alle zwei Jahre zu entscheiden, daß wir wegen der langen Sanierungsdauer den Standard herabsetzen müssen, inzwischen weit unter den des sozialen Wohnungsbaus, weil das sonst wegen der langen Sanierungsdauer kein Mensch mehr bezahlen kann.

Damit muß Schluß gemacht werden. Deswegen ist es nicht ausreichend - und ich bitte um Nachsicht, wenn ich beantrage, das dann auch abzuändern -, wenn im Rahmen der Wohnungsbaupolitik ein Gesetz zum Abbau von Gesetzen in der Wohnungsbaupolitik gefordert wird. Das ist richtig und wird sicherlich in fünf oder zehn Jahren zu einem solchen Gesetz führen: solange würde es dauern angesichts all der Modalitäten des Gesetzgebungsverfahrens. Sehen wir einmal von dem BGB-Teil und dem Zweiten Wohnraumkündigungsschutzgesetz sowie allem, was mit dem unmittelbaren Mietrecht zusammenhängt, ab und gehen wir einmal hinüber in die Wohnungsbaupolitik, wie es ja hier auch steht: Was soll denn in diesem Gesetzentwurf stehen, was soll denn dieser Gesetzentwurf erreichen? Er soll doch im Grunde eine schnellere Umsetzung der Maßnahmen erreichen, deren zögerliche Behandlung ich gerade gegeißelt habe. Das aber können Sie nur erreichen, wenn Sie das Planungsrecht auf den Kern des Planens zurückführen und den Kommunen über den Bundesgesetzgeber die Instrumentarien in die Hand geben, um dann auch zu kürzeren Planungszeiten zu kommen.





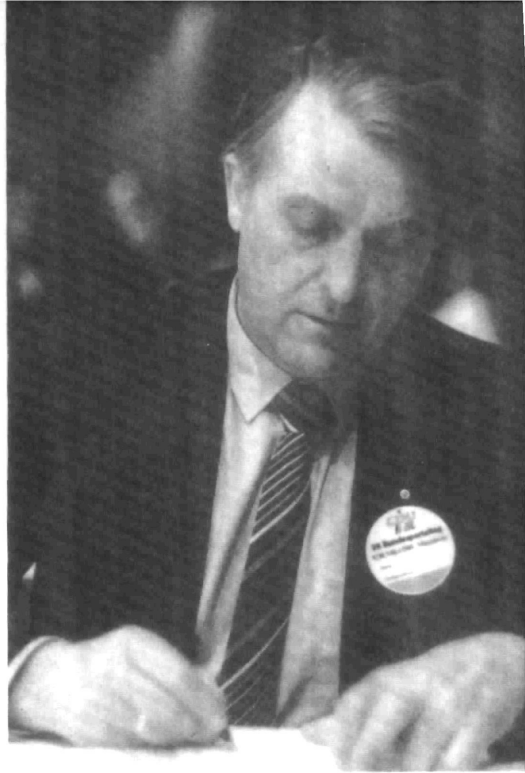






Wir arbeiten
für eine
menschliche
Zukunft

CDU
CSU





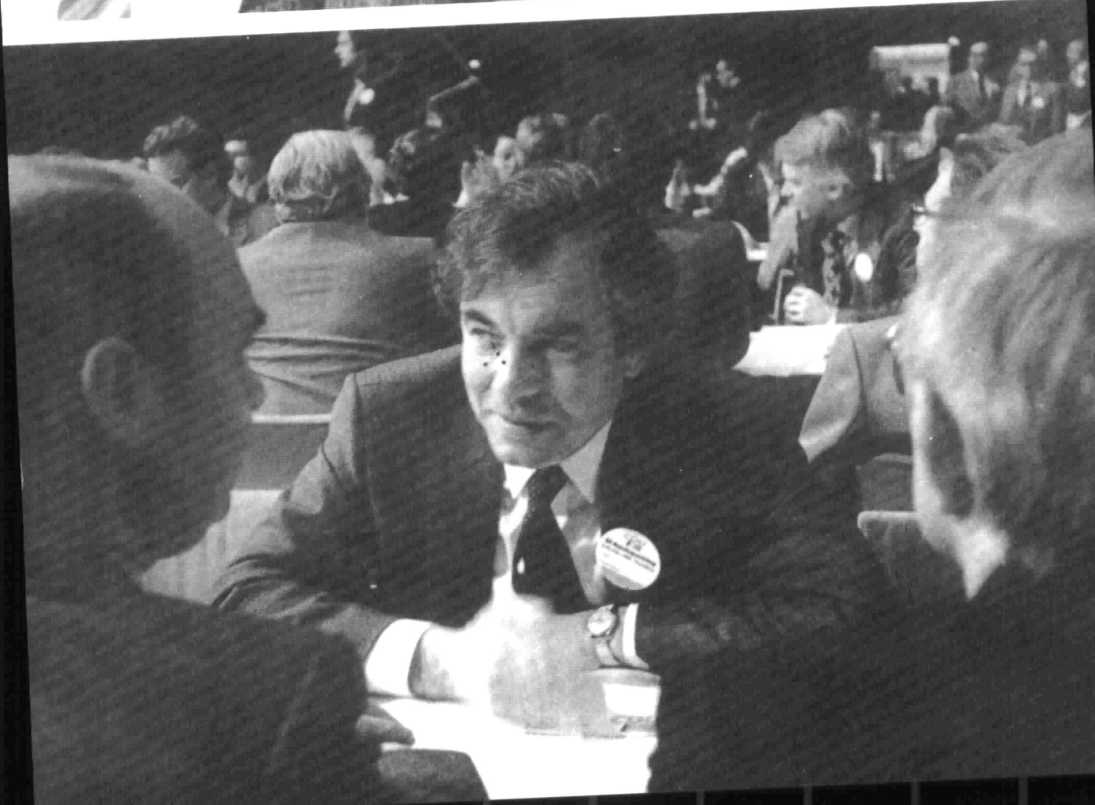


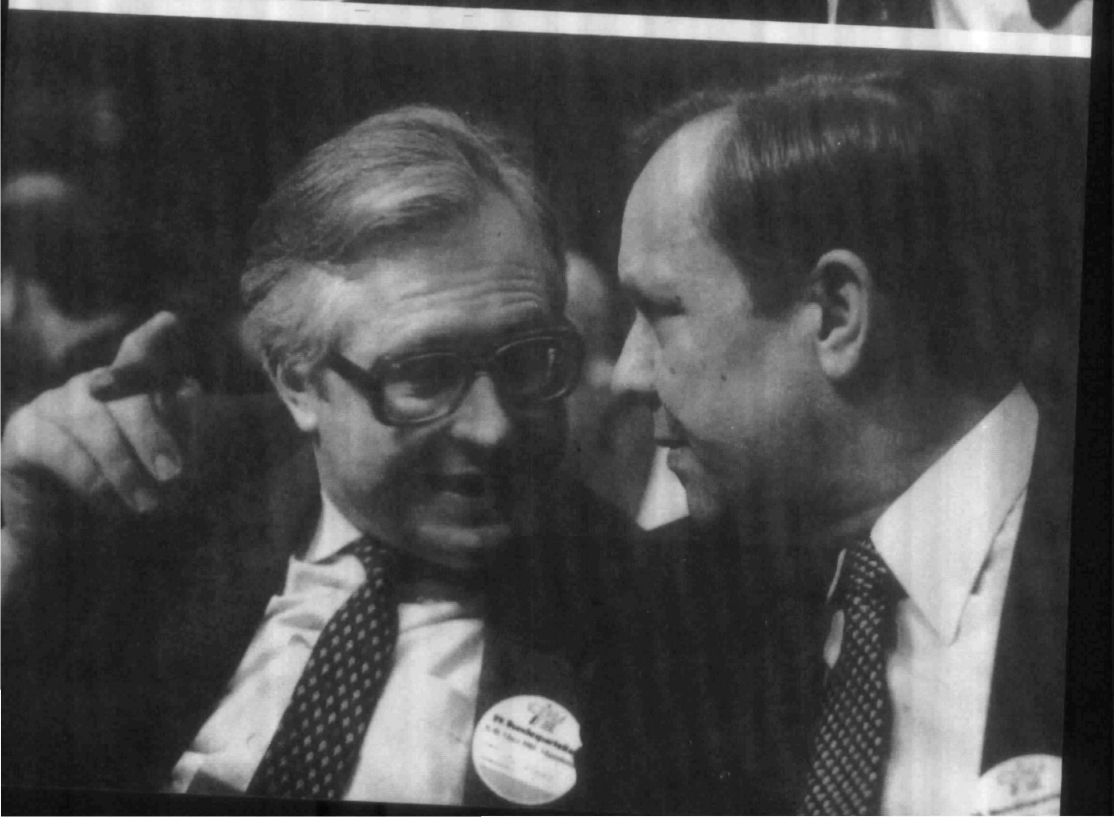














BADEN-WÜRTTEMBERG

Grüßt seine Gäste



BADEN-WÜRTTEMBERG

Grüßt seine Gäste



Der Vorredner hat die Wanderungsverluste angesprochen. Darauf braucht nicht näher eingegangen zu werden. Warum finden denn diese Wanderungsverluste statt? Weil eine Großstadt nicht in der Lage ist, ihre Planungen in die aktive, tätige Kommunalpolitik umzusetzen, eben wegen der umständlichen Gesetzesinstrumentarien. Ich bitte daher den Parteitag, hier einzufügen, daß nicht nur ein Gesetz zum Abbau von Gesetzen in der Wohnungsbaupolitik - im Grunde ein schönes Wortspiel - notwendig ist, sondern daß in diesem Bereich auch das Planungsrecht einzubeziehen ist, um es wieder auf ein vernünftiges, zeitsparendes und die Gemeinden im Grunde wieder zur Kommunalpolitik befähigendes Recht zurückzuführen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Hermann Kroll-Schlüter, Tagungspräsidium: Dr. Stoltenberg, bitte.

Dr. Gerhard Stoltenberg: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur ein paar Sätze zu dem soeben begründeten Antrag der Sozialausschüsse sagen, der besagt, daß in Gebieten mit akutem Wohnungsmangel besondere Förderprogramme für den Neubau von Bund Ländern und Gemeinden eingeleitet werden müssen. Dieser Antrag ist in der Sache gut zu begründen, nämlich im Hinblick auf die schon mehrfach erwähnte Verschlechterung des Wohnungsangebots vor allem in den Ballungsgebieten. Aber wie bei vielen, was wir diskutieren, steht auch hier eine gute sachliche Begründung im Widerspruch zu der tatsächlichen Entwicklung.

In der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Schmidt vom November ist die Absicht des Bundes ausgesprochen worden, sich schrittweise aus dem Wohnungsneubau zurückzuziehen und diese Aufgabe im staatlichen Bereich allein den Ländern und Gemeinden zu übertragen. Ich glaube nicht, daß wir in Verbindung mit den Verhandlungen über Gemeinschaftsaufgaben und Mischfinanzierungen darauf eingehen können. Es kann nämlich nicht hingenommen werden, daß die Bundesregierung auf der einen Seite ein neues, überzeugendes Konzept zur Überwindung des Notstandes im Wohnungsbau verweigert, sich auf der anderen Seite aber aus der Finanzträgerschaft zurückzieht und den Ländern und Gemeinden dieses Thema auf einer rechtlich völlig unbefriedigenden Grundlage überläßt.

(Beifall)

Aber wir müssen nach den bitteren Erfahrungen im Bereich der Gemeinschaftsfinanzierung der klassischen Gemeinschaftsaufgaben, die in der Verfassung verankert sind - Hochschulbau, regionale Wirtschaftsförderung und Agrarstruktur -, befürchten, daß ohne Vereinbarung mit den Ländern der Bund tatsächlich seine Mittel im Rahmen der Haushaltspolitik der kommenden Jahre kürzt. Wie überhaupt ja auch diese Diskussion davon überschattet wird, daß zur Zeit auf Grund der über Jahre hinweg verschuldeten Finanzkrise die Kürzungen im wesentlichen im investiven Bereich, im Bereich der Zukunftssicherung angesetzt werden, weil in Bonn bis heute der Mut fehlt, im sogenannten konsumptiven Bereich die Korrekturen vorzunehmen, die jetzt im Grunde unabweisbar geworden sind, wenn wir die Zukunftssicherung durch Wohnungsbau, durch Modernisierung, durch Forschung und Innovation im Interesse der jungen Generation endlich voranbringen wollen.

Wenn das aber die politische Ausgangslage ist: ein Nachlassen des Engagements des Bundes in den klassischen Feldern der Wohnungspolitik und der Neubaupolitik in seiner Finanzplanung, die Verweigerung vernünftiger rechtlicher Rahmenbedingungen, dann können wir hier nicht einem Antrag zustimmen, der davon ausgeht, daß eine

Chance besteht, in den nächsten Jahren eine neue Gemeinschaftsfinanzierung des Bundes, der Länder und der Gemeinden für die zweifellos dringende Aufgabe der Belegung des Wohnungsbaues in Ballungsgebieten zu erreichen. Wir müssen diese Aufgabe, neben den flankierenden staatlichen Leistungen und Initiativen - die 20 Milliarden sind hier ja mehrfach erwähnt worden -, vor allem durch Verbesserung der Rahmenbedingungen insgesamt, unter besonderer Berücksichtigung der Belange der großen Städte, für privates Engagement, durch die Mobilisierung großer privater Investitionen lösen - natürlich mit all den vielen sozialen Absicherungen, über die hier gesprochen wird. Deswegen möchte ich Ihnen empfehlen, den Antrag nicht anzunehmen - nicht weil er falsch gemeint ist, sondern weil in der heutigen Wirklichkeit leider überhaupt keine Chance der Realisierung besteht.

Hermann Kroll-Schlüter, Tagungspräsidium: Herr Dr. Janning, bitte.

Dr. Heinz Janning: Meine Damen und Herren! Ich möchte zu Seite 11 der Empfehlungen der Antragskommission Stellung nehmen. Dort ist die Aufforderung an die Kommunen vorgesehen, verstärkte Flächen für den Wohnungsbau auszuweisen und eine eigene Bodenvorratspolitik zu betreiben sowie die vorhandenen Instrumente besser einzusetzen. Ich glaube, man muß hier von einem Alternativantrag absehen. Man kann es auch bei einem Interpretationshinweis bewenden lassen, und den möchte ich hier im Interesse der Kommunen kurz zu Protokoll geben.

Es ist nämlich nicht so - wie hier auf Grund der Formulierung der Eindruck entsteht -, daß es hier allein um eine Frage des guten Willens auf der kommunalen Ebene ginge. Es ist vielmehr eine Frage des Könnens. Mehr Wohnbauflächen ausweisen: damit allein ist das Problem der Wohnbaulandproduktion überhaupt nicht gelöst. Sie wissen ganz genau, daß schon die gesetzlichen Vorschriften von einem Mindestanteil von 10 % an den Erschließungskosten ausgehen. Wer sich sodann näher umsieht, entdeckt, daß bei den Anliegerbeiträgen diese 10 % nicht ausreichen, weil viele Positionen nicht beitragsfähig sind. Finanziell noch viel schwerwiegender ist das Problem der Folgeeinrichtungen. Sie müssen gebaut, finanziert und betrieben werden. Da liegt das eigentliche Hemmnis für eine vermehrte Wohnbaulandproduktion. Das muß man hier zumindest anmerken dürfen.

Ich kann es hier deswegen bei einem Interpretationshinweis bewenden lassen, weil ein Querverweis auf die Beschlüsse des Hamburger Parteitags gegeben ist. Aus dem damaligen Hamburger Beschluß geht klar hervor, daß diese fromme Forderung nur dann umzusetzen ist, wenn auch an die Verbesserung des kommunalen Finanzsystems gedacht wird. Das hier nur als Anmerkung.

Zweitens: Mehr Bodenvorratspolitik. Soweit, so gut. Das ist eine Forderung des kleinen Einmaleins, die auf der kommunalen Ebene zumeist schon längst berücksichtigt wird, wenn dazu überhaupt die Möglichkeit besteht. Die Nutzung dieser Möglichkeit hängt von finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen ab. Über das liebe Geld ist viel gesprochen worden; ich will das hier nicht vertiefen. Auch das ist ein Problem der kommunalen Finanzausstattung. Woher sollen wir denn für eine Bodenvorratspolitik noch frei verfügbare Finanzmittel auf der kommunalen Ebene hernehmen? Was die rechtlichen Bedingungen angeht, so müßte man jetzt auf eine Vielzahl von Einzelheiten eingehen, etwa Mobilitätshemmnisse im Steuer-

recht usw.

Letzter Punkt: Die vorhandenen Instrumente sollen besser genutzt werden. Das suggeriert den Eindruck, als seien diese Instrumente bereits ausreichend. Das ist nicht der Fall. Was das planungsrechtliche Instrumentarium angeht, so muß auch an dieser Stelle einmal die Komplizierung durch den Gesetzgeber und - was man auf keinen Fall vergessen darf - durch die Verwaltungsgerichte angesprochen werden. Ich denke aber vor allem an das sonstige Instrumentarium, und da muß man auch einmal die abgabenrechtliche Seite zumindest als Merkposten in die Debatte werfen dürfen. Ich möchte hier wiederum pauschal an die Hamburger Beschlüsse anknüpfen, aber darüber hinaus, weil hier ein einzelner Punkt von Herrn Späth angesprochen worden ist, zumindest klarstellen, daß man mit dem Hinweis auf das Scheitern der Baulandsteuer das Problem des Angebots- und Nutzungsdrucks, der erforderlich ist, um Mobilität in den Bodenmarkt zu bekommen, nicht lösen kann.

Die Baulandsteuer ist damals von vornherein durch politische Kompromisse verwässert worden. Dieses Instrument ist von vornherein verkorkst gewesen und kann deshalb nicht als Kronzeuge dafür herhalten, daß eine Verschärfung des Angebots- und Nutzungsdrucks im Rahmen der Grundsteuer völlig untauglich sei. In den Hamburger Beschlüssen ist ganz klar von einer zeitnahen Einheitsbewertung die Rede. Das wäre schon ein gewisser Fortschritt. Weiterhin findet sich darin der Satz, daß zur Erfassung planungsbedingter Wertdifferenzen auch differenzierte Steuermeßzahlen möglich sind. Was das im einzelnen heißen mag, kann man hier nicht mehr ausdiskutieren.

Ich bitte also, diesen Satz zwar stehenzulassen, aber im Protokoll auch diesen Interpretationshinweis zu beachten: Allein mit dem guten Willen der Kommunen ist es nicht getan. Wir können auf der kommunalen Ebene vieles nicht mehr umsetzen, was hier gefordert wird. Der Querverweis vor allen Dingen auf die Hamburger Parteitagbeschlüsse sei noch einmal mit Nachdruck vorgenommen.

(Beifall)

Hermann Kroll-Schlüter, Tagungspräsidium: Jetzt hat Herr Schumacher, Landesverband Rheinland, das Wort: Nach ihm spricht Herr Gaddum, Rheinland-Pfalz.

Werner Schumacher: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach den Worten von Herrn Stoltenberg hier zur Antragstellung kann ich es mir relativ einfach machen. Ich schließe mich dieser Antragstellung an, muß aber auf ein besonderes Problem aufmerksam machen. Hier ist heute über die Wohnraumnot in sogenannten Schwerpunkten diskutiert worden, über Schwierigkeiten, die sich dort ergeben, wo die Wohnraumnot am größten ist. Ein Unrecht wird aber nicht deshalb zum Unrecht - auch das ist heute bereits einmal gesagt worden -, weil es vielen zugefügt wird. Ob es nun einem oder hunderten zugefügt wird - es bleibt ein Unrecht. Die Wohnungsnot ist gleichermaßen auch in der ländlichen Zone feststellbar. Wenn ich hier auf SPD-Planungspolitik verweisen muß, dann einfach deshalb, weil zur Behebung der Wohnungsnot auch in der ländlichen Zone Bereitstellung und Entwicklung nötig sind. Die Situation in den Ballungsräumen spricht zwar gegen eine mögliche und denkbare Abwanderung, aber die ländliche Zone bedarf ebenfalls einer Weiterentwicklung. Wenn es in einer Gemeinde nur

einen einzigen Entwicklungsschwerpunkt gibt - bei 20 Orten -, so ist dies zu wenig. Ich möchte hier die Verfahrensweise und die Antragstellung generalisiert haben. Daß sie verstärkt dort greifen sollen, wo besondere Schwerpunktnöte vorliegen, ist wohl selbstverständlich.

(Beifall)

Hermann Kroll-Schlüter, Tagungspräsidium: Herr Gaddum, bitte.

Johann Wilhelm Gaddum: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Der Einsatz der Wohnungsbaumittel des Bundes, der mit dem Einsatz der Ländermittel kombiniert wird, erfolgt auf Grund von Absprachen, die gerade in den beiden letzten Jahren schon dazu geführt haben, daß insbesondere die Ballungszentren - das betrifft besonders die großen Städte, z.B. die Hansestädte - einen größeren Anteil dieser Bundesmittel erhalten, als er normalerweise ihrer Bevölkerungsgröße entspricht, weil man einer besonderen Situation Rechnung tragen will. Es besteht Übereinstimmung zwischen allen Ländern im Hinblick auf dieses Verfahren. Das heißt, das Problem wird durchaus gesehen. Ich bitte doch aber sehr zu beachten, daß im übrigen die Schwerpunktbildung in der Verantwortung der jeweiligen Länder liegt. Sie haben in ihrem Bereich Schwerpunkte zu setzen. Wir sollten dies jetzt nicht alles auf die Bundesebene übertragen.

Mir scheint der Antrag der Sozialausschüsse Anlaß zu sein, doch noch einmal - es ist gerade auch schon geschehen - auf folgendes hinzuweisen. Es ist sicher verständlich, daß aus der Sicht der Großstädte die Bevölkerungsentwicklung besonders kritisch und besorgt verfolgt wird. Gleiches gilt für die Wanderungsbewegungen in die Stadtrandgebiete. Ich bitte dabei aber zu beachten, daß das, was für die Stadtrandgebiete gilt, nicht in gleicher Weise für das berühmte flache Land gilt. In diesem Antrag wird beides nämlich sozusagen in einen Topf geworfen.

(Zustimmung)

Aus der Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahre läßt sich im Bereich des flachen Landes ein stärkerer Geburtenrückgang als im Bereich der Städte ablesen. Dies führt dazu, daß die dort auf dem flachen Lande abnehmende Siedlungsdichte die Infrastrukturkosten für diejenigen, die dort bleiben, immer weiter steigen läßt. Wenn wir hier nicht aufpassen, kommen wir ganz schnell in die Situation, daß das Bauen einschließlich der Infrastrukturkosten in den städtischen Bereichen deutlich billiger wird als in den Bereichen des flachen Landes. Meine Damen und Herren, dies können wir als CDU doch wohl nicht wollen.

(Beifall)

Deshalb möchte ich in diesem Zusammenhang eine dringende Bitte aussprechen. Es geht allerdings nicht um eine Entscheidung, die jetzt hier getroffen werden muß. Ich votiere gegen den Antrag der Sozialausschüsse. Mir erscheint es von der Begründung her wichtig zu sein, in dem Zusammenhang, über den wir jetzt sprechen, zu bedenken, daß wir uns nicht einseitig den Problemen in den Städten zuwenden dürfen. Ich verstehe diese Probleme durchaus. Wir müssen uns aber ebenso der Entwicklung auf dem berühmten flachen Lande zuwenden, die nicht so spektakulär ist und worüber nicht

so viel in den Zeitungen steht. Diese Entwicklung kann sehr schnell erhebliche Konsequenzen haben, welche zu bereinigen für uns sehr teuer werden würde.

(Beifall)

Hermann Kroll-Schlüter, Tagungspräsidium: Jetzt hat die Antragskommission das Wort. Bitte!

Hartmut Perschau, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann es kurz machen. Herr Dr. Stoltenberg und auch Herr Gaddum haben auf den Einwurf von Herrn Mairose geantwortet. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen auch, Teile der Anträge der Sozialausschüsse - entsprechend der Vorlage - zu übernehmen, aber die diskutierten Teile eben nicht.

Zu den Ausführungen von Herrn Artzinger ist lediglich zu sagen, daß seinem Wunsch, neben der Erarbeitung eines Gesetzes zum Abbau von Gesetzes in der Wohnungsbaupolitik auch den Planungsbereich im Baugenehmigungsverfahren einzubeziehen, entsprochen worden ist. Diesem Wunsch wird auf Seite 11 der Vorlage unter dem letzten Spiegelstrich Rechnung getragen. Die Antragskommission kann Ihnen deshalb nur noch empfehlen, entsprechend dem Vorschlag der Antragskommission zu votieren.

Hermann Kroll-Schlüter, Tagungspräsidium: Wir kommen zu den Abstimmungen.

Zunächst stimmen wir über den Text unter dem letzten Spiegelstrich in Ziffer 5 - Sie finden ihn auf Seite 11 - ab. Wer für die Annahme dieser Fassung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei 6 Gegenstimmen ist es so beschlossen.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Zusatzantrag zu Ziffer 5. Es wird beantragt, in Ziffer 5 unter einem zusätzlichen Spiegelstrich den folgenden Text einzufügen:

In Gebieten mit akutem Wohnungsmangel müssen besondere Förderungsprogramme für den Wohnungsneubau gemeinsam von Bund, Ländern und Kommunen finanziert werden.

Die Antragskommission hat die Ablehnung dieses Antrags empfohlen. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer dieser Empfehlung folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Das erstere war die Mehrheit. Die Empfehlung der Antragskommission ist angenommen. Der Antrag ist abgelehnt.

Wir müssen jetzt über die Ziffern 5 und 6 in der Fassung der Antragskommission abstimmen. Wer für die Annahme dieser Empfehlung der Antragskommission zu den Ziffern 5 und 6 ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit so angenommen.

Ich rufe den Antrag zur Erweiterung des Vorstandsantrages auf. Dazu gehört ein Initiativantrag. Es geht um eine Ziffer 7: "Mehr Wohnraum für Studenten".

Es gibt dazu keine Wortmeldungen. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für diese Fassung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so angenommen.

Ich rufe jetzt Abschnitt B, Ziffer 7, auf. Es liegen keine Wortmeldungen dazu vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen so angenommen.

Ich rufe jetzt den Abschnitt C - "Gesamtschau ist nötig" - auf. Auch hierzu liegen keine Änderungsanträge vor. Wortmeldungen liegen ebenfalls nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so angenommen.

Bevor wir zur Schlußabstimmung kommen, erteile ich Herrn Dr. Jahn das Wort. Danach wird Dr. Blüm sprechen.

Dr. Friedrich-Adolf Jahn, Münster: Herr Präsident! Meine Parteifreunde! Sie haben Anspruch darauf, daß es ganz schnell geht. Wir stehen vor der Endabstimmung, und es taucht die Frage auf: Wodurch unterscheiden wir uns, wenn wir das beschließen, von den anderen?

Punkt 1: Hier wird heute, wenn Sie so abstimmen, wie bisher, die Fehlbelegungsabgabe abgelehnt. Und wir haben eine Alternative, nämlich die schrittweise Heranführung der Kostenmiete an die Vergleichsmiete.

Punkt 2: Wir wollen die Staffelmiete nicht nur im Neubau, sondern auch im Bestand.

Punkt 3: Wir wollen Anreize zur Vermietung von leerstehenden dem Wohnraum durch befristete Mietverträge geben.

Punkt 4: Wir sind auch für die Modernisierung durch die Mieter, allerdings nur im Einvernehmen mit dem Eigentümer. Es gibt für uns keinen Rechtsanspruch auf Modernisierung und auch keine Duldungspflicht des Vermieters.

Punkt 5: Steuerliche Anreize und nicht kostenwirksame Subventionsprogramme.

Ich möchte dafür danken, daß der Parteitag nicht willens ist, sich einen Bauchladen umzuhängen. Die Fragen der Instandhaltungsrücklagen, der Eigenkapitalhilfen, der Erhöhung des Wohngeldes, der Umzugskostenprämien usw. werden vertagt. Es ist im Moment finanziell nicht darstellbar. Ich bin Ihnen dankbar, daß wir uns hier mit diesen Sachen nicht belastet haben. Dadurch können wir draußen ein Programm vertreten, das zum einen den marktwirtschaftlichen Weg geht und zum anderen für sich in Anspruch nehmen darf, auch finanzierbar zu sein. Dafür möchte ich herzlich Dank sagen.

(Beifall)

Hermann Kroll-Schlüter, Tagungspräsidium: Herr Dr. Blüm, bitte.

Dr. Norbert Blüm, : Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieses wohnungsbaupolitische Programm der Union ist mit Sicherheit ein Schritt nach vorne. Aber es kann nicht der letzte Schritt sein. Die Sozialausschüsse werden sich an der Bestimmung des weiteren Weges mit dem gewohnten Engagement beteiligen.

(Beifall)

Ich will auch freimütig gestehen, daß wir uns ein paar Schritte mehr gewünscht hätten. Dennoch halte ich fest: Die Unionsparteien sind die einzigen Parteien, die in der kritischen Situation auf dem Wohnungsmarkt in diesen Tagen ein konkretes Programm vorlegen.

(Beifall)

Mit Ideologie, mit großen Worten, ist dem Wohnungssuchenden nicht geholfen.

(Vereinzelter Beifall)

Ich halte es für gut und wichtig, daß wir mehr Wettbewerb, mehr Markt für die Wohnungsbaupolitik einsetzen, ohne dabei den Sozialwohnungsbau zu zertrümmern.

Die CDU ist auch die einzige Partei, die sich zum Studentenwohnheimbau positiv geäußert hat.

(Beifall)

Bei Abwägung dessen, was auch mit Hilfe der Sozialausschüsse erreicht wurde, und bei Auf-die-Waagschale-Legen, was noch nicht erreicht wurde, empfehle ich meinen Freunden, diesem wohnungsbaupolitischen Programm in der Schlußabstimmung ihre Zustimmung zu erteilen.

(Beifall)

Hermann Kroll-Schlüter, Tagungspräsidium: Herr Späth, bitte.

Lothar Späth: Ich will vor allem nach diesen Ausführungen von Norbert Blüm gerne quittieren, daß wir uns heute in einer ganzen Reihe von Punkten - und der Weg hat in den Vorbereitungsdiskussionen geendet - angenähert haben, gemeinsam Überlegungen angestellt haben. Ich finde es gut - das möchte ich einmal trotz aller Kritik an der Vorbereitung dieses Antrages sagen; meine Freunde, wir werden noch öfter in die Lage kommen, entweder zu einem aktuellen Problem als Gesamtpartei Stellung nehmen zu können, unter Verletzung von ein paar Formalien im Vorfeld, oder vor lauter gründlicher Vorbereitung immer im Grundsätzlichen zu bleiben; heute sind wir in einigen Bereichen sehr konkret geworden - ,

(Beifall)

wenn die Leute draußen merken: Die CDU wartet nicht nur darauf, was die Regierungspartner im Augenblick in Bonn tun - und nicht zuwege bringen -, sondern sie kritisiert, sagt aber auch, wohin die Reise geht.

Dieses Programm bedarf sicher einer Weiterentwicklung. Dieses Programm bedarf sicher immer wieder in dem einen oder anderen Punkt einer Überprüfung. Aber wir haben es heute geschafft, Leitlinien zu beschließen, auf denen wir aufbauen können.

Ich halte es auch für wichtig, daß gerade junge Menschen sehen, daß wir nicht nur kritisieren, was falsch läuft, auch in der Aktion mit den Hausbesetzungen, sondern daß wir über das Thema Studentenwohnungen, über das Thema Zeitverträge in den Sanierungsgebieten sagen: Wir lassen nicht zu, daß dieser Rechtsstaat in Frage gestellt wird; aber wir wissen auch, daß wir das Problem bereinigen müssen, das zu dieser Herausforderung geführt hat.

Ich glaube, auch das sollten wir bei dieser Debatte festhalten.

(Beifall)

Ein letztes: Ich glaube, wir werden jetzt daran gemessen, was wir aus unseren Beschlüssen machen. Deshalb kommt es jetzt darauf an, daß die zuständigen Gremien, die Bundestagsfraktion, die Landesregierungen, die Landtagsfraktionen, die Kommunalparlamente zeigen, daß wir nicht beim Beschluß stehenbleiben, sondern daß wir in einer großen Aktion dort, wo wir Verantwortung tragen, die Dinge umsetzen. Die Leute müssen spüren: Wo die CDU regiert, werden die Dinge besser, wo die SPD regiert, geschieht nichts mehr. Das ist die beste Basis für die Zukunft.

(Beifall)

Hermann Kroll-Schlüter, Tagungspräsidium: Wir kommen jetzt zur Schlußabstimmung über die "Grundlagen für eine zeitgerechte Wohnungsbau- und Städtebaupolitik". Wer dafür ist, den bitte ich, sich zu erheben. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so angenommen. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Ich rufe Punkt 15 der Tagesordnung auf:

Antrag des Bundesvorstandes

Arbeitsprogramm: "Aufgaben der 80er Jahre"

Das Wort hat der Generalsekretär, dann Herr Dr. von Weizsäcker.

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf zunächst in Abstimmung mit dem Tagungspräsidium zum weiteren Ablauf sagen: Wir streben an, das Ende des Parteitages spätestens gegen 16.00 Uhr ins Auge zu fassen.

(Beifall)

Ich sage das deswegen, damit wir bei der Beratung des kommenden Tagesordnungspunktes - wir haben noch einige weitere Anträge zu beraten - so weit als möglich vollzählig hier bleiben.

Tagesordnungspunkt 15 behandelt die Frage: Mit welchen wichtigen Themen wird sich die Partei in den kommenden zwei Jahren beschäftigen? Im Vorfeld dieses Parteitages gab es ja über dieses Arbeitsprogramm eine Kontroverse, eine Auseinandersetzung. Es wurde beklagt, daß nur Fragen gestellt, aber keine Ergebnisse vorgelegt würden.

Ich meine, daß wir uns in den kommenden zwei Jahren die Zeit nehmen müssen, die Fragen ausführlich zu diskutieren, die nach unserer Auffassung für die weitere Entwicklung unseres Landes von herausragender Bedeutung sind. Wir müssen uns die Zeit nehmen, auch Fragen zu stellen, die Fähigkeit zeigen zuzuhören, mit anderen zu sprechen, die Bereitschaft zeigen zu lernen. Wir müssen überall, auch in den Kreisverbänden und in den Ortsverbänden, durchsetzen, daß die Notwendigkeit des Austausches von Argumenten als eine Basis der Demokratie anerkannt wird.

Nach der ausreichenden Diskussion dieser Fragen muß es dann zu Entscheidungen der Partei kommen - entweder bereits auf dem Parteitag im Herbst dieses Jahres oder im Bundesvorstand oder im Parteiausschuß. Die heutige Debatte und Entscheidung über den Wohnungsbau berechtigt uns zu der Hoffnung, daß die Partei dazu auch in der Lage ist.

Nun gibt es ein generelles Problem, ein Problem, das uns dazu veranlaßt hat, ein solches Arbeitsprogramm überhaupt aufzustellen. Das Problem besteht darin, daß die Politik oft so tut, als könnten viele Ziele gleichzeitig erreicht werden ohne Verzicht, ohne Anstrengungen, ohne Prioritäten. Ich will ein Beispiel nennen. Als könnten wir z.B. in den Industriestaaten gleichzeitig alles haben wie bisher: im Überfluß leben, das einfache Leben verwirklichen, gleichzeitig auf die Kernenergie verzichten und trotzdem an der Spitze des technologischen Fortschritts bleiben und unseren Lebensstandard halten.

Diese Widersprüche einer Politik des bequemen Weges bleiben den Menschen nicht verborgen. Wer glaubwürdig sein will, wer ehrlich sein will, muß den Mut zur Wahrheit haben. Er muß, so schmerzlich das ist, Prioritäten setzen. Das gilt auch für dieses Arbeitsprogramm. Wir können in den beiden nächsten Jahren beim besten Willen nicht alle Themen beraten und beschließen - und das auch noch intensiv und umfassend -, sondern wir müssen uns auf die wichtigsten Themen konzentrieren; hier vor allem auf diejenigen, von denen wir der Auffassung sind, daß sie auch innerhalb der Partei noch nicht in ausreichender Weise diskutiert worden sind.

Das heißt, unsere Politik muß nicht zu allem etwas, sondern sie muß zu den zentralen Herausforderungen etwas Vernünftiges sagen, sachlich richtig und gleichzeitig glaubwürdig sein. Sie muß den Menschen Hoffnung geben und vor allem die Widersprüche dieser Jahre, dieser Zeit zu lösen versuchen. Was sind das für Widersprüche? Ich möchte vier Widersprüche aufzeigen.

Widerspruch Nr. 1. Die Probleme wachsen schneller als die Fähigkeit der Menschen, sie zu verstehen und zu lösen. Die Probleme sind dynamisch, die Politik handelt aber vielfach statisch. Was heißt das? Eine politische Partei wie die CDU braucht daher den Kontakt, den ständigen Gedankenaustausch mit der Gesellschaft und der Wissenschaft. Deswegen schlagen wir vor, eine Kommission einzusetzen, deren Aufgabe es ist, zu ausgewählten Zukunftsproblemen Analysen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Wir dürfen nicht glauben, als ob wir alles aus uns selbst heraus schon von vornherein besser wüßten, sondern wir müssen bereit sein, in ständigem Kontakt mit der Wissenschaft, mit den gesellschaftlichen Gruppen zu lernen und dadurch Entscheidungshilfen für die Partei zu bekommen und richtige Entscheidungen zu treffen. Deswegen wollen wir mit diesem Arbeitsprogramm auch einen umfassenden Dialog mit den gesellschaftlichen Gruppen eröffnen.

Ich möchte in dem Zusammenhang einen Hinweis geben; ich habe vorhin mit Gerhard Stoltenberg über diese Frage gesprochen. Verlieren wir bitte auch nicht den Kontakt z.B. zu den sogenannten nicht-marxistischen grünen Gruppen.

(Beifall)

Wir müssen mit diesen Bürgerinitiativen im Gespräch bleiben. Es handelt sich um Menschen, die in vielen Fragen unseres gesellschaftlichen Lebens die gleiche Bewertung haben wie wir.

Ein anderes Beispiel: amnesty international. Ich bin selber Mitglied, Norbert Blüm ist Mitglied des Vorstandes. Wir haben die Mannheimer Gruppe von amnesty international gebeten, draußen einen Stand aufzubauen. Gewiß, einige Vertreter von amnesty international und wir haben eine unterschiedliche Bewertung bestimmter weltpolitischer Probleme, auch was die Situation in einigen Ländern anbe-

langt. Aber, meine lieben Parteifreunde, in amnesty international haben wir einen starken Verbündeten bezüglich eines der wichtigsten außenpolitischen Ziele, aber auch innenpolitischer Ziele, die wir vertreten, nämlich die ungeteilte Vertretung der Menschenrechte und die Verteidigung der Menschenrechte überall dort, wo sie verletzt werden.

(Beifall)

Ich darf Sie deswegen bitten, wenn Sie noch Zeit haben, den Stand von amnesty international zu besuchen und sich auch in die Unterschriftenlisten einzutragen, die dort ausgelegt sind.

Widerspruch Nr. 2. Die Zusammenhänge werden immer komplexer, aber die Kapazitäten der Menschen sind begrenzt. Wir müssen als politische Partei aus diesem Grund bereit sein, auf komplexe Zusammenhänge auch differenzierte Antworten zu geben, d.h. nicht den Versuch zu machen, bei komplexen Zusammenhängen vorschnell pauschale Patentrezepte abzuliefern.

Widerspruch Nr. 3. Die Zukunftsprobleme wachsen, die Regierungen denken und handeln aber in der Regel gegenwartsbezogen, mit Blick auf die nächste Wahl. Wir haben dieses Thema schon immer behandelt. Wir sagen aber auch diesmal wieder: Wir müssen bei allen Entscheidungen, die wir heute fällen, immer gleichzeitig überlegen, welche Auswirkungen sie auf kommende Generationen haben.

Widerspruch Nr. 4. Während der technologische Fortschritt weitergeht, bleiben soziale, d.h. gesellschaftliche und politische Innovationen oft aus, die zu einem Fortschritt in menschlicher Hinsicht, d.h. im Zusammenleben der Menschen und der Völker führen. Aurelio Peccei, der Präsident der Club of Rome, spricht im Hinblick auf diesen Widerspruch von "the human gap", der menschlichen Lücke, die dadurch entsteht, daß der technische Fortschritt weitergeht, aber die sozialen, die gesellschaftlichen Verhältnisse sehr oft nicht Schritt halten. Von daher gesehen bekommen z.B. unsere Modelle der Mitbestimmung, des Miteigentums, unsere Forderung nach überschaubaren Lebensverhältnissen, unsere Forderung nach Schutz der intakten Familie - das geht bis hin zum Ausbau der sozialen Dienste - einen tiefen gesellschaftspolitischen Sinn im Hinblick auf die Erarbeitung unserer Zukunftsvorstellungen.

Wir müssen, wenn wir an die Beantwortung der wichtigsten Herausforderungen der kommenden Jahre, die ich aus der Sicht des Bundesvorstandes hier darstelle, uns dieser Widersprüche immer wieder bewußt sein. Das heißt, unsere Antworten dürfen nicht auf einen zu einfachen Nenner gebracht werden. Ich bin sehr dankbar, daß wir heute bei der Diskussion um den Wohnungsbau uns die Mühe gemacht haben, auf einen komplexen Problemsachverhalt eine differenzierte Antwort zu geben. Unsere Antworten dürfen auch nicht technokratisch konzipiert sein und können, wie gesagt, nicht ohne Dialog mit der Gesellschaft und der Wissenschaft erarbeitet werden.

Was sind die wichtigsten Fragen?

Erstens. Die Soziale Marktwirtschaft muß bei veränderten Bedingungen wieder durchgesetzt werden. Das heißt, wir müssen zum Beispiel die Frage erörtern, wie das Konzept aussehen muß, das uns in die Lage versetzt, auch bei niedrigeren Wachstumsraten erstens den Staat politisch handlungsfähig zu halten, zweitens den sozialen Frieden ohne explosive Spannungen zu sichern und drittens zusätzliche Aufgaben zum Beispiel beim Umweltschutz, aber auch in der

Entwicklungshilfe und in der Verteidigung zu bewältigen.

Wir brauchen vor allem deswegen ein politisches Konzept bei knappen Kassen, weil ohne eine solche Ordnungspolitik die Politik letztendlich von einer Art Urwaldgesetz bestimmt wird, das heißt dem Recht des Stärkeren, bei dem sich dann diejenigen durchsetzen, die eben in der Politik über die stärksten pressure groups verfügen. Das kann aber letztendlich keine politische Ordnung sein, die mit unseren Grundwerten zu vereinbaren ist.

(Beifall)

Wir brauchen also, wenn wir sagen, Soziale Marktwirtschaft durchsetzen, auch eine inhaltlich politische Beschreibung dessen, was Soziale Marktwirtschaft unter veränderten Bedingungen bedeuten kann und muß. Was heißt es denn konkret, wenn wir in unserem Grundsatzprogramm sagen: "Die Soziale Marktwirtschaft hat ihr geistiges Fundament in der zum Menschenbild des Christen gehörenden Idee der verantworteten Freiheit". Wir sagen ja nicht umsonst, daß wir für die Soziale Marktwirtschaft auch dann eintreten würden, wenn sie weniger materiellen Wohlstand als andere Systeme hervorbrächte.

Das erfordert eine Rückbesinnung auf die Ethik der Sozialen Marktwirtschaft, auf das alte Ethos der Sozialen Marktwirtschaft, wie es von Röpke, Rüstow, Müller-Armack, Ludwig Erhard konzipiert worden ist, die ja gesagt haben - und darin stimmen wir überein -, "daß nationalökonomisch dilitantischer Moralismus genauso abschreckend ist wie moralisch abgestumpfter Ökonomismus".

Wenn wir solche Fragen diskutieren, dann bedeutet das nicht, einer irrationalen Politik das Wort zu reden. Wir sind vielmehr der Auffassung - und dadurch unterscheiden wir uns von materialistischen Philosophien -, daß Verstand dazu gehört, um zu erkennen, daß es Dinge gibt, an die der Verstand nicht heranreicht.

Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Eine weitere Fragestellung, die wir uns nicht ohne weiteres zu eigen machen, die aber heute diskutiert wird: Muß nicht heute ein Übergang gefunden werden von einer wachstumsorientierten Wirtschaft zu einer gleichgewichtsfähigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung? Wir müssen uns mit solchen Fragen auseinandersetzen, um die richtigen Antworten geben zu können.

Thema Vollbeschäftigung! Natürlich ist es notwendig - das ist in der CDU unbestritten -, die Wachstumsgrundlagen unserer Gesellschaft voll zur Entfaltung zu bringen. Ich habe gestern darauf hingewiesen, daß in der Bundesrepublik Deutschland Investitionen in Milliardenhöhe nicht zur Entfaltung kommen können, weil sie aus politischen Gründen gestoppt sind: in der Kernenergie, im Wohnungsbau - wir haben heute Entscheidungen dazu gefällt - oder bei den neuen Kommunikationstechnologien.

Aber reicht das, ist es realistisch, die Arbeitslosigkeit allein durch Wachstum beseitigen zu wollen?

Manche stellen die Frage, warum eigentlich Vollbeschäftigung nur dann gegeben sein soll, wenn alle die, die arbeiten wollen und können, das ganze Leben hindurch jeden Tag acht Stunden arbeiten können.

Eine andere Frage, die damit verbunden ist: Können und sollen nicht jene, die bereit sind, für weniger Geld weniger zu arbeiten, in

größeren Umfange als bisher die Möglichkeit dazu haben, um dadurch Arbeitsplatzkapazitäten freizumachen? Das sind ernste Fragen, auf die wir heute in der Partei noch keine Antwort haben. Wir haben darüber bereits in Ludwigshafen diskutiert und zum Beispiel in das Grundsatzprogramm hineingeschrieben, daß wir einen größeren Entscheidungsspielraum des Einzelnen bei der Bestimmung der Tages-, Wochen- und Lebensarbeitszeit haben wollen, damit die Übergänge zwischen den Lebensbereichen und -phasen fließend werden.

Aber was heißt das? Diese Flexibilität im Arbeitsleben ist auf jeden Fall etwas anderes als die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Diese Flexibilität kann eines Tages unter Umständen auch darin bestehen, wieder mehr und länger zu arbeiten, wenn es notwendig ist.

Aus dem Bereich der Sozial- und Gesellschaftspolitik haben wir als weiteres und wichtiges Thema vorgeschlagen: "Gleichberechtigung - Partnerschaft - Wahlfreiheit für Frauen und Männer in Familie und Beruf". Die Position der CDU dazu ist klar. Aber sie wurde - das war unsere Überlegung - nicht richtig verstanden, vor allem von den berufstätigen jüngeren Frauen. Sie unterstellen der Christlich Demokratischen Union nach wie vor eine einseitige "Heimchen-am-Herd-Rolle" der Frau, wenn ich das einmal so ausdrücken darf.

Wir sind mit dem was wir gesagt haben, was wir wollen, noch nicht voll in das Bewußtsein gerade dieser Bevölkerungsgruppe hineingekommen. Wir können diesem Mißverständnis nur vorbeugen, wenn wir an die Lösung dieser Probleme nicht nur aus der Perspektive der Hausfrau, nicht nur aus der Perspektive der Familie, sondern auch aus der Perspektive der berufstätigen Frau argumentieren und denken. Dies bedeutet: Muß sich nicht, um die Gleichberechtigung der Frauen zu erreichen, zum Beispiel auch das Verhalten der Männer in der Praxis - etwa im beruflichen Leben - ändern? Darüber müssen wir diskutieren.

(Beifall)

Betrifft das Thema "Politik für die Frauen und für die Familien" nicht darüber hinaus auch die gesamte Organisation des Arbeitslebens? Heißt das zum Beispiel nicht auch: Mehr Teilzeitarbeitsplätze für Frauen und Männer, nicht nur für Frauen, sondern eben auch für Männer?

(Beifall)

Das bedeutet, Überlegungen anzustellen, wann und wo job-sharing wirtschaftlich und sozial sinnvoll ist; in der Zukunft haben wir ja möglicherweise die Aufhebung der Trennung von Wohnort und Arbeitsplatz für viele Bereiche durch die modernen Kommunikationstechniken.

Wenn der Bundesvorstand dieses Thema vorschlägt, dann vor allem deswegen - um dies noch einmal zu unterstreichen -, weil er darin nicht nur ein familienpolitisches, sondern eben ein gesellschaftspolitisches, zukunftsweisendes Thema ersten Ranges sieht.

Schließlich haben wir das Thema Außenpolitik unter die Überschrift gestellt: "Mitverantwortung für die Völker anderer Kontinente" und auch unter die Überschrift "Europa".

Die Veränderungen in der internationalen Politik erfordern eine neue umfassende Standortbestimmung der deutschen Außenpolitik: Was

sind unsere Ziele, wo liegen unsere Interessen, was können und müssen wir für die kommenden Jahre und Jahrzehnte tun?

Mitverantwortung, das gilt zunächst auch für die Völker des Ostens. Wenn wir unsere Freiheit sichern und verteidigen, indem wir die Expansion des Kommunismus im Bündnis eindämmen, dann halten wir damit auch die Fackel der Hoffnung für jene Völker aufrecht, die heute noch in Unfreiheit leben.

(Beifall)

Mitverantwortung, das gilt aber auch vor allem für die Menschen und Völker der Dritten Welt. Wenn der Antrag des Bundesvorstandes diesen Aspekt besonders betont, dann geschieht dies nicht aus einer falschen Einschätzung des Ost-West-Konfliktes. Hier gibt es in der CDU keine Zweifel, keine Unsicherheiten, keine Meinungsverschiedenheiten.

Aber - so müssen wir doch auch fragen -, könne wir den Ost-West-Konflikt, den Kampf gegen die Unfreiheit auf Dauer gewinnen, wenn wir den Nord-Süd-Konflikt, den Kampf gegen Armut, gegen Hunger und Tod verlieren? Wie kommt es eigentlich, daß gerade Menschen in der jüngeren Generation unsere Außenpolitik immer weniger verstehen?

liegt es nicht auch daran, daß gerade moralisch sensible Menschen, daß gerade junge Menschen oft den Eindruck haben, als konzentrierten wir uns in der Außenpolitik fast ausschließlich für den Ost-West-Konflikt und als wäre die Verantwortung für die Menschen in anderen Kontinenten bei uns sozusagen im toten Winkel der Außenpolitik angesiedelt?

(Beifall)

Eine Partei, die sich in den Augen dieser Menschen nur mit dem Ost-West-Problem identifiziert und den Nord-Süd-Konflikt - aus der Sicht dieser Menschen - in diesem toten Winkel ansiedelt, verspielt die Überzeugungskraft und auch die moralische Glaubwürdigkeit - gerade auch für den Ost-West-Konflikt selber. Deswegen dieses Thema.

Weiter: Kann ein einzelnes Land - und sei es auch ein noch so reiches Industrieland wie die Bundesrepublik Deutschland - bei diesen globalen Themen allein überhaupt etwas ausrichten? Die Frage stellen heißt, sie beantworten. Wir sagen: Frieden und Freiheit, Wohlstand und Entwicklung für uns und andere werden wir allein nicht bewältigen können. Wir brauchen dazu das Bündnis, die politische Union mit anderen Ländern. Wir können diese Außenpolitik nur im Bündnis mit anderen verwirklichen. Deshalb das Thema "Europa".

Das also sind die Themen; über die Jugend, über ihre Chancen, über die Bildungspolitik haben wir gestern gesprochen. Das sind die großen Themen, die wir Ihnen als Arbeitsprogramm für die kommenden zwei Jahre vorschlagen.

Ich sehe in diesem Arbeitsprogramm keine spröde Auflistung von Themen. Hinter diesen Themen und Fragen steckt zunächst einmal die Bereitschaft, an die Lösung dieser Probleme offen heranzugehen, nicht die Absicht, schon morgen fertige Antworten zu geben, aber der Wille, Fragen entgegenzunehmen.

Es steckt aber hinter diesem Arbeitsprogramm auch der politische Wille, an diese Aufgaben heranzugehen, sie nicht einfach liegenzulassen, nicht bloß den Status quo zu verwalten.

Ich glaube aber auch, daß hinter diesem Arbeitsprogramm eine Vision deutlich werden muß, eine Vision, die jede politische Partei, wenn sie die Zukunft gestalten will, haben muß, nämlich eine Vision, wie die Welt von morgen aussieht; für uns ist es die Vision einer Gesellschaft, die auch in rauhen Zeiten Solidarität beweist, ohne ihre Freiheit zu verlieren, die Vision einer Gesellschaft, die bei leeren Kassen nicht zu einem Kampfplatz aller gegen alle wird, auf dem dann die Schwächsten auf der Strecke bleiben.

Hinter dem Programm verbirgt sich auch der Wille einer Partei, die weiß - und danach handelt -, daß Mut und Tapferkeit der Preis der Freiheit sind, die aber auch hofft, daß die Reichen dieser Erde - ich erinnere daran: die alte soziale Frage ist deswegen entstanden, weil die damaligen Reichen ihre soziale Verantwortung allzu lange Zeit nicht richtig, sondern falsch gesehen haben -

(Zustimmung)

die Armen weder vergessen noch bloß für ihre eigenen Interessen funktionalisieren.

(Beifall)

Hinter diesem Arbeitsprogramm stecken endlich die Zuversicht und die Gewißheit, daß die CDU es sein wird, die unserem Lande ein zweites Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in einer schwierigen Zeit wieder Sicherheit und den Menschen wieder Hoffnung geben wird.

Dies ist der Sinn dieses Arbeitsprogramms. Machen wir uns an die Arbeit! Ich wiederhole: Es ist nicht unsere Aufgabe, nur den Status quo zu verwalten; wir können und wollen ihn verändern und verbessern.

(Lebhafter Beifall)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Geißler, für diese einführenden, erläuternden und richtungweisenden Ausführungen!

Zur Geschäftslage darf ich darauf hinweisen, daß wir im Augenblick für die allgemeine Aussprache zwölf Wortmeldungen vorliegen haben. Damit wir zeitlich nicht noch mehr in Verzug geraten, darf ich darauf aufmerksam machen, daß Wortmeldungen zurückgenommen werden können

(Zustimmung)

und daß wir uns nicht nur in unserem Programm konzentrieren müssen, sondern man sich auch bei seinen Ausführungen konzentrieren kann.

Ich erteile nunmehr Herrn von Weizsäcker das Wort.

Dr. Richard von Weizsäcker (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem ich gestern wegen der Geschäftslage schon einmal eine Wortmeldung zurückgenommen hatte, wollte ich diesem selbstgesetzten Beispiel für heute nicht noch einmal folgen, sondern im Gegenteil den Anlaß der Diskussion über das Arbeitsprogramm zunächst dazu benutzen, um im Namen meiner Berliner Freunde Ihnen allen für die große Ermutigung und Unterstützung, die Sie uns gestern zum Ausdruck gebracht haben, unseren

herzlichen Dank zu sagen.
(Beifall)

Wir können das gut gebrauchen, aber wir glauben, daß wir auch einen guten Gebrauch davon machen werden. Denn Berlin kann nun einmal ein gutes oder ein schlechtes Beispiel geben. Wir erleben in diesen Tagen, daß es ein schlechtes Beispiel gibt. Wir von der Berliner CDU schicken uns an, dafür zu sorgen, daß wir in Berlin in Zukunft ein gutes Beispiel geben können.

Ich meine, daß auf diesem Wege gerade auch das Arbeitsprogramm, das Heiner Geißler eben erläutert hat, für uns eine wichtige Unterstützung darstellt.

Ich will nicht über alle Punkte, die dieses Arbeitsprogramm umfaßt, sprechen. Wenn etwa von der Außenpolitik und den Beziehungen zur Dritten Welt die Rede ist, möchte ich von Berlin aus nur darauf hinweisen: Wir, die wir die Realität der Teilung Europas, Deutschlands und unserer eigenen Stadt täglich vor Augen haben, wissen sehr wohl, daß in geschichtlicher Perspektive eine Überwindung dieser unmenschlichen Teilung dann eine bessere Chance hat, wenn wir unsere außenpolitische Aufgabe in umfassendem Sinne und nicht nur im Sinne eines Ost-West-Gegensatzes behandeln.

Wir in Berlin haben uns deswegen gerade in bezug auf die Länder der Dritten Welt eine Chance für eine besondere Konzentration geschaffen, die wir von der Berliner CDU aus ausbauen wollen. Es geht für uns darum, vor allem ein Ausbildungszentrum für junge Menschen aus der Dritten Welt zu sein, die bei uns das gut lernen können, was sie - nicht etwa nach Auswanderung, sondern durch Rückkehr in ihre Heimat - nutzbringend anwenden können.

(Beifall)

Wir in Berlin wollen und können in diesem Sinne ein Zentrum sein.

Weiter möchte ich darauf hinweisen, daß es für uns in Berlin, die wir nun durch eine jahrzehntelange Parteiherrschaft der SPD eine negative Erfahrung haben, vor allem darum geht, dem Prinzip einer verwalteten Staatsgesellschaft das verantwortliche Selbertun des Bürgers gegenüberzustellen.

(Zustimmung)

Wir sind davon überzeugt, daß "Bürgerfreiheit" und "Bürgerverantwortung" diejenigen Begriffe sind, denen die Zukunft gehört. Die Subsidiarität - dieses ebenso richtige wie in der politischen Alltagssprache nach wie vor schwer verständliche Wort - müssen wir in die Praxis umsetzen. Wir werden uns grundsätzlich für eine Vorfahrt für die jeweils kleinere Gemeinschaft aussprechen. Wir wissen, daß zur Subsidiarität auch die Machtverteilung gehört, die Machtverteilung, die wir dringend brauchen, um der Verfilzung einer herrschenden Partei mit der Regierung, der Verwaltung und der öffentlichen Wirtschaft entgegenzuarbeiten.

(Beifall)

Dann, wenn ein und dieselben Funktionäre gleichzeitig auf mehreren Stühlen dieser verschiedenen Ebenen sitzen, entsteht jene Verfilzung,

bei der einige Leute sich besonders bereichern und bei der der kleine Mann besonders viel draufzahlen muß.

(Zustimmung)

Wir müssen das Prinzip der Subsidiarität aber in erster Linie für den ganzen Lebenslauf eines Menschen anwenden. Sie kennen ja noch aus dem Bundestagswahlkampf jene Schrift, die die Leiterin des Jugendamts des Hamburger Senats in die Welt gesetzt hat, die Helmut Kohl im Wahlkampf immer wieder angesprochen hat und in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Rückbesinnung auf die Familie ja nur eine Nostalgie sei und daß sich in Wirklichkeit die Erziehungsaufgabe als eine staatliche Verantwortung stelle.

So hochgeschraubt und kompliziert hat das zwar der Berliner Jugendsenat nicht ausgedrückt. Dafür hat er es um so konsequenter und um so schlimmer in die Praxis umzusetzen versucht. Was als notwendige soziale Hilfe für jene Fälle gedacht war, wo wirklich ein Notfall vorliegt, also der Nulltarif im Sinn einer sozialen Treffsicherheit für die Bedürftigen, die Kinderkrippen für jene Neugeborenen, die keine Eltern oder keine erziehungsfähigen Eltern haben, da wird in Berlin durch den Jugendsenat planmäßig aus einem Notfall allmählich der Normalfall gemacht. Dem entgegenzuwirken, ist die Aufgabe des Gedankens, uns nicht in unserem Leben immer mehr vom Staat verwalten zu lassen, sondern das, was wir durch Selbsthilfe selber erledigen können, gerade zum Wohl der Kinder selber in die Hand zu nehmen.

(Beifall)

Deswegen gilt für uns in Berlin der Vorrang des Erziehungsgeldes vor der Heimerziehung.

(Beifall)

Deswegen gilt für uns auch im Sinn der sozialen Dienste der Vorrang der Hauskrankenpflege vor der Krankenhauspflege.

(Beifall)

Und deswegen gilt für uns der Vorrang der eigenen Initiative der freien Träger vor der zentralistischen und bürokratischen staatlichen Lösung.

(Beifall)

Lassen Sie mich ein paar weitere Bemerkungen zur Einstellung, zum Verhalten und zu den Chancen der jungen Generation machen, über die Heiner Geißler eben ja auch vorgetragen hat.

Sie wissen, daß wir in Berlin in einem besonders hohen Maß eine Ansammlung von jungen Menschen haben, die vielleicht nicht für ihre Generation in jeder Hinsicht typisch sind, die aber dennoch in ihrer in Berlin auftretenden Massierung selbstverständlich mit ihren Zielen, ihren Vorstellungen und auch in ihrer Kritik an den bestehenden Verhältnissen ernst genommen werden müssen. Es entwickelt sich unter denen, die sich die "Alternativen" nennen - damit meine ich nicht die "Alternative Liste" als Partei, die ja von ganz anderen Kräften geführt wird, sondern die, die ein alternatives Leben suchen - mitunter ein Eigenleben, das mit einer starken Verbitterung darauf hinausläuft, zu sagen: Wir gehören nicht zu dieser Gesellschaft; wir stehen draußen. Ob es sich dabei um das Motiv handelt, draußen stehen zu wollen, oder darum, nicht recht reingekommen zu sein, mag dahingestellt bleiben. In einem Zeitungsartikel wurde dieser Zustand ganz zutreffend mit den Worten geschil-

dert: Geworfen oder gesprungen - gleichviel; sie sind draußen. Oft tun sie so und oft empfinden sie so, daß ihr Horizont die Grenze eines freien Lebens in einem im übrigen unfreien Staat darstelle.

Wir müssen über die Frage, was das freie Leben darstellt, natürlich die Auseinandersetzung suchen. Übrigens ist es ja so, daß wir, wenn wir das selber verantwortliche Tun des Bürgers fordern, im Ergebnis vielfach von diesen alternativen Vorstellungen gar nicht so furchtbar weit entfernt sind.

(Vereinzelter Beifall)

Aber in der Auseinandersetzung darüber, wie man sich seine eigene Freiheit vorstellt, gilt es nun allerdings, sich an zwei Erfahrungen zu halten, die zur Zeit beide in Berlin fehlen.

Die eine ist: Wenn man mit Vertretern einer jüngeren Generation zusammentrifft und über Werte und Ziele im Leben spricht, dann muß man meist in bezug auf das, was einem selber wertvoll und zielvoll erscheint, den eigenen Kleinmut aufgeben. Wir können ja schließlich nur dann zu Werten und Zielen erziehen, wenn wir selber in unserem Leben Werte und Ziele als maßgeblich erkennbar machen.

(Beifall)

Dort aber, wo wir dies können, müssen wir es auch tun. Wir können nicht einer jungen Generation nur mit der Frage begegnen, was wir alles falsch gemacht haben, sondern wir können in erster Linie nur mit dem erzieherischen eigenen Beispiel erzieherisch wirken.

(Beifall)

Dazu gehört eben auch, nicht nur kleinnützig, sondern im Sinn dessen, was einem ja wirklich das Leben wert und lieb macht, auch öffentlich zu stehen.

Das zweite ist: Es wird immer Konflikte geben. Und hier setzt das dritte Problem ein, von dem ich noch sprechen möchte, nämlich die Frage: Wie tragen wir denn Konflikte untereinander aus? Die eigentliche Errungenschaft des Liberalismus im 19. Jahrhundert, die die Grundlage unserer heutigen Verfassung und unseres heutigen Grundrechtskatalogs geschaffen hat, besteht darin, gleiches Recht für alle in gleicher Freiheit zu schaffen. Wenn es aber so ist, dann dürfen wir bei Konflikten einerseits nicht einfach den Kopf in den Sand stecken, andererseits aber für unseren Weg nur im Rahmen rechtsfriedlicher Mittel eintreten.

(Beifall)

Der Zustand dagegen, der sich in Berlin herausgestellt hat, ist der, daß sich einige durch Vorbeilaufen an der langen Schlange der anderen, die auch warten, ihre Freiheit, wie sie sie sehen, mit Hilfe ihrer eigenen Faust suchen. Und hier liegt die eigentliche Schuld des heutigen Senats gerade gegenüber dem Gedanken, den Heiner Geißler zutreffend mit einer Vernachlässigung der Zukunft zugunsten einer bequemeren Gegenwart geschildert hat.

(Beifall)

Was liegt denn vor? Zunächst wurden in den vergangenen Jahren, um es sich in der Gegenwart bequem zu machen, billige Versprechungen gemacht. Mit Hilfe von billigen Versprechungen ist aber z.B. in Berlin der ganze Wohnungsmarkt zusammengebrochen. Wir haben unerträgliche Wohnungsverhältnisse bekommen. Mit anderen Worten: Einen schweren sozialen Mißstand hat man sich für die Zukunft eingehan-

delt, weil man nicht den Mut hatte, vor den Bürgern die Forderung zu vertreten, auf die es wirklich ankam.

(Beifall)

Und wie sieht es heute aus? Heute ist die Auswirkung die, daß man sich sagt: Wir wollen lieber am heutigen Tag keinen Krach haben; wir wollen lieber am heutigen Tag eine neue Verletzung des Rechts hinnehmen, nur damit wir es heute bequem haben. Und man verschließt die Augen vor den Folgen für die Zukunft.

(Beifall)

Die Folgen für die Zukunft sind die, daß die Zahl der Rechtstreuen, also die Zahl derer, die auch unter sozialen Mißständen leiden, die aber im Rahmen einer Treue zum Recht für die Behebung der sozialen Mißstände kämpfen, immer mehr im Rückstand gerät, während die Zahl derer wächst, die sich sagen: Wenn es hier soziale Mißstände gibt, dann kommt zu seinem Recht nur der, der sich sein Recht mit eigener Faust und mit eigenem Ellbogen holt. Und damit wird die Grundlage der Rechtsordnung im Sinn des Liberalismus, nämlich der Schutz des Schwachen und nicht der Schutz dessen, der sich auch allein helfen kann, in sein Gegenteil verkehrt. Der rechtstreuen Mehrheit der Bürger, die sich nicht an der Schlange vorbeimogeln wollen, sondern die die sozialen Mißstände durch eine Anstrengung des Gemeinwesens im ganzen beheben wollen, wird die Rechtssicherheit verweigert. Auf diese Weise entsteht von Tag zu Tag eine schwere Situation für die Zukunft. Das ist ein weiteres klassisches Beispiel für die Verweigerung von Zukunftschancen zugunsten einer allzu bequemen, rein opportunistischen Gegenwarts politik.

(Beifall)

Ich denke - vielleicht schon etwas spät - an die mahnenden Worte des Parteitagepräsidenten.

Ich möchte die Beispiele nicht weiter fortsetzen, sondern Ihnen nur sagen: Es geht uns in Berlin und gerade in Berlin selbstverständlich um die tagespolitischen Fragen, mit denen sich ein Bürger besonders in einem Wahlkampf beschäftigt. Aber man wird - und das wird uns der Wahlkampf in Berlin erlauben, das wird er uns abfordern - auch in diesem Wahlkampf darauf hinweisen können und müssen, daß tagespolitische Konsequenz letzten Endes nur dann Erfolg verspricht, wenn man sich nicht nur opportunistisch wegdrückt, wie Herr Vogel in Berlin das macht,

(Beifall)

sondern sich den langfristigen Ursachen und damit auch den langfristigen Zukunftsfolgen wirklich stellt.

Was wir als verantwortliche Politiker tun müssen, ist, unsere Einsichten in die Notwendigkeiten dazu zu nutzen, verändernd auf das Bewußtsein der Öffentlichkeit und ihre Erwartungen einzuwirken, wo immer dies notwendig ist, und ihnen nicht nur nachzulaufen.

Wir müssen alle miteinander bescheidener werden. Wir müssen die Möglichkeiten zur Selbsthilfe nutzen und dürfen sie nicht immer weiter in einer Staatsverwaltung verkümmern lassen. Deswegen gilt es, der Hilfe zur Selbsthilfe den Vorrang zu geben vor einer weiteren, ständig anwachsenden staatsverantwortalteten Bürokratie.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich denke, daß Berlin im Wahlkampf und darüber hinaus ein besonders gutes Beispiel für die Anwendung des Arbeitsprogramms ist, das der Generalsekretär vorgetragen hat. In Berlin steht viel auf dem Spiel, nicht nur für unsere Stadt selbst, sondern weit über Berlin hinaus. Dafür brauchen wir Ihre Hilfe. Dafür kämpfen wir im Bewußtsein Ihrer Hilfe mit großer Zuversicht und mit ganzer Kraft.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall)

Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Herr von Weizsäcker, der Parteitag dankt Ihnen

(Anhaltender lebhafter Beifall)

nicht nur für die Verdeutlichung unserer Position am Beispiel von Berlin, sondern er wünscht Ihnen vollen Erfolg auf dem steinigen Weg, unsere Vorstellungen auch zu realisieren - gerade auch in Berlin.

(Beifall)

Als nächster Redner hat das Wort Herr Kiep, dann kommt Herr Vogel.

Walther Leisler Kiep: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir einige wenige konkrete Bemerkungen zu der Einführung, die unser Generalsekretär, Heiner Geißler, heute hier gegeben hat, der Einführung zu der Politik der Union, die ich ergänzen möchte durch einige konkrete Aussagen zur Wirtschaftspolitik im nationalen und internationalen Raum.

Wir haben landauf, landab Diskussionen über Wirtschaftspolitik - zuletzt im Deutschen Bundestag vor wenigen Wochen. Und wir erleben dann immer wieder einen Bundeswirtschaftsminister, der eine Wirtschaftspolitik vertritt, die in entscheidenden Punkten eigentlich unseren Vorstellungen entspricht. Wir erleben einen Grafen Lambsdorff, der bei solchen Gelegenheiten mit großer Akribie Mißstände aufzeigt, die es zu beseitigen gilt. Ich halte es für wichtig, daß wir auf diesem Parteitag einmal etwas ganz deutlich aussprechen: Graf Lambsdorff erweckt, wenn er über Wirtschafts- und Ordnungspolitik spricht, den Eindruck, als sei er, von einer mehrjährigen Reise durchs Weltall zurückkehrend, am 6. Oktober in der Nähe von Bonn niedergelangen,

(Beifall)

sei dann in eine Bundesregierung eingetreten und stelle nun mit grossem Erstaunen lauter Mißstände fest, die sich allenthalben zeigen und die die Verwirklichung seiner hehren ordnungspolitischen Vorstellungen erschweren. Deshalb muß einmal ganz deutlich ausgesprochen werden, daß die Freien Demokraten im allgemeinen und Graf Lambsdorff im besonderen seit elf Jahren Partner der Sozialdemokraten in der Gestaltung der Politik in Deutschland sind

(Beifall)

und daß Graf Lambsdorff persönlich nicht als stiller Teilhaber oder stiller Beobachter des Geschehens reden kann, sondern persönlich haftender Gesellschafter der Firma Schmidt & Co. ist

(Beifall)

und deshalb Verantwortung für alles das trägt, was die Durchsetzung einer sozial verpflichteten Marktwirtschaft in Deutschland heute erschwert.

Unsere Probleme werden deutlich, wenn wir unser Leistungsbilanzdefizit betrachten. Ich darf Ihnen, meine Freunde, versichern, daß jede Reise ins Ausland, etwa eine Reise nach Washington, in diesen Tagen drängende und bohrende Fragen an den deutschen Besucher ergibt: Was ist mit der Bundesrepublik Deutschland los? Warum hat sie im Januar ein Handelsbilanzdefizit gehabt - zum erstenmal seit 30 Jahren? Wo ist eure Fähigkeit, eure Wirtschaftsprobleme zu lösen?

Ich meine, wir müssen diese Fragen ernst nehmen, weil von ihrer Beantwortung das Zutrauen in die Bundesrepublik Deutschland als Partner in der Weltwirtschaft und in der Bündnispolitik entscheidend abhängt. Die Beseitigung des Leistungsbilanzdefizits ist der große Test, vor dem wir stehen.

Ich möchte nur zwei ganz kurze Bemerkungen dazu machen.

Erstens. Bei aller Leere der Kassen, bei aller Enge des Haushalts auf Grund einer verfehlten Finanzpolitik in den Jahren realen wirtschaftlichen Wachstums in diesem Lande müssen wir uns darüber klar sein, daß wir in diesem Lande wiederum Bedingungen herbeiführen müssen, die sicherstellen, daß Leistung belohnt wird,

(Beifall)

d. h. daß derjenige, der mehr leistet, auch mehr erhält als derjenige, der weniger leistet.

(Beifall)

Wenn wir auf diese Weise nicht die vorhandene Leistungsbereitschaft unserer Menschen erneut freisetzen, werden wir mit den wirtschaftlichen Problemen, die vor uns liegen, nicht fertig.

Zwei Themen stehen im Vordergrund: Wettbewerbsfähigkeit und Energiepolitik. Wettbewerbsfähigkeit heißt, unsere Fähigkeiten weiterzuentwickeln und den höchsten technologischen Stand zu halten oder, wo wir ihn verloren haben, wiederzugewinnen. Und Energiepolitik heißt, unabhängig vom Öl werden. In diesen beiden Bereichen entscheidet sich das wirtschaftspolitische Schicksal der Bundesrepublik Deutschland in den nächsten Jahren. Wir in der Bundestagsfraktion wollen dazu konkrete Beiträge dadurch leisten, daß wir im Bereich der Energiepolitik konkrete Anträge stellen über das, was verändert werden kann, um die Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und zu erleichtern.

(Beifall)

Wir müssen dies tun, sonst ist uns der Weg in die Zukunft verbaut.

Zweitens werden wir konkrete Anträge stellen in Hinsicht auf die neue Kommunikationstechnik, die freigesetzt werden muß, wenn wir in diesem Bereich, in dem wir in der industrialisierten Welt noch die Führung haben, diese Führung nicht vollends verlieren wollen.

(Beifall)

Eine wichtige Rahmenbedingung für die Gestaltung unserer Zukunft, für die Überwindung der Schwierigkeiten, vor denen wir stehen, ist die Erhaltung des sozialen Friedens. Nur in einem Klima sozialen Friedens können wir die strukturellen Veränderungen bewältigen, die vor uns liegen. Nur wenn weiter gilt "Partnerschaft anstelle von Klassenkampf" haben wir eine Chance, den Konsens herbeizuführen.

ren, den wir brauchen. Deshalb gehört zum sozialen Frieden auch die Fähigkeit zum sozialen Konsens und zum Dialog mit den Gewerkschaften. Ich sage hier in aller Offenheit: Wir dürfen den Wert, die Effizienz eines Wirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland nicht ausschließlich daran messen, wieviel Beifall er bei seinen Reden auf Arbeitgeberversammlungen erhält, sondern daran, wie er im Stande ist, den sozialen Dialog zu führen.

(Beifall)

Und schließlich: Wir sind als Bundesrepublik Deutschland zum Export verurteilt. Wir exportieren fast ein Viertel unseres Sozialprodukts, der Leistungen unserer Menschen in alle Welt und wir sind deshalb wie kein anderes Land auf dieser Erde abhängig von der Sicherung unserer Lebenslinien, der Lebenslinien, die uns die Zufuhr an Rohstoffen, an Öl und an all dem ermöglichen, was wir für unsere Wirtschaft brauchen. Hier muß unsere Sorge einsetzen, unsere Sorge um die Sicherung der Lebenslinien. Wir dürfen nicht weiterhin von der kühnen Erwartung ausgehen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika gewissermaßen als eine Art von Wach- und Schließgesellschaft auf Grund eines deutschen Dauerauftrags gegen eine nominale Gebühr diese Sicherung auch in Zukunft übernehmen.

(Beifall)

Wir Deutsche sind zu einem verstärkten Beitrag zur Sicherung der Infrastruktur des Friedens aufgefordert. Das gilt für die Ost-West-Dimension, das gilt in besonderem Maße aber auch für die Nord-Süd-Dimension. Es wäre ein großer Fehler, zu glauben, daß allein aus der Ost-West-Spannung friedensgefährdende Brisanz erwächst. Vielmehr müssen wir sehen, daß sich hier im Nord-Süd-Bereich Konflikte anbahnen. Ich würde dringend davor warnen, daß wir die Gefahr des Nord-Süd-Konflikts sozusagen mit den Mitteln der Ost-West-Strategie bekämpfen wollen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen - und Salvador zeigt das ganz deutlich -, daß es meist autonome Ursachen sind, die in der Dritten Welt zu Konflikten, zu Verwerfungen, zu Revolutionen führen. Es ist richtig, daß die Sowjetunion jeden solchen entstehenden Krisenherd für ihre Machtpolitik benutzt, aber die Ursachen für das Entstehen liegen in der Region selber. Deshalb braucht unsere Nord-Süd-Politik in den kommenden Jahren unsere besondere Aufmerksamkeit, unsere Energie und unsere Bereitschaft auch zum materiellen Einsatz unserer Mittel und Ressourcen.

(Beifall)

Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika sind dabei existenziell. Wir sind und bleiben der größte Verbraucher von in Amerika produzierter Sicherheit. Und deshalb bleibt das Atlantische Bündnis, bleibt die deutsch-amerikanische Freundschaft, die Partnerschaft in gewisser Weise eine Art von ungeschriebenem zweiten Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Was uns dabei verbindet, sind nicht nur materielle Nöte, materielle Interessen. Europa und Amerika sind kein gepanzertes Konsumverein, sondern ein Bund freier Völker zur Verteidigung gemeinsamer Ideale.

Dazu gehört auch die Erkenntnis, daß erfolgreiche Wirtschaftspolitik in Deutschland und in Europa dem Ziel der Erreichung von Freiheit von Not für alle Menschen in diesem Bereich dient, einem Ziel, das von unserer Verfassung vorgegeben ist, einem Ziel, das

uns mit unseren Verbündeten diesseits und jenseits des Atlantiks verbindet.

(Beifall)

Elmar Brok, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Kiep. Ich bitte den Parteitag, es nicht als unhöflich zu empfinden, wenn ich bei allen folgenden Rednern ohne Ansehen der Person nach fünf Minuten ganz leise klinge. - Herr Vogel hat das Wort.

Dr. Bernhard Vogel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Das Arbeitsprogramm, das wir diskutieren und, wie ich hoffe, verabschieden, hat als Auftrag Nummer ein, die Soziale Marktwirtschaft auch unter veränderten Bedingungen wieder durchzusetzen. Wenn wir das wollen, dann müssen Mut, Fleiß und Tüchtigkeit in der Bundesrepublik Deutschland wieder belohnt werden und dürfen nicht wieder in Gefahr geraten, bestraft zu werden.

(Beifall)

Dann brauchen wir nicht den, der aussteigt, sondern dann brauchen wir den, der einsteigt, damit er Einfluß nehmen kann auf den Weg, den die Bundesrepublik Deutschland und Europa nehmen.

In vielen Bereichen sind wesentliche neue Investitionen und Innovationen möglich. Daß das im Wohnungsbau der Fall ist, haben wir eben besprochen. Daß diese Möglichkeit bei der Energiepolitik besteht und daß wir hier als einzige Partei ein klares Profil haben, hat Herr Kiep eben angesprochen und hat Gerhard Stoltenberg in Schleswig-Holstein jedem sichtbar praktiziert.

(Beifall)

Aber auch die Nutzung der Möglichkeiten, die die Technik im Bereich der neuen Medien bietet, ist eine solche Chance für große zusätzliche neue Innovationen und Investitionen.

(Zustimmung)

Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil das ein Thema von atemberaubender Aktualität, von atemberaubender Wichtigkeit, aber auch von atemberaubender Tragweite ist. Es ist nicht notwendig, daß die Union hierzu schweigt, sondern es ist notwendig, daß sie auch hierzu einen klaren Standpunkt bezieht, nicht in blinder Fortschrittsgläubigkeit, nicht einseitig, sondern mit einer dem Thema angemessenen Abgewogenheit.

Erstens meine ich: Wir haben keine Angst vor neuen Medien, denn wir trauen uns zu, sie beherrschen zu können, und fürchten nicht, von ihnen beherrscht zu werden.

(Beifall)

Zweitens. Technisch liegt hier eine der großen Zukunftsinvestitionen, und man kann mit diesem Bereich für Hunderttausende von Arbeitern auf viele Jahre Arbeitsplätze sichern, und zwar hier in Deutschland, wenn man will.

(Beifall)

Drittens. Kulturell und politisch ist das eine Chance für mehr Meinungsfreiheit und mehr Meinungsvielfalt. Wer sich in Deutschland vor mehr Meinungsfreiheit und mehr Meinungsvielfalt fürchtet, der hat Grund, davor Furcht zu haben.

(Beifall)

Der Bundeskanzler ist doch nicht deshalb dagegen, weil er Angst vor Reizüberflutung hat, sondern deshalb, weil er Angst vor Meinungskonkurrenz hat. Das ist doch der wahre Grund!

(Beifall)

Sonst hätte er doch protestieren müssen, als das Vormittagsprogramm eingeführt wurde, und nicht, wenn wir irgendwo in der Bundesrepublik ein Kabelpilotprojekt machen.

(Beifall)

Viertens. Wir wollen kein Medienchaos. Wir wollen uns nicht an den schlechten Beispielen in der internationalen Nachbarschaft orientieren.

Wir wollen aber auch die guten Beispiele zur Kenntnis nehmen, etwa in Großbritannien oder in Japan. Meine Damen und Herren, das heißt, wir wollen eine geordnete Konkurrenz. Deswegen wünschen wir auch keine Kriegserklärung an die öffentlich-rechtlichen Anstalten. Es ist die Art von Herrn Glotz, dauernd von Schlachten zu sprechen, wenn von Berlin die Rede ist, und von Kriegserklärungen zu sprechen, wenn von Medien die Rede ist. Nein, das ist nicht unsere Sprache. Wir wollen auch für die öffentlich-rechtlichen Medien natürlich die Zukunftschance, meinen aber, daß es an der Zeit ist, daß sich die öffentlich-rechtlichen Medien auf Konkurrenz einstellen. Das wird nicht zu ihrem Nachteil, sondern zu ihrem Vorteil sein.

(Beifall)

Was die Absicht der deutschen Zeitungsverleger betrifft, so ist das, was sie angekündigt haben, ein mutiger Schritt. Daß sie sich zu diesem mutigen Schritt allerdings im Ausland veranlaßt sehen, ist Schuld der Untätigkeit der Bundesregierung im Inland in dieser Frage.

(Beifall)

Meine Freunde, natürlich kann man die Autos aus Japan kaufen und die Kernenergie aus der DDR oder aus Frankreich sowie das Fernsehprogramm aus Luxemburg beziehen. Wenn man eine solche Politik betreibt, kann man aber nicht die Sicherheit der Arbeitsplätze im eigenen Land garantieren.

(Beifall)

Wir haben im Übrigen keine Angst vor Radio Luxemburg. Manche Sendung von dort ist gewiß nicht gefährlicher oder schlechter oder mehr abzulehnen, mehr zu kritisieren als Sendungen anderer Rundfunkanstalten mitunter auch.

(Beifall)

Wir wollen mitkonkurrieren, und zwar geistig und wirtschaftlich. Wir wollen uns nicht abmelden, sondern wir wollen mitgestalten. Deswegen wünschen wir gegen die Absichten freier Initiativen keinen politischen Druck im Innern und schon gar keinen Druck auf andere europäische Staaten. Wir haben die Grenzen auf dem Boden nicht abgebaut, um sie nun im Äther neu zu ziehen.

(Beifall)

Wer die Stimme der Freiheit hinüber in die Länder der Unfreiheit tragen und sie dort gehört wissen will, kann nicht in den freien Ländern neue Grenzen aufrichten, nur weil er Angst vor dem hat,

was ein anderer möglicherweise sagt.

(Beifall)

Die Koalitionsfraktionen haben die Absicht, im Bundestag dazu eine Kommission einzusetzen. Das mögen sie tun. Meine Damen und Herren, wir aber - soweit es Länderzuständigkeit ist, gilt dies in besonderer Weise für uns - müssen in dieser Sache handeln. Ich meine, wenn wir das Arbeitsprogramm beschließen, beschließen wir zugleich, auch in diesem Punkt einen klaren Standpunkt zu beziehen und eine klare Alternative aufzuzeigen. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Elmar Brok, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Vogel.

Ich unterstelle das Einverständnis des Plenums, daß wir jetzt die Rednerliste zu Tagesordnungspunkt 15 schließen.

(Beifall)

Das Wort hat jetzt Herr Dr. Worms. Dann folgt Franz Josef Jung.

Dr. Bernhard Worms: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was die Soziale Marktwirtschaft nach unserer Meinung von Liberalismus und Sozialismus unterscheidet, ist letztlich die Vision einer freiheitlichen und zugleich sozialen Ordnung, in der jeder Arbeitnehmer nicht nur als Arbeitskraft und Lohnempfänger, sondern auch als Miteigentümer und mitverantwortlicher Partner an der Leistung, an den Entscheidungen und am Ertrag der Wirtschaft beteiligt ist. Deshalb sind unsere großen Ziele einer breiten Beteiligung aller Arbeitnehmer am Produktivvermögen und einer auf gleichberechtigter Partnerschaft beruhenden Unternehmensverfassung unverzichtbare Bestandteile einer sozial-marktwirtschaftlichen Zukunftsvision, die im Wettbewerb um die künftige Gestaltung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bestehen kann.

(Beifall)

Dazu gehört auch unser Bemühen, der menschlichen Arbeit und Leistung Sinn und Würde zurückzugeben, indem wir Bildung und Beschäftigung in Einklang bringen, menschliche Arbeitsbedingungen fördern, flexiblere Arbeitszeiten ermöglichen, Selbständigkeiten erleichtern, Eigenverantwortung und Initiative auch am gewerblichen und industriellen Arbeitsplatz stärken und den weniger Leistungsstarken, den Älteren und Behinderten eine sinnvolle Beschäftigung bieten. Erst in dieser hier in Mannheim bereits 1975 angesprochenen Konzeption wird die Soziale Marktwirtschaft im Wertbewußtsein der Bevölkerung und - meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor - vor allem im Wertbewußtsein der jungen Generation wieder als ein lohnendes Ziel erscheinen, das jedem einzelnen zur freien Entfaltung seiner Persönlichkeit auch im Wirtschafts- und Arbeitsleben verhilft, unserer Wirtschaft Wachstum- und Erneuerungsimpulse verleiht, soziale Sicherheit, Partnerschaft und sozialen Frieden gewährleistet.

Meine Damen und Herren, in diesem Sinne wollen wir seitens des Landesverbandes Rheinland den ersten Arbeitsschwerpunkt dieses Antrags verstanden wissen und mit den Perspektiven unseres Grund-

satzprogramms verbinden. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.*)

(Beifall)

*) Wortlaut der Rede von Herrn Dr. Worms s. Anlage

Elmar Brok, Tagungspräsidium: Herr Dr. Worms, herzlichen Dank, auch für die Kürze dieses Beitrags.

(Beifall)

Dennoch möchte ich mit Ihrem Einverständnis die Redezeit von nun an auf drei Minuten beschränken.

Als nächster hat Franz-Josef Jung für die Junge Union das Wort. Ihm folgt Günther Heckelmann für den RCDS.

Dr. Franz-Josef Jung: Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst - ich will mich in meinem Beitrag kurz fassen - beim Bundesvorstand recht herzlich für die Übernahme der Anträge der Jungen Union im Hinblick auf die Einsetzung der Zukunftskommission, im Hinblick auf die Durchführung der Aktion Behinderte und auch für die Berücksichtigung eines großen Teils unseres Antrages im Rahmen der Antragskommission bedanken.

Ich möchte hier schlagwortartig noch vier Akzente setzen, um dazu beizutragen, daß das Arbeitsprogramm positiv umgesetzt werden kann.

Erstens. Wir sind der Auffassung, daß wir uns hier nicht nur ein Arbeitsprogramm geben sollten, sondern auch - wie bei allen guten Programmen, die wir hier in Mannheim auch schon beschlossen haben - unseren Beitrag dazu leisten müssen, dieses Programm in die praktische Tagesarbeit, bis hinein in die Ortsverbände, umzusetzen. Ich möchte nur daran erinnern, daß wir nach unserem Dafürhalten bei der Wahl einen wesentlich größeren Erfolg gehabt hätten, wenn wir all das, was wir 1975 in Mannheim beschlossen haben, konkret in die Tat umgesetzt hätten.

(Beifall)

Zweitens. Meine Freunde, wir sind der Auffassung, daß wir durch konkrete Aktionen in allen Bereichen, bis in die Ortsverbände hinein, Beispiele dafür setzen sollten, wie das Grundverständnis christlicher Demokraten aussieht und wie wir unser Programm vor Ort konkret vorleben. Wir sind der Meinung, daß die Aktion Behinderte nicht nur ein Beitrag von wenigen Wochen sein darf, sondern ein dauerhaftes Engagement der Union in diesem Bereich sein muß. Auf diese Weise sollte unser Engagement gerade auch im sozialen Bereich deutlich gemacht, dokumentiert und vorgelebt werden.

(Beifall)

Des weiteren meinen wir, daß wir auch zum entwicklungspolitischen Bereich, zum Nord-Süd-Dialog ganz konkrete Aktionen erarbeiten und umsetzen müssen, damit wir auch in diesem Bereich unsere Politik aus christlicher Verantwortung deutlich machen.

(Beifall)

Drittens. Die Identifizierung der Jugend mit der Union muß wieder herbeigeführt werden, um den Wahlerfolg 1984 garantieren zu können. Hierzu gehört, daß wir Dialogbereitschaft mitbringen, daß wir, statt Belehrung, Besserwisserei und fertige Antworten zu bieten, wieder lernen zuzuhören. Nur wenn wir junge Menschen als Partner ernst nehmen, werden wir es erreichen, daß wir wieder dort hinkommen, wo wir, was die Jungwähler angeht, hinkommen müssen, um den Erfolg auf Dauer garantieren zu können.

Viertens. Wir dürfen nicht verkennen, daß wir gerade denjenigen Bereich wieder stärker in den Vordergrund unserer Arbeit rücken müssen, in dem die Grundlagen für eine spätere Entwicklung gelegt werden, den Bereich der Erziehung. Wir müssen die Personen konkret ansprechen, die Kinder und Jugendliche erziehen und bilden. Das gilt auch für den kulturellen Bereich. Wir meinen, daß sich die Union in diesem Bereich wieder stärker engagieren muß, um die Voraussetzungen gerade in der jungen Generation zu erreichen. Wenn wir diese vier Punkte noch ergänzend mit in das Arbeitsprogramm aufnehmen, dann, sind wir sicher, wird dieses Arbeitsprogramm die Grundlage des Wahlerfolges 1984 darstellen. - Besten Dank.

(Beifall)

Elmar Brok, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Jung. Das Wort hat Herr Heckelmann vom RCDS. Es folgt Frau Editha Limbach, Landesverband Rheinland.

Günther Heckelmann, Ring Christlich-Demokratischer Studenten: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der RCDS unterstützt nachdrücklich das vorliegende Arbeitsprogramm des Bundesvorstandes, weil wir der Auffassung sind, daß es einige Positionen markiert, die bislang in der Partei etwas vernachlässigt wurden. Wir sind aber gleichfalls der Auffassung, daß es nötig ist, nicht an den Formulierungen dieses Programmes festzuhalten, sondern sie weiter in der täglichen Arbeit zu konkretisieren. Lassen Sie mich diesbezüglich, insbesondere zum Entwicklungshilfethema, einige Bemerkungen machen.

Der Antrag geht zu Recht davon aus - und Heiner Geißler hat dies auch immer wieder deutlich gemacht -, daß Aufgabe der Entwicklungspolitik, so, wie wir sie verstehen, nicht nur der Export von Technologie und Gütern sein kann, sondern insbesondere auch eine Orientierung an Menschenrechten beinhalten muß.

Um diese Verpflichtungen, diesen Zusammenhang deutlich zu machen, werden wir - ich möchte das nur kurz andeuten - nachher einen entsprechenden Änderungsantrag einbringen.

Wenn der Antrag in seinem Entwicklungshilfepapitel davon spricht unsere Werte durchzusetzen und zu praktizieren, so kann dies nicht heißen, daß wir damit nur versuchen, unseren Lebensstil und unsere Wohlstandsideologie in Entwicklungsländer zu transferieren. Wir sollten vielmehr alles vermeiden, was uns in die Rolle großzügiger Almosengeber drängen könnte.

Dies muß heißen, daß Entwicklungspolitik, so, wie wir sie verstehen, der Versuch ist, für mehr Humanität und für mehr soziale Gerechtigkeit in Entwicklungsländern zu sorgen.

Meine Damen und Herren, leider ist dieses Verständnis von Entwicklungspolitik bei vielen Bürgern in unserem Lande noch nicht so weit entwickelt; gerade die Entwicklungspolitik ist ein Feld, das vielfältigen Vorurteilen begegnet. Wir, jeder einzelne von uns, sollten diesen Antrag als Verpflichtung verstehen, auch in

unserem privaten Kreis für Verständnis für eine solche Entwicklungspolitik, orientiert an Menschenrechten, zu werben, um damit innenpolitisch Entwicklungspolitik stärker zu verankern. Je mehr Druck wir als Bürger auf Entwicklungspolitik ausüben, desto schwieriger wird es für sie, sich diesem Druck zu entziehen. Ich meine, es ist ein Zeichen von Unglaubwürdigkeit sondergleichen, wenn sich die deutsche Bundesregierung als Regierung der internationalen Solidarität hinzustellen versucht, aber seit Jahren nicht in der Lage ist, ihre Verpflichtung einzulösen, 0,7 % des Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfe auszugeben.

(Vereinzelter Beifall)

Welch einen Eindruck müssen eigentlich ein Inder, ein Pakistani oder sonst jemand aus diesen Bereichen haben, wenn ein trotz aller Wirtschaftsschwierigkeiten reiches Land wie die Bundesrepublik nicht in der Lage ist, 0,7 Pfennig pro DM für Entwicklungshilfe auszugeben?

Wir sollten nicht bei 0,7 % stehenbleiben, sondern - und dies ist eine Forderung des RCDS - auf 1 % gehen. Wir Studenten - das möchte ich an dieser Stelle auch deutlich machen - sind dazu bereit, einen Pfennig von jeder BAFÖG-Mark für Entwicklungshilfe zu opfern; denn wir meinen, daß jeder in der Bundesrepublik nicht nur fordern, sondern auch Opfer bringen muß.

(Beifall)

Lassen Sie mich noch eines zum Schluß sagen: Wenn wir davon sprechen, daß Entwicklungshilfe auch an Menschenrechten orientiert sein muß, so dürfen wir uns dieser Verpflichtung auch in der täglichen Arbeit nicht entziehen. Das heißt konkret, daß wir auch für Entwicklungsländer, die momentan noch im sozialistischen Fahrwasser schwimmen, Entwicklungshilfe dort zu geben bereit sein müssen, wo sie konkret humanitären Zielen dient. Wenn wir uns von vornherein dagegen sperren, hat das zur Folge, daß wir uns von jeder Möglichkeit des Einflusses von vornherein begeben.

Dies heißt aber auch - ich bin sofort fertig, Herr Präsident, daß wir im Hinblick auf rechtsautoritäre Länder nicht erst dann aufschreien dürfen, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, sondern präventiv eine Strategie der Entwicklungs- und Menschenrechtshilfe zu schaffen haben, um zu helfen, von vornherein zu verhindern, daß bestimmte Entwicklungen eintreten.

Ich möchte an dieser Stelle sehr deutlich sagen: Die Lieferung von U-Booten an Chile wäre das denkbar schlechteste Beispiel für eine solche Politik; denn dies hilft, die Freiheit in Unfreiheit in Südamerika zu sichern. Wir als Christliche Demokraten sollten hier unser ganz klares Nein entgegensetzen. - Schönen Dank.

(Beifall)

Elmar Brok, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Heckelmann. Das Wort hat jetzt Frau Limbach.

Editha Limbach: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte um Nachsicht, daß auch ich noch zu so später Stunde des Parteitages Ihre Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen möchte. Ich wäre dankbar, wenn Sie sie mir schenken.

Der Vorstand will Schwerpunkte in seiner Arbeit setzen und hat dazu Vorschläge gemacht. Die Beschlußfassung über diese Themen soll durch eine offene Diskussion auf allen Ebenen der Partei vorbereitet werden. Ich finde das gut.

Wenn man solche Fragen stellt, muß man sich auch in Erinnerung rufen, daß es auch Fragen gibt auf die es nicht nur eine Antwort gibt. Man muß das dann gemeinsam in Solidarität aushalten und

trotzdem mehrheitsfähige Beschlüsse vorbereiten können. Ich hoffe, daß uns dies gelingen wird.

Ein Schwerpunkt dieses Programms wird das Thema Jugend sein. Hier habe ich manchmal ein wenig die Sorge - und die wird in meinem Kreisverband durchaus geteilt -, daß wir zu viel über die Jugend zu reden, statt mit der Jugend zu reden.

(Vereinzelter Beifall)

Ein Satz, wie er hier in der Präambel steht, "Junge Menschen wollen als Partner ernstgenommen werden", ist zwar richtig, er wird aber nur glaubwürdig, wenn die Älteren so handeln.

Ein letztes: Es wird viel von der Jugend, den Älteren, den Frauen, den Arbeitnehmern gesprochen. Ich habe ein wenig Sorge, daß wir in unseren Diskussionen in den Parteien vergessen, daß es die Frauen, die Jugend, die Arbeitnehmer, die Älteren, die wer auch immer so gar nicht gibt, sondern daß alle immer differenzierte Rollen spielen und auch akzeptieren.

(Beifall)

Ich glaube, auch diesen Punkt sollten wir bei der Diskussion des Arbeitsprogramms berücksichtigen.

Die Zeit ist sehr kurz; deshalb bitte ich um Nachsicht, daß alle diese Themen nur angerissen werden können.

Ich habe aber noch eine Bitte an den Vorstand. Wir haben ihn neu gewählt. Er geht, wie ich hoffe, mit Vertrauen und Mut an die Arbeit. Ich würde mir wünschen, daß das möglich wäre, was der Delegierte Hoffmann in der Aussprache zum Bericht des Vorstandes vorgeschlagen hat, daß einzelne Vorstandsmitglieder für einzelne Aufgabenbereiche in besonderer Weise die Verantwortung übernehmen. Das diene sowohl den Vorstandsmitgliedern, die dann nicht mehr für alles zuständig wären, sich nicht allzusehr überarbeiten müßten, als auch der Partei, weil man dann genau wüßte, zu welchem Punkt man sich an wen wenden dürfte. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Elmar Brok, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Frau Limbach.

Dies war der Schlußpunkt der Generalaussprache.

Mit Ihrem Einverständnis kommen wir nun zur Präambel des Antrages.

Dazu gibt es eine Wortmeldung. Das Wort hat Herr Thomas Kropp.

(Zuruf)

- Die Wortmeldung ist zurückgezogen.

(Beifall)

Wir kommen zur Abstimmung über die Präambel in der Fassung der Antragskommission. Wer stimmt dieser Fassung zu? - Ich bitte um das Handzeichen. - Wer spricht sich dagegen aus? - Wer enthält sich? - Damit einstimmig beschlossen.

Wir kommen zur Einleitung von Abschnitt II. Dazu gibt es keine Wortmeldung.

Wer ist für diese Einleitung? - Wer spricht sich dagegen aus? -

Wer enthält sich? - So beschlossen.

Zu Ziffer 1 liegt eine Wortmeldung vor. Das Wort hat Herr von Bismarck.

Dr. Philipp von Bismarck: Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Ich spreche jetzt als Obmann des Ausschusses für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments. Vorab möchte ich aber die Bemerkung machen: Alle Vorredner haben immer auf Kosten der Zukunft gesprochen, so daß die nachfolgenden Redner nicht mehr genug Zeit haben.

Zum Modell der Sozialen Marktwirtschaft ist eine wichtige Anmerkung zu machen. Die Soziale Marktwirtschaft ist für alle Länder der Europäischen Gemeinschaft das Modell, von dem sie Erfahrungen übernehmen wollen und nach unserer Meinung übernehmen können. Sie ist als Modell nicht nur 30 Jahre alt, sondern von uns, den Parlamentariern, die sie nach Europa geschickt haben, wird dieses Modell als ein Maßstab in die Diskussionen und Beratungen eingeführt.

Aber was soll aus der Überzeugungskraft dieses Modells, aus den Erfahrungen werden, wenn wir nicht mit dem Mut ernst machen, von dem Richard von Weizsäcker und andere gesprochen haben? Ich füge hinzu: Was soll daraus werden, wenn wir nicht unsere eigenen Sünden gegen die Soziale Marktwirtschaft erkennen, wenn wir nicht den Mut haben, sie auch abzustellen? Das wird von uns allen Opfer verlangen. Ich meine, wir sollten den Parteitag nicht verlassen, ohne uns alle vorzunehmen, daß wir diesen Mut gemeinsam aufbringen werden - auch dann, wenn wir uns vor den Bürgern, wenn wir uns vor ihrer nach unserer Meinung vielleicht nicht richtigen Ansicht fürchten.

Das zweite: Alle Sünden wider die Soziale Marktwirtschaft, die in allen Ländern Europas bisher schon begangen worden sind und noch begangen werden, werden wir mitbezahlen. Je länger diese Sünden fort dauern, je teurer wird die Rechnung werden, je mehr wird sie auf Kosten der Arbeitnehmer ausgestellt.

Die Zahl der europäischen Arbeitslosen ist eine Katastrophe. Was heißt das? Das heißt, wir haben die Verantwortung, dafür zu sorgen, daß die Europäische Gemeinschaft zum frühestmöglichen Zeitpunkt ein Bundesstaat mit der Handlungsfähigkeit wird, die nötig ist, um die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen.

Ich schließe mit einem Scherz, den Sie aber alle verstehen werden. Ich bin 53 Jahre verheiratet, obwohl ich so jung aussehe;

(Heiterkeit und Beifall)

41 Jahre mit meiner Frau und 12 Jahre mit der Sozialen Marktwirtschaft. Seitdem ich die zweite Frau mit immer mehr Parteifreunden teilen muß - von Lothar Späth über Norbert Blüm bis zu Kurt Biedenkopf und all den anderen -, werden Sie Verständnis dafür haben, daß ich mich einer anderen Frau zugewandt habe. Sie ist älter, sie ist schwieriger, sie ist launischer, aber viel faszinierender als alles andere: Europa.

(Beifall)

Ich hoffe, liebe Freunde, daß ich sie sehr bald mit Ihnen allen teilen muß. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Elmar Brok, Tagungspräsidium: Herr Dr. von Bismarck, herzlichen Dank für Ihren Beitrag, aber auch einen herzlichen Dank für Ihr Engagement, das Sie im Europäischen Parlament für unsere Partei zeigen.

Wir kommen damit zur Abstimmung über Abschnitt II. 1. Wer für diesen Abschnitt ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen! - Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu Ziffer 2. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Wer für Ziffer 2 ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Somit beschlossen.

Wir kommen zu Ziffer 3. Dazu hat sich Herr Dr. Lenz zu Wort gemeldet.

Dr. Carl-Otto Lenz, Heppenheim: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir haben zu dieser Ziffer einen Antrag eingebracht mit der Bitte, der Bundesvorstand solle berichten, was er getan hat, um die Arbeit der CDU/CSU und insbesondere unserer Partei, der CDU, mit der Arbeit unserer Kollegen im Europäischen Parlament zu verzahnen. Denselben Antrag haben wir vor drei Jahren schon einmal gestellt. Damals ist er an den Bundesvorstand überwiesen worden. Wir haben von ihm nie wieder etwas gehört. Heute wird derselbe Vorschlag wieder gemacht, nämlich den Antrag an den Bundesvorstand zu überweisen. Wir werden wiederum von ihm nichts hören.

Deswegen, meine Damen und Herren, geht unsere Bitte dahin, den Bundesvorstand aufzufordern, auf dem nächsten Parteitag zu berichten, welche Vorkehrungen er getroffen hat, um die Arbeit der Partei auf dem Felde Europas mit dem Sachverstand unserer Kollegen im Europäischen Parlament zu verbinden. Ich könnte das länger ausführen; ich will das nicht tun.

Wir können es dem Bundesvorstand nicht abnehmen, wie er seine Aufgabe löst. Aber, ich glaube, wir müssen sie ihm stellen, sonst verhielten wir uns wie ein Lehrer, der zu seinem Schüler sagt: Ob du die Aufgaben machst oder nicht, ist deine eigene Entscheidung. Wir sollten die Entscheidung treffen, daß der Bundesvorstand seine Aufgaben macht. In dem Punkt bitte ich um Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Elmar Brok, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Lenz.

Ich lasse über Ziffer 3 abstimmen. Wer ist für Ziffer 3? - Wer ist dagegen? - Enthaltungen! - Somit beschlossen.

Wir kommen zu Ziffer 4. Wer ist für Ziffer 4? - Wer ist dagegen? - Enthaltungen! - Somit beschlossen.

Wir kommen zu Abschnitt III. Wer ist für Abschnitt III? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Somit beschlossen.

Wir kommen zu Abschnitt IV. Wer ist für Abschnitt IV? - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Somit beschlossen.

Wir kommen zum Antrag 15.2. Für die Antragskommission hat Herr Vogt das Wort.

Wolfgang Vogt, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich nur deshalb zu Wort gemeldet, weil ich Sie darauf hinweisen möchte, daß wir aus dem Initiativantrag 17.32 - Antrag der Frau Kollegin Hürland - eine Forderung inhaltsgleich in den Antrag 15.2 aufgenommen haben. Auf Seite 8 der Empfehlungen der Antragskommission zu Tagesordnungspunkt 15 heißt es dann: Er fordert sie auf, auch über das Jahr der Behinderten hinaus - jetzt kommt der Spiegelstrich, und darauf folgt der einzufügende zweite Spiegelstrich - sich dafür einzusetzen, daß in Zukunft auch bei Unterhaltssendungen körperbehinderte Mitbürger als aktive Teilnehmer eingeladen bzw. als Kandidaten zugelassen werden.

Die Antragstellerin ist damit einverstanden, das in diesen Antrag einzubauen. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

Elmar Brok, Tagungspräsidium: Wer stimmt dem Antrag 15.2 in der Fas-

sung der Antragskommission zu? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Somit beschlossen.

Wir kommen zu Antrag 15.27. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wer ist für diesen Antrag der Antragskommission? - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Somit beschlossen.

Antrag 15.28 ist bei Annahme der Empfehlung der Antragskommission zum Antrag 17.19 erledigt. Besteht Einverständnis mit diesem Vorschlag? - Ich bitte um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Somit beschlossen.

Antrag 15.29. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Somit beschlossen.

Antrag 15.30. Empfohlen ist Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Somit beschlossen.

Antrag 15.31. Dazu hat sich Herr Schwarz-Schilling zu Wort gemeldet.

Dr. Christian Schwarz-Schilling: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Die Bundesmittelstandsvereinigung hat mit ihrem Antrag 15.31 einen besonderen Akzent setzen wollen.

Politische Fehlentscheidungen führen zu Arbeitslosigkeit, Inflation und Stagnation. Auf jeden Schritt weg vom Weg der Sozialen Marktwirtschaft folgt die gesamtwirtschaftliche Quittung. Diese Quittung bekommen jetzt alle Kreise unserer Bevölkerung: die Arbeitnehmer, der Mittelstand, die mittleren, die kleinen und die großen Unternehmen.

Zu den Voraussagen für das Jahr 1981 ist hier nichts weiter zu sagen.

Wir unterstützen das Arbeitsprogramm des Bundesvorstandes, denn das ist die Zeit, wo die Union eine Aktualisierung des Grundsatprogramms in Angriff nehmen muß; denn wir befinden uns in einer ungeheuer gefährlichen Lage, in einer kombinierten Krise konjunktureller und struktureller Art.

Meine Damen und Herren, deswegen darf ich Ihnen noch eines hier sehr deutlich sagen. Der Staat ist in dieser Lage handlungsunfähig, weil er die Kassen leer hat. Die Bundesbank ist gegenüber der Binnenkonjunktur handlungsunfähig, weil sie die außenwirtschaftliche Absicherung vornehmen muß. Es geht aber nicht an, daß die Kosten der Sanierung nur von einzelnen Gruppen - nämlich denjenigen, die besondere Risiken zu tragen haben - aufgebracht werden. Das sind aber die mittelständischen Gruppierungen. Was es heißt, wenn man Risiko getragen und investiert hat, zehn, zwölf und vierzehn Prozent für Fremdkapital zahlen zu müssen, das wissen alle diejenigen, die heute die Zinslast jeden Tag neu zu spüren zu bekommen.

(Beifall)

Sie müssen sich darüber im Klaren sein, daß diese Hochzinspolitik, die wir wegen der außenwirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik im Grundsatz befürworten müssen, bei uns nicht lange durchgehalten werden kann, weil wir bei einer geringen Eigenkapitalquote der Unternehmungen von nur 20 % 80 % dieser hohen Zinslasten zu verdienen haben, ehe ein Unternehmen überhaupt in der Lage ist, sie

zu bezahlen. In den Vereinigten Staaten kann man das länger durchhalten, weil man dort eine Fremdkapitalquote von nur 30 oder 40 % in der Bilanz hat.

Meine Damen und Herren, es geht hier um einen ganz wichtigen Punkt. Die Bundesbank kann hier nicht das tun, was sie von der Binnenkonjunktur her tun müßte, nämlich Zinssenkungen vornehmen. Wir müssen also flankierende Maßnahmen für die kleinen und mittleren Unternehmungen in der Bundesrepublik Deutschland einführen, denn nur so kann die Hochzinspolitik auf längere Sicht durchgesetzt werden. Diese Gruppen dürfen ihre Risiken nicht überproportional bezahlen müssen, sonst wird es ein Sterben des Mittelstandes geben, was weder das Volk, noch die Union vertragen wird, und unsere Wähler schon gar nicht.

(Beifall)

Ich möchte Sie deswegen zum Schluß wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nur um folgendes bitten:

Gerade für diese mittelständische Gruppen ist es wichtig, daß erstens die Energieprobleme - nicht nur wegen der Frage der Quantität, sondern wegen der Kosten - fortschrittlich gelöst werden, weil sonst mittlere und kleinere Unternehmen in Deutschland nicht mehr produzieren können.

(Beifall)

Zweitens. Gerade auf den Gebieten, auf denen die Investitionen blockiert sind, leidet der Mittelstand besonders. Wenn nämlich die Großunternehmen international nicht mehr wettbewerbsfähig sind, sind auch die Zulieferer nicht mehr in der Lage, ihren Standort zu erhalten.

Drittens muß die Ertragskraft der Unternehmen gestärkt werden, wie es das Sachverständigengutachten sagt. Das ist für die mittelständischen Unternehmen von ausschlaggebender Bedeutung. Die Hochzinspolitik stellt aber gerade einen gegenläufigen Faktor dar.

Deswegen muß der Bundesvorstand, meine Freunde, bei den Beratungen seines Arbeitsprogramms für die Wiederherstellung der Grundvoraussetzungen für die Soziale Marktwirtschaft für die 80er Jahre einen besonderen Schwerpunkt setzen: "Eine konsequente Mittelstandspolitik ist Voraussetzung für die Weiterentwicklung unserer marktwirtschaftlichen Ordnung". So steht es im Grundsatzprogramm, und so sind wir in den 80er Jahren gefordert. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Elmar Brok, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Schwarz-Schilling.

Ich stelle damit den Antrag 15.31 zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme von Absatz 1 des Antrages und die Überweisung der übrigen Teile des Antrages an den Bundesvorstand zur Berücksichtigung bei der weiteren Durchführung des Arbeitsprogramms. Wer ist für diesen Antrag der Antragskommission? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit so beschlossen.

Wir kommen damit zur Schlußabstimmung über den Gesamtantrag des Bundesvorstandes in der Fassung der Antragskommission. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag einstimmig beschlossen.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Freunde, ich rufe den Tagesordnungspunkt 17 auf:

Sonstige Anträge

Wir kommen zunächst zu den Anträgen 17.1 bis 17.9, die gestern zurückgestellt worden sind, in Verbindung mit dem Antrag 17.27.

Zunächst hat Herr Hauser, Landesverband Rheinland, das Wort zu Antrag 17.2.

Alo Hauser: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich deshalb zu Wort gemeldet, weil der Antrag der Antragskommission mir nicht weit genug zu gehen scheint.

(Beifall)

Nun ist es zwar so, daß wir hier mit einem Partner, der CDU, zu verhandeln haben. Aber gerade deshalb, weil wir von unserem Partner abhängig sind, sollten wir die Mindestforderungen, die die Union für die Aufstellung des gemeinsamen Kanzlerkandidaten und die Verabschiedung des gemeinsamen Programms zu stellen hat, schon nennen. Meines Erachtens sollte unverzichtbar sein, daß eine gemeinsame Delegiertenversammlung stattfindet, die in etwa die kräftemäßigen Verhältnisse - von der Mitgliederzahl und von der Wählerstimmenzahl her - zur Grundlage hat.

Ich meine, der Bundesvorstand sollte sich keineswegs der Verpflichtung entziehen, über das Ergebnis seiner Verhandlungen zu berichten. Auch das ist in dem Antrag der Antragskommission nicht zum Ausdruck gebracht.

Wenn dies nicht befriedigend geklärt werden sollte, bin ich der Meinung, daß Sie dem Antrag des Kreisverbandes Bonn zustimmen sollten.

Siegfried Dübel, Tagespräsidium: Vielen Dank, Herr Hauser. Der Bundesvorsitzende hat ums Wort gebeten.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Gegenstand der Anträge, die jetzt behandelt werden, gehört in der Parteigeschichte von CDU und CSU zu den schwierigsten Gegenständen, die wir in 30 Jahren zu bewältigen hatten - mit unterschiedlichem Erfolg, wie jedermann weiß.

Sie können davon ausgehen, daß auch die Führung der CSU genau wie wir den Willen hat, für die Wahl 1984 ein solches gemeinsames Beschlußgremium herbeizuführen, das also spätestens 1983 in Aktion treten müßte.

Ich rate einfach aus Gründen der Klugheit, daß Sie heute die Parteiführung in diesem Sinne beauftragen.

(Beifall)

Herr Kollege Hauser, für mich ist völlig selbstverständlich: Dieses Gremium kann nur etwas werden, wenn es auch in seiner formellen Struktur von dem vorher stattfindenden Bundesparteitag eingesetzt wird.

(Beifall)

Sie können doch nicht annehmen, daß beispielsweise ich vor Sie hintreten würde und von einem Gremium reden würde, das nicht Ihre Billigung findet.

Nur finde ich, daß es nicht sehr klug ist, in eine Verhandlung zu

gehen, wenn man von vornherein sagt: diese und jene Punkte müßt Ihr unter allen Umständen akzeptieren.

(Beifall)

Ich bin für den umgekehrten Weg, nämlich daß wir rechtzeitig zu dem Parteitag im nächsten Jahr, also nicht dem diesjährigen Parteitag im Herbst, Ihnen eine Beschlusvorlage formulieren.

Ich gehe natürlich davon aus, daß, wenn alles so wird, wie ich es mir wünsche, dies auch seinen Niederschlag in unserer Satzung findet. Damit, Herr Kollege Hauser, ist Ihre Befürchtung völlig gegenstandslos. Dann kann letztlich nur ein Parteitag der CDU Deutschland über die Zusammensetzung dieses Gremiums auf unserer Seite entscheiden.

Aus allen diesen Gründen schlage ich vor, daß spätestens im Jahre 1983 - das wäre ja auch hinsichtlich des Zeitraums vernünftig - ein solches Gremium zustande kommt, und daß die Verhandlungen so geführt werden, daß der Bundesparteitag der CDU zuvor seine Meinung dazu formulieren kann.

Wenn wir diese beiden Dinge auf den Weg geben, können Sie davon ausgehen, daß wir versuchen werden, eine vernünftige Lösung zu finden. Wenn wir aber jetzt auf dem Bundesparteitag der CDU anfangen würden, über die Verteilung der Stimmen und über die Quoten zu meditieren, würden wir, so sage ich Ihnen voraus, diese Entscheidung selbst im Jahre 2001 noch nicht haben.

Ich bitte Sie, in diesem Sinne zu entscheiden.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Wir danken dem Bundesvorsitzenden für seine grundsätzlichen Bemerkungen zu diesem wichtigen Thema.

Das Wort hat nun Herr Dr. Huck, Junge Union. Ihm folgt Frau Limbach, Rheinland.

Dr. Bernd Huck: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um eines vorab klarzustellen: Die Junge Union begrüßt den Kompromißvorschlag der Antragskommission, der uns ausformuliert vorliegt, als das Ergebnis der Überlegungen zu den Anträgen 1 bis 9. Die Junge Union begrüßt ferner das, was der Parteivorsitzende hier soeben zu uns gesagt hat; es trifft sicher weitgehend die Intentionen deren, die zu dieser Stunde erfreulicherweise noch im Saal sind.

Aber, meine Damen und Herren, die Junge Union kann die Erfahrung, die wir beim Parteitag 1975 gemacht haben, nicht ganz vergessen. Bereits 1975 haben wir hier in dieser Halle beschlossen: Wir wollen einen gemeinsamen Parteitag, auf dem diese Fragen des gemeinsamen Wahlprogramms und des gemeinsamen Kanzlerkandidaten geklärt werden. Seitdem ist - außer der katastrophalen Erfahrung, die wir im letzten Jahr gemacht haben - nichts passiert.

(Zustimmung)

Aus diesem Grund hat die Junge Union in Ergänzung - ich betone ausdrücklich: in Ergänzung - zu dem Kompromißvorschlag der Antragskommission in einem weiteren - Ihnen auch schriftlich vor-

liegenden - Antrag beantragt, daß diesen von den Schwesterparteien gemeinsam auszuhandelnde Verfahren Beschußgegenstand des Parteitages 1982 sein muß.

(Zustimmung)

Meine Damen und Herren, wir wollen - und da bitte ich angesichts der Erfahrungen von 1975 um Ihr Verständnis - unserem Parteivor-sitzenden den Rückhalt geben und ihm auch das Argument mitgeben, daß dieses Verfahren tatsächlich bis 1982 durchgezogen werden muß, also bis zu einem Zeitpunkt, der noch vor der personalbe-zogenen Diskussion liegt, so daß wir sachbezogen über das Ver-sprechen können und dabei nicht schon wieder nach links und nach rechts auf irgendwelche konkreten Personen schielen.

(Beifall)

Da dieses Thema hier jetzt sehr schnell abgehandelt wird - dafür habe ich Verständnis -, möchte ich zum Verfahren ausdrücklich auf eines hinweisen. Das Präsidium des Parteitages wird gleich zu-nächst einmal über den Vorschlag der Antragskommission abstimmen lassen müssen. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des eigenen Antrages. D'accord; dem sollten wir alle zustimmen.

Darüber hinaus geht es dann aber um den Antrag der Jungen Union - Antragstellen: Dr. Huck, Bouffier und Kropp -, der das Ziel hat, diese Ergänzung mit der zeitlichen Begrenzung aufzunehmen. Dazu empfiehlt die Antragskommission Überweisung an den Bundesvorstand. In diesem Falle sollten wir gegen den Antrag der Antragskommission und für den Antrag der Jungen Union stimmen. Ich bitte Sie, darauf bei der Abstimmung gleich Ihr Augenmerk zu richten. - Vielen Dank.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Wir danken Herrn Dr. Huck für seinen Beitrag. - Frau Limbach hat ihre Wortmeldung zurückgezogen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst darf ich darauf hinweisen, daß ich über den Antrag 17.27 sowieso getrennt abstimmen lassen werde.

Wir stimmen jetzt über die Anträge 17.1 bis 17.9 ab.

Ich stelle den Antrag der Antragskommission zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Ich stelle einstimmige Annahme des Antrages der Antragskommission fest.

Nun lasse ich über den Antrag 17.27 abstimmen. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Bundesvorstand. Wer für Annahme dieses Antrages ist, den bitte ich, das Handzeichen zu geben. - Danke. Die Gegenprobe!

(Zurufe: Auszählen! - Hammelsprung!)

- Ich wiederhole die Abstimmung. Zur Abstimmung steht der Antrag 17.27 der Antragsteller Dr. Huck, Bouffier und Kropp. Die Empfehlung der Antragskommission lautet: Überweisung an den Bundesvorstand. Wer dieser Empfehlung der Antragskommission die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Ein ähnliches Ergebnis. Ich habe den Eindruck, daß das erste die Mehrheit war, möchte mich aber bei meinen Kollegen im Tagungspräsidium vergewissern.

(Weitere Zurufe: Auszählen!)

Meine Damen und Herren, ich schlage vor, daß wir die Abstimmung durch Aufstehen wiederholen. Wer für Annahme des Antrages der Antragskommission - Überweisung an den Bundesvorstand - ist, den bitte ich, sich zu erheben. - Danke sehr. Ich darf um die Gegenprobe bitten! - Ich glaube, das erste war die Mehrheit.

(Teilweise Zustimmung, teilweise Widerspruch)

- Meine Damen und Herren, wenn das angezweifelt wird, müssen wir auszählen.

(Widerspruch - Einzelne Zurufe: Ja!)

Meine Damen und Herren, das Präsidium ist in seiner überwiegenden Mehrheit der Auffassung, daß das erste die Mehrheit war.

(Zustimmung)

Damit ist die Abstimmung abgeschlossen.

Ich rufe die Anträge 17.22 und 17.28 auf. Hierzu liegt eine Wortmeldung von Herrn Kerssenbrock, Schleswig-Holstein, vor. - Ich höre, Herr Kerssenbrock verzichtet. Dann erteile ich Herrn Brok, Junge Union, das Wort.

Elmar Brok: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Die Junge Union ist der Antragskommission sehr dankbar dafür, daß sie große Teile dieses Papiers der Jungen Union bezüglich der Drogenfrage übernommen hat. Wir haben aber ein Problem, und da bitten wir Sie um Ihre Unterstützung. Wir alle wissen, daß dieses Thema innerhalb der jungen Generation zu einem der gravierendsten und schrecklichsten gehört. Die Praktiker, die vor Ort mit der Bekämpfung der Drogensucht zu tun haben, wissen auch ganz genau, daß in der Frage, ob sich Drogensüchtige an verantwortliche Leute wenden, ein entscheidendes Hindernis darin besteht, daß die Möglichkeit gegeben ist, daß sie in eine Strafverfolgung geraten.

Aus diesen Gründen scheint es dringend notwendig zu sein, daß die Drogenberater, die im Dienste dieser jungen Menschen eine ungeheuer schwere Arbeit leisten, ein Zeugnisverweigerungsrecht erhalten, um auf diese Art und Weise ein Stück Glaubwürdigkeit gegenüber der jungen Generation zu bekommen, die von diesen Drogenfragen betroffen ist.

In diesem Sinne bitte ich Sie um Ihre Unterstützung für diesen einen Punkt, den die Jungen Union gerne noch realisiert haben möchte. - Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Für die Antragskommission hat Herr Dingerkus das Wort.

Stefan Dingerkus, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für die Antragskommission möchte ich zunächst einmal der Jungen Union den Dank dafür aussprechen, daß sie mit diesem Antrag ein für viele junge Menschen immer bedrohlicher werdendes Thema aufgegriffen und fundierte Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt hat, Möglichkeiten, wie gerade in den Orts- und Kreisverbänden die Arbeit mit den gefährdeten Jugendlichen vorangebracht und positiv beeinflußt werden kann. Das ist, glaube ich, das Wesentliche an diesem Antrag, und darum bitte ich Sie auch um Aufmerksamkeit für die Diskussion.

Die wesentliche Aussage dieses Antrages, nämlich Therapie vor Strafe zu stellen, ist, so denke ich, sehr bedeutsam, um überhaupt einen Erfolg in der Drogenbekämpfung und in der Arbeit mit Drogenabhängigen zu erreichen.

Ich möchte allerdings noch zwei Anmerkungen zum Antrag machen. Zum einen ist es sehr schwierig, das Thema "Drogen" im Blick auf Ursachen und Symptome zu diskutieren. Das Drogenthema ist zu komplex, als daß wir die Diskussion - wie es in dem Antrag zum Ausdruck kommt - allein um Symptome führen könnten. Allerdings ist es nahezu unmöglich, die Ursachen des Drogenproblems hier konkret zu diskutieren.

Dies muß kontinuierlich in allen Bereichen, insbesondere in den Bereichen Bildungspolitik, Familienpolitik und Gesellschaftspolitik geschehen, wo wesentliche Fehler der Regierungspolitik letztlich das Drogenproblem erst haben entstehen lassen.

Allerdings hat sich der ursprüngliche Antrag der Jungen Union in einer Reihe von Punkten mit Fragen beschäftigt, die das Drogenproblem nur am Rand berühren, nämlich mit der Problematik der Tätigkeits- und Aufgabenfeldbeschreibung von Sozialarbeitern. Dies ist, wie auch Elmar Brok soeben gesagt hat, ein besonders wichtiges Problem. Allerdings sollte man im Interesse der klaren, transparenten, umfassenden und ehrlichen Diskussion sowohl des Drogenthemas, als auch der Problematik der Drogenberater diese Diskussion voneinander trennen.

Darum hat die Antragskommission zusammen mit dem Antragsteller den Antrag gestrafft und überarbeitet und in der Ihnen vorliegenden Form eingebracht.

Zum Schluß ein Wort zum Zeugnisverweigerungsrecht. Ich muß gestehen, daß ich mich in einer etwas schwierigen Situation befinde. Ich fühle mich jetzt ausschließlich als Vertreter der Antragskommission. Persönliche Differenzen möge man mir deswegen schon jetzt verzeihen. Ich habe mich in der Antragskommission für das Zeugnisverweigerungsrecht ausgesprochen. Ich muß allerdings jetzt hier - und ich stehe jetzt dazu - als Vertreter der Antragskommission die Mehrheitsentscheidung der Antragskommission respektieren und festhalten, daß wir nach einer sehr ausgiebigen Diskussion über das Zeugnisverweigerungsrecht für Drogenberater in der Antragskommission zu dem Schluß gekommen sind, daß diese Frage noch einmal sehr ausgiebig im Bundesfachausschuß Jugendpolitik diskutiert werden sollte, wo auch der Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen zu Rate gezogen werden sollte, weil sich bei einigen Mitgliedern der Antragskommission herausgestellt hat, daß die Frage des Zeugnisverweigerungsrechts hinsichtlich der Vorteile und Nachteile zu weitgehend ist, als daß wir schon heute eine Entscheidung herbeiführen können. Die Drogenberatungsarbeit wird von unserer Seite höchstens positiv beeinflusst, wenn wir in dieser Frage ein offener, ehrlicher und fundierter Diskussion ausreichenden Raum einräumen und danach zu einer Entscheidung der Bundespartei kommen.

Ich plädiere also im Namen der Antragskommission für die Annahme der Ihnen vorliegenden Fassung in Absprache mit dem Antragsteller.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Ich danke dem Sprecher der An-

tragskommission. Wir kommen zur Abstimmung. Der Antrag der Antragskommission ist der weitergehende Antrag. Wir können gleichzeitig über den Antrag 17.28 abstimmen, da die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag als Ziffer 7 in die Fassung der Antragskommission einzubauen.

Wer für den Antrag der Antragskommission in dieser Fassung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Gegen einige Stimmen angenommen.

Ich rufe den Antrag 17.29 auf. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer für den Vorschlag der Antragskommission ist, den bitte ich, das Handzeichen zu geben. - Die Gegenprobe! - Das erste war die Mehrheit.

Ich lasse über den Antrag 17.30 abstimmen. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Wer für den Antrag der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Einstimmig: Überweisung.

Ich stelle den Antrag 17.31 zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt auch hier Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Wer für den Antrag der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Einstimmig: Überweisung.

Der Antrag 17.32 ist durch Annahme der Empfehlung der Antragskommission zu Antrag 15.2 erledigt.

Ich komme zu Antrag 17.33. Die Antragskommission empfiehlt Annahme mit der Maßgabe, daß der letzte Satz entfällt. Wer für den Vorschlag der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Dem Antrag der Antragskommission ist zugestimmt.

Ich rufe den Antrag 17.34 auf. Die Antragskommission empfiehlt: Überweisung zur Berücksichtigung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. - Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Gegen einzelne Stimmen überwiesen.

Ich rufe den Antrag 17.35 auf. Die Antragskommission empfiehlt: Überweisung an den Bundesvorstand zur Berücksichtigung bei der Durchführung des Arbeitsprogramms. Wer für den Antrag der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Diese Überweisung ist damit beschlossen.

Ich rufe als letzten den Antrag 17.36 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Bundesvorstand zum Arbeitsprogramm. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Die Überweisung ist einstimmig angenommen.

Damit ist der Punkt 17 erledigt.

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Wir sind damit am Ende der Tagesordnung dieses Parteitags angelangt.

Bevor ich unserem Parteivorsitzenden das Schlußwort erteile, sage ich namens des Parteitags ein Wort des Dankes.

(Unruhe)

- Wenn Sie noch ein paar Minuten dableiben, können wir auch das noch bei guter Präsenz und ordentlich erledigen.

Ich möchte ein Wort des Dankes zuerst für die Stadt Mannheim für die freundliche Aufnahme sagen, die wir hier gefunden haben.

(Beifall)

Sodann möchte ich herzlich dem Verkehrsverein der Stadt Mannheim und allen Mitarbeitern dieses Kongreßzentrums danken, die durch ihre Einsatzbereitschaft und immer freundliche Unterstützung in hervorragender Weise zur Atmosphäre und zum Gelingen dieses Parteitages beigetragen haben.

(Beifall)

Wir danken herzlich den Helferinnen und Helfern des Deutschen Roten Kreuzes, der Feuerwehr, vor allem auch den Beamten der Mannheimer Polizei, die in diesen Tagen Vorbildlich für uns gesorgt haben.

(Beifall)

Unser besonderer Dank gilt auch den Mitgliedern der CDU der Kreisverbände Mannheim und Ludwigshafen, die mit großem Engagement und mit hervorragender Disziplin immer liebevoll in diesen zwei Tagen als Ordner, Hilfskräfte und Hostessen tätig waren.

(Beifall)

Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle, die diesen Bundesparteitag vorbereitet und dafür gesorgt haben, daß die Delegierten pünktlich für einen reibungslosen Ablauf des Parteitags erforderlichen Unterlagen erhalten haben.

(Beifall)

Die Wohnungsbauvorlage habe ich in Klammern ausgenommen; aber die ist ja verabschiedet.

Unser Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Presse, Rundfunk und Fernsehen für ihr Interesse und ihre Berichterstattung über diesen Bundesparteitag.

(Beifall)

Zuletzt gilt mein Dank und der Dank des Tagungspräsidiums Ihnen allen, die Sie in einer für einen Parteitag kurzen Zeit, nämlich gestern und heute, mit einer hervorragenden Disziplin, die gestern bis in die Nachtstunden - allerdings nicht am Tagungsort - gedauert hat, dazu beigetragen haben, daß dieser Parteitag ein umfangreiches Programm nahezu zeitgerecht abwickeln konnte. Dafür Ihnen

herzlichen Dank.

(Beifall)

Und nun darf ich das Schlußwort für diesen Parteitag an unseren Parteivorsitzenden Helmut Kohl geben.

(Beifall)

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Freunde! Liebe Gäste! Einige ganz kurze Schlußbemerkungen zu diesem 29. Bundesparteitag der CDU Deutschlands in Mannheim.

Ich danke allen, die zum Gelingen dieses Parteitages beigetragen haben. Wer weiß, welch ungeheuerer Kleinarbeit dazugehört, ein solches Unternehmen in zweimal 24 Stunden durchzuziehen, der weiß, was unsere Mitarbeiter im Konrad-Adenauer-Haus seit Monaten und die Mitarbeiter hier in Mannheim und alle Stellen, die uns behilflich waren, in Stadt und Land geleistet haben.

Aber wir sollten uns vor allem bei dem gastgebenden Landesverband Baden-Württemberg und unserem Freund Lothar Späth, dem Landesvorsitzenden, bedanken.

(Beifall)

Daß der gestrige Abend, den ich leider aus den bekannten Gründen nicht genießen konnte, so gelungen war, daß er sich würdig in die Parteitagssabende in der Geschichte unserer Partei eingereiht hat, finde ich eine ganz großartige Sache. Denn, meine Freunde, wer nicht miteinander lachen kann, kann auch nicht miteinander siegen. Das ist eine ganz wichtige Lebenserfahrung.

(Beifall)

Dir, lieber Lothar Späth, dem Tagungspräsidium und allen, die dabei geholfen haben, ein herzliches Wort des Dankes.

Ich möchte mich noch einmal bedanken bei den zahlreichen Freunden aus dem Ausland, unseren Gästen, die hierher gekommen sind.

Ich will mich herzlich bedanken bei denen, die in diesen Tagen ihre Pflicht taten - unter nicht immer ganz einfachen Bedingungen - für die öffentlichen Medien, ob es Rundfunk oder Fernsehen war oder die "schreibende Zukunft" der Journalisten in der Printpresse. Ein solcher Parteitag lebt entscheidend davon, daß das, was dort gesagt und getan wird, übermittelt wird an unsere Mitbürger.

(Beifall)

Und ich will Ihnen, den Delegierten, herzlich danken für Ihr Engagement, Ihre Diskussionsbereitschaft, Ihre Sachkenntnis und Ihre Solidarität im Umgang miteinander. Ich glaube, diese zwei Tage in Mannheim haben einmal mehr bewiesen, daß die CDU Deutschlands eine Partei ist, die weiß, was sie will, und von der wir alle mit gutem Grund sagen können: sie ist unsere politische Heimat, und wir können uns hier wohlfühlen.

Dies war ein Parteitag nach einer Bundestagswahl, die unsere Wünsche nicht in Erfüllung gehen ließ. Und so war es im besten Sinne des Wortes auch ein Parteitag des neuen Selbstvertrauens. Dieser Parteitag hat deutlich gemacht: Wir sind geschlossen und einig in unseren politischen Überzeugungen. Aber diese Einigkeit erwächst

nicht aus irgendeinem Zwang, sondern aus der Fähigkeit zur offenen, sensiblen Diskussion miteinander, zur fairen Diskussion, um dann zu einem Gesamtergebnis zu kommen.

Aber was bei allem Unterschiedlichen im Detail viel wichtiger ist: Diese Volkspartei Christlich Demokratische Union Deutschlands zeigt in keinem einzigen wirklich relevanten, bedeutsamen Sachpunkt unserer Politik unüberwindbare Gegensätze zwischen Gruppen und Flügeln.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, nach 30 Jahren Christlicher Demokraten in Deutschland ist das eine beachtliche Bilanz.

Ich erwähne die hier, weil ich gelegentlich die Bemerkung höre: Ihr seid doch gar keine richtige Partei, weil ihr gar keinen richtigen, großen Krach und keine richtigen Flügelkämpfe habt. Meine Damen und Herren, andere sollen erst einmal die Debatte zum Wohnungsbau auf hohem Niveau nachmachen, die wir heute hier vorgeführt haben.

(Beifall)

Wir wollen fähig sein zur Integration. Das ist etwas ganz anderes als blankes Unterordnen. Integration heißt, Argumente hören und respektieren, heißt auch, sich gegenseitig ertragen, heißt, das Recht von Minderheiten nicht nur schätzen und schützen, sondern als ein Stück der eigenen politischen Kultur zu verstehen. So, meine Freunde, schaffen wir Vertrauen, und so werden wir dem Vertrauen unserer Mitbürger gerecht.

Das macht uns stark. Unsere Stärke hängt eben nicht ab von der Unfähigkeit und von den Fehlern anderer. Unsere Stärke wächst aus unserer Überzeugung, aus der Substanz unserer Argumente und unserer Programme und bewährt sich in der Solidarität der Partei.

Nach der Wahl haben wir versucht, in der Bundestagsfraktion die notwendigen Voraussetzungen für die Zukunft zu schaffen. In diesen beiden Tagen - das ist für jedermann erkennbar - haben wir in Mannheim als Partei einmal mehr, im Sachlichen wie im Personellen, die Grundlagen unserer Arbeit für unsere Mitbürger in Deutschland verstärkt.

Wir haben ein Arbeitsprogramm beschlossen, daß jetzt nicht Makulatur sein darf, sondern Aufruf zur praktischen Arbeit in den Orts- und Kreisverbänden. Arbeiten wir gemeinsam für eine menschlichere Zukunft unseres Volkes! Sprechen wir in der Sprache, die unsere Mitbürger erwarten und verstehen, mit ihnen über ihre und unsere Sorgen, über ihre und unsere Wünsche! Dieses Programm soll für uns ein Angebot zum offenen und auch nachdenklichen Gespräch über die Zukunft unseres Vaterlandes sein. Jetzt gilt es, daraus und damit zu arbeiten - vor allem im Gespräch mit der jungen Generation. Denn das ist das Wichtigste: daß es uns gelingt, die Jungen für diesen, für ihren und unseren gemeinsamen Staat zu gewinnen.

Und so dürfen wir sagen: Wir verlassen diesen 29. Bundesparteitag in Mannheim mit Selbstvertrauen. Wir wollen es nützen in der kämpferischen Gelassenheit, aber auch in der kämpferischen Bereitschaft, die notwendig ist bei den Kommunalwahlen in wenigen Tagen in Hessen, wo ich vor allem unserem Freunde Walter Wallmann für Frankfurt alles Gute zurufen möchte.

(Beifall)

Wir wollen es nutzen bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 10. Mai, wo wir mit unseren Freunden in Berlin, vor allem mit Richard von Weizsäcker und seiner Mannschaft, eine gute Chance der Wende zum Besseren in Berlin haben.

(Beifall)

Mannheim 1981 - das ist für uns in schwieriger Zeit Signal zum Aufbruch für die CDU in Deutschland. Und so will ich diesen Aufbruch hier auch so signalisieren, daß ich unseren Freunden draußen im Lande zurufe, unseren vielen hunderttausenden Mitgliedern in den Orts- und Kreisverbänden, unseren Millionen Wählern und Freunden, daß wir bereitstehen, das Richtige und Notwendige für unser Land zu tun.

Ich will diesen Parteitag, unserer Tradition folgend, schließen auch mit dem Ruf der Sympathie hinüber über die Grenze des Eisernen Vorhangs an unsere Mitbrüder im anderen Teil Deutschlands.

(Lebhafter Beifall)

Wir schließen den 29. Bundesparteitag der CDU Deutschlands mit dem Lied der Deutschen: "Einigkeit und Recht und Freiheit".

(Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne)

(Beifall)

(Schluß des Parteitages: 16.40 Uhr)

Anhang I



B e s c h l u ß p r o t o k o l l

des 29. Bundesparteitages - 9./10. März 1981 - Mannheim

Tagesordnung:

1. Eröffnung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlussfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission
5. Wahl der Stimmzählkommission
6. Grußworte
7. Bericht des Parteivorsitzenden
8. Bericht des Generalsekretärs
9. Bericht des Bundesschatzmeisters
10. Bericht der Rechnungsprüfer
11. Aussprache zu den Berichten
12. Entlastung des Vorstandes
13. Bericht der Mandatsprüfungskommission
14. Wahl des Bundesvorstandes
 - 14.1 Wahl des Parteivorsitzenden
 - 14.2 Wahl des Generalsekretärs
 - 14.3 Wahl der Stellvertretenden Vorsitzenden
 - 14.4 Wahl des Bundesschatzmeisters
 - 14.5 Wahl der übrigen Mitglieder des Bundesvorstandes
 - 14.6 Wahl der Rechnungsprüfer
15. Antrag des Bundesvorstandes
Arbeitsprogramm: "Aufgaben der 80er Jahre"
16. Wohnungsbaupolitik
17. Sonstige Anträge
18. Schlußwort des Parteivorsitzenden

Zu TOP 2: Folgendes Tagungspräsidium wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und bei Enthaltung der Betroffenen einstimmig gewählt:

Präsident: Lothar Späth

Beisitzer: Dr. Uwe Barschel
Dr. Ursula Besser
Kurt Böckmann
Elmar Brok
Siegfried Dübel
Jürgen Echternach
Konrad Grundmann
Wilfried Hasselmann
Dr. Maria Herr-Beck
Bernhard Jagoda
Hermann Kroll-Schlüter
Peter Lorenz
Bernd Neumann
Wolfgang Vogt
Dr. Horst Waffenschmidt
Rita Waschbüsch
Prof. Dr. Gerhard Zeitel

Zu TOP 3: Die vorstehende Tagesordnung wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig angenommen.

Ferner wurde einstimmig beschlossen, die vom Bundesvorstand festgelegten Verlängerungen der Antragsfristen zu TOP 15 auf den 23. Februar 1981, 24.00 Uhr, und zu TOP 16 auf den 3. März 1981, 10.00 Uhr, zu genehmigen.

Außerdem wurde einstimmig beschlossen, die Einreichungsfrist für Kandidatenvorschläge zur Wahl der Stellvertretenden Vorsitzenden und für die Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes auf den 9. März 1981, 15.00 Uhr, sowie für Initiativanträge zu TOP 15, 16 und 17 auf den 9. März 1981, 18.00 Uhr, festzulegen.

Zu TOP 4: Die vom Bundesvorstand eingesetzte Antragskommission wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und bei Enthaltung der Betroffenen einstimmig wie folgt bestätigt:

Vorsitzender: Dr. Heiner Geißler

Stellvertreter: Ulf Fink

Weitere Mitglieder: Otto Bernhardt
Ursula Benedix-Engler
Eberhard Diepgen
Stefan Dingerkus
Dr. Renate Hellwig
Dr. Friedrich-Adolf Jahn
Dr. Franz Josef Jung
Gerhard Meyer
Dr. Franz Möller
Gerhard Orgaß
Hartmut Perschau
Dr. Heinz Riesenhuber
Dr. Peter Spary
Friedrich Vogel
Wolfgang Vogt
Prof. Dr. Ernst Weidenfeld

Zu TOP 5: In die Stimmzählkommission wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Vorsitzender: Andreas Nathan

Weitere Mitglieder:

- | | |
|-----------------------|--------------------------|
| 1. Abel, Udo | 13. Feldhaus, Günther |
| 2. Abels, Franz | 14. Fliegauß, Bernhard |
| 3. Anschütz, Lothar | 15. Fokken, Karl-Heinz |
| 4. Allendorf, Heinz | 16. Geditz, Jakob |
| 5. Bauer, Bernhard | 17. Hascher, Rainer |
| 6. Beerbaum, Bernhard | 18. Heißler, Karl |
| 7. Boenke, Friedrich | 19. Henseler, Peter |
| 8. Borchert, Klaus | 20. Hermann, Rolf |
| 9. Braum, Eva | 21. Hildebrand, Arnold |
| 10. Budde, Heinz | 22. Hörner, Edgar |
| 11. Butz, Lilo | 23. Hoffschroer, Gerhard |
| 12. Enderes, Heinz | 24. Jusa, Othmar |

- | | |
|------------------------|------------------------|
| 25. Kaeding, Rudolf | 37. Schlademann, K.D. |
| 26. Lang, Mia | 38. Schmalz, Rudi |
| 27. Lenk, Günther | 39. Schraer, August |
| 28. Lübben, Hajo | 40. Segner, Kurt |
| 29. Mangold, Berthold | 41. Steinmann, Manfred |
| 30. Metzger, Max | 42. Stiller, Stefan |
| 31. Miemert, Heinz | 43. Trippe, Heinz |
| 32. Müller, Elmar | 44. Volkmann, Werner |
| 33. Müller, Hermann | 45. Wagner, Willi |
| 34. Pack, Hans-Joachim | 46. Weber, Günther |
| 35. Rüdinger, Hans | 47. Winer, Peter |
| 36. Schebben, Leonhard | 48. Xhonneux, Matthias |

zu TOP 7/

11: Der Bundesparteitag nahm den politischen Bericht des Parteivorsitzenden und zugleich des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach ausführlicher Diskussion zustimmend zur Kenntnis.

zu TOP 8/

11: Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Generalsekretärs nach ausführlicher Diskussion zustimmend zur Kenntnis.

zu TOP 9/

11: Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Bundesschatzmeisters zustimmend zur Kenntnis.

zu TOP 10/

11: Der Bundesparteitag nahm den Bericht der Rechnungsprüfer zustimmend zur Kenntnis.

zu TOP 12:

Der Bundesparteitag erteilte dem Bundesvorstand auf Antrag der Rechnungsprüfer einstimmig und bei Stimmenthaltung der Mitglieder des Bundesvorstandes Entlastung für die Rechnungsjahre 1978 und 1979.

zu TOP 13:

Der Bundesparteitag nahm zur Kenntnis, daß der Bundesausschuß auf Vorschlag des Bundesvorstandes am 8.12.1980 in Bonn gemäß § 10 Abs. 1 der Geschäftsordnung der CDU folgende Mitglieder der Mandatsprüfungskommission gewählt hatte:

<u>Vorsitzender:</u>	Walter Penther
<u>Beisitzer:</u>	Richard Hartmann
	Martin Schiestl
	Karl Schumacher

Die Mandatsprüfungskommission erstattete am 9.3.1981 folgenden Bericht:

"Die Mandatsprüfungskommission hat am 9.3.1981, 16.00 Uhr, getagt und dabei festgestellt, daß von 781 Delegierten 779 Delegierte anwesend waren.

Von den 30 Delegierten der Exil-CDU waren 30 Delegierte anwesend.

Die Delegierten der Exil-CDU sind nach § 28 Abs. 3 des Statuts für die Wahlen zum Bundesvorstand nicht stimmberechtigt. Danach sind für die Wahlen zum Bundesvorstand 749 Delegierte anwesend. Die Überprüfung hat ergeben, daß die Wahl der Delegierten ordnungsgemäß erfolgt ist. Der Parteitag ist beschlußfähig."

Der Bundesparteitag nahm diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis.

zu TOP 14: Wahl des Bundesvorstandes

- 14.1 - Wahl des Parteivorsitzenden Dr. Helmut Kohl
Gesamtzahl der abgegebenen Stimmzettel: 717
Enthaltungen: 6
Ungültig: 2
Gültige Stimmen: 709
Ja: 689
Nein: 20
- 14.2 - Wahl des Generalsekretärs Dr. Heiner Geißler
Gesamtzahl der abgegebenen Stimmzettel: 718
Enthaltungen: 28
Ungültig: -
Gültige Stimmen: 690
Ja: 639
Nein: 51
- 14.3 - Wahl der Stellvertretenden Vorsitzenden
Gesamtzahl der abgegebenen Stimmzettel: 732
Enthaltungen: -
Ungültig: 6
Gültige Stimmen: 726
Für die Wahl sind jeweils mindestens 364 Stimmen erforderlich.
Es sind gewählt:
1. Dr. Gerhard Stoltenberg 699
2. Dr. Ernst Albrecht 614
3. Dr. Hanna-Renate Laurien 606
4. Dr. Norbert Blum 559
5. Dr. Alfred Dregger 530
6. Lothar Späth 528
7. Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf 427
- 14.4 - Wahl des Bundesschatzmeisters Walther L. Kiep
Gesamtzahl der abgegebenen Stimmzettel: 632
Enthaltungen: 15
Ungültig: 3
Gültige Stimmen: 614
Ja: 584
Nein: 30
- 14.5 - Wahl der übrigen Mitglieder des Bundesvorstandes
Gesamtzahl der abgegebenen Stimmzettel: 725
Enthaltungen: -
Ungültig: 7
Gültige Stimmen 718

Für die Wahl sind jeweils mindestens 360 Stimmen erforderlich.

Es sind im 1. Wahlgang gewählt:

1. Dr. Richard von Weizsäcker	684
2. Dr. Walter Wallmann	675
3. Dr. Bernhard Vogel	655
4. Wilfried Hasselmann	611
5. Dr. Manfred Wörner	561
6. Dr. Bernhard Worms	527
7. Dr. Burkhard Ritz	514
8. Heinrich Windelen	507
9. Prof. Dr. Roman Herzog	504
10. Annemarie Griesinger	500
11. Matthias Wissmann	491
12. Dr. Horst Waffenschmidt	481
13. Gottfried Koch	475
14. Dr. Helga Wex	473
15. Friedrich Vogel	458
16. Prof. Dr. Gerhard Zeitel	447
17. Dr. Philipp von Bismarck	434
18. Dr. Christian Schwarz-Schilling	425
19. Elmar Pieroth	397

Die Stichwahl für Platz 20 der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes ergab:

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmzettel:	623
Enthaltungen:	1
Ungültig:	-
Gültige Stimmen:	622

Für die Wahl sind mindestens 312 Stimmen erforderlich.

Es entfielen auf	
Werner Scherer	378
Wolfgang Vogt	244

Damit wurde Werner Scherer zum 20. weiteren Mitglied des Bundesvorstandes gewählt.

Wahlergebnis der nichtgewählten Kandidaten:

1. Wolfgang Vogt (Stichwahl)	244
aus dem 1. Wahlgang:	
2. Peter Lorenz	390
3. Christian Wulff	375
4. Bernd Neumann	365
5. Jürgen Echternach	303

14.6 - Wahl der Rechnungsprüfer

Die bisherigen Rechnungsprüfer Erik Blumenfeld und Alphons Horten wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig für die Jahre 1981 - 1983 wiedergewählt.

Zu TOP 15: Der Bundesparteitag nahm den Antrag Nr. 15.1 des Bundesvorstandes - Arbeitsprogramm: "Aufgaben der 80er Jahre" - in der Fassung der Antragskommission in offener Abstimmung in der Schlußabstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig an. Der Schlußabstimmung gingen mehrere offene Einzelab-

stimmungen voraus; sie hatten folgende in der Regel ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gefaßte Ergebnisse (die nachfolgenden Ziffern sind die jeweiligen Antragsnummern):

- Zur "Präambel"
Annahme von 15.1 in der Fassung der Antragskommission unter Einbeziehung von 15.10 und 15.26.
Erledigung von 15.8 durch obige Annahme von 15.1.
Erledigung von 15.7 durch Annahme von 15.1, Abschnitt IV.
- Zur Einleitung des Abschnitts II
Annahme von 15.1, Abschnitt II der Einleitung.
Ablehnung von 15.9.
- Zu Abschnitt II, Ziffer 1
Annahme von 15.1, Abschnitt II, Ziffer 1.
Überweisung von 15.11 bis 15.15 an den Bundesvorstand zur Berücksichtigung bei der Behandlung des Arbeitsprogramms.
- Zu Abschnitt II, Ziffer 2
Annahme von 15.1, Abschnitt II, Ziffer 2, und von 15.17, Abschnitt III, 3. und 6. Spiegel, in der Fassung der Antragskommission.
Überweisung der übrigen Teile von 15.17 an den Bundesvorstand zur Berücksichtigung bei der weiteren Arbeit zu diesem besonderen Thema.
Ablehnung von 15.16.
- Zu Abschnitt II, Ziffer 3
Annahme von 15.1, Abschnitt II, Ziffer 3, und von 15.18, Satz 1, unter Berücksichtigung des Antrages 15.24 in der Fassung der Antragskommission.
Überweisung von 15.25 und 15.32 an den Bundesvorstand zur Berücksichtigung bei der weiteren Behandlung des Arbeitsprogramms.
Überweisung von 15.3 und 15.4 an den Bundesvorstand und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.
Ablehnung von 15.19.
- Zu Abschnitt II, Ziffer 4
Annahme von 15.1, Abschnitt II, Ziffer 4, und von 15.22 und 15.33 in der Fassung der Antragskommission.
Überweisung von 15.5 und 15.21 an den Bundesvorstand.
Ablehnung von 15.20.
- Zu Abschnitt III
Annahme von 15.1, Abschnitt III, und von 15.23, Satz 1, in der Fassung der Antragskommission.
Erledigung von 15.23, Absatz 2, durch obige Annahme von 15.10.
Überweisung von 15.6 an den Bundesvorstand zur Berücksichtigung bei der weiteren Arbeit an diesem besonderen Thema.
- Zu Abschnitt IV
Annahme von 15.1, Abschnitt IV.

- Sonstige Anträge zu 15.1 - Arbeitsprogramm: "Aufgaben der 80er Jahre" -
 Annahme von 15.2, Ziffer 2, als eigener, selbständiger Beschluß "Solidarität mit Behinderten und psychisch kranken Menschen" in der Fassung der Antragskommission.
 Überweisung von 15.27 (bei wenigen Gegenstimmen) an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.
 Erledigung von 15.28 (bei wenigen Gegenstimmen) durch Annahme der Empfehlung der Antragskommission zu 17.19.
 Überweisung von 15.29 (bei einigen Enthaltungen) an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.
 Überweisung von 15.30 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.
 Annahme von 15.31, Absatz 1, als eigener, selbständiger Beschluß "Durch Wachstum zur Vollbeschäftigung".
 Überweisung der übrigen Teile von 15.31 an den Bundesvorstand zur Berücksichtigung bei der weiteren Durchführung des Arbeitsprogramms.

Zu TOP 16: Der Bundesparteitag nahm den Antrag Nr. 16.1 des Bundesvorstandes - "Grundlagen für eine zeitgerechte Wohnungs- und Städtebaupolitik" - in der Fassung der Antragskommission in offener Abstimmung durch Erheben von den Plätzen in der Schlußabstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig an.
 Der Schlußabstimmung gingen mehrere offene Einzelabstimmungen voraus; sie hatten folgende in der Regel mit großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen gefaßte Ergebnisse (die nachfolgenden Ziffern sind die jeweiligen Antragsnummern):

- Allgemeine Anträge
 Behandlung von 16.15, letzter Absatz (Mieterschutz), zusammen mit Abschnitt B, Ziffer 2 von 16.1.
 Erledigung der übrigen Teile von 16.15 durch die Beschlußfassung des Bundesparteitages zur Wohnungsbau- und Städtebaupolitik.
 Ablehnung von 16.16.
 Teilweise Erledigung von 16.17 durch Annahme der Empfehlung der Antragskommission zur Wohnungsbau- und Städtebaupolitik. Überweisung der restlichen Teile von 16.17 an den Bundesfachausschuß Städte- und Wohnungsbau.
- Zu 16.1, Abschnitt A Präambel
 Annahme von 16.1, Abschnitt A, und von 16.2, 16.18 und 16.37 in der Fassung der Antragskommission.
- Zu 16.1, Abschnitt B Thesen, Ziffer 1
 Annahme von 16.1, Abschnitt B, Ziffer 1, von 16.19, 2. und 3. Spiegel, und von 16.20 (außer dem letzten Spiegel) in der Fassung der Antragskommission.
 Erledigung von 16.41 und 16.48 durch Annahme der obigen Empfehlung der Antragskommission.
 Überweisung von 16.3 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.
 Überweisung von 16.20 (letzter Spiegel) an den Bun-

desfachausschuß Städte- und Wohnungsbau.
Ablehnung von 16.4, 16.19, 1. Spiegel, und von 16.21.

- Zu 16.1, Abschnitt B, Ziffer 2
Annahme von 16.1, Abschnitt B, Ziffer 2, von 16.6, 16.7, 16.15 (letzter Absatz), 16.22 und 16.24 in der Fassung der Antragskommission.
Verabschiedung eines eigenen, selbständigen Beschlusses 16.23 des KV Mainz-Bingen "Schutz und Sozialpflichtigkeit des Eigentums gelten auch für Wohnungseigentum" in der Fassung der Antragskommission außerhalb des Beschlusses "Grundlagen für eine zeitgerechte Wohnungs- und Städtebaupolitik".
Erledigung von 16.25 und 16.42 durch Annahme der obigen Empfehlung der Antragskommission.
Überweisung von 16.49 (soweit nicht erledigt) an den Bundesfachausschuß Städte- und Wohnungsbau.
Überweisung von 16.38 an den Bundesfachausschuß Städte- und Wohnungsbau.
Ablehnung von 16.5.
- Zu 16.1, Abschnitt B, Ziffer 3
Annahme von 16.1, Abschnitt B, Ziffer 3, in der Fassung der Antragskommission.
Überweisung von 16.8 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.
Überweisung von 16.9 und 16.26 (letzter Spiegel) und von 16.43 an den Bundesfachausschuß Städte- und Wohnungsbau.
Erledigung von 16.10, 1. Absatz, durch Annahme der obigen Empfehlungen der Antragskommission zu 16.1, Abschnitt B, Ziffer 1.
Erledigung von 16.26 (außer dem letzten Spiegel) durch die obige Annahme der Empfehlungen der Antragskommission.
Erledigung von 16.27 durch Annahme der Empfehlungen der Antragskommission zu 16.1, Abschnitt B, Ziffer 4.
Ablehnung von 16.10, Absatz 2.
- Zu 16.1, Abschnitt B, Ziffer 4
Annahme von 16.1, Abschnitt B, Ziffer 4, von 16.11 b), Absatz 1 sowie 2. und 4. Spiegel, von 16.29 und 16.30 in der Fassung der Antragskommission.
Erledigung von 16.28 a) durch obige Annahme der Empfehlungen der Antragskommission.
Überweisung von 16.11 b), 3. Spiegel, an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.
Ablehnung von 16.11 (außer den angenommenen und überwiesenen Antragsteilen unter b), und von 16.12, 16.28 b), 16.39, 16.44 und 16.45.
- Zu 16.1, Abschnitt B, Ziffern 5 und 6
Annahme von 16.1, Abschnitt B, Ziffern 5 und 6, 16.13, 16.14 (außer den ersten beiden Spiegeln), 16.31 (außer den ersten beiden Spiegeln und dem letzten Spiegel), 16.32 (3. Spiegel), 16.34 (2. Spiegel), 16.35 und 16.36 in der Fassung der Antragskommission unter der Überschrift "Auch neue Wege müssen besritten werden".

Überweisung von 16.46 zur Berücksichtigung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an den Bundesfachausschuß Städte- und Wohnungsbau.
Ablehnung von 16.14 (1. und 2. Spiegel), 16.31 (1. und 2. Spiegel nach der Überschrift "Auch neue Wege", und letzter Spiegel), 16.32 (1. und 2. Spiegel), 16.33, 16.40, 16.34 (1. Spiegel und Absatz 2).

- Zu 16.1, Abschnitt B, Ziffer 7 (neu)
Annahme von 16.47 in der Fassung der Antragskommission.
- Zu 16.1, Abschnitt B, Ziffer 8 (neu) = Ziff.7 (alt)
Annahme von 16.1, Abschnitt B, Ziffer 7 (alt).
- Zu 16.1, Abschnitt C
Annahme von 16.1, Abschnitt C.

Zu TOP 17: Sonstige Anträge

Der Bundesparteitag nahm in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig die Zusammenfassung der Anträge 17.1 bis 17.9 in der Fassung der Antragskommission unter gleichzeitiger Erledigung der vorgenannten Anträge an.

Der Bundesparteitag lehnte Antrag Nr. 17.10 des KV Main-Taunus in offener Abstimmung bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ab.

Der Bundesparteitag nahm Antrag Nr. 17.11 des KV Trier-Stadt in der Fassung der Antragskommission in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen bei einigen Enthaltungen einstimmig an.

Der Bundesparteitag nahm Antrag Nr. 17.12 des KV Bonn in der Fassung der Antragskommission in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen bei wenigen Enthaltungen einstimmig an.

Der Bundesparteitag nahm Antrag Nr. 17.13 des KV Bonn in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig an.

Der Bundesparteitag nahm Antrag Nr. 17.14 des KV Bonn in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig an.

Der Bundesparteitag nahm Antrag Nr. 17.15 des KV Schaumburg in der Fassung der Antragskommission in offener Abstimmung bei einigen Gegenstimmen und ohne Enthaltungen an.

Der Bundesparteitag überwies Antrag Nr. 17.16 des LV Rheinland-Pfalz einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen an den Bundesvorstand zur Mitbehandlung bei Punkt 1 des Arbeitsprogramms "Die Soziale Marktwirtschaft muß bei veränderten Bedingungen wieder durchgesetzt werden."

Der Bundesparteitag nahm den 1. Absatz des Antrages Nr. 17.17 des KV Westerwald in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig an und überwies die 7 Punkte des Absatzes 2 des Antrages mit dem gleichen Stimmenverhältnis an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Berücksichtigung.

Der Bundesparteitag hat Antrag Nr. 17.18 des KV Schaumburg in offener Abstimmung bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Berücksichtigung überwiesen.

Der Bundesparteitag nahm Antrag Nr. 17.19 des KV Schaumburg in der Fassung der Antragskommission in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und bei einer Stimmenthaltung einstimmig an.

Der Bundesparteitag nahm Antrag Nr. 17.20 des KV Main-Kinzig in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig an.

Der Bundesparteitag nahm Antrag Nr. 17.21 des KV Borken in offener Abstimmung bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung an.

Der Bundesparteitag nahm Antrag Nr. 17.22 der BV Junge Union und Antrag Nr. 17.28 der Delegierten Prof. Dr. Biedenkopf, Dr. Hennig, Borchert und weiterer Delegierter mit der neuen Überschrift "Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogen- und Rauschmittelmißbrauches" in der Fassung der Antragskommission bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen an.

Der Bundesparteitag nahm Antrag Nr. 17.23 des Bez.V. Württemberg-Hohenzollern in offener Abstimmung bei einigen Gegenstimmen und ohne Enthaltungen an.

Der Bundesparteitag überwies Antrag Nr. 17.24 des KV Main-Kinzig in offener Abstimmung bei 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Der Bundesparteitag nahm Antrag Nr. 17.25 der BV Junge Union in der Fassung der Antragskommission in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig an.

Der Bundesparteitag nahm Antrag Nr. 17.26 der BV Junge Union in der Fassung der Antragskommission in offener Abstimmung bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen an.

Der Bundesparteitag überwies Antrag Nr. 17.27 der Delegierten Dr. Huck, Bouffier, Kropp und weiterer Delegierter (Gemeinsame Delegiertenkonferenz der Unionsparteien) in offener Abstimmung mit knapper Mehrheit an den Bundesvorstand.

Der Bundesparteitag nahm Antrag Nr. 17.29 der Delegierten Frau Thoben, Prof. Dr. Biedenkopf, Gerstein und wei-

terer Delegierter in der Fassung der Antragskommission in offener Abstimmung mit Mehrheit an.

Der Bundesparteitag überwies Antrag Nr. 17.30 der Delegierten Dr. Worms, Fröhlings, Hofmann und weiterer Delegierter in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Der Bundesparteitag überwies Antrag Nr. 17.31 der Delegierten Fröhlings, Hofmann, Dr. Barber und weiterer Delegierter in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Der Bundesparteitag erklärte Antrag Nr. 17.32 der Delegierten Frau Hürland, Bitter, Prof. Dr. Brüggemann und weiterer Delegierter in offener Abstimmung durch Annahme der Empfehlungen der Antragskommission zu Antrag Nr. 15.2 für erledigt.

Der Bundesparteitag nahm Antrag Nr. 17.33 der Delegierten Brok, Langes, Hasselmann und weiterer Delegierter in der Fassung der Antragskommission in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig an.

Der Bundesparteitag überwies Antrag Nr. 17.34 der Delegierten Frau Dr. Wex, Frau Karwatzki, von Hall und weiterer Delegierter in offener Abstimmung bei einzelnen Gegenstimmen und Enthaltungen zur Berücksichtigung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Der Bundesparteitag überwies Antrag Nr. 17.35 der Delegierten Dr. Klepsch, Dr. van Aerssen, Katzer, Langes und weiterer Delegierter in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltung einstimmig an den Bundesvorstand zur Berücksichtigung bei der Durchführung des Arbeitsprogramms.

Der Bundesparteitag überwies Antrag Nr. 17.36 der Delegierten Wolters, Uhlenberg, Dr. Lammanns und weiterer Delegierter in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig an den Bundesvorstand zur Berücksichtigung bei der Durchführung des Arbeitsprogramms.

Der Wortlaut der vom Bundesparteitag gefaßten Beschlüsse zu TOP 15 bis TOP 17 ist als Anlage beigefügt.



Anhang II

Beschlüsse

Arbeitsprogramm - Aufgaben der 80er Jahre

I. Präambel

1. Die Politik der CDU beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen, der Ehrfurcht vor der Schöpfung und der Verantwortung des Menschen vor Gott. Das Verständnis vom Menschen und die Orientierung ihrer Politik an den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, wie sie im Grundsatzprogramm der CDU definiert sind, geben der CDU die Kraft, die große Herausforderung unserer Zeit zu bestehen, nämlich Gegenwartsinteressen und Zukunftsinteressen richtig zu gewichten.

Das richtige Verhältnis zwischen Gegenwart und Zukunft ist gestört. Die Ansprüche der Gegenwart beherrschen die politische Szene. Künftige Gestaltungsmöglichkeiten der heutigen Jugend und der nachfolgenden Generationen werden durch die kurzfristige Gegenwartspolitik der Koalition von SPD und FDP in unerträglichem Maße eingegrenzt. In der Wiederherstellung der richtigen Gewichtung zwischen Gegenwart und Zukunft, in der Durchsetzung einer zukunftsbewußten Politik liegt eine zentrale Aufgabe der CDU.

Das Gemeinwesen, für das wir uns einsetzen, ist mehr als nur ein Interessenverband zu Tageszwecken. Es ist unsere moralische Pflicht, nicht nur an die Gegenwart, sondern auch an die Zukunft, nicht nur an uns selbst, sondern auch an unsere Kinder und Kindeskinde zu denken. Hierzu gehört auch, daß unsere Politik für junge Menschen Voraussetzungen schafft, ihr Leben in verantworteter Freiheit zu gestalten und ihren Platz in Beruf und Gesellschaft zu finden. Wir wollen unserer Jugend eine chancenreiche, eine menschliche, eine lebenswerte Zukunft eröffnen.

2. Mit ihrem Grundsatzprogramm verfügt die CDU über eine zukunftsweisende programmatische Grundlage. Einiger Themen aber, die in der Diskussion auch der jungen Generation eine besondere Rolle spielen, muß sich die CDU verstärkt annehmen. Dabei müssen strittige Sachfragen offen ausgetragen werden.

Die CDU muß ernsthaft den Dialog mit der Jugend suchen. Nur wenn sie sich stärker für die Vorstellungen und Interessen junger Menschen öffnet, wird sich auch ein größerer Teil der Jugend mit der CDU identifizieren können, der ihr kritisch gegenübersteht oder sich von ihr abgewandt hat. Junge Menschen wollen als Partner ernstgenommen werden. Gefragt sind daher Dialogbereitschaft statt Belehrung, persönliche Glaubwürdigkeit statt Anpassung.

II. Arbeitsprogramm

Der Bundesvorstand wird beauftragt, zu folgenden Themenbereichen weiterführende Aussagen zu erarbeiten und zur Diskussion und Beschlußfassung in der Partei vorzulegen:

1. Die Soziale Marktwirtschaft muß bei veränderten Bedingungen wieder durchgesetzt werden:
 - a) Wie können die Wirtschaftskraft wieder gestärkt und die Vollbeschäftigung wieder hergestellt werden?
 - b) Wie können wirtschaftliches Wachstum und technische Entwicklung mit dem Schutz unserer natürlichen und sozialen Umwelt vereinbart werden?

Begründung:

Eine Analyse der heutigen wirtschaftlichen Situation in der Bundesrepublik Deutschland zeigt, daß wir in den nächsten Jahren - als Folge der Politik der SPD/FDP-Koalition und einer veränderten internationalen Lage - andere Bedingungen haben werden als bisher, mit zum Teil noch nicht absehbaren Konsequenzen, z. B. für den Arbeitsmarkt, die Kapitalbildung und die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Es ist notwendig und möglich, diese Bedingungen durch die Politik der Sozialen Marktwirtschaft zu verbessern. Die Einheit von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik muß wieder stärker berücksichtigt werden. Nur dann können die politische Handlungsfähigkeit des Staates gesichert, der soziale Frieden erhalten und heutige und zusätzliche Aufgaben im Innern (wie z. B. Umweltschutz, Sicherung überschaubarer Lebensformen) und in der Welt (Entwicklungshilfe, Verteidigung) bewältigt werden.

In der heutigen Zeit kommt dem Grundsatz der Subsidiarität besondere Bedeutung zu: alles, was der Bürger allein, in der Familie, im freiwilligen Zusammenwirken mit anderen ebenso gut leisten kann wie der Staat und die größere Einheit, muß ihm vorbehalten bleiben. Dies ist menschlicher und wirtschaftlicher zugleich und wird uns helfen, den Strukturwandel in Freiheit zu bewältigen.

2. Verwirklichung der Grundsätze der Gleichberechtigung, der Partnerschaft und der Wahlfreiheit von Mann und Frau in Familie und Beruf

Begründung:

Was Frauen unter doppelter oder gar dreifacher Belastung - im Beruf, als Hausfrau und Mutter - leisten, findet wenig Anerkennung. Unsere Gesellschaft hat von den Frauen viel erwartet, ihnen viel aufgebürdet, aber wenig für sie getan. Die meisten Frauen wollen sich nicht in jungen Jahren ein für allemal zwischen Familie und Beruf entscheiden müssen, sondern in unterschiedlichen Lebensphasen unterschiedliche Schwerpunkte in ihrem Leben wählen. Besonders Frauen, die sich voll der wichtigen Aufgabe der Mutter widmen, stehen nach der Zeit der Kindererziehung vor dem Problem, eine neue Lebensaufgabe zu finden.

Kinder brauchen für ihre Entwicklung ausreichend Zuwendung an Zeit von Vater und Mutter. Junge Väter wollen auch immer mehr ebenso wie Mütter die Erziehung ihrer Kinder miterleben und mitbeeinflussen und sind auch bereit, dafür finanzielle Zugeständnisse zu machen. Der Bildungs- und Ausbildungsstand bei Mädchen nähert sich fortschreitend dem der männlichen Jugendlichen, so daß zunehmend die Chance besteht, daß sich junge Väter wie junge Mütter entscheiden können, ob sie beide täglich zeitweise erwerbstätig und zeitweise mit Haushalts-, Pflege- und Erziehungstätigkeit beschäftigt sein wollen. Diese Chance kann solange nur unzureichend genutzt werden, wie Frauen in der Arbeitswelt benachteiligt sind und ihre Berufswahl auf nur wenige Bereiche beschränkt bleibt. Für Frauen und Männer müssen mehr qualifizierte Teilzeitplätze zur Verfügung stehen, damit sich auch Männer stärker um Haushalts- und Erziehungspflichten kümmern können.

Die Union versteht unter Gleichberechtigung die Wahlfreiheit zu einer Vielfalt von Lebensmöglichkeiten. Die Verwirklichung dieses Zieles erfordert nicht nur politische Maßnahmen, sondern eine partnerschaftliche Aufgabenteilung von Mann und Frau in Familie und Beruf.

3. Neue Initiativen zur Schaffung des Europäischen Bundesstaates

Begründung:

Unsere Europapolitik ist getragen von der Überzeugung, daß die Existenzsicherung der europäischen Völker einschließlich des deutschen Volkes in Freiheit und sozialer Gerechtigkeit nur in einem freien und geeinten Europa möglich ist. Dazu gehört auch die Rolle Europas im Atlantischen Bündnis. Trotz aller Schwierigkeiten treten wir dafür ein, unsere gemeinsamen Interessen auch gemeinsam zu vertreten, die Einheit Deutschlands in Freiheit anzustreben und aus dem Staatenbund der Europäischen Gemeinschaft, der bereits heute 270 Millionen Menschen in Frieden und Freiheit verbindet, den Bundesstaat, die Europäische Union zu schaffen. Durch Belebung der Idee einer Europäischen Gemeinschaft und durch konkrete Maßnahmen zur Schaffung eines Europäischen Bundesstaates muß erreicht werden, daß auch die schwierigen Probleme des Agrarmarktes gelöst werden.

4. Mitverantwortung für die Völker anderer Kontinente.

Begründung:

Wir sind Teil einer Welt, deren Völker immer stärker voneinander abhängig werden. Die Glaubwürdigkeit unseres Eintretens für die Grundwerte beweist sich auch an unserem Verhältnis zu den Völkern der Entwicklungsländer. Wir haben nicht nur die Aufgabe, die eigene, an den Grundwerten und Menschenrechten orientierte politische Ordnung zu schützen, sondern uns auch für unsere Werte in der Welt einzusetzen. Hierzu sehen wir im Einsatz für die weltweite Verwirklichung der Menschenrechte eine vorrangige Aufgabe. Als Industrienation mit hohem Lebensstandard haben wir die Aufgabe, den jungen Völkern der Entwicklungsländer bei der Bekämpfung von Hunger, Elend und Armut spürbar zu helfen. Mit einem verstärkten entwicklungspolitischen Engagement, das die CDU als Freund der Armen ausweist, verwirklichen wir eine Politik aus christlicher Verantwortung. Damit erfüllen wir nicht nur eine moralische Pflicht, wir leisten zugleich einen Beitrag zur Sicherung unserer eigenen Existenz.

III. Der Bundesvorstand wird ferner beauftragt, für den Herbst dieses Jahres einen Bundesparteitag vorzubereiten, auf dem u. a. unter dem Thema "Zukunftschancen der Jugend" vor allem Fragen der Bildungspolitik und ihre Auswirkungen auf die künftigen Berufschancen junger Menschen behandelt werden sollen.

IV. Die Beschlußfassung über diese Themen soll vorbereitet werden durch eine offene Diskussion auf allen Ebenen der Partei, durch wissenschaftliche Fachkongresse und regelmäßigen Meinungsaustausch mit den gesellschaftlichen Gruppen.

Der Bundesvorstand wird ferner beauftragt, eine Kommission aus Wissenschaftlern und Politikern einzurichten, deren Aufgabe es

ist, zu ausgewählten Zukunftsproblemen u. a. Sicherung des Generationenvertrages, Neue Soziale Frage Analysen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten.

Beschluß Nr. 15.2

Solidarität mit Behinderten und psychisch kranken Menschen

Behinderte und psychisch kranke Menschen finden heute trotz der im allgemeinen recht weitgehenden Maßnahmen und Förderungskataloge unseres Sozialstaates oftmals keine ausreichende Unterstützung in ihrer schwierigen Situation.

Durch eine großzügige Ausweitung des Behindertenbegriffs wurden vor allem die Schwerstbehinderten benachteiligt. Ihnen müssen deshalb vor allem neue Maßnahmen gelten.

Neben der Bereitstellung ausreichender Mittel für diese Gruppen müssen vor allem Ansätze zur selbständigen Lebensgestaltung (z. B. Arbeitsplatzangebote), zum Leben in der Familie und zur weitgehenden Teilnahme am gesellschaftlichen Leben gefördert werden, u. a. durch verstärkte Angebote ambulanter Betreuung.

Der Bundesparteitag begrüßt und erkennt die bereits laufenden Initiativen der CDU-Fraktionen in Bund, Ländern und Gemeinden in der Arbeit für Behinderte und psychisch kranke Menschen.

Er fordert sie auf, auch über das Jahr der Behinderten hinaus

- durch Aufklärung und Werbung das solidarische Miteinander und das Verständnis für die besondere Situation der Behinderten weiter zu fördern; im Fernsehen ist auf die Probleme der Behinderten unter deren Beteiligung hinzuweisen;
- sich dafür einzusetzen, daß in Zukunft auch bei Unterhaltungssendungen körperbehinderte Mitbürger als aktive Teilnehmer eingeladen bzw. als Kandidaten zugelassen werden;
- durch Verbesserung und Verstärkung der Rehabilitation die schulische, berufliche und gesellschaftliche Eingliederung der Behinderten zu erleichtern.

Die öffentlichen und privaten Arbeitgeber werden aufgefordert, insbesondere schwerstbehinderten Arbeitnehmern Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen.

Beschluß Nr. 15.31

Durch Wachstum zur Vollbeschäftigung

Die CDU stellt fest, daß es der SPD/FDP-Bundesregierung nicht gelungen ist, auch nur ein einziges der vier Ziele zu erreichen, die in § 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft verbindlich festgestellt sind. Weder Vollbeschäftigung noch Wachstum, weder Preisstabilität noch außenwirtschaftliches Gleichgewicht sind auch nur annähernd erreicht. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sind alle vier Ziele gleichzeitig und in erheblichem Umfang verletzt. Die CDU fordert daher den Gesetzgeber und die Bundesregierung mit Nachdruck auf, eine Kurskorrektur der Wirtschaftspolitik einzuleiten, die die Realisierung der Ziele wieder erlaubt, zu denen aufgrund des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft die Bundesregierung gesetzlich verpflichtet ist.

Grundlagen für eine zeitgerechte Wohnungsbau- und Städtebaupolitik

A Präambel

Die ausreichende Wohnungsversorgung aller Bürger ist eine der Grundvoraussetzungen für den sozialen Frieden. Dazu bedarf es eines funktionierenden Wohnungsmarktes. Aufgabe des Staates ist es, den Rahmen zu setzen, in dem sich Leistungswille und Privatinitiative entfalten sollen. Zugleich muß die öffentliche Hilfe dort hinzukommen, wo der Markt allein Wohnungen in ausreichender Zahl und zu angemessenem Preis nicht bereithält.

In jüngster Zeit ist der Wohnungsmarkt vielerorts aus dem Gleichgewicht geraten. In den letzten Jahren sind immer weniger Wohnungen gebaut worden. Deutliche Engpässe zeigen sich vor allem in den großen Städten. Unter ihnen leiden namentlich kinderreiche und junge Familien, Alleinerziehende, Behinderte, Studenten, ältere Menschen, Aussiedler, ausländische Mitbürger sowie die geburtenstarken Jahrgänge, die jetzt Familien gründen wollen und Wohnungen benötigen.

Die Bundesregierung hat keine Lösung. SPD und FDP haben vereint in 10 Jahren den Wohnungsmarkt in eine Sackgasse geführt. Jetzt wollen sie mit Flickwerk und noch mehr Bürokratie die selbstverschuldete Notlage verwalten. Die Bonner Koalition erwartet das Heil vom Staat, der am Ende seiner Finanzkraft ist.

Die CDU will eine Wende in der Wohnungsbaupolitik. Ihre Ziele sind klar: Mehr Wohnungen durch Soziale Marktwirtschaft, mehr Hilfe zur Selbsthilfe, mehr soziale Treffsicherheit zugunsten einkommensschwacher Bevölkerungskreise. Die Wohnungspolitik muß wieder stärker auf die Marktkräfte vertrauen, sie muß Eigenverantwortung und Eigeninitiative des Bürgers stärken. Zugleich muß die Förderung dort gezielt einsetzen, wo bestimmte Bevölkerungsgruppen auf preisgünstigen Wohnraum angewiesen sind. Denn die Wohnung ist als Mittelpunkt des persönlichen Lebens ein Gut von besonderer sozialer Bedeutung.

B Thesen

Auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft tritt die CDU für folgendes ein:

1. Die Eigentumsförderung ist verstärkt fortzuführen und familienfreundlicher zu gestalten.

Die eigenen vier Wände sichern die Möglichkeit der individuellen Lebensgestaltung, sie tragen bei zu Unabhängigkeit und wirtschaftlicher Sicherheit. Wer bereit ist, einen erheblichen Teil seines Nettoeinkommens für die eigene Wohnung aufzubringen, der verdient auch die fördernde Unterstützung durch die Gemeinschaft. Die öffentliche Förderung der privaten Eigentumsbildung - besonders auch des Eigenheims in verdichteter Bauweise und der Eigentumswohnung - muß schwerpunktmäßig insbesondere bei kinderreichen und jungen Familien erfolgen, denn es darf nicht zur Alternative "Wohneigentum oder Familie" kommen.

- Die CDU tritt für eine Verbesserung der steuerlichen Erleichterungen ein: Die Abschreibungshöchstbeträge nach § 7 b

Einkommensteuergesetz müssen sozialer gestaltet werden. Sie sollen bei Familien auf ein Eigentumsobjekt konzentriert werden können.

- Die Förderung durch den Staat muß der Familiengröße angepaßt sein. Eine dynamische Eigentumspolitik sorgt dafür, daß wachsende Familien auch in eine bessere Förderung hineinwachsen können.
- Bei der Bausparförderung sollen die Prämiensätze pro Kind von bisher 2 % auf 3 % angehoben werden.
- Möglichst viele Mieter, die dies wollen, sollen in die Lage versetzt werden, Eigentümer ihrer jetzigen Mietwohnung zu werden; denn Eigentum an der eigengenutzten Wohnung ist der beste Mieterschutz. Durch den Erwerb geht Wohnraum nicht verloren, weil der erwerbende Mieter die von ihm bewohnte Wohnung auf lange Zeit nicht freimachen würde.
- Wie bisher muß auch weiterhin die Möglichkeit erhalten bleiben, daß Eigentumsmaßnahmen für Bezieher niedriger Einkommen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus gefördert werden. Dabei sollen neue Möglichkeiten, z.B. durch Wohneigentums-genossenschaften und Erbbaurecht, eröffnet werden.

2. Der frei finanzierte Mietwohnungsbau muß unter Wahrung des Kündigungsschutzes wieder belebt werden.

Der soziale Wohnungsbau kann die Lücke nicht schließen, die sich gegenwärtig durch den fast völligen Ausfall neuer frei finanziierter Mietwohnungen auftut. Es gilt, das Investitionsklima zu verbessern und das anlagesuchende Privatkapital in den Wohnungsbau zu lenken. Es muß das Bewußtsein dafür geschärft werden, daß das Gut Wohnen seinen Preis hat. Der Gesetzgeber muß Regelungen beseitigen, die dazu führen, daß Wohnraum leersteht.

Wer im Wohnungsbau investieren will, nimmt Anfangsverluste in Kauf, wenn er steuerliche Erleichterungen erhält und mittelfristig eine angemessene Wirtschaftlichkeit erreichen kann.

- Die degressive Abschreibung nach § 7 Abs. 5 Einkommensteuergesetz muß verbessert werden. Um dies zu erreichen, wird der Staffelsatz der ersten - 12-jährigen - Absetzungsperiode von derzeit 3,5 % auf künftig 5 % erhöht. Dies bringt einen massiven steuerlichen Anreiz und eine wesentliche Liquiditätshilfe in den Anfangsjahren.
- Die CDU tritt für die Beibehaltung des Kündigungsschutzes ein. Es soll dabei bleiben: Der Wunsch nach einer höheren Miete ist kein Kündigungsgrund.
- Gleichwohl ist das Mietrecht zu vereinfachen, grundlegend zu überarbeiten und zeitgerecht fortzuentwickeln. Dies heißt vor allem: Der Nachweis der Vergleichsmiete muß einfacher und praktikabler erfolgen.
- Bei der Erstellung von Mietspiegeln müssen Marktpreise zu- grundgelegt werden. Vorhandene Mietspiegel sind zeitnah fortzuschreiben.
- Daneben muß die Vereinbarung von Staffelmieten bei Neuabschlüssen von Mietverträgen wieder zugelassen werden. Zeitmietverträge müssen dort möglich sein, wo späterer Eigen-

bedarf des Vermieters Vertragsgrundlage ist, oder in ausgewiesenen Sanierungsgebieten. Die Voraussetzungen für die Geldtendmachung familiären Eigenbedarfs sind zu lockern.

- Wohnungsneubau, Modernisierung und Sanierung sind gleichgewichtig förderungswürdige wohnungspolitische Aufgaben.

3. Der Bau neuer Sozialmietwohnungen muß auf Zielgruppen des Bedarfs konzentriert werden.

Auf eine direkte Förderung neuer Sozialmietwohnungen kann nicht verzichtet werden. Dies gilt insbesondere für die Brennpunkte des Bedarfs und für Personengruppen, die am Markt keine Wohnungen zu zumutbaren Bedingungen finden. Das Wohngeld als treffsichere subjektive Hilfe hat sich bewährt. Es allein garantiert aber nicht, daß die notwendigen Wohnungen an der richtigen Stelle, in ausreichender Zahl und zu angemessenen Preisen gebaut werden. Die Kombination von Objekt- und Subjektförderung beizubehalten, heißt aber nicht, die gegenwärtige Gewichtung zu zementieren. Vielmehr müssen die subjektiven Hilfen stärker betont werden.

Daher können hochsubventionierte Mietwohnungen künftig im wesentlichen nur noch für Zielgruppen gebaut werden.

Für andere Wohnungssuchende bietet sich an, künftig die Förderung auf geringere Subventionen umzustellen.

4. Die Fehlsubventionierung muß abgebaut werden.

Die von der Bundesregierung vorgesehene Fehlbelegerabgabe ist der falsche Weg. Sie bewirkt bei den Gemeinden einen gewaltigen Verwaltungsaufwand und bringt keine Lösung. Das Ärgernis der Fehlbelegungen muß marktgerecht und nicht über neue Bürokratie angegangen werden; der Schutz der sozial Schwachen muß dabei gesichert sein.

Daher tritt die CDU dafür ein, die Zinssubvention der bestehenden Sozialmietwohnungen unter Berücksichtigung regionaler Gegebenheiten schrittweise abzubauen. Dieser Weg kann nur behutsam beschritten werden.

Bei den ältesten Förderungsjahrgängen führt die Erhöhung der Darlehnszinsen auf das Kapitalmarktniveau nur zu einem geringfügigen Ansteigen der ohnehin niedrigen Mieten. Hier ist ein Übergang auf die Vergleichsmiete möglich; auftretende Härten müssen durch das Wohngeld aufgefangen werden. Die Mieten der später gebauten Wohnungen können nur maßvoll und schrittweise an den Markt herangeführt werden. Bei den neueren Förderungsjahrgängen schließlich scheidet eine Zinssanhebung in größerem Umfang zunächst aus: Hier ist eine kontinuierliche Entwicklung in die Förderung bereits eingebaut.

Auch in Zukunft muß ein großer Bestand an Sozialwohnungen - vor allem in den Ballungsräumen- erhalten bleiben. Die Lösung von der Kostenmiete darf nicht zu einem automatischen Wegfall der Belegsbindung führen.

Die Anhebung der Mieten im Sozialen Wohnungsbau ist unter sozialen Gesichtspunkten zu verantworten, wenn gleichzeitig einkommenschwächeren Haushalten ein ausreichendes Wohngeld gezahlt wird.

Es sollte sichergestellt werden, daß der Differenzbetrag zwi-

schen den bisher gezahlten Sozialmieten und den neuen Mieten für den Neubau von Sozialwohnungen eingesetzt wird, soweit er nicht für zusätzliche Wohngeldzahlungen benötigt wird.

Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen sollen von der Objektkalkulation zur Unternehmensmiete übergehen können. Sie sollen auch in Zukunft verpflichtet sein, die einkommensschwächeren Mitbürger mit Wohnraum zu versorgen.

Wenn die Mieten allmählich an den Markt herangeführt werden, lösen sich Fehlbelegungen, Unterbelegungen und Mietenverzerrung von selbst. Darüber hinaus wird die nicht zu rechtfertigende Ungleichbehandlung unter den Wohnberechtigten beseitigt, von denen nur ein Drittel eine Sozialwohnung hat.

5. Auch neue Wege müssen beschritten werden.

Die hohen Kosten für den Neubau einer Sozialmietwohnung gebieten es, die überkommene Wohnungsbauförderung durch neue Modelle zu ergänzen:

- So sollte das Bauherrenmodell mit dem sozialen Wohnungsbau gekoppelt werden. Dadurch können mit geringeren Darlehen Wohnungen geschaffen werden, die den gleichen Bindungen unterliegen wie Sozialmietwohnungen.
- Als Ergänzung zur Neubauförderung ist der Ankauf von Belegungsbindungen in Betracht zu ziehen. Wer der Gemeinde ein Belegungsrecht für eine frei finanzierte Altbauwohnung einräumt, sollte einen Zuschuß für Modernisierungs- oder Instandsetzungsmaßnahmen erhalten.
- Die bestehenden Altbauwohnungen müssen so modernisiert und saniert werden, daß vergleichbare Wohnverhältnisse geschaffen werden. Überzogene Lösungen sind zu verhindern; sie tragen dazu bei, daß die Mieter oft unnötig hohe Mietzinsen entrichten müssen.
- Die Beteiligung der Mieter an der Altbau modernisierung ist in die öffentliche Förderung einzubeziehen. Sie darf nur im Einvernehmen mit dem Vermieter erfolgen und nicht zu einem gesetzlichen Anspruch auf Modernisierung oder zu einer Duldungspflicht des Vermieters führen.
- Notwendig ist ein Gesetz zum Abbau von Gesetzen in der Wohnungsbaupolitik. Die CDU fordert daher erneut einen Gesetzentwurf, der das derzeit geltende, in zahlreiche Vorschriften zersplitterte Wohnrecht bereinigt und diese Vorschriften einheitlich und für alle verständlich und übersichtlich zusammenfaßt.

6. Grund und Boden müssen optimal genutzt, die Wirtschaftlichkeit des Bauens verbessert werden.

Das heißt zunächst, die vorhandenen Bebauungsmöglichkeiten aufzugreifen durch Stadterneuerung, durch Schließung von Baulücken, durch Wohnungsbau auf Industriebranche. Das heißt aber auch, über eine aktive Bodenvorratspolitik neues Bauland zu gewinnen. Dabei ist es Sache einer guten Stadtplanung, insbesondere auch in verdichteter Bauweise eigenheimähnliche Wohn- und Bauformen zu entwickeln. Im übrigen wird auf die Beschlüsse des Hamburger Parteitages vom 18.-20.11.1971 zum Bodenrecht verwiesen.

Neben den Kapitalkosten sind in den vergangenen Jahren auch die Baulandpreise und die Baukosten überproportional angestiegen. Diesem Trend ist entgegenzuwirken.

- Die Kommunen werden aufgefordert, verstärkt Flächen für den Wohnungsbau auszuweisen. Sie sollen eine eigene Bodenvorratspolitik betreiben. Die vorhandenen Instrumente und planerischen Möglichkeiten müssen im Sinne einer zeitgerechten Wohnungs- und Städtebaupolitik genutzt werden.
- Durch eine einfachere Erschließung in Wohngebieten, insbesondere durch Verzicht auf aufwendige, breite Straßen, können die Kosten gesenkt werden, die sowohl den Anliegern als auch den Gemeinden entstehen.
- Die Anforderungen an den technischen Standard und an die Ausstattung einer Wohnung sind ständig gestiegen. Sie müssen gelockert und auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt werden.
- Die Länder und Gemeinden werden aufgefordert, ihre bisherigen Bemühungen, das Baugenehmigungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen, verstärkt forzusetzen.
- Im Eigenheimbau wie auch im Mietwohnungsbau sollten vermehrt Rohbauten zum eigenen Ausbau angeboten werden.
- Stellplätze können den Wohnungsbau erheblich verteuern. Deshalb sollte verstärkt auf preisgünstige Lösungen hingewirkt werden.

7. Mehr Wohnraum für Studenten

In den Hochschulorten ist die Wohnungsnot besonders groß und trifft insbesondere die Studenten. Die Studentenzahl ist hochgeschwollen, ohne daß dies trotz der Vorhersehbarkeit beim Wohnungs- und Wohnheimbau berücksichtigt worden ist. Daneben ist es für Studenten wegen knapper Vermögensverhältnisse und zwangsläufiger Fluktuation besonders schwierig, Wohnungen auf dem Wohnungsmarkt zu mieten. Vor diesem Hintergrund lehnt die CDU die Kürzung der Bundesmittel für den Studentenwohnheimbau ab.

Vielmehr fordert die CDU:

- Wiederherstellung des ursprünglichen Förderungsvolumens für den Wohnheimbau;
- stärkere Unterstützung freier Träger zur Errichtung von Studentenzimmern und -wohnungen;
- gezielte Altbausanierung von öffentlichen und privaten Bauten in Hochschulorten.

Eine sofort wirksame Bekämpfung der Wohnraumnot, insbesondere in Hochschulorten dient der Abhilfe sozialer Mißstände und der Unruhe unter den Studenten und ist daher dringend erforderlich.

8. Regelung für Berlin

Die Situation in Berlin ist durch einen extrem hohen Altbaubestand und das Fehlen von Ausweichmöglichkeiten in das Umland gekennzeichnet. Dies bedarf besonderer Regelungen. Aus einer Kombination von Mietpreisfestlegungen und verbesserter Wohn-

geldregelungen muß vor allem die Modernisierung und Instandhaltung der Altbausubstanz sowie durch öffentliche Förderung die Erstellung weiterer Neubauwohnungen erreicht werden.

Weil der Berliner Senat nicht die notwendigen Voraussetzungen für eine hinreichende Wohnraumversorgung geschaffen hat, tritt die CDU dafür ein, die Mietpreisbindung für Berlin bis 1990 zu verlängern.

C Gesamtschau ist nötig

Wenn der Wohnungsbau belebt werden soll, muß vieles zusammenkommen, muß mehreres sich ergänzen. Neue Wege müssen mutig beschritten werden. Es bedarf kräftiger Impulse. Dies gilt auch für die steuerlichen Erleichterungen. Zaghaftigkeit wäre hier verhängnisvoll. Sie würde nur Mitnehmereffekte bewirken, die hohe Fördersummen verschlingen.

Gelingt es aber, zusätzliche Wohnungen zu schaffen, so entsteht dem Staat kein Ausfall. So bringen 50 000 Wohnungen mehr im Jahr ein zusätzliches Bauvolumen von rund 10 Mrd, also mehr Investitionen, Umsätze und Gewinne, bis zu 100 000 zusätzliche Arbeitsplätze und mehr private Einkommen. Zählt man die Steuereinnahmen sowie die Minderausgaben und Mehreinnahmen in der Sozialversicherung zusammen, so erreichen sie fast die gleiche Höhe wie die Steuerausfälle.

Wohnungsbau braucht Ökonomie statt Ideologie. Was private Initiative leisten kann, darf der Staat nicht an sich ziehen. Nicht mehr Staat, mehr Dirigismus, sondern mehr private Eigeninitiative, mehr Eigenverantwortung - einer sozial abgesicherten Marktwirtschaft - ist der Schlüssel zum Erfolg. Auch in der Wohnungspolitik.

Beschluß Nr. 16.23

Schutz und Sozialpflichtigkeit des Eigentums gelten auch für Wohnungseigentum.

Das Grundgesetz stellt das Eigentum und damit auch das Wohnungseigentum unter Schutz. Gleichzeitig gilt aber die Sozialpflichtigkeit des Eigentums, die das Grundgesetz fordert, auch für das Wohnungseigentum. Wer die Wohnungsnot entweder zur Spekulation ausnutzt oder gut erhaltene Wohnungen absichtlich leerstehen und verkommen läßt, verstößt gegen die ihm durch das Grundgesetz auferlegten Pflichten.

- Die CDU betont, daß der Staat das Wohnungseigentum ebenso schützen muß wie jede andere Form des Eigentums. Sie verurteilt gewaltsame und illegale Formen der Einschränkungen der Eigentumsrechte.
- Die CDU betont, daß der Eigentumsschutz unter dem verfassungsrechtlichen Gebot der Sozialpflichtigkeit steht. Sie verurteilt die künstliche Verknappung des Wohnungsangebotes durch Leerstellenlassen und Zerstörung von Wohnraum in Gebieten, in denen ein akuter Wohnungsmangel besteht.

Beschluß Nr. 17.1 ff.

Der Bundesvorstand der CDU wird damit beauftragt, nach den positiven Erfahrungen mit der Gemeinsamen Delegiertenkonferenz der Unionsparteien 1980 in Mannheim gemeinsam mit dem Landesvorstand der CSU ein Verfahren für die Nominierung des Kanzlerkandidaten

der Unionsparteien und für die Beschlußfassung über das gemeinsame Wahlprogramm zu erarbeiten.

Beschluß Nr. 17.11

Die Beitragserklärung wurde wie folgt geändert:

Absatz 4

"Für Hausfrauen, Schüler, Studenten, Bundeswehrsoldaten, die ihren Wehrdienst ableisten, Zivildienstleistende, Auszubildende, Arbeitslose, Rentner und Mitglieder mit geringem Einkommen, kann der Kreisverband eine Sonderregelung der Beitragszahlung treffen, sowie Mitgliedsbeiträge stunden und erlassen. (§ 4 Abs. 2 FBO)"

Absatz 5 entfällt

Absatz 6 wird Absatz 5

Beschluß Nr. 17.12

Die Bundespartei wird aufgefordert, bundesweit Aktionen für die Bereiche Jugend und Frauen bereits ab 1981 durchzuführen.

Beschluß Nr. 17.13

Der Bundesvorstand wird aufgefordert, baldmöglichst in einer für die CDU-Kreisverbände verwertbaren Form durch eine repräsentative wissenschaftlich fundierte Umfrage feststellen zu lassen, welche konkreten Gründe Jugendliche und Frauen davon abhalten, die CDU zu wählen.

Beschluß Nr. 17.14

Der Bundesvorstand wird beauftragt, gemeinsam mit der Jungen Union in regelmäßigen Abständen ein "Jugendforum" durchzuführen.

Beschluß Nr. 17.15

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, zusammen mit den anderen Fraktionen des Deutschen Bundestages eine Änderung des Wahlrechts herbeizuführen, um die in der jüngsten Vergangenheit offensichtlich immer umfangreicher und größer gewordenen Verstöße gegen das Wahlgeheimnis bei der Briefwahl zu beseitigen.

Beschluß Nr. 17.17

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird beauftragt, im Deutschen Bundestag verstärkt gegen die Benachteiligung der Bevölkerung im ländlichen Raum durch die Politik der SPD/FDP-Bundesregierung einzutreten.

Beschluß Nr. 17.19

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, im Deutschen Bundestag dafür einzutreten, daß der Kinderbetreuungsbetrag voll pauschaliert wird, so daß Einzelnachweise für die Steuerpflichtigen entfallen.

Beschluß Nr. 17.20

Die Bundesregierung wird aufgefordert, Anstrengungen zur Anerkennung und Besserstellung der Familien, insbesondere der kinderreichen Familien durch ein Erziehungsgeld für Mütter, Anerkennung der Erziehungsleistung bei der Rentenversicherung, Dynamisierung

des Kindergeldes und eine familiengerechte Wohnungsbaupolitik zu unternehmen.

Beschluß Nr. 17.21

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag wird gebeten zu prüfen, inwieweit das Behindertenrecht weiter an das Kriegsopferrecht angeglichen werden kann.

Beschluß Nr. 17.22

Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogen- und Rauschmittelmißbrauches

Der Drogen- und Rauschmittelmißbrauch ist trotz aller beschwichtigenden Erklärungen von seiten der Regierung erschreckend hoch. Die CDU fordert daher verschiedene Maßnahmen durch Gesetzgebung, Vorbeugung und Therapie.

Die CDU ist sich darüber im klaren, daß allein mit mehr Geld nicht viel auszurichten sein wird. Finanzielle Mittel allein können nicht die Ursachen erreichen, aus denen heraus junge Menschen zu Drogen und Rauschmitteln greifen.

Um in dieser Zeit zu bestehen, sind Jugendliche auf die Vermittlung von Einsichten, Orientierungen und Werten angewiesen. Wird ihnen eine solche Erziehung verweigert, werden sie der Haltlosigkeit, der Verunsicherung, der Angst und der Überforderung ausgesetzt.

Viele junge Menschen fühlen sich in unserer unübersichtlichen Welt alleingelassen und den Bedrohungen und Gefährdungen schutzlos ausgeliefert. Der Weg der Selbstausbürgerung und der Flucht in Scheinwelten und Scheingeborgenheiten ist verführerisch. Als eine solche Möglichkeit werden von skrupellosen kriminellen Geschäftemachern Drogen und Rauschmittel angeboten.

Eine erfolgreiche Strategie gegen die zerstörerische Drogenabhängigkeit muß gegen diese Ursachen durch geeignete Erziehung vorgehen.

Die Notwendigkeit langfristiger erzieherischer Maßnahmen entbindet uns andererseits jedoch nicht davon, auch die Chance kurzfristiger Hilfen zu nutzen. Nach all den vielen klagenden Worten der Vergangenheit ist es an der Zeit, Taten folgen zu lassen.

Als konkrete Mittel und Maßnahmen, Rauschmittelmißbrauch vorbeugend zu begegnen, Drogenabhängigen Hilfe und Heilung anzubieten und Drogenkriminalität zu bekämpfen, fordert die CDU:

1. Gesetzliche Maßnahmen

1.1 Novellierung des Betäubungsmittelgesetzes

Der Strafrahmen für reine Dealertätigkeit soll erweitert werden; in besonders schweren Fällen soll auf lebenslängliche Freiheitsstrafe erkannt werden können. Bei geringfügiger Kriminalität von Abhängigen soll die Therapie Vorrang vor der Bestrafung haben.

1.2 Ablehnung einer Legalisierung von Cannabis-Produkten

Eine Freigabe von sogenannten "weichen Drogen" führt zu einer erheblichen Steigerung des Drogenkonsums mit der Gefahr eines Umsteigeeffektes auf härtere Drogen. Cannabis-Konsum führt eindeutig zu psychischer Abhängigkeit.

1.3 Förderung von Therapieprozessen in Justizvollzugsanstalten

Drogenberatungsstellen sollen die Möglichkeit haben, in den Justizvollzugsanstalten Sprechstunden bzw. Gruppenangebote durchführen zu können.

1.4 Angemessene Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen bei Zoll- bzw. Steuerschulden

Bei der illegalen Drogeneinfuhr durch Drogenabhängige sind die gesetzlichen Bestimmungen im Bereich von Zoll- und Einfuhrumsatzsteuer so anzuwenden, daß der Erfolg der Therapie nicht gefährdet wird.

2. Vorbeugender Bereich (Prophylaxe)

2.1 Herausgabe von informativen Aufklärungsschriften

Hierbei soll neben einer Sachinformation, insbesondere der Hinweis auf die örtlichen Beratungsangebote und auf vorhandene Alternativen der Beratung gegeben sein. Inhaltlich sollen die Aufklärungsschriften sachlich auf die gegebenen Gefahren sowie auf Verhaltensmuster von Drogenabhängigen hinweisen.

2.2 Aufklärungsfilme

Es sind neue informative Aufklärungsfilme und Diareihen im Bereich der Drogenarbeit herzustellen und zum Einsatz zu bringen. Bei der Produktion sollen Drogenberater ihre Erfahrungen aus der praktischen Arbeit mit einfließen lassen. Dabei soll auch stärker als bisher das soziale Umfeld mit einbezogen werden sowie Situationen, die zum Drogenkonsum führen können.

2.3 Verstärkter prophylaktischer Ansatz an den Schulen

Informationen über die Gefahren des Drogenkonsums sollen Bestandteil der Lehrpläne aller Schulen sein. Die Schulen sollten sich dabei der Hilfe der örtlichen Beratungsstellen bedienen. Dringend erforderlich ist die Funktion eines Drogenvertrauenslehrers und die entsprechende Fortbildung dieses Pädagogen.

2.4 Verstärkte Information von Multiplikatoren in der Jugendarbeit

Größeres Angebot an Wochenendseminaren und sonstigen Aufklärungsveranstaltungen zum Themenbereich Drogen für Jugendleiter, Gruppenleiter, Mitarbeiter in Jugendzentren usw.

2.5 Stärkung des Bewußtseins gegenüber der Drogenproblematik in der Öffentlichkeit durch eine gezielte Medienarbeit. Hinweis darauf, daß der Drogenabhängige ein Behinderter ist und dringend Hilfe benötigt.

2.6 Gezielte Aufklärung der Einstiegsdrogen ist notwendig

Die Erfahrungen der praktischen Arbeit zeigen, daß nicht allein Haschisch-Produkte, sondern sehr oft auch Nikotin, Alkohol und Medikamente als Einstiegsdrogen zu bezeichnen sind.

2.7 Einschränkung der Werbung für Alkohol, Nikotin und Medikamente

Erhebliche Einschränkung der Werbung auf freiwilliger Basis für sogenannte Alltagsdrogen wie Alkohol und Nikotin.

2.8 Ausreichende Mittel sollen für Zwecke der vorbeugenden, be-

ratenden und therapeutischen Hilfe im Bereich der Suchtkrankenhilfe bereitgestellt werden.

- 2.9 Gezielte Ansätze im Bereich Jugendschutz. Verstärkte Kontrollmaßnahmen im Sinne des Jugendschutzgesetzes, insbesondere bezüglich der Abgabe von alkoholischen Getränken an Jugendliche unter 16 Jahren. Verschärfte Kontrolle in Spirituosen-geschäften auf die Handhabung dieser Gesetzesvorschriften.

2.10 Früherer Beginn der Prophylaxe-Arbeit

Hinweise auf die Gefahr des (Drogen-) Konsums sollen bereits in Familienbildungseinrichtungen bzw. Kindereinrichtungen gegeben werden. Hier liegen sachgemäß die Schwerpunkte im Bereich der Elterninformation.

- 2.11 Im Hinblick auf die prophylaktische Arbeit muß eine verstärkte personelle Ausstattung der Beratungsstellen erfolgen. Flächendeckende Beratungsangebote, Integration der Beratungsstellen in ein sogenanntes Beratungs- und Behandlungsnetz.

3. Polizeiliche Maßnahmen

- 3.1 Bund und Länder müssen ausreichend große Spezialdienststellen zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels unterhalten. Die Zuständigkeiten sind einheitlich zu regeln.
- 3.2 Ein ständiger Informationsaustausch zwischen allen deutschen und alliierten Rauschgiftstellen und dem Bundeskriminalamt ist sicherzustellen.
- 3.3 Die Ausbildung kriminalpolizeilicher Spezialsachbearbeiter für die Rauschgiftbekämpfung ist zu forcieren. Bemühungen um eine zentrale Ausbildung sind zu unterstützen.
- 3.4 Enge Zusammenarbeit zwischen Zoll, Grenzpolizei und Rauschgiftstellen der Polizei ist sicherzustellen. Hierzu ist das Zollgeheimnis im notwendigen Umfang einzuschränken.
- 3.5 Bemühungen um Intensivierung der Bekämpfung des internationalen Rauschgifthandels seitens der Interpol sind zu unterstützen.
- 3.6 Dem Rauschgiftschmuggel nach und durch Deutschland ist größere Aufmerksamkeit zu widmen. In Verdachtsfällen sind gründliche Kontrollen der Reisenden und des Gepäcks an den Bundesgrenzen unvermeidlich. Unbequemlichkeiten müssen im Interesse der Rauschgiftbekämpfung hingenommen werden.
- 3.7 Erhebliche Mengen von Rauschgift kommen im Wege des Postversandes nach Deutschland. Es sind Vorkehrungen zu treffen, die es der Post und dem Zoll ermöglichen, verdächtige Sendungen aufzuspüren.

4. Beratungsbereich

- 4.1 Verbesserung der personellen Ausstattung in den Beratungsstellen. Die relativ geringe Anzahl an vorhandenen Therapieeinrichtungen zwingt die Beratungsstellen immer mehr, im ambulanten Therapiebereich tätig zu werden. Dies scheitert in der Regel an der personellen Unterbesetzung dieser Stellen. Zu wenig Mitarbeiter, kein optimales Raumangebot, keine konkreten Angebote, insbesondere in dem Bereich, wo z.B. eine verbale Zusammenarbeit mit dem Klienten nicht möglich ist.
- 4.2 Die CDU fordert wegen der Gefahren der Sucht für unsere Gesellschaft die Entwicklung eines Forschungszentrums, zu des-

sen Aufgaben die Erforschung der Ursachen der weiter zunehmenden Sucht, die Entwicklung von Behandlungsmethoden und insbesondere die Entwicklung von Maßnahmen zur Verhütung der Sucht und zur Bekämpfung des Mißbrauchs von Alkohol, Medikamenten und Rauschmitteln gehört. Es muß eine verstärkte Information und Ausbildung von Fachkräften für die Drogenarbeit bereits während der Hochschulausbildung erfolgen.

Mitarbeiter der Beratungsstellen sollen die Möglichkeit haben, sich fachlich weiter ausbilden zu können.

- 4.3 Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Drogenberatungsstellen. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß die Mitarbeiter der Beratungsstellen in der Regel nach zwei bis drei Jahren ihren Arbeitsplatz wechseln, da sie physisch und psychisch der Situation in ihrem Arbeitsfeld nicht mehr gewachsen sind, was in der Regel auf Kosten der Ratsuchenden geht. Eine Kontinuität in der Beratungsarbeit muß gewährleistet sein.

- 4.4 Verlagerung des Arbeitsfeldes von der Kommune auf freie Träger, gerade im Hinblick auf die Anonymität der Beratungsarbeit.

- 4.5 Erleichterung der Möglichkeit, Drogenberatungsstellen aufzusuchen
Sehr oft besteht eine Schwellenangst seitens drogengefährdeter bzw. drogenabhängiger Jugendlicher, eine Beratungsstelle aufzusuchen. Hier können Teestuben, Jugendcafés usw. vielversprechende Ansatzpunkte sein.

Verbessertes Angebot der Öffnungszeiten:

Es ist ein Wechselrhythmus in der Beratungsarbeit anzustreben mit dem Ziel, daß die Beratungsstellen über einen größeren zeitlichen Rahmen ihrer Angebote gewährleisten können.

- 4.6 Auf Gefährdete zugehen

Die Erfahrungen zeigen, daß in der Regel lediglich 15 - 20 % der gefährdeten bzw. abhängigen Jugendlichen eine Beratungsstelle aufsuchen. Hier gilt es, durch einen verstärkten personellen Einsatz nach dem Modell des "street-workers" gezielt Gefährdete anzusprechen mit der Maßgabe, ihnen entsprechende Hilfsangebote zu unterbreiten.

- 4.7 Möglichkeit zu ad hoc-Übernachtungen in bestehenden Einrichtungen

Oft stehen Berater vor der Schwierigkeit, abhängige Jugendliche, welche ohne Geld und Wohnsitz sind, spontan unterbringen zu müssen. Diese Übernachtungsmöglichkeiten sollten in die konzeptionelle Arbeit und in eine Therapiekette einbezogen werden.

- 4.8 Verbesserung des Kontaktes zwischen den mit der Betreuung befaßten Institutionen.

5. Therapiebereich

- 5.1 Die Bedingungen für die physische Therapie müssen stärker als bisher auf die besonderen Erfordernisse von Drogenabhängigen hin gestaltet werden. Dies gilt vor allem für die räumliche Trennung der Drogenabhängigen von anderen Kranken.

- 5.2 Verstärkte Zusammenarbeit mit Kliniken mit der Tendenz, bei Langzeittherapie einen nahtlosen Übergang vom körperlichen

zum psychischen Entzug gewährleisten zu können. Das bedeutet, daß die Kliniken bei Bedarf auch einen Jugendlichen über einen längeren Zeitraum als 14 Tagen aufnehmen können bzw. müssen, um diesen nahtlosen Übergang auch gewährleisten zu können.

- 5.3 Errichtung neuer Therapieeinrichtungen, da die derzeit vorhandene Kapazität bei weitem nicht ausreicht. Therapiegruppen sollten 20 Personen nicht übersteigen, wobei der Schwerpunkt der Arbeit im psycho-sozialen Therapiebereich liegen muß.

Für neue Problemgruppen, wie z.B. 12 - 15jährige oder ältere Konsumenten über 30 Jahre sind geeignete Therapieplätze bereitzustellen.

- 5.4 Klare Regelung der Zuständigkeiten bei den Kostenträgern von Therapiemaßnahmen

Die Erfahrungen haben gezeigt, daß gerade in diesem Bereich seitens der Beratungsstellen sehr viel Arbeit geleistet werden muß, um eine Kostenzusage für eine Langzeittherapie zu erhalten.

- 5.5 Aufbau entsprechender Nachsorgeeinrichtungen

Nach einer Langzeittherapie ist der Jugendliche in der Regel noch nicht in der Lage, allein mit seinen Problemen fertig werden zu können. Aus diesem Grunde ist eine entsprechende Nachsorge mit sozialpädagogischer Betreuung notwendig.

- 5.6 Verbesserung der Angebote in den Therapieeinrichtungen, insbesondere was die Möglichkeit zur Weiterbildung betrifft.

6. Internationale Bekämpfung des Drogenhandels.

Zur internationalen Bekämpfung der Rauschgiftprobleme müssen verstärkte und gezielte Maßnahmen ergriffen werden, um den weiteren Anbau von Drogen zu verhindern.

- 6.1 Verstärkte Entwicklungshilfe für die Länder, in denen Drogen angebaut werden, mit der Maßgabe, statt Hanf und Mohn landwirtschaftliche Produkte anzubauen.

- 6.2 Erhöhung der finanziellen Mittel des UN-Suchtstoffkontrollfonds (UNFDAC)

zwecks Einleitung neuer internationaler Aktionen gegen den Drogenanbau. Gewährung von Hilfestellungen bei landwirtschaftlicher Umstrukturierung in Anbaugebieten von Hanf und Mohn.

7. Engagement der Parteimitglieder

Der Bundesparteitag appelliert an die Mitglieder der Partei, besonders an die jungen Mitglieder, und die Mitglieder der Jungen Union, in jeder möglichen und angemessenen Form praktische Hilfe für drogenabhängige Jugendliche zu leisten und mitmenschliche Zuwendung zu beweisen.

Beschluß Nr. 17.23

Gedenkstätte für die Opfer der Vertreibung

Die Delegierten der CDU in den Gremien der Bundespartei werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß sich die CDU des Vorhabens der Errichtung einer nationalen Gedenkstätte für die Opfer

der Vertreibung annimmt, die weitgehend aus Spenden bestritten werden soll. Diese nationale Gedenk- und Informationsstätte soll sowohl vom geistigkulturellen Reichtum des deutschen Ostens und seiner Geschichte wie auch vom unverzichtbaren Recht auf die angestammte Heimat Zeugnis geben. Sie soll aber auch ein Zeichen der Bereitschaft zu Vergebung und Versöhnung unter den Völkern darstellen.

Beschluß Nr. 17.25

Für die Verteidigung unseres freiheitlichen und sozialen Rechtsstaats

Die wiederholten Demonstrationen, Gewaltaktionen und blutigen Krawalle aus Anlaß des öffentlichen Gelöbnisses von Wehrpflichtigen der Bundeswehr zeigen, daß Verteidigungsbereitschaft, NATO und Bundeswehr gerade in der Jugend nicht mehr selbstverständliches Gemeingut sind.

In unserer Gesellschaft muß daher die Diskussion über Sinn und Auftrag der Bundeswehr, über die Verteidigungsnotwendigkeit und die Abrüstungshoffnungen von neuem aufgegriffen und geführt werden. Die Parteien, der Bundestag und die Bundesregierung müssen sich verstärkt den bohrenden Fragen nach der moralischen Begründung der Sicherheitspolitik und den praktischen Problemen des Friedensauftrages in einer gefährdeten, friedlosen, hochgerüsteten Welt stellen.

Auch die Schulen, andere Bildungseinrichtungen, die Massenmedien und Jugendorganisationen müssen diese Fragen wieder aufwerfen und umfassend erörtern.

Die öffentliche Selbstdarstellung der Bundeswehr muß ihren Friedensauftrag verdeutlichen. Hierzu gehört auch das öffentliche Gelöbnis von Wehrpflichtigen. Die CDU bedauert es, daß der Bundesminister der Verteidigung auf diese öffentliche Selbstdarstellung der Bundeswehr verzichtet.

Andererseits muß verdeutlicht werden, daß Formen und Zeremonien keine heiligen Kühe sind, daß sie einer kritischen Diskussion unterworfen und nach einer solchen Diskussion auch geändert werden können. Diese Diskussion darf jedoch nicht jenen Wasser auf die Mühlen leiten, die die Bundeswehr insgesamt oder sogar unseren demokratischen Staat bekämpfen. Die CDU fordert alle Demokraten auf, in der Art ihres demonstrativen Auftretens einen in Theorie und Praxis klaren und unmißverständlichen Trennungsstrich gegenüber jenen zu ziehen, für die diese Auseinandersetzungen nur Vehikel zur Durchsetzung einer totalitären Ordnung sind.

Beschluß Nr. 17.26

Am 17. Juli 1980 hat die bolivianische Armee wieder einmal geputscht. Vorausgegangen waren demokratische Parlamentswahlen. Anstatt des gewählten Präsidenten beherrscht jetzt General Garcia Meza das Land. Seit dem Putsch sind Tausende von Politikern, darunter auch Christdemokraten, Gewerkschaftler, Priester und Journalisten verschwunden, ermordet oder gefoltert worden.

Die CDU, einig in ihrem Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen in rechten wie linken Diktaturen,

- verurteilt diesen Putsch und die brutalen und bewußt geplanten Verbrechen der Militärjunta,

- begrüßt die einstimmige Resolution des Europäischen Parlaments vom September 1980, in der die Regierungen aufgefordert werden, die Militärjunta nicht anzuerkennen und ihr Wirtschafts-Hilfe zu verweigern,
- fordert
 1. die Übergabe der Macht an die demokratisch gewählte Regierung der nationalen Einheit.
 2. Unterstützung seiner demokratischen Regierung im Exil durch alle Staaten der freien Welt.
 3. Freilassung aller politischen Gefangenen.
 4. Aufklärung über den Verbleib der Verschwundenen.
 5. Wirtschaftliche Hilfe an Bolivien nur noch insoweit, wie dies direkt der Bevölkerung zugute kommt.
 6. Entsendung einer gemeinsamen Parlamentarier-Delegation der Beratenden Versammlung des Europarats und des Europäischen Parlaments nach Bolivien zur Untersuchung der Menschenrechts-Verletzungen.

Die CDU sichert insbesondere den Christdemokraten in Bolivien jede mögliche Unterstützung zu.

Beschluß Nr. 17.29

1. Das Kernkraftwerk Brokdorf muß weitergebaut werden.

Die Bundesrepublik Deutschland gehört, schon heute wegen ihrer marktwirtschaftlich orientierten Energiepolitik zu den sparsamsten Energieverbrauchern der Welt. Selbst die sofortige Ausnutzung aller noch vorhandenen Einsparungsmöglichkeiten im Energiebereich würde jedoch nicht ausreichen, um außenwirtschaftlich (Leistungsbilanz) die Verteuerung der Energie auszugleichen, die nach wie vor importiert werden muß.

2. Die Deckung unseres künftigen Energiebedarfs ist ohne Kernkraft nicht möglich.

Ohne auszureichende Energie zu bezahlbaren Preisen wird das wirtschaftliche und soziale Niveau aller Bürger der Bundesrepublik Deutschland nicht zu halten sein.

3. Der Verzicht auf einen sofortigen zügigen Ausbau der Kernenergie würde wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von erdöl- und erdgas-exportierenden Staaten bedeuten.

Diese können eine wirkliche Garantie für die Versorgung mit ausreichender Energie nicht geben. Die Abhängigkeit von Erdgas und Erdöl bedeutet gleichzeitig die Auslieferung der Bundesrepublik Deutschland an das Preisdiktat der Exporteure.

4. Ohne den Weiterbau von Kernkraftwerken und friedliche Nutzung von Kernenergie im Inland werden die Exportchancen der Bundesrepublik Deutschland nicht nur im Verkauf von Kerntechnologie wesentlich beeinträchtigt oder gänzlich verhindert. Qualifizierte Arbeitsplätze in Forschung und Technologie sind gefährdet.
5. Eine verantwortliche Auseinandersetzung mit der Kernenergie muß auch Rücksicht nehmen auf die Ängste und Sorgen der Bevölkerung. Um das Vertrauen zu stärken, das langfristig Grundlage für den

Ausbau der Kernenergie in Deutschland ist, brauchen wir eine sachliche und emotionsfreie Information der Bevölkerung. Diese muß für alle Energien ebenso die Chancen, die Vorkehrungen für Sicherheit und Umweltschutz, wie auch ihre jeweiligen Risiken nüchtern darstellen.

6. Nach heutigem Kenntnisstand sind sowohl die Wiederaufbereitung als auch die Zwischen- und Endlagerung technisch lösbar und unter Gesichtspunkten der Sicherheit verantwortbar, so daß sie keine unüberwindbare Schwierigkeiten - die den Verzicht auf Kernenergie notwendig machen - mehr darstellen.

Beschluß Nr. 17.33

Die CDU Deutschlands begrüßt die Initiative aus der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) des Europäischen Parlaments für ein "Europäisches Fernsehen". Die neue Satellitentechnik bietet die Chance, über ein europäisches Fernsehprogramm das Bewußtsein für die Einheit Europas zu stärken. Versuche, derartige Projekte grenzüberschreitender Medien zu verhindern, widersprechen der KSZE-Schlußakte von Helsinki. Unter diesen Gesichtspunkten ist auch die Beteiligung des Bundes der Deutschen Zeitungsverleger an dem "Europäischen Fernsehen" von Radio Luxemburg zu beurteilen.

Anhang III

Anhang

Rede des Vorsitzenden der CDU Rheinland, Dr. Bernhard Worms, zum Antrag des Bundesvorstands der CDU, TOP 15: "Aufgaben der 80er Jahre" (Arbeitsprogramm) auf dem 29. Bundesparteitag in Mannheim.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Antrag des Bundesvorstandes zu den Aufgaben der 80er Jahre entspricht in seiner Anlage und Zielsetzung den Konsequenzen, die die CDU Rheinland

- aus den Wahlergebnissen der Union in den Ländern und im Bund seit 1976,
 - aus dem für uns seit rund 10 Jahren ungünstigen Erst- und Jungwählerverhalten,
 - und aus dem sich seit einigen Jahren deutlich abzeichnenden Wert- und Orientierungswandel in der Bevölkerung
- gezogen hat.

Um unsere Vertrauensbasis in der Bevölkerung - unabhängig von aktuellen Meinungsschwankungen in der Wählergunst, die sich allzu schnell wieder verändern können - dauerhaft zu festigen und auszubauen, halten wir es für unerlässlich, in der Besinnung auf unsere Grundpositionen unsere Dialogfähigkeit im Innern wie auch nach Außen zur vollen Entfaltung zu bringen. Dies hat nichts mit Zerstrittenheit, Ziellosigkeit oder Opportunismus gegenüber modischen Zeitströmungen zu tun, sondern mit der Verpflichtung einer großen und lebendigen Volkspartei, sich den Problemen und Anliegen, den Ängsten und Sorgen, aber auch den Wünschen und Hoffnungen der Bürger zu öffnen und durch eine lebendige innerparteiliche Meinungsbildung zu glaubwürdigen Antworten zu gelangen, die dann auch geschlossen, loyal und solidarisch getragen werden können.

Deshalb begrüßen wir, daß dieses vom Bundesvorstand vorgelegte Arbeitsprogramm nicht schon alle Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft vorwegnimmt, sondern als ein Auftrag an alle Ebenen und Gliederungen unserer Partei verstanden wird, sich damit in der kommenden wahlfreien Zeit intensiv auseinanderzusetzen und gemeinsame Lösungen zu erarbeiten. Mit diesem Verfahren des offenen Dialogs im Innern und nach Außen haben wir auch bei der Erarbeitung unseres Grundsatzprogramms gute Erfahrungen gemacht. Schade ist nur, daß viele in unserem Grundsatzprogramm enthaltenden zukunftsweisenden Ansätze, zum Beispiel

- zur Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft,
- zur breiten Vermögensbeteiligung und zu einer partnerschaftlichen Unternehmensverfassung,
- zur Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum und Umweltschutz,
- oder auch zur Pflege des Rechts- und Demokratiebewußtseins unserer Bürger

in der öffentlichen Meinung noch gar nicht hinreichend bekanntgeworden und bisher auch nur unzureichend in politische Initiativen umgesetzt worden sind. Der Antrag des Bundesvorstands gibt uns nunmehr Gelegenheit, diese Perspektiven unseres Grundsatzprogramms mit den Arbeitsschwerpunkten der 80er Jahre zu verbinden.

Die Besinnung auf ideelle Grundsubstanz unserer Politik heißt

- mit dem "C" in unserem Namen wieder Hoffnung und Vertrauen ver-

vermitteln,

- unsere Liberalität im Spannungsfeld von wertgebundener Freiheit und rechtlicher Verantwortung zu bestimmen,
- unserer sozialen Verpflichtung gerade auch unter schwierigeren wirtschaftlichen Verhältnissen gerecht werden,
- das konservative Element zur Bewahrung menschlicher Maßstäbe und Werte neu beleben: z. B. beim Schutz der Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen; beim Bewahren der historischen Substanz unserer Städte und Gemeinden; im persönlichen Miteinander.

Diese Grundposition zur Geltung zu bringen, zeigt sich am ersten Schwerpunkt des Arbeitsprogramms, der sich mit der Durchsetzungskraft der sozialen Marktwirtschaft bei veränderten Bedingungen beschäftigt.

Uns kommt es darauf an, daß wir die den Bürgern und vor allen den jungen Menschen die Soziale Marktwirtschaft nicht nur als "Wohlstandsmaschine" und technokratischen "Wachstumsmotor" vorstellen. Soziale Marktwirtschaft bedeutet mehr: Sie ist eine bewußt gestaltete und wertgebundene Ordnung. Wertgebundenheit gilt es als sichtbar zu machen. Dabei müssen wir nüchtern eingestehen, daß wichtige Elemente der sozialen Marktwirtschaft in der praktischen Entwicklung noch nicht verwirklicht worden sind.

Für die Väter der sozialen Marktwirtschaft ging es ja nicht nur um Wachstum und Leistung, um unternehmerische Freiheit und Wettbewerb, sondern auch um eine gerechte Vermögensverteilung, um Partnerschaft auf der Basis von Gleichberechtigung, um die Entfaltungsmöglichkeiten des Einzelnen in Wirtschaft und Arbeit, um die soziale und menschliche Dimension des Wirtschaftens und Arbeitens insgesamt.

Der Staat ist in diesem Konzept nicht etwa nur als Nachwächter liberalistischer Prägung gedacht, sondern als ordnender Faktor ausdrücklich vorgesehen. Zu dieser staatlichen Verantwortung für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Ordnung des Wettbewerbs gehört auch die Notwendigkeit eines ökologischen Ordnungsrahmens, wie er in der Frage 1 b) des Arbeitsprogramms angesprochen wird. Unsere Parole ist weder die des ungebremsten und ungezügelter Wachstums um jeden Preis noch die schwärmerische Romantik eines "Zurück zur Natur". Der Verzicht auf Wachstum und Technik würde die Grundlagen unserer Existenz ebenso nachhaltig gefährden wie eine blinde Wachstums- und Technik-Ideologie ohne menschliches Ziel und Maß.

Unsere Aussagen zur Sozialen Marktwirtschaft dürfen sich nicht auf wirtschaftstechnische Rezepte beschränken. Wir wollen die vier großen Eckwerte Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und Wirtschaftswachstum wieder zur Geltung bringen. Wir müssen aber auch die freiheitliche und soziale Dimension der Sozialen Marktwirtschaft ausleuchten und ihr damit jene Ausstrahlungs- und Anziehungskraft zurückgeben, die sie in den Zeiten des Wiederaufbaus für die große Mehrheit der Bevölkerung zweifellos besaß.

Was die Soziale Marktwirtschaft von Liberalismus und Sozialismus unterscheidet, ist doch letztlich ihre Vision einer freiheitlichen und zugleich sozialen Ordnung, in der jeder Arbeitnehmer nicht nur als Arbeitskraft und Lohnempfänger, sondern auch als Miteigentümer und mitverantwortlicher Partner an der Leistung, an den Entscheidungen und am Ertrag der Wirtschaft beteiligt ist.

Deshalb sind unsere großen Ziele einer breiten Beteiligung aller Arbeitnehmer am Produktivvermögen und einer auf gleichberechtigter

Partnerschaft beruhenden Unternehmensfassung unverzichtbare Bestandteile einer sozial-marktwirtschaftlichen Zukunftsvision, die im Wettbewerb um die künftige Gestaltung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bestehen kann. Dazu gehört auch unser Bemühen, der menschlichen Arbeit und Leistung Sinn und Würde zurückzugeben, indem wir

- Bildung und Beschäftigung in Einklang bringen
- menschliche Arbeitsbedingungen fördern,
- flexiblere Arbeitszeiten ermöglichen,
- Selbständigkeit erleichtern,
- Eigenverantwortung und Initiative auch am gewerblichen und industriellen Arbeitsplatz stärken,
- auch den weniger Leistungsstarken, den Älteren und Behinderten eine sinnvolle Beschäftigung bieten.

Erst in dieser umfassenden Konzeption wird die Soziale Marktwirtschaft im Wertbewußtsein der Bevölkerung und vor allem der jungen Generation wieder als ein lohnendes Ziel erscheinen, das

- jedem einzelnen zur freien Entfaltung seiner Persönlichkeit auch im Wirtschafts- und Arbeitsleben verhilft,
- unserer Wirtschaft Wachstums- und Erneuerungsimpulse verleiht,
- soziale Sicherheit, Partnerschaft und sozialen Frieden gewährleistet.

In diesem Sinne wollen wir seitens des Landesverbandes Rheinland den ersten Arbeitsschwerpunkt dieses Antrags verstanden wissen und damit den Perspektiven unseres Grundsatzprogrammes verbinden.

N a m e n s v e r z e i c h n i s

Artzinger-Bolten 163, 192
Biedenkopf 152
von Bismarck 220
Blüm 136, 175, 198
Brok 228
Daniels 160
Dingerkus 97
Ehlers 184
Fischer 87
Freitas do Amaral 122
Gaddum 174, 186, 196
Geißler 47, 111, 200
Hartwig 145
Hassbach 159
Hauser 225
Heckelmann 218
Heinzel 168
Hellwig 170, 179
Hoffmann 99
Horten 100
Huck 112, 226
Hürland 162
Jahn 133, 198
Janning 194
Jung 188, 217
Kevenhörster 148
Kiep 78, 211
Koch 105, 117
Köster 142
Kohl 7, 23, 108, 115, 225, 232
Kolb 173
Kudella 150, 172, 178
Lammert 95
Landowsky 185
Langguth 100
Lenz 222
Limbach 219
Link 182
Lorenz 93
Mairose 191
Mertens 183

Oettinger 171
Orgaß 141, 174
Penther 102
Perschau 196
Pinger 170, 173
Schmöle 162
Schumacher 195
Schwarz-Schilling 223
Simon 165
Soenius 146
Späth 9, 21, 124, 175, 178, 190, 199
Stoltenberg 193
Strauß 58
Trageser 166
Ustorf 156
Varnholt 19
Vogel 214
Waffenschmidt 91
von Weizsäcker 206
Wex 80
Wissmann 88
Worms 216, 273
Wulff 84

